

AVRUPA KOORDINASYON KURULU BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

(NACHRICHTEN)

Jahr: 1

Nummer: 1

7.2.1976

INHALT :

1. Sendung des Hessischen Rundfunks zur Situation in der Türkei.
2. Presseerklärung der GEW Frankfurt/M; Situation der Lehrer in der Türkei.
3. Ein deutscher Journalist wurde von Kommandos angegriffen.

SENDUNG DES HESSISCHEN RUNDFUNKS ZUR SITUATION IN DER TÜRKEI

Am Donnerstag, den 29.1.1976 hatte der Koordinationausschuß des Türkischen Europa-Komitees für Frieden und Freiheit eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Weltfriedensrates Herrn Dr. Romesh Chandra, bei der die Arbeit des Europa Komitees und die Friedensprobleme zur Sprache kamen. Am nächsten Tag, den 30. Januar beantworteten Dr. Romesh Chandra und die Sekretäre des Türkischen Europa Komitees für Frieden u. Freiheit die Fragen der Vertreter von Presse und Funk. Im Rahmen dieser Pressekonferenz wurden u.a. die letzten politischen Entwicklungen in der Türkei behandelt.

Hierbei betonte Dr. Chandra, daß nach der Meinung des Welt Friedensrates das vorgehen der machthaber in der Türkei gegen die Bevölkerung, gegen Arbeiter, Bauern, Lehrer, Studenten u. Intellektuelle u. die Situation der politischen Gefangenen eklatante Verstöße gegen die Menschen-

rechte darstellen und dass der Weltfriedensrat bei der UNO, bei der Menschenrechtskommission und bei anderen internationalen Gremien wegen dieser Verstösse initiativ werde. Wir geben im folgenden den Wortlaut einer Sendung, die im ersten Programm des Hessischen Rundfunks am Montag, den 2. Februar 1975, ausgestrahlt wurde und die sich auf die obengenannten Verstösse bezog:

" Seit April des vergangenen Jahres treten bewaffnete Kommandos der Nationalistischen Bewegungspartei nicht nur in der Türkei, sondern auch im Ausland auf. Verhaftet, verwundet, getötet werden Lehrer, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Studenten, Jugendliche, Arbeiter. Von solchen Aktionen und Schiessereien wird in der türkischen Tageszeitung "Tercüman" ganz offen berichtet. Tercüman ist ein in der Bundesrepublik verlegtes Koordinierungsorgan der rechten Gruppen, die vom heiligen Krieg nicht nur träumen, sondern ihn auch offen propagieren, einem Krieg, der sich gegen alle Feinde des Islam richten soll.

Die Vorgeschichte dazu ist folgende:

Im März wurde Süleyman Demirel als Führer der Gerechtigkeitspartei - vier Jahre zuvor war er von den Militärs abgesetzt - wieder Ministerpräsident. Seine Koalitionsregierung besteht aus vier Parteien - darunter auch die Nationalistische Bewegungspartei. Ihr Führer Alpaslan Türkeş wurde stellvertretender Ministerpräsident ...

Und eben dieser stellvertretender Ministerpräsident rechtfertigte die blutigen Einsätze der rechtsextremen Kommandos mit folgenden Worten:

'Wir sind gezwungen uns zu bewaffnen, denn es droht Gefahr für unser Land. Wenn wir bei einem solchen Einsatz z.B. gegen Demonstranten oder streikende Arbeiter sagen: Ergibt Euch, und sie antworten mit Kugeln, müssen sie wissen, dass sie vernichtet werden.' ... Es ist ganz interessant, dass man hier wirklich von Vernichtung auch spricht.

Die Vertreter des Türkischen Europakomitees kommentierten diesen Ausspruch so: 'Diejenigen, die da sagen: Ergibt Euch, sind selbst bewaffnet und töten immer zuerst.'

Laut Angaben des Komitees für Frieden und Freiheit auf der Pressekonferenz sitzen seit April des vergangenen Jahres mehr als 2.000 Personen in Untersuchungshaft in der Türkei. 1500 Personen wurden bei Aktionen der bewaffneten Kommandos verletzt, 7.320 Personen wurden zwangsversetzt. Allein in den letzten fünf Januartagen - das wurde auch belegt durch die Zeitungen - sind allein elf Personen getötet worden, teilweise mit Bomben, indem man einfach Bomben in Gruppen hineinwarf - vorwiegend in Ostanatolien. Die Regierung rechtfertigt solche - hier kann man wirklich von Mordkommandos ... sprechen - nachträglich damit, es seien

ja Schmuggler gewesen. Ostanatolien ist genau das Grenzgebiet.

Betroffen von diesen Massnahmen sind vor allem die Lehrer. Von Ihnen wurden allein 4.870 strafversetzt, 200 sitzen in Untersuchungshaft, 15 in Zuchthäusern. 46 Menschen wurden auf offener Strasse erschossen oder niedergeschlagen seit dem ... Regierungsantritt von Demirel, 72 Büros von Parteien, Gewerkschaften oder der Lehrerorganisation wurden laut den Angaben des Komitees durchsucht, demoliert und mit Sprengstoff in die Luft gejagt. In den Gefängnissen wird gefoltert, und erhalten Schwerkranke keine ärztliche Hilfe; obwohl sich mehrere Aerzte, z.B. für eine junge Frau, einen Student und einen Ingenieur einsetzten, obwohl sie auf die drohende Gefahr für das Leben dieser Inhaftierten hinwiesen, durften sie nicht behandeln.

Militärgerichte, obwohl sie vom obersten Verfassungsgericht als verfassungswidrig verboten, arbeiten und verurteilen nach wie vor. Die Annullierung solcher Urteile der Militärgerichte durch die demokratischen Gerichte bleibt meistens ohne Wirkung.

Um den Einfluss auf die ausserhalb der Türkei lebenden Arbeiter zu verstärken, werden immer mehr Kultur- und Solidaritätsvereine, Vereine - zum Beispiel in Frankfurt - zum Aufbau und Förderung der Moschee oder Vereine zur Bekämpfung des Kommunismus gegründet. Die Kinder von Gastarbeitern sollen keine deutschen Schulen, sondern nur noch Koranschulen besuchen, ... 'um aus den Händen der kommunistischen Lehrer und Priester-Erzieher gerettet zu werden.' Und in einem in Berlin verteilten Flugblatt heisst es dazu:

"Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung. Sobald du die freundliche Maske herunterreisst, taucht dahinter ein hässliches Kommunistengesicht, ein christlicher Missionar oder ein jüdischer Agent auf. ...

Der heilige Krieg gegen alle Volksfeinde wird als zweiter Befreiungskrieg deklariert, als ein Kampf gegen die Feinde des Islam. 'Wer einen Kommunisten tötet, kommt ins Paradies', soll der Imam in der Frankfurter Moschee laut einem Bericht in der Monatszeitschrift der IG-Metall, "Der Gewerkschafter" verkündet haben. Auch die Aktionen gegen den vom Westdeutschen Rundfunk ausgestrahlten Film 'Schirins Hochzeit', die Morddrohungen gegen die Filmemacherin Helga Sanders und die Redaktion sollen laut Komitee für Frieder und Freiheit von den rechtsextremen Gruppen in der Bundesrepublik organisiert werden. Eine Rückkehr in die Türkei sei mittlererweile für viele hier lebende türkische Arbeiter, Gewerkschafter, Lehrer und Intellektuelle nicht mehr möglich. Einige von Ihnen werden namentlich in der rechten Zeitung gesucht, sie werden aufgefordert, sich zu melden. Aber was das bedeutet, sich zu melden, wissen wir alle.

Deswegen wollen unsere Informanten auch nicht namentlich genannt werden. Die Erfahrungen die ^{die} Kritiker des iranischen Systems -wir haben darüber berichtet- mit Verfassungsschutz gemacht haben, sind ihnen, den Türken Warnung genug.

* * *

PRESSEERKLÄRUNG DER GEW FRANKFURT MAIN
SITUATION DER LEHRER IN DER TÜRKEI

Stellungnahme der Sektion Ausländische Lehrer zum
antidemokratischen Terror in der Türkei :

In der Türkei praktiziert das herrschende rechtsradikale Regime seit einiger Zeit eine großangelegte Verfolgungs- und Unterdrückungsaktion gegen Lehrer, die für die Ausübung grundlegender demokratischer Rechte des türkischen Volkes eintreten und für diese Rechte durch ihre eigene gewerkschaftliche Organisation kämpfen.

Seit der Machtübernahme des gegenwärtigen Regimes wurden von den paramilitärischen "Kommandos" des mitregierenden Faschistenführers Türkes sechs Lehrer getötet.

In dieser Zeit wurden 15 Lehrer in die Zuchthäuser geschickt, 200 Lehrer aus nichtigen Gründen in Untersuchungshaft genommen und 4870 Lehrer strafversetzt.

Tausende von Lehrern wurden von den Kommandos überfallen, die Büros des "Vereins für die Einheit und Solidarität aller Lehrer" (TÖB-DER) wurden beschossen, gestürmt und durch Sprengstoffanschläge verwüstet.

Lehrer, Studenten und andere Intellektuelle, die in Haft genommen wurden, sind Folterungen ausgesetzt und in den engen und feuchten Zellen z.T. schwer erkrankt. Ärztliche Behandlung und medizinische Betreuung werden ihnen verweigert.

Wegen Verweigerung der Behandlung sind der Dipl. Ingenieur Harun K a r a d e n i z und die Studentin Hatice A l a n k u s bereits gestorben.

Der Student Yusuf K ü p e l i liegt nach der Verurteilung zu 24 Jahren Haft durch ein Militärgericht schwer erkrankt (Lungenembolie und Herzrheuma) und dem Tode überlassen im Zuchthaus von Istanbul.

Wir fordern zusammen mit unseren türkischen Kollegen in der BRD:

- die Beendigung des antidemokratischen Terrors gegen das türk. Volk; insbesondere das Verbot der paramilitär. Kommandos und der militär. Sondergerichte sowie die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen verhafteten Lehrer, Studenten u. Intellektuellen;
- die Wiederherstellung der selbstverständlichen demokratischen Rechte und Freiheiten; insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung und gewerkschaftliche Organisation.

Wir appellieren an die GEW und den DGB, uns bei der Aufklärung der deutschen Bevölkerung über die gegenwärtigen politischen Zustände in der Türkei wirksam zu unterstützen.

* * *

Ein deutscher Journalist wurde von Kommandos angegriffen

Cumhuriyet 31.01.1976

Ein deutscher Journalist wurde von Kommandos angegriffen. Der Journalist und Schriftsteller Jürgen Roht, der sich zur Zeit wegen einer Reportage für die Westdeutschen Rundfunkanstalten in der Türkei aufhält, wurde von bewaffneten Schlägertrupps die das Atatürk-Studentenwohnheim in Ankara unter ihrer Kontrolle halten, angegriffen. Nachdem 12. März 1971 hielt sich Jürgen Roht bereits in der Türkei auf. Er hat über die Zeit nach dem 12. März das Buch "Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens" geschrieben.

Als er gestern morgen an dem Atatürk-Studentenwohnheim vorbeiging wurde er von drei Männern angegriffen und geschlagen. Der Journalist versuchte auf Englisch zu erklären, daß er sich die Stadt anschauen wolle. Die Kommandos wollten ihn jedoch verhören. Es kamen noch mehrere hinzu, um ihn ins Studentenheim zu verschleppen. Der Journalist wehrte sich. Die Kommandos bedrohten ihn mit Waffen und der Aufforderung sich nicht mehr dort blicken zu lassen.

Jürgen Roht wandte sich an die Botschaft der BRD da er in der Türkei sein Leben bedroht fühle mit der Bitte bei der türkischen Regierung über diesen Vorfall Protest einzulegen.

(Bei den Kommandos handelt es sich um die faschistischen Schlägertrupps des Obersten Türkes, die nach SS-Methoden die Bevölkerung terrorisieren)

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

T.B.Ö.K.

KOORDİNASYON KURULU

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen

Ülkemizde DİSK işçi sınıfının Uluslararası Birlik, Mücadele ve Dayanışma gününü yine Taksim alanında yığinsal gösterilerle kutluyor..

1 MAYIS

**1 MAYIS 1 MAYIS
İLK DİLEĞİMİZ
YAŞATAÇAK SENİ
TUNÇ BİLEĞİMİZ**



1 Mayıs İşçi Sınıfı'nın Uluslararası Birlik, Mücadele ve Dayanışma gününü, bütün kapitalist ülkelerde olduğu gibi, Batı Almanya'da da işsizliğin en sıkıcı baskılara yol açtığı, eğitim ve öğrenim olanakları bir yana, yabancı işçilere oturma ve çalışma izinlerinin çok görüldüğü bir dönemde kutluyoruz.

Yurdumuzda ilerici demokratik güçlerin tüm çabalarına karşın gerici-faşist karması MC hükümeti ile seçimlere gidiliyor. Seçimler yaklaştıkça kanlı olaylar, faşist saldırılar artıyor..

Ama işçi sınıfımız, tüm emekçiler, halkımız, 5 Haziran'da can güvenliğini, demokratik dönüşümleri gerçekleştirecek bir hükümeti iş başına getirmeye kararlı. 1 Mayıs'ta Taksim alanında yüzbinler, faşist teröre karşı seçimlerin güvenliğinin sağlanması için de yürüyecek.

Batı Almanya'da birçok bölgeye "taşınma yasağı" konmuş durumda. Serbest dolaşım hakkı tanınmıyor. Ailenin birliği binbir türlü yoldan engelleniyor. Çocuklarımızın, gençlerimizin eğitim, öğrenim olanakları birbir yok ediliyor.

Yabancılar yasası, yabancı işçilerin eşitliğinden söz edenleri hergün uygulamada yalancı çıkarıyor.

Yaşadığımız ülkede temel insan haklarından bir çoğunun böylece gerçekleşmemiş olduğunu, bu hakların gerçekleşmesi, sağlam bir düşünce özgürlüğünün oluşturulması, ilericilerin, demokratların, anayasal tutum ve davranışları yüzünden "Meslek Yasağı"na uğramamaları için Batı Almanya'da da ardıcıl bir savaşım vermek gerekiyor.

Temel insan haklarının gerçekleştirilmesi, kâr ve sömürü düzenine karşı verilen bir savaşım, aynı zamanda doğrudan doğruya barış ve silahsızlanma için savaşım vermek demektir.

Dünyadaki tüm barışçı güçler, Helsinki Konferansı'nın bir devamı olan önümüzdeki Belgrad Konferansı'nın dünyada gerginliğin azalması ve silahlanma yarışının son bulması için önemli bir adım olması yolunda olanca çabaları ile çalışıyorlar.

Bizler de 1 Mayıs yürüyüşlerinde, mitinglerinde Alman, Yunan, Yugoslav, Portekiz, İspanyol, İtalyan öteki arkadaşlarımızla birlikte baskı ve sömürüye karşı, yurdumuzda güvence altında seçimler için, yurdumuzda ve Batı Almanya'da insan haklarının gerçekleşmesi için, tüm halklarımızın ortak özlemlerinin somutlaşması için yürüyeceğiz:

S ö m ü r ü s ü z v e s a v a ş s ı z b i r d ü n y a
i ç i n o m u z o m u z a . .

T.B.Ö.K.

KOORDINASYON KURULU

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen



Trotz des nach wie vor bestehenden Verbots begeht der Progressive Gewerkschaftsbund der Türkei, DISK, den 1. Mai 1977 wie im letzten Jahr mit einer Massendemonstration, zu der 300.000 erwartet werden..

1. Mai

Für die Verwirklichung der Menschenrechte!

Ausländische und einheimische Kollegen für starke Gewerkschaften!

Den 1. Mai 1977 begehen wir in der Bundesrepublik, wie in allen kapitalistischen Ländern, in einer Situation, die von Arbeitslosigkeit und verstärktem Druck auf die Werktätigen gekennzeichnet ist.

In dieser zugespitzten Lage werden eine Reihe elementarer Menschenrechte missachtet und verletzt, wobei dies nur spärlich in die Öffentlichkeit dringt.

Angesichts der zu befürchtenden Erhöhung der Arbeitslosigkeit, der immer bedrohlicher werdenden schulischen und beruflichen Ausbildungsmisere sowie der immer noch stark vorhandenen Benachteiligung der Frauen muss gefordert werden:

Das elementare Menschenrecht auf Arbeit, auf gleiche Bildung und Berufsausbildung sowie Gleichberechtigung der Frau müssen noch verwirklicht werden..

Die ausländischen Arbeiter und ihre Familien fordern darüberhinaus die Einräumung des Menschenrechts auf Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik und Aufhebung der "Zuzugssperren", die eine erhebliche Einschränkung dieses Grundrechts bedeuten.

Sie fordern auch die Gewährung des Menschenrechts auf Familienzusammenführung. Unter dem Vorwand des Anwerbestopps wird Angehörigen ausländischer Arbeiter, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben, die Ausbildung und Arbeitsaufnahme verweigert.

Sie fordern Gewährung des Menschenrechts auf Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung; auf Gleichbehandlung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, und bei Notfällen. Sie fordern die Demokratisierung des Ausländerrechts, das durch eine rückständige Rechtssprechung diese wesentlichen Menschenrechte erheblich einschränkt

Ein konsequenter Kampf für die Verwirklichung dieser Menschenrechte, und gegen die Ausbeutung beinhaltet auch unmittelbar den Kampf für Frieden und Beendigung des Wettrüstens. Die Friedenskräfte in der Welt müssen darauf hinwirken, dass die Helsinki-Nachfolgekonferenz in Belgrad ein weiterer bedeutsamer Schritt zum Ausbau der Entspannung und Abrüstung wird.

Am 1. Mai marschieren wir zusammen mit unseren deutschen und anderen ausländischen Kollegen: Gemeinsam sind wir stark! Gemeinsam erreichen wir mehr! Gemeinsam kämpfen wir für dieses Ziel:
Für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg..

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

T.B.Ö.K.

KOORDINASYON KURULU

Augustastr. 14
4650 Gelsenkirchen

2 Nisan 1977

Silahlanma Yarışına Son

Batı Almanya'daki " Barış, Silahsızlanma ve İşbirliği Komitesi " önümüzdeki 21 ve 22 Mayıs'ta Bremen, Essen, Münih ve Frankfurt'ta yapılacak Barış ve Silahsızlanma yürüyüşleri ile ilgili olarak aşağıda özetini verdiğimiz bildiriği yayımlamıştır. Binlerce kişinin imzaladığı bu bildirinin yaygınlaştırılması ve çevredeki örgütlerin adı geçen yürüyüşlere katılmaları TBÖK Koordinasyon Kurulu'nca örgütlerimize önerilmektedir:

"Silahlanma yarışının sona erdirilmesi çağımızın en âcil buyruğudur. Tüm kıtalarda siyasal ve dinsel görüşleri ayrı milyonlarca insan; sendikacılar, din adamları, politikacılar, bilim adamları silahlanma yarışının sona ermesini istiyorlar. İnsanlığın günümüzdeki ve gelecekteki görevlerini çözebilmesi için silahsızlanmaya gidilmesi yolunda mücadele ediyorlar. Çünkü silahlanma yarışı güven sağlamak şöyle dursun, dünya barışını tehdit etmekte, yumuşama ve karşılıklı anlayış sürecini tehlikeye sokmakta. Toplumsal güvenliği, reformları, açlık, sefalet ve hastalıklara karşı etkin bir savaşıma engellemekte.

Kimse, hiçbir ülke silahlanma yarışının sürmesinden yana olamaz. Dünyamız güvence altında bir denge, karşılıklı işbirliği gerektiriyor korku dolu bir eşitlik ve çatışma değil.

Yeni olanaklar açılmakta:

- Tüm Avrupa ülkelerinin katıldığı Helsinki konferansı ve Doğu ile Batı arasındaki anlaşmalar, farklı konumlara karşın önemli sorunlarda görüş birliğine varılabileceğini gösteriyor. 15 Haziran 1977'den itibaren Helsinki Konferansı Sonuç Belgesi'nin imzalayıcısı 35 devlet Belgrad'da yumuşama sürecinin sağlamlaştırılması ve sürdürülmesini görüşüyor.
- Birleşmiş Milletler'de ezici bir çoğunluk bir Dünya Silahsızlanma Konferansı'nın toplanması, silah satımının önlenmesi ve yeni kitle yoketme silahlarının engellenmesi, çevremizin askerî amaçlar için kullanılmasını, atom silahları denemelerini ve kimyasal silahları yasaklama için talepler öne sürüyor. Büyük askerî güçlerin silahlanma bütçelerini yüzde on indirmelerini ve serbest kalan paraların toplumsal reformlar ve açlık ve sefaletle karşı savaşta kullanılmasını öneriyorlar. ...

Bizler silahlanma yarışının sona ermesini istiyoruz:

- Silahlanma bütçesi yükseltilmemeli, yeni silahlardan vazgeçilmelidir;
- Askerî birlik ve araçların azaltılması ile ilgili Orta Avrupa ülkelerinin Viyana Görüşmeleri yapıcı katkılarla desteklenmelidir;
- Birleşmiş Milletler kararlarına uygun olarak askerî harcamalar önce yüzde on oranında azaltılmalı, serbest kalan paralar ülkemizde ve az gelişmiş ülkelerde toplumsal reformlar için harcanmalı;
- Federal Almanya'nın silahlanma bütçesinin daha fazla artırılmaması için olanca güçle çalışılmalı.

Silahsızlanma girişimlerinde ve 21-22 Mayıs 1977 de

Bremen, Essen, Münih ve Frankfurt'ta yapılacak yürüyüşlerde çalışalım, görev alalım! "

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

T.B.Ö.K.

KOORDINASYON KURULU

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen

2 Nisan 1977

Basın Bildirisi

MHP'Lİ KOMANDOLAR ALMANYA'DA MAOCULARLA ORTAK SİLAHLI SALDIRI DÜZENLEDİ

Batı Avrupa'daki 50'den fazla örgütün oluşturduğu Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi'nin 2 Nisan Cumartesi akşamı Dortmund'da düzenlediği "Türkiye'deki faşist cinayet ve işkencelere karşı Uluslararası Dayanışma Gecesi", MHP'li ve maocu komandoların silahlı saldırısına uğramış, saldırganlar kaçarken komite sözcülerine ateş açmışlardır. Yediyüzü aşkın Türk ve Alman konunun izlediği geceye Şili'li, Yunan Türk ve Alman ekiplerinin yanı sıra Alman Sendikalar Birliği DGB ve Sosyal Demokrat Parti temsilcileri de katılmıştır.

Toplantının başlaması sırasında salona girişi engellemeye çalışan MHP'li ve maocu komandolar önce demir çubuklar ve bıçaklarla görevlilere saldırmışlar, engellemeyi başaramayınca kaçmak zorunda kalmışlardır. Kaçanlardan birinin bu sırada Barış ve Özgürlük Komitesi sözcülerinin bulunduğu merdivenlere doğru ateş ettiği görülmüştür. Daha sonra olay yerine gelen polis birçok mermi kovanı ve demir çubuk ele geçirmiş, saldırganlardan adının R. Mısırlı olduğu belirtilen birinin tutuklandığını bildirmiştir.



Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi T.B.Ö.K., aynı gün yapılan Temsilciler Kurulu dolayısı ile daha önce bir basın toplantısı düzenlemiş, Türkiye'de MC hükümeti sırasında işlenen cinayet ve işkencelerin yanı sıra MHP'nin Avrupa'daki zorbalık eylemleri üzerine de geniş bilgi vermişti. Son sıralarda yoğunlaşan ve Köln'de bir işçinin ölümüne yol açan olaylar Avrupa kamu oyu'nda büyük yankı uyandırmış, Batı Alman radyosu WDR, basın toplantısına iki gün üstüste programlarında yer vermişti. MHP'li ve maocu komandoların kaçışları sırasında atılan kurşunların basın toplantısında bu bilgileri veren komite sözcülerinin hemen başlarının üzerine isabet etmesi saldırının son derece planlı ve "MC'nin terör politikasına uygun" olarak tanımlanmıştır. Olaylarda yaralanan görevli dört işçimiz dün taburcu edilmişlerdir.

Toplantıya katılan Şili'li, Yunanlı ve Alman sanatçılarla sözalan Sosyal Demokrat Parti ve Alman Sendikalar Birliği sözcüleri olayı

ve Türkiye'deki MC hükümetini şiddetle kınamışlardır. Konuşmacılar, T.B.Ö.K.'ün Avrupa'daki Türk işçilerine ve demokratik kamu oyu'na dönük aydınlatma ve uluslararası dayanışmayı sağlama çabalarını da selamlamışlar, "dayanışma selamlarının Türkiye'de mücadele veren ilerici ve demokratlara da iletilmesini" dilemişlerdir.

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

T.B.Ö.K.

KOORDINASYON KURULU

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen

Natopartner Türkei vor den Wahlen:

ZWEI JAHRE 'NATIONALISTISCHE FRONT'

POLITISCHE MORDE, TERROR UND UNTERDRÜCKUNG

Kern des Terrors:

Graue Wölfe

Weitgehend unbemerkt in der europäischen Öffentlichkeit, werden aus der Türkei täglich neue, politisch motivierte Morde und Folterungen bekannt. Bei ihren bewaffneten Provokationen gegen Arbeiter und Studenten wird von den "Grauen Wölfen" der neofaschistischen MHP von der Polizei und Gendarmerie assistiert.

Nicht nur Mitglieder der sozialistischen Organisationen und der verbotenen TKP, sondern mit zunehmender Häufigkeit auch aktive Mitglieder der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei Ecevit, CHP, fallen den Terror-Anschlägen zum Opfer.

Die bewaffneten Überfälle werden von den nach SA-Muster organisierten Hilfstruppen der "Nationalistischen Front" ausgeführt. Sie beschränken sich längst nicht mehr auf die Arbeiter, Gewerkschafter und oppositionellen Intellektuellen in den Großstädten und Industriezentren. Täglich werden aus fast allen Teilen Anatoliens Tote und Verletzte in Folge der Überfälle gemeldet.

Alein am 17./18. Mai kamen in der Provinzstadt Uşak in Mittelanatolien fünf Menschen ums Leben. Dabei wurde eine der Studentinnen, die als gefürchtete Zeuginnen eines Politmordes von den "Grauen Wölfen" als Geiseln genommen und tages- und nachtelang in einem Keller gefoltert wurden, mit einem Herzschuß tot aufgefunden. Nachbarn berichteten von den furchterregenden Schreien der Mädchen, als sie gefoltert wurden. Polizei und Gendarmerie wurden erst eingesetzt, als sich die oppositionellen Studenten und Arbeiter zu einer Protestversammlung gegen die Vorgänge eingefunden hatten. Bei den Auseinandersetzungen wurden über hundert Menschen verletzt. Neben den schon aufgefundenen Opfern des Kommando-Terrors werden weitere "vermißt" gemeldet, die mit großer Wahrscheinlichkeit ebenfalls auf diesem Wege zum Schweigen gebracht worden sind.

Journalist erlag der Folter

Mitte Februar wurde der Chefredakteur des Zentralorgans der Ingenieur- und Technikerverbände, Z. Erginbay, in einem Straßengraben tot aufgefunden. Wie viele andere Arbeiter, Lehrer und Studenten vor ihm, erlag er unbeschreiblichen Folterungen, wie dies anschließend gerichtsmedizinisch festgestellt wurde. Ebenfalls amtsärztlich wurde in einem anderen Fall festgestellt, daß zwei von der Polizei als beim Fluchtversuch umgekommen deklarierte Untersuchungshäftlinge an den Folgen der erlittenen Folterungen bei der Polizei getötet sind.

Über 200 politische Morde

Seit zwei Jahren herrscht in der Türkei die "Nationalistische Front" unter Premier Demirel, der neben seiner national-konservativen "Ge-

rechtigkeitspartei" und der extrem-religiösen "Heilspartei", die neofaschistische "Partei der Nationalistischen Bewegung", MHP angehört.

Sie bekennt sich offen zum Faschismus und organisiert die militärisch gedrillten "Kommandos", auch "Graue Wölfe" genannt, die als "schlagende Kraft" der Nationalistischen Front auftreten. Der Führer, Oberst a.D. Türkeş, verfügt trotz seinen nur drei Abgeordneten als stellvertretender Ministerpräsident über erhebliche Teile des Staatsapparates und des berichtigten Geheimdienst MIT. Eine Reihe von Ministerien werden durch die gleich 'massenweise' erfolgten Einstellungen der MHP-Mitglieder total unterwandert. Am deutlichsten kommt diese Entwicklung im Bildungsministerium zum Ausdruck, dessen obligatorische Schulbücher zu Propagandamitteln aggressiv-faschistoider Inhalte degradiert wurden.

Terror und Einschüchterung auch im Ausland

Das wirtschaftliche Desaster, in dem sich das Land befindet, zwingt die Herrschenden zu immer gewaltsameren Mitteln gegenüber den Werktätigen, die für ihre ökonomischen und demokratischen Rechte eintreten. Der im Oktober vergangenen Jahres wegen Widerstandes gegen die Errichtung von Sondergerichten für mehrere Tage verhaftete Vorstand des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, mit über 60.000 Mitgliedern, muß sich immer wieder vor Gerichten verantworten, weil ihm der Vorwurf einer kriminellen Vereinigung gemacht wird. Für ihn hatte sich u.a. Eugen Loderer als Vorsitzender des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes eingesetzt.

Die galoppierende Inflation bedeutet für Arbeiter und Angestellte, aber auch für Lehrer und Beamten ein Leben unter dem Existenzminimum. Die Arbeitslosigkeit beträgt nach halboffiziellen Schätzungen saisonal 20 % der erwerbstätigen Bevölkerung.

Die türkischen Arbeiter im Ausland entlasteten einerseits nur vorübergehend den einheimischen Arbeitsmarkt, während sie andererseits auch nur zeitweilig den Arbeitskräftemangel in den Industriestaaten kompensieren sollten. Ihr solidarischer Kampf in den Betrieben und ihren Gewerkschaften mit ihren einheimischen Kollegen macht die zu klassenbewußten, gefürchteten Gegnern der reaktionären Kräfte in der Türkei. So wird ihnen bis heute das Wahlrecht verweigert, obwohl mittlerweile ca. 600.000 Türken im Wahlalter im Ausland leben müssen!

Die Aktivitäten der angeblich nunmehr geschlossenen, in Wirklichkeit unter phantasiereichen Bezeichnungen weiter operierenden MHP-Filialen im Ausland gestalten sich immer konspirativer, aber auch gewaltsamer: bei einer Veranstaltung Ende Februar in Köln, auf der zwei CHP-Politiker sprechen sollten, kam bei den von den Rechtsextremisten provozierten Schlägereien ein Arbeiter ums Leben. Mitte März wurde bei einem Angriff der Kommandos auf ein Vereinslokal der sozialdemokratisch orientierten Türken in Velbert ein Arbeiter verletzt. Die "Grauen Wölfe" verwüsteten das Vereinslokal.

Die im Türkischen Europakomitee für Frieden und Freiheit zusammengeschlossenen Organisationen aus der Bundesrepublik, Holland, England, Frankreich, Belgien und Skandinavien stellen folgende Forderungen auf:

- Schluß mit faschistischen Morden und Folterungen! Sofortiger Rücktritt der "Nationalistischen Front"!
- Verbot aller neofaschistischen, gewerkschaftsfeindlichen Organisationen der HP im In- und Ausland!
- Gewährleistung der demokratischen Durchführung der bevorstehenden Wahlen ohne den Kommando-Terror!
- Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung der Demokraten im Ausland ohne Repressionen der in- und ausländischen Behörden!

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

T.B.Ö.K.

KOORDINASYON KURULU

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen

2. April 1977

POLITISCHE MORDE UND TERROR-WELLE IN DER TÜRKEI REISSEN NICHT AB: TÜRKISCHE ARBEITERORGANISATIONEN IM AUSLAND FORDERN DEN RÜCKTRITT DER REGIERUNG - PROTESTAKTIONEN ANGEKÜNDIGT

Der Koordinierungsausschuß des Türkischen Europakomitees für Frieden und Freiheit, in dem über 50 türkische Organisationen aus der Bundesrepublik, Holland, Belgien, Frankreich, England und Skandinavien zusammenarbeiten, hat nach seiner Tagung am vergangenen Wochenende in Gelsenkirchen in einer Presseerklärung bekanntgegeben, daß die türkischen Arbeiter im Ausland die Versuche der herrschenden "Nationalistischen Front" durch Verhängung eines Ausnahmezustandes die bevorstehenden Wahlen zu verhindern auf das Entschiedenste verurteilen. Sie fordern den sofortigen Rücktritt der extrem rechts gerichteten Regierung, an der auch die neofaschistische MHP beteiligt ist und die Bildung einer Übergangsregierung unter Ausschuß der Neofaschisten. Vertreter der türkischen Arbeiter verlangen außerdem, daß den auf knapp 600.000 geschätzten Türken im Ausland endlich Wahlrecht eingeräumt wird, da nach der bisherigen Praxis diese Türken, obwohl im Wahlalter, weder per Briefwahl noch direkt an ihrem Heimatort wählen können.

Vertreter türkischer Organisationen erklärten übereinstimmend, daß die "Mauer des Schweigens" über die antidemokratischen Vorgänge in der Türkei endlich durchbrochen werden müsse. Es sei mehr als befremdend, wenn die europäische Öffentlichkeit über die Zustände in einem Land an der europäischen Peripherie, das bald der EG beitreten soll, kaum informiert werde, zumal annähernd eine Million Türken in Europa leben. Dies erleichtere die Machenschaften der antidemokratischen Kräfte in der Türkei, die z.Zt. an der Regierung sind, unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit einen Rechtsputsch vorzubereiten:

- Die Kette der politischen Morde und die Terrorwelle in der Türkei reißen nicht ab. Die Zahl der politisch motivierten Morde unter der knapp zweijährigen Herrschaft der "Nationalistischen Front" - so die offizielle Bezeichnung - unter Premier Demirel ist in der letzten Januarwoche auf über 160 angewachsen.
- Täglich werden aus allen Teilen des Landes neue politisch motivierte Morde und Folterungen bekannt, denen nicht nur Mitglieder der sozialistischen Organisationen und der Kommunistischen Partei der Türkei zum Opfer fallen, sondern mit zunehmender Häufigkeit Mitglieder der sozialdemokratisch orientierten Ecevit's Republikanischer Volkspartei.
- Der im Oktober vergangenen Jahres wegen Widerstands gegen die Errichtung von Sondergerichten für mehrere Tage verhaftete Vorstand des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, mit über 600.000 Mitgliedern, mußte sich in der letzten Woche erneut vor einem Gericht verantworten, weil ihm der Vorwurf einer kriminellen Vereinigung gemacht wird.
- Neben den unter offenkundiger Mitwisser- und in vielen Fällen Mittäterschaft der Sicherheitskräfte vollzogenen Exekutionen finden junge Zeitungsredakteure und Sprecher studentischer Gruppen durch grausame Folter den Tod, wie auch Amnesty International in einem kürzlich erschienenen Bericht festhielt.

(b.w.1)

- Der Lehrerverband des Landes, Töb-Der; der Verband der Beamten und Angestellten sowie die Berufsvereinigung technischer Fachkräfte, jede mit mehreren hunderttausend Mitgliedern, wurden in der vergangenen Woche per Dekret geschlossen. Die Zentrale der Progressiven Jugendbewegung wurde von der Polizei überfallen und verwüstet. Deren Vorsitzender wurde nach amtlichen Attesten im Polizeipräsidium schwer gefoltert.
- Die an der "Nationalistischen-Front"-Regierung trotz ihrer nur drei Parlamentssitzen mit zwei Ministern vertretene Partei der nationalistischen Bewegung MHP, die sich offen zum Faschismus bekennt, konnte durch den "Führer" Türkesch, der stellvertretender Ministerpräsident ist, ihren Einflußbereich erheblich ausbauen. Nicht nur der berüchtigte Geheimdienst MIT, aber auch die Sicherheits- und die "Gesellschafts"-Polizei, die bei den Einsätzen gegen streikende Arbeiter und demonstrierende Studenten eingesetzt werden, ja sogar Personalbestände mehrerer Ministerien wurden durch die "Kommandos", Mitglieder der MHP-Schlägertrupps total unterwandert.
- Auch alle entscheidenden Stellen und Lehrkräfte im Bildungsbereich sind von der MHP besetzt. In einheitlichen Schulbüchern wird die "Rasse" heroisiert, werden die Minderheiten verächtlich gemacht; Arbeiter werden beschimpft. So steht wörtlich in einem obligatorischen Gesellschaftskunde-Buch: "Arbeiter haben nicht so viel Ehre wie z.B. Ärzte. Das ist auch in einer Gesellschaft wie der türkischen selbstverständlich." Erst nach anhaltenden Protestaktionen soll nun dieser Satz aus den Büchern (die bereits ausgedruckt und verteilt sind) gestrichen werden. Der faschistoide Inhalt der Bücher wurde jedoch beibehalten.
- Fast alle höheren Bildungseinrichtungen sind aufgrund anhaltenden Kommando-Terrors geschlossen. Studenten und Lehrkräfte, erst kürzlich ein Dekan der Istanbul Universität, werden unter massiver Gewaltanwendung am Zugang zu Fakultäten und Hochschulen gehindert, wenn sie nicht als "nationalistisch" gelten.
- Um die Aktivitäten der angeblich nunmehr geschlossenen, in Wirklichkeit unter phantasiereichen Bezeichnungen weiter operierenden MHP-Filialen im Ausland besser koordinieren zu können, wurden vom Bildungsministerium 200 mit Sonderaufgaben versehene Lehrer ausgesucht, die in diesen Wochen in verschiedenen europäischen Ländern ihren Dienst eintreten sollen.

PROTESTAKTIONEN IN DER BUNDESREPUBLIK UND IN GANZ EUROPA

Aufgrund geschilderter Tatsachen haben die türkischen Arbeiterorganisationen beschlossen, ab sofort in ganz Europa Informations- und Protestaktionen einzuleiten und den sofortigen Rücktritt der "Nationalistischen Front" zu fordern, um die freie Durchführung der im Oktober anstehenden Parlamentswahlen zu sichern. Sie fordern einheitlich eine Übergangsregierung aus Parteien, "an deren Händen kein Blut klebt", die eine demokratische Wahlkampagne gewährleisten.

Unter dem eskalierenden Terror der Nationalistischen Front sei nicht auszuschließen, daß die Wahlen, falls ein "präventiver" Rechtsputsch nicht zuvorkommt und sie doch durchgeführt werden, von blutigen Auseinandersetzungen begleitet werden, bei denen alle Gegner der Rechtsextremisten direkt gefährdet werden.

Die geplante Herbeiführung eines Ausnahmezustandes, der einem Militärputsch gleichkäme, würden die demokratischen Kräfte in der Türkei nicht zulassen. Vertreter der türkischen Organisationen in Europa fordern schließlich die europäischen Massenmedien auf, ihr Schweigen über die von faschistischen Kräften inszenierten Vorgänge in der Türkei zu brechen und die Öffentlichkeit gemäß ihrem Anspruch objektiv zu informieren, was bislang vereinzelt nur in der Gewerkschaftspresse erfolgt sei.*

T.B.Ö.K.

KOORDINASYON KURULU

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen

12 Nisan 1977

Önümüzdeki seçimlerde görevimiz

CHP' NİN YİĞİNSAL DESTEKLENMESİ

2 Nisan 1977 tarihinde Dortmund'da toplanan TBÖK Temsilciler Kurulu, Koordinasyon Kurulu önerisi uyarınca halkımızın en doğal, en acil ekonomik ve toplumsal istemlerini faşist yöntemlerle, cinayet ve işkencelerle boğmaya çalışan gerici-faşist güçlerin üst örgütlenmesi MC'ye karşı, tüm ilerici yurtsever güçlerle birlikte, ileri demokratik bir düzen yolunda; barış, bağımsızlık, demokrasi ve toplumsal ilerleme doğrultusunda CHP'nin önümüzdeki seçimlerde desteklenmesini yığinsal eylemlerle somutlaştırma kararını vermiştir.

Tüm çabalara karşın, öne alınan seçimlere yine eli kanlı MC iktidarıyla gidilmektedir. Demokratik hak ve özgürlüklere saygılı, can ve seçim güvenliğini sağlayacak bir seçim hükümeti kurulamamıştır. Haziran seçimleri, sayın Ecevit'in tanımladığı gibi "Katillerin iktidarında" yapılacak.

Bu durum tüm demokratik güçlerin sorumluluğunu artırıyor, görevlerini ağırlaştırıyor. Önümüzdeki hedef, seçimlerde MC'yi yenik düşürmektir. Barış ve özgürlükten yana tüm güçlerin eylem birliği çabalarını artırmaları, faşist tırmanışa karşı saflarını daha da sıklaştırmaları zorunlu oluyor. Faşist tırmanışa karşı direnen güçler, aralarındaki ortak noktaları vurgulamak; barış ve özgürlükten yana güçlerin acil taleplerini programına alan, seçimlere katılma olanağı bulunan, iktidara gelme olasılığı taşıyan bir siyasal partiyi destekleme göreviyle yükümlüler. Günümüzde bu nitelikte bir parti, demokratik ve ilerici güçlerin eylem birliğinde zaman zaman kararsızlığa düştüğü görülse de, kitlelerin acil demokratik istemlerini gerek programına alan, gerekse liderleri aracılığı ile kitleler önünde açıklayan CHP'dir.

Yurdumuzda faşist cinayet ve işkencelerin durdurulması, demokratik bir ortamın gerçekleştirilmesi için, sosyal demokratlar, sosyalistler, komünistler, tüm barış ve özgürlükten yana güçler CHP'yi destekliyeceklerdir. Bu demokratik ortam ancak şu koşullarda oluşabilecektir:

1. Bugün Avrupa'da tek ülke olarak işçi sınıfının örgütlenmesini yasaklayan 141, 142 ve 146. maddeler kaldırılmalı, TKP'ye konan yasak kalkmalıdır;
2. Can güvenliği sağlanmalı, temel hak ve özgürlükler güvence altına alınmalıdır;
3. MHP ve Ülkü Ocakları gibi faşist yuvaları derhal dağıtılmalı; faşist, ırkçı ve savaş kışkırtıcısı güçlerin örgütlenmesi önlenmelidir;
4. Devlet organlarına sızmış faşist unsurlar atılmalı, MC'den hesap sorulmalı, faşist cinayet ve işkencelerin sorumluları cezalandırılmalıdır;
5. Tüm çalışanlara sendikalaşma hakkı verilmeli, grev hakkına konan tüm kısıtlamalar kaldırılmalı, yurt dışındaki işçilerimizin başta seçme ve seçilme hakkı olmak üzere, eğitim, emeklilik vb. gibi sorunlara öncelikle çözülmelidir.

İrkçı-faşist baskılara, savaş kışkırtıcılığına karşı, ileri demokratik bir düzen için verdiğimiz savaşım, faşist tehlikenin geriletilmesi, sermayenin tekelci egemenliğinin kırılmasıyla güçlenecektir.

TBÖK Koordinasyon Kurulu tüm örgütlerine bu yoldaki girişimlerini bir kat daha yoğunlaştırmalarını ve yığinsallaştırmalarını öncelikle önerir. Haziran seçimleri, ilerici demokratik güçlerin eylem birliğinin somut bir zaferi olacaktır.

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

KOORDİNASYON KURULU

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen

4 Ağustos 1977

NÖTRON BOMBASI'NI

DURDURALIM!

6 Ağustos 1945 günü, savaşın Japonların yenilgisi ile biteceği kesinleşmişken, Amerikalılar Hiroşima'ya ilk Atom Bombası'nı attılar. Üç gün sonra Nagasaki'ye bir Atom Bombası daha atıldı. Yüzbinlerce insan bir anda öldü. Yüzbinlercesi bu günleri izleyen yıllarda içorgan-ları delinerek, uzuvları yokolarak, çoğu da kan kanserine tutularak öldü. Kurtulabilenlerin yarısı kör kaldı. Bölgede 1954'e kadar her altı çocuktan biri ya ölü, ya da beyni, ağzı, kolları, bacakları eksik doğdu. Yıllar sonra Hiroşima'ya, öldürülen masum insanların anısına dikilen anıta şunlar kazındı: "Barış içinde yatın. Çünkü bu yanlışlık bir daha yinelenmeyecek!"

Batı Avrupa'da, kapitalist ülkelerde genellikle sessiz geçirilen 6 Ağustos'un yaklaştığı günlerde ABD Başkanı Karter, geçmiş geçmiş en büyük, en korkunç ölüm aracı Nötron Bombası'nın seri yapımını başlattığını bildirdi.

Bu açıklama için seçilen zaman bir raslantı değil: kapitalist ülkelerde milyonlarca insan işsizliğin pençe-sinde. Yüzbinlerce genç çalışma ve eğitim olanaklarından yoksun. Amerikan iktisadının krizi derinleşiyor, doların değeri gittikçe düşüyor. ABD'de insanların yüzde yirmibeş-i geçim sınırının altında yaşamaya çalışıyor. Bir gecelik bir elektrik kesilmesi New-York kentini milyonlarca yoksulun açlığa karşı savaş alanına çeviriyor. Amerika Birleşik Devletlerindeki karadüzenlere, Batı Avrupa ülkelerinde yabancı işçilere uygulanan ayrımcı politika, ılericilere yapılan baskılar, kitlesele direnişlere yol açıyor. Baskı ve ayrımcılık politikası uluslararası kuruluşlarda dile getiriliyor, kınanıyor. Böyle bir dönemde, son aylarda ABD Başkanının ikide bir sözde "insan hakları"na öne sürüp sosyalist ülkelere saldırmasının bir kılıf hazırlama olduğu artık iyice ortaya çıkıyor. Büyük tekellerin, militarist savaş kış-kırtıcılarının tüm insanlığa karşı işlemeye hazırlandık-ları cinayetleri örtbas etme çabasında oldukları gözükü-yor:

- Amerikan militaristlerinin hidrojen bombasından geliştirdikleri Nötron Bombası atıldığı çevreye nötron ve gama ışınları saçıyor. Bu ışınlar kalın duvarları, met-relerce betonu, toprak yığınlarını, ağır zırhları bile delip geçiyor. Asker, sivil, çocuk, hasta tüm insanları tüm canlıları öldürüyor. Ölüm ya bir anda, ya da bir aya kadar bir süre içinde yavaş, kıvrandıra kıvrandıra geliyor.
- Nötron Bombasının son derece güçlü ışınları canlı doku-ları iyilemeyecek biçimde öldürüyor. Ama evlere, fabrikalara, askeri araçlara hemen hiç zarar vermiyor. Kapitalist dünyanın kimi savaşçı, militarist politikacı ve yazarı simdiden insanlardan "temizledikleri" sosya-list ülkelerin kazanımlarına nasıl el koyacaklarını tartışmadalar.
- Nötron Bombası öldürücü işlevini çok kısa bir zamanda yerine getirmekte, etkisi kısa sürede öldürme görevini yapıp kalkmaktadır. Böylece bombanın atılmasından az sonra askerî birlikler o bölgeye girebilmektedir.

- Olağan silahlarla, giderek atom ya da hidrojen bombası ile yürütülen bir savaş,kapitalist ülkelerdeki egemen çevrelerin, tekellerin kendi binalarını,fabrikalarını vb. yokedebilir. Bunlar şimdi, bu tür yalnız(!) "insanları temizleyen" böyle korkunç bir bombayla bu tür maddi kayıplardan da kurtulacaklarını hesapla-maktadırlar!

B-1 bombardıman uçaklarından, arayıcı roket-bombalardan nötron bombası çılgınlığına kadar uzanan yeni savaş kışkırtıcılığı, Karter'in "insan haklarına saygı" konu-sunda Viyetnam ve Hiroşima sorumlusu eski başkanlardan geri kalmadığını gösteriyor. Başkan Truman da savaşın bitimine yakın Atom Bombası ile yüzbinlerce insanın yok edilmesini "sosyalist ülkelere gözdağı vermek" ile gerekçelendirmişti.

Bir yandan kendi ülkelerindeki azınlıklara, yabancı işçi-lere renk ve dil farkı gözetip ayrımcı politika uygula-yan, ılericiler meslek yasakları koyanların öte yandan insanlığı "eşyalara zarar vermeden" yoketmek için her türlü korkunç silahı üretmeleri, bu sistemin insanlık düşmanı yüzünü açığa vuruyor.

Üyesi bulunduğumuz Dünya Barış Konseyi "Nötron Bombasını Durduralım!" çağrısında bulundu. Bu bombaların özellikle yerleştirilmeleri öngörülen Nato ülkelerindeki demokratik, barışsever güçler bu çağrıyı olanca güçleriyle destekliyor. Yüzlerce yazar,bilim ada-mı,politikacı,din adamları bu girişimlere katılıyor. Bağımsız devlet adamları, hukukçu ve yazarlar, Avrupa İnsan Hakları Komisyonu'na, Birleşmiş Milletlere baş vuruyorlar; Başkan Karter'in temel insan haklarına karşı işlediği suçlardan sanık olarak yargılanmasını yargılanmasını istiyorlar. Batı Almanya'da SPD yönetici-lerinden E.Bahr bile Nötron Bombası'nı "insan düşüncesi-nin yozlaşması" olduğunu söylüyor. Türkiye'de Barış Derneği'nin açtığı imza kampanyası hızla gelişiyor.

Hiroşima'nın yıldönümü 6 Ağustos - 13 Ağustos arası tüm Avrupa'da Nötron Bombası'na karşı kitlesele eylemlerir başlangıcı oluyor. Birçok ülkenin barışseverleri Alman Barış Derneğinin çağrısı üzerine ABD elçilikleri önünde uyarı nöbetleri tutuyorlar. Yurdumuzda Barış Derneği'nin izinde, tüm gerçek yurtse-verler, ikili anlaşmalarla Nato'ya, ABD'ye peşkeş çeki-len üslere de konması ön görülen Nötron Bombası'na karşı eyleme geçiyorlar. Yurtiçi ve yurtdışı savaş kışkırtıcısı güçlerin buyruğun-daki 2.MC'ye karşı savaşımı saldırıyan yüzü artık iyice ortaya çıkan ABD'nin Nato'suna karşı savaşım birbirinden ayrılmıyor.

İnsanlığın yeni büyük düşmanı Nötron Bombası'nı durdu-ralım!

Askerî paktların çözülmesi için, silahlanma yarışının sona erdirilmesi için savaş kışkırtıcılarına karşı duralım!

Saldırgan Nato'ya, faşist-gerici karması 2. MC'ye karşı birliğimizi ve dayanışmamızı güçlendirelim!

T.B.ÖK.

Barış ve Özgürlük

Haber Bülteni

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

(Dünya Barış Konseyi üyesidir)

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

Yıl: 1

Sayı: 11

2 Haziran 1976

İ Ç İ N D E K İ L E R :

- 1.TBÖK'ün "MC HÜKÜMETİNE HAYIR" kampanyası Frankfurt'ta yapılan merkezi yürüyüşle sona erdi.
- 2.TBÖK Temsilciler Kurulu toplandı.
- 3.TBÖK'e yeni örgütler girdi.
- 4.Türkiyedeki faşist gelişmeler Avrupa Parlamentosunda görüşüldü.
- 5."Barış ve Özgürlük"ün Türkiye'ye girişi Bakanlar Kurulu tarafından yasaklandı.
- 6."Türkei Heute" (Türkiyede Bugün) Broşürü yayınlandı.

TBÖK'ÜN "MC HÜKÜMETİNE HAYIR !" KAMPANYASI,FRANKFURTTA
YAPILAN MERKEZİ YÜRÜYÜŞLE SONA ERDİ.

8 Mayıs 1945.Hitler faşizminin yenilgiye uğratıldığı gün.İşte bu günün yıldönümünde "MC Hükümetine Hayır!" kampanyası başlatıldı. 29.5.1976 günü Frankfurt'ta yapılan merkezi yürüyüş ve TBÖK Temsilciler Kurulu toplantısı ile şimdilik noktalandı.

3 hafta süren kampanya süresinde çeşitli dillerde 10 binlerce bil diri,broşür,gazete çıkarıldı.Köln'de,Batıberlin'de,Frankfurtta yürüyüşler düzenlendi.Belçika,İngiltere,Almanya'nın çeşitli yerle - rinde kapalı salon toplantıları yapıldı.Amsterdam,Bonn yürüyüşle - rinde,Paris toplantısında kitleler belgilerimizi yükseltti.Radyo - lar,televizyonlar,yabancı gazeteler eylemlerimizi,taleplerimizi vermeden geçemediler.

Türkiyedeki faşist tırmanış Avrupa Parlementosuna getirildi.Milyon larca Avrupalının gözü Türkiyeye çevrildi.TBÖK'ün bu kampanyası sü resince binlerce yurttaşımız aktif olarak eylemlere katıldı,binler ce yabancı da destekledi.DİSK,TÖB-DER,TÜRK-İŞ'e bağlı Kavuçuk-İş Sendikası,Birlik Partisi gibi demokratik kuruluşlar dayanışma tel - graf ve mektupları gönderdiler.

MC hükümeti protesto edildi.Lanetlendi,düşürülmesi istendi.

MC Hükümeti düşürülünceye ve Türkiyede halktan yana demokratik,ba - rışçı bir hükümet kuruluncaya kadar,çeşitli şekillerde TBÖK'ün bu eylemleri sürecektir.Bütün dünyadaki barış ve özgürlükçü güçlerin halkımızla dayanışmasını sağlanması için çalışmalarımız devam ede - cektir.

TBÖK TEMSİLCİLER KURULU TOPLANDI

29.5.1976 Cumartesi günü Frankfurtta yapılan TBÖK Merkezi yürüyü - şünden sonra,TBÖK Temsilciler Kurulu toplandı. 243 gözlemci, ko - nuk ve delegelerin katılması ile açılan toplantı,30.5.1976 pazar günü de devam etti.

Geçen 2,5 aylık çalışmaları gözden geçiren Temsilciler Kurulu önü müzdeki çalışma dönemi için önemli kararlar aldı.Bu kararların ba - zıları şöyledir:

"-Bütün örgütlerimiz,MHP ve Örgütlerinin yurtiçinde ve yurtdışında kapatılması için yabancı kamuoyuna yönelik geniş bir kampanya yürütecek.Kampanya süresince yabancı dillerde "MHP DOSYASI" adlı bir broşür,bildiriler çıkarılacak,basın ve kapalı salon toplantıları yapılacak."

"-8-29 Mayıs 1976 MC Hükümetine Hayır kampanyası kısa bir broşür olarak yayınlanacak."

"-Kıbrıs konusunda görüşümüzü içeren bir broşür çıkarılacak, Ekim 1976 Frankfurtta yapılacak olan Uluslararası Kıbrısla dayanışma eylemine katılınacaktır."

.....

≡ ≡ ≡

TBÖK'E YENİ ÖRGÜTLER GİRDİ

29-30 Mayıs 1976 günlerinde toplanan TBÖK Temsilciler Kurulu,TBÖK'e başvuran 4 örgütün oybirliği ile üyeliğe girişini onayladı.Bu örgütler şunlardır:

MÜNSTER TÜRKİYELİ İŞÇİ-ÖĞRENCİ DERNEĞİ

RÜSSELSHEIM TÜRKİYE İŞÇİ BİRLİĞİ

ESSEN TÜRKİYELİ İŞÇİLER DERNEĞİ

NRW-TÜRK İŞÇİLERİ KÜLTÜR DERNEĞİ

Faşizme ve emperyalizme karşı barış ve özgürlükten yana güçleri çatısı altında toplayan TBÖK her geçen gün daha da güçlenmektedir. Her Temsilciler Kurulu toplantısında yeni yeni kuruluşlar,örgütler TBÖK'e girmekte,güçlerini birleştirmektedirler.

≡ ≡ ≡

TÜRKİYEDEKİ FAŞİST GELİŞMELER AVRUPA PARLEMENTOSUNDA GÖRÜŞÜLDÜ

19 Nisan 1976 da yapılan TBÖK Koordinasyon Kurulu oturumunda Türkiye'deki faşist gelişmelerin Avrupa Parlementosuna götürülmesi için karar alındı.Bu karar girişimde bulunacak TBÖK örgütlerine derhal ulaştırıldı.Bu konuda yoğun çalışılması,barış ve özgürlük

faşizme karşı olan milletvekilleri ile ilişkiler kurul-
landı. Bu konudaki çabalar boşa gitmedi. Türkiye'deki geli-
şimlerinden izleyen Hollanda milletvekili sayın Dankart ta-
n Türkiye'deki faşist girişimler, MHP'nin durumu Avrupa Par-
lamanı getirildi. TBÖK'ün bu konudaki çalışmaları sürecektir.

≡ ≡ ≡

"BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK" ÜN TÜRKİYEYE GİRİŞİ BAKANLAR KURULU TARAFIN- DAN YASAKLANDI

TBÖK, Haber Bülteni "Barış ve Özgürlük" gerek yurtiçinde, gerekse
yurtdışında ilgi görüyor. Her geçen gün demokratik çevrelerden ye-
ni istekler geliyor. TBÖK Çatısı altında gelişen barış ve özgürlük
hareketi dikkatle izleniyor. Saygınlık topluyor.

Her durum barış düşmanlarının, MC Hükümetinin gözünden kaçmıyor. Te-
şkilatın oluyorlar, uykuları kaçıyor. En mütevazî ve iddiasız bir şe-
kilde çıkan, kendi çalışmalarını yansıtan, Avrupadaki okurlarına da
Türkiyeden haberler ileten TBÖK Haber Bülteni "Barış ve Özgürlük"
Türkiye'ye girişini yasaklıyorlar.

Artık sunîi tedbirlerle demokratik güçlerin haberleşmesini, birbirle-
şme ile fikir değiş-tokuşunu engelliyebileceklerini sanıyorlar. Ama al-
dıyorlar. Halktan, barıştan, özgürlükten, sosyal ilerlemekten yana
hareket, her engellemeye aşacak, kulaktan kulağa bile olsa ya-
nık hedefine ulaşacaktır.

≡ ≡ ≡

"TÜRKEI HEUTE" (Türkiyede Bugün) BROŞÜRÜ YAYINLANDI

22 Mayıs 1976 "MC Hükümetine Hayır" eylemlerinin bir parçası o-
lan, "TÜRKEI HEUTE" adlı almanca broşür çıkarıldı. Broşür bir yıl
MC Hükümeti dönemindeki gelişimi, tırmanan faşizmi belgelerle
söylüyor.

Broşür geniş şekilde gazetecilere demokratik kuruluşlara gönderil-
miş ve dağıtımı yapılmıştır.

≡ ≡ ≡

T.B.Ö.K.

Barış ve Özgürlük

Haber Bülteni

SAYI 2/77

SUBAT 1977

T.B.Ö.K. Basın Bildirisi yayımladı

DİSK: DERHAL SEÇİM HÜKÜMETİ KURULMALIDIR

T.B.Ö.K. geçtiğimiz günlerde Türkçe ve Almanca basın bildirileri ile Avrupa ve Türkiye kamu oyuna seslendi, DİSK'in somut önerisi olan "MC'nin derhal çekilmesi ve yerine bir seçim hükümeti kurulması" yolunda tüm demokratik güçleri eylem birliğine çağırdı.

DİSK, yaptığı açıklamada ülkemizin yaşadığı önemli günlerle ilgili geniş açıklamalarda bulundu. Tüm halkımızı, ulusal ve demokratik güçleri uyardı. Faşist saldırılara, cinayetlere, anayasal ve demokratik rejime karşı cunta heveslilerine karşı güç ve eylem birliği gereğini vurguladı.

CHP Genel Başkanı B. Ecevit, bir yandan bütçe konuşmalarında MC'nin derhal çekilmesini önerirken, "Demokrasiden yana herkesle can güvenliğinin sağlandığı bir ortamda yapılacak seçimler için işbirliği" çağrısında bulundu. TKP Genel Sekreteri İ. Bilen "seçimlerin demokratik bir ortamda yapılabilmesi için

Seçim faşizme darbe indirir
En son durumda kendi
olmak ve hazırlıklarımızla sağlan
güvenliğini kendimiz sağlarız
seçim sandıklarını koruyacağız

DİSK, 1977 seçimine uzanan halk
ve özgürlük düşmanı elleri
kuracaktır. DİSK olarak derhal
bir geçici seçim hükümetinin
kurulmasını istiyoruz

eli kana bu-
laşmamış
bir seçim
hükümetinin
kurulması
yolunda tek
cephede ey-
lem birliği"
önerdi.

26-27 Şubat 1977 Düsseldorf:

BÜYÜK İŞÇİ KURULTAYI

CHP ve DİSK de Kurultay'a katılıyor

26-27 Şubat 1977 tarihlerinde Batı Almanya'nın Düsseldorf kentinde yapılacak olan Büyük İşçi Kurultayı için şimdiden



DİSK Genel Sekreteri Mehmet Karaca

doksanı aşkın işçi kuruluşu Kurultay Hazırlık Komitesi'ne başvuruda bulunmuştur. Gerek Avrupa gerekse Türkiye kamu oyu'nda hazırlıkları büyük yankılar uyandıran Kurultay, Batı Avrupa'da yaşayan işçilerimizin birliği yolunda atılmış büyük bir adım olacaktır.

Son gelen bilgilere göre, DİSK adına Kurultay Genel Sekreter Mehmet Karaca, CHP Genel Yönetim Kurulu adına da Ankara Senatörü Prof.Dr. U. Alacakaptan ve Semih Eryılmaz izleyeceklerdir.

Dünya Sendikalar Birliği de kurultaya bir gözlemci yollayacağını bildirmiştir. Batı Avrupa'daki birçok demokratik kuruluş da şimdiden başarı dileklerini ve dayanışmalarını iletmış bulunmaktalar.

DÜNYA BARİŞ FORUMU
Kararlarını DİSK de Destekledi

14-16 Ocak 1977 tarihlerinde Sovyetler Birliği başkenti Moskova'da Dünya Barışgüçleri Forumu toplandı. Batı Almanya'dan katılan delegasyonda SPD de bir gözlemci ile temsil edilmişti. Prof.G. Kade ve Prof. H.J. Krysmanski de delegeler arasındaydı. Yumuşama ve silahsızlanma sorunlarının ana konular olarak işlendiği forum, silahlanma yarışının dünya halklarını sürekli tehdit ettiğini belirtmiş ve tüm barışçı güçler silahlanma yarışını sona erdirmeye çağrısında bulunmuştur.

Dünya Barış Güçleri'nin tüm dünya ülkelerinden devlet adamlarının, bilginlerin, sendikacıların, din adamlarının katıldığı forumu, Türkiye'deki demokratik güçler içinde de büyük yankılar uyandırmış, DİSK Forumu ve alınan kararları desteklediğini bildirmiştir.

Dünya Barış Güçleri Forumu kapanış bildirisinde şu görüşler yer almaktadır: "Yumuşama sürecinin gelişmesi ve yerleşmesi, ulusal kurtuluş hareketlerinin zaferi, halkların kendi ülkelerinin kalkınma yolunu

Devamı 5. sayfa

MHP'nin Dış Örgütleri ve
Türkiye'de İşkenceler Konusu
AVRUPA PARLAMENTOSU'nda

Türkiye'de ilerici yurtseverlere karşı girişilen öldürme ve baskı olaylarının yanı sıra, polisçe yapılan işkenceler de gün geçtikçe artmaktadır. Töb-Der'in Bursa yürüyüşü afişlerini asarken tutuklanan 6 kişiye işkence yapıldığı Adli Tıp raporlarında saptanmıştır. Buca'da yine en az iki tutuklunun yapılan işkenceler sonucu öldürüldüğü bildirilmektedir.

Önümüzdeki günlerde adalet komisyonunda MHP'nin dış örgütleri konusunu görüşecek olan Avrupa Parlamentosu'na Türkiye'deki yasa ve insanlık dışı işkence olayları da götürülecektir. 1977'nin 25. siyasal cinayet kurbanı Zeki Erginbay'ın da öldürülmeden önce ağır işkence gördüğü anlaşılmıştır.



Zeki Erginbay'ın gömülmeden önce çekilen resminde işkence izleri açıkça görülmüştür.

TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

(Dünya Barış Konseyi üyesidir)

Augustastr. 14

4650 Gelsenkirchen

DANIŞTAY, MC'NİN ANKARA VALİSİNİ DURDURDU:

TÖB-DER, TÜTED, TÜM-DER: YÜRÜYÜŞÜMÜZ MC'NİN VE MAOCULARIN SALDIRISINA UĞRADI

Danıştay, Ankara Valisi'nin MC'nin buyruğu-
na uyarak kapattığı Töb-Der, Tüm-Der ve
Tütet'in kapatılma kararlarını durdurdu.
Böylece MC'nin gözde valisi Durmuş Yalçın-
ın yasal yetkilerini aştığı, görevini kötüye
kullandığı bir kez daha belgelendi.

Üç örgüt, yurdun birçok kentinde "ekonomik
ve demokratik haklar" için yürüyüş ve mi-
tingler düzenlemişler, onbinlerin katıldığı
toplantılarda faşist tırmanmayı protesto et-
mişlerdi.

5 Şubat'ta Ankara'da düzenlenen yürüyüşe de
yüzbinin aşkın öğretmen, memur, teknik ele-
man katılmıştı. Daha miting öncesi türlü
yöntemlerle yürüyüşü engellemeye çalışan
polis, afişleme yapan Hilmi Öztürk adlı bir
öğretmeni vurmuş, ceset ancak 36 saat son-
ra bir hendekte bulunabilmektedir.

Töb-Der, Tütet ve Tüm-Der Başkanları yap-
tıkları açıklamada "miting öncesi engelleme
girişimleri sonuç vermeyince miting yapılr-
ken dağıtma görevini yayın organlarında

"halklı" sözcükleri başlık yaptıkları halde
halka saldırmayı meslek edinen "maocu"

olarak tanınan kişiler üstlendiler. Hazırlık
komitesince açıklanan slogan ve pankartla-
ra aykırı, uluslararası emperyalizm ajanla-
rının sloganlarıyla saldırıya geçtiler "den-

mektedir. Tabanca da kullanan saldırganların genellikle nöbetçiliğini yapan polis, yer yer onlarla

birlikte saldırıya geçti. Polisin alıp götürdüğü Lice'li öğretmen A. Baki Kaymak halâ kayıp.
Miting ve yürüyüş, buna karşılık dev bir gösteri oldu. Gözü yılan MC, çareyi, Maocu saldırıları
bahane edip bu üç demokratik örgütü kapamakta buldu.

Tandoğan olayları, MC'nin yasal eylemleri bile en zorba biçimde engelleme çabaları ile maocu
saldırganların iyice belirginleşen paralellliğini bir kez daha onayladı. DİSK, CHP Genel Yönetim
Kurulu, tüm demokratik kuruluşlar olayları ve üç demokratik derneğin kapatılışını protesto
ettiler. Faşist baskıların, cinayetlerin zorbalığın son bulmasının ancak MC'nin yıkılmasıyla
mümkün olacağı bir kez daha ortaya çıktı.

DİSK'İN ONUNCU KURULUŞ YILDÖNÜMÜ
COŞKUN TÖRENLERLE KUTLANDI

On yıl önce 13 Şubat 1967 günü kurulan DİSK, kuruluş yıldönümünü büyük törenlerle kutlamıştır.
Yurdumuzda devrimci sınıf sendikacılığının bayrağını onurla taşıyan DİSK, bu on yılı işçi sınıfımızın
şanlı direnişleriyle örmüştür. 16 Haziran, 6 Eylül 1975 İzmir, 20 Eylül 1975 İstanbul yürüyüşleri,
"DGM'yi Ezdik, Yaşasın DİSK" belgisiyle noktalanın 16 Eylül "DGM'ye Hayır" direnişi,
1 Mayıs 'ın yüzbinlerle yığinsal kutlanması, tüm terör, tehdit ve baskılara karşı DİSK'in yiğitçe
mücadelesini kanıtlamaktadır.

T.B.Ö.K., Onuncu Kuruluş Yıldönümü dolayısı ile DİSK Genel Merkezi'ne gönderdiği telgrafta
şöyle demektedir:

"Ülkemizde işçi sınıfının sendikal birliğinin gerçekleştirilmesinde DİSK'in 10 yıllık mücadelesinin
belirleyici yeri vardır. DİSK'in devrimci mücadelesi dünyada ve bölgemizde barış ve genel
silahsızlanma hareketine giderek daha büyük katkıdan bulunmaktadır. Yurdumuzda faşist tırmanışın
arttığı bugünlerde DİSK ve tüm ilerici güçlerin birliği gerici MC hükümetini devirmekte en büyük
dayanaktır. DİSK 10 yaşında. İşçi sınıfına, tüm halkımıza kutlu olsun !"

Resililer, Afetler, yalnız ekonomik düzenin
Panama Kanalı ve Küba aibi rulumasına çözümlenir.

TÖB-DER, TÜM-DER ve TÜTED'in
kapatılması ve İGD'nin
polisçe basılmasıyla ilgili

TÜM YURTSEVERLERE
DUYURU

Batı, Avrupa'daki 50'ye aşkın işçi ve meslek örgütü -
müzden oluşan Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi, Faşist
gerici güçlerin, demokratik yurtsever kuruluşlara yaptıkları
yasa ve insanlık dışı baskıları protesto eder, can güven-
liğinin sağlandığı, temel hak ve özgürlüklerin güvence al-
tına alındığı bir ortamda, serbest seçimleri sağlayacak MC
siz bir seçim hükümeti için barışın ve özgürlüğün yanı-
sın tüm siyasal parti, sendika ve kuruluşların eşyembirliği gi-
rişimlerini olonca gücüyle desteklediğini bildirir.

Gerici faşist güçlere karşı, ilerici yurtseverlerin tek
cephede birleşmesi yolunda, saflarımızı sıkılaştıralım!

TÜRKİYE BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ AUGUSTASTR. 14
4650 GELSENKIRCHEN - BATI ALMANYA

'Cumhuriyet' ve 'Politika' gazeteleri T.B.Ö.K.
duyurusunu 19 Şubat 1977 de yayımladılar

BİRLEŞMİŞ MİLLETLER'İN 1977 MAYISINDAKİ GENEL KURULU:

Başlıca Konu: SİLAHSIZLANMA

Birleşmiş Milletler'in önümüzdeki Mayıs ya da Haziran ayında yapılacak Genel Kurulu'nda başlıca konunun 'Silahsızlanma' olması kararlaştırıldı. Gündemde silahsızlanmayı sınırlandırma ve silahsızlanma, yumuşama politikası, sömürgecilikten ve yeni sömürgecilikten kurtuluş savaşları, dünya ekonomik durumunun gözden geçirilmesi konuları yer alıyor.

31. Genel Kurul toplantısının açılışında Sovyetler Birliği Dışişleri Bakanı A. Gromiko, silahlanma yarışına son vermek ve silahlandırmayı sınırlandırma konularında Sovyetler Birliği'nin ayrıntılı görüşlerini içeren bir önerge getirdi. Önerge, atom silahlanmasının sona erdirilmesi, nükleer silahların azaltılması ve giderek tümüyle yok edilmesi, atom enerjisinden silah elde etme çalışmalarının durdurulması, kimyasal silahların yasaklanması konularını kapsamaktaydı.

Önümüzdeki aylarda toplanacak BM Genel Kurulu, öncelikle bu öneriler üzerinde görüşlerini geliştirecek. Bu Genel Kurul, kitle öldürme araçlarının ve silah sistemlerinin geliştirilmesinin yasaklanması kararı alındıktan sonra, Siyasal çalışma komisyonu tarafından önerildi.

Yalnız 'Silahsızlanma' konusuna ayrılan bu Genel Kurulun, Genel Dünya Silahsızlanma Konferansı'na önemli bir hazırlık olacağı açıktır. Böylece uzun yıllardan beri çetin sınavlardan geçen dünya halklarının barışçı hareketi, başta geri bırakılmış üçüncü dünya ülkeleri olmak üzere, tüm ulusların yararına bir gelişmeye açılmakta.

Yeni atom silahları sistemi, örneğin radar alarmlı, alçaktan uçan uçak tipleri için emperyalist ülkeler milyarlar harcamakta. Sosyalist blokun bu tırmanma karşısında eli-kolu bağlı kalması olanak dışıdır. Böylece silahlanma yarışı niteliksel ve niceliksel yeni bir tırmanmanın eşliğinde bulunuyor. Şu anda dünyada 400.000 bilim adamı ve teknisyen elde bulunan silah sistemlerini geliştirme ve yenileme uğraşı içindeler. Zamanımızda dünya gelirinin yüzde altısından çoğu silahlanmaya harcanıyor. Bu toplam, dünya nüfusunun yarısını oluşturan üçüncü dünya ülkelerinin toplam ulusal gelirlerine denktir.

Birleşmiş Milletler Genel Kurulu'nda kimyasal silahların yasaklanması için bir anlaşma önerisi de oy birliğiyle onaylandı, Cenevre Silahsızlanma Konferansı'nın ışığında bu silahların yasaklanmasını istedi.

Böylece Birleşmiş Milletler bütün dünyada barış güçlerinin ve barış ve bağımsızlık için ulusal kurtuluş savaşı verenlerin dostu olduğunu, onlarla dayanışma içinde olduğunu kanıtladı. Çünkü "Barış, kendiliğinden bir olgu değildir. Barış için sürekli, ardıcıl yeni savaşımın vermek gereklidir."

Batı Almanya
Barış ve Silahsızlanma
Komitesi'nin Çağrısı

B. Almanya Barış ve Silahsızlanma Komitesi Batı Almanya'daki tüm demokratik, barışçı güçlere bir çağrıda bulundu; silahlanma yarışına son verilmesi, kalıcı bir dünya barışının sağlanması için 21-22 Mayıs tarihlerinde Bremen, Münih, Essen ve Frankfurt'ta düzenleyeceği yürüyüşlerin desteklenmesini istedi. 15 Haziran 1977'de Belgrad'da Helsinki Konferansı sonuç belgesini imzalayan 35 ülkenin yeniden bir araya geleceğini de belirten bildiri, ilk aşamada silahlanma masraflarının yüzde on azaltılmaları istemini de içeriyor.

MC BÜTÇESİ GÖRÜŞÜLÜRKEN

Parlamentoda 240 milyarlık bütçe görüşülüyor. Sağlık ve sosyal yardıma ayrılan para 6 milyar. Silahlanmaya ise 42,5 milyar.. Halkın çıkarlarına bunca ters düşen, eski silahları yurdumuza satan savaş kıskırtıcılarının düzenini sürdüren bütçeye ülkemizdeki ilerici kuruluşlar da aşağıdaki bildiriye yayımlayarak karşı çıktılar; bildiriye DİSK de destekliyör:

8 DEMOKRATİK ÖRGÜTÜN ORTAK AÇIKLAMASI

Dünya Barışseverleri 23-26 Eylül 1976'da Helsinki'de silahlanma yarışına son vermek, silahsızlanma ve yumuşama için toplanıp Dünya Barış Konferansında 1977 Askeri harcamalar bütçelerinin ilk adımı % 10 azaltılması için savaşım vermeye karar şmışlardır.

Büyük bir bölümü deprem kuşağında olan ve her yıl deprem felâketleri ile sarsılan ülkemizde halkımız sürekli ölüme karşı harşıya bırakılmaktadır. Son deprem olayında bu gerçek en acı biçimde ortaya çıkmıştır.

Bütçe tasarısının meclislere sunulduğu şu günlerde Dünya Barışseverlerinin ortak kararının bir parçası olarak ve deprem bölgesindeki halkımızın dayanıklı konutlara bir an önce kavuşturulmasını sağlayacak bir fon oluşturmak üzere askerî harcamalar bütçe-

mizin ilk adımı % 10 azaltılması âcil ve güncel bir sorundur.

Yazarlar Sendikası Genel Başkanı —
Aziz Nesin
Tob-Der İstanbul Şube Başkanı —
Tatip Öztürk
Tüted İstanbul Şube Başkanı —
Kemal Daysal
İKD Genel Genel Başkanı —
Beria Onger
İGD Genel Başkanı —
Ahmet Muhtar Sökücü
Halkevleri İstanbul Koordinasyon Kurulu Başkanı — Şefik Asan
İKÖK Genel Sekreteri —
İsmail Kemal
Tüs-Der İstanbul Şube Başkanı —
Ali Rıza Koca

AMERİKA YENİDEN SOĞUK SAVAŞA DÖNÜYOR !

Mali çevrelerin geniş desteği ile Başkanlığa getirilen J. Carter'in yeni yönetimi daha ilk günlerinde genel yumuşama politikasına ters düşen girişimlere başvurmuştur. Bir yandan hükümet sözcüleri ve büyük yayın araçları ile "Sovyetler Birliği silahlanma yarışında ABD'den ileride" ya da "Sovyet silah yatırımları dev ölçülere vardı" gibi haberlerle bir savaş ortamı oluşturmurlarken, öte yandan da sosyalist blokun içişlerine karışma eğilimi gittikçe artmakta.

Pek dostane ilişkiler içinde olduğu birçok ülkede en kanlı işkence ve cinayetler sürüp giderken "başkalarının içişlerine karışmama" ilkesinin ardına gizlenen ABD yönetimi, son haftalarda sosyalist blokda açıkça karşı devrimci görüşleri yaymaya çalışan bazı 'rejim aleyhtarları'nın neden yeterince güçlü direnme göstermedikleri sorunuyla aşırı ilgilenir olmuştur.

Dünya demokratik kamu oyu önünde açıkça sahnelenen bu kampanya, CIA'nın doğrudan doğruya finanse ettiği "Amerika'nın Sesi", "Hür Avrupa Radyosu" gibi radyolar, ABD finanskapitalinin basın alanındaki güçlü organları "Time" ve "Newsweek" dergileri ve birçok gazete tarafından da istendiği biçimde genişletilmektedir. Büyük Amerikan haber ajansları bu konulara sürekli en geniş bölümlerini ayırmakta ve bütün dünyada birçok yayın organının bu haberleri yaymasını sağlamaktadırlar.

Bir yandan Amerikan-Sovyet silah durumu sürekli karşılaştırılır ve "Sovyetler gittikçe daha güçleniyor" sloganıyla ABD'nin aşırı silahlanma harcamaları haklı gösterilmeye çalışılırken, öte yandan da "sosyalist ülkelerdeki muhalif güçlerin umutlarını Carter'a (giderek ABD'ye) bağladıkları" varsayımı da güçlendirilmeye çalışılmaktadır. Bu girişimlerde tüm olanaklarını seferber eden emperyalist güçlerin kendi kamuoylarını oluşturma da belli aşamalara ulaşacakları da şimdiden bellidir.

Sorunun bizce önemli olan yanı, bu amacı çok açık 'iki yönlü' girişimlerin, Helsinki Konferansı'na imza koyan 35 hükümetin önümüzdeki aylarda Belgrad'da geçen zamanın bir dökümünü yapmak üzere bir araya gelmelerinin hemen öncesinde bu davranışların somut amaçlarıdır. Sosyalist blokun Helsinki Konferansı sonuç belgesine uygun olarak barış ve silahsızlanma konularındaki çabalarının somut başarıları ortadadır. Buna karşılık Batı bloku, özellikle ABD ve Federal Almanya, bu çabaları sürekli olarak engellemeye çalışmışlar, dünya kamu oyu önünde barışçı girişimlere karşı, savaş tehlikesinin bulunduğu bölgeleri modası geçmiş silahlarıyla barut fıçısına çevrine silah tacirleri durumuna düşmüşlerdir.

Belgrad Konferansı'na böyle bir yenilgi ile gitmek, Batı bloku, özellikle de ABD için artık geri gelmemecesine yitirilen etkenliğin perçinlenmesi olacaktı. Bu durumda kendi açılarından girişilecek tek yol, sosyalist bloku, özellikle de Sovyetler Birliği'ni, bir takım "olaylar ve muhalifler yaratarak" ya da bunları alabildiğine abartarak "temel hak ve özgürlüklere düşman" göstermek olacaktı.

Tüm diplomatik kuralları çiğneyerek yürütülmeye çalışılan bu ikili oyunun bir yüzünde sosyalist ülkeleri yıpratma çabaları, öteki yüzünde azgın silahlanma yarışını haklı çıkarma hırsı yatıyor. Tüm demokratik güçlerin bu tür kampanyalara karşı uyanık olması, barış ve özgürlükten yana savaşımımız için büyük önem taşımakta.

BATI ALMAN SİYASİ POLİS ŞEFİ "GİZLİCE" ANKARA'YA GİTTİ

Şubat ortalarında yurdumuz gazeteleri, Batı Alman siyasi polis şefi W. Smoydzin'in Emniyet Genel Müdürü M. Dirimtekin'in çağrılısı olarak Ankara'ya dört günlük "gizli" bir gezide bulunduğunu açıkladılar. Bildirildiğine göre, dört gün boyunca Emniyet Genel Müdürlüğü uzmanları ile ardarda gizli toplantılar yapılmış ve "çok önemli" kararlar alınmış. Emniyet Genel Müdürlüğü uzmanları, Alman gizli servislerince hazırlanmış ayrıntılı raporları inceleme olanağı bulmuşlar. "Hem ziyaret, hem ticaret" kuralına Gizli polis Şefi de bağlı kalmış; görüşmenin hemen ilk gününde 39 panzer ve 15 helikopterin alınmasına dair kararname imzalanıvermiş.

"Gizli" görüşmelerdeki "çok önemli" kararlardan sızan bilgilere göre, B. Alman siyasi polis şefi, özellikle "B. Almanya'daki Türkiye'li işçiler üzerinde yoğunlaşan komünizm propagandası"ndan söz etmiş. Başlıca konunun bu olması zaten çok açık ve belirliken görüşmelerin neden bunca gizli tutulduğu pek anlaşılacakla birlikte, MC hükümetinin yurtdışındaki işçilerimizin gelişen direncinin ne boyutlara vardığını merak etmesi olağan sayılabilir.

Ancak B. Almanya gibi demokratik düzene bağlı olduğunu her fırsatta vurgulayan bir yönetimin, MHP militanları ile dolu olduğunu bildiği bir Emniyet örgütünün ayağına kadar koşup "raporlar" sunması, İran Şahı'nın da "son derece iyi işbirliği" ile övüldüğü B. Alman siyasi polisi hakkında eksik olan bilgileri tamamlayabilecek nitelikte.

DÜNYA BARIŞ FORUMU

(1. sayfadan)

bağımsızca ve dış müdahale olmadan egemence seçme haklarının kullanılması, gelişmekte olan ülkelerin bağımsızlığının pekişmesi, yeni bir uluslararası ekonomik düzen kurulması, tüm sömürgeci, ırkçı ve faşist rejimlerin yıkılması için yeni, elverişli koşullar yaratacaktır."

"14-16 Ocak 1977 tarihleri arasında Moskova'da yapılan Dünya Barış Güçleri Forumu'na katılan ve 110'u aşkın ülkeden gelen 500 delege, gerek evrensel, gerekse bölgesel çapta uluslararası yumuşama (detant) sürecini güçlendirme, geliştirme ve pekiştirme ile yumuşamanın önündeki engelleri aşma konusunda acil ve hayati sorunları ayrıntıları ile tartıştılar.

Dünya ülkelerinin büyük çoğunluğunun ana siyasal partilerinin üst düzeydeki temsilcileriyle uluslararası bölgesel ve ulusal örgütlerin temsilcilerinin katılması, Forum'a çok özel bir önem veriyordu. Forumda günümüzün en can alıcı sorunları üstünde ortak bir diyalog ve fikir alış-verişi sağlamak için toplanmış siyasal parti ve güçlerin, dünya kamuoyunun çok geniş bir kesiti temsil edilmekteydi. Ortak diyalog herbiri detantın önemli yönlerini konu alan onüç tartışma grubunda yürütüldü. Özellikle dünya kamu oyu'nun yeni rolü ve barış güçleri arasında işbirliği konuları üzerinde duruldu.

Partileri, sendikaları, barış hareketlerini, kadın, gençlik, bilim, kültür ve diğer örgütleri, din kurumları temsil eden ve değişik siyasal görüş ve ideolojik inançlara sahip kişiler arasında kurulan diyalog, ele alınan acil konular üzerinde geniş bir görüş birliği olduğunu ortaya çıkardı."

"Foruma katılanlar, yumuşamanın (detant) güçlendirilmesi ve evrenselleştirilmesinin acil bir gereksinime olduğunu vurguladılar. Yumuşama, dünyada nükleer bir savaş tehlikesini ortadan kaldıramamış, ama azaltmıştır. Delegeler, yumuşamanın kalıcı ve adil bir dünya barışına giden tek yol olduğu görüşündedirler. İnsanlığın başka seçeneği yoktur. Uluslararası yumuşama politikasına başka hiçbir alternatif bulunmamaktadır. Özellikle bu nükleer silahlar çağında 'barış içinde birlikte yaşama' devletler arasındaki ilişkilerde tek mantıklı ve benimsenebilir temeldir."

"Herşeyden önce varolan gerginlik ve anlaşmazlık merkezleri barışçı ve adil çözümler bulunarak ortadan kaldırılmalı, yeni çatışma alanlarının ortaya çıkması önlenmelidir. Uluslararası ilişkilerde güç kullanımı, nükleer ve öteki kitlesel yokediciler silahların kullanımı yasaklanmalı, bu tür silahların yaygınlaşması durdurulmalıdır. Böylesi silahların, yeni, daha da tehlikeli tiplerinin ve sistemlerinin geliştirilmesi yasaklanmalıdır."

"Silahlanma yarışının sona erdirilmesi, genel ve tam silahlanma hedefine ulaşılması için silahların ve silahlı kuvvetlerin azaltılmasına başlanması en acil sorundur."

"Ulusal kurtuluş için verilen savaşımın her başarısı, uluslararası yumuşama politikasını güçlendirmektedir. Detantın gelişme ve yerleşme süreci, toplumsal ilerleme ve ekonomik, toplumsal, siyasal ve kültürel özgürlüklerin ve insan haklarının tam uygulanması, her türlü ırkçı, milliyetçi, din, dil ve cinsiyete dayanan ayırımın yok edilmesi için yeni elverişli koşullar yaratmaktadır. Aynı şekilde bu alanlardaki her ilerleme uluslararası detantı güçlendirmektedir."

"Barış için savaşım ile bu hayati sorunların çözümlenmesi için savaşım, organik olarak birbirine bağlıdır. Çağımızda yumuşamaya giden yol, barış ve ilerlemenin yolu demektir. Bu yoldaki ilerleme kendiliğinden değildir. Anlamlı ve tutarlı eylemleri, cesur ve iyi düşünülmüş çözümleri, gerçekçi ve yapıcı girişimleri gerektirmektedir. Helsinki'deki Avrupa Güvenlik ve İşbirliği Konferansı, son yılların bir dizi ikili görüşme ve anlaşmaları, hükümetler düzeyinde böylesi verimli ve umut verici eylemlerin esinlendirici örnekleri olmuştur. Kolombo'da yapılan 5. Bağlantısız ülkeler Konferansı da detanta önemli bir katkıda bulunmuştur."

"Foruma katılanlardünya kamuoyunun detant sürecinin gerçek bir bileşkeni olarak artan rolü ve sorumluluğunu gözönüne almış ve askersel-sanayi komplekslerin, gerici ve militarist güçlerin açık yada kapalı gitgide daha aktif saldırılarına hedef olan bugün ulaşılmış barış sınırlarını korumak ve yeni barış girişimlerini desteklemek için geniş halk güçlerinin ortak eylemlerini vurgulamışlardır."

"Dünya Barış Güçleri Forumu, politik partileri, örgütleri ve hareketleri, tüm barış güçlerini, silahlanma yarışını sona erdirmek, savaşa giden yolu engellemek ve detantı geri dönülmez bir süreç durumuna getirmek için dirimsel önem taşıyan bu girişimlere katılmaya çağırıyor."

TÜRKİE ~ INFO

T.B.Ö.K.

Sonderheft

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

april 1980

TÜRKISCHES EUROPAKOMITEE FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

T.B.Ö.K. BREMEN

Lindenstr. 57, 2320 Bremen



Metallarbeiter-Streik

Die nationaldemokratischen Kräfte gegen Ausbeutungs- und Repressivpolitik

I. Bilen

Generalsekretär des ZK der KP der Türkei

aus

PROBLEME DES FRIEDENS

UND DES SOZIALISMUS

Nr. 2/Februar 1980

1,- DM

Die nationaldemokratischen Kräfte gegen Ausbeutungs- und Repressivpolitik

I. Bilen

Generalsekretär des ZK der KP der Türkei

Die Politik der Einheitsfront der nationaldemokratischen Kräfte und folglich auch das Problem der Verbündeten der Arbeiterklasse steht nach wie vor im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der KP der Türkei. Die türkischen Kommunisten gehen von den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus aus und stützen sich auf die reichen Erfahrungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, wobei sie diese schöpferisch auf die konkreten Bedingungen unseres Landes anwenden.

Gegenwärtig verspürt die Türkei die Folgen der weiteren Vertiefung der ökonomischen, sozialen und politischen Krise der kapitalistischen Gesellschaft. An dieser Tatsache kann weder die bürgerliche Presse unseres Landes noch die ausländische imperialistische Presse vorübergehen. Als Mittel zur Überwindung der Krise zwingen die Imperialisten und der mit ihnen kollaborierende Teil der türkischen Bourgeoisie der Türkei noch engere Verbindungen mit dem Imperialismus auf, fordern sie, daß das Land die Industrialisierung einstellt, wollen sie einen noch größeren Teil der Krisenlasten auf das Volk abwälzen. Dieses „Rezept“ ist allerdings durchaus nicht neu. Eben weil die Türkei seine Vorschriften befolgte, geriet sie in die derzeitige sozialökonomische Sackgasse, die durch die Krise des kapitalistischen Systems bewirkt wurde.

Die KP der Türkei sieht den Ausweg aus der Krisensituation in der progressiv-demokratischen Revolution, die der Herrschaft des Weltimperialismus wie auch der mit ihm kollaborierenden türkischen Monopolbourgeoisie über unser Land ein Ende setzen und den Weg zum Sozialismus freilegen würde. Unsere Partei steht vor der historischen Aufgabe, gestützt auf die im täglichen Kampf gewonnenen Erfahrungen, den breiten werktätigen Massen eine revolutionäre Perspektive zu eröffnen und die Mehrheit des Volkes in den Kampf für deren Verwirklichung einzubeziehen. Diese Aufgabe kann vor allem durch die Schaffung einer Einheitsfront der nationaldemokratischen Kräfte gelöst werden.



I. Bilen, Generalsekretär des ZK der KP der Türkei

Soziale Basis der nationaldemokratischen Front

In der Türkei wie auch in den anderen kapitalistischen Ländern ist der bestimmende Faktor für die Entwicklung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der unversöhnliche Grundwiderspruch des Kapitalismus — der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Dazu kommt in unserem Land der wichtige Widerspruch zwischen den ausländischen imperialistischen Kreisen, der mit ihnen kollaborierenden türkischen Monopolbourgeoisie sowie den Großgrundbesitzern einerseits und dem Volk andererseits. Die Verzahnung und Wechselwirkung dieser beiden Widersprüche machen es objektiv möglich, die Mehrheit der Nation um die Arbeiterklasse zusammenzuschließen.

Die Geschichte hat der Arbeiterklasse die Mission auferlegt, Avantgarde des Bündnisses der nationaldemokratischen Kräfte zu sein. Und für die Erfüllung dieser Mission stellt es kein Hindernis dar, daß der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtstruktur der Bevölkerung der Türkei vorläufig noch bedeutend geringer ist als in den ökonomisch entwickelten kapitalistischen Ländern. „Die Kraft des Proletariats ist in jedem beliebigen Land größer als der Anteil der Proletarier an der Gesamtbevölkerung“, führte Lenin seinerzeit aus. „Das kommt daher, daß das Proletariat Zentrum und Lebensnerv des gesamten kapitalistischen

Wirtschaftssystems ökonomisch beherrscht, ferner daher, daß es ökonomisch und politisch die wahren Interessen der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen unter dem Kapitalismus zum Ausdruck bringt.“¹

Die Avantgarderolle der türkischen Arbeiterklasse im revolutionären Prozeß verstärkt die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und der revolutionären Bewegung. Zudem hat die türkische Arbeiterklasse einen festen Kern — das quantitativ und qualitativ wachsende Industrieproletariat, das sich durch einen hohen Reifegrad und ein großes revolutionäres Potential auszeichnet. In den letzten Jahren hat sein Kampf unter dem zunehmenden Einfluß der Kommunistischen Partei beschleunigt politischen Charakter angenommen. Er wird immer organisierter, bewußter und allumfassender.

In der Türkei von heute besteht eine breite soziale Basis, auf die sich das Proletariat in seinem revolutionären Kampf stützen kann und muß. Diese Basis muß die Arbeiterklasse nutzen, um das Bündnis zu formieren, das für die Erfüllung ihrer historischen Mission so unerlässlich ist.

Zur Grundlage der nationaldemokratischen Front muß das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern werden. Die türkische Bauernschaft macht heute mehr als die Hälfte der Landesbevölkerung aus. Obwohl der Anteil der Bauernschaft ständig zurückgeht, behält sie dennoch ihren Hauptplatz unter den potentiellen Bündnispartnern des Proletariats, da sie nach wie vor eine wichtige Rolle in der nationalen Wirtschaft spielt.

Natürlich ist die Bauernschaft vorläufig noch politisch nicht sehr aktiv. Doch dadurch werden ihre revolutionären Möglichkeiten nicht gemindert. Im türkischen Dorf wirken alle die Widersprüche, die dem vom Imperialismus abhängigen Kapitalismus immanent sind. Außerdem wirkt sich auf die Lage der Bauern verhängnisvoll aus, daß noch immer — vor allem in den östlichen und südöstlichen Gebieten des Landes — Überbleibsel des Feudalismus und des gutsherrlichen Grundbesitzes vorhanden sind.

Die von den bürgerlichen Regierungen betriebene Politik der Aufkaufpreise schadet den armen Bauern mit Parzellen, bringt den landwirtschaftlichen Großbetrieben Vorteile und trägt zur weiteren Bereicherung der wohlhabenden Bauern bei. Sie ruiniert die werktätige Bauernschaft, die Massen der kleinen und mittleren Bauern. Auf dem Lande schreitet die Klassendifferenzierung beschleunigt voran.

Die Bauern wenden sich gegen die Monopole und gegen den Staat. Die Landarbeiter (mehr als eine Million), die unter äußerst schweren Bedingungen leben, kämpfen gegen die Dorfbourgeoisie, und dieser Kampf wird immer breiter. Die Erwartungen der Millionen landarmen Bauern und Mittelbauern geraten in Konflikt mit den Interessen der großen Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer sowie der einheimischen und ausländischen Monopole und Banken.



Bauern : Seite an Seite mit der Arbeiterklasse

Natürlich sind breite Kreise der Bauernschaft noch immer eine politische Reserve der Reaktion. Doch die Ereignisse der letzten Jahre zeugen davon, daß sich die Lage ändert. Die sich rasch ausbreitende demokratische Genossenschaftsbewegung der landarmen Bauern, der Mittelbauern und eines Teils der wohlhabenden Bauernschaft ist bei all ihrer Widersprüchlichkeit, bedingt durch die in der Gesellschaft herrschenden kapitalistischen Zustände, antimonopolistisch orientiert. Wie sich diese Tendenz weiter entwickelt, das hängt davon ab, ob eine enge Kampfeinheit zwischen der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut — den Kommunisten — und den werktätigen Bauern hergestellt wird und inwieweit die Mittelbauern in diesen Kampf einbezogen werden.

Der antifeudale, antimonopolistische, antiimperialistische Kampf der Bauernschaft vereint sich mit dem antikapitalistischen Kampf des Landproletariats. Es entstehen die objektiven Voraussetzungen für das Bündnis der Arbeiterklasse mit der ärmsten, landarmen und mittleren Bauernschaft und in der jetzigen Etappe auch mit den untersten Schichten der Dorfbourgeoisie.

Deshalb erlangen gegenwärtig die Arbeit der Parteiorganisationen auf dem Lande, die Aktivierung der Bauernkomitees und die breite Organisation der Dorfarmut besonders große Bedeutung. Es gilt, die Bauernmassen davon zu überzeugen, daß der einzige Weg für sie die Vereinigung mit der Arbeiterklasse und der Kampf für das Programm der antiimperialistischen, antimonopolistischen und antifeudalen Umgestaltungen ist, das die KP der Türkei, die Partei der Arbeiterklasse, vorschlägt.

Eine weitere Kraft, die zu berücksichtigen ist, wenn es um die soziale Basis der nationaldemokratischen Front geht, sind die *Mittelschichten*. Die reichen Erfahrungen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie der nationalen Befreiungsbewegung beweisen, daß die Leninsche Einschätzung ihrer Rolle in den antiimperialistischen, antimonopolistischen Bündnissen richtig ist. Das bestätigen auch die Erfahrungen unserer Partei, die der Einbeziehung dieser in ihrer Struktur recht buntscheckigen Gesellschaftsgruppe, zu der die Mehrheit der Stadtbevölkerung gehört, in die nationaldemokratische Front große Bedeutung beimißt. Großen Wert legt die KP der Türkei darauf, die Struktur der Mittelschichten allseitig zu analysieren, die Forderungen ihrer einzelnen Abteilungen zu ergründen und individuelle Methoden für die Annäherung an jede dieser Abteilungen herauszufinden.

Zum Unterschied von den ökonomisch entwickelten kapitalistischen Ländern nehmen in der Türkei solche traditionellen Mittelschichten wie Handwerker und kleine Händler einen wichtigen Platz ein. Doch auch auf sie wirkt sich der Monopolisierungsprozeß aus. Die Kleinproduzenten werden ruiniert oder geraten in Abhängigkeit von den Monopolen. Die Intelligenz, einschließlich Ingenieure und Techniker, büßt ihre einstigen Privilegien ein. Geringer werden die Möglichkeiten für die lernende Jugend. Infolgedessen nähern sich einige dieser Gruppen in ihrer Lage der Arbeiterklasse an oder gliedern sich in sie ein.

Die sozialen Folgen des beschriebenen Prozesses führen in der Türkei dazu, daß sich unter einem bestimmten Teil der Mittelschichten, insbesondere unter den kleinen Händlern und Handwerkern, religiös-konservative Tendenzen entwickeln und im Milieu der Kleinrentner, die ihre Klassenpositionen verlieren, extremistische Stimmungen aufkommen. Einige von ihnen neigen dazu, in faschistischen oder „links“terroristischen Extremismus zu verfallen.

Zweifelloso gibt es unter den Mittelschichten auch eine fortschrittliche Tendenz, die gegen die Monopole und den Imperialismus gerichtet ist. Der Teil der Mittelschichten, der diese Ansichten teilt, nähert sich aus eigenem Antrieb der Arbeiterklasse. Darüber hinaus erkennen immer mehr geistig tätige Menschen, darunter Studenten, Lehrer, Ingenieure und Techniker, daß ihre Interessen mit der Beibehaltung der kapitalistischen Zustände unvereinbar sind.

Eine weitere wichtige Besonderheit bei der Bildung einer nationaldemokratischen Front in der Türkei ergibt sich aus dem zutiefst revolutionären Charakter der wechselseitigen Verflechtung des Kampfes der Arbeiterklasse und der *nationalen Bewegung der Kurden* in unserem Land.

In der Türkei leben mehrere Millionen Kurden. Die fortbestehenden Überbleibsel des Feudalismus in den kurdischen Gebieten, der chauvinistische Druck, dem die Kurden ausgesetzt sind, ihre nationale Diskriminierung — all das bringt dem kurdischen Volk unsagbare Leiden, da es die Folgen der Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse verschärft. Millionen Werktätige sind zu Landarmut, Arbeitslosigkeit und Elend verurteilt. Die Klassendifferenzierung in den kurdischen Gebieten der Türkei geht rascher vonstatten.

Unter dem Einfluß der genannten Faktoren wird die kurdische Nation zu einer Hauptkraft im Kampf für Demokratie. Die Kurden lehnen entschieden die Politik der gewaltsamen Assimilierung ab, die die türkischen Chauvinisten anstreben. In den kurdischen Gebieten der Türkei verschärfen sich die Klassenkämpfe. Stärker wird der Kampf der kurdischen Bauernschaft gegen die feudalen Überbleibsel und die Großgrundbesitzer. Die anschwellende kurdische nationale Bewegung nimmt eine deutlich ausgeprägte soziale Färbung an. Mit ihrem Kampf gegen nationale Unterdrückung und Diskriminierung nehmen die Kurden teil am Kampf gegen die Hauptfeinde des ganzen türkischen Volkes — den Weltimperialismus und die mit ihm kollaborierende Monopolbourgeoisie in unserem Lande.

Das kurdische Volk der Türkei, bekräftigt die KP der Türkei, kann das nationale Joch nur abschütteln und sich von der schweren Ausbeutung nur befreien, wenn es sich immer enger mit der Arbeiterklasse des ganzen Landes zusammenschließt. Andererseits kann und muß die Arbeiterklasse, die entschlossen das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen



Hoch lebe die nationaldemokratische Front !

verteidigt, die überwältigende Mehrheit der türkischen Kurden als ihre Partner für die nationaldemokratische Front gewinnen.

Die KP der Türkei ist der Ansicht, daß die Ausbeutung des Landes durch den Weltimperialismus und die fortschreitende Monopolisierung des türkischen Kapitalismus die Widersprüche innerhalb der Klasse der Bourgeoisie weiter verschärfen werden. Die nationale *nichtmonopolistische Bourgeoisie, insbesondere die mittlere*, ist Opfer des unerbittlichen Konkurrenzkampfes mit den Monopolen. Sie hat eigene objektive Interessen, die von dem Wunsch geprägt sind, den nationalen Markt vor der Übermacht der imperialistischen Monopole zu retten. Diese Position der genannten Schicht der Bourgeoisie berechtigt uns, zumindest einen Teil davon als potentielle Kraft der nationaldemokratischen Front anzusehen.

Die Verschärfung der Klassenwidersprüche wirkt auch auf die sich in der Armee vollziehenden Prozesse ein. In der Armee verstärkt sich die Unzufriedenheit mit den auf den Positionen der NATO stehenden militaristischen Kreisen. Die KP der Türkei hebt die Notwendigkeit hervor, die patriotischen Elemente in den Streitkräften für die nationaldemokratische Front zu gewinnen.

Gewinnung der Mehrheit — das ist die Aufgabe

Die Kommunistische Partei der Türkei ist der Meinung, daß im Zuge des Kampfes gegen den Imperialismus, gegen die mit ihm kollaborierende Monopolbourgeoisie, gegen die Großgrundbesitzer und die militaristischen Kreise die Diktatur der Volksfeinde liquidiert und eine fortschrittlich-demokratische Macht des Volkes errichtet werden kann. „Die Front der nationaldemokratischen Kräfte... spielt im Ringen um dieses Ziel eine historische Rolle“, heißt es im Programm der KP der Türkei. Dabei ist die KP der Türkei die einzige Partei unter den zur Schaffung der antiimperialistischen, demokratischen Front berufenen politischen Kräften, die deren Hauptaufgaben offen proklamiert.

Die KP der Türkei ist bestrebt, alle nationaldemokratischen Kräfte für den Kampf um die Beseitigung des imperialistischen Jochs, den Austritt aus der NATO und die Liquidierung der US-amerikanischen Stützpunkte auf dem Territorium der Türkei zu vereinen. Sie ruft dazu auf, eine Außenpolitik der Nichtpaktgebundenheit zu verfolgen, der ökonomischen und politischen Herrschaft der türkischen und ausländischen Monopole ein Ende zu setzen und alle großen Industriebetriebe, die Bergwerke, Banken und den Außenhandel zu verstaatlichen. Als überaus wichtige Aufgaben der Front werden ferner die Industrialisierung auf der Grundlage des staatlichen Sektors, die Ausrottung aller und jeder reaktionären Überbleibsel in der Landwirtschaft und die Durchführung einer demokratischen Bodenreform genannt.

Um diese grundlegenden Umgestaltungen durchzusetzen, der Arbeiterklasse und allen anderen Werktätigen die demokratischen Freiheiten in ihrem vollen Umfang zu sichern, jedwede nationale Unterdrückung und Bevorzugung zu liquidieren und die allgemeindemokratischen Aufgaben zu lösen, muß das Volk die fortschrittlich-demokratische Macht erobern. All das wird natürlich noch nicht die Aufhebung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus bedeuten. Doch mit der Erreichung der genannten Ziele könnten die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden.

In diesem Jahrhundert hat die Türkei zwei Revolutionen erlebt. Doch sie trugen bürgerlichen Charakter und setzten die Frage einer Zwischenphase, die nach Meinung unserer Partei für den Übergang zum Sozialismus notwendig ist, nicht von der Tagesordnung ab. Zweifellos wird es uns während des Kampfes in dieser Phase gelingen, über die Rahmen der bürgerlich-demokratischen Revolution hinauszugehen.

Um die erste, die demokratische Etappe verwirklichen zu können, die wir zum Unterschied von der bürgerlich-demokratischen Revolution als fortschrittlich-demokratische Revolution bezeichnen, stellt sich die KP der Türkei die Aufgabe, die Mehrheit des türkischen Volkes zu gewinnen. Dabei meinen wir, um mit Lenins Worten zu sprechen, „nicht nur die einfache Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten“³. Folglich geht es nicht um die parlamentarische Mehrheit von 51 Prozent. Die KP der Türkei will die von der Arbeiterklasse geführte Mehrheit, die organisierte und aktive Mehrheit unseres ganzen Volkes bei Isolierung der Handvoll Vertreter der Finanzoligarchie und Großgrundbesitzer gewinnen.

Diese Mehrheit, die jede konterrevolutionäre Aktion des Klassenfeindes zu unterdrücken vermag, kann sich nach Meinung unserer Partei nur dann formieren, wenn in allen Etappen des revolutionären Prozesses die Politik des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den anderen antimonopolistischen und antiimperialistischen Kräften schöpferisch verfolgt wird. Dabei gehen wir, die Kommunisten, davon aus, daß die nationaldemokratische Front, unabhängig davon, auf welchem Wege sich die Revolution entwickelt, zu einer Kampforganisation wird, die deren Sieg sichern und deren Errungenschaften verteidigen kann.

Natürlich taucht bei der Ausarbeitung der Strategie und Taktik der nationaldemokratischen Front eine wichtige Frage auf: Bis zu welchem Zeitpunkt soll die Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten zusammengehen, und sollte sie mit ihnen nach Vollendung der fortschrittlich-demokratischen Revolution nicht brechen?

In Beantwortung dieser Frage betonen wir vor allem entschieden, daß die Bündnispolitik der Arbeiterklasse nicht zeitweilig, zeitbedingt ist. Die KP der Türkei geht bei der Einschätzung der gegenwärtigen Epoche und der Lösung der Probleme unseres Landes von der marxistisch-leninistischen Theorie aus, die zeigt, daß sich der Kampf für Demokratie in unseren Tagen dem Kampf für den Sozialismus annähert und mit ihm verflucht. Wir sind überzeugt, daß der Sozialismus für die meisten Verbündeten der Arbeiterklasse wirkliche Befreiung bedeutet. Die Aufgabe besteht jedoch darin, sie selbst zu dieser Einsicht zu bringen.

Unsere Partei ist der Meinung, daß die für die sozialistische Revolution notwendigen politischen Voraussetzungen nur im Kampf für die Errichtung einer fortschrittlich-demokratischen Macht geschaffen werden können. Nur im Verlaufe dieses Kampfes kann das Bewußtsein der Massen entsprechend verändert werden. Es wäre falsch, diese Etappe mit der sozialistischen Revolution zu verwechseln. Doch jedwede Veränderung in der Kräftekonstellation, die sich infolge der antiimperialistischen und antimonopolistischen Umgestaltungen vollzieht, wird dazu beitragen, daß sich die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten noch enger zusammenschließen, und der Sieg der sozialistischen Revolution wird das Ergebnis der Vereinigung der überwältigenden Mehrheit der Volksmassen mit der Arbeiterklasse sein.

Wir verhehlen unseren Verbündeten nicht, daß unser Endziel der Sozialismus ist. Eindeutig erklären wir, daß die fortschrittlich-demokratische Revolution für die türkischen Kommunisten nur die erste Etappe des allumfassenden revolutionären Prozesses ist, der zum Sozialismus führen soll.

Doch wie die Erfahrungen zeigen, darf nicht damit gerechnet werden, daß es sofort gelingt, die nationaldemokratische Front zu formieren. Unter Berücksichtigung dessen muß die KP der Türkei differenziert mit den einzelnen Organisationen und Gruppen arbeiten, die sie in einheitliche Aktionen einbeziehen möchte. Unseres Erachtens bestehen in der Türkei die realen Möglichkeiten für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und für die Ausarbeitung einer Politik, welche die Ziele und Forderungen der breitesten demokratischen Kräfte widerspiegelt.

Aktionseinheit der Arbeiterklasse

Unbedingte Voraussetzung für die Schaffung der nationaldemokratischen Front ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, der Avantgardekraft der Revolution. Die Spaltung der Arbeiterklasse errichtet Hindernisse auf dem Weg zur Sicherung ihrer Hegemonie. Die Beseitigung dieser Hindernisse ist eine hochwichtige Aufgabe unserer Partei.

Das zahlenmäßige Wachstum der Arbeiterklasse führt in der Türkei dazu, daß in ihr die aus bäuerlichem Milieu und aus den Mittelschichten Stammenden zunehmen. Unter dem Einfluß der mit der Entwicklung des Kapitalismus einhergehenden Krisen vergrößert sich

rasch die halbroletarische Umgebung der Arbeiterklasse. Diese Elemente, die sich in ihrer Lage der Arbeiterklasse annähern, tragen in den Kampf des Proletariats kleinbürgerliche Schwankungen hinein, was die herrschenden Kreise ausnutzen, um das Proletariat zu spalten.



1. Mai in Istanbul

Mit Unterstützung der Bourgeoisie treiben die gelben Gewerkschaftsführer, die Kompromißler aller Schattierungen, die reaktionären und faschistischen Gruppierungen einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung. Zwei Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehören den beiden großen Konföderationen — dem Verband revolutionärer Gewerkschaften (Devrimci Ilscileri Sendikasi Konfederasyonu — DISK) und der Konföderation der Arbeitergewerkschaften (Türkiye Isci Sendekalari Konfederasyonu — Türk Is) an. Die übrigen sind auf mehr als 600 Gewerkschaftsverbände verteilt. Außerdem versucht die Bourgeoisie schon seit geraumer Zeit, die DISK zu spalten. Eine Spalterrolle spielen die rechten Führer der bürgerlich-reformistischen Republikanischen Volkspartei und manche reformistische Gewerkschaftsführer. Doch trotz mancher Spaltungen verstärkt sich in einzelnen Gewerkschaftsverbänden die Tendenz zur Aktionseinheit auf Klassengrundlage. Diese Tendenz läßt sich beispielsweise in einheitlichen Aktionen der Arbeiter der Metallindustrie, Glasindustrie und Petrolchemie beobachten.

Die KP der Türkei, die seit langem in der Illegalität kämpft, vereint in ihren Reihen die bewußtesten und kampffähigsten Vertreter der Arbeiterklasse. Allmählich wird die KP der Türkei zur revolutionären Alternative für die Werktätigen, die sich von den bürgerlichen Parteien abgekehrt haben. Die unermüdliche Arbeit der Kommunisten unter den Arbeitermassen und die Stärkung der KP der Türkei sind unbedingte Voraussetzungen für die Sicherung der Einheit der Arbeiterklasse.

Um die gegenwärtige Situation in der Arbeiterbewegung unseres Landes real einschätzen zu können, müssen wir vor allem davon ausgehen, daß in der Türkei mehrere Parteien bestehen, die diesen oder jenen Teil der Arbeiterklasse beeinflussen. Berücksichtigt werden muß, daß die bürgerlichen reformistischen Illusionen, die auf einen erheblichen Teil der Arbeiterklasse einwirken, bis zum heutigen Tag noch nicht restlos zerstoßen sind. Ein Kanal, über den der Sozialreformismus in die Arbeiterbewegung getragen wird, ist unter anderem auch die Republikanische Volkspartei. Eine erhebliche Rolle spielen dabei auch die rechten sozialdemokratischen Führer der Sozialistischen Internationale, der diese Partei angehört.

Der Kampf gegen den bürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterklasse, für ihre Einheit wird in hohem Maße dadurch erschwert, daß die KP der Türkei, wie bereits erwähnt, illegal wirkt und die legalen linken Kräfte gespalten sind: Im Lande gibt es die Türkische Arbeiterpartei, die Türkische Sozialistische Arbeiterpartei und einige andere Parteien und Gruppierungen, die sich linker Losungen bedienen. Wir Kommunisten wollen die Spaltung durch die Aktionseinheit mit beiden Arbeiterparteien im Interesse der Arbeiterklasse überwinden. Die Lösung dieses Problems ist keine Aufgabe der fernen Zukunft, sondern eine Aufgabe, die heute auf der Tagesordnung steht.

Dabei gehen die Kommunisten bei der Einschätzung einer Partei niemals allein von deren sozialer Struktur oder deren Mitgliederzahl aus. Ebendarum ziehen wir, wenn es sich um die Türkische Arbeiterpartei und die Türkische Sozialistische Arbeiterpartei handelt, jene Veränderungen in Betracht, die in den letzten Jahren in diesen Parteien vor sich gegangen sind. Diese Parteien, die von ihrer Gründung an einen widersprüchlichen Weg zurückgelegt haben, orientieren sich heute in vielen Problemen an Positionen, denen die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus zugrunde liegen.

Ferner sei bemerkt: Obwohl die Führer dieser beiden Parteien mitunter Vorurteile gegen die Vorschläge der KP der Türkei hegen, bestreitet keine die Notwendigkeit der Aktions-einheit und der Schaffung einer Kampffront gegen den Weltimperialismus und die türkische Monopolbourgeoisie. Wie die Erfahrungen zeigen, ziehen in den Fällen, da diese Linie verwirklicht wird, alle zusammenwirkenden Kräfte Vorteile daraus.

Zugleich betrachtet die KP der Türkei den ideologischen Kampf gegen den rechten und „linken“ Opportunismus wie auch gegen Sektierertum, das die Zusammenarbeit untergräbt, als unabdingbaren Bestandteil der Politik der Aktionseinheit der Kommunisten und der Arbeiterparteien. Wir Kommunisten gehen dabei davon aus, daß diese Zusammenarbeit ein vereinender Faktor ist, der zum Zusammenschluß immer breiterer demokratischer Kräfte beiträgt.

Aktionseinheit breiterer demokratischer Kräfte

Unsere konkrete politische Aufgabe besteht heute darin, die demokratischen Positionen gegen die Angriffe der Reaktion zu verteidigen und zu erweitern. Sie kann nur durch Aktivierung der demokratischen Bewegung des Volkes und des Kampfes der Massen gelöst werden. Diese Bewegung wird neue Möglichkeiten für den Angriff auf die Positionen des Imperialismus und der Monopole schaffen und die Ausgangsbasis für die fortschrittliche, demokratische Revolution vorbereiten. Der erste Schritt dieser Bewegung muß die Aktions-einheit breiterer demokratischer Kräfte sein. Diese Bewegung ist nicht mit der nationaldemokratischen Front identisch und wird in ihrer Zusammensetzung breiter sein.

Das politische Programm dieser Aktionseinheit muß begrenzte und aktuelle Ziele vorsehen, um die sich die breitesten Schichten im Kampf zusammenschließen lassen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen könnten das folgende sein:

- Widerstand gegen den imperialistischen Druck und den Druck der NATO, gegen die Angriffe der Reaktion auf die demokratischen Freiheiten und die zunehmende faschistische Gefahr;
- Kampf gegen die Versuche der Monopole, die Last der Wirtschaftskrise auf das werktätige Volk abzuwälzen;
- Kampf gegen nationale Unterdrückung und Diskriminierung, denen die kurdische Bevölkerung ausgesetzt ist, und gegen das Anheizen des türkischen Chauvinismus;
- Kampf für Frieden und militärische Entspannung, für Abrüstung, gegen die Provokationen, die der Imperialismus mit Hilfe der herrschenden Klassen der Türkei im Ägäischen Meer und auf Zypern organisiert.



Frieden gegen Krieg, Kampf der Ausbeutung !

Welche Parteien und anderen politischen Kräfte, die außerhalb der nationaldemokratischen Front bleiben, können nun an einheitlichen Aktionen zur Erreichung der genannten Ziele teilnehmen?

Wie kompliziert und schwierig diese Frage ist, läßt sich allein schon an den Problemen ermesen, die sich bei der Gewinnung der Republikanischen Volkspartei für die Zusammenarbeit ergeben, einer Partei, deren Politik deutlich von der bürgerlich-reformistischen Ideologie und von der promonopolistischen Haltung ihrer rechten Führung geprägt ist. Die Führer dieser Partei lehnen die Idee der fortschrittlich-demokratischen Revolution ab und treten gegen die Versuche auf, eine nationaldemokratische Front zu bilden. Berücksichtigt werden muß auch die äußerst buntscheckige soziale Struktur dieser Partei, die fast zwei Jahre an der Spitze der Regierung des Landes gestanden hat. In ihr sind unterschiedliche Strömungen und Kräfte vertreten — von Anhängern des Imperialismus und der Monopole bis hin zu Sozialdemokraten. Da sich die Partei jedoch insgesamt gegen die extreme Reaktion stellt und ihr linker Flügel zu demokratischen Positionen tendiert, ist es objektiv möglich, die Republikanische Volkspartei in einheitliche Aktionen zu einzelnen konkreten Fragen einzubeziehen.

Des weiteren ist es real möglich und notwendig, einzelne Abteilungen der nationalen Bewegung der kurdischen Bevölkerung der Türkei in den Kampf für Demokratie einzubeziehen. Die KP der Türkei erklärt, daß sie, die sich gegen nationale Unterdrückung und Diskriminierung wendet, zur Aktionseinheit mit allen Kräften bereit ist, die rückhaltlos diese Ziele anstreben.

Nicht ignoriert werden dürfen daher auch die kleinbürgerlichen Revolutionäre. Gemeint sind jene von ihnen, die gegen den Maoismus auftreten und sich keiner der Terroristengruppen verschiedensten Schlages, die ein Instrument der Reaktion sind, anschließen.

Unsere Erfahrungen besagen, daß konkrete Schritte zur Aktionseinheit getan werden können, wenn die Massen in Klassenschlachten vereint werden. Große Möglichkeiten für die Zusammenarbeit von Vertretern verschiedener Strömungen liegen in der Frauenbewegung und in der Friedensbewegung. Sehr aussichtsreich ist die antiimperialistische, antifaschistische Einheit der Jugend, was gemeinsame Aktionen der kommunistischen, sozialistischen und kurdischen Jugend beweisen.

Die KP der Türkei strebt nach Aktionseinheit auf allen Ebenen. So sind viele gemeinsame Aktionen von Kommunisten, Sozialisten und anderen Demokraten gegen faschistische Überfälle und Morde bekannt. Andererseits hat die KP der Türkei mit ihrem Vorschlag an



Kein Einhalt dem Faschismus !

die beiden Arbeiterparteien, die kurdischen Demokraten, den linken Flügel der Republikanischen Volkspartei und alle sonstigen demokratischen Kräfte, einen Block zu bilden, versucht, bei den Parlamentszwischenwahlen vom 14. Oktober 1979 die Aktionseinheit zu sichern. Als sie dabei keine Unterstützung fand, schlug sie eine Aktionseinheit für die Zeit der Wahlkampagne vor. Das hatte in gewissem Maße Erfolg. In Istanbul und in einigen anderen Wahlkreisen fanden gemeinsame Kundgebungen statt, auf denen die Sprecher die Wähler dazu aufriefen, sich gegen die reaktionären, faschistischen Kräfte zusammenzuschließen.

Ein weiteres Beispiel für die Aktionseinheit kann der sich gegenwärtig entfaltende Kampf gegen die Stationierung von Kernwaffen in Westeuropa, gegen die von faschistischen Kräften unterstützte Regierung Demirel, gegen Terror und Repressalien werden. In diesem Kampf sind konkrete Schritte bei der Organisation einheitlicher Aktionen der KP der Türkei, der Türkischen Arbeiterpartei und der Türkischen Sozialistischen Arbeiterpartei wie auch einiger Gruppen aus der Republikanischen Volkspartei möglich geworden.

Immer wieder können wir uns davon überzeugen, daß als Reaktion auf jeden unserer Erfolge bei der Verkündung und Realisierung von Vorschlägen zur Aktionseinheit die reaktionärsten Kräfte spürbar aktiver werden. Darin zeigt sich die Furcht der herrschenden Kreise der Türkei vor dem Zusammenschluß der nationaldemokratischen Kräfte.

Mitunter ist zu vernehmen, die KP der Türkei trachte mit ihrem Aufruf zur Aktionseinheit danach, den anderen politischen Kräften ihren Willen aufzuzwingen und zu einer „privilegierten Stellung“ zu kommen. Derartige Verdächtigungen, erklären wir, entbehren jeder Grundlage, sind erfunden und haltlos. Die KP der Türkei achtet die organisatorische Selbständigkeit und die Gleichberechtigung aller ihrer politischen Partner. Gleichzeitig fordert sie, daß auch ihre Rechte geachtet werden. Die KP der Türkei wird niemals von dem Wege abgehen, der zur Herstellung der Hegemonie des Proletariats führt. Um dieses Zieles willen arbeitet sie unter den Massen, festigt sie die Verbindung mit ihnen, schreitet sie gemeinsam mit den Massen, an der Spitze der Massen. Um dieses Zieles willen strebt sie nach Aktionseinheit.

Natürlich bringt die Tatsache, daß die KP der Türkei illegal arbeitet, bestimmte Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Aktionseinheit mit sich. Doch die Erfahrungen haben gezeigt, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Das gelingt den Kommunisten, da sie den illegalen Kampf mit dem legalen verbinden.

Wir halten Kritik an unserer Partei nicht für ein Hindernis bei der Aktionseinheit, vorausgesetzt, es handelt sich um wirklich objektive Kritik und nicht um Hetze. Die KP der Türkei verteidigt die Freiheit von Propaganda und Agitation sowie die Handlungsfreiheit im Rahmen der Zusammenarbeit. Doch in Fragen der Ideologie lassen sich die Kommunisten auf keinerlei Zugeständnisse ein. Der prinzipielle ideologische Kampf zwischen den Kommunisten und ihren Verbündeten wird weitergeführt. Natürlich muß das in einer Form geschehen, die die Aktionseinheit nicht behindert. Die kameradschaftliche Diskussion zu beliebigen Fragen mit allen, die zur Aktionseinheit bereit sind — das war, ist und bleibt die Politik der Kommunisten.

Die Kommunisten tun alles, um die subjektiven Faktoren auszuschalten, die sich in der Vergangenheit negativ auswirkten, da sie zu Meinungsverschiedenheiten unter den zur Aktionseinheit bereiten Kräften führten. Die jüngsten Ereignisse lassen uns mit vollem Recht optimistisch in die Zukunft blicken.

Die KP der Türkei löst und muß die historische Aufgabe lösen, eine nationaldemokratische Front unseres Volkes zu schaffen. Das ist eine Aufgabe von nationaler Tragweite. Sie bedeutet Kampf für die Befreiung vom Joch des Imperialismus, für Frieden und Freiheit. Sie bedeutet Kampf gegen die Reaktion, gegen die Ausbeuterordnung, für eine fortschrittliche Demokratie, die den Weg zum Sozialismus freilegen wird.

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, S. 264.

2 Türkiye Komünist Partisi. Program. Istanbul, 1978, s. 18.

3 W. I. Lenin, Werke, Bd. 32, S. 499.



Für eine fortschrittliche Demokratie !



Barış ve Özgürlük

Haber Bülteni

TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

(Dünya Barış Konseyi üyesidir)

Türkisches Europakommitee für Frieden und Freiheit

Yıl: 1

Sayı: 16

5.9.1976

İ Ç İ N D E K İ L E R :

1. DEVLET GÜVENLİK MAHKEMELERİNE HAYIR.

DİSK'İ VE DGM'NE KARŞI OLAN TÜM DEMOKRATİK KURU-
LUŞLARI TBÖK BÜTÜN GÜCÜYLE DESTEKLİYOR.

2. TÜRKİ HEUTE (Türkiyede Bugün) BROŞÜRÜ

DGM'Nİ ALMAN KAMUOYUNA TANITTIYOR. DAYANIŞMAYA ÇA-
ĞIRIYOR .

3. TBÖK'NİN DGM'NE KARŞI DİĞER GİRİŞİMLERİ

DEVLET GÜVENLİK MAHKEMELERİNE HAYIR

Devlet Güvenlik Mahkemeleri yasa tasarısının görü-
şülmesi için 14 Eylül'de meclisin toplantıya ça-
rılması nedeniyle DGM daha da güncelleşti.

MC Hükümeti, DGM yasa tasarısını kamuoyunda haklı
gösterebilmek ve meclislerden geçirebilmek için
kanlı olaylar tertip edecek, bunu da yurtseverle-
rin üzerine yıkacaktır.

E L A Z I Ğ O L A Y L A R I

Elazığ olayları bunun başlangıcıdır. Tutulmuş katiller, faşistler, 4 Eylül günü Elazığ'da ilerici, demokrat, komünist, sosyalist, CHP'li, tarafsız demeden tüm halkımızın üzerine saldırdı. 5 Eylülde de olaylar devam etti . 3 kişi öldü, bir-çokları yaralandı, bir-çokları da tutuklandı. Demokratik kuruluşların lokalleri tahrip edildi. İlerici, barışçı, hatta tarafsız kalan, MC saflarına girmeyen esnafların, zanaatçıların işyerleri, dükkanları yıkıldı, yağmalandı.

Bütün bunları yapmak için, MHP'li, Ülkü Ocaklı faşistler, MSP'li gericiler kullanıldı. Bu olayları tertip eden MC Hükümeti ve Başbakan Demirel'dir.

Olaylara hangi kılıf geçirilirse geçirilsin, ne söylenirse söylensin; DGM yasa tasarısını, yasalaştırabilmek için-geçen sayımızda da belirttiğimiz gibi- MC Hükümeti her çareye baş vurmaya amaç edinmiştir. Buna karşı mücadele, günün mücadelesidir. Çünkü: Bu yasa tasarısı "Sıkıyönetimsiz sıkıyönetim" demektir.

Bu yasa tasarısı, barış, özgürlük ve ileri demokrasi mücadelesi veren ilerici kişi ve örgütleri, halkımızı, işçi sınıfımızı, onun sendikal örgütlerini, TKP'yi, CHP'yi barıştan yana her kuruluşu hedef almıştır.

DGM'nin engellenmesi için mücadele vermek her barışçı ve yurtseverin görevidir.

Bu nedenle TBÖK bütün örgütlerine birer genelge göndererek DGM yasa tasarısına karşı yoğun kampanya yürütülmesini ve DİSK'in çağrısına uyulmasını ve özellikle avrupada kamuoyu oluşturulmasını istemiştir.

T Ü R K E İ H E U T E

Ayrıca, Almanca olarak "TÜRKEİ HEUTE" (Türkiyede Bugün) broşürü çıkarılmış, demokratik kuruluşlara, gazetecilere, sendikacılara, partilere, yazarlara gönderilmiştir. Broşürde DGM'nin anti-demokratik niteliği

anlatılmaktadır.DİSK'in:"TÜM ÜLKELERİN DEMOKRATİK VE SENDİKAL ÖRGÜTLERİNE" başlıklı çağrısı da broşürde yer almıştır.

TBÖK,Almanca haber bülteninin son sayısını da DGM'ne ayırmış ve geniş şekilde dağıtımını yapmıştır.

TBÖK'ÜN DGM'NE KARŞI D İ Ğ E R GİRİŞİMLERİ

DGM yasa tasarısının çıkmaması için Dünya Barış Konseyi'nden de dayanışma isteyen TBÖK,ayrıca Cumhurbaşkanı Fahri Korutürk'e,Meclis Başkanı Kemal Güven'e,CHP Genel Başkanı Dülent Ecevit'e birer mektup göndererek,bu yasa tasarısının engellenmesini rica etmiştir. Bir mektup da Süleyman Demirel'e gönderen TBÖK,MC Hükümetinin bu girişimini protesto etmiş,DİSK'e gönderdiği mektupda da,DGM'ne karşı yürüttükleri mücadeleyi sonuna kadar desteklediğini belirtmiştir.

* * *

ŞİLİ HALKI İLE DAYANIŞMA

11 Eylül Şili halkı için kapkaranlık,ama umudun ve ışığın sönmediği bir gün.

11 Eylül 1973.Amerikan emperyalizmi ve CIA'nin emrindeki paşalar , Şili'nin demokratik hükümetini devirdi,devlet başkanı Allende ile birlikte binlerce yurtseveri kurşunladı ve işkencelerde ,kolunu kanadını keserek öldürdüler.Onbinlerce Şili'liyi zindanlara kapadılar. O gün,bugündür,dünyadaki barış ve özgürlükten yana güçler Şili halkı ve hapiste olan ŞKP Genel Sekreteri Luis Korvalan'la çeşitli şekillerde dayanışma gösteriyor.Serbest bırakılmalarını istiyor.Bu yıl Türkiye'de de DİSK'in öncülüğünde 11 Eylül Şili ile dayanışma günü olarak değerlendirilecek ve eylemler gösterilecektir.

TBÖK de örgütlerine ve diğer demokratik kuruluşlara seslenmektedir:

11 EYLÜL GÜNÜ FAŞİST PINOCHET YONETİMİNİ PROTESTO EDEN TELGRAF VE MEKTUPLAR GÖNDERİN . 11 EYLÜL GÜNÜ LUIS KORVALAN'A VE HAPİSHANEDEKİ YURTSEVERLERE DAYANIŞMA MEKTUPLARI YAZIN.TELGRAF ÇEKİN...



Bariş ve Özgürlük

Haber Bülteni

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

(Dünya Bariş Konseyi üyesidir)

Türkisches Europakommitee für Frieden und Freiheit

Yıl: 1

Sayı: 9

2 Mayıs 1976

İ Ç İ N D E K İ L E R :

1. Dünya Bariş Konseyi ADN, PTI, NEW AGE, APN, STT, TASS, PAP, AFP, PRELA Ajansları aracılığı ile bütün dünya kamuoyuna bir çağrı yayınlayarak Türkiye halkına dayanışma gösterilmesini istedi.
2. DBK, Türkiye'deki faşizan tırmanışa dur denilmesi için Birleşmiş Millîyetler, İnsan Hakları Komisyonu Başkanlığına başvurdu.
3. DBK, 102 ülkedeki örgütlerine mektubumuzu bir genelge ile göndererek, Türkiye'deki demokratik güçlerle dayanışmaya çağırdı.
4. TBÖK'ün açtığı 1 MAYIS kampanyası hedefine ulaştı.
10.674 İMZA.
5. TDÖK, 8 Mayıs'tan 29 Mayıs'a kadar sürecek olan "MC HÜKÜMETİNE HAYIR !" kampanyasını açıyor.

* * *

DÜNYA BARIŞ KONSEYİ (DBK), ADN, PTI, NEW AGE, ADN, STT, TASS, PAP, AFP, PRELA AJANSLARI ARACILIĞI İLE BÜTÜN DÜNYA KAMUOYUNA BİR ÇAĞRI YAYINLIYARAK TÜRKİYE HALKINA DAYANIŞMA GÖSTERİLMESİNİ İSTEDİ

Üyesi olduğumuz DÜNYA BARIŞ KONSEYİ başvurumuz üzerine, dünyaca ünlü ADN, PTI, NEW AGE, ADN, STT, TASS, PAP, AFP, PRELA Ajansları aracılığı ile bütün dünyadaki kamuoyuna, barış ve özgürlükçü güçlere bir çağrıda bulunarak Türkiye halkının desteklenmesini istedi.

DM.İNSAN HAKLARI KOMİSYONUNA başvurarak Türkiyedeki faşist tirmanışın önlenmesi için çeşitli önlemlerin alınmasını önerdi.

Ayrıca 102 ülkedeki örgütlerine birer genelge göndererek, Türkiye'deki demokratik güçlerle dayanışmaya çağırdı.

DBK'nın Dünya kamuoyuna yaptığı çağrı aynen şöyledir:

DÜNYA BARIŞ KONSEYİ HABERLER SERVİSİ:

"Dünya Barış Konseyi, bütün dünyadaki, barıştan yana anti-faşist ve demokratik güçlerin dikkatini, insan haklarının sürekli olarak zedelendiği Türkiye'ye çekiyor.

Ülkedeki ilerici ve demokratik güçleri temsil eden binlerce insan; aydınlar, işçiler, öğrenciler tutuklanmış olup, bunlara, kötü koşullar altında insanlık dışı, dehşet verici işkenceler uygulanmaktadır. Bu koşullar altında birçok tutuklu hayatını kaybetmiştir. Diğerleri ise, hayatları kurtarılmak için birşey yapılmadığı taktirde bu koşulların kurbanı olacaktır.

Gençlerin yaralandığı, öldürüldüğü, 7320 öğretmen ve memurun sürüldüğü haberleri gelmektedir.

Dünya Barış Konseyi, bütün ülkelerdeki barış hareketlerini ve dünyadaki bütün demokratik güçleri Türkiyedeki bu insanlık dışı teröre son vermek için derhal harekete geçmeğe ve Türk halkına verdikleri barış ve demokrasi mücadelesinde tam bir dayanışma göstermeğe çağırır."

DBK, TÜRKİYEDEKİ FAŞİZAN TIRMANIŞA DUR DENİLMESİ İÇİN
BM İNSAN HAKLARI KOMÜSYONU BAŞKANLIĞINA TELGRAF GÖN-
DERDİ

Telgraf şöyledir:

"Sayın Ekselans,

Dünya Barış Konseyi, insan haklarının sürekli olarak zedelendiği demokratik ve ilerici güçleri temsil eden binlerce kişinin tutuklanarak dehşet verici işkenceler uygulandığı, düzinelerle genç öldürüldüğü ve 7 binden fazla öğretmen ve memurun sürgün edildiği Türkiyeye dikkatinizi çekmek istiyor.

Ekselanslarından bu insanlık dışı hareketlere bir son vermek ve böylece Türkiye'deki binlerce ilerici ve demokratın hayatını kurtarmak ve onların güvenliğini sağlamak için gerekli önlemleri almasını rica ederiz."

Romech Chandra

DBK'NIN 102 ÜLKEDEKİ ÖRGÜTLERİNE GÖNDERDİĞİ GENELGE

DBK, üye sayıları yüzlerce milyona ulaşan ve 102 ülkede bulunan üye örgütlerine birer genelge göndererek, Türkiye'deki demokratik güçlerle dayanışmaya çağırdı. Genelge özetle şöyledir:

"Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi, Dünya Barış Konseyine, ülkede bütün ilerici güçler üzerine yoğun bir genel saldırı uygulandığını, dünya kamuoyuna duyurmanızı ve enternasyonal dayanışma eylemlerini gerçekleştirmemizi istemiştir.

Komitenin mektubunda açıklandığına göre:

Tutuklular son derece elverişsiz koşullar altında ve ağır işkencelere tabi tutulmaktadır. Hatice Alankuş ve Harun Karadeniz bu nedenlerle hayatlarını kaybetmişlerdir.

Dunun en son örneği de 24 yıla mahkum edilen Yusuf Küpeli'dir. Yusuf Küpeli kalbinden hasta ve romatizması olmasına rağmen serbest bırakılmamakta, tedavisi yapılmamaktadır.

Film yapımcısı Yılmaz Güney, suçsuz olduğunun saptanmasına rağmen serbest bırakılmamaktadır.

Milliyetçi Cephe hükümete geçtiğinden beri, 1975 Kasımına dek 35 genç öldürülmüş, 43 silahlı saldırı düzenlenmiş, 1143 kişi tutuklanmış 715 kişi yaralanmış ve 7320 yurtsever öğretmen ve memur sürülmüştür. Bunlar sadece basına yansıyan rakanlardır.

Dünya Barış Konseyi, durumu BM İnsan Hakları Komisyonuna iletmış ve binlerce yurtseverin hayatlarının ve onurlarının kurtarılması için gerekli önlemleri almasını istemiştir.

DBK Dünya kamuoyunun dikkatini Türkiyedeki son olaylara çeken bir beyanat yayınlamıştır.

Türkiyeli dostlarımızın bu acil çağrısına uyarak barışçı ve demokratik güçlere yapılan bu baskılara son verilmesi yolunda da yanışma göstereceğinize eminiz."

* * *

TBÖK'ÜN AÇTIĞI 1 MAYIS KAMPANYASI HEDEFİNE ULAŞTI
-10.674 İMZA-

TBÖK, örgütlerine bir genelge çıkararak 1 Mayısın aktif olarak kutlanmasını istedi. "Türkiyede 1 Mayısın resmen kutlanması ve DİSK'in 1 Mayıs eylemlerinin desteklenmesi" için geniş bir kampanya yürüttü. Avrupanın birçok yerinde eylem gösteren 40 TBÖK örgütü 1 Mayıs eylemlerine sendikalarla birlikte aktif olarak katıldılar. İstemlerini dile getirdiler. Sendikaların yürüttüğü eylemlere geniş bir şekilde yurttaşlarımızı katmaya çalıştılar. Her ulustan emekçilerle dayanışma gösterdiler.

Bu yılki 1 Mayıs daha bir coşkuyla kutlandı. Ve geçen yıla oran

la daha çok yurttaşımız yurtdışında alanları doldurdu.İşyeri güvenliği,insanca yaşama,çocuklarına eğitim istediler.Türkiye'ye yönelik istemlerinde ise şu bilgileri taşıdılar.Yabancı uluslardan arkadaşlarını dayanışmaya çağırdılar:

"Faşist MHP,Ülkü Ocakları Kapatılmalıdır!","141,142,146 Kaldırılmalıdır! TKP'ne özgürlük!","Amerikancı MC Hükümeti Düşürülmeli - dir!","Bütün yurtseverlere yapılan baskılara son!" vb...

1 Mayısın ülkemizde resmen kutlanması ve DİSK'in eylemlerinin desteklenmesi için,TBÖK bildiriler yayınladı,konuşmalar yaptı,imza kampanyaları açarak yoğun bir kampanya yürüttü.İlk gelen haberlere göre 10.674 imza toplandı.Bu kampanyanın sonuçları en kısa zamanda Koordinasyon Kurulu tarafından basına ve gerekli kuruluşlara gönderilecektir.

100 binlerin katılımıyla DİSK'in kutladığı 1 Mayısın gerçek anlamı ile hedefine ulaştığı gibi,Avrupada da TBÖK'ün açtığı 1 Mayıs kampanyası hedefine ulaştı.

* * *

TBÖK 8 MAYISTAN 29 MAYISA KADAR SÜRECEK OLAN"MC HÜKÜMETİNE HAYIR!" KAMPANYASINI AÇIYOR.

TBÖK,13-14 Mart'da yapılan Temsilciler Kurulu kararı uyarınca 8-29 Mayıs tarihleri arasında "MC HÜKÜMETİNE HAYIR!" kampanyasını açacaktır.Kampanya bir basın toplantısı ile açılacak,resim sergileri,toplantılar,yürüyüşlerle sürdürülecek,ayrıca ilericiler milletvekilleri aracılığı ile Türkiyenin durumu Avrupa parlamentosuna götürülecektir.

Kampanya süresince,Amsterdam,Brüksel,Köln,Berlin,Bonn ve Frankfurtta birer yürüyüş düzenlenecek,İngilterenin LMS kentinde,Köln'de,Gelsenkirchen'de,Berlin'de,Frankfurtta büyük salon toplantıları yapılacaktır.

* * *



Barış ve Özgürlük

Haber Bülteni

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

(Dünya Barış Konseyi üyesidir)

Türkisches Europakommitee für Frieden und Freiheit

Yıl: 1

Sayı: 8

15 Nisan 1976

İ Ç İ N D E K İ L E R :

1. Son olaylarla ilgili "Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi"nin (Avrupa) bildirisi.
2. TBÖK, 1 Mayısın Türkiyede resmen kutlanması için Avrupada kampanya açtı.
3. DİSK Genel Sekreteri İbrahim Güzelce öldü.
4. Cumhuriyet Halk Partisinin yapacağı mitingi TBÖK destekliyor.
5. Cumhurbaşkanı Fahri Korutürk'e TBÖK'ün protesto mektubu.
6. "Batı Almanya Barış, Silahsızlanma ve İşbirliği Komitesi"nin 3 nisan 1976 günü Bonn' da yaptığı büyük toplantıya TBÖK Koordinasyon Kurulu da katıldı.
7. Willi Brandt Türkiyeden döndü.

- 1 -

SON OLAYLARLA İLGİLİ TBÖK'ÜN BİLDİRİSİ

Son olaylarla ilgili olarak TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ(Avrupa) Kamuoyuna ve demokratik kuruluşlara hitaben bir bildiri yayınladı.Bildiri şöyledir:

"Yurtseverlere karşı yöneltilen bütün saldırıları tertip eden biz-zat hükümettir.Onun faşist ortağıdır.Bunlar halkımızın barış ve özgürlük mücadelesini boğmak istiyorlar.Bunlar ilerici,devrimci,CHP'li,sosyalist,komünist herkese saldırıyorlar.Provakasyon üstüne provakasyon düzenliyorlar.Bunların ardında CIA,MIT,Amerikan emperyalizmi vardır.

Saldırıların 9 Nisanda yoğunlaşması raslantı değildir.8 Nisanda rüşvetçi paşalardan Alpkaya ve ortaklarından bir-kaçı yargılanıyordu. Alpkaya rüşvetten Genel Kurmay Başkanı Sancar'ın haberli olduğunu açıkladı.Libya'dan 7 uçak ve malzeme bedava alındığını,buna karşılık 1 milyar liralık fatura kesildiğini,bu paranın nereye gittiğini,kendisini kurtarmak için sormak zorunda kaldı.İşte bu açıklama ve soruların örtbas edilmesi,unutturulması gerekiyordu.Bunun için ortalığı fırtınaya,dumana boğmak istediler.Böylece egemen güçlerin hepsinin ortak olduğu kirli çamaşırları gizliyeceklerdi.Ve o insanlık dışı saldırılarını düzenlediler.Saldırıyı hükümette olan suncılarla-cuntacılar birlikte planladı.Bu eli kanlı hükümet,köşeye sıkıştırıldıkça,daha çok kan dökecektir.

Bu hükümeti ve halkımıza karşı savaş açmalarını TBÖK nefretle protesto ediyor.Düşürülmesini istiyor.Bu nedenle TBÖK,8-27 Mayıs 1976 tarihleri arasında bütün Avrupada "MC HÜKÜMETİNE HAYIR !" kampanyasını açacaktır.Basın toplantıları,gösteriler,mitingler düzenliyerek,bütün demokratik güçlerin desteğini sağlayacaktır.

TBÖK,bunların bu zalim diktalarının ancak yığinsal gösterilerle,eylembirliği ile önlenebileceğine inandığını birkez daha kamuoyuna, demokratik kuruluşlara,yurtseverlere açıklar.Bütün ilericilerin , bu komünisttir,bu sosyal demokrattır,bu atatürkçüdür,bu liberaldir demeden kenetlenmesi,birlik olması bugün,hergünkünden daha bir zorunluluktur."

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

TBÖK,1 MAYISIN TÜRKİYEDE RESMEN KUT
LANMASI İÇİN AVRUPADA KAMPANYA AÇTI

TBÖK,1 Mayısın "İşçi dayanışma ve mücadele günü"olarak Türkiye de resmen kutlanması için bütün örgütlerine bir genelge yayınlıya - rak kampanyayı başlatmalarını önermiştir.Genelge özetle şöyledir:

"...Bütün dünya emekçilerinin dayanışma ve mücadelelerinin bayram günü 1 Mayıs yaklaşıyor.Ülkemizde bugünü,barış ve özgürlük içinde kutlamak 50 yılı aşkın zamandan beri yasak.Fakat işçi sınıfımızın tarihi,1 Mayısların gizli-çetin koşullarda kutlanageldiğini göstermektedir.

Buyıl,işçi sınıfımızın gerçek sendikal örgütü DİSK 1 Mayısı yığın sal bir şekilde kutlama kararı aldı.Bu tarihi kararı yığinsal gös terilerle destekliyelim.Toplantılar yapalım.Komiteler kuralım.Bu- lunduğumuz bütün ülkelerde sendikaların düzenlediği 1 Mayıs göste rilerine katılalım.DİSK'in kararını ve içeriğini bildiriler,yürü- yüşler,mitinglerde merkesi mikrofonlardan bulunduğumuz ülkenin di linde ve kendi dilimizde haykıralım.1 Mayısın Türkiye de resmen kut lanması için en geniş bir biçimde yerli ve yabancılar arasında in za kampanyaları ile yürütelim..."

* * *

DİSK GENEL SEKRETERİ İBRAHİM GÜZELCE OLDU

Genç yaştan beri kendisini işçi sınıfının davasına adanmış olan , DİSK Genel Sekreteri İbrahim Güzelce en verimli çağında karaciger kanserinden ölürek,çalışma arkadaşlarını,omuzdaşlarını,işçi sını- fını acıya boğdu.

DİSK Genel Başkanına bir mektup gönderen TBÖK Koordinasyon Kurulu şöyle demektedir:

"Sayın Kemal Türkler,

DİSK Genel Sekreteri,omuzdaşınız,mücadele arkadaşınız,Sayın Güzel

ce'nin genç yaşta ölümü bizi de canevimizden yaraladı. TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ (Avrupa) 40 örgütüyle derin acınızı paylaşıyor, size ve bütün DİSK ailesine başsağlığı diliyor.

İ. Güzelce'nin ölümü, barış ve özgürlük mücadelesi veren bütün yığınlar için bir kayıp olduğunu biliyor, fakat DİSK gibi üye sayısı 400 bini aşmış, işçi sınıfımızın gerçek sendikal örgütünden daha çok İ. Güzelce gibi yiğitler çıkacağına inanıyor, teselli buluyoruz. Derin saygılarımızla..."

CHP'NİN YAPACAĞI MİTINGİ TBÖK DESTEKLİYOR

24 Nisanda CHP'nin faşist tırmanışa karşı yapacağı "Barış ve Özgürlük" mitingini TBÖK, CHP Genel Başkanlığına bir mektup yazarak desteklediğini açıklamıştır. Mektup şöyledir:

"...Gerici çevrelerin, faşist güçlerin, Anadolu Ajansı'nın bütün provakasyonlarına karşın, TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ (Avrupa) 40 örgütü ile birlikte CUMHURİYET HALK PARTİSİNİN halkımızdan yana bütün eylemlerini, barış ve özgürlük uğrunda verdiği mücadelesi, her zaman olduğu gibi yine destekliyecektir.

24 Nisanda yapacağınız "Barış ve Özgürlük" mitingini destekliyor, başarılı geçmesini diliyoruz.

Faşist tırmanışa karşı yengisel güç, bütün ilericilerin eylem birliğinde ve barış, özgürlük günlerinin ellerimizde olduğuna inanıyoruz.

Yaşasın bütün ilerici güçlerin eylem birliği !...

Yaşasın uğrunda mücadele verdiğimiz, barış ve özgürlük günleri !..."

CUMHURBAŞKANINA TBÖK'ÜN PROTESTO MEKTUBU

TBÖK, Koordinasyon Kurulu son olaylarda öldürülen gençlerin babalarına, Milli Birlik Grubu başkanı Mucip Ataklı'ya birer başsağlığı mektubu yazarken, Cumhurbaşkanı'na yazdığı mektupta da yetkisini kullanmasını istemiştir. Mektupta şöyle denilmektedir:

"Sayın Cumhurbaşkanı,

Son olaylar, her yurtsever gibi bizi de derinden yaralamıştır. Fa-

şistler devlet kuvvetlerinin desteğinde yurtsever olan herkese saldırıyor,yaralıyor,öldürüyor...Bu gidişle yurdumuz daha kanlı olaylara sahne olacaktır.Bunu önlemek için,olayların tertipçisi MC hükümetinin düşürülmesi bir zorunluluktur.

Yurtdışında çalışan,okuyan yurttaşlarımızın kurduğu 40 örgütü çatısı altında birleştirerek,Avrupada bizlerin en büyük kuruluşu olan;"TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ" bütün örgütleri ile birlikte , "Milliyetçi Cephe" Hükümetini şiddetle protesto ediyor,yetkinizi kullanmanızı sizden istiyoruz.Aksi taktirde bunun vebalinden siz de kurtulamıyacaksınız.

Harekete geçmenizi bekliyoruz."

BONN TOPLANTISI

"Batı Almanya Barış,Silahsızlanma ve İşbirliği Komitesi"nin 3 Nisan 1976 günü Bonn'da yaptığı büyük toplantıya TBÖK Koordinasyon Kurulu da katıldı.Ayrıca ünlü bilim adamları,profesörler,sendikacılar,pazar politikacılar katıldılar.

Toplantıda,22 Mayısda yapılacak olan "Silahsızlanma,barış ve özgürlük,işbirliği ve Stokholm çağrısını kitlelere yayma" yürüyüş ve mitinginin ön görüşmeleri yapıldı.Barış ve silahsızlanmanın kitlelerin istemi olduğu dile getirildi.Toplanan 5500 imza sahibinin genellikle örgüt temsilcileri ve sosyal grup sözcülerinin oluşu,bu istemin kanıtı olduğu vurgulandı.Batı Almanyada 1 milyon 800 bin harp malülunun oluşu bile,bu yürüyüşün büyük bir tabanının olduğunu gösterdiği açıklandı.Yürüyüş hazırlıkları sürmektedir.TBÖK bütün örgüt temsilcileri ile bu yürüyüşe katılacaktır.

WILLI BRANDT TÜRKİYEDEN DÖNDÜ

Türkiyeden ayrılırken Anka Ajansına bir demeç veren SPD Genel Başkanı W.Brandt:"Türkiyedeki insanlık dışı terör ve baskıları benimsediklerini,Almanya'ya döner dönmez,MHP'nin Almanyadaki örgütlenmelerini Alman Hükümetine götüreceğini..." açıkladı.Ayrıca:"CHP ile kendilerini yakınlaştıran nedenin demokratik anlayışları olduğunu" söyledi.

T.B.ÖK.

Barış ve Özgürlük

Naber Büken

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

(Dünya Barış Konseyi üyesidir)

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

Jahrgang I

Nummer 3

10.06.1976

I N H A L T

1. Brennpunkt Türkei
2. Resolution (Unterbezirk Parteitag Sozialdemokraten Frankfurt)
3. Fernschreiben an den Vorsitzenden der UN-Menschenrechtskommission Genf- Romesh Chandra
4. Appel an den Präsidenten der Türkischen Republik (Initiativausschuss "Ausländische Mitbürger in Hessen")
5. Beschluss der Unterbezirk Delegierten Konferenz Juso
6. Ein Jahr Demirel-Regierung der "Nationalistischen Front". Chronik des Terrors
7. Demirel und Kommandos
Verbrecher in führenden Stellen
8. Türkeş steht hinter den Kommandos
9. Türkeş: Erschiesst Sie!

Adresse: ABÖK, Rossdorfer Str. 33a, 6000 Frankfurt/M

SORUMLUSU: ABÖK adına Koordinasyon Kurulu- Rossdorfer Strasse 33/a, 6 Frankfurt /Main

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

B R E N N P U N K T T Ü R K E I

1. Mai 1976

Seit einem Jahr regiert in der Türkei eine Koalition von vier rechtsextremen Parteien mit Demirel an der Spitze. Demirels Partner sind der Faschistenführer Türkeş, der Religionsfanatiker Erbakan und der Erzreaktionär Feyzioğlu.

Seit der Machtübernahme dieser Regierung nahm die Terrorwelle gegen die Bevölkerung gewaltige Ausmasse an. Die faschistischen Kommandos des mitregierenden Türkeş üben Mordanschläge auf Arbeiter, Bauern, Studenten, Schüler und Intellektuelle und zerstören Eigentum und Leben.

Eine ihrer neuerlichen Bluttaten: In Ankara nahmen sie am 8. April 1976 die Universität unter Beschuss und ermordeten 3 junge Studenten.

Die Bilanz der brutalen Überfälle und der faschistischen Unterdrückungsmassnahmen durch die Regierung seit der Machtübernahme sieht wie folgt aus:

52 Menschen wurden seither auf offener Strasse ermordet - es waren Gewerkschafter, Lehrer, Studenten, Jugendliche, Arbeiter, Sozialisten, Sozialdemokraten.

1570 Menschen wurden bei solchen Mordanschlägen zum Teil schwer verletzt.

7320 fortschrittliche Beamte und Lehrer wurden zwangsversetzt.

2094 Menschen wurden aus politischen Gründen verhaftet. Es werden niemals die rechtsextremistischen Attentäter verhaftet, sondern nur die davongekommenen Überfallenen.

Die jetzige Regierung in der Türkei vertritt eindeutig nur die gemeinsamen Interessen der ausländischen und der inländischen Macht- und Profitkreise, und zwar gegen die Interessen des türkischen Volkes. Ausbeutung, Terror und offener Betrug einerseits und Armut, Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, kurzum von den Herrschenden bewusst erzeugtes Elend, andererseits beherrschen die Szene. Man versucht den erheblichen Widerstand der Volksmassen und die mächtige demokratische Bewegung im Lande mit massiven Gewalt- und Unterdrückungsmassnahmen niederzuhalten.

Die Terrormassnahmen und die Verfolgung von Arbeitern und Demokraten werden auch ausserhalb der Grenzen der Türkei praktiziert. Wie auch das politische Magazin "Monitor" des ARD unlängst belegte, hat insbesondere die nationalsozialistisch orientierte "Nationalistische Bewegungspartei" von Türkeş Niederlassungen, Ausbildungszentren für ihre Schlägertruppen und Agitationsstätten in der BRD. Als Koordinierungsorgan fungiert die Tageszeitung "Tercüman", die systematisch gegen die hiesigen demokratischen Massenmedien und Organisationen agitiert.

b.w.

Vor einigen Jahren brachten die Kommandos in Hamburg einen türkischen Arbeiter um. Im letzten Sommer verprügelten 30 von ihnen zwei Anhänger der Republikanischen Volkspartei fast zu Tode. Sie überfielen ebenfalls einen Leser einer liberalen Tageszeitung.

Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im übrigen europäischen Ausland sind diese rechtsextremen Parteien und die von ihnen eingesetzten Kommandos aktiv. Am 26. Februar 1976, um 18³⁰ Uhr stürmten die Kommandos die Räume der "Vereinigung der Studenten und Schüler aus der Türkei" in der französischen Stadt Tours und überfielen mit Pistolen, Eisenstangen, Schlagstöcken und Ketten die anwesenden Mitglieder und Gäste. Das Resultat: Drei Schwerverletzte.

Sowohl die inländischen als auch die ausländischen Interessenkreise möchten, dass diese Fakten einfach totgeschwiegen werden. Denn es geht ihnen allein um eigene Vorteile.

Es ist die selbstverständliche Pflicht eines Jeden, der sich als Demokrat versteht, das türkische Volk und die demokratischen Kräfte der Türkei in ihrem Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie mit seiner ganzen Kraft zu unterstützen.

TÜRKISCHES EUROPAKOMITEE
FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT
KOORDINATIONSAUSSCHUSS

Anschrift:

Rossdorfer Strasse 33a,
6000 Frankfurt (Main)

I-Antrag 2

RESOLUTION

Unterbezirk Parteitag Frankfurt
Sozialdemokraten

Die verstärkten Aktivitäten der rechtsradikal-faschistischen Kräfte und Organisationen unter den türkischen Arbeitern in der Bundesrepublik Deutschland haben bedrohliche Ausmasse angenommen.

Seit März 1975 herrscht in der Türkei ein Bündnis rechtsgerichteter Parteien unter dem Namen "Nationalistische Front". Eine der die nationalistische Frontregierung unter der Führung von Ministerpräsident Süleyman Demirel tragenden Parteien ist die faschistische Nationalistische Bewegungspartei (MHP). Obwohl diese Partei im Parlament nur über 3 von insgesamt 450 Abgeordneten verfügt, stellt sie zwei Kabinettsmitglieder, darunter den stellv. Ministerpräsidenten.

Sowohl die programmatischen Äusserungen dieser Partei sowie die von ihr angewandten Methoden beweisen zur Genüge den brutalen faschistischen Charakter dieser Organisation, die sich in ihren Veröffentlichungen offen zum Nationalsozialismus bekennt. Auf das Konto ihrer Jugendorganisation, die in "Ülkü Ocakları" (Ideen Vereine) zusammengefasst sind und zentral gesteuert werden, deren Mitglieder sich "Graue Wölfe" nennen, sowie ihrer organisierten SS und SA-ähnlichen Schlägertrupps (Kommandos) gehen seit der Machtübernahme der nationalistischen Front-Regierung in der Türkei über 60 Tote, deren Mörder fast nie ermittelt werden konnten.

Parallel zu der gefährlichen innenpolitischen Entwicklung in der Türkei haben sich auch die rechtsradikal-faschistischen Kräfte unter den türkischen Arbeitern in Europa, hauptsächlich in der BRD begonnen, ihre Organisationen zu gründen und auszubauen, unterstützt von den offiziellen Vertretungen der türkischen Republik sowie in Frankfurt-Zeppelinhof erscheinenden rechtsradikal-nationalistischen türkischen Tageszeitung "Tecüman".

In der BRD wurden die türkische nationalistische Bewegungspartei (MHP) am 9.4.1973 nach dem Paragraph 19, Absatz I der Durchführungsverordnung zum Vereinsgesetz in Kempten angemeldet. Sie gliedert sich in 6 autonome Sektionen in Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart und besitzt ca 50 Stützpunkte, vorwiegend im süddeutschen Raum. (Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs Herrn Baum, auf die entsprechenden Fragen des Abgeordneten und unseres Genossen Wüster in der 229. Sitzung des Bundestages, am Mittwoch, dem 17. März 1976.)

Die aufeinanderfolgenden Presseberichte (so z.B. in "Der Sozialdemokrat" vom Juni 1976, Nr. 6, METALL vom 9.9.1975, Der Gewerkschafter vom Dezember 1975, WAZ vom 12.1.1976, FR vom 14.1.1976, Druck und Papier 16.2.1976, Monitor-Beitrag im ARD vom 23.2.1976, Vorwärts vom 18.3.1976 usw) machten auch die demokratische Öffentlichkeit auf diese faschistischen Organisationen aufmerksam, die ihre Machenschaften bis dahin ungehindert fortsetzen konnten. Es wurden Dokumente über diese Organisationen und die Methoden ihrer Schlägertrupps vorgelegt. Es wurden ihre Tarnorganisationen aufgedeckt, die sich zum Teil unter harmlosen Etikett kultureller oder religiös islamischer Vereinigungen Vertrauen und Zuwendungen türkischer Arbeiter, aber auch deutscher Behörden erschleichen wollen. Dem zügellosen Treiben, den Einschüchterungsversuchen und dem Terror dieser faschistischen Kräfte und Organisationen muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Deshalb fordert der Parteitag der Frankfurter SPD :

- Schluss mit der Tätigkeit der faschistischen Organisationen in der BRD
Verbot der MHP-Auslandsorganisation und ihrer Neben- und Untergliederungen
- Verbot aller rechtsradikal-faschistischen Vereine und Vereinigungen wie Ideen-Vereine (Ülkü Ocakları), Türkenhäuser (Türk Ocakları).
- Schluss mit der Bespitzelung, Drohung und Diffamierung der aktiven ausländischen Gewerkschaftler und Publizisten durch Agenten, Verbot der Tätigkeit des türkischen Geheimdienstes MIT in der BRD.
- Sicherung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten auch für ausländische Arbeiter.

angenommen

Fernschreiben

An den Vorsitzenden der U N-Menschenrechtskommission
Genf

Euer Exzellenz

Der Weltfriedensrat möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte in der Türkei lenken, wo tausende von Menschen, die demokratische und fortschrittliche Kräfte repräsentieren, verhaftet werden und furchtbare Foltern erleiden. Dutzende junger Menschen wurden ermordet. Mehr als siebentausend Lehrer und Beamte wurden strafversetzt.

Wir fordern Eure Exzellenz auf, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, um diesen flagranten Verletzungen der Menschenrechte ein Ende zu setzen und solcherart das Leben und die Würde tausender demokratischer und progressiver türkischer Menschen zu bewahren.

Romesh Chandra
Generalsekretär

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA KURUMU

INITIATIVAUSSCHUSS
„AUSLÄNDISCHE MITBÜRGER
IN HESSEN“

Geschäftsstelle
6238 Hofheim (Taunus)
Teutonenstraße 13
Telefon 06192/6513
(Leuninger)

Initiativausschuß „Ausländische Mitbürger in Hessen“
6238 Hofheim (Taunus), Teutonenstraße 13

An den
Präsidenten der Türkischen Republik
Seine Excellenz
Fahri Korutürk
A n k a r a / T ü r k e i

29.4.1976

Sehr geehrter Herr Präsident!

Unsere eigenen Erfahrungen mit dem Faschismus und seinen Praktiken in Deutschland, lassen uns die Ereignisse der letzten Zeit in der Türkei mit Bestürzung verfolgen.

Wir sehen darüber hinaus Aktivitäten türkischer reaktionärer Kommandos in der Bundesrepublik Deutschland, die denen der SS und SA im faschistischen Deutschland der Jahre von 1933-1945 ähnlich sind.

Wir appellieren an Sie, alles in Ihren Kräften Stehende zu tun, um den Menschenrechten im Interesse des internationalen Ansehens Ihres Landes Geltung zu verschaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag:

Detlef Linderwaldt
(Detlef Linderwaldt)

Die UBDK möge beschliessen :

Unterbezirk Delegierte Konferenz JUSO

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, keine Waffen, Geräte, Fahrzeuge u.a. an die Türkei zu liefern, die als Kampfmittel gegen das türkische Volk durch die Armee und Polizei eingesetzt werden könnten.
2. Sie wird ferner aufgefordert, Massnahmen zur Unterbindung der Aktivitäten der türkischen rechtsextremen Parteien und deren Tarnorganisationen hier in der Bundesrepublik und zur Schließung der Treffpunkte dieser Parteien und deren Tarnorganisationen zu ergreifen.
3. Der JUSO-Bundesvorstand und der SPD-Bundesvorstand werden aufgefordert sich für die Sache des türkischen Volkes und der türkischen Demokraten öffentlich einzusetzen und deren Kampf gegen den organisierten faschistischen Terror durch die Kommandos der mitregierenden national-sozialistisch orientierten "Nationalistischen Bewegungspartei" gegen umfangreiche Unterdrückungsmassnahmen der Regierung in der Türkei und deren Kampf aller Demokraten für die Herstellung demokratischer Verhältnisse in diesem Lande konsequent zu unterstützen.

Begründung:

Es wird darüber berichtet, dass während des jüngsten Besuchs des Ministers Leber in der Türkei an die türkische Regierung Zusagen für Waffenlieferungen gemacht worden sind.

Es dürfte auch der Bundesregierung bereits bekannt sein, dass in der Türkei die Armee und die Polizei gegen Arbeiter, Bauern, Studenten, Schüler und Intellektuelle eingesetzt werden. Gegen Arbeiter, die von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen wollen, sich in eigenen Gewerkschaften zu organisieren, und gegen Streikende werden Panzer aus der BRD und Feuerwaffen eingesetzt.

Menschen werden einfach auf offener Strasse von den Kommandos des mitregierenden Faschistenführers Türkeş überfallen, verprügelt, erstochen oder erschossen. In Ankara wurden vor einigen Tagen drei Studenten auf diese Weise getötet.

Die Polizei schaut dabei nur zu und verhaftet nur die davongekommenen. Überfallenen.

Insbesondere in Ost- und Südostanatolien, wo der Anteil der kurdischen Bevölkerung sehr hoch ist, werden mit Waffen der Armee Massenhinrichtungen vorgenommen. Menschen werden aus ihren Häusern und Dörfern vertrieben und regelrecht unter Bombenbeschuss genommen. So wurden vor einiger Zeit in Beytülşebab eine Vielzahl von Menschen ermordet, 18000 mussten in die Berge fliehen.

Am 28. Januar dieses Jahres wurden in der Nähe von Mardin 18 Personen auf diese Weise in die Enge getrieben und von Militärverbänden aus der Luft regelrecht bombadiert. Fünf von ihnen starben auf der Stelle. Die restlichen 13 waren schwerverletzt.

Die jetzige Koalitionsregierung der Türkei, an der vier rechtsextreme Parteien, darunter befindet sich auch die faschistische "Nationalistische Bewegungspartei," beteiligt sind, vertritt eindeutig nur die gemeinsamen Interessen der ausländischen und inländischen Macht- und Profitkreise, und zwar gegen die Interessen des türkischen Volkes.

Ausbeutung, Terror und offener Betrug einerseits und Armut, Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, kurzum von den Herrschenden bewusst erzeugtes Elend andererseits, beherrschen die Szene. Man versucht den erheblichen Widerstand der Volksmassen und die mächtigen demokratischen Bewegung im Lande mit massiven Gewalt- und Unterdrückungsmassnahmen niederzuhalten.

Die Terrormassnahmen und die Verfolgung von Arbeitern und Demokraten werden gleichzeitig auch im Ausland praktiziert. Insbesondere die faschistische Partei von Türkei hat Niederlassung, Ausbildungszentren für Schlagertruppen und Agitationsstätten in der BRD. Als Koordinierungsorgan fungiert die Tageszeitung Tercüman, die systematisch gegen die hiesigen demokratischen Massenmedien und Organisationen agitiert.

Die Kommandos brachten vor einigen Jahren in Hamburg einen türkischen Arbeiter um. Im letzten Sommer verprügelten sie in Frankfurt zwei Anhänger der Republikanischen Volkspartei fast zu Tode. Ebenfalls überfielen sie einen Leser einer liberalen türkischen Tageszeitung.

Sowohl die inländischen als auch die ausländischen Interessenskreise möchten, dass diese Fakten einfach totgeschwiegen werden. Es geht ihnen allein um eigene Vorteile.

Es ist die Pflicht eines Jeden, der sich als Demokrat versteht, das türkische Volk und die demokratischen Kräfte der Türkei in ihrem Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie mit seiner ganzen Kraft zu unterstützen.

Die SPD wird aufgerufen, sich für die Sache der türkischen Demokraten konsequent einzusetzen.

Antragsteller: AKI, Baysal Önal

Ein Jahr Demirel-Regierung der "Nationalistischen Front" Chronik des Terrors

Diese Liste stellt nur einen Auszug dar. Sie stützt sich auf eine sehr viel ausführlicher Liste, die in der Zeitung "Cumhuriyet" veröffentlicht wurde. Sie reicht vom 31.3.1975, dem Tag des Regierungsantritts Demirels und seiner "Nationalistischen Front", bis zum 8.4.1976.

1. April 1975-Bewaffneter Überfall auf Büro der Lehrgewerkschaft TÖB-DER in Afyon. In Erzurum wird der Bezirksvorsitzende dieser Gewerkschaft durch sieben Messerstiche schwer verletzt.

17. April 1975-Am Grundschullehrerseminar in Diyarbakır kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommandos und Studenten. 4 Studenten wurden verletzt, einem Lehrer schnitten die Kommandos ein Ohr ab.

24. April 1975-Kommandos und Polizei überfallen gemeinsam das Studentenheim "Site" in İstanbul. Der Arbeiter Abdi Gönel wird ermordet, zahlreiche Studenten verletzt.

In Ankara wird das zweijährige Kind Urçin Öztürk durch Pistolenschüsse von Kommandos so schwer verletzt, dass es zwei Tage später stirbt.

Ebenfalls in Ankara wird der Direktor des Lehrerseminars von Amasya durch vier Messerstiche verletzt.

27. April 1975-In Kars wird der Jugendliche Mehmet Toprak durch Messerstiche getötet.

1. Mai 1975-In Ankara wird der Schüler Mehmet Oy von prügelnden Kommandos schwer verletzt.

13. Mai 1975-Bombenattentate gegen die Häuser der Professoren Aksoy und Alacakaptan.

17. Mai 1975-In İzmir wird der Schüler Akin Acar von Kommandos schwer verletzt. Ein Lehrer der Oberschule von Emirdağ Bezirk Afyon, wird von Kommandos mit Eisenstangen verprügelt. In Ankara werden Schüler der Atatürk-Oberschule von Kommandos mit Eisenstangen verprügelt.

22. Mai 1975-Bombenattentat gegen ein Volksbildungsheim in Ankaraner Stadtviertel Keçiören.

25. Mai 1975-In Erzurum verletzen Kommandos drei Lehrer.

26. Mai 1975-In Bingöl und Seydişehir werden acht Lehrer überfallen und verletzt.

30. Mai 1975-Kommandos überfallen die Akademie für Sozialarbeiter, zehn Personen werden verletzt.

16. Juni 1975-Bei Zusammenstößen in Ankara erleidet der Arbeiter Adnan Akkoç Schussverletzungen.

19. Juni 1975-In Erzurum überfallen Kommandos das Theater. 15 Zuschauer werden verletzt, zwei davon schwer.
23. Juni 1975-In Diyarbakır beginnt die Rundreise von Faschistenführer Türkeş mit einem Blutbad. Die Polizei eröffnet das Feuer auf die Menge der antifaschistischen Demonstranten. Der Soldat Kamil Karabal und der Jugendliche Mehmet Aytekin werden getötet, 46 Menschen verletzt.
3. Juli 1975-Kommandos foltern in Istanbul den Abiturienten Mustafa Germen
10. Juli 1975-In Bursa wird bei Zusammenstößen der Oberschüler Ahmet Kirkbulak getötet, ein weiterer Jugendlicher, Mümtaz Öz, wird durch einen Pistolenschuss verletzt. Gegen den für die Zusammenstöße Verantwortlichen den flüchtigen Ortsvorsitzenden der Ideenvereine von Bursa Efendi Barutçu ergeht Haftbefehl.
25. August 1975-Bei Zusammenstößen in Kırşehir wird der Schüler Ahmet Deveci getötet.
24. September 1975-In Kırıkkale ermorden Kommandos den Jugendlichen Yusuf Vehbi Yılmaz, weil er sich weigert, der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung MHP beizutreten.
25. September 1975-In Muğla wird der Jugendliche İbrahim Kocakarın zu Tode geprügelt.
29. September 1975-Bei einem Überfall auf die Finanzhochschule ermorden Kommandos den Studenten Ekrem Söğüt und verletzen einen weiteren namens Ahmet Ali Çelik. In Oltu überfallen Kommandos ein von der Lehrgewerkschaft TÖB-DER veranstaltetes Gewerkschaftsseminar.
11. Oktober 1975-Polizei greift die von einer Versammlung der Republikanischen Volkspartei CHP im Ankaraner Stadtteil Maltepe Kommenden mit Panzerfahrzeugen an. 2 Personen werden getötet, nämlich Ayhan Alkan und Zühtü Pehlivan, 50 Personen werden verletzt.
2. November 1975-Der Kreisvorsitzende der Republikanischen Volkspartei CHP in Ulukışla bei Niğde İsmet Yücel wurde von Unbekannten durch Messerstiche ermordet.
4. November 1975-Bei Zusammenstößen an der Lehrerakademie Gazi Eğitim Enstitüsü in Ankara kam der Student Alpaslan Gümüş ums Leben.
7. November 1975-Der am Vortrag in der Technischen Universität bei Zusammenstößen angeschossene Yaşar Özcivelek stirbt an seinen Verletzungen.
17. November 1975-Münir Çetinkaya, Schüler der Höheren Handelsschule in Erzurum, wird von einem Kommando ermordet.
20. November 1975-Kommandos überfallen den Landrat von Olur und verletzen ihn schwer.
23. November 1975-Der Student Muharrem Çivikıran wird in seiner Wohnung tot aufgefunden.

1. Dezember 1975-Auf dem Şişli-Platz in Istanbul werden Cezmi Yılmaz und Halit Pelitözü von Kommandos von einem Wagen aus erschossen.
3. Dezember 1975-Der Justizminister İsmail Müftüoğlu erklärt:
"Der Kampf gegen die Vaterlandsverräter ist der Kampf aller, die ihr Vaterland lieben." Die Beerdigung eines der Opfer des 1. Dezember wird zur Strassenschlacht. Unter 22 Verletzten ist auch ein Journalist.
12. Dezember 1975-In Elazığ wird der Student Cengiz Baş durch Messerstiche getötet. In Ankara eröffnen drei Mitglieder der Ideenvereine das Feuer auf 6 Studenten.
24. Dezember 1975-In Ankara wird der Jugendliche Kenan Dayıoğlu ermordet, seine Leiche wird in einen Vorgarten geworfen.
3. Januar 1976-Kommandos überfallen einen Bus der Technischen Universität des Nahen Ostens in Ankara. Vier Studenten werden durch Pistolenschüsse schwer verletzt.
5. Januar 1976-Im Stahlwerk Seydişehir werden drei Arbeiter von Kommandos verprügelt. Dabei erleidet der Arbeiter Musa Doğan lebensgefährliche Verletzungen.
7. Januar 1976-Der bei einem Überfall auf das Hacettepe-Studentenheim von Kommandos verletzte Şükrü Bulut stirbt an den Folgen seiner Verletzungen.
11. Januar 1976-Der 10 Tage zuvor angeschossene Student der Höheren Technischen Lehrerauskildung Yunus Ceylan erliegt seinen Verletzungen.
12. Januar 1976-Kommandos überfallen die Medizinische Fakultät in Istanbul und verprügeln die Ärzte.
14. Januar 1976-Der bei Zusammenstößen an der Hacettepe-Universität in Ankara am 8. Januar schwer verletzte Nuray Erenler stirbt an den Folgen der Verletzungen.
27. Januar 1976-Der am 12. Januar von Kommandos angeschossene Student der Technischen Universität Istanbul Özer Elmas erliegt seinen Verletzungen. Die Demonstration von Studenten der Kunstakademie gegen die Ermordung von Özer Elmas wird von der Polizei von vorne und hinten mit Panzerfahrzeugen angegriffen. Dabei gibt es einen Toten, Metin Arıkan, und 5 Verletzte.
30. Januar 1976-Der Jurastudent Cihat Şenyüz wird ermordet.
11. Februar 1976-Der bei dem Überfall auf einen Bus der Technischen Universität am 3. Januar 1976 angeschossene Semih Erbek erliegt seinen Verletzungen.
26. Februar 1976-In Nazilli wird der Fachschüler Mümtaz Akaya ermordet.
8. März 1976-Der zuvor von Kommandos angeschossene Arbeiter Hüseyin Güzel erliegt in Izmir seinen Verletzungen.
- In Istanbul wird der Maschinenbau-Student Mehmet Ömer ermordet.

28.März 1976-Bombenanschlag gegen das Haus von Rechtsanwalt Mustafa Telli. Telli hatte zuvor seine Ämter als Hauptvorstandsmitglied und Kreisvorsitzender der MHP in Osmaniye niedergelegt und war aus der MHP ausgetreten.

29.März 1976-In Trabzon wird der Student Orhan Aydın ermordet. In İstanbul ergeht Haftbefehl gegen den Bezirksvorsitzenden der Ideenvereine Mustafa Verkaya und seinen Stellvertreter Mehmet Gül.

30.März 1976-Im Ankaraner Stadtteil Maltepe eröffnen Kommandos das Feuer auf eine Menschenmenge. I Mensch, Sami Ovalıoğlu, wird getötet, 9 Personen werden verletzt.

7.April 1976-In Eskişehir wird der stellvertretende Kreisvorsitzende der MHP unter Mordanklage gestellt und verhaftet.

8.April 1976-Kommandos und Polizei überfallen gemeinsam die Fakultät für Politische Wissenschaft in Ankara. Drei Studenten, Burhan Barın, Eşari Oran, und Hasan Yurdakuler werden erschossen. Es gibt zahlreiche Leicht- und Schwerverletzte.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA KURUMU
TÜSTAV

Demirel und Kommandos

Verbrecher in führenden Stellen

In führenden Stellen der extremen Rechten der Türkei sitzen verurteilte Verbrecher. Sie sind es, die die Kommandos leiten.

Die Kommandos, die sich selbst "Graue Wölfe" nennen, sind SS-ähnliche, bewaffnete Trupps. Sie rekrutieren sich aus der Jugendorganisation der faschistischen Partei der Nationalen Bewegung MHP-Vorsitzender: Ali Güngör und den faschistischen Ideenvereine-Vorsitzender: Ibrahim Doğan.

Güngör und Doğan haben am 13.4.1970 gemeinschaftlich den Arzt Dr. Necdet Güçlü im Garten des Hacettepe-Krankenhauses ermordet. Sie wurden für diese Tat von der Ersten Kammer für Schwerverbrecher in Ankara rechtskräftig verurteilt. Aufgrund der Amnestie zum 50. Jahrestag der Republik wurden beide entlassen.

Auch andere hohe Funktionäre, so z.B. der frühere Vorsitzende der Ideenvereine, Sami Bal, sind als Schwerverbrecher vorbestraft. Bal, der wegen Mordes zu 24 Jahren Zuchthaus verurteilt war, ist ebenfalls aufgrund der Amnestie freigelassen. Da er sich aber nach der Freilassung nicht in der vorgeschriebenen Frist beim zuständigen Gericht meldete, gilt für ihn die Amnestie nicht mehr. Trotzdem läuft er frei herum und übt weiter Funktionen bei den Ideenvereinen aus.

Ministerpräsident Demirels gebrochenes Verhältnis zur politischen Verantwortung dokumentierte sich eindrucksvoll in einem Ausspruch auf einer Pressekonferenz Ende April 1976. Auf die Frage nach der Verantwortung für die Morde, die Kommandos der an der Regierung beteiligten faschistischen MHP im April begangen hatte, erklärte er: "Wir sind mit der MHP verbündet, nicht mit ihren Zweigorganisationen."

Mit dieser Äusserung versucht Demirel, seinen Balanceakt fortzusetzen zwischen der Nutzung der Kommandos für die Zwecke seiner Regierung und der politischen Verantwortung für die Kommandos. Dabei hatte er sich einmal 11.11.1969, im Senat klar gegen die Kommandos ausgesprochen. Er erklärte damals wörtlich: "Ein demokratisches Regime muss zeigen, dass es die Kraft hat, sich selber auf den Beinen zu halten. Es besteht kein Grund zur Panik oder zur Anarchistenhysterie, bei so etwas beginnt nämlich das Vertrauen zum Staat und zu den Staatsorganen zu zerbrechen. Es besteht kein Grund zur Organisation von Milizen. Sollte einer Partei mit 400 Mann starken Kommandos etwas gelingen, was dem Staat mit 500 000 Mann Militär, 50 000 Gendarmen und 30 000 Polizisten nicht möglich wäre?"

Solch eine Partei ist gesetzwidrig."

Heute wird Demirel nur sehr ungern auf diese Musserung angesprochen. Als ihm seine Musserung am 10.4.1975 im Senat entgegengehalten wurde, erklärte er: "Ja, wenn zum Staat und zu den Staatsorganen Vertrauen besteht, braucht man keine Milizen. Das habe ich zum damaligen Zeitpunkt in genau diesem Sinne gesagt. Was ich von heute halte, werde ich Ihnen etwas später sagen." Prof. Muammer Aksoy schrieb dazu in einem Artikel in der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 27.4.1976, in dem er die Entwicklung der faschistischen Bedrohung nachzeichnet: "Das heisst doch nichts anderes als ,wenn in den Staat und die Staatsorgane Vertrauen besteht, braucht man keine Milizen, wenn aber-wie jetzt-dieses Vertrauen nicht besteht, können sie notwendig werden."

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

Türkeş steht hinter den Kommandos

In einem Interview, das er der Tageszeitung Hürriyet am 10. Januar 1969 gab, hat Türkeş sein Verhältnis zu den Kommandos klar und freimütig klargestellt. Hier einige Auszüge aus diesem höchst interessanten Interview:

"Frage: Unterstützen Sie die Kommandos ?

Türkeş: Natürlich. Schliesslich haben wir die Kommandos gegründet und ausgebildet, ... Mein Freund Rifat Baykal, ein Veteran aus dem Koreakrieg, der in solchen Dingen sehr gut Bescheid weiss, leitet die Ausbildung."

"Frage: Die Kommandos nennen Sie ihren Führer.

Türkeş: Das weiss ich .

Frage: Reden Sie mit den Kommandos ?

Türkeş: Nein, das mache ich nicht selbst, dafür habe ich Freunde. Wir planen für die Kommandos die Taktik, wir sagen ihnen, was man machen könnte und bringen sie dazu, es zu tun.

Frage: Dürfen wir schreiben, dass Sie die Aktionen der Kommandos vollständig unterstützen ?

Türkeş: Das ist richtig. Ich unterstütze diese jungen Leute (die Kommandos, Red.) voll und ganz in jeder Hinsicht."

Alpaslan Türkeş, Vorsitzender der faschistischen Nationalen Bewegungspartei MHP, die mit 3 Mandaten im 450 Mann starken Parlament in Ankara vertreten ist, ist heute stellvertretender Ministerpräsident.

Türkeş: "Dieses Land wird uns gehören oder niemandem."

In der Zeitung "Bozkurt", einem Organ der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung MHP erklärte deren Führer Alpaslan Türkeş:

"Wir erklären es noch einmal, wir werden es auch noch tausendmal bekanntmachen: Dieses Land wird uns gehören oder niemandem."

Dass diese Ausserung keine leere Hochstapelei ist, sondern blutiger Ernst, erweist sich tagtäglich auf den Strassen, in den Schulen und Fabriken der Türkei. Dass es sich hierbei nicht um ein blindes Drauflosschlagen handelt, sondern um ein sorgfältig geplantes Vorgehen, kann man in den theoretischen Publikationen der MHP nachlesen. In der Nummer 193 der Zeitschrift "Devlet", dem offiziellen theoretischen Organ der MHP, wird die Strategie der Partei erklärt, die sich in drei Stufen gliedert:

"1. Die Strasse erobern, 2. den Staat erobern, 3. das Parlament erobern."

Diesen drei Stufen sind entsprechende Phasen der Aktion zugeordnet, nämlich die Herrschaft der Strasse, die Herrschaft des Staates und die Herrschaft des Parlaments.

Die Stufe 2, die Eroberung des Staates, soll, wie in der Zeitschrift

"Devlet", Nr. 232, erklärt wird, durch die Kontrolle über die Beamtenschaft erreicht werden. Seit dem Regierungsantritt der Demirel-Regierung, die sich selbst als "Nationalistische Front" bezeichnet, ist die MHP an der Regierung beteiligt. Seit April 1975 konnte sie also zu Stufe 2 übergehen, ohne zuvor das Ziel der Stufe I, die Eroberung der Strasse vollständig erreicht zu haben. Sie fährt derzeit also zweigleisig. Wie die MHP verführt, um die Beamtenschaft unter ihre Kontrolle zu bringen, berichtet die Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 28.4.76. Dort heisst es: "Heute kann niemand eine wie auch immer geartete Beamtenstelle ohne die Zustimmung der Kommandos antreten. Beamte des staatlichen statistischen Instituts, die sich weigerten, Beiträge für die faschistischen Ideenvereine zu zahlen, wurden mit Ketten verprügelt und mit Messerstichen verletzt, Belege dafür liegen vor."

TÜRKEŞ: Erschiesst Sie!

"Ich habe mich ganz der mir anvertrauten Aufgabe verschrieben. Ohne je mich umzusehen, ohne jedes Zögern, gebe ich unbeirrt vorwärts. Folgt mir auf diesem Weg, ohne zurückzufallen. Sollte ich je umkehren, dann erschiesst mich. Erschiesst jeden, der sich unserer Sache verschrieben hat und dann umkehrt." Diesen Aufruf zum Mord verbreitete der Führer der faschistischen MHP Türkeş zuerst in der Zeitschrift "Devlet", seinem theoretischen Organ Nr. 204 vom 1.10.1973. Inzwischen aber wurden Tausende von Karten mit diesem Befehl gedruckt, mit denen die MHP und ihre Führer ihren Parteilgliedern und Anhängern zu den Feiertagen im Herbst 1975 gratulierten. Der Befehl blieb nicht folgenlos. Am 15.4.1976 wurde Hüseyin Hatipoğlu aus Burdur, der vor einiger Zeit aus einem sogenannten Ideenverein ausgetreten war, von seinen ehemaligen Vereinskameraden ermordet, die somit den Befehlen ihres Führers gefolgt waren. Türkeş meint es ernst, wenn er ruft: "Ich rufe alle, die bereit sind, unter dieser Fahne (der Fahne der Faschisten, Red.) für die Grosstürkische Idee zu kämpfen und hierfür ohne zu zögern alles zu opfern." (Zeitschrift "Devlet", Nr. 230) Hüseyin Hatipoğlu ist nicht der einzige, der unter den Händen seiner Kameraden das Leben opfern musste, weil er sich nicht mehr als Werkzeug der Faschisten missbrauchen lassen wollte. Prof. Muammer Aksoy verweist in seinem Artikel über die faschistische Bedrohung auf einen Ausspruch Mussolinis:

"Wenn ich vorwärts schreite, folgt mir; weiche ich zurück, so tötet mich"
(Vgl. Richard Lollier, Duce. The Rise und Fall of Mussolini, London 1971, S. 91)

Dieser Spruch diente als Titel eines Buches über Mussolini, das 1966 in Istanbul erschien. Auf die erschreckende Parallele verweisend meint Aksoy "In einer Hinsicht sind die Worte von Türkeş noch viel gefährlicher als von Mussolini. Denn beim Duce fehlt der Satz, der besagt, man solle die abfallenden Freunde und demzufolge erst recht die Feinde umbringen.
(Cumhuriyet vom 27.4.1976)

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA
TÜSTAV

1 September 1978~der Weltantikriegstag und

DIE TÜRKEI



Europakommitee für Frieden und Freiheit
European Committee for Peace and Freedom
Comitee Européen des Turcs pour Paix et
Liberté.
Komiteya Aşti e Rızgari Türki'ra

TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ



**Bilder aus der Türkei:
Mutter am Sarg ihres
ermordeten
Sohnes**



Demirel:
“Cinayetlerin
hepsi
ideolojik
değil, bir
kısmı trafik
kazasıdır,,

ANKARA (Cumhuriyet Bureau)

Başbakan Süleyman Demirel
dün düzenlediği basın toplantı-
sında çeşitli sosyal, ekonomik
sorunlarla, dış politika konula-

şahıs gösterilmelidir. Açıkla-
davat ediyorum ve meydan oku-
yorum demistir. Başbakan ne-
zi ölümlere olabilmekte ihsin av-
rında diğer verirken, tek tek öl-
dümlen kışkırtın ismiyle ve

**Allein in den ersten
5 Monaten dieses Jahres:**

**159
POLITISCHE
MORDE**

Aussage von DEMİREL:
“Nicht alle Morde sind ideologisch,
einige sind Verkehrsunfälle...”

DIE ÖKONOMISCHE SACKGASSE

Unser Land durchlebt eine seiner bisher schwersten Krisen. Die Abhängigkeit der Wirtschaft des Landes vom ausländischen Kapital stellt ein unlösbares Problem dar. Ministerpräsident Ecevit versprach in seiner Regierungserklärung Anfang 1978 Massnahmen zur Verwirklichung der Unabhängigkeit der Wirtschaft von diesem Einflussfaktor. Ende 1976 betrugen die Schulden der Türkei an internationalen Währungsfonds 525 Mio. Dollar. Allein dies dürfte eine Erklärung dafür sein, warum das Land in eine schlimme Krise geraten ist. Die Türkei hat sich selbst wie paradox es auch klingen mag, mit eigenen Rohstoffen, wie Petroleum, Phosphat, Kupfer, die reichlich vorhanden sind, von den multinationalen Konzernen abhängig gemacht. Dies geschah zumeist anhand von Verträgen, die der Öffentlichkeit geheim gehalten worden sind. Ein ausländischer Konzern darf z. B. für eine Investition von 100 Dollar im Lande Profite in Höhe von 301 Dollar ausführen. So konnten im Jahre 1977 ausländische Unternehmen insg. 116 Mio. Dollar an Profiten ausführen.

September 1977 betrug das Aussenhandelsdefizit 3,3 Milliarden Dollar. Zahlungsleistungen aus Exporten konnten nur 30% der Einfuhren decken. Minister für Energie und Naturschätze, Deniz Baykal, sprach sich Juni 1978 dafür aus, dass der Frage der Naturschätze des Landes eine Lösung zugunsten der Bevölkerung zugeführt werden müsste. Damit sprach er breiten Massen der Arbeiterschaft und den aufrichtigen Intellektuellen und Wissenschaftlern aus dem Herzen.

DAS LEBEN IM LANDE IST FÜR DIE ARBEITENDEN MENSCHEN UNERTRÄGLICH GEWORDEN

Die Lasten der ökonomischen Misere des Landes werden allein auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Nach offiziellen Statistiken beträgt die Zahl der Arbeitslosen, bei einer arbeitsfähigen Bevölkerung von 16 Millionen, insg. 3,5 Millionen, während die Zahl der landlosen Bauern 7 Mio. erreicht, verfü-

gen ca. 1000 Grossgrundbesitzer über den fruchtbarsten Teil des Bodens im Lande. Jährlich müssen 400.000 landlose Menschen die Dörfer verlassen, um nach einem Broterwerb in den Städten zu suchen. Dagegen wird 35 Mio. qm. Land im Rahmen der bilateralen Verträge an die USA für 101 Militärbasen überlassen. Während man die Tatsache nicht von der Hand weisen kann, dass jede dieser Basen sozusagen einem hochexplosiven Pulverfass, also einem Kriegsherd gleicht, behauptete der Ministerpräsident der früheren Regierung, Demirel, "Es gibt keine Basen, sondern nur Einrichtungen." Es ist jedoch jedermann bekannt, dass nicht einmal die türkischen Offiziere des höchsten Ranges Einlass zu diesen Basen finden, wo Nuklearwaffen in gefährlichster Konzentration lagern. Die Tatsache dass Leben auch wegen der starken Abhängigkeit der Wirtschaft des Landes vom Ausland unerträglich geworden ist, kommt in den häufigen Abwertungen des Türkischen Pfundes zum Ausdruck. Die Devaluationsraten zeigen eine sehr stark steigende Tendenz: die Devaluationsrate betrug bei der letzten Abwertung des Jahres 1977-10%, wogegen bald darauf Anfang 1978-30 prozentige Abwertung vorgenommen wurde. Nach einer Untersuchung, die von der OECD 1978 durchgeführt wurde, nimmt die Türkei in Bezug auf die Inflationsrate den ersten Platz unter den 24 Europäischen Ländern. Laut Angaben des Handelsministeriums betrug die jährliche Preissteigerungsrate vor der letzten Abwertung 52%, wobei die Preise bei einigen Nahrungsmitteln sogar um 200% gestiegen waren.

Nur eine kleine Minderheit der Familien in der Türkei kann sich leisten, in Wohnungen bis zu 5 Zimmern zu leben. 25% der Familien sind jedoch gezwungen, in einem einzigen Raum zu leben. Es wäre ein Leichtes, sich vorzustellen, welche miserable hygienische Verhältnisse in solchen Bleiben herrschen müssen. In den Ostprovinzen der Türkei gibt es einen einzigen Arzt für insg. 20.000 Menschen. 3700 Dörfer haben noch immer

keine Schule, 27% der Neugeborenen sterben im ersten Lebensjahr.

Besonders schlimm ist die soziale Lage der kurdischen Bevölkerung der Türkei, die hauptsächlich in den Ostregionen des Landes lebt.

Man hat seit Jahrzehnten diese Teile des Landes bewusst in unterentwickeltem

Zustand gehalten. Die Kurden, die in der Türkei leben, sind auch kulturell sehr stark unterdrückt. Sie dürfen offiziell ihre eigene Kultur und Sprache nicht pflegen, dürfen keine eigenen Schulen haben und sind besonders grausamen Terror durch die Herrschenden ausgesetzt.

DAS VOLK VERLANGT EIN BESSERES UND FREIES LEBEN

Es ist das natürlichste Recht von Menschen, die unter solchen Bedingungen leben müssen, für ein menschenwürdigeres Leben zu kämpfen. Es war daher selbstverständlich, dass Gewerkschaften und andere Massen- und Berufsorganisationen mit Hunderttausenden von Mitgliedern aktiv geworden waren, die Regierung Demirel zum Rücktritt zu zwingen und die Bildung einer neuen Regierung durch Bülent Ecevit zu unterstützen.

Demokratische Massenaktionen, Arbeitsniederlegungen und Streiks ermöglichten die Bildung einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Die Übernahme der Regierung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit der Machtübernahme.

Diejenigen Kräfte, die das Land ins Chaos geführt hatten, machten eine langfristige Rechnung, von der man noch immer nicht behaupten kann, sie sei nicht aufgegangen. Die frühere rechtsextremistische Regierung der sog. "Nationalistischen Front" sorgte nämlich rechtzeitig dafür, dass in die meisten Regierungsämter, öffentlich-rechtliche Anstalten, in die Armee, Geheimdienste, in die öffentlichen Rundfunkanstalten und Nachrichtenagenturen faschistisch-rechtsextremistische Kräfte massenweise hineingeschleust worden sind. Dies wird deutlich an der Tatsache, dass die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von 450.000 im Jahre 1972 auf 1 Mio. im Jahre 1977 gestiegen ist, wobei insges. 100.000 neue Zugänge gerade im Jahre 1977 zu registrieren waren. Interessant ist z. B. auch die Tatsache, dass der von der rechtsextremistischen Regierung entlassene Generaldirektor der öffentlichen Anstalt für Rundfunk und Fernsehen, İsmail Cem, trotz der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts nicht wieder eingestellt wurde, aber zur selben Zeit 400 Faschisten mit gefälschten Papieren dort

Aufnahme fanden. Bezeichnend ist ausserdem die Forderung des Generalsekretäres der Republikanischen Volkspartei, Mustafa Üstündağ, knapp 6 Monate nach der Gründung der Ecevit-Regierung, dass die öffentlichen Dienste von den "MC-Barbaren" gesäubert werden müssten. Tatsächlich liegen die öffentlichen Ämter noch immer fest in den Händen dieser Elemente. Der beste Beweis dessen, dass die Ämter gegen die Regierung arbeiten, ist die Äusserung des 1. Vorsitzenden des Polizeiverbandes POLDER, M. Özgen am 8. Juli dieses Jahres, Nachrichtendienste würden der Regierung Informationen vorenthalten, was von Bülent Ecevit auch bestätigt wurde. Er stellte fest, dass die Geheimdienste seit 6 Monaten der Regierung keine Berichte vorgelegt hatten.

FASCHISTISCHER TERROR GEHÖRT ZUM ALLTAG

Mitglied des Lehrkörpers an der Universität Hacettepe in Ankara, Dozent Bedrettin Cömert, wurde von den Faschisten erschossen. Er war gleichzeitig Mitarbeiter an dem Institut für die Forschung der türkischen Sprache. Nach der Ermordung dieses hochgeschätzten Wissenschaftlers stellt Bülent Ecevit folgendes fest: "Diejenigen, die ein totalitäres Regime an die Macht zu bringen bezwecken, versuchen zuerst die Bevölkerung einzuschüchtern, um über die Grenzen ihrer tatsächlichen Macht hinaus an Terrain zu gewinnen. In einigen Ländern kamen in der jüngsten Vergangenheit faschistische Regime auf diese Weise an die Macht."

Am 24. März dieses Jahres wurde der

Oberstaatsanwalt von Ankara, Doğan Öz, in eine Falle gelockt und mit Kugeln aus Maschinenpistolen getötet. Er war ein sehr renommierter Jurist, der Aktivitäten der faschistischen Partei "MHP" und ihrer Terrororganisationen, der sogenannten "Ideenvereine", untersuchte und sich ausserdem mit der Akte des Geheimbundes "Kontr-Gerilla" (*) befasste. Es war kein Zufall, dass der "MHP" Abgeordnete İhsan Kabadayı in seiner Rede am 25. Jan. 1978 im Parlament den Oberstaatsanwalt Öz gezielt angegriffen hatte. Es befanden sich nämlich bereits Berge von Beweismaterialien und umfangreiche Akten über die MHP und ihre Terrororganisationen bei der Staatsanwaltschaft. Mit dieser Frage hatten sich auch die Untersuchungsausschüsse des Parlaments mehrmals befasst. Es wurde am 21. April 1978 der Presse bekanntgegeben, dass die Bomben die bei den Attentaten dieser Organisationen benutzt wurden, im staatlichen Zentrum für Nuklearenergie hergestellt waren. Dieses Zentrum war bekanntlich während der Zeit der Demirel-Regierung zu einer Hochburg der Faschisten geworden. Die Untersuchung hierüber wurde vom Innenminister İrfan Özaydınlı, dem Gouverneur der Provinz Ankara und dem Oberstaatsanwalt von Ankara, Öz, persönlich geleitet. Der in dem genannten staatlichen Zentrum beschäftigte frühere Vorsitzende der Ideenvereine wurde festgenommen und Fahndungen nach den weiteren Faschisten wurden aufgenommen. In dieser Affäre waren die Namen vieler bekannter Angehöriger der MHP und der Ideenvereine verwickelt. Die rechtsextremen Kräfte, die keine Möglichkeit mehr sahen, mit legalen Mitteln, nochmals an die Macht zu kommen, brachten den Terror in den Alltag hinein. Das erklärte Ziel der MHP und der Ideenvereine die ihre Kommandos und "Grauen Wölfe" auf demokratisch gesinnte Menschen loslassen, ist die Errichtung einer faschistischen Diktatur in der Türkei. Es ist nicht lange her, dass Demirel und Türkeş gemeinsames als ihr Ziel bezeichneten, "um



Eine gewerkschaftsnahe Tageszeitung vom 4. März 1978 bewies anhand eines geheimen Reichsdokumentes, dass TÜRKES, KOÇAS und ARIBURUN Agenten der Gestapo waren.

jeden Preis die Regierung Ecevit zu stürzen." Die Terrorwelle nahm gleich danach ungeahnte Ausmasse an. Die Tatsache, dass Türkeş, der laut geheimer Reichsakten ein Gestapo-Agent war, und Demirel und die Mordkommandos nicht alleine arbeiten, formulierte der 1. Vorsitzende des Vereins zeitgenössischer Juristen am 11. April dieses Jahres kurz nach dem Bombenattentat auf den jungen Universitätslehrer an der Juristischen Fakultät der Universität İstanbul Server Tannilli, so: "Hinter diesen Machenschaften stecken der CIA und der Geheimbund "Kontr-Gerilla". Das Bild rundet sich ab wenn man den türkischen Geheimdienst MIT und die internationalen Konzerne mit ihren Kapitalinteressen hinzuhält. All diese Organisationen und Institutionen stehen hinter den Mordzügen der MHP und Ideenvereine und den gezielten Aktionen maoistischer Gruppen. Sie arbeiten mit System.

(*) "Kontr-Gerilla" ist ein halbmilitärischer Geheimbund, getragen und gespeist von inländischen und ausländischen Personen und Organisationen. Sogar gab Ministerpräsident Ecevit mehrfach offen zu, dass er über die Eigenschaften und Funktion dieser Organisation nicht vollständig informiert ist und verlangte "Entlüftung der Schleier des Geheimnisses und die Entmachtung der Dunkelmänner."

Sie wollen jeden vernichten, der an der Seite der arbeitenden Bevölkerung gegen die Partei ergreift. Sehr viele Juristen, Wissenschaftler und Lehrer, die auf ihrer schwarzen Liste standen, leben nicht mehr. Innerhalb einer einzigen Woche (6. - 13. Juni 1978) z. B. waren 4 Lehrer, die sich gegen die von der MC Regierung seinerzeit in ihre Schulen eingeschleusten Faschisten wehren wollten, das Ziel bewaffneter Überfälle. Drei von ihnen starben auf der Stelle, einer war schwer verletzt. Allein in der 1. Hälfte des Monats Juli 1978 wurden insges.

32 Personen von den Faschisten getötet und 79 zum Teil schwer verletzt.

Gestützt auf eindeutige Belege erklärte der Innenminister Özyaydınlı am 10. Juli 1978: "Hinter dem Terror stehen politische Parteien?"

Trotz aller vorhandenen Beweise und obwohl die Täter bereits bekannt sind, werden die Organisationen der Faschisten nicht aufgelöst und verboten. Dies bekräftigt die Vermutung, dass hinter den Mordaktionen bestimmte zwielichtige Kreise stehen.

ANTIDEMOKRATISCHE GESETZE HEMMEN DEN DEMOKRATISIERUNGSPROZESS

Gegen diese Kreise gehen alle Demokraten aktiv vor. Diese breite demokratische Bewegung wird jedoch gehemmt durch antidemokratische Gesetzesparagraphen und Bestimmungen. Der Faschistenführer Türkeş, über dessen Agententätigkeit bei der Gestapo die Tageszeitungen Belege veröffentlichten und viele Faschisten die Morde begangen haben, dürfen frei herumlaufen, wegen demokratisch gesinnte Menschen festgenommen werden, und es wird gegen sie ermittelt. Gewerkschaftliche Organisation von Beamten ist laut Gesetz verboten. Der Polizeiverband POL-DER, der zum Schutz vor den faschistischen Herausforderungen und zur Erringung sozialer Rechte von 17.000 Polizeibeamten gegründet worden war, wurde geschlossen. Der Lehrerverband TÖB-DER sieht sich der gleichen Gefahr ausgesetzt. Die antidemokratischen Gesetzesbestimmungen, die seit Jahrzehnten gültig sind, dienen den rechtsextremistischen Angreifern als Schutzschild. Die Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches z. B. dienen als die schlimmsten Druckmittel gegen die demokratischen Kräfte. Der Minister für Bauwesen, Şerafettin Elçi, nannte diese Paragraphen "Schwert des Demokles über dem Kopf der Demokratie". Sie wurden aus dem Strafgesetzbuch des Moussolini-Italiens im Jahre 1936 übernommen. Nach 42 Jahren, 1978, sagt der Parlamentabgeordnete der Republikanischen Volkspartei aus der Provinz Adana, İ. Hakkı Öztörün hierüber: "...Diese Paragraphen, die seit 1936 viermal novelliert und jedesmal verschärft worden sind, wurden bisher gegen Arbeiter, Intellektuel-

le, Studenten und gegen alle Demokraten, die sich gegen die herrschenden Kreise und gegen den Imperialismus auflehnen, sowie gegen die Bewusstseinsbildung unseres Volkes angewandt. Menschen wurden in Kerker geworfen und gefoltert, weil sie nur gedacht haben. "Der Abgeordnete der Volkspartei aus der Provinz Zonguldak, Kemal Anadol, sagt: "Die Paragraphen 141 und 142 erfüllen uns mit Schamgefühl. "Der Präsident der Anwaltskammer in Ankara, Teoman Evren, missbilligte diese Paragraphen in einem Aufsatz, der am 25. April dieses Jahres veröffentlicht worden war und stellte fest, dass "diese Hindernisse gegen die demokratische Grundordnung das System und die Demokratie schädigen. "Der Kolumnist der liberalen Tageszeitung Cumhuriyet, İlhan Selçuk, bezeichnet die Grundordnung der Türkei daher als ein "antidemokratisches Vielparteiensystem". Es ist also an der Zeit, dass solche Gesetzesparagraphen bzw. Bestimmungen aufgehoben werden.

An der 1. Mai-Kundgebung, dieses Jahres in Istanbul, die 700.000 Teilnehmer zahlte, war die erste Forderung die Aufhebung dieser Paragraphen und die Legalisierung der Kommunistischen Partei der Türkei. Trotzdem wird noch gegen viele Menschen aufgrund dieser Paragraphen ermittelt. Die Türkei ist eigentlich das einzige europäische Land, in dem die Kommunistische Partei verboten ist. Seit dem 2. Jahr ihrer Gründung - also seit 58 Jahren - lebt sie in der Illegalität. Die TKP und Kommunisten sind in der Türkei den schlimmsten und blutigsten Verfolgungen ausgesetzt. Die ge-

nannten Paragraphen und Bestimmungen werden jedoch auch gegen andere Demokraten angewandt. Noch im Juni 1978 waren sehr viele Zeitungsleute und Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften deshalb angeklagt. Es gab Personen darunter, für die der Staatsanwalt sogar 200 Jahre Freiheits-

strafe forderte.

Als Ministerpräsident Ecevit an die Regierung kam, versprach er die Aufhebung dieser Paragraphen. Alle Gewerkschaften, demokratischen Massenorganisationen und Berufsverbände verlangen die Einlösung dieses Versprechens.

FASCHISTENFÜHRER TÜRKES ZUR EHRERBIETUNG HITLERS IN DER BRD

Der Faschistenführer Türkeş, der zur Ehrerbietung an Hitler zu dessen Todestag in die Bundesrepublik gereist war, und seinesgleichen werden ihre wahren Gesichter gerade den Menschen in Europa nicht verbergen können, denn der Europäer weiss selber, was Faschismus bedeutet. Jene grausame Zeit des Faschismus hat er ja selbst miterlebt. Er würde daher nicht einfach zulassen, dass die faschistische Gefahr in einem anderen europäischen Land immer bedrohlichere Dimensionen annimmt.

FEINDE UNSERES VOLKES SIND FEINDE DER GANZEN MENSCHHEIT

Angesichts der aktuellen Entwicklung in der Türkei kommt den Erfahrungen unserer europäischen Freunde im Hinblick auf Faschismus eine erhebliche Bedeutung zu. Für die demokratischen und friedliebenden Kräfte der Türkei bedeutet es ein grossen Kraftgewinn, gerade am Antikriegstag zu erleben, dass die demokratische Öffentlichkeit in Europa nicht gewillt ist, zuzulassen, dass die Gefahr des Faschismus in der Türkei voranschreitet und dass die Feinde der ganzen Menschheit in ihre Schranken gewiesen werden.



Herausgeber: TBÖK – Bornstr. 140, 4600 Dortmund 1, Bundesrepublik Deutschland.



An alle
Demokraten:

DIE TÜRKEI

**DARF NICHT IN DIE HÄNDE
DES FASCHISMUS FALLEN!..**

Den Aufruf des Türkischen
Europakomitees für Frieden und Freiheit
unterstützen bereits u.a. eine Vielzahl von
Wissenschaftlern, Geistlichen, Gewerkschafts-
funktionären, Betriebsräten, Vertrauensleuten,
Rechtsanwälten, Ärzten, Lehrern, Erziehern...

An alle Demokraten:

DIE TÜRKEI DARF NICHT IN DIE HÄNDE DES FASCHISMUS FALLEN!

Seit der Regierungsübernahme durch das von Bülent Ecevit geführte Kabinett in der Türkei im Januar 1978, haben die Überfälle der rechtsextremistisch-faschistischen Kräfte bisher unerreichte Ausmasse angenommen. Nach Angaben der Regierung fanden im Zeitraum von 5. Januar bis 5. Mai insgesamt 141 Überfälle mit tödlichen Ausgang statt, bei denen 159 Menschen ums Leben kamen (für nähere Angaben siehe beiliegendes Informationsblatt).

Angehörige der faschistischen Organisationen des Obersten Türkeş u.a. sog. "Grauwölfe", "Kommandos" und die Angehörigen der sogenannten "Ideenvereine" werfen Bomben, entfachen Brände, bei denen Hunderte von Menschen verbrennen, verteilen mit Sprengstoff gefüllte Zigaretten versenden Bombenpakete oder Giftschlangen, oder aber erschieszen ein fach Menschen, die für sie politisch unerwünscht sind.

Faschisten und die rechtsextremen Kräfte, die die Regierungsmacht verloren haben und die Interessengruppen, die hinter ihnen stehen, wollen so die geeignete Atmosphäre für den Sturz der Regierung Ecevit und für die Übernahme der Macht durch die Faschisten vorbereiten.

An Beispielen solcher Versuche der Machtübernahme fehlt es nicht. Die Hitler-Faschisten und die heutigen Machthaber in Chile und Argentinien z.B. sind auf diese Weise an die Macht gekommen.

Die Europäischen Völker haben die entsetzliche Zeit des Faschismus nicht vergessen. Ein neues "Franko-Spanien", ein neues "Papadopoulos Griechenland" werden sie nicht mehr zulassen. Sie können daher auch nicht tatenlos zusehen, wie sich die faschistische Gefahr in der Türkei entwickelt.

Gerade in Zusammenhang mit dem Antikriegstag ist es besonders wichtig festzuhalten, dass ohne Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und ohne Demokratie ein weltweiter Frieden nicht realisierbar ist.

In der Türkei sind aber Gesetzesparagrafen (wie die Paragraphen 141-142 aus dem Strafgesetzbuch des Mussolini-Italiens) und Verordnungen noch in Kraft, die der demokratischen Entwicklung des Landes entgegen stehen. Diese Paragraphen und Bestimmungen ermöglichen eine Atmosphäre der Unterdrückung der Meinungsfreiheit, in der Herausgeber der monatlichen sozialistischen Zeitschrift "Ürün" verfolgt und Leser liberaler Zeitungen wie der Milliyet und Cumhuriyet von den organisierten Horden von Faschisten bedroht, verprügelt und beschossen werden können. Demokratische Organisationen, Frauen-, Berufs-, Jugendverbände und Gewerkschaften sind faschistischen, anti-demokratischen Angriffen ausgesetzt. Die Türkei z.B. ist das einzige europäische Land, in dem die kommunistische Partei - und dies seit 58 Jahren - verboten ist. Die kurdische Bevölkerung der Türkei darf sich seit Jahrzehnten nicht in eigener Kultur und Sprache entfalten. Ihr Lebensraum ist bewusst

Acker Uli, Rechtsanwalt, Mainz • Ackermann Lore, Angest., Frankfurt • Allert Ilman, Wiss. Angestel., Frankfurt • Ardiç M. Ali, Angestel., Siegen • Atalay Celal, Lehrer, Kassel • Auer Olaf, Künstler, Frankfurt • Aust Jürgen, Rechtsanwalt, Duisburg • Aybat Ergün, Dr. Med., Köln • Ayhan Fikri Betriebsrat, N. Ulm • Bartsch Werner, Prof. Dr. Theolog. Lich Hessen • Behrisch Arno, Journalist, Königsdorf • Ben Michael Schauspieler, Stellv. Leiter der TAT, Frankfurt • Berg Ingeburg Dr. Med., München • Bertling Wolfgang, Kaufmann, Köln • Beyler Yilmaz Soz. Berater, Würzburg • Braner Dieter, Gewerkschaftssekretar, Oberursel • Bremberger Rosw. Krankenschwester, München • Brut Helga, Buchhandlerin, Dortmund • Carlebach Emil, Redakteur der TAT, Frankfurt •

Dankwart Danckwerts Prof. Dr., Duisburg • Dehm Dither, Journalist Ffm • Deutsche Friedens Union Landesverband Hessen • Derya Gülsen Lehr., Köln • DGB Ortskartell, Flörsheim • Doldrup Hermann Lehrer, Dortmund • Dörtyol Hüseyin, Journalist, Mainz • Dursun Bengil, Betriebsrat, Flörsch. • Dörflinger Uli, Dr. Med., Mainz • Dieter Boris, Hochschullehrer, Marburg •

Ebel Otto, Kaufmann, Bad-Vilbel • Eckhardt Erwin, Betriebsratvorsitz., Flörsheim • Eder Nur, Dr. Med., München • Eickmann Peter, Landesvorsitzend. Junge Presse Hessen, Frankfurt • Ertüfekçi Ahmet, Soz. Berat. Würzburg • Esmail Ziauddin, Dr. Med., Dortmund • Fischer Buckhardt Rechtsanwalt, Frankfurt • Fressen Elke Dr. Med., Essen • Freyberg Jut. von Dr. Redakteur, Düsseldorf • Gollwitzer, D. H. Prof., Berlin • Gröbel Rainer, DGB-Kreisjugendausschussvors. Frankfurt • Görler Karin EDV Programmierer, Bad-Vilbel • Geller R., Pfarrer, Mainz • Frederici D., Referentin, Mainz •

Hakenberg Willy, Rechtsanwalt, Frankfurt • Hamel Reinherd, Geschäftsführer, Giessen • Hansel Horst, Lehrer, Kassel • Hendek Izel, Künstlerin Mainz, • Hendek Fuat, Dpl. Bühnenbildner, Mainz • Hilbert İnci, Lehrer. Frankfurt • Hofmann Franz, Betriebsrat, Flörsheim • Hofmann Leni Vertrauensfrau, Flörsheim • Hochhaus Johanna, IG Druck u. Papier Verwaltungsangestel., Frankfurt • Homann Rudolf, SJD-Jugendsekretär, Düsseldorf • Hommel Inge, Vertrauensfrau ÖTV, Frankfurt • Houben Angelika, Kontoristin, Köln • Höffler Medi, Sekretarin, Köln • Hofmann Rudolf, Ing., Frankfurt • Hülser Ferdi, Groshandler, Köln •

İzmir Canan, Lehrerin, Flörsheim • Jaehnert Rudi, FG. Betriebsrat, Ffm • Jochimsen Ute, Lehrerin, Frankfurt •

Kenger Rahmi, Betriebsrat, Frankfurt • Karmann Uschi, Dpl. Kaufmann Mainz • Kandel Heinrich, Betriebsrat, Hochheim • Kaya Hüseyin, Vereid. Dolmetscher, Bad-Kreuznach • Kerker Armin, Schriftsteller, • Klett Joachim, Gewerkschaftssekretar, Frankfurt • Klinkosch Maria, Erziherin, Dortmund • Klug Bettina, Redaktionssekretarin, Frankfurt •

unterentwickelt gehalten worden, und sie ist besonderen Represalien ausgesetzt.

Aus all diesen Gründen unterstützen wir mit unserer ganzen Kraft die Bestrebung der breiten Massen in der Türkei nach Frieden, Demokratie und gegen die faschistische Gefahr und erwarten von der Ecevit-Regierung eine konsequente Politik zur Realisierung folgender Forderungen der Demokratischen Öffentlichkeit:

- Die Verantwortlichen der faschistischen Attentate müssen gestellt und schwerstens bestraft werden.
- Die faschistische Partei "MHP" und alle weiteren faschistischen Organisationen müssen aufgelöst und zur Rechenschaft gezogen werden.
- Die Gesetzesparagrafen und Vorschriften (u. a. die 141 und 142 des Strafgesetzbuches), die die Meinungs- und Organisationsfreiheit ausschliessen, müssen aufgehoben werden.
- Es müssen Sofort-Massnahmen zum Schutze aller demokratischen Organisationen, Frauen-, Jugend- und Berufsverbände vor faschistischen und anti-demokratischen Überfällen geschaffen werden. Die Kommunistische Partei der Türkei muss legal arbeiten können.



TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ
Türkisches Europakomitee
für Frieden und Freiheit

Der Aufruf des TBÖK findet eine breite Unterstützung.

Die Unterschriftenkampagne des Türkischen Europakomitees für Frieden und Freiheit mit dem Aufruf "Die Türkei darf nicht in die Hände des Faschismus fallen!..." findet eine breite Unterstützung in der demokratischen Öffentlichkeit. Während die Fakten, die die derzeitigen Zustände in der Türkei betreffen, seit unserer Pressekonferenz am 1. August 1978 in allen Massenmedien ein lebhaftes Echo finden, wurde der Aufruf des TBÖK u. a. von einer Vielzahl von Wissenschaftlern, Autoren, Journalisten, Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten, Vertrauensleuten, Ärzten, Rechtsanwälten, Lehrern, Erziehern und Krankenschwestern bereits unterschrieben. Im folgenden geben wir diese Personen bekannt. Damit ist unsere Unterschriftenkampagne jedoch noch nicht beendet. Dies möchten wir hiermit allen friedliebenden Menschen und Demokraten mitteilen, auch denjenigen, deren Unterschriften uns noch nicht erreicht haben.

Knoch Peter, Dipl. Ing., München • Konrad Armağan, Grafiker, Frankfurt • Konrat Beckendorf, Stadtratsmitglied SPD, Flörsheim • Krapp Günter Vertrauensmann DPG, Frankfurt • Krause Fritz, Dr. Stellvert. Chefredak. Del. d. IG Druck, Vorstand, Frankfurt • Kristina Melissa, Bilanzbuchhalterin, Frankfurt • Kuhn Reinhard, Prof. Dr., Marburg • Kural Ali, Proj. Leiter, Dachau, • Klaus Harms, Pfarrer, Mainz

Langner Ellen, Soz. Pedaggin • Lauts Walter, Gewerkschaftssekretar Ffm • Liebe-Harkort Klaus Dr. München • Lubbert Konrat, Pastor, Utersen • Lucke Dorotia, Lehrerin, Nidenau •

Mathias Klaus, Journalist, Heidleberg • Marschall Gerhard, Handelsvert. Ffm • Michels Uwe, Betriebsratvorsitzender, Bad-Kreuznach • Michno Peter, Rechtsanwalt, Hainburg-H • Messing Christa, Lehrerin, Köln • Metzroth Volker, Jugendvertreter, Bad-Kreuznach • Mühlberger Gisela Gewerkschaftssekretarin, Ffm • Müller F. Anita, Pfarrvikarin, Gensingen • Müller Adelseits, Betriebsrat, Ffm • Mumcular Faik, Soz. Berater, Stuttg. • Möller J., Chemie-Laborant, Luisenheim • Münter Barbara, Sonderschul. assistentin, Köln • Müller Christoph, Arzt, Heidelberg • Müller, H. J. Gew. sekretar, Funkstadt • Mey Gerhard, Pastor, Mainz •

Nau Norbert, Vertrauensmann DPG, Ffm • Nabholz Angelika, Rechtsanw. gehilfin Auszub., Mannheim • Nuf Horst, Betriebsrat, Gensingen •

Oberseheln Ronald, Lehrer, Achen • Önal Baysal, Dipl.-Kaufmann, Ffm • Oehne Jürgen, Betriebsrat, Ffm • Oetter Rolf, Rechtsanwalt, Duisburg • Özdağlar Sema, Dipl. Dolmetscher, Ffm • Ochtersbach Karin, Soz. Arbeit. Ffm • Ortaç Naci, Dipl. Soziolog, Ffm • Pohl E. Sozialpädagoge, Mainz •

Pergande Armin, Magazinier, Ffm • Petzol, Lehrer, Ffm • Pfälzer Bernhard, Dr. Med. Maintal • Pilgram Michael, Rechtsreferendar, Zwingenbrg. • Politycki Ingrid, Betriebsrat, Ffm • Preuschhof Gutrun, Betriebsrat, Ffm •

R. Angela, Lehrerin, Ffm • Remling Melanie, Erzieherin, Bielefeld • Repp Wolfgang, DPG Amtsgruppenvorstandsmitglied • Roth Claus-Peter, Betriebsrat, Wiesbaden • Roth Jürgen, Journalist, Ffm • Rotenburg B. Rechtsanwalt, Ffm • Runstig Jürgen, Beamter, Oberusel • Rolf Brand, Dipl. Ekonom

Sauer Toni, Betriebsrat, ÖTV-VM, Ffm • Sağlam Cemile, Betriebsrat, Ffm • Sauer Heinz, Amtsinspektor, Bad Homburg • Schaeffler Renate, Sozialpädagogin, Ffm • Schillingmann Uta, Dr. Med., Dossenheim • Schmidt Gottfried, Dr. Soziolog, Mainz • Schmidt Herbert, Dipl. Pädagoge Bad Vilbel • Schneider Ülkü, Politologin, Ffm • Schnurbusch, Sozialpädagoge, Dortmund • Schitte Ellen, Frisörmeisterin, Viernheim • Schitte Günther, Ing, Viernheim • Schmiemann KH, Kaufmann, Siegen • Schön Harald, Schriftsteller, Ffm • Schulte Hanelis, Dr. Pastor, Heidelberg • Schultze A. Wolfgang, Rechtsanwalt, Dortmund • Schuster Ingrid, Stv. Vorsitzender d. HBV, Ffm • Schwarz Hans, Gewerkschaftssekretar, Ffm • SDAJ Landesvorstand Hes-

sen • Sezmiş Hüseyin, Maschinenbau Ing., Ffm • Sipmann Dieter, Stv. Betriebsratvorsitzender IG-Metall, Ortenberg • Stöver Bernt, Gewerkschaftssekretar, Ffm •

Turgay Timur, Sozialberater, Siegen • Tsismeli Nicholas, Betriebsrat, Flörsheim • Teiber Lisa, Rechtspflegerin, Schiersheim • Uden Elisabeth Beamterin, Hamburg • Ülgür Fusun, Betriebsrat, Rodgau • Üzümlü Süleyman, Ing, Siegen • Urgancıoğlu Feridun, Betriebsrat, Rodgau • Uçar Fatma, Krankenschwester, Ffm •

Vetter Gert, Dr. Med., Hirschberg • Wagner Otto, Betriebsrat, Ffm • Walker Martin, Lehrer, Ffm • Walter Erika, Kindergartenleiterin, Ffm • Weber Kurt, Vorsitzender d. VKL, Kreisvorstandsmitglied ÖTV Ffm • Weber Jozef, Mitglied d. Direktoriums d. DFU, Ffm • Weinsberg Emil, Pfarrer, Essen • Winterhoer Hans, Lehrer, Kassel • Wurstius H. Werner, Bezirkssekretär IG-Druck und Papier •

Yağar E. Banu Sozialberaterin, Neu Isenburg • Zahl P. Paul, Schriftsteller, D-Werl •

In letzter Minute...

Winfried Karches, ÖTV Vertrauensmann, Ginsheim • Lothar Kupp, Prof Dr. Hochschullehrer, Ffm • Peter Gingold, Beamter, Ffm • Volker Glösser Rechtsanwalt, Mainz • Robinet Karin, Industriekaufmann, Krefeld • Janssen Hermann, Betriebsrat, Krefeld • Hömberg Barbara, Grafik-Design Grad., Krefeld • Wiedelbal Heinz, Betriebsrat, Krefeld • Nebiha Kılıç • Lehrerin, Krefeld • Ulli Knoth, Soz. Arbeiter, Darmstadt • Ludger Baack Lehrer, Margburg • Ursula Hoog, Fremdsprachenkorr. Ffm • Klemens Selzer, Soz. Betreuer, Ffm • Mathias Kohler, Soz. Arbeiter, Mannheim • Brands Fredel, Lehrer, Köln • Erich Ruhl, Juso UB-Vorst. Mitglied Grebenhain • SPD Bezirk Niederreihn • Michael Höhn Pfarrer, Duisburg • Frank Behrens, Lehrer, Bremenhaven • Karl Wiesinger, Land. Geschäftsführer DFU, Mainz • Albert Lehmann, VVN, Gros Gerau • Stephan Wirner Lehrer, Hamburg • Perhan Top, Krankenschw. Hamburg, Freinz Weich, Photograph, München • Wilfried Dahmen, Lehrer, Dortmund

Ich unterstütze den Aufruf des Türkischen Europakomitee für Frieden und Freiheit

Name: Vorname:

Beruf:

Adresse:

Unterschrift:

Bitte diesen Coupon ausfüllen und an die folgende adresse zusenden:

TBÖK-c/o FTİB, 6000 Frankfurt/M, Gartenstr. 96, BRD

Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi Haber Bülteni
Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit-Informationblatt

„BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK GÜNLERİ ELLERİMİZDEDİR”

Yıl: 1

Sayı: 6

15 Mart 1976

İ Ç İ N D E K İ L E R :

1.ABÖK Temsilciler Kurulu Toplandı

2.ABÖK'ün İsmi Değişerek "TÜRKİYE BARİŞ VE ÖZ -
GÜRLÜK KOMİTESİ" (TBÖK) Oldu.

3.12 Mart 1971'in Yıldönümü nedeni ile düzenle-
diğimiz basın toplantısı

4.13 Mart 1976 akşamı yaptığımız "Barış ve Özgür-
lük gecesine 500'ün üzerinde yurttaşımız, Alman-
lar ve Yunanlılar katıldı.

5.Basın Bildirisi

6.Cenevre Toplantısı

TEMSİLCİLER KURULU TOPLANTISI

12 Mart 1971'in yıldönümü nedeni ile TBÖK (eski adı ABÖK), çalışma-
malarının yoğunluğunu, tarihimize kara bir leke olarak geçen bu gü-

ne yöneltti.

12 Mart 1976 günü basın toplantısı yaptı.

13-14 Mart 1976 günlerinde Temsilciler Kurulu toplandı.

13 Mart 1976 akşamı "Barış ve Öz gürlük" a dıyla büyük bir gece düzenlendi.

Temsilciler Kurulu, 1976'nın 1. Toplantısını 13-14 Mart günlerinde Frankfurtta yaptı. Avrupanın çeşitli yerlerinden gelen 162 delege ve gözlemcinin katıldığı toplantı TBÖK'e yeni üye örgütlerin de, katılmasıyla başarılı bir şekilde sona erdi.

3,5 aylık geçen dönem çalışmalarını gözden geçiren ve gelecek 3 aylık çalışma dönemini planlayan TÜRKİYE BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ Temsilciler Kurulu, TBÖK'e girmek için 4 örgütün başvurusunu oybirliği ile kabul etti.

TBÖK'e giren yeni örgütler şunlardır:

AVRUPA TÜRKİYE KADINLAR FEDERASYONU

DÜSSELDORF İŞÇİ DERNEĞİ

NÜRTİNGEN TÜRK İŞÇİLERİ KÜLTÜR VE DAYANIŞMA CEMİYETİ

TÜRKİYE İŞÇİ-ÖĞRENCİ BİRLİĞİ-LİYEJ (Belçika)

Günden güne mücadelesi yüksek boyutlara ulaşan TBÖK'e yeni örgütlerin de katılmasıyla daha da güçlenmiş, sayısı 40'a yükselmiştir.

ABÖK'ÜN İSMİ DEĞİŞEREK "TÜRKİYE BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ" (TBÖK)

OLDU

=====

"Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi" (ABÖK)'ün başındaki "AVRUPA" sözcüğü, nedeniyle, Avrupada çalışan yurttaşlarımız tarafından iyi anlaşılamadığından adı (TBÖK) Temsilciler Kurulu tarafından değiştirilmiştir. Başına "TÜRKİYE" sözcüğünü alarak "TÜRKİYE BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ" olmuştur. Kısaltılmışı ise (TBÖK)'tür. Bundan sonra böyle yazışılmasını rica ederiz.

BASIN TOPLANTIMIZ

12 Mart 1971'in yıldönümü nedeni ile yerli ve yabancı basın mensupları ile 12 Mart Cuma günü Koordinasyon Kurulumuz bir basın toplantısı düzenledi.

DPA ve PPA gibi dünya çapında büyük ajansların muhabirlerinin de katıldığı toplantı 2 saat kadar sürdü. Türkiye üzerine çeşitli sorular yöneltildi.

Yabancı radyo ve basın, basın toplantısına geniş yer verdi. Türkiye'deki faşist tirmanış bir kere daha kamuoyuna geniş bir şekilde duyurulmuş oldu.

"BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK GEÇESİNE 500'ÜN ÜSTÜNDE YURTTAŞIMIZ, ALMANLAR
VE YUNANLILAR KATILDI

=====

13 Mart 1976 akşamı Alman Sendikalar Birliği "DGB" salonlarında düzenlediğimiz "Barış ve Özgürlük" geçesine 500'ün üstünde yurttaşımız, Almanlar ve Yunanlılar katıldı,

12 Mart ve sonrası ve MC Hükümetinin anlatıldığı gecede DGB Yabancılar Bölümü Sekreteri F. Hahn, Genç Sosyalistler Başkanı yaptıkları konuşmalarla, mücadelemizi sonuna kadar desteklediklerini bildirmişlerdir.

Hessen Eyaleti Hemşeriler Kurulu Başkanı Papaz Lüderwaldt'ta yaptığı konuşmada, özetle: "...Çok kez baskı, terör ve ölümü bile göze alarak ülkenizde faşizan gelişmelere göğüs geren Komiteniz ve üyelerine saygı ve hayranlık duyuyoruz... Üzerinde tüm insanların mutlu yaşayabileceği insancıl bir dünya için verdiğiniz kavgada sizinle birlikteyiz" demiştir.

Yeni Yunan Temsilcisi ise: "...Biz, sizin Yunanıstandaki Faşist diktaya karşı bizimle omuz omuza kavgaya verdiğinizizi unutmadık. Bu nedenle bugün sizinle birlikte, Türkiye'de demokratik hakların kısıtlanmasına karşı sesimizi yükseltmek görevimizdir." demiştir.

Gece saat 24'e kadar sürmüş, ATTF Korosu, Frankfurt Türkiyeli İşçiler Birliği Sokak tiyatrosu, Halkevi Folkloru, Frankfurt Türkiyeli Öğretmenler Birliği Çocuk Korosu büyük ilgi ve sevgi ile karşılanmış, Gece "MC Hükümetine Hayır" belgisi ile son bulmuştur.

BASIN BİLDİRİSİ

2.3.1976 tarihli gazetelerde Anadolu Ajansı (AA) kaynaklı bir haber yayınlandı.MHP Genel Sekreter Yardımcısı:"CHP Genel Başkanı Ecevit,Almanya'ya gelince Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi (ABÖK) yetkilileri ile gizli görüşmeler yaptığını" ileri sürerek,"ABÖK'ün Türkiye'yi bölmek için çalıştığını,Ermenilerle işbirliği yaptığını" belirtmekte ve ABÖK'e (Şimdiki adı TBÖK) saldırmaktadır.

Basına bir açıklama yapan Koordinasyon Kurulu:"Sayın Ecevit,Almanya'ya gelince kendisiyle herhangi bir görüşme yapılmamıştır.Bu demek değildir ki,kendisi veya CHP yetkilileri ile görüşülmeyecek . Biz her zaman görüşmeye hazırız.Kaldıki,ABÖK'ün içinde CHP'liler, CHP sempatizanları vardır." demiştir.Devamla:"Türkiye'yi bölme iddiasına gelince,platformumuz gayet açıktır.Ve şöyle demektedir:"... Barışçı ve özgür Türkiye'nin yaratılması için ulusal çapta işçi sınıfının,halkımızın,politik ve sendikal örgütlerinin,gerçekten barıştan yana partilerin,çeşitli meslek örgütlerinin,yurtiçinde ve yurtdışındaki çeşitli dernek ve federasyonların,öğrenci kuruluşlarının,yurtsever er ve subayların halktan yana parlamenterlerin kadın birliklerinin,dini,dili,mezhebi,ırkı,inancı ne olursa olsun her barış severin,barış ve özgürlükten yana çalışan her kişinin güçbirliği etmesinden,birleşik hareketinden yanayız..."

Platformumuz ve mücadelemiz ortada iken,MHP'nin ve AA'nın ABÖK'e karşı giriştiği bu davranış,yeni bir provakasyondur.ABÖK böylesi provakasyonlara alışıktır." demiştir.

Yukarıda özetlediğimiz açıklamaya rağmen,Anadolu Ajansı bu açıklamayı yine ters çevirerek basına dağıtmış,bir daha provakasyon yapmaktan geri durmamıştır.

* * *

CENEVRE TOPLANTISI

"AVRUPADA GÖÇMEN İŞÇİ AYRIMINA KARŞI HÜKÜMETLERÜSTÜ ULUSLARARASI KURULUŞLAR CENEVREDE TOPLANDI."

Hükümetlerüstü uluslararası ve bölgesel demokratik kuruluşlar, yerli-göçmen işçi kuruluşları ile birlikte 14 Mart 1976 da Cenevrede "Avrupada göçmen işçi ayırımına karşı" bir konferans düzenlediler.

Türk işçilerini temsilen toplantıya TÜRKİYE BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ (TBÖK)'nin de katıldığı bu toplantıda, göçmen işçi hakları tekrar ele alınmış ve özellikle bu hakların elde edilmesi için uluslararası dayanışmanın hergünkünden daha zorunlu olduğu belirtilmiştir. Birleşmiş Milletler İnsan Hakları Komüsyonu, Uluslararası Af Teşkilatı, Dünya Barış Konseyi, Uluslararası Sosyaldemokrat Kadınlar Konseyi, Dünya Demokratik Kadınlar Federasyonu, Dünya Sendikalar Federasyonu, Uluslararası Hukukçular Komüsyonu, Uluslararası İnsan Hakları Federasyonu gibi 102 kuruluş ve 24 hükümet temsilcisinin de kabul ettikleri belgelerde şöyle denmektedir:

"Batı Avrupa Hükümetleri ülkelerinde ki, neo-faşist ve ırkçı eğilimleri olan ve programlarında göçmen işçilere karşı saldırgan bir tutum benimseyen partilerin varlığına ve gelişmelerine karşı koyalıdır."

"Göçmen işçilerin bugünkü durumunu çözümlüyecek ve Avrupa Konseyi nezdinde geçerli olacak bir 'Genel Sözleşme' yapılmalıdır."

Göçmen işçilerin sosyal, politik, ve ekonomik haklarının çözümlenmesi için konferansta alınan kararları uygulamak üzere gerekli çalışmaları hızlandırmak gayesiyle gelecek toplantının 29-30 Mayıs 1976 da Federal Almanyanın Frankfurt kentinde yapılması ve bunun TÜRKİYE BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ (TBÖK) tarafından organize edilmesi kararlaştırılmıştır.

Yıl: 1
Sayı: 3
Tarih: 1.2.1976

Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi Haber Bülteni
Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit
Turkish European Commity for Peace and Freedom
Comité Europeén des Turcs pour Paix et Liberté

Barış ve Özgürlük Günleri Ellerimizdedir

İÇİNDEKİLER

- 1.Dr.Romesh Chandra ile ABÖK Koordinasyon Kurulu'nun Görüşmesi.
- 2.Dr.Romesh Chandra ile ABÖK Sekreterleri'nin Basına Açıklaması.
- 3.ABÖK Sekreterleri ile Frankfurt Radyosu'nun Türkiye Üzerine Mülakatı.
- 4.Stokholm Çağrısını Kitlelere daha geniş duyurmak için yapılacak büyük yürüyüş .
- 5.ABÖK'ün Açtığı Kampanya Yüksek Boyutlara Yükseliyor.
- 6.Angola Halkının Zaferi Yakın.
- 7.Çin Haber Ajansı Bildiriyor.

DR.ROMESH CHANDRA İLE ABÖK KOORDINASYON KURULU'NUN GÖRÜŞMESİ

1973 yılında yapılan Dünya Barış Güçlerinin Konferansını devam ettirici "İlişki Konseyi"nin toplantısına katılmak için Dünya Barış Konseyi (DBK) Genel Sekreteri Dr.R.Chandra Frankfurt'a geldi.

29.1.1976 günü başlayan toplantının açış konuşmasını yapan Dr.Chandra,özetle:"Kapitalist dünyada,silahlanma gereği varmış gibi,kamuoyu oluşturulmakta ve barışçı güçlerin silahlanmaya karşı çabaları da etkisiz hale getirilmek istenmektedir.Bunun karşısında hiç bir zaman,dünyadaki barışçı güçler silahlanma yarışının önünde pasif kalmıyacak,bu yarışta alt ederek,yengi kazanacaktır.Çünkü barışçı güçler,çok güçlüdür.Bütün dünyada barış gerçekleşinceye kadar,Dünya Barışçı Güçlerine yoğun çalışma görevi düşmektedir." demiştir.

Daha sonra delegeler söz alarak,silahlanmaya karşı nasıl eylem gösterilmesi gerekli olduğu üzerinde durmuşlardır.

Toplantıya,profesörler,bilim adamları,barış ve özgürlük işçileri,din adamları,sendikacılar ve politikacılar katılmıştır.ABÖK Koordinasyon Kurulunun da açılışına katıldığı toplantı üç gün sürmüştür.

29.1.1976 perşembe günü saat 20.30'da Dr.Chandra ABÖK Koordinasyon Kurulu ile ayrı bir toplantı yapmıştır.2,5 saat süren toplantıda ABÖK çalışmaları hakkında bilgi almıştır.Türkiye ile yakından ilgilenen Chandra ,Türkiyedeki faşist tiranlığı,siyasi tutuklulara yapılan baskıları,provakasyonları,Yusuf Küpeli'nin durumunu ABÖK'ün başvurusu üzerine BM.İnsan Hakları Komisyonuna götürebileceklerini söylemiştir.Dünya Barış Konseyi'nin içinde de "İnsan Hakları Komisyonu" oluşturulmakta olduğunu belirtmiştir.

ABÖK Haber Bültenini inceleyen Dr.Chandra,aynı zamanda çeşitli girişimlerde bulunabilmek,dünyadaki barışçı güçleri,Türkiye barışçı güçleri ile dayanışmaya girmesini sağlamak için,Türkiye üzerine Koordinasyon Kurulundan geniş bir rapor ve dökümanlar istemiştir.Türkiyedeki barış özgürlük,demokrasiden yana mücadele veren güçlerle DBK'nın dayanışma içinde olacağını,bu konuda elinden geleni yapacağını özellikle vurgulamıştır.

30.1.1976 günü Dr.Chandra ABÖK Sekreterleri ile birlikte Türk basın yayın mensupları ile bir toplantı yapmıştır.Toplantıda DBK ve ABÖK'ün amaçları anlatılmış,Dr.Chandra sorulan soruları cevaplandırmıştır.

Daha sonra ABÖK Koordinasyon Kurulu bir basın bildiri çıkararak basına dağıtmıştır.

DR.CHANDRA İLE BİRLİKTE ABÖK SEK-
RETERLERİNİN BASINA AÇIKLAMASI

30.1.1976 Günü Türk basın ve yayın mensupları ile bir toplantı yapılmış, ABÖK Sekreterleri ABÖK'ün tarihçesini ve amaçlarını özetledikten sonra ABÖK'ün Dünya Barış Konseyi'nin üyesi olduğunu belirtmişler ve basın mensuplarını Dr.Chandra'ya tanıtmışlardır.

Dr.Chandra yaptığı konuşmada; Dünyada verilen barış, özgürlük, sosyal ilerleme mücadelesinin boyutlarını anlattıktan sonra, sorulan soruları cevaplandırarak şöyle demiştir: "Dünya Barış Konseyi'ne 125 ülke katılmaktadır. Yönetim Kurulumuzun 120 üyesi vardır. 25 üyemiz Uluslararası organizasyonlardan, gerisi ise 70 ülkeden oluşmaktadır."

Başka bir soruyu cevaplandıran Dr.Chandra: "1949 yılında Pariste toplanan Dünya Barış Konferansında DBK'nın oluştuğunu, 3. Dünya savaşının önlenmesi, dünyada barış, özgürlük, sosyal ilerlemenin sağlanması için eylem verdiğini" belirtmiş ve "bütün dünyada barış gerçekleşmedikçe, insanlık rahat yüzü görmeyecek, baskı, sömürü devam edecektir. Biz problemleri ihtilaf yoluyla değil, barış yoluyla çözmeye çalışıyoruz" demiştir.

Bir gazeteci: "DBK hedefine ulaşmak için hangi metotları kullanmaktadır? İdeolojisi nedir? İçinde kimler bulunmaktadır ve DBK'yı kimler finanse etmektedir?" diye sorular yönelmiştir.

Buna özetle şöyle cevap veren Dr.Chandra: "Bizim hedefimize ulaşmak için kullandığımız metot, kamuoyu oluşturmaktır. Kamuoyuna inancımız tamdır. Kamuoyunu harekete geçirdiğimiz ölçüde başarıya ulaşmaktayız. İdeolojimize gelince, elbetteki barış, özgürlük, sosyal ilerleme... Hareketimiz içinde bu ilkeler etrafında birleşen herkes yerini almaktadır. Örneğin: DBK içinde ,demokratlar, liberaller, sosyal demokratlar, müslümanlar, hristiyanlar, sosyalistler ve komünistler vardır.

Finansman meselesine gelince, baştan belirttiğim gibi, DBK'nın içinde, 125 ülke temsil edilmektedir. Üyelerimiz aidat ödemekte ve bağışlarda bulunmaktadır." demiştir.

Daha sonra Türkiye üzerine sorulan soruları cevaplandıran Dr.Chandra: "Türkiye'deki gelişimi yakından izlemekte, ayrıntılarını ise ABÖK, Koordinasyon Kurulundaki arkadaşlarımızdan öğrenmekteyiz. Şunu belirtiyim ki; elbette bir ülkenin kendi yazgısını kendisinin çizmesi en tabii hakkıdır. Ancak bugün Türkiye'de faşist bir tirmanış vardır. De-

mokratlara, ilericiilere, öğretmenlere, sendikalara, sendikacılara baskı yapılmaktadır. İnsanlar hapishanelere gönderilmektedir. Hapishanelerde ise insanca davranış yoktur. İnsan hakları hiçe sayılmaktadır. Yusuf Küpeli'nin Cumhuriyet Gazetesinde yayınlanan Kamuoyuna açık mektubu bunun somut örneklerinden biridir. Biz Türkiyede verilen demokratik mücadeleyi desteklemekteyiz." demiştir.

Bir Gazeteci: "Avrupada çalışan yabancı işçilerin sorunları ile de , ilgileniyoruz" dediniz. "Türk işçilerinin sorunlarını biliyor musunuz ?" diye bir soru sormuştur.

Dr.Chandra: "Bütün işçilerin sorunları ayrıntıda ayrılık gösterse bile, genelde aynıdır. Cenevre konferansında bu konuda biz geniş çaba gösterdik. "Avrupada Çalışan Yabancı İşçiler Sorunu Toplantısı" adı verilen bu toplantıda "Sürekli Yabancılar Komüsyonu" kurulması kararlaştırıldı. Bu komüsyon 14.Mart.1976'da tekrar toplanarak yabancı işçilerin sorunlarını görüşecektir. ABÖK delegasyonu da bu komüsyonun üyesidir.

Şunu belirtiyim ki; Avrupadaki sendikalar ayırım yapmadan işçi problemlerinin çözümü için yoğun çaba göstermektedirler. Biz bu çabayı desteklemekteyiz. Birleşmiş Milletlerin, Uluslararası İşçi Örgütü'nün Unesco'nun yabancı işçi problemleri konusunda yaptıkları çalışmalarını da desteklemekteyiz." demiştir.

Sorulan diğer bir soruya da: Şu anda Uluslararası Geniş Silahsızlanma Formu hazırlamaktayız. Formun adı: "Değişmekte Olan Dünyada Silahsızlanma ve Sosyal Kuruluşlar"dır, demiş, kişiliği hakkında sorulan soruyu ise şöyle cevaplandırmıştır:

"Hindistanlıyım. Ve Hindistanın bir parçasıyım. Oradaki milyonlarca yurttaşım ile birlikte barış ve özgürlük mücadelesi vermekteyim. Mücadeleye gençken atıldım. Ve hapishaneye girme şerefini de tatdım. Ülke min barış ve özgürlük mücadelesi dünyanınkinden kopuk değildir. 1966 dan bu yana DBK'nın Genel Sekreterliğini yapmaktayım. Bu görevi zevkle yürütmekteyim."

* * *

STOKHOLM ÇAĞRISINI KİTLELERE DAHA GENİŞ
DUYURMAK İÇİN YAPILACAK BÜYÜK YÜRÜYÜŞ !

1953 yılında Stokholm'da yapılan barış çağrısının kitlelere daha çok mal olması,kitleleri daha yığinsal bir şekilde sarması için 22 Mayıs 1976'da büyük bir yürüyüş yapılacaktır.Bu yürüyüşü,Dünya Barış Konseyinin üyesi "Batı Almanya Barış,Silahsızlanma ve İşbirliği Komitesi " hazırlamaktadır.

Yayınlanan bildiride yürüyüşün barıştan yana tüm demokratik ve ilerici güçler tarafından desteklenmesi istenmektedir.

"Batı Almanya Barış,Silahsızlanma ve İşbirliği Komitesi" ABÖK'ün de bu yürüyüşe aktif olarak katılmasını istemiştir.

Bütün ABÖK örgütleri bu yürüyüşe şimdiden yığinsal olarak katılmak için hazırlanmalıdır.

Yürüyüş Federal Almanya'nın başkenti BONN'da yapılacaktır.

* * *

ABÖK'ÜN AÇTIĞI KAMPANYA YÜKSEK BOYUTLARA ULAŞIYOR

ABÖK'ün Yusuf Küpeli,Türkiyede gelişen durumu kamuoyuna duyurma konusunda çalışmaları gelişiyor.Açtığı kampanya yüksek boyutlara ulaşıyor.Bütün örgütlerimiz Federal Almanyada,İngilterede,Belçikada,Hollanda da Fransa'da çeşitli eylemler yürütüyor.Cumhurbaşkanına,Meclis başkanlarına,parti liderlerine telgraflar çekerek Y.Küpeli'nin serbest bırakılmasını,tutuklulara yapılan baskıların,provakasyonların ,kaldırılmasını istiyor.

Son günlerde yığinsal öldürmeleri,terörün biraz daha tırmanış göstermesini ABÖK şiddetle kınıyor.Avrupa Demokratik kamuoyunu dayanışmaya çağırıyor.

Örgütlerimizden "Frankfurt Türkiyeli Öğretmenler Birliği"/Sendikaları GEW'ye başvurarak Türkiyedeki anti-demokrat gelişmeleri bildirmiş öğretmenlere,tutuklulara yapılan baskıları anlatmışlardır.GEW bir bildiri yayınlıyarak,Türkiyedeki demokratik güçlerle dayanışma için de olduğunu bildirmiştir.Gençlerin girişimi ile Frankfurtta yapılan Gençlik örgütü (Alman) kongresinde Türkiye konusu gündeme alınarak görüşülmüş,federasyon kongresine götürülmek için karar alınmıştır.Daha çeşitli Alman kuruluşları Türkiye ile ilgilenmeye başlamış tepkiler genişlemektedir.

ABÖK SEKRETERLERİ İLE FRANKFURT RAD
YOSUNUN TÜRKİYE ÜZERİNE MÜLAKATI !

Frankfurt Radyosu, Almanca servisi Türkiyedeki gelişim ile ilgili olarak ABÖK Sekreterleri ile yaptığı mülakatı 2.2.1976 günü uzun bir şekilde yayınlamıştır.

Türkiyede ki faşist tırmanışı, tutukevlerindeki işkenceleri yığinsal öldürmeleri, öğretmenlere, demokratlara, ilericilere, sendikacılara yapılan baskıları, doğu bölgemizde yapılan silahlı baskınları örnekleri ile anlatmış, komandoların gericilerin yurtiçinde olduğu gibi yurtdışında da özellikle Federal Almanyada örgütlendiklerini, insanların üstüne silahla gidildiğini, İçişleri Bakanı Asiltürk'ün "Polise silah çeken, sonucu kabullenmelidir" şeklindeki demecini vermiş, ABÖK'ün çalışmalarını DBK üyesi olduğunu, Dr Chandra ile yapılan basın toplantısını anlatmıştır.

* * *

ANGOLA HALKININ ZAFERİ YAKIN !

Angola Halk Cumhuriyeti Kurtuluş Orduları barış ve özgürlük düşmanlarını kovmak için saldırılarını yoğunlaştırdı. Angolanın kuzeyindeki, FNLA birlikleri bozguna uğratıldı. Bu örgütü yöneten CIA ajanı Roberto Holden birliklerini bırakarak Zaireye kaçtı. Böylece Kuzey Angola tamamen kurtarılmış oldu. Bu başarılarından sonra Kurtuluş orduları güney ve doğu bölgesindeki UNITA birliklerine karşı hücumlara ağırlık vererek kesin zaferler kazandılar. Son günlerde sonucu belirleyecek savaşlar verildiği bildiriliyor. Bu arada Irkçı Güney Afrika, Angolaya gönderdiği 10 bin kişilik birliklerini desteklemek için kısmi seferberlik ilan etti.

Küba halkının Angolaya yaptığı yardım ile ilgili olarak bir basın toplantısı yapan Castro: "Geçen yılın ekim ayında Güney Afrika birlikleri Angolaya girmeden önce Angolada bir tek Küba askeri yoktu. Ancak bu işgalden sonra, yardım istenmesi üzerine asker gönderdik. Amacımız, kurtuluş savaşı veren Angola halkına destek olmaktır" demiştir.

Diğer yandan 16-18 Ocak günü toplanan DBK Prezidyumu bir bildiri yayınlıyarak, Angola halkı ve MPLA ile dayanışma için bütün dünyadaki ilerici güçlere çağrıda bulunmuştur.

* * *

ÇİN HABER AJANSI BİLDİRİYOR

26.1.1976 günü Çin Haber Ajansı bir yorum yayınlıyarak, ABD ile İspanya arasında yapılan anlaşmanın İspanyayı NATO'ya yaklaştırması ve NATO'nun geleceğinin daha emin olabileceği bakımından olumlu bulunduğunu açıklamıştır.

Öte yandan Çu En Lay'ın ölümü üzerine ağıt yakan Tercüman gazetesi 18 Ocak 1976 tarihli nüshasında şöyle demektedir: "...Çinin politikasında büyük çaplı değişiklikler beklenmemektedir. Pekin gene Washington ile ilişkilerini sürdürecektir, Moskovanın saldırganlığını önlüyen NATO'yu destekliyecek, doğu bloku karşısında güçlü bir hür Avrupayı savunacaktır. Pekinin Sovyetler Birliğine karşı biraz daha sertleşmesi mümkündür. Ping, Başkan Ford ile birkaç ay önce Pekin'de yaptığı görüşmede, "Amerikayı, Rusyanın yalanlarına kanmakla" suçlamıştır..."

Yukarıdaki somut örnekleriyle de görüldüğü gibi Mao kliği artık barış ve özgürlük düşmanları ile omuz omuza olduğunu saklamaktan bile çekinmemektedir. Maocular barış ve özgürlük düşmanlarının ajanlarıdır. Bunlara karşı uyanık olmak bütün yurtseverlerin, barış ve özgürlükten yana olanların görevidir.

* * *

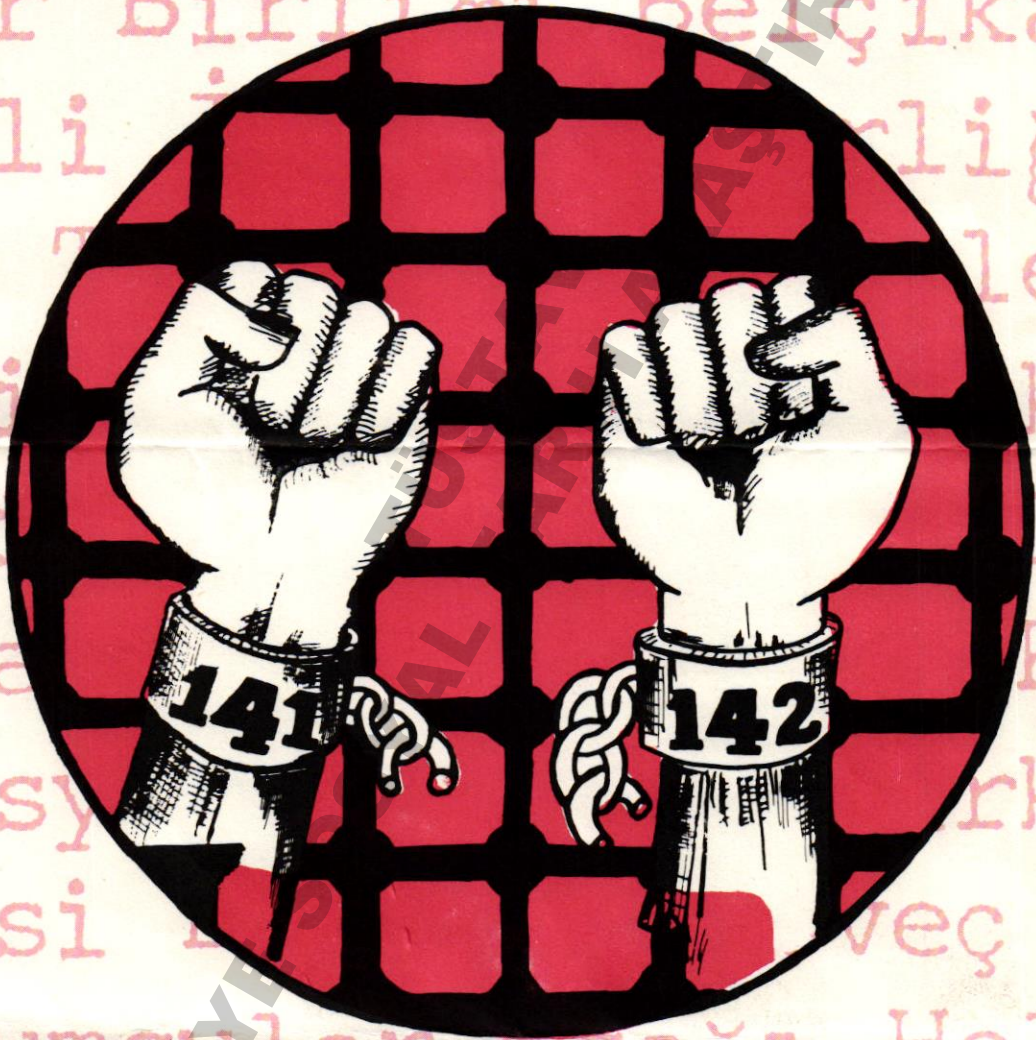
ÖZGÜRLÜK

ADRES . 56 Mansfield Rd.
ILFORD . ESSEX . ENGLAND

Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi

SAYI: 1

Kasım 1974



141,142.ve 146. maddeler kaldırılmalıdır!
sıkıyönetim ve devlet güvenlik mahkemelerine hayır!

NEDEN BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK ?

Yurdumuzdaki demokrasi mücadelesinin Avrupa'daki bir uzantısı olarak kurulan ve Avrupadaki 32 örgütü biraraya getiren Avrupa Af Komitesi kuruluşundan buyana görevlerini yerine getirmeye çalıştı. Anayasa mahkemesinin kararıyla ana hedeflerinden biri olan siyasal tutukluların serbest bırakılması kısmen de olsa gerçekleşti. Ama ülkemizdeki anti-demokratik, faşist baskı ve kurumlar yok olmadı. Tam tersine özellikle son aylarda faşizmi yeniden tezgahlama çabaları arttı. Bunun karşısında bütün demokratik güçlerin birlikte mücadelesi gereği her zaman ki kadar geçerli. Bu yüzden Avrupadaki ilerici, demokratik güçlerin birliğini sağlamayı geniş çapta başaran A.A.K.'nin de görevleri devam ediyor. Ancak bu dönemde temel hedef "Siyasal Af" değil. Bu nedenle komitenin demokratik mücadelenin yeni hedeflerine uygun olarak ismini de değiştirmesi gerekti.

İşte buradan çıkarak, Koordinasyon Kurulu yeni eylem hedeflerini, isim değişikliği önerisini planladı ve bütün örgütlere duyurdu. Örgütlerden gelen cevaplarda (Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi) ismi ağırlık kazandı. Bu durumu yeniden değerlendiren Koordinasyon Kurulu, Avrupa Af Komitesinin bundan böyle Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi ismiyle devamını uygun bulduğunu açıkladı.

K. Kurulu, eylem hedeflerini de

1. T.C.K. daki 141, 142, 146. maddelerinin iptali,
2. Sıkı Yönetimin bütün illerden kaldırılması, Devlet Güvenlik ve sıkı yönetim mahkemelerinin görevlerine son verilerek kaldırılması için mücadele olarak saptadı.

Bu önerilen somut hedefler, üye örgütler tarafından derhal benimsedi Koordinasyon Kurulu, Komitenin isim değişikliği önerisini yaparken. Önümüzdeki somut eylem hedeflerini kapsamına almasına ve dünyada halkların, işçi sınıfı mücadelesinin somut hedeflerini de içermesine özellikle dikkati çekti.

Barışın dünya halkları açısından hangi boyutlara ulaştığı hepimizce malum. Dünya halklarının barış mücadelesi, halkların yaşam kavgasından ayrılmaz. Emperyalizmin halkları birbirine kırdırmak, savaşları körüklemek isteği bugün çok yüksek boyutlara ulaşmış dünya demokratik güçlerini yıpratmak amacını gütmektedir. Halkların kendi kaderini tayin hakkı, Demokrasi, bağımsızlık yolunda, insanların daha özgürce, daha insanca yaşamaları için yapılan mücadeleler, emperyalizmin bacaklarını titretir hale gelmiştir. İşçi sınıfının ve halk kitlelerinin yaşam kavgaları, dünya çapında emperyalizme karşı yürütülen barış mücadelesinden ayrı düşünülemez. İşçi sınıfının ve Demokratik halk kitlelerinin barış ortamında mücadeleleri çok daha çabuk büyür, olgunlaşır ve meyvelerini verir.

Emperyalizmin böl ve yönet politikasına, savaş politikasına karşı mücadele en kutsal mücadeledir.

Barış ve özgürlük kavramları birbirlerini tamamlayan iki kavramdır. Halkların hem uluslararası hemde kendi yaşam kavgalarını içeren kavramlardır.

Koordinasyon Kurulu, önümüzdeki ay içinde yapmayı düşündüğü örgüt temsilcileri toplantısında, isim konusu saklı tutulmak şartıyla komitenin yeni ismiyle çalışmalarını sürdürmesinde yarar görmektedir.

YURT TA DURUM

Dünyada emperyalizmin, kapitalizmin genel buhranı gittikçe derinleşiyor. Nato'yla, Cento'yla, ikili anlaşmalarla emperyalizme bağlanan ülkemiz, onun hastalıklarından da kolayca etkileniyor.

Son aylarda memlekette hayat pahalılığı dayanılmaz bir hal aldı. Se-kerin kilosu 580 kş., zeytinin kilosu 30 TL, peynirin 40, fasulyanın 16, koyun etinin 30, pastırmanın kilosu 100 liraya fırladı. İstifçiler stok etti, piyasa da yağ kalmadı. Yumurtanın tanesi 1 lira. İlaç fiatları son aylarda % 30 arttı. Vurgunculuk aldı yürüdü.

Kıbrıs "çıkarmaları" sırasında, 12 milyar lira para basıldı. OECD istatistiklerine göre, Türkiye fiyat artışlarında dünyada başta geliyor.

VURGUN VE KAR DÜZENİ :

Öte yandan, işbirlikçi burjuvazinin, koç Holding'in, Hacı Ömer Hol-ding'in, Eczacıbaşıların vurgunu durmadan artıyor. Nato'ca generallerin ticaret şirketi oyak'ın karı, bir yılda 130 milyon liradan 2.5 milyar liraya fırladı. İş Bankası 152, Akbank 130, Yapı-Kredi Bankası 122 milyon lira kar yaptılar.

Bir yanda halk yiyecek ekmeği zor bulurken, öte yanda para babaları, gerici partiler, OYAK'çı generaller Fantom uçaklarına, Panzer tanklarına milyarlar döküyorlar. En son, Amerikan lisansıya İtalya'da yapılan F-1045 jet uçakla-rından 18 tane ısmarlandı. Ayrıca Amerika'dan 40 tane Fantom savaş uçağı alınac-cak. Uçakların tanesi 15 milyon liraya geliyor. (Financial Times, 1 Kasım 1974)

SÖMÜRÜ İLE BİRLİKTE BASKIDA ARTIYOR :

Emperyalizm, ona bağımlı büyük burjuvazinin, toprak ağalarının sömü -rüyle birlikte, baskısı da artıyor.

Kıbrıs olayları bahane edilerek, kapıdan kovulan Sıkı Yönetim bacadan girdi. Ankara, İstanbul, Adana ve İçel'de yeniden uzatıldı. Sıkı Yönetim, işçi-lerimizin, emekçilerimizin hayat pahalılığına karşı mücadelesine, sendikal hak-ları uğrındaki mücadelesine tankla, tüfekte, polis ve jandarmayla yürüyor. Grev-ler yasaklanıyor. Sendikacılar, işçiler tutuklanıyor, Devlet Güvenlik Mahkemele-ri'ne veriliyor. En son İzmir belediye işçilerinin grevi yasaklandı. Ülker Büs -küi Fabrikası, Gislavet Lastik Fabrikası işçilerinin üzerine tanklar sürüldü. Öte yandan lokavtlar, toplu halde işten atmalar devam ediyor.

Gecekondular, evler, buldozerlerle, grayder ve tanklarla yıkılıyor.

Geniş köylü yığınları, sömürü ve baskı altında inim inim inliyor. Ge-çenlerde Çukurova'da Ersin pamuk işçileri, Çapa-İş Sendikası'nda toprak beyleri-ne, ağalara karşı birleştiler. Pamuğun kilosu başına 50-60 kş. yerine 1 TL öden-mesini istediler. Greve gittiler. Hükümet, polis, jandarma, tarım işçilerinin karşısına süngüyle, tankla çıktı. Çapa-İş Sendikası yöneticileri Şemsettin Eren, Arif Vural, Mahmut Sönmez tutuklandı. Devlet Güvenlik Mahkemesi'ne çıkarıldılar.

YAZARLIK SUÇU ; 36 YIL HAPİS :

Memlekette, işçi sınıfımız, geniş köylü yığınlarının yanı sıra halktan yana aydınlara, yazar ve sanatçılara, gençliğe karşı da ağır bir baskı yürütülü-yor. 12 Mart sonrasında olduğu gibi, yeniden kitaplar toplatılmaya, dergi, gaze-te satanlara karşı kaba kuvvet kullanılmaya başlandı. İstanbul da bir gazetenin yazışları müdürü çıkan yazılardan dolayı 36 yıl hapse mahkum edildi. 14 gaze -tenin yazışları müdürleri hakkında, "devlet sırlarını açığa vurmak" gerekçesi ile en az 5'er yıl hapis cezası isteniyor.

Değerli sinema sanatçısı Yılmaz Güney bir tertip sonucu yeniden demir parmaklıklar arasında sürdürülüyor.

FAŞİST SALDIRILAR :

Faşist MHP ve AP'nin emrindeki sayısı 200'ü bulan silahlı zorbalar Hacettepe ve Ortadoğu Teknik Üniversitesini bastılar. 8'i ağır 28 öğrenci yaralandı. Faşist Ülkü Ocakları'nın elebaşısı Muharrem Semsek "Bu hareketler devam edecek" deme küstahlığını gösterdi.

Makina Kimya Endüstrisinde Çağdaş Metal-İş Sendikasına geçen işçilere karşı Milliyetçi Hareket Partisine kayıtlı faşistler fabrikayı yığınca saldırlar. Zorbalıkla işi durdurdular.

Bütün bu baskı ve terörü yürüten emperyalizm ve onun yordakçısı yerli egemen sınıflar, bir süre hükümet yokmuş gibi gösterip ortalığı bulandırarak kanlı bir rejimi yerleştirmek için fırsat kolluyorlar.

SIKI YÖNETİMLE GERİCİ PARTİLER ELELE :

Sıkı Yönetimle, militarist klikle gerici partiler arasındaki hıssım-akrabalık, Ankara Sıkı Yönetim Mahkemesi Başkanı Tuğgeneral Ali Elverdi'nin Adalet Partisine girmesiyle bir kere daha açıkça ortaya çıktı. Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan, Hüseyin İnan'ın kanına giren, nice devrimciye, yurtsevere zindanlarda kan kusturan Ali Elverdi, emekliye ayrıldıktan sonra soluğu AP'de alan 12 Martçı generallerin onuncusu oldu.

Sıkı Yönetimin yanısıra yurdun her bölgesinde kurulan Devlet Güvenlik Mahkemeleri ceza üstüne ceza kesiyor. Anayasayı gözgöre göre çiğneyen bu 12 Mart kalıntısı kanunsuz mahkemeler bugüne kadar 100 civarında davaya baktılar. 60'ını karara bağlayıp, ağır cezalar verdiler. Bu sözde mahkemelerin... üyelerinin çoğunda yargıçlık sıfatı bile yok.

İşçi sınıfımız, emekçi yığınlar, halktan yana aydınlar, bütün yurtseverler, Sıkı Yönetim ve Devlet Güvenlik Mahkemelerinin kaldırılmasını, Mussolini İtalyasından alınan Ceza Kanunu'nun faşist, gerici maddelerinin iptalini istiyor. Bunun için mücadele ediyor.

Avrupa'da çalışan işçilerimizin, öğrenci, öğretmen, doktor, sanatçı ve yazarlarımızın örgütleri, "Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi"nde birleşip, aynı mücadeleye omuz veriyorlar.

SIKI YÖNETİME SON

SIKI YÖNETİM VE DEVLET GÜVENLİK MAHKEMELERİ KALDIRILMALIDIR.

141., 142. ve 146. MADDELERİN KÖKENİ

Türk Ceza Kanununun 141-142 ve 146. maddeleri neden ve nasıl ceza kanunumuza girmiş ve nasıl bugüne dek sürüp gelmiştir. Önce tarihe bakalım:

1789 Fransız burjuva devrimi dünyaya yeni fikirler ve politik akımlar getirdi. Burjuvazi geniş sömürme olanakları sağlayıp, kendini biçimlenirken aynı zamanda karşılarındaki işçi sınıfını da yaratıyordu. Önceleri kendini tarihin son ve kesin gerçeği sayan burjuvazi, bir süre sonra bunun böyle olmadığını anlayıp, karşılarındaki işçi sınıfına karşı tedbirler almaya başlamıştır.

19. yüzyılın sonlarına doğru ve 1. Dünya Savaşı öncesi dönem, dünyada kapitalizmin tekelciliği yükseldiği dönemdir. Serbest rekabet kapitalizminin tekelci kapitalizme dönüşmeye başlamasıyla birlikte politik düzeyde de liberalizmin yerine daha baskıcı, faşizme yönelik politik akımlar bu dönemde filizlenmeye başladı. 1. Dünya Savaşı sonrası yıllarda kapitalizmin genel kriz dönemi başladı. Burjuvazi de güçlenen işçi sınıfı hareketine karşı eski yöntemlerle egemenliğini sürdüremeyeceğini daha açık görmeye başladı, açık zorbalık yöntemlerine başvurmaya başladı. Böylece faşizmin kapısı aralandı.

Burjuvazi bu zorbalığın içinde hukuk yollarında kullanıp sosyal suçlar kavramını ortaya attı. Devlet ve toplumsal ilişkileri değiştirmeye yönelik eylemler ve en önemlisi düşünceler suç sayılmaya başladı.

1925'lerde İtalya'da faşizm ortaya çıkarken, kendine uygun hukuk düzenini de yaratıyordu. Yeni kanun maddeleri faşizme göre devletin ve toplumun yansıması olan milli şefin korunmasını da içeriyordu. Musoliniye yapılan bir suikast bahane edilerek 1926'da 141 ve 142'nin ilk görüntüleri "Devletin savunulması için özel kanun" da kendini gösterdi.

Kanun hakkındaki gerekçede "Faşizme karşı hareketler ve bu hareketlere esas teşkil eden düşünceler suçtur, bu suçların sert şekilde cezalandırılması gerekir" deniyordu. Bakanlık raporunda da bu maddelerin sadece sosyalizm ve komünizme karşı olduğu da belirtiliyordu...

GELELİM TÜRKİYE'YE

1926 Tarihli Türk Ceza kanununda bu maddeler yoktu. 1936'ya kadar sınıfsal bilinçlenme özel kanunlarla bastırılmaya çalışıldı. Ama artık bu iş yürümeyince 1936 yılında 3038 sayılı kanunla yeni değişiklikler kanunumuza ithal edildi. Örnek alınan kanun 1930 İtalyan faşist ceza kanunuydu.

Burjuvazi, Türk Ceza Kanununu 1936 ile 1951 yılları arasında yurduzdaki sınıfsal bilinçlenmeyle doğru orantılı olarak 5 kere değiştirip ağırlaştırdı. Önce sadece "cebir" (şiddet) cezalandırılırken en sonunda cemiyet kurmaya "tenessül" (Başvurma) dahi cezalandırılıp solun nefesi kesilmeye çalışıldı. Böylece işçi sınıfının politik düzeyinin, örgütlenmesinin gelişmesi kontrol altına alınmak istenmiştir.

1949 değişikliği için yazılan Adalet Komisyonu raporunda da bu maddelerin burjuva devletin ekonomik düzenini korumak amacına yöneldiği açıkça belirtilmiştir.

Maddelerin kanuna girişi ve sertleşmesi gerekçelerinde yalnız sosyalistler ve komünistlere karşı olduğu açıklanmaktadır. Bununla beraber uygulama da sadece komünist ve sosyalistler tırpandan geçmemiş, zaman zaman sosyal demokratlar da bu maddelere dayanılarak cezalandırılmıştır.

1961 Anayasası ile tabii özgürlükler alınmışken hala 141 ve 142. maddelere göre salt düşünce cezalandırılmaları devam etmiş ve Anayasamız çiğnenmiştir. Salt düşünce diyoruz çünkü Marksist bir düşüncenin icra hareketi halinde ceza kanununun 146. maddesi uygulanmaktadır.

Salt düşünce cezalandırılırken gelir dağılımı için yapılan istatistikler, Marksizmi anlatan ders kitapları, kapitalizm ve hatta Amerika'nın tenkidi bile suç sayılmıştır.

Çağımızın ünlü devrimcilerinin eylem için kurdukları teoriler dünyanın her yerinde ve baş emperyalist Amerika'da bile okunurken bizde suç sayılıp çevirmen ve yazarlara en ağır cezalar verilmiştir.

Türkiye İşçi Partisi 1965 yılında bu maddelerin Anayasamızın bir çok maddelerine aykırı olduğuna işaret ederek iptal davası açmış fakat Anayasa Mahkemesi 7'ye karşı 8 oyla bu istemi reddetmiştir.

Anayasa Mahkemesi bu maddelerin Anayasa'ya uygun olup olmadığını arayacak yerde, Komünizmin düzenle bağdaşıp bağdaşmadığını incelemek yolunu seçmiştir. Faşist İtalya'da bu maddelerin faşist niteliği düzenin hukukçuları tarafından övünülerek ilan edilmişken bizim bu maddelerdeki bu niteliği reddetmemiz ilişkisinin en açığıdır.

Anayasamız, 20. maddesi ile, düşünce özgürlüğünü ve düşüncelerin her türlü vasıta ile topluma yayılmasını, yani propagandasını, güvence altına alırken hala 141 ve 142. maddeler ile gerçek yurtseverler zindanlara atılmaktadır. Bu durum Anayasamızın temel ilkelerine tamamen aykırıdır.

Anayasamıza göre bütün düşünceleri açıklamak serbesttir. Anayasamız, sosyalist bir Anayasa değildir ama bu sosyalist düşüncenin yasaklandığı anlamına gelmez.

12 Mart Muhtırasından sonra Anayasamız halkımız için lüks sayılmış, 1961 Anayasasının getirdiği tabii özgürlükler 2 defa budanmış, baskılar yoğunlaşmıştır. Buna paralel olarak da 26 Haziran 1973 tarihinde, Devlet Güvenlik Mahkemeleri Kanunu ile 141 ve 142'yi tamamlayan Devlet Güvenlik Mahkemeleri kurulmuştur.

Devlet Güvenlik Mahkemeleri burjuva demokrasisi kurallarını bile açıkça çiğneyen faşist nitelikte askeri mahkemelerdir. Bunlar sıkıyönetim mahkemelerinin devamıdır ve ana amacı sol hareketi ezmektir.

Bugün 141. 142 ve 146. maddeler gibi faşist maddeler, faşist İspanya dışında hiçbir Avrupa ülkesinde yürürlükte değildir. Portekiz'de ve Yunanistan'da son gelişmelerle birlikte bu tür faşist yaralar da tarihin çöp sepetine atılmıştır.

Faşist İspanya dışında bir tek bizim yurdumuzda yürürlükte olan bu maddelere karşı mücadele etmek günümüzün hedefidir.

Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi

İNGİLTERE TÜRKİYELİ İLERİCİLER BİRLİĞİ
LONDON EATING HOUSES İŞÇİ TEMSİLCİLERİ KOMİTESİ
İNGİLTERE KIBRIS TÜRK ÖĞRENCİ FEDERASYONU
AVRUPA TÜRKİYELİ TOPLUMCULAR FEDERASYONU
B.BERLİN TÜRKİYELİ AKADEMİSYENLER DERNEĞİ
TÜRKİYELİ ÖĞRETMENLER DERNEĞİ
TÜRKİYELİ İŞÇİLER DAYANIŞMA BİRLİĞİ (Köln)
ATTİ İSVİÇRE ÇALIŞMA GRUBU
BELÇİKA TÜRKİYELİ İŞÇİLER BİRLİĞİ
FRANSA TÜRKİYELİ İŞÇİLER BİRLİĞİ
FRANSADAKİ TÜRKİYELİ GENÇ RESSAMLAR GRUBU
TÜRKİYELİ İŞÇİLER KÜLTÜREL-SİYASAL ÇALIŞMA GRUBU
F.ALMAN YA TÜRK GAZETECİLERİ, SENDİKACILARI,
SOSYAL DANIŞMANLARI KOORD. KOMİSYONU
KIBRIS TÜRK DEMOKRASİ DERNEĞİ
İNGİLTERE TÜRK ÖĞRENCİ FEDERASYONU
TÜRK GÜZEL SANATLAR DERNEĞİ
MÜNİH TÜRKİYELİ TOPLUMCULAR OCAĞI
FRANKFURT TÜRKİYELİ İŞÇİLER BİRLİĞİ
MANNHEİM TÜRK TOPLUMCULAR OCAĞI
STUTTGART TÜRKİYELİ TOPLUMCULAR OCAĞI
WANNE-EİCKEL İŞÇİ BİRLİĞİ
ESSEN TÜRKİYELİ İŞÇİLER DERNEĞİ
İSVEÇ TÜRK TOPLUMCULAR OCAĞI
FRANSADAKİ TÜRKİYELİ İLERİCİLER BİRLİĞİ
FRANSADAKİ TÜRKİYELİ ÖĞRENCİLER BİRLİĞİ
HOLLANDA TÜRKİYELİ İŞÇİLER BİRLİĞİ
BERLİN TÜRK TOPLUMCULAR OCAĞI
KASSEL TÜRK TOPLUMCULAR BİRLİĞİ

An
alle Demokraten:

DIE TÜRKEI

**DARF NICHT IN DIE HÄNDE
DES FASCHISMUS FALLEN!...**

TÜRKEI darf nicht ein zweites CHILE werden!

Türkisches Europakomitee
für Frieden und Freiheit



TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

• **DEMİREL
prophezeit
ECEVİT
das Schicksal
ALLENDES**

**Türkeş, «Hükümeti
devirme çalışmalarımız
devam ediyor» dedi**

ANKARA 11.11.84
MHP Genel Başkanı Al
dan Türkeş, Ecevit'in
hükümetin
sırtına
çalışıyor

**TÜRKEŞ, Führer der
Nationalistischen
Bewegungspartei MHP.
(Koalitionspartner Demirels
in der Regierung vor Ecevit.)**



TÜRKEŞ:

...Im Falle
eines offenen Kampfes können wir auf
fünf Millionen Bewaffnete zählen" be
hauptete er, bevor er sich vor
Woche in die Bundesrepublik
seine A

**TÜRKEŞ:
«Unsere
Aktivitäten
um die Ecevit
Regierung zu
stürzen dauern an.»**

CHRONIK (VOM 1. AUGUST BIS ZUM REDAKTIONSSCHLUß) DER FASCHISTISCHEN BLUTTATEN

1/8/978. Angehörige der "Ideenvereine" (einer Gliederung der faschistischen "Partei der Nationalistischen Bewegung"), die sich in Untersuchungshaft im Gefängnis der Stadt Balıkesir befanden, stürmten die Abteilung der linksgerichteten Untersuchungshäftlinge und töteten 2 von ihnen. Sie brachten dann einen Vollzugsbeamten als Geisel in ihre Gewalt. Nachdem es bekannt wurde, dass die Sicherheitskräfte in Aktion getreten waren, gaben die Faschisten auf.

Bei den Ereignissen in den Städten Ankara, Gaziantep, Urfa, Isparta und Balıkesir wurden 6 Personen von Faschisten ermordet, 6 zum Teil schwer verletzt. In das Gebäude der Republikanischen Volkspartei in Kastamonu wurde eine Bombe geworfen. Es entstand erheblicher Sachschaden.

2/8/978. 7 Studenten wurden bei den Überfällen während der Wiedereröffnung des Lehrerseminars in Gaziantep, das wegen der faschistischen Überfälle geschlossen worden war, verletzt. Es wurde beobachtet, wie aus den umliegenden Häusern Feuer eröffnet wurde. 2 bewaffnete Angehörige der Ideenvereine wurden anschliessend festgenommen.

An verschiedenen Orten des Landes wurden 14 Menschen während der Überfälle der rechtsextremistischen Banden z. T. schwer verletzt. Es entstand erheblicher Schaden durch Bombenexplosionen in Ankara und Ağrı. Eine Bombe, die in der Garnfabrik "Çukobirlik" abgestellt worden war, wurde von Experten entschärft. 500 Studenten des Lehrerseminars in Rize traten gemeinsam in einen Hungerstreik, um die Wiedereröffnung ihres Seminars zu erzwingen. Die Schließung des Lehrerseminars war durch gezielte Provokationen herbeigeführt worden. Die Studenten werden von demokratischen Organisationen und von 2 000 Tee-Genossenschaftsbauern unterstützt.

3/8/978. Bei faschistischen Überfällen in Istanbul wurde eine Person verletzt. Bewaffnete Rechtsextremisten stürmten das Bakırköy-Büro der Textilgewerkschaft. In Adana ist der Vollzugsbeamte der von Faschisten mit sieben Messerstichen verletzt worden war, gestorben. In die Büroräume der Polizeileitung in Osmaniye wurde eine Bombe geworfen.

4/8/978. In verschiedenen Städten wurden 5 Personen bei Überfällen getötet, eine verletzt. Durch Bombenattentate an drei verschiedenen Orten ist grosser Schaden entstanden, wobei die Büroräume der Jugendorganisation der Volkspartei im Istanbul-Ortsteil Kartal und das Haus des Direktors des Atatürk-Mädchenschuliums in Ankara zerstört worden sind.

5/8/978. Rechtsextremisten überfielen Demokraten in 9 verschiedenen Städten. Sie töteten 3 Personen und verletzten 5. In Malatya überfielen sie das Haus der Volkspartei und zerstörten Läden. Kommandos schlugen in Denizli einen Volksschullehrer und einen Studenten am Lehrerseminar mit Eisenstangen zusammen, die im Park eine liberale Tageszeitung lasen.

6/8/978. In der Stadt Urfa feuerten die Faschis-

ten mit Maschinengewehren auf Menschen, die im Café der Volkspartei-Niederlassung saßen und verletzten 3 davon schwer. In drei Städten warfen sie Bomben und verursachten Schäden. Durch Kommandoüberfälle wurden an verschiedenen Orten insg. 11 Personen z. T. schwer verletzt.

7/8/978. Der Minister für kommunale Angelegenheiten unterstrich in seiner Rede in Sivas-Koyunhisar die Tatsache, dass jedermann bereits wisse, wer die Befehle für Bluttaten erteilte. Der selbe Parteiführer sagte nun, "Es ist bald Ramadan, wir sollen kein Blut vergiessen".

In das Haus der Volkspartei in Istanbul-Küçükalya wurde eine Bombe geworfen. Bei verschiedenen Attentaten starb eine Person und 3 wurden schwer verletzt. In Izmit und Urfa kam es zu Bombenexplosionen,...

8/8/978. In Antalya stürmten 50 "Ideenanhänger" die Garnfabrik "Aksu" und töteten 2 Arbeiter. 22 Menschen wurden z. T. schwer verletzt. Während sie eine Arbeiterin vergewaltigen wollten, wurden sie festgenommen. Man fand bei ihnen 30 Pistolen. Sie hatten vorher die Telefonleitungen der Fabrik durchgeschnitten. Deshalb konnten die Sicherheitskräfte nicht rechtzeitig an den Ort des Geschehens kommen. Der Generaldirektor des Konzerns "Antbirlik" stellte daraufhin fest, dass der Scharfmacher dieses Überfalls der Ortsleiter der Gewerkschaft "Teksif" ist. Die Gewerkschaft "Teksif" ist wiederum Mitglied des Gewerkschaftsverbandes "Türk-İş".⁽⁵⁾

Während der Vorsitzende der "Nationalen Heilspartei" erklärte, dass die Anarchie bereits zum Bürgerkrieg übergegangen sei und dass diese Regierung gestürzt würde, setzte sich der Terror fort. An 6 verschiedenen Orten kam es zu Zerstörungen durch Bombenattentate, es kamen 4 Menschen um, 38 wurden z. T. schwer verletzt.

9/8/978. In Ankara nahmen "Ideenanhänger" einen Bus der Städtischen Verkehrsbetriebe unter Beschuss und töteten 2 Insassen. 16 Personen haben sie z. T. schwer verletzt.

In Adana wurde in das Haus des Bezirksvorsitzenden der Republikanischen Volkspartei, A. Albay, eine Bombe geworfen.

In Kadıköy, einem Ortsteil von Istanbul, gaben die Anwohner der Kuşdili-Strasse eine gemeinsame Erklärung ab. Sie brachten zum Ausdruck, dass die Angehörigen der faschistischen "Nationalistischen Bewegungspartei (MHP)" und der faschistischen "Ideenvereine" die Bevölkerung der Gegend terrorisierten, auf Passanten schossen und sogar den Namen ihrer Strasse mit Gewalt nach einem toten "Kommando" umbenannt hatten. Faschisten verübten an verschiedenen Orten weitere Attentate. Es gab 4 Tote und 24 z. T. schwer Verletzte.

10/8/978. 5 linke Schüler wurden in Ankara ohne ersichtlichen Grund gezwungen einen Polizeiwagen zu besteigen und wurden dort verprügelt. Anschliessend lieferte man sie an die Angehörigen des faschistischen "Ideenvereins" im Stadtteil Abidinpaşa aus. Die Schüler wurden im Vereinsbüro stundenlang eingesperrt und

dort zusammengeschlagen.

Faschisten ermordeten 2 weitere Menschen. Es gab 6 Verletzte.

11/8/978. In Kilis und Kayseri überfielen die Rechtsextremisten Lokale des Lehrerverbandes. Ein Café wurde mit automatischen Waffen unter Beschuss genommen.

In Istanbul überfielen die Faschisten einen Rechtsanwalt in seinem Büro, bindeten ihm die Hände und schlugen auf ihn solange ein, bis er ohnmächtig wurde. Dann ergriffen sie die Flucht.

Weitere 7 Menschen starben in der Türkei bei faschistischen Überfällen. 26 Menschen wurden z. T. schwer verletzt.

12/8/978. Ortsverein Zeytinburnu der faschistischen MHP in Istanbul wurde von der Polizei gestürmt. Es wurden eine erhebliche Menge an Munition für automatische Waffen und Dynamit sowie Spezialpackpapier für Dynamit gefunden. Etwa 15 MHP-Mitgliedern gelang die Flucht durch einen geheimen Gang.

Faschisten warfen Bomben in ein Verlagshaus, das linke Literatur vertreibt.

Durch verschiedene Attentate starben 3 Menschen, 9 wurden z. T. schwer verletzt.

13/8/978. In Tosya wurden die Gebäude der Volkspartei, des Lehrerverbandes "TÖB-DER", des Beamtenverbandes "TÜM-DER" sowie das Haus des Distriktgouverneurs zerstört.

Im Gefängnis des Stadtteils Sağmacılar in Istanbul überfielen die "Ideenanhänger" linke Häftlinge und brachten einen von ihnen um.

Auf das Rechtsanwaltsbüro des Vorstandsmitglieds der Jugendorganisation der Republikanischen Volkspartei in Fethiye, A. Özbak, wurde ein Bombenattentat verübt. Faschisten töteten 3 weitere Menschen. Es gab 29 Verletzte.

14/8/978. 2 Menschen fielen Faschisten zum Opfer. 6 Personen wurden z. T. schwer verletzt. 2 Bombenattentate wurden registriert.

15/8/978. In Malatya zerstörten Faschisten Läden von Mitgliedern der Volkspartei.

Der Direktor des Gefängnisses in Salihli E. Güney wurde von den Rechtsextremisten erschossen. Der Direktor des Gefängnisses im Stadtteil Vefa in Istanbul wurde von ihnen durch Schüsse verletzt.

Bei weiteren Überfällen ließen 9 Menschen ihr Leben. Es gab 16 z. T. schwer Verletzte.

16/8/978. Ein älteres Ehepaar, das die Zeitung "Cumhuriyet" kaufte wurde im Stadtteil Üsküdar in Istanbul von den Faschisten überfallen.

Es gab 2 weitere Mordopfer der Rechtsextremisten. 2 Menschen wurden verletzt. In vielen Orten gab es Explosionen.

17/8/978 Faschisten brachten 3 weitere Menschen um und verletzten 13 z. T. schwer.

18/8/978 In Kilis nahmen die Faschisten die Gerichts- und Gouvernementsgebäude mit einem Kugelhagel unter Beschuss.

Es gab laut Pressemeldungen weitere 11 Bombenattentate. Eine Person wurde getötet, 4 wurden schwer verletzt.

19/8/978 Das Auto des Stellvertretenden Staatsanwalts der Stadt Bursa wurde durch Bomben zerstört. In Zonguldak wurde ebenfalls das Auto des Stellvertretenden Staatsanwalts durch Bomben zerstört. Es gab 3 weitere Bombenattentate.

(Diese Nachrichten wurden der türkischen Tagespresse und Nachrichtenmeldungen entnommen.)

□ Man will aus der Türkei ein zweites Chile machen □

Die Interessenskreise, die die Türkei an den Faschismus ausliefern wollen, betreiben weiterhin ihr blutiges Handwerk. Das Leben von Menschen, die von diesen als Opfer ausgesucht werden, wird massenweise ausgelöscht. Jeden Tag explodieren Bomben an den verschiedenen Orten des Landes. Man findet Menschen auf, mit gebundenen Händen, geknebelt und nach einer brutalen Folterung mit einem Kopfschuss ermordet. Arbeitende, unbeteiligte, ahnungslose Menschen lassen ihr Leben auf der Nach-Hause-Fahrt von der Arbeit durch Schüsse, die auf die städtischen Busse abgefeuert werden. Menschen, die sich in einem Park sonnen und dabei Zeitung lesen, werden mit Eisenstangen zusammengeschlagen. Wer plant all diese unmenschlichen Taten? Wer ist verantwortlich für diese brutalen Handlungen?

Ministerpräsident Ecevit gab eine Antwort auf diese Fragen in seiner am 11.8.1978 in der Presse veröffentlichten Rede: "... die Terrorgruppen begehen Verbrechen an der Menschheit, angetrieben durch blinde Wut wegen des Verlustes der Regierungsmacht derjenigen Kreise, die hinter ihnen stehen."

In der Tat kam die "Koalition der Repressionen" von Demirel, Erbakan (2), und Türkeş (1) unter dem massiven Druck der demokratischen Öffentlichkeit und der breiten Massen der arbeitenden Menschen und deren Organisationen zu Fall. Diese Koalition konnte nur dank Intrigen und der Unterdrückung der Bevölkerung solange an der Regierung bleiben. Dies war eine

Zeit der höchsten Preissteigerungen und der Arbeitslosigkeitsraten.

Demirel, Erbakan und Türkeş haben keine Chance mehr auf demokratischem Wege wieder an die Regierung zu kommen. Deshalb erklären sie dem ganzen Volk den Krieg. Sie drohen offen mit Bürgerkrieg. Ex-Gestapo-Agent Türkeş sagt in aller Deutlichkeit: "Im Falle eines offenen Kampfes können wir auf 5 Millionen Bewaffnete zählen." (Der Spiegel, 8.5.1978) Und Erbakan bekräftigt diese Drohungen mit der Aussage: "Die Anarchie ist dabei, sich zu einem Bürgerkrieg zu entwickeln..."

Allein in der ersten Augushälfte wurden in der Türkei 57 Menschen Opfer politischer Morde. Hunderte wurden durch Schüsse und Schlagwaffen z. T. schwer verletzt. Es wurde bewiesen, dass die bei den Überfällen erappten 218 Personen Angehörige der MHP und/oder der "Ideenvereine" waren. 62 von ihnen hatten verschiedene Positionen in den Führungsorganen der MHP inne. 11 von diesen Personen hatten sogar die Funktion eines Vorsitzenden bei den Bezirks- bzw. Ortsgruppen einer dieser Organisationen.

Diese "leitenden Persönlichkeiten" hatten Waffen und Sprengstoff bei sich als sie verhaftet wurden. Ausserdem haben die Sicherheitskräfte in den Räumlichkeiten dieser Organisationen Waffen, Munition und Sprengstoff gefunden. Diese Tatsachen machen die Rolle der MHP und ihrer Gliederungen bei den Mordtaten deut-

lich. Diese Herde des Terrors halten es ohnehin nicht mehr für notwendig, ihre Aktivitäten und ihre Mordzüge zu verheimlichen. 2 "Grauwölfe" (4) versuchten am 25. Juli in den Räumlichkeiten des Lehrerverbandes TÖB-DER eine Bombe abzustellen. Die Bombe explodierte vorzeitig in ihren Händen und zerfetzte sie. Die Ortsgruppe Kırıkhan der "Ideenanhänger" gab eine Resolution ab, in der diese beiden Grauwölfe als "die überzeugten Verteidiger des letzten unabhängigen türkischen Staates" bezeichnet wurden. Es hiess in der Resolution ferner: "Der Islam wird siegen, auch wenn wir dabei verbluten müssen."

POLIZEIRAZZIA ERGIBT:

"MHP Parteizentralen sind Munitionsdepots..."

Während diese Organisationen die blutrünstigen Mörder auf diese Weise in Schutz nehmen, versuchen sie das Volk und die Staatsorgane für dumm zu verkaufen. Am 11. 8. 1978 stürmte die Polizei den Ortsverein Zeytinburnu der MHP in Istanbul. Sie fand eine erhebliche Menge an Munition für automatische Waffen, an Dynamit sowie paraffiniertes Spezialpackpapier für Dynamit. 15 MHP-Mitgliedern gelang die Flucht durch einen geheimen Gang.

Am 14. August erklärte der Vorstand des Ortsvereins gegenüber dem Gouverneur der Provinz Istanbul unverfrohen, dass das Papier zum einwickeln von Käse verwendet und liegen gelassen worden sei. Die "Munition" bestünde eigentlich aus den Patronen, die seinerzeit auf die Räume des Ortsvereins abgefeuert worden waren.

Alle Erklärungen der Verantwortlichen und der Regierungssprecher unterstreichen das Verbrechen dieser Organisationen.

Am 1. August erklärte der Gouverneur der Provinz Elazığ, dass in einem Übungs-Camp der "Ideenvereine" der MHP am Ufer des "Hazar"-Sees Mitglieder für Mordzüge ausgebildet wurden, und dass dort viele Bücher, Broschüre und Dokumente als Beweisstücke beschlagnahmt worden sind. Die Campleiter seien verhaftet worden.

Der Gouverneur der Provinz Ankara, T. Alp, stellte fest, dass 2 von den Tätern, die auf den Bus der städtischen Verkehrsbetriebe am 9. 8. 1978 in Ankara das Feuer eröffnet hatten, und dabei 2 Fahrgäste töteten Mitglieder der MHP und der "Ideenvereine" seien.

Am 10. August wurde dies vom Innenministerium offiziell bestätigt.

Der Innenminister Özalp bestätigte persönlich, dass die Mörder, die in dem Arbeiterviertel Balgat in Ankara am 11. 8. 1978 4 Cafés mit automatischen Waffen unter Beschuss nahmen, dabei 5 Menschen töteten und 13 z. T. schwer verletzten, "Grauwölfe" (Mitglieder der Ideenvereine) sind.

Obwohl sich über die Mordzüge und weitere illegale Aktivitäten dieser faschistischen Organisationen Berge von Akten bei der Justiz und bei den Untersuchungsbehörden befinden, werden sie immer noch als "legale" Organisationen geduldet. Diese Regierung unternimmt noch immer keine endgültigen Schritte, um diese Organisationen aufzulösen und ihre Mordzüge zu beenden. Die schwankende Haltung der von der Volkspartei geführten Regierung gereicht einerseits den Faschisten zum Vorteil, während sie andererseits entsprechende Reaktionen bei den breiten Volksmassen hervorruft. Als einzigen Ausweg gründen die Menschen Stadt teilkomitees und verlangen von den zuständigen Stellen Schutz für Leib und Leben. Die Bewohner des Stadt-

viertels Kuşdili in Istanbul z. B. taten dies. Nachdem sie bei den Zuständigen den entsprechenden Antrag gestellt hatten, erklärten sie, dass Angehörige der MHP und der "Ideenvereine" eine Gefahr für das Leben der Bewohner darstellten, wahllos auf Passanten schossen und sogar den Namen ihrer Strassen mit Gewalt umbenannten.

Faschisten ermorden sogar politische Haftlinge in den Gefängniszellen.

Nach den brutalen Morden an Wissenschaftlern, Universitätslehrern, Professoren und Dozenten benutzen die Faschisten neuerdings als Zielscheibe Staatsanwälte, Gefängnisdirektoren und Polizisten. So ermordeten sie den Stellvertretenden Staatsanwalt von Ankara, Öz. Sie werfen Bomben in die Polizeireviere, foltern Rechtsanwälte in Kanzleien. Den Direktor des Gefängnisses in Salihli, E. Güney, erschossen sie am 15. August in seinem Büro, den Gefängnisdirektor von Urfa auf der Strasse. Die Autos der Stellvertretenden Staatsanwälten von Zonguldak und Bursa wurden durch Bomben zerstört. Die faschistischen Untersuchungshäftlinge im Gefängnis der Stadt Balıkesir stürmten die Abteilung, in der sich linksgerichtete Untersuchungshäftlinge befanden, und brachten 2 von ihnen um und brachten einen Vollzugsbeamten als Geisel in ihre Gewalt. Dies macht deutlich, dass sogar hinter den Gefängnismauern Sicherheit für Leben nicht garantiert ist. Man musste z. B. 24 Faschisten, die am 8. August in Maraş wegen Terror festgenommen waren, nach Ankara schicken, weil man sie im Gefängnis nicht bändigen konnte. Unter diesen befand sich auch der Sohn des MHP-Abgeordneten M. Özkan. Er ist der Vorsitzende des Hauptvorstandes der "Ideenvereine".

Importierte Terrormethoden...

Diese Terrormethoden sind für die Welt des 20. Jahrhunderts nichts neues. Die gleichen Methoden der deutschen, italienischen und anderen europäischen Faschisten der 20er Jahre erleben wir wieder, diesmal angereichert mit neuen Erfahrungen und Techniken. CIA, der aller Welt als Planer solcher Aktionen bekannt ist, sendet nach "Bedarf" Spezialisten. Das Buch des CIA Experten David Gaula über die genannten Praktiken wurde von dem AID-Mann Hasan Lamber ins Türkische übersetzt.

Die Lektüre dieses Buches wird den MHP-Militanten von den Leitern der MHP-Camps vorgeschrieben. Alle Welt weiss, dass die MHP und ihre Nebenorganisationen ihre finanzielle Hilfe und ihre Waffen aus Quellen erhalten, die vom CIA gespeist werden.

FORDERUNGEN DER MILLIONEN

Die Menschen in der Türkei möchten ein Leben ohne Bombenexplosionen und ohne Schiessereien führen. Die Mütter verlangen, dass sie nicht dauernd um das Leben ihrer Kinder bangen müssen. Millionen von Menschen hofften auf eine solche Zukunft, als sie ihre Stimme für Bülent Ecevit abgaben.

Das Volk erwartete die Auflösung der MHP und aller faschistischen Organisationen, Aufhebung aller demokratischen Gesetzesparagrafen und Bestimmungen (u. a. der Paragrafen 141 u. 142 des Strafgesetzbuches) Demokratisierung des Lebens in der Türkei. Das sind die Forderungen aller demokratischen Organisationen, Gewerkschaften und Berufsverbänden. Es ist das Recht der Demokraten zu verlangen, dass die Regierung E

Wird die Türkei ein neues Chile?

Die Mehrheit der türkischen Bevölkerung, Handel und Wirtschaft sind sich einig: die Türkei braucht Bülent Ecevit, braucht die CHP, die sozialdemokratische republikanische Volkspartei. Die abgewählte Regierung des Süleymen Demirel hat die türkische Volkswirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt: 10,5 Mrd. Dollar Schulden, 2,5 Mrd. Dollar Transfers, die in ausländischer Währung ständig wachsendes Defizit senken von derzeit 15% in der industriellen Produktion auf 59% in der Landwirtschaft. Einem durchschnittlichen Einkommen von knapp 1000 Dollar im Jahr. Nur ein Mann scheint angesichts des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs noch Hoffnung zu haben: Bülent Ecevit, der ehemalige Ministerpräsident, der die CHP führt.

Demirel und Führer der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), hat seine Anhänger, die auch hierzulande "Grauenwölfe" genannt werden, zu einer "Reinigung" der Türkei aufgerufen. Sie führen nahe dem türkischen Staat eine geheime Organisation.

CIA-Ratschläge auf türkisch

Faschistische Gefahr bannen

Aus dem Appell des Türkischen Europakomitees

Die europäischen Völker haben die entsetzliche Gefahr des Faschismus nicht vergessen. Ein neues Franco-Regime in der Türkei könnte daher auch nicht latente Gefahr in der Türkei sein. Die Freiheit und Demokratie in der Türkei ist ein Kampf um die Freiheit und Demokratie in der Türkei.



Blutiger Zustand

Bauern aus Malatya gehen in die Knie vor den Gewehren – nur ein Bild in diesen Tagen aus der Türkei. In der Zeit vom 5. Januar bis 5. Mai 1978 ereigneten sich 141 Zwischenfälle mit tödlichem Ausgang. Bei diesen Ereignissen kamen insgesamt 159 Menschen ums Leben.



Zusammenhang auch dem in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit kaum bekanntgewordenen Besuch des Faschistenführers und Hitler-Verherrers Turkes eine große Bedeutung zu. Er holte sich für seine Pläne in der Türkei ein „nationales Regime“ heim.

Frankfurter Neue Presse

Türken warnen vor Faschismus-Gefahr

Von unserem Redaktionsmitglied Krimhilde Marx

Frankfurt, 1. August. Die Türkei ist nicht in die Hände der Faschisten zu fallen. Mit diesem Appell warnen die Europakomitees der Freiheit und Demokratie in der Türkei. Die Faschisten haben die Türkei in eine gefährliche Lage gebracht. Sie haben die Freiheit und Demokratie in der Türkei bedroht. Die Europakomitees der Freiheit und Demokratie in der Türkei warnen die europäischen Völker vor der Gefahr des Faschismus in der Türkei.

Druck und Papier

der Industriegewerkschaft Druck und Papier

Die jüngsten Ereignisse in der Türkei finden lebhaftes Interesse in den demokratischen Massenmedien der Bundesrepublik.

cevit, die sie bisher unterstützt haben, sofort konsequente Massnahmen zur Realisierung dieser Forderungen ergreift.

Solidarität jetzt !..

Europäische Menschen, die die bittersten Erfahrungen unter Faschismus machen mussten, wissen, welche Gefahr eine Machtergreifung der Faschisten in der Türkei für den Frieden in Europa bedeutet. Am Vorabend des Weltantikriegstages erwartet das türkische Volk, erwarten die friedliebenden und demokratischen Kräfte der Türkei die Solidarität der Europäer. Gerade jetzt ist die Stimme der demokratischen Öffentlichkeit Europas für unser Land, für den Kampf unseres Volkes gegen die faschistische Gefahr, von grösster Bedeutung. Sie ist zugleich eine grosse moralische Unterstützung für die demokratischen Kräfte unseres Landes, die unter schwersten Bedingungen gegen die brutale Gewalt der faschistischen Horden zu kämpfen haben.



Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

Fussnoten.

- (1) Türkeş: Geboren auf Zypern, Ex-Offizier. Zur Zeit Vorsitzender der faschistischen MHP. Wegen Propaganda des Rassismus wurde gegen ihn 30 er Jahren vielfach ermittelt. Wegen Versuches eines Mimitarputsches in Verbannung geschickt. Agententätigkeit für Gestapo in den 40er Jahren durch geheime Reichdokumente belegt.
- (2) Erbakan: Ehem. Vorsitzender des Industrie- und Handelstages. Vorsitzender der Partei der Religionsfanatiker, Verfechter des Khalifatsystems und Koranrechts (scharia) an Stelle des heutigen Staats und Rechtswesens, MSP. Von ihm seinerzeit gegründete "Partei der Nationalen Ordnung" wurde wegen "anti-laizistischer" Grundhaltung per Verfassungsgerichtsbeschluss geschlossen.
- (3) So. "Ideenvereine (Ülkü Ocakları)": Sammelbecken der SS- und SA-ähnlichen Stosstrupps, aus Jugendlichen bestehend. Gründung seit 1964. Gliederung der faschistischen MHP. Erreichten mit Hilfe von inländischen Grosskapitalisten wie H. Bayrak und später des internationalen Grosskapitals Ausbildungslager an verschiedenen Orten des Landes. Die genannten Stosstrupps werden dort an Waffen trainiert.
- (4) Sog. "Grauwölfe": Eigenbezeichnung der militanten Faschisten. Laut Mythologie das rettende Tier, das die von Bergen umschlossene Türkei in Zentralasien zu einem versteckten Ausgang führte und deren Verbreitung in die Welt erst ermöglichte.
- (5) Türk-İş: Eine der zwei grossen Gewerkschaftsverbänden in der Türkei. Führung in den Händen rechtsgerichteter Gewerkschaftsfunktionäre. Offizielle Politik ist z.B. gegen den Tag der Arbeit gerichtet.

DIE TÜRKEI

darf nicht ein zweites CHILE werden!



Türkisches Europakomitee für Frieden und
Freiheit ■ Turkish European Committee for
Peace and Freedom ■ Comité européen des
Turcs pour Paix et Liberté ■ Komiteya Asiti
u Rizgari a Türkiye li Ewropa
TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Ich unterstütze den Aufruf den Türkischen Europakomitee für Frieden und Freiheit

NAME _____ VORNAME _____

BERUF _____

ADRESSE _____

UNTERSCHRIFT _____

TBÖK - c/o FTİB, 6000 Frankfurt /M., Garten Str.96-BRD

A. Söylemezoğlu



**Türkisches
Europakomitee
für Frieden und Freiheit**

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

TÜRKEI HEUTE

**INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN**

DIE NATIONALISTISCHE BEWEGUNGSPARTEI (MHP)

„Sollte ich umkehren,
schlägt mich tot !
Schlagt alle tot,
die unsere Sache
mitgemacht haben
und umkehren wollen ! „



**MHP
Vorsitzender
Türkeş**

TEIL I

I N H A L T

- 1) Einleitung
- 2) MHP-Kurze Vorgeschichte und Entstehung
 - Aus dem Lebenslauf des MHP Vorsitzenden Türkeş
 - Auf welches Erbe stützt sich die MHP?
 - Die Hitlersche Passentheorie
 - Die Feinde von Atatürk und Bewunderer von Hitler
- 3) Zur Ideologie und Politik der MHP
 - Rassismus und Expansion
 - Alles für die Eroberungskriege
 - Fronteinheit gegen Kommunismus
 - Chauvinismus
 - Was für eine ökonomische Ordnung
- 4) Innerparteiliches Leben und Organisationsaufbau
 - Schlägt den Umkehrer tot!
 - Kampfmethoden
 - Die Entstehung der Übungslager von Kommandoeinheiten
 - Die Finanzierung der MHP und ihre Unterorganisationen
 - Alle MHP Gegner müssen fürchten
- 5) Die Strategie der MHP und ihre Praxis
 - A) Die Eroberung der Strassen
 - 1) Terror gegen Arbeiter und Gewerkschaften
 - 2) Terror gegen Studenten
 - 3) Terror gegen Lehrer
 - 4) Terror gegen Republikanische Volkspartei CHP
 - 5) Die schreckliche Bilanz
 - 6) Terror und Racheakte gegen ehemalige Anhänger
 - 7) Fakten über einige Funktionäre der Nationalistischen Gem.
 - B) Die Eroberung des Staates
 - 1) Die Eroberung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt
 - 2) Die Eroberung des Polizeiapparates
 - 3) Die Eroberung des Armeeapparates
 - C) Die Eroberung des Parlaments
- 6) MHP: Schlagkraft der in- und ausländischen Monopole

1) EINLEITUNG

In der Türkei herrscht seitdem 1. April 1975 die Regierung der Nationalistischen Front unter den Ministerpräsidenten Demirel. Diese Front besteht aus 4 Parteien:

- 1) Die Gerechtigkeitspartei (AP). 160 Sitze im Parlament
- 2) Die Nationale Heilspartei (MSP). 47 Sitze im Parlament
- 3) Die Republikanische Vertrauenspartei (CGP). 10 Sitze im Parlament
- 4) Die Nationalistische Bewegungspartei (MHP). 3 Sitze im Parlament.

Die Front Parteien verfügen insgesamt 220 von 450 Sitzen des Parlaments und bilden somit nicht die Mehrheit. Sie können sich jedoch auf eine sogenannte "Unabhängige Gruppe" im Parlament stützen, deren Abgeordnete vor dem Machtantritt der Nationalistischen Front aus der Demokratischen Partei austraten und seitdem die Front Regierung unterstützen.

Mit dieser Broschüre wollen wir die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die kleinste Partei der Nationalistischen Front, nämlich auf die faschistische MHP lenken. Die MHP, die nur 3 Sitze im Parlament hat, ist mit 2 Ministerien in der Regierung vertreten und der MHP Vorsitzende der Türkei ist stellvertretender Ministerpräsident.

Die Teilnahme der MHP an der Regierung bildet eine grosse Gefahr nicht nur für die demokratische Kräfte in der Türkei, sondern auch für den Frieden im Mittelmeerraum. Die MHP, die durch eine aggressive und expansionistische Politik ein "Grossreich" wie das einstige ottomanische Reich zum Ziel hat, gefährdet auch den Frieden im Nahen Osten. Die Demirel Regierung hat seit ihrem Machtantritt fast von allen Nachbarstaaten der Türkei eine Note erhalten, da die MHP die Gebiete in den Nachbarstaaten, in denen Türken leben sollen, beansprucht hatte. Auch in Konfliktgebieten wie Zypern und Ägäische Meer will die MHP auf keinen Fall Verhandlungen, sondern eine aggressive Politik durchsetzen.

Die MHP ist für die europäische Öffentlichkeit auch von Interesse, da diese Partei sich verstärkt in den Westeuropäischen Ländern organisiert, in denen die türkische Arbeiter beschäftigt sind. Die MHP ist seit ihrer Teilnahme an der Regierung bemüht, sich stärker auch im Ausland zu organisieren, indem sie auf eine moralische und finanzielle Unterstützung von türkischen Arbeitern im Ausland hofft. Während sie sich organisiert, scheut sie vor nichts, die Gesetze des jeweiligen Landes zu verstossen und die demokratische türkische Arbeiter und Intellektuelle zu terrori-

sieren, indem sie ihre terroristische Tätigkeiten in der Türkei auch nach Ausland zu übertragen und die Verhältnisse in der Türkei auch im Ausland geltend zu machen bemüht ist. Auch das türkische Verfassungsgericht hat die Beweise über die gesetzwidrige Tätigkeit der MHP im Ausland zur Kenntnis genommen und die MHP aufgefordert, in 6 Monaten ihre Auslandsorganisationen aufzulösen.

Seitdem Machtantritt der Nationalistischen Front mit der MHP in der Türkei durchlebt das türkische Volk schwere Tagen. Das Leben ist von faschistischen Mordüberfällen gekennzeichnet. Es vergeht keinen Tag, an dem die faschistische Schlägertrupps der MHP Terror- und Mordüberfälle durchführen. Die demokratische und progressive Kräfte sind schweren Terror ausgesetzt. Demirel paktiert mit der MHP und mit ihre Terrorbanden, indem er hofft, dadurch die demokratische und progressive Kräfte auszuschalten und die demokratische Entwicklung in der Türkei aufzuhalten. Die MHP ist die Schlagkraft der Demirel Regierung.

In dieser Broschüre sind nicht alle Terrorpraktiken der MHP enthalten, sondern nur ein Teil davon. Wir hoffen auf eine verstärkte Solidarität mit der demokratischen Kräfte in der Türkei. Wir appellieren an alle demokratische Organisationen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik und in anderen Westeuropäischen Ländern, sich mit den demokratischen Kräfte in der Türkei zu solidarisieren, gegen die MHP und gegen die Demirel Regierung zu protestieren. Es ist nicht eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei, wie es von Demirel behauptet wird, der bemüht ist, seine Machenschaften mit der MHP rechtfertigen und jeder Protest vom Ausland gegen die MHP als eine Einmischung auszugeben. Durch die Solidarität wird es möglich sein, die faschistische Gefahr in der Türkei zu verhindern und eine demokratische Entwicklung herbeizuführen. Nur dadurch wird der Frieden im Mittelmeerraum und im Nahen Osten sicherer.

1. Oktober 1976

2) MHP-Kurze Vorgeschichte und Entstehung

Aus dem Lebenslauf des MHP Vorsitzenden Türkeş:

Im Buch von Türkeş "Dokuz Işık" (Neun Strahlen) wird der Lebenslauf des MHP Vorsitzenden wie folgt charakterisiert:

"Alparslan Türkeş wurde in 1917 in Nikosia (Zypern) geboren. Seine Familie wanderte dann nach Kayseri (Türkei) ein.

Die Familie von Türkeş kam in 1933 nach Istanbul und liess Türkeş an der Kadettenanstalt von Kuleli (in Istanbul) studieren. Nachdem er diese Schule beendet hatte, wechselte er an die Militärschule über. 1938

trat er als Leutnant in die Armee ein. Später besuchte er die Akademie und absolvierte sie als Generalstabmajor.

1948 bestand er die Prüfung des Generalstabes und ging in die USA.

Dort studierte er an der Kriegsakademie. Ausserdem studierte er in Washington die internationale Ökonomie. Er besuchte die Kurse für Nuklearkrieg in Deutschland.

Er nahm als Vertreter des Generalstabes an verschiedenen wissenschaftlichen und militärischen Sitzungen des ständigen NATO-Ausschusses in den USA und in Europa teil..."

Doch so harmlos, wie oben geschildert, ist das Leben von Türkeş nicht verlaufen. Hier wird Türkeş als ein erfolgreicher hoher Militär ausgegeben, ohne dass seine politischen Aktivitäten erwähnt werden, die doch seinen ganzen Lebenslauf bestimmt haben. In Wahrheit war er von Anfang an politisch tätig, und zwar auf einer faschistischen Linie.

Es ist allgemein bekannt, dass er und seine Gesinnungsfreunde 1944 wegen "Gründung einer illegalen Organisation" und "Tätigkeiten zum Sturz der Regierung" verhaftet wurden. Diese Tätigkeiten von Türkeş waren in Wirklichkeit rassistische und faschistische Aktivitäten, die von seiner

undlichen Haltung und engen Beziehung zu Hitlerdeutschland geprägt waren. Um rassistische und panturkische Ideen leichter verbreiten zu können, hat er später selbst seinen Namen in Türk-~~es~~ geändert. Sein wirklicher Name war Hüseyin Feyzullah.

Nach dem 2. Weltkrieg war Türkeş ein eifriger Befürworter eines neuen Weltkrieges. Nachdem er 1948 in die USA gegangen war, knüpfte er dort gute Beziehungen zum CIA und zu den militärischen Experten des Pentagon an.

Nach seiner Rückkehr in die Türkei suchte er wieder nach Möglichkeiten eines Regierungssturzes. An der militärischen Aktion gegen die konser-

vative Menderes-Regierung, die am 27. Mai 1960 wegen ihrer Unfähigkeit gestürzt wurde, war auch Türkeş beteiligt, damals im Range eines Oberst. Jedoch später stellte es sich heraus, dass er diese militärische Aktion, die - wenn auch begrenzt - zu einer Demokratisierung in der Türkei führte, unterstützt hatte, um sie für die eigene Machtergreifung auszunutzen. Er wurde deshalb aus dem militärischen "Nationalen Einheitskomitee" - dem Führungsgremium nach dem Regierungssturz am 27. Mai 1960 - ausgeschlossen und ins Ausland geschickt, ohne jedoch verurteilt zu werden.

Türkeş hat immer wieder nach Möglichkeiten einer Machtergreifung gesucht. Seine dunkle Machenschaft und sein Ehrgeiz, die Macht an sich zu reißen, werden in einer Erklärung des Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP), Ecevit, vom 18.1.76 so geschildert:

"Der MHP-Vorsitzende ist ein Abenteurer, der bei jeder Gelegenheit den Staat zu erobern versucht, der durch Geld und Drohungen Jugendliche zu blutigen Aktionen treibt und am Tode unzähliger Jugendlicher schuld ist".

Um seine Ziele zu verwirklichen, brauchte Türkeş eine Partei. Im Jahre 1965 trat er in die CKMP (Republikanische Nationale Bauernpartei) ein, in der die pantürkischen und nationalistischen Ideen ohnehin schon genügend verbreitet waren. Bei seinem Eintritt wurde er gleich zum Generalinspektor der Partei ernannt. Und noch im selben Jahr hatte er diese kleine Partei erobert und wurde Vorsitzender.

Im Jahre 1969, beim Parteitag der CKMP, wurde der Name der Partei in "Nationalistische Bewegungspartei" (MHP), und das Symbol der Partei, das bis dahin eine Waage war, in "drei Halbmonde" - das Symbol der Fahne der berüchtigten Okkupations- und Besatzungsarmee des Osmanischen Reiches - umgewandelt. Türkeş wurde als Vorsitzender der Partei wiedergewählt. So war für eine Handvoll von Fanatikern die Partei entstanden, die ihren seit Jahrzehnten andauernden Machtehrgeiz erfüllen würde.

Auf welches Erbe stützt sich die MHP?

Dass die MHP eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der schon Jahrzehnte zuvor entstandenen rassistischen und pantürkischen Bewegung in der Türkei war, sollen folgende Pressezitate im Zusammenhang mit dem Lebensverlauf von Türkeş erläutern:

Die Hitlersche Rassentheorie, auf die Türkei zugeschnitten

Aus dem Buch von dem liberalen Journalisten Uğur Mumcu "Die Schuldigen und Mächtigen" Seite 428:

"...

Reha Oğuz hat 1938 durch die Gründung der Organisation "Gürem" und durch die Herausgabe der Zeitschrift "Ergenekon" damit angefangen, "rassistische" und "pantürkische" Ideen zu verbreiten. Nachdem "Ergenekon" verboten wurde, hat er eine neue Zeitschrift "Bozkurt" (Grauer Wolf) herausgegeben.

Reha Oğuz hat später die Organisation "Gürem" wiedergegründet. In dem Buch "Zum Türkentum" (Türkölüğe Doğru), das von Reha Oğuz verfasst wurde, wurde das Programm dieser Organisation veröffentlicht. Schauen wir uns die Meinungen von Reha Oğuz an.

- Der neue Türkismus ist rassistischer Nationalismus
- Die Reinheit des Blutes der Nation muss geschützt werden
- Die nicht zur türkischen Rasse gehörenden Völker und Minderheiten müssen vertrieben werden".

Reha Oğuz und seine Freunde wurden am 18. Mai 1944 wegen "Gründung einer illegalen Organisation" und "Tätigkeiten zum Sturz der Regierung" verhaftet. Lernen wir einige von denen kennen, die zusammen mit Reha Oğuz verhaftet wurden:

Nihal Atsız, Prof. Zeki Vehidi Togan, Orhan Şaik Gökyay, Hikmet Tanyu, Oberleutnant Dr. Fethi Tevetoglu, Oberleutnant Alparslan Türkeş, Sait Bilgiç,...

Also, diese bekannten Gesichter: Türkeş, Tevetoglu, Bilgiç,..."

Die Feinde von Atatürk und Bewunderer von Hitler

Aus einem Artikel von Oktay Akbal in der sozialdemokratischen Tageszeitung Cumhuriyet vom 30.4.76:

"In den Jahren 1943-44 hatten sich auch in der Türkei rechtsextremistische Tendenzen verstärkt. Ähnliche Typen wie Hitler waren auch bei uns entstanden.

Z.B. gab es jemanden namens Atsız. Er war Führer der Rassen und Pantürkisten. Das ganze Leben dieses Lehrers war mit sein Auftreten gegen die Demokratie und gegen Atatürk vergangen. Es gab aber auch andere. Wie Türkeş, der damals noch Oberleutnant war.

Sie hatten das Ziel, durch die Herausgabe von Zeitschriften und durch die Gründung von illegalen Organisationen unter der Jugend, eine faschistische Macht ähnlich wie in Deutschland zu errichten. Es gab viele Zeitungen, Politiker, Offiziere, Intelligenz usw., die sie unterstützten.

....

... Am 19. Mai 1944 hatte der Staatspräsident İnönü eine Rede in Ankara gehalten. Er sagte, dass die Rassisten und die Panturkisten diesem Lande und dieser Nation die grössten Schaden zugefügt hätten.

Die republikanische Führung ging zu härteren Massnahmen über. Und nach einiger Zeit wurden die Rassisten und die Panturkisten verhaftet und vor Gericht gestellt".



Türkes konuştu, Ulkücü nöbet tuttu...

Türkes sprach und der Idealist stand Wache...

(Aus Milliyet)

3) Zur Ideologie und Politik der MHP:

Nachdem die MHP entstanden war, brauchte man diese Partei nur in ideologisch-politischer und organisatorisch-taktischer Hinsicht zu formieren. Wie die Partei dementsprechend in eine neo-faschistische Partei umgewandelt wurde, erfahren wir im Folgenden:

Zitaten aus dem Buch "Ülküçüye Notlar" (Notizen für einen Idealisten), das vom MHP-Ideologen und Funktionär Necdet Sevinç verfasst wurde (Im Buch sind Ideologie, Politik, Kampfziele, Kampfmethoden, Taktiken und organisatorische Fragen der MHP zusammengefasst). Seite 28:

"Ein Idealist ist meistens kein Mann des Denkens, aber immer ein Mann der Aktion. Alle Denkweisen, alle Handlungen und alle Meinungen, die gegen die Bewegung und Meinung eines Idealisten sind, besitzen keine Gültigkeit".

Rassismus und Expansion

Über die Doktrin heisst es auf Seite 50:

"... das Ziel ist, den Nationalen Staat zu gründen, der für ein paar Haare eines Türken die ganze Welt opfern wird und durch die Befreiung unserer besetzten Territorien gemeinsam mit allen unseren Rassengenossen die Befreiungsbewegung aller unter kapitalistischen und kommunistischen Knechtschaft unterdrückten Nationen zu organisieren. Gott hat manche als Türken erschaffen und die Türken zu diesem Zweck bestimmt



-SKLAVEN TÜRKEN-

Diese Karte, die die aggressiven und expansionistischen Ziele der MHP gut zum Ausdruck bringt, wurde aus der Zeitschrift "Devlet" Nr. 350 vom 19.7.76 entnommen.

Weiter auf Seite 52:

"Eine Nation ist zum Kleinwerden und zum Aussterben verurteilt, wenn sie nicht grosswerden will. Das Ziel der türkischen Entwicklung muss an dieser Nationalen Idee gemessen werden und Entwicklung muss nicht als Zweck, sondern als Mittel für die Befreiung unseren gefangenen Passengenossen akzeptiert werden".

Alles für die Eroberungskriege

Wir zitieren weiter aus dem Buch "Notizen für einen Idealisten":
Seite:53:

"Die türkische Aussenpolitik... muss vom Einfluss der Losung "Frieden im Lande, Frieden in der Welt" (Dieser Ausdruck stammt von Atatürk-d. Hrsgb.) befreit werden, die nur Schlappschwanzigkeit, Jämmerlichkeit Feigheit und Schlafmützentum einprägt. Diese Losung muss unseren Behauptungen entsprechend umgewandelt werden. Z.B. könnte man sagen: Wo immer es auf der Welt einen Türken gibt, dort beginnen unsere natürlichen Grenzen!".

Seite 53-54:

"... unsere Bewegung verlangt die Rückgabe der Territorien an uns, die uns gehören. Und weil sie weiss, dass dies nicht freiwillig geschehen wird, fühlt sie sich zur sofortigen Aufrüstung gezwungen".

"Aber anstatt uns eine Welt ohne Türken vorzustellen, finden wir es passender, wenn jene Welt unseretwegen in die Luft geht und wir sind stolz darauf, dass wir eine solche Meinung besitzen.

Ein noch grösserer Staat zu sein, der grösste Staat zu sein und der einzige Staat zu sein, das ist das ehrenvollste Ideal der türkischen Jugend!".

Seite 55:

"Der Krieg ist die einzige Bedingung des Lebens und der Weiterführung der nationalen Existenz".

Seite 56:

"... wenn die Befreiung der Menschheit in der Gründung eines Weltstaates besteht, dann muss der Türke diesen Staat gründen und verwalten. Denn die Befehlsgewalt steht dem Türken zu.

Ein türkischer Nationalist kann den Frieden nur dann lieben, wenn er ein Mittel für neue Kriege wird und sonst niemals!

Das Blut ist der Preis des Sieges!".

Seite 57:

"Nur diejenige Nation, die es versteht Blut zu vergiessen, wird ihr Recht aufs weiterleben durchsetzen. Die Anderen werden zusammenbrechen und zerfallen".

Fronteinheit gegen Kommunismus

Über die "Fronteinheit" auf Seite 64:

"Die jungen Idealisten, die an dem totalen Befreiungskampf einer 150 Millionen zählenden Nation (Die Türkei zählt heute 40 Millionen. Von den übrigen 110 Millionen sind diejenigen zu verstehen, die in Palkanländern, im Nahen Osten, in Kaukasus und in Mittelasien leben und Türken sein sollen. - d. Hrsgb.) mit Mut und Begeisterung teilnehmen, müssen in einer würdigen Reife um die Verwirklichung der Zusammenarbeit danach streben, mit allen rechten Organisationen die Aktioneinheit herzustellen.

... Trotz alledem glauben wir daran, ... dass die türkischen Nationalisten über alle Machenschaften siegen und das Weltall dazu zwingen werden, die türkische Fahne zu grüssen".

"... Aus diesem Grunde müssen die türkischen Nationalisten mit allen Organisationen die Fronteinheit bilden, die sich auf die minimalen Gemeinsamkeiten des Panturkismus und des Panislamismus vereinigen, die 2 Grundlagen unseres Nationalismus sind".

"Fronteinheit ist eine Barrikade, die die Nationalisten mit allen Rechtskräften insbesondere gegen den Kommunismus gebildet haben. Durch die Fronteinheit wird der Feind vereinzelt, und es wird zuerst der Kommunismus bekämpft. Denn über den Kommunismus zu siegen, bedeutet schon an der Grenze des Nationalismus russ zu fassen".

Aus dem Abschnitt "Über den Glauben" Seite 70:

"Jedoch der Türke, den wiederzuerschaffen der Nationalismus geschworen hat, ist ein Übermensch, der zwei Nationen für die Welt als zuviel erachtet".

Aus dem Schlusswort: Seite 74:

"Unsere Losung darf nicht heissen, entweder Sieg oder Nichts, sondern Sieg und wieder Sieg!".

Chauvinismus

Die Gebiete Ost- und Südostanatolien der Türkei werden zum grössten Teil von Kurden bewohnt. Die Kurden sind ein Volk mit eigener Sprache und Kultur. Doch die Machthaber in der Türkei verweigern den Kurden alle ihre demokratische und elementarsten Menschenrechte. Seit Jahren wird gegen die Kurden eine chauvinistische Politik betrieben. Selbst die kurdische Sprache ist verboten. Diskriminierung, Unterdrückung und Terrorüberfälle auf die kurdische Dörfer und grausame Verfolgung von Kurden sind ein gewohntes Bild in diesen Gebieten.

Diese chauvinistische Politik gegen die Kurden werden von Türkeş und dessen Partei MHP aufs schärfste betrieben. Im Zusammenhang damit zitieren wir unten aus einem Interview mit Türkeş (Entnommen aus der liberalen Tageszeitung Milliyet vom 22.4.75):

"... Aber mit unseren Menschen im Osten (gemeint sind die Kurden-d. d. d. leben wir seit 900 Jahren zusammen in Anatolien. Wir haben die gleiche Religion. In einer Geschichte von 900 Jahren sind wir verschmolzen. Wir haben zusammen geweint und zusammen gelacht. Sie sind unsere eigenen Menschen. Die Frage des Ursprungs ist auch eine andere Sache. Es gibt viele wissenschaftlicher und geschichtlicher Beweise und Thesen, die bestätigen, dass sie (die Kurden-d. Urspr.) von türkischer Herkunft und türkischem Ursprung kommen. Aber es gibt einen sprachlichen Unterschied, den wir aber nur als einen Dialektunterschied bezeichnen können". Durch diese demagogische Erklärung ist Türkeş bemüht, die Kurden als ein Volk für sich zu ignorieren und zu behaupten, dass die Kurden keine eigene Kultur, Sprache und Geschichte haben. Durch seine Worte von "Kurdannonen" möchte er den Lesern davortäuschen, dass die Kurden gleichgestellt seien, dass sie nicht diskriminiert und nicht unterdrückt werden. Aber mit seinen Worten über den Ursprung der Kurden offenbart er seine chauvinistische Einstellung.

An dieser Stelle ist zu bemerken, dass Türkeş nicht zufällig aus der Stadt Diyarbakir am 23. Juni 75 verjagt wurde. Die Stadt wird meist von Kurden bewohnt. Die ganze Stadtbevölkerung erhebe sich gegen das provokatorische Auftreten von Türkeş, der in der Stadt eine Kundgebung veranstalten wollte und liess Türkeş nicht in die Stadt reinkommen. Bei den Zwischenfällen wurden 2 Personen getötet und 26 verletzt. Die Täter waren die Kommandos von Türkeş. Ausserdem hatten die Kommandos die türkische Fahne von der Stadtfestung heruntergeholt und stattdessen die MHP-Fahne hochgehiesst.

Was für eine ökonomische Ordnung?

In einer Diskussionssitzung über die politische Einstellung der Jugend, an der Jugendvertreter der verschiedenen politischen Parteien teilnahmen, antwortete der MHP Jugendvorsitzende von Istanbul Ahmet Çakar auf die Frage über das wirtschaftliche Programm seiner Partei wie folgt (Entnommen aus der liberalen Tageszeitung Milliyet vom 11.4.75):

"Das neue wirtschaftliche System, das die MHP der türkischen Gesellschaft anbietet, ist die nationalistisch-sozialistische ökonomische Ordnung. Die vom Westen hergeholte Linkseinstellung bedeutet marxistischer Sozialismus und die Rechtseinstellung bedeutet liberaler Kapitalismus.

... Auf der Grundlage des Liberalismus liegen Täuschung und Betrug und auf der Grundlage des Sozialismus liegt die Verstaatlichung im Namen der Arbeiterklasse.

... Die MHP, die dies alles ablehnt, sieht in der nationalistisch-sozialistischen ökonomischen Ordnung einen neuen Bereich, namens Nationaler Sektor, vor..."

In der MHP Zeitschrift "Orta-Doğu" vom 17.11.75 erklärte Vorsitzende der Nationalistischen Gemeinschaften von Istanbul Mustafa Verkaya:

"Die Universität kann nicht gerettet werden, bevor die national-sozialistische Ordnung errichtet wird!"

4) Innerparteiliches Leben und Organisationsaufbau

Auf der Seite 20 der "Notizen für einen Idealisten" heisst es:
"In der Organisation gibt es keine Demokratie. Es gibt absolute zentrale Autorität und absolute Gehorsamkeit gegenüber der Autorität. Was der Führer sagt und will, wird gemacht! Was der Führer tut, ist das einzig Richtige!".

"Schlagt den Umkehrer tot!"

Seite 23:

"Disziplin in Worten, im Denken und in der Aktion heisst, sich dem Führer zu unterwerfen, dem Führer Folge zu leisten, von ihm auf ein Zeichen zu warten und die von ihm gezeigte Ziele schnell und zielgerichtet wie eine Kugel zu verwirklichen. Nicht was die selbständige Logik akzeptiert ist das Richtige, sondern was der Führer befiehlt. Denn er ist derjenige Führer, der sagen konnte: "Ich habe die Sache, die mir anvertraut wurde, fest in die Hand genommen. Ich schreite voran, ohne zurück zu schauen, ohne zu zögern und ohne sonst etwas zu beachten. Wir sind bemüht schneller zu laufen. Wenn wir fortgehen, bleibt nicht zurück! Folgt mir! Wenn ich in diesem Kampf aus irgendeinem Grund falle, greift nach der Fahne und geht nach vorn! Sollte ich umkehren, schlagt mich tot! Schlagt alle tot, die unsere Sache mitgemacht haben und umkehren wollen!".

Im Zusammenhang damit weisst der bekannte türkische Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Nuammer Aksoy bei seiner Untersuchung unter dem Titel "Der aufstrebende Faschismus und die Realitäten" in der sozialdemokratischen Tageszeitung Cumhuriyet vom 21.4.76 auf einen ähnlichen Befehl von Mussolini hin: "Folgt mir, wenn ich vorwärtsgehe! Tötet mich, wenn ich umkehre!". Siehe auch:

Richard Collier, DUCE, The rise and fall of Benito Mussolini. London, 1971, Seite 91: "If I advance, follow me; if I retreat, kill me!". Dieser Befehl wurde von Türkes überall verbreitet. Er wurde auf Karten gedruckt und an alle Parteiorganisationen und Parteimitglieder verteilt. Dieser Befehl wurde z.B. auch auf den hinteren Buchumschlag "Die Fragen der Türkei" von Türkes, fett (mit Reliefbuchstaben) gedruckt.

Er erschien auch in dem inoffiziellen Organ der MHP, in der Zeitschrift "Devlet" (Übers: "Der Staat"). Siehe Devlet vom 1.10.73 und Devlet Nr:210. Aufgrund dieses Befehls wurden an viele ehemalige Mitglieder und Anhänger der MHP Racheakte verübt. Siehe hierzu Abschnitt: "Terror und Racheakte gegen ehemalige Anhänger".

Kampfmethoden

Terror und Verschwörung sind zwei untrennbare Bestandteile der Politik der MHP. Wie die Jugendliche dazu vorbereitet und angeheizt werden, folgen folgende Zitate aus dem "Notizen für einen Idealisten":

Seite 30:

"... Insbesondere die Möglichkeiten nach sportlichen Tätigkeiten für Jugend müssen gesucht werden. Den Schwerpunkt müssen die den Lahekampf betreffenden sportlichen Tätigkeiten erlangen, wie Judo, Karate, Boxen, Taekwondo und ähnliche..."

Seite 42:

"Die Propaganda muss insbesondere an die Jugend gerichtet sein. Weil die Jugend die Tendenz hat, sich einer Autorität zu unterwerfen. Der günstigste Boden für die Propaganda ist der Augenblick, wo die Massen in Aufruhr geraten".

Seite 28:

"Jeder Nationalist muss es als eine Ehrenpflicht betrachten, die Nervenzentralen der türkenfeindlichen und türkenfremden Organisationen anzugreifen".

Seite 29:

"Jeder Organisationsleiter muss eine Liste der auf seinem Gebiet bestehenden Organisationen aufstellen und muss dann nach Wegen suchen, wie Leute in diese Organisationen einschleusen kann. Er muss sich bemühen, Idealisten in diese Organisationen hineinzubringen. Wenn das nicht möglich ist, dann muss man gegen diese Organisation eine andere mit gleicher Thematik aufbauen.

Das Kennen der Doktrin, der Methoden und der Strategie genügt nicht, um eine richtige Entscheidung zu treffen. Um eine richtige Entscheidung zu treffen, braucht man richtige Informationen. Deshalb sollen an sehr gefährlichen und empfindlichen Stellen Leute eingesetzt oder an diesen Stellen Leute gewonnen werden, nur um Informationen zu bekommen. Wenn nötig, um Informationen zu bekommen, ist es sogar möglich, eine Frau zu mieten".

Diese Ratschläge an MHP Mitglieder beleuchten den Hintergrund ihrer blutigen Taten. Wie man Provokationen in der Türkei anzetteln kann und welche Rolle die MHP spielt, zeigt folgendes Beispiel:

Bei seiner Reise in Westanatolien enthüllte Ecevit die Machenschaften der MHP und der Regierung der "Nationalistischen Front" in der Tageszeitung Cumhuriyet vom 21.3.76:

"Aus den Erklärungen des Herrn Aussenministers Çağlayangil, die in einer Zeitung veröffentlicht wurden, geht hervor, dass hinter den Gewaltaktionen in der Türkei, der US-Geheimdienst steckt. Er bringt die sowohl rechts als auch links orientierten Gewaltaktionen in der Türkei in Verbindung mit den Verschwörungen und Provokationen dieses US-Dienstes und seiner Komplizen in der Türkei.

Durch ihre seit Jahren andauernden Erklärungen über die Machenschaften des internationalen Kommunismus in der Türkei, haben die Führer der Gerechtigkeitspartei von der Nation verborgen, dass etwas anderes hinter diesem Spiel stand, obwohl sie darüber Bescheid wussten und sogar selbst mit diesen Drahtziehern Hand in Hand arbeiteten.

...

... Ohnehin hat es sich des Öfteren herausgestellt, dass die Zeichner von Hammer und Sichel an den Wänden diejenigen waren, die die Front-Regierung unterstützten.

In der Provinzleitung der MHP in Izmir wurden Bündelsweise Papiere aufgefunden, auf die Hammer und Sichel aufgezeichnet waren".

Die Entstehung der Übungslager von Kommandoeinheiten

Aus einem in der Tageszeitung Hürriyet vom 10.1.1969 erschienenen Interview mit Türkeş:

Frage: Es wird davon gesprochen, dass ihre Parteiangehörigen durch die Gründung von Übungslagern Kommandoeinheiten ausbilden?

Antwort: Das ist richtig. Rifat Baykal hat am Koreakrieg teilgenommen. Er weiss darüber sehr gut Bescheid. Bei diesen Kursen haben die Jugendlichen Boxen geübt, Sport getrieben und Judo gelernt. Der einzige Zweck ist, bei einer Aktion der Kommunisten, solche bestimmten und gründlichen Kenntnisse zu haben, wie eine Kundgebung aufgelöst wird und wie man dem entgegentritt.



Frage: Wieviele sind so ausgebildet?

Antwort: Über Tausend. Das ist die Zahl derjenigen, die gegenwärtig ausgebildet und diszipliniert sind. Sonstige Teilnehmer sind natürlich nicht mitzerechnet. Zur Bewegung gehören auch diese Jugendliche.

Frage: Wie charakterisieren Sie die letzten Tage?

Antwort: Die Kommunisten wollen die Spannung erhöhen, die Strassen beherrschen und die Universitäten erobern. Wenn sie diese Plätze leer finden, werden sie natürlich nicht davor zurückschrecken, sie zu erobern. Doch jetzt sind wir da gegen sie. Wir kommen alle, die diese Ereignisse angezettelt haben. Sie führen nun unseren Atemzug in ihrem Nacken.

Frage: Man weiss, dass diese Jugendlichen, die Komandos genannt werden, in einer Reihe von Organisationen

tätig sind. Sie führen Angriffe durch und nennen sogar ihre Abteilungs-führer "A-1" oder "A-2". Sie gebrauchen Lösungsworte und nennen Sie "Führer".

Antwort: Ja, es gibt sie. Das ist eine disziplinierte Gruppe. Eine Reihe von nationalistischen Jugendverbänden gibt es nicht. Es gibt ein paar. Aber es gibt eine entschieden disziplinierte Gruppe. Es gibt auch Anschlussteilnehmer an diese Gruppe. Wir führen keinen Militärdienst durch. Wir bilden nicht fürs Militär oder für Zivilverteidigung aus, sondern wir bauen bei Strassen-oder Uni-Aktionen der Kommunisten Dämme auf.

Frage : Wenn die Zusammenstöße der beiden Gruppen sich ausweiten, sogar bis in das Volk hineindringen, wird das dann nicht gefährlich?

Antwort: Nein. Denn wir haben mit unseren Jugendlichen die Dämme aufgebaut. Die Aktionen der Kommunisten werden sich nicht mehr entwickeln. Sie werden sehen, nach einiger Zeit wird es völlig beendet sein. Vielleicht wird es in diesen Tagen noch einige Vorfälle geben, doch es wird sich dann stabilisieren. Weil wir gegen sie da stehen.

Frage : Treffen Sie sich mit den Kommandos?

Antwort: Nein, ich treffe nicht mit ihnen. Es gibt Freunde von mir. Wir arbeiten die Taktiken aus. Wir erläutern ihnen, was zu machen ist. Dann wird es dorthin weitergeleitet.

Frage : Werden die Kommandogruppen ausgedehnt?

Antwort: Ja. In diesem Sommer, und zwar sofort. In allen Teilen des Landes, in allen Provinzen werden Vorbereitungen getroffen, um die Kommandos auszubilden.

Frage : Als letztes kann ich noch schreiben, dass die nationalistische Jugend für die Verhinderung und Zurückdrängung der kommunistischen Aktionen in Bewegung ist, ihren Pflichten nachkommt und dass Sie die Bewegung der Kommandojugend völlig unterstützen?

Antwort: Das ist richtig und ich unterstütze diese Jugend in jeder Hinsicht".

Ein anderes Interview mit Türkeş (Entnommen aus dem Buch von Abdi İpekçi "Liderler Diyor ki" (Die Meinungen der Führer) erschienen im Jahre 1969):

Frage : Es gibt eine Kommandofrage. Was meinen Sie dazu?

Antwort: ...Alle politischen Parteien in allen Ländern sind bemüht, die legalen Druckgruppen zu erobern. Sie versuchen, den Weg zur Macht für sich dadurch freizumachen, indem diese legalen Druckgruppen mit Formationen der lebendigen Kräfte (nämlich der Armee) zusammenarbeiten. Also, die MHP ist nicht die erste Partei, die bei der Organisation der Jugend diesen Weg eingeschlagen hat.

Frage : Man sagt, dass die Übungslager der Kommandos an grosse finanziellen Möglichkeiten gebunden sind. Aber die finanziellen Möglichkeiten der MHP sind bestimmt und begrenzt. Deshalb ist es zweifelhaft, wie die Finanzierung gewährleistet wird?

Antwort: Wir finanzieren die sogenannten Kommandoübungslager so:

Es wird zuerst in einem Gebiet, in dem die Eröffnung eines Übungslagers vorgesehen ist, ein "Kommandovorbereitungskomitee" gegründet. Dieses Komitee setzt erst den Ort des Übungslagers und danach die Zahl der teilnehmenden Jugendlichen am Übungslager fest. Nach dem das Komitee alle Bedürfnisse für dieses Unternehmen festgestellt hat, wird zur Beschaffung übergegangen".

Die Finanzierung der MHP und ihre Unterorganisationen

Offensichtlich ist es für Türkei unangenehm, die Frage der "Finanzierung" beantworten. Er spricht von der "Beschaffung". Aber wie und woher das alles beschafft wird, ist für alle zweifelhaft, auch für den Journalisten. Übrigens stammt diese Interview aus dem Jahre 1969. Allein bis Ende 1969 wurden 35 von solchen Übungslagern gegründet. Inzwischen entstanden noch mehrere Unterorganisationen der MHP, deren Finanzierung auch für eine grosse Partei ungewöhnlich schwer sein sollte. In der Türkei gibt es viele Berufsverbände und demokratische Massenorganisationen, wie Gewerkschaften, Jugend-Studenten-Lehrer-Frauen-und Ingenieur-und Architektenverbände usw. Die MHP gründete überall dort, wo einer dieser Verbände existieren, Organisationen mit ähnlichen Thematik, um mit Massen in Kontakt zu kommen und um gegen die demokratische Organisationen Terrorüberfälle zu inszenieren. Die MHP versucht damit den Anschein zu erwecken, es gebe Streit zwischen links-und rechtsgerichteten Organisationen und die MHP habe damit nichts zu tun.

Die MHP finanziert neben den Kosten von MHP-Zentralen und Büros in allen Landesteilen auch noch die Kosten der Übungslager, der MHP Jugendorganisationen und die Kosten ihrer Unterorganisationen, wie "Ülkü Ocakları", "Ülkü-1", "Büyük Ülkü Dernekleri" (Nationalistische Gemeinschaft und Verbände, die inoffizielle Jugend-und Massenorganisationen der MHP sind. Ihre Mitglieder werden in den Übungslagern ausgebildet. Sie sind paramilitärische Schlägertrupps der MHP), "Ülkü-Tek", "Ülkü-Sen" (Nationalistische Lehrer-und Gewerkschaftsverbände) und "MISK" (Konföderation der nationalistischen Arbeitergewerkschaften).

Obwohl diese Organisationen keine Massenbasis haben, werden sie grosszügig finanziert und für die Kosten ihrer Büros und Gebäuden grosse Aufwendungen erbracht.

Die Frage "wie die MHP dies alles finanziert", hängt mit der Frage "wer steht hinter MHP" zusammen. Diese Frage wird im letzten Teil behandelt. Doch an dieser Stelle scheint es wichtig zu erwähnen, dass der MHP-Senator Kudret Bayhan vor einigen Jahren in Frankreich wegen "Opiumschmuggel" verhaftet wurde. Er wurde an der Grenze bei der Einschleusung von Opium im Werte von mehreren Millionen DM. festgenommen. Sein späterer Ausschluss aus der MHP ändert nichts daran, dass hier deutlich wurde, wozu die MHP fähig ist, um die Kosten der Partei zu decken.

Ein weiteres Interview von Türkeş mit der Tageszeitung Günaydın (Entnommen aus der Tageszeitung Cumhuriyet vom 21.12.75):

"...Es ist möglich, dass die Jugendlichen bewaffnet sind. Wir sind eine Nation mit einem eigenen Hang zu den Waffen. Wer von uns besitzt denn keine Waffe? Die Nationalisten haben Waffen nationaler Herstellung. Aber die Linksanarchisten haben tschechische und russische Waffen..."

Alle MHP Gegner müssen fürchten

Türkeş: "Wir werden es noch einmal und tausendmal wiederholen: Diese Heimat wird entweder uns gehören oder niemandem!"

Aus der Zeitschrift "Devlet" Nr. 194:

"Die als Kommandos bezeichneten nationalistischen Jugendliche waren zuvor ganz wenig, dann aber sind sie schnell angewachsen. Zuvor waren sie schwach, dann aber haben sie sich in kurzer Zeit durch ein hohes, der türkische Nation eigenes Bewusstsein BEWAFFNET und sind stärker geworden!"

Aus der Zeitschrift "Devlet" vom März 1974:

"An dem Tag (der Endlösung, d. Hrsg.) werdet ihr alle (gemeint sind alle MHP Gegner, d. Hrsg.) keine Geltung mehr haben, nicht einmal soviel wie eine Küchenschabe!"

5) Die Strategie der MHP und ihre Praxis

Nach der Zeitschrift "Devlet" Nr.193 beruht die Strategie der MHP auf 3 Stufen:

- A) Die Eroberung der Strassen
- B) Die Eroberung des Staates
- C) Die Eroberung des Parlaments.

Wie diese Strategie praktiziert wird, erfahren wir im Folgenden:

A) Die Eroberung der Strassen

Dieser Teil der Strategie wird von paramilitärischen Schlägertrupps (Kommandos) der MHP praktiziert. Ihre Aufgabe besteht darin, dass sie Schlägereien, Zusammenstösse provozieren, Verschwörungen und Provokationen anzetteln, Angriffe und Terrorüberfälle durchführen, drohen, morden, die demokratische Kräfte terrosisieren und überall Angst verbreiten. Von ihren Aktionen sind alle demokratische Organisationen und Einrichtungen und alle Schichten der Bevölkerung betroffen. Unten sind einige Beispiele von ihren Aktionen aufgeführt (Hier sind nicht alle ihre Terrorpraktiken enthalten, sondern nur ein Teil davon):

1) Terror gegen Arbeiter und Gewerkschaften:

Als wichtiger Teil der Eroberung des Staates sieht Türkei die Kontrolle der Betriebe und der Gewerkschaften durch die MHP. Hierzu hat er besonders nach der Beteiligung an der Regierung sein Amt und seine Stelle ausgenutzt, damit die Kommandos Schlüsselpositionen in Fabriken einnehmen (Siehe hierzu den Brief eines Kommandos an Türkeş am Ende dieser Teil). Ausserdem hatten die Parteien der Nationalistischen Front die grössten staatlichen Betriebe unter sich verteilt. So bekam Türkeş die Textilfabrik Tarsis bei Izmir und die Aluminiumwerke in Geydisenir. Türkeş hat aber gleich Anspruch auf die Autowerke in Bursa erhoben. Die Direktoren dieser Betriebe werden von der jeweiligen Partei bestimmt. Die Mitglieder dieser Partei werden sofort eingestellt und dafür sogar Planstellen gestoppt. Türkeş und MHP kontrollierten schon vor der Beteiligung an der Regierung die Zuckerfabriken, einige staatlichen Textilbetriebe und die Waffenfabrik in Kirikkale. Diese Waffenfabrik ist zugleich eine Ausbildungsstätte für die Kommandos. Die hier ausgebildeten Kommandos werden zu anderen Betrieben geschickt oder als Gewerkschaftsfunktionäre ernannt.

Heute beherrschen die Kommandos neben ihrer eigenen Gewerkschaftskonföderation MİSK auch noch 3 weitere wichtige Gewerkschaften. Die Gewerkschaft "Textil" in der Gewerbeindustrie, die Gewerkschaft "Şeker-İş" in der Zuckerindustrie und die Gewerkschaft "Türk Metal-İş" in der Metallindustrie, die der Türkischen Gewerkschaftskonföderation Türk-İş angehören. Der Generalsekretär von Türk-İş, Sadık Ude, ist ein Anhänger von MHP und gleichzeitig Vorsitzender von Şeker-İş.

Um die Betriebe, die der MHP unterstellt wurden, unter Kontrolle zu bringen, d.h. auf die Arbeiter Druck zu üben, veranstalten die Anhänger der MHP offene Provokationen. Da in diesen Betrieben eine starke aggressive Gewerkschaftsbewegung Fuss gefasst hatte, war es für die MHP nicht möglich die Arbeiter dieser Betriebe aufs Knie zu zwingen. So ging die MHP in diesen Betrieben durch die von ihr kontrollierten Gewerkschaften zu bewaffneten Aktionen über.

Der Fall von Taris:

Aus der Zeitschrift der Textilgewerkschaft, Ausgabe April 1976:

"Die Arbeiter der Firma Taris in Izmir kämpfen um die Mitgliedschaft in der progressiven Gewerkschaft Textil, die der DISK angehört. Der Unternehmer tut alles, um die Arbeiter daran zu hindern. Es werden 200 als Arbeiter getarnte Kommandos eingestellt, die von ausserhalb von Izmir hergeholt wurden. Bei der Arbeit greifen sie mit Messern und Schusswaffen die Arbeiter an und verletzen dabei 30 Arbeiter, 3 davon schwer. Die ins Krankenhaus gebrachten verletzten Arbeiter werden noch einmal von den Kommandos überfallen. Sie versuchen die Arbeiter aus den Fenstern hinauszuerwerfen. Die in der Nähe Anwesenden verhindern die Morde

Der Fall von Seydişehir:

Ende des Jahres 1975 haben die Kommandos ihre Tätigkeit in Aluminiumwerke in Seydişehir intensiviert. Aus Kırıkkale kam einer der Führer von Kommandos Erdogan Asilyüce nach Seydişehir und wurde sofort Organisationsleiter von Türk Metal-İş, die der Türk-İş angehört. Mit Morddrohungen und Schlägereien zwang er die Arbeiter, aus der Gewerkschaft Özgür Alüminyum-İş, die der Gewerkschaftskonföderation DISK angehört, auszutreten und in Metal-İş eintreten. So forderte er die Arbeiter in einer Erklärung vom 23.12.75 auf, bis zum Monatsende in Türk Metal-İş einzutreten. Bis dahin würden sie den Fall Seydişehir erledigen (Entnommen aus der Tageszeitung Cumhuriyet vom 12.1.76).

Am 26.12.75 haben die Kommandos mit den Abzeichen vom "Grauen Wolf" die Eingänge der Werke besetzt und forderten die Arbeiter auf, in Metal-Is einzutreten. Als die Arbeiter sich weigerten, griffen die Kommandos mit Waffen an. Hunderte Arbeiter wurden verletzt. An diesem Tag waren auch Polizei- und Gendarmerieeinheiten dabei. Sie haben offen die Kommandos unterstützt. Die Besitzer der Autos mit den Kennzeichen 06 KA 598, 06 KC 817 und 06 LS 338 haben den Kommandos Waffen gebracht, verteilt und schrien "Schlagt tot, die gottlosen Kommunisten!". Gegen diese Autobesitzer wurde bis jetzt kein Strafverfahren eingeleitet. Tagelang dauerten die Zwischenfälle. Die Arbeiter verteidigten das Werk und ihre Gewerkschaft.

Der Fall von Seydişehir ist vor Gericht. Aber kein Richter wagt, den Fall zu behandeln. Ein Rechtsspruch gegen die Kommandos würde dem Tod des Richters gleichkommen. Am Verhandlungstag ist der zuständige Richter entweder krank oder in Urlaub.

Aus Cumhuriyet vom 11.1.76:

"In Seydişehir setzt eine Bande die Staatsgewalt ausserbetrieb!".

Aus Cumhuriyet vom 30.9.76:

"Auch in Stahlwerke in Iskenderun haben die Kommandos öfter die Arbeiter, die fortschrittliche Zeitungen und Bücher lesen und Mitglieder der DISK sind, in den Wohnheimen angegriffen. Bei einem Zwischenfall am Ende September 1975 wurden hunderte von Arbeitern verletzt".

Der Fall von Bursa:

Die Zeitung Cumhuriyet meldete am 26.1.76 aus Bursa folgende Nachricht:

"Die Ortsleitung der Nationalistischen Gemeinschaften (Ülkü Ocakları)

Yenisehir hat über den Lautsprecher der Gemeinde bekanntgegeben, wer in Fabriken in Bursa arbeiten will, möge sich umgehend an sie wenden".

In einem Land mit mehreren Millionen Arbeitslosen ist es ein grosses Glück, eine Arbeitsstelle zu finden. Der Weg zum Arbeitsplatz führt aber erst zu einer Mitgliedschaft bei der MHP oder der "Nationalistischen Gemeinschaften."

So wollte die MHP die grössten Autowerke in der Türkei, die durch die Investitionen von Fiat und Renault gebaut waren, von innen aus beherrschen. Aber der grösste Teil der Arbeiter dieser Werke war entschlossen, und ihr Wille zur Demokratie unbeugsam.

Bei den vorjährigen Tarifverhandlungen meldete sich die Gewerkschaft "Türk Metal-İş" zum Wort und behauptete, dass die Masse der Arbeiter bei ihr organisiert sind. Nur sie sei berechtigt, die Tarifverhandlungen abzuschliessen. Der Generaldirektor der Werke war auch an ihrer Seite. Aber bei einer Abstimmung stimmten über 80 % der Arbeiter für DISK. So musste die MHP vorläufig die Niederlage hinnehmen und konnte nicht sofort zu bewaffneten Aktionen übergehen, da nach ihrem Plan erst die Aluminiumwerke in Seydişehir dran waren, wo sie Anfang des Jahres die blutigen Zusammenstösse dort in Bewegung gesetzt hatten. Erst im Juni 76 konnte die Kommandos ihre Tätigkeit in den Autowerken Tofaş und Renault intensivieren.

Aus der Zeitung der Metallgewerkschaft (Maden-İş) vom Juniausgabe 76:

"Am 15. Juni kamen die Kommandos zu den Renault Werken und versuchten die Zeitung der Gewerkschaft "Türk Metal-İş" zu verteilen. Als die Arbeiter sich weigerten, die Zeitung zu nehmen, fingen sie mit Kanthölzer und Eisenstangen die Arbeiter anzugreifen.

Nach 2 Tagen wurde das Haus des Vertrauenskörper-Vorsitzenden mit Sprengstoff beworfen.

Am 30. Juni kamen die Kommandos diesmal zu Tofaş-Fiat Werken. Sie zwangen die Arbeiter, die Zeitung der "Türk Metal-İş" zu nehmen und forderten die Arbeiter dazu auf, aus DISK auszutreten. Diesmal hatten sie auch Schusswaffen. Als die Arbeiter sich den Kommandos entgegenstellten, stiegen sie in ihre Wagen ein, öffneten Feuer auf die Masse und fuhren sofort fort. Die Schüsse trafen den Arbeiter Muammer Çetinbaş, der gleich starb und noch zwei weitere Arbeiter, die schwer verletzt wurden.

Ein Wagen hatte das Kennzeichen 06 KC 817 und gehörte der Gewerkschaft "Türk Metal-İş" und Türk-İş. Im Fahrzeug befand sich auch der Ortsvorsitzender, Baki Yeşiloğlu, der ebenfalls geschossen hatte".

Am 10. Juli veranstaltete DISK eine Protestdemonstration in Bursa gegen den faschistischen Terror, an der über 50 tausend Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung teilnahmen. Sie protestierten gegen die MHP und Nationalistischen Gemeinschaften und forderten zugleich die Aufhebung der "Staatssicherheitsgerichte."

In der Tageszeitung Milliyet hat der Journalist Ürsan Öymen einen Brief veröffentlicht, der von einem Kommando an Türkeş geschrieben wurde:

"Mein Führer,

Ich bin Grundschullehrer, verheiratet und habe 2 Kinder.

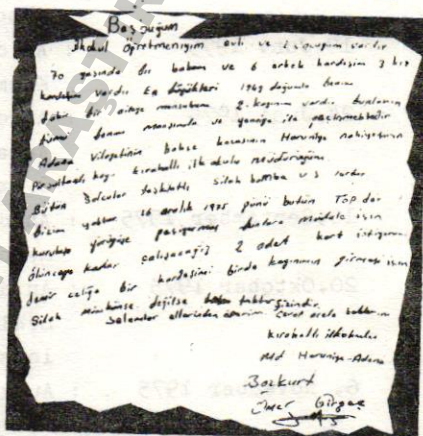
... Am 16. Dezember soll der TÖF-DER (Lehrerverband, d. Hrsg.) eine Demonstration durchführen. Wir werden uns bemühen, bis zum Tode anzugreifen. Ich möchte 2 Karten haben wegen der Einstellung meines Bruders und meines Schwagers im Hüttenkombinat... Wenn möglich. Wenn nicht, mögen Sie entscheiden.

Meine Grüsse. Ich küsse ihre Hände.

Erwarte sofortigen Bescheid.

Direktor der Grundschule in Kırıkkhanlı

Der Graue Wolf Ömer Girgeç".



2) Terror gegen Studenten:

- 31.März-1.April 1975: Machtantritt der "Nationalistischen Front"
- 4.April 1975 : Bei Schlägereien an der Politischen Fakultät der Universität Ankara gab es 5 Verletzte.
- 14.April 1975 : Die Kommandos provozierten eine Auseinandersetzung an der Ingenieur-Akademie Galatasaray-Istanbul.
- 3.Mai 1975 : Bei Schlägereien an der Technischen Universität Karadeniz gab es 3 Verletzte.
- 13.Mai 1975 : Auf die Häuser der Professoren Alacakaptan und Aksoy wurden Bombenanschläge verübt.
- 19.Juni 1975 : An der Technischen Universität in Ankara haben die Kommandos 3 Studenten niedergestochen.
- 24.Juni 1975 : An der Politischen Fakultät der der Universität Ankara wurden bei Schlägereien 2 Polizisten und 2 Studenten verletzt.
- 10.September 1975 : An der Technischen Universität Ankara haben Kommandos einen Studenten niedergestochen.
- 20.Oktober 1975 : An der Technischen Universität Istanbul wurde ein Schlägerei provoziert. Eine Fakultät wurde geschlossen.
6. November 1975 : Aufgrund von Schlägereien wurde die Technische Universität Istanbul für 12 Tage geschlossen.
- 21.November 1975 : Zwei Verletzte bei einer Schlägerei an der Universität Hacettepe in Ankara
27. Dezember 1975 : An der PH Ankara wurden bei Auseinandersetzungen ein Polizist und 4 Studenten verletzt.
5. Januar 1976 : An der PH Kadıköy-Istanbul wurde ein Ehepaar von von Schüssen der Kommandos verletzt.
- 6.Januar 1976 : 2 schwer- und 7 leichtverletzte Studenten bei Auseinandersetzungen an der PH Ankara.
- 8.Januar 1976 : Bei einer Schlägerei an der Universität Hacettepe Ankara gab es 13 Verletzte.
11. Januar 1976 : An der Technischen PH Ankara erlag ein Student seinen Schussverletzungen.
- 12.Januar 1976 : Kommandotrupps haben die Medizinische Fakultät überfallen und mehrere Ärzte verprügelt.

27. Januar 1976 : Ein Student der Technischen Universität Istanbul wurde getötet.
30. Januar 1976 : Der Journalist Jürgen Roth wurde an der Juristischen Fakultät von Kommandos überfallen, ein Student wurde getötet.
1. März 1976 : Die Technische PH Ankara wurde von Kommandotrups besetzt.
3. März 1976 : Studenten der Technischen Universität Ankara wurden im Zubringerbus von Kommandos überfallen.
8. März 1976 : An der Technischen Universität Istanbul wurde ein Student getötet.
22. März 1976 : An der Philosophischen Fakultät wurde ein Bombenanschlag verübt.
29. März 1976 : An der Technischen Universität Karadeniz wurde ein Student getötet.

Unten sind noch zwei interessante Beispiele aufgeführt, die den Terror der Kommandos gegen die Studenten verdeutlichen:

Am 13.1.76 haben 200 Kommandos die staatliche Akademie für Ingenieur- und Architekturwesen und die Fakultät für Naturwissenschaften in Izmir mit Waffengewalt besetzt und auf die Studenten geschossen. Daraufhin kamen Gendarmereieinheiten zur Stelle. Der Gendarmeriehauptmann von Bornova Hanefi Erkan liess das Uni-Gebäude umstellen. Keiner der Kommandos konnte entkommen. Sie wurden verhaftet. Bei den Kommandos hat man 10 Pistolen, 10 Ladungen Dynamit, 20 Messer, 200 Kugel und mehrere Ketten und Würgedrähte gefunden.

Später wurde der Hauptmann Hanefi Erkan von Türkeş als "einen Linksextremisten und Urheber der Ereignisse" bezeichnet, weil er es wagte, seinen Pflichten nachzukommen und durch die Verhaftung von Kommandos ein Blutbad zu verhindern.

Am 8. April 1976 haben die Schlägertrups der MHP die Fakultät für politische Wissenschaften überfallen und den fortschrittlichen Studenten Hakan Yurdakuler, Sohn eines Senators, vor den Augen der Polizei erschossen und viele Studenten verletzt. Die Mörder wurden von der Polizei nicht verhaftet. Danach hat die Polizei auf die Menge der protestierenden Studenten von 3 Hochschulen mit automatischen Waffen geschossen. Das Studentenheim von Hacettepe wurde überfallen. Dabei wurden 2 Studenten Orhan Esari und Burhan Esin erschossen und über 40 Studenten schwerverletzt. 900 Studenten wurden festgenommen und verhört.

3) Terror gegen Lehrer

Nicht nur gegen Arbeiter und Studenten richten sich die Mordanschläge, sondern auch gegen den Lehrerverband TÖB-DER, der z.Z. über 130 000 Mitglieder zählt.

31. März-1. April : Machtantritt der "Nationalistischen Front"
1. April 1975 : Das Büro von TÖB-DER in Afyon wurde unter Gebrauch von Schusswaffen überfallen.
3. April 1975 : Der Vorsitzende der TÖB-DER in Erzurum wurde von Kommandos niedergestochen.
17. April 1975 : Das Haus des Direktors vom Gymnasium in Antakya wurde beschossen.
19. April 1975 : An der Pädagogischen Hochschule Amasya wurden der Direktor der Schule und sein stellvertreteter verprügelt.
24. April 1975 : Derselbe Direktor der PH Amasya wurde in Ankara niedergestochen.
3. Mai 1975 : An der PH Ankara und PH Pazarören wurden von Kommandos Schlägereien provoziert. Es gab über 10 Verletzte.
10. Mai 1975 : Die PH Ankara wurde von Kommandos mit Steinen beworfen.
3. Juli 1975 : Die PH von Tokat wurde von Kommandos überfallen. Es gab 3 schwer- und 4 leichtverletzte Studenten.
1. September 1975 : Auf die Vorsitzenden der TÖB-DER in Sakarya und Akseki wurden Anschläge verübt.
2. September 1975 : In Amasya wurde ein Lehrer von Kommandos niedergestochen.
29. September 1975 : Ein von der TÖB-DER in Oltu veranstaltetes Seminar wurde von Kommandos überfallen.
21. Oktober 1975 : Aufgrund der provokatorischen Aufhängung des Porträts von Türkeş gab es Auseinandersetzungen. 100 Studenten wurden verhaftet.
24. Oktober 1975 : Bei Ereignissen an der PH Ankara wurden 1 Student verletzt, 7 weitere von Kommandos verprügelt.
29. Oktober 1975 : An der PH Hatay wurde das Porträt von Atatürk durch das von Türkeş ausgetauscht.

4. November 1975 : An der PH Ankara wurde ein Student bei von Kommandos provozierten Auseinandersetzungen getötet.
15. November 1975 : In Ankara wurden zwei Lehrer auf offener Strasse von Kommandos beschossen.

Aus Cumhuriyet vom 25. Januar 1976:

"Der Stadtkommandant der Gendarmerieeinheit von Silopi, Ahmet Cem Er-sever, hat in der Stadt die Vereinigung "Ülkü-1" ins Leben rufen lassen und setzt die Bevölkerung unter Druck, in diese Vereinigung einzutreten. Er ruft die Bewohner oft zusammen und droht: "Ihr seid Kurden. Ich werde mich nicht als Menschen bezeichnen, wenn ich von hier gehe, bevor ich 8-10 von Euch getötet habe!".

Er setzt auch die der TÖB-DER angehörenden Lehrer unter Druck. Er ließ durch die Soldaten das Namensschild von TÖB-DER zertrümmern und wegwerfen".

Aus der TÖB-DER Zeitung vom 15. April 1976:

"Der Direktor des Gymnasiums in Bismil, Idris Cavaş, der als Kommandosympathisant bekannt ist, sagte offen: "Im Gymnasium in Bismil haben wir nicht das Ziel Bildung und Erziehung, sondern wir wollen Militanten für die MHP gewinnen!".

Aus der TÖB-DER Zeitung vom 24. August 1975:

"Infolge der Ereignisse in Kirsehir wurde der Kreisvorsitzende von TÖB-DER in Kirsehir auf der Strasse, im Polizeirevier und im Krankenhaus von den Polizisten so verprügelt, dass er am Schädel und an den Rippen verletzt wurde".

Aus der TÖB-DER Zeitung vom 8. November 1975:

"Das Lehrerbildungsgymnasium in Akçadağ wurde von den Kommandos überfallen. Anstatt die Täter zu fassen, hat man 12 Lehrer entlassen und inhaftiert".

Aus Cumhuriyet vom 24. Januar 1976 :

"Aufgrund einer geheimen Anweisung des Erziehungsministeriums wurden 108 Schüler des Lehrerbildungsgymnasiums in Mersin, die vor kurzem gegen die Willkürmassnahmen protestiert hatten, unter Einsatz der Polizei aus der Stadt ausgewiesen".

Auf eine Erklärung vom Ministerpräsidenten Demirel, dass in der Türkei keine Unterdrückung der Lehrer gäbe, antwortete der damalige Vorsitzende von TÖB-DER Cemil Çakır mit einer Aufzählung der Fälle.

Aus Cumhuriyet vom 13.7.1976:

"Es gibt niemanden mehr, der nicht über die andauernde, systematische und planmässige Unterdrückung der Lehrer seit dem Machtantritt der Nationalistischen Front Bescheid wüsste. Die Liste der Unterdrückung geben wir noch einmal der Öffentlichkeit bekannt:

Die Zahl der ermordeten Lehrer	: 7
" " " entlassenen Lehrer	: 200
" " " verprügelten und verletzten Lehrer	: 500
" " " gewaltsam von ihren Familien getrennten Lehrer	: 415
" " " strafversetzten Lehrer	: 600
" " " vor Gericht gestellten Lehrer	: 245
" " " verbotenen TÖB-DER Organisationen	: 32
" " " in einem Jahr beim obersten Verwaltungsgericht erhobenen Klagen der Lehrer	: 1378
" " " Beschlüsse des obersten Verwaltungsgerichtes zur Einstellung der Ausführungsverfahren über die Lehrer	: 480
" " " vorbereiteten Akten, die an das oberste Ver- waltungsgericht abgegeben werden	: 1800".

4) Terror gegen Republikanische Volkspartei (CHP)

Auch Mitglieder und Anhänger der Republikanischen Volkspartei (CHP) werden von Terrorüberfällen betroffen. Sie werden verprügelt, erstochen und erschossen. Ihre Büros, Geschäfte und Läden werden oft von MHP-Schlägertrupps überfallen und ausgeplündert.

31. März-1. April : Machtantritt der "Nationalistischen Front"
23. April 1975 : In Çorum, Amasya und Çanakkale wurden Mitglieder der CHP von Kommandos verprügelt.
1. Mai 1975 : Der Jugendsekretär der CHP Ankara wurde von Kommandos niedergestochen.
9. Juni 1975 : 5 Mitglieder der CHP in Vanisa, darunter der Jugendsekretär wurden von den Mitgliedern der MHP verletzt.
21. Juni 1975 : Die Kundgebung der CHP in Gerede wurde von Kommandos mit Steinwürfen und Schlagstockeinsatz gestört.
12. August 1975 : In Işdır wurden bei von Kommandos provozierten Auseinandersetzungen 30 Läden von Kleinhändlern verwüstet, die der CHP angehören.
1. September 1975 : In Develli wurden drei Jungmitglieder der CHP von Kommandos verletzt.
2. September 1975 : Auf das Parteibüro der CHP in Incesu wurde ein Anschlag verübt.
4. September 1975 : Die Teilnehmer an einer Kundgebung in Elazığ wurden von Kommandos überfallen. Es gab 50 Verletzte.
9. September 1975 : Der Abgeordnete der CHP im Parlament, Süleyman Genç, wurde in Izmir überfallen und verletzt.
27. September 1975 : Der Abgeordnete der CHP im Parlament, Usumi, wurde in Horan von Mitgliedern der AP und MHP unter Schusswaffengebrauch überfallen.
11. Oktober 1975 : Nach einer Kundgebung der CHP in Ankara wurde die auseinandergehende Menge von der Bereitschaftspolizei bedrängt. Es gab 2 Tote und 50 Verletzte.
31. Oktober 1975 : Das Parteibüro der CHP in Antalya wurde von jugendlichen Mitgliedern der AP und MHP überfallen.
2. November 1975 : Der Vorsitzende der CHP von Niğde-Ulukışla wurde von Kommandos erstochen.

6. November 1975 : Auf das Parteibüro der CHP Antalya wurde ein Bombenanschlag verübt.
7. November 1976 : Auf das Parteibüro der CHP Nallihan wurde ein Anschlag verübt.
28. November 1975 : Das Parteibüro der CHP Manisa wurde von Kommandos verwüstet.
8. Januar 1976 : Das Parteibüro der CHP wurde von einem Kommando-
trupp beschossen. Es gab 3 Verletzte.

Am 4.9.1976 Provozierten die Kommandos eine Schlägerei in Elazığ. Daraufhin griff die Polizei ein. Die Kommandoanhänger Ibrahim Ogeye und Ali Fıza Gün wurden zum Polizeirevier gebracht, da man bei ihnen Messer gefunden hatte. Danach wurden sie jedoch von der Polizei freigelassen. Kurz nach ihrer Freilassung provozierten die Kommandos noch eine Schlägerei. Bei der Auseinandersetzung wurde der Student Melih Kunter, der angeblich Kommandoanhänger sein soll, von Unbekannten erschossen. Daraufhin starteten die Kommandos einen Generalangriff gegen die demokratische Personen und Organisationen in der Stadt. Mit Rufen "Rache!", "Blut für Blut!" und "Die Graue Wölfe kommen!" überfielen die Kommandos das Parteibüro der CHP, die Büros von TÖB-DER, von Genel-İş (Gewerkschaft für öffentliche Verkehr und Transport) und von Tüm-Der (Angestelltenverband) und verwüsteten sie. Die Läden, Geschäfte, Häuser und Autos von CHP Mitgliedern wurden mit Steinen beworfen, beschädigt und verwüstet. Durch die Schüsse von Kommandos wurden Ali Alpay und Selahattin Güler ermordet. 56 Personen wurden -zum Teil schwer- verletzt. Die Stadt wurde Schauplatz eines Bürgerkrieges. Der Angriff der Kommandos dauerte tagelang und konnte nur durch die Einschaltung der Einheiten des 8. Armeekorps zurückgedrängt werden.

5) Die schreckliche Bilanz

Seit dem Machtantritt der Regierung der Nationalistischen Front unter dem Ministerpräsidenten Demirel am 1. April 1975 sind über 80 Morde an progressive oder parteilose Bürger in der Türkei zu beklagen. Die meisten Morde gehen auf das Konto der paramilitärischen Schlägertrupps der MHP. Im Folgenden ist die schreckliche Bilanz der Kommandos seit der Regierungstätigkeit der MHP in 18 Monaten:

- 1) Veli Yıldırım, Student, ermordet am 30.3.75 in Ankara am Vorabend des Machtantritts der Regierung Demirel. Als es feststand, dass die Parteien der Nationalistischen Front unter Demirel die Regierung bilden, haben die Kommandos damit angefangen, zufällige Überfälle zu inszenieren. Der Mord an Veli Yıldırım signalisierte schon die kommenden Mordüberfälle.
- 2) Abdî Gönel, Arbeiter, ermordet am 24.4.75 bei einem Überfall von Kommandos auf das Studentenwohnheim Site in Istanbul. Er war im Wohnheim Angestellter.
- 3) Burçin Öztürk, zweijähriges Kind. Ermordet am 24.4.75 in Ankara durch die Schüsse von Kommandos.
- 4) Mehmet Toprak, Jugendlicher, ermordet am 27.4.75 in Kars durch Messerstiche.
- 5) Kamil Karakul, Soldat, beide ermordet am 23.6.75 bei der
- 6) Mehmet Aytekin, Jugendlicher, Protestdemonstration gegen den Besuch von Türkeş in Diyarbakır, durch die Schüsse von Kommandos. Diyarbakır ist eine Grenzstadt, die meist von Kurden bewohnt wird. Der Besuch von Türkeş war eine gezielte Provokation gegen die Kurden.
- 7) Met Kirkbulak, Schüler, ermordet am 10.7.75 in Bursa. Als mutmasslicher Mörder, wurde gegen den Vorsitzenden der "Nationalistischen Gemeinschaften" in Bursa, Efendi Barutçu, Haftbefehl erlassen.
- 8) Ahmet Deveci, Student, ermordet am 25.8.75 in Kırşehir, bei einer von Kommandos provozierten Unruhe.
- 9) Yusuf Vehbi Yılmaz, Jugendlicher, ermordet am 24.9.75 in Kırıkkale von Kommandos. Weil er sich geweigert hatte, den "Nationalistischen Gemeinschaften" beizutreten.

- 0) Ibrahim Kocakarın, Jugendlicher, ermordet am 25.9.75 in Muğla mit Schlagstöcken.
- 1) Ekrem Söğüt, Student, ermordet am 29.9.75 in Ankara bei einem Überfall der Kommandos in der Wirtschafts-hochschule.
- 2) Ayhan Alkan Beide Kundgebungsteilnehmer der CHP. Am 11.10.75 durch den Angriff der Polizei (X) mit den Panzern auf eine Kundgebung von CHP in Ankara ermordet.
- 3) Zühtü Pehlivanlı
- 4) İsmet Yücel, Ein Leiter der Ortsorganisation von CHP in Ulu-kışla, ermordet am 2.11.75 durch einen Spießstich ins Herz.
- 5) Alparslan Gümüş, Student, ermordet am 4.11.75 bei einem Kommando-überfall in die PH von Ankara.
- 6) Yaşar Üzcivelek, Student, ermordet am 7.11.75 beim Überfall der MHP-Angehörigen auf die TU von Istanbul.
- 7) Münir Çetinkaya, Schüler, ermordet am 17.11.75 bei einem Überfall der Kommandos auf die Schule in Malatya.
- 8) Muharrem Çivikıran, Student, ermordet am 23.11.75 und in seiner Wohnung tot aufgefunden.
- 9) Cezmi Yılmaz beide Studenten, ermordet am 1.12.75 durch die von einem fahrenden Auto abgegebenen Schüsse am hellen Tag in Çişli-Istanbul, als die beiden für die Überquerung der Strasse bei der roten Ampel gewartet hatten.
- 0) Halit Pelitözü
- 1) Kazım Gökteş, Gymnasium-Schüler, ermordet am 5.12.75 von Kommandos durch das Herunterwerfen vom 3. Stock in der Schule.
- 2) Cengiz Baş, Schüler, ermordet am 12.12.75 von Kommandos durch Messerstiche in Elazığ.
- 3) Kenan Dayıoğlu, Jugendlicher, ermordet am 24.12.75 in Ankara. Er wurde in einem Garten tot aufgefunden.
- 4) Şükrü Bulut, Student, ermordet am 7.1.76 von 4 Kommandos offen in der Uni-Kantine von Hacettepe in Ankara.
- 5) Yunus Ceylan, Student, ermordet, bei einer Schlägerei in der Techniker Hochschule in Ankara.
- 6) Nuray Erenler, Studentin, gestorben am 14.1.76 infolge der Verletzung, die durch die Polizei (X) am 8.1.76 abgegebenen Schüsse auf die Menge der Studenten.

- 27) Atila Özkan, Student, ermordet, am 19.1.76 bei einem Polizeiüberfall (X) in seiner Wohnung in Istanbul.
- 28) Mustafa Şenpınar, Bauer, ermordet am 20.1.76 in Pazarcık, bei einer von Kommandos angestifteten Unruhe in der Stadt. Unter den Fahnen von "Grauen Wölfen" gaben die Kommandos Schüsse auf die Menge ab.
- 29) Zeki Yılmaz, Student, ermordet am 21.1.76 von Kommandos. Er war ein Anhänger von MHP. Später jedoch weigerte er sich an Aktionen von Kommandos teilzunehmen. Deshalb wurde er in Ankara getötet.
- 30) Bekir Altındağ, Student, ermordet am 23.1.76 bei einem Zusammenstoß mit der Polizei (X) in Malatya.
- 31) Üzer Elmas, Student, ermordet von Kommandos. Er war am 12.1.76 in Istanbul schwer verletzt worden. Er starb am 27.1.76.
- 32) Metin Arıkan, Student, ermordet am 27.1.76 in Istanbul durch den Überfall der Polizei (X) auf den Trauerzug von Üzer Elmas an. Die Polizei griff mit Panzern an. Durch die Schüsse der Polizei starb Arıkan.
- 33) Cihan Şenyüz, Student, ermordet am 30.1.76 von der Polizei (X) durch die Polterung im Polizeirevier in Samatya-Istanbul. Er war am 26.1.76 von der Polizei in Revier genommen und von dort zum Krankenhaus ausgeliefert, wo er starb.
- 34) Semih Erbek, Student, ermordet von Kommandos. Er war einer von Hunderten Studenten, die am 3.1.76 in dem Uni-Bus saßen, der an der Haltestelle auf die Abfahrzeit wartete. Plötzlich kamen die Kommandos und gaben Schüsse auf die Studenten ab. Dabei wurde Erbek schwer getroffen und ist am 11.2.76 gestorben. Dieser Überfall ereignete sich vor dem Gebäude des Generalstabes in Ankara.
- 35) Mümtaz Akaya, Schüler, ermordet am 26.2.76 in Nazilli.
- 36) Hüseyin Güzel, Arbeiter, ermordet von Kommandos in Izmir. Er war am 1.3.76 durch den Kommandoüberfall verletzt. Er starb am 8.3.76.
- 37) Ata Yıldırım, Schüler, ermordet am 13.3.76 in Ankara von Kommandos.

- 38) Orhan Aydın, Student, ermordet am 29.3.76 im Uni-Wohnheim in Trabzon. Er wurde in seinem Zimmer tot aufgefunden.
- 39) Sami Ovalioğlu, Student, ermordet am 30.3.76 vor der Ingenieurakademie von Ankara durch den Überfall der Kommandos auf die Studenten.
- 40) Muhtad Karazehir, Schüler, ermordet am 30.3.76 in Kayseri in seiner Wohnung. Ihm wurde mit einem Beil der Schädel eingeschlagen.
- 41) Hakan Yurdakuler, Student, Sohn von Senator Muzaffer Yurdakuler. Er wurde am 8.4.76 bei einem Überfall der Kommandos auf die Fakultät der Politischen Wissenschaften erschossen.
- 42) Orhan Esari, Student, ermordet bei einem Polizeiüberfall (X) auf die Uni Hacettepe am 8.4.76 durch die Schüsse der Polizei in Ankara.
- 43) Burhan Esin, Student, ermordet bei einem Polizeiüberfall (X) am 8.4.76 durch die Schüsse der Polizei auf die demonstrierende Studenten in Ankara.
- 44) Hüseyin Hatipoğlu, Student, am 31.3.76 durch Folter in Isparta von Kommandos ermordet.
- 45) Mehmet Dağbaşı, Student, ermordet am 1.Mai 1976 in Istanbul, als er die erlaubten Maiplakate der DISK klebte, wurde er von Kommandos überfallen und erschossen.
- 46) Ali Fuat Okan, Student, ermordet am 1.Mai 1976 in Istanbul. Er kam aus Ankara, um an der Mai-Kundgebung teilzunehmen. Abends unterhielten sich die Studenten vor dem Wohnheim. Plötzlich überfielen die Kommandos die Studenten und erschossen dabei Ok.
- 47) Mehmet Kocadağ, Arbeiter, ermordet am 2.Mai 1976 in Istanbul. Er wurde mit den Messern niedergestochen. Kocadağ war aktiv an der Vorbereitung des 1. Mai beteiligt und er wurde mehrere Male von den Faschisten bedroht.
- 48) Hasan Çimşek, Lehrer, er starb am 14.6.75 im Krankenhaus infolge der von Schlägen auf den Kopf. Er wurde bewusstlos aufgefunden. Am 13.6.75 war er in Şavşat von Kommandos geschlagen worden.
- 49) Muammer Çetinbaş, Arbeiter, erschossen am 1.7.76 von Kommandos in Bursa.

- 50) Fahir Doğan, Student, er starb am 17.5.76 im Krankenhaus infolge seiner Verletzungen. Er war am 1.4.76 in Abidinpaşa Gymnasium in Ankara von Kommandos niedergeschossen worden.
- 51) Fevzi Aslantürk, Student, auf der Strasse erschossen am 18.5.76 in Hamamönü in Ankara von den Kommandos, die versteckt auf ihn warteten.
- 52) Erdoğan Yalçingil, Student, erschossen am 29.5.76 in Istanbul bei einem Überfall der Kommandos auf die Uni-Gelände in Gümüşsuyu-Istanbul.
- 53) Ensari Bingöl, Angestellter, er starb am 30.5.76 im Krankenhaus infolge seiner Verletzungen. Er war am 28.5.76 von Kommandos niedergeschossen worden, als er MHP Zeichnungen auf den Wänden seines Wohnblocks wegwischen wollte.
- 54) Ali Naci Çobanlıoğlu, Student, ermordet am 21.7.76 in Konya. Er wurde von Kommandos mit Messern niedergestochen.
- 55) Ahmet Albayrak, Student, erschossen am 16.6.76 in Erzurum bei einem Zusammenstoß zwischen MHP und MSP (Nationale Heilspartei) Anhängern. Er war früher MHP Anhänger und wurde von Kommandos getötet.
- 56) Şanver Cura, Student, CHP Mitglied. Ermordet am 10.8.76 in Salihli von Kommandos bei einer von Kommandos provozierten Schlägerei.
- 57) Orhan Seçilmiş, Student. MHP Mitglied. Er wurde von 5 anderen MHP Mitgliedern so geschlagen, dass er später im Krankenhaus starb.
- 58) Hayri Orak, CHP Mitglied. Er wurde am 16.9.76 von früheren Vorsitzenden der "Nationalistischen Gemeinschaften, Ergün Gök, in Kadirli erschossen.
- 59) Mahmut Yılmaz, Arbeiter, er wurde am 21.9.76 in Hüttenwerke in Iskenderun von einem Kommandos mit dem Schlag eines Eisenstanges an Kopf ermordet.
- 60) Ali Alpay, Beide wurden beim Frontalangriff der Kommandos
- 61) Selahattin Güler in Elazığ am 4.9.76 erschossen.
- 62) İsmail Tuncel, Student, er wurde am 24.9.76 in Elazığ von einem Wagen abgefeuerten Schüsse getötet.

- 63) Mehmet Emin Ebzen, Student, ermordet am 6.9.76 von Kommandos in Ankara.
- 64) Yusuf Tanık, Student. Kommandoangehörige. Er wurde bei einem Überfall der Kommandos auf die Ingenieur- und Architekten Hochschule Galatasaray in Istanbul am 28.9.76 von Kommandos erschossen.
- 65) Yakup Keser, Arbeiter, er wurde in Profilo Werken in Istanbul bei einem Polizeiüberfall (X) am 30.9.76 von der Polizei erschossen, die mit automatischen Waffen und Panzern die Arbeiter angriff.

Fussnote (X) : Die einige der von der Polizei begangene Morde wurden auch in diese Liste einbezogen. Die Erklärung hierzu finden Sie im Abschnitt "Die Eroberung des Polizeiapparates".

6) Terror und Racheakte gegen ehemalige Anhänger

Nach dem im Jahre 1973 von Türkeş verkündeten "Mordbefehl" droht für diejenigen, die die MHP verlassen wollen, der Tod. Viele, die zuvor irrtümlicherweise in die MHP gelangten und später Schluss machen wollten, gerieten in die Todesmaschinerie. Unten sind einige Beispiele aufgeführt:

- 1) Ata Yıldırım, Schüler, ermordet am 13.3.76 in Ankara von Kommandos. Diesen Mordfall hat der bekannte Journalist Örsan Öymen am 18.3.76 in der Tageszeitung Milliyet mit Beweismaterialien aufgeklärt: "Der Vater von Ata Yıldırım war ein langjähriger Parteifunktionär der MHP (4 Jahre Kreisleiter der MHP in Çankaya-Ankara, bei den Wahlen 2 mal Abgeordneten kandidat der MHP zum Parlament, Delegierte der MHP beim letzten Parteitag usw.). Doch seine schwankende Haltung in den letzten Tagen und die klare Stellung seiner Söhne gegen die MHP genügten schon, um seinen Sohn zu ermorden. Hierzu der Brief des Vaters Nusret Yıldırım an Türkeş:

"Sehr geehrter Alaslan Türkeş,
Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident,

Ich schreibe Ihnen diesen Brief nicht als ein Mitglied der MHP, der alle seine Jahre für die Partei geopfert hat, sondern als ein Vater, der von Leid gequält wird.

Mein 17 jähriger Lieblingssohn Ata Yıldırım wurde am Freitag auf dem Heimweg von der Schule von Angehörigen der "Nationalistischen Gemeinschaften" überfallen und erschossen. Als ob dieses Leid für einen 60-jährigen Vater nicht genug wäre, wurde die ganze Familie von der Polizei verprügelt und die Leiche meines Sohnes entführt, ohne dass eine Beisetzungsfeier stattfand.

Ich bitte um das Verbot der "Nationalistischen Gemeinschaften", bevor andere Familien von solchem Leid getroffen werden und um die Verhaftung der Mörder meines Sohnes und die Übergabe seiner Leiche.

Müret Yıldırım".

2) Hüseyin Hatipoğlu, Student, am 31.3.76 durch Folterung in Isparta von Kommandos ermordet.

Am 31. März 1976 wird der Student Hüseyin Hatipoğlu im Sitz der "Nationalistischen Gemeinschaften" in Isparta gefoltert und danach aus dem Fenster geworfen. Die Polizei, die den Studenten tot aufgefunden hatte, wollte diesen Foltermord vertuschen. Im Bericht der Polizei stand, dass der Student H. Hatipoğlu die "Nationalistische Gemeinschaften" überfallen hatte, und danach Selbstmord beging. Doch der Vater von H. Hatipoğlu beklagte sich bei der Gerichtmedizin. Nach der Untersuchung wurde festgestellt, dass der Student Hatipoğlu in Folge der Folterungen gestorben und danach aus dem Fenster geworfen worden war.

Der Vater von Hatipoğlu, ein Mitglied der AP (Gerechtigkeitspartei), schickt einen Brief an Türkeş, in dem es hiess:

"Mein Sohn war in den Jahren 1971-72 Mitglied der "Nationalistischen Gemeinschaften". Später hat er diese Gemeinschaften verlassen. Und er wurde aufgrund Ihres Befehls "Diejenigen sind zu erschliessen, die unsere Sache verlassen wollen" getötet. Jetzt wird alles vertuscht und dieser Fall als Selbstmord hingestellt".

3) Zeki Yılmaz, war Anhänger von Kommandos. Später jedoch weigerte er sich, an Aktionen von Kommandos teilzunehmen. Deshalb wurde er am 21. 1.76 in Ankara getötet.

4) Ahmet Albayrak, Student, erschossen am 16.6.76 in Erzurum. Nach einer Meldung der Tageszeitung Cumhuriyet vom 27.6.76 ereignete sich der Mordfall nach einige Tage andauernden Zusammenstöße zwischen Anhängern der MHP und MSP (Nationale Heilspartei). Der Ermordete war MSP Mitglied und zuvor lange als MHP Anhänger bekannt. Der Vater von Albayrak erklärte: "Es wird versucht, diesen Vorfall als einen Unfall auszugeben. Doch mein Sohn wurde nach einem planmässigen Vorgehen ermordet".

5) 27.3.76: Auf die Wohnung des Ortsvorsitzenden der MHP Rechtsanwalt Mustafa Telli in Bezirk Osmaniye, der mit allen Ortsvorstandsmitgliedern aus der MHP zurücktrat, wurde einen Bombenanschlag verübt.

7) Fakten über einige Funktionäre der Nationalistischen Gemeinschaften

- 1) Mustafa Verkaya, Vorsitzender der Nat. Gem. in Istanbul
- 2) Mehmet Gül, stlv. Vorsitzender der Nat. Gem. in Istanbul
Gegen die beiden wurde am 29.3.76 Haftbefehl erlassen wegen bewaffneten Überfalls.
- 3) Muharrem Şimşek, frühere Generalvorsitzender der Nat. Gem.
Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen wegen bewaffneten Überfalls.
- 4) Recai Delibaşoğlu, Vorsitzender der Nat. Gem. in Eskişehir.
Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen wegen bewaffneten Überfalls.
- 5) Lütfi Çenol, stlv. Vorsitzender der Nat. Gem. in Eskişehir
Er wurde verhaftet wegen gesetzwidrige Durchführung von Aktion
- 6) Ömer Faruk Uyepoğlu, Vorsitzender der Nat. Gem. in Izmir
- 7) Hasan Kanböse, Vorstandsmitglied der Nat. Gem. in Izmir
Die beiden werden gesucht wegen bewaffneten Überfalls auf die Ägäische Universität in Izmir.
- 8) Ibrahim Doğan, früherer Generalvorsitzender der Nat. Gem.
- 9) Ali Güngör, frühere stlv. Generalvorsitzender der Nat. Gem.
Die beiden hatten mit Armeewaffen Dr. Necdet Güçlü ermordet.
Sie wurden am 20.9.74 verhaftet, aufgrund der Amnestie dann wieder freigelassen.

- 10) Sami Bal, früherer Generalvorsitzender der Nat. Gem.
Er hatte mit den Kommandos Mahir Üzsoy, Hasan Ali Arıkan und Sabri Can gemeinsam den Studenten Nail Karaçam ermordet. Sie wurden verhaftet und zu 24 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dann aber mit der Amnestie wieder freigelassen.
- 11) Ahmet Tefvik Ozan, Vorsitzender des Nationalistenvereins an der Hacettepe Universität in Ankara. Verhaftet wegen Mordversuch.
- 12) Efendi Parutçu, Vorsitzender der Nat. Gem. in Bursa
Er hatte am 10.7.75 den Schüler Ahmet Kirkbulak ermordet. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen.
- 13) Tahir Mahin, Vorsitzender der Nat. Gem. in Istanbul
- 14) Hamefi Gelik, Vorstandsmitglied der Nat. Gem. in Istanbul
- 15) Hamdi Karakaya, Vorsitzender der Nat. Gem. des Bezirkes Haznedar
Alle drei wurden am 23.3.76 wegen Waffengesitz in Istanbul verhaftet.
- 16) Ali Batman, Generalvorsitzender der Nat. Gem.
Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen wegen bewaffneten Überfalls.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ
TÜSTAN ARŞİVİ

8) Die Eroberung des Staates (Faschisierung des Staatsapparates)

1) Die Eroberung der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt

Der erste Angriff galt der TRT, der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt. Der Rundfunk und das Fernsehen haben in einem Land wie der Türkei -mit über 45 % Analphabeten- eine grosse Bedeutung nicht nur als Informationsmedium, sondern gerade auch als unmittelbarer Meinungsmacher.

Der Generaldirektor der TRT, Ismail Cem, der von der Regierung erst in das Amt Berufen worden war, wurde Anfang Mai 1975 unter der Anschuldigung der "Gefährdung der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und der äusseren Sicherheit" durch eine Verfassungswidrige Verordnung aus dem Amt entfernt. Als Nachfolger von I. Cem wurde Prof. Nevzat Yalçıntaş von der Regierung der Nationalistischen Front zum Generaldirektor ernannt. Prof. Yalçıntaş war nach Cumhuriyet (19.5.75) Berater der Arbeitgeberverbände und nach dem 12. März 1971 einer der Gutachter der Militärgerichte.

Aber infolge der heftigen Proteste musste Yalçıntaş den von ihm widerrechtlich besetzten Posten aufgeben, er trat zurück. An seine Stelle wurde wiederum widerrechtlich Naban Karataş ernannt, der Professor für Zoologie und Tierzüchtung ist.

Seine Ernennung löste grosse Kritik aus. Er ist offener Feind der Reformen von Atatürk und steht der MHP nahe. Der Senator der CHP, Unsallı, forderte die Staatsanwaltschaft auf, gegen Karataş wegen seiner Atatürkfeindlichen Äusserungen ein Verfahren einzuleiten (Cumhuriyet 25.1.76). Mit der Bemerkung "Ich werde die TRT von den Linken säubern" begann Karataş zu arbeiten. Zuerst entfernte er den Leiter des Fernsehens Zeki Özer, von seinem Amt und ernannte an seiner Stelle den Fernsehgrosshändler Fahrettin Işık. Zum Leiter des Fernsehprogramms ernannte er einen alten reaktionären Abgeordneten der Gerechtigkeitspartei (AP) Hani Tezhan (Cumhuriyet, 20.1.76). Der Publizist der inoffiziellen MHP-Zeitung "Orta Doğu", Saadetdin Elgin, wurde auf den Beraterposten für den Bereich Programme und Planung der Sendungen berufen (Cumhuriyet 15.3.76). Über seine Beziehungen zu Türkeş erklärte Karataş: "Sein Vertrauen wird für mich die Quelle der Kraft sein" (Cumhuriyet 28.1.76).

2) Die Eroberung des Polizeiapparates

Aus der Untersuchung von Prof. Kuammer Aksoy "Der aufstrebende Faschismus und die Realitäten" in der Tageszeitung Cumhuriyet vom 29.4.76:

"... Der Vorsitzende einer Partei (gemeint ist MHP Vorsitzender Türkeş, d. Hrsg.), der die Nationalistische Gemeinschaften als Helfer der staatlichen Sicherheitskräfte erklärt hatte, ist stellvertretender Ministerpräsident der Demirel Regierung. Nach der Festätigung des Innenministers ist ihm auch in der Regierung wichtige Funktionen gegeben, die Sicherheitsfragen betreffen....".

Die oben erwähnte "wichtige Funktionen" sind in erster Linie, Kontrolle über die Tätigkeit von MIT (Türkischer Geheimdienst) und Polizeiapparates. MIT ist unmittelbar dem Türkeş unterstellt worden. Die Ernennungen und Neubesetzungen in MIT und in Polizeiapparates werden von Türkeş durchgeführt oder dazu braucht man wenigstens seine Zustimmung.

Aus der Untersuchung von Prof. Aksoy in Cumhuriyet vom 28.4.76:

"Ohne die Zustimmung der Kommandos ist es heute unmöglich, an irgendein Staatsamt Fuß zu fassen!".

Die Kommandos werden in allen Ministerien als Beente eingestellt. So im Wohnungsbauministerium, im Amt für Statistik usw. Der Innenminister Asiltürk und der stellvertretende Ministerpräsident Türkeş, wollten die Kommandos und die Absolventen der Schule für islamische Geistliche als Polizisten einsetzen.

So berichtet Cumhuriyet vom 7.2.76, dass Asiltürk die Ernennung von 1900 Absolventen der Polizeischule verweigert hat. Er habe diese Stellen für islamische Geistlichen und Kommandos vorgesehen.

Der Generaldirektor für Sicherheit, Celalettin Tüfekçi, hat daraufhin seinen Rücktritt eingereicht (Cumhuriyet vom 27.2.76). An seine Stelle wurde ein alter Freund von Asiltürk, der Pilger Oktay Başer ernannt, der dem Wünschen des Innenministers nachkam.

Der Publizist Uğur Mumcu veröffentlichte in Cumhuriyet vom 12.2.76 viele Beispiele, wie die Polizisten zum Schlagen, Foltern und Töten angehalten werden.

Aus Cumhuriyet vom 10. Februar 1976:

"Die 25 Polizisten, die am 11. Oktober 1975 eine Wahlkundgebung der Republikanischen Volkspartei CHP aufgelöst und in die Menge geschossen hatten, wurden nach einem Beschluss des Innenministeriums vom 18.2.75 wegen ihres geleisteten hohen Dienstes mit doppeltem Gehalt belohnt. An die 30 Polizeibeamten, die am 26.1.76 in Malatya 3 Studenten in ihrem Versteck mit Bomben und Handgranaten vernichtet hatten, wurde vom Innenministerium als Belohnung 200 000 Lira verteilt".

Die Besetzung des Polizeiapparates durch die Kommandos hat zur Folge, dass die demokratischen Kräfte in der Türkei, nicht nur von Seiten der Kommandos, sondern auch von Seiten der Polizei schweren Terror ausgesetzt sind. Das gemeinsame brutale Vorgehen von Kommandos und Polizeieinheiten gegen Arbeiter, Studenten und gegen alle Schichten der Bevölkerung ist Beweis dafür.

Das Bild unten zeigt Tahsin Pehlivan, der MHP Mitglied und "Zivilpolizeibeamter" ist, auf der Jagd nach progressiven Studenten. Dieses Bild stammt vom 8. April 1976, an dem die Schlägertruppe der MHP die Politische Fakultät in Ankara überfielen und darauffolgend die Polizeieinheiten auf die protestierenden Studenten angriffen. Bei dieser gemeinsamen Aktion von Kommandos und Polizeieinheiten wurden 3 Studenten ermordet (1 von Kommandos, andere 2 von der Polizei), über 40 Studenten -zum Teil schwer- verletzt und 900 Studenten festgenommen.



3) Die Eroberung des Armeeapparates

Türkes, der selbst einmal Oberst in der Armee war, versucht schrittweise die Armee zu erobern. Diese Versuche von Türkes gehen jahrelang zurück. Doch jetzt als stellvertretender Ministerpräsident entscheidet Türkes mit, welche Offiziere zu pensionieren und welche zu befördern sind. Diejenigen Offiziere, die MHP Anhänger sind haben seit der Teilnahme der MHP an der Regierung, die Möglichkeit erhalten, ihre Tätigkeit in der Armee zu intensivieren und ihren Einflussbereich unter den Offizieren zu erweitern. Hinzukommt, dass sie die Unterstützung der reaktionären Generäle des Generalstabes genießen. Der jetzige Generalstabchef, Sancar, wurde während der Zypern Invasion von Kommandos als einen "Held" und "Marschall" gefeiert.

Diejenigen Offiziere, die MHP Anhänger sind, rüsten die Kommandos mit Armeewaffen aus. Es werden oft von der Armee Waffen verschwunden. So hatten z.B. die früheren Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalistischen Gemeinschaften, Ibrahim Doğan und Ali Güngör mit Armeewaffen Dr. Necdet Güçlü ermordet. Es wurde danach festgestellt, dass einer der Pistolen, mit der Dr. Necdet Güçlü ermordet wurde, dem Gendarmeriehauptmann Fehmi Altınbilek gehört. Doch gegen den Hauptmann wurde kein Verfahren eingeleitet.

Die progressive Offiziere in der Armee werden terrorisiert. Indem Türkes seine Position in der Armee auszubauen versucht, versucht er zugleich die progressive und demokratische Offiziere in der Armee ganz auszuschalten. Viele von ihnen werden nicht befördert, pensioniert, vertrieben und verbannt.

Obwohl die breite Teile der Armee gegen Türkes und MHP sind, da sie sich an Traditionen der Armee unter Zeiten Atatürks gebunden fühlen, sind die Bemühungen von Türkes nicht ohne Wirkung geblieben. Türkes besitzt jetzt eine kleine Junta in der Armee und es ist nicht ausgeschlossen, wenn er einmal versucht, durch die Armee die Macht zu ergreifen.

C) Die Eroberung des Parlaments

Die MHP hat nur 3 Sitze der 450 Sitzen des Parlaments. Deshalb glaubt selbst die MHP nicht daran, durch die Wahlen an die Macht zu gelangen und dadurch das Parlament zu "erobern". Die MHP hat keine Massenbasis. Aber sie sucht nach Wegen, die ihr helfen würden, die Macht zu erobern. Nach der Beteiligung an der Demirel Regierung will die MHP ihre Chance für eine Machtergreifung wahrnehmen. Ob es ihr gelingt, ist nicht vorauszusagen. Aber unmöglich ist es wohl nicht. Denn mit nur 3 Sitzen hat sie immerhin 2 Ministerien der jetzigen Demirel Regierung inne und der MHP Vorsitzende Türkeş ist stellvertretender Ministerpräsident. Die Ministerien, die die MHP hat, sind wichtige Staatsministerien. Türkeş ist neben seiner Funktion als stellvertretender Ministerpräsident, ist auch Staatsminister mit Aufgaben über die "innere Sicherheit". Der andere Minister der MHP ist Mustafa Kemal Erkovanlı, ist ebenfalls Staatsminister mit Aufgaben über die wirtschaftliche Planung und Entwicklung.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ

6) MHP: Schlagkraft der in- und ausländischen Monopole

Die Regierung Demirel begeht einen noch grösseren Rechtsbruch dadurch, dass sie keine Ermittlungen gegen politische Mörder einleiten lässt. Die Mörder, die unter dem Namen "Kommandos" in SA-ähnlichen Truppen der neofaschistischen MHP organisiert sind, werden von der Regierung geschützt. Polizisten, die nachweislich Mordanschläge verübt haben, sind noch im Dienst. Ecevit sagte über einen Angriff der Kommandos auf die Studenten der TU von Ankara (ODTU), bei dem viele Studenten verletzt wurden: "Die Regierung ist entweder direkter Organisator dieser Angriffe oder ein verantwortungsloser Schützer der Organisatoren dieser Angriffe... In einer Zeit, wo die Gesetzlosigkeit bewaffnete Überfälle von einigen Regierungsparteien unterstützt und die Anarchie von der Regierung offen gefördert wird, sollen die Eltern das Leben ihrer Kinder hüten" (Cumhuriyet, 6.1.76).

Aus der Untersuchung von Prof. Aksoy in Cumhuriyet vom 29.4.76:

"Der Führer der "Nationalistischen Gemeinschaften" (gemeint ist İsmail Bal, d. Hrsg.) ist ein Mörder, der zu 24 Jahre Zuchthaus verurteilt worden war. Dieser Mörder, in dessen Gerichtsurteil "wegen absichtlichen und bewussten Handelns zum Mord" stand, hat eine Person erschossen und 2 weitere verletzt und wurde aufgrund der Amnestie wieder freigelassen.

Im April 1975, in einer Zeit, in der Demirel Ministerpräsident wurde, wurde dieser Mörder zum Generaivorsitzenden der Nationalistischen Gemeinschaften berufen.

...Unsere Leser erwarteten von Demirel wenigstens, dass er gegen die Erkennung von Türkeş, wonach "die MHP stärker sei als der Staat", etwas tut, dass er Türkeş etwas zurechtbiegt. Doch Demirel hat sich nur damit begnügt, die grössten politischen Witze der letzten Tage zu machen. Auf eine Frage der Journalisten antwortete er: "Wir haben mit der MHP koalitiert, nicht mit ihren Unterorganisationen!".

Aus einem Artikel von Oktay Akbal in Cumhuriyet vom 30.4.76:

"... jeder sieht es ganz deutlich, dass die Türkei durch die Hände der "faschistischen, islamischen und spalterischen" Parteienkoalition zu einem anachronistischen Fanatismus hineingezogen wird. Durch die Rundfunksendungen von mittelasiatischen und kaukasischen Liedern und durch die Propagandasendungen vom sogenannten "Nationalismus", und "Geistlichkeitstum", die auf Lügen und falschen Kenntnissen basieren...

Zum ersten Mal haben sich die Rechtsextremisten einen wichtigen Platz am Machtapparat verschafft. Der im Jahre 1944 wegen "rassistischer und pantürkischer " Tätigkeiten vor Gericht gestellte Türkeş, hat ein wichtiges Amt der Regierung inne. Kleine und grosse Rassisten, Pan-Türkisten und Scheriafanatiker (Scheria: Religiöses Gesetz im Islam, u.Hrg. verschiedene Gegner aller Atatürk-Reformen, besetzen wichtige Posten des Staates.

... Wenn wir eines Tages einen imitierten Führer, den Arm hoch, ähnlich wie Hitler, auf den Strassen sehen, werden wir uns nicht wundern. Denn, diese Entwicklung führt dahin".

Aus Cumhuriyet vom 9. Mai 1976:

"Ali Batman, gegen den ein Haftbefehl vom Amtsgericht in Eskişehir erlassen war, der jedoch seit einem Monat nicht in Haft genommen war, wurde von Demirel zu einem Gespräch empfangen.

Dieser Empfang löste in der Öffentlichkeit und unter den Oppositionsparteien heftige Proteste aus".

Und 2 Tage nach diesem Gespräch erklärte Demirel nicht zufällig gegenüber dem Korrespondenten der Associated Press:

"Eine Gruppe von Jugendlichen wurde mobilisiert, um das Regime zu schützen!" (Cumhuriyet, 11.5.76).

Aus einem Artikel von Abdi İpekçi unter dem Titel "Wer nutzt wen?" in der Tageszeitung Milliyet vom 28.4.76:

"... Nach den allgemeinen Wahlen in 1973 haben wir mit Herrn Demirel ein Gespräch durchgeführt, um die Wahlergebnisse zu analysieren. Demirel brachte die Wahl-niederlage der AP mit den Stimmenspaltung durch die neuen Rechtsparteien in Verbindung und untersuchte ihre Lage

nacheinander.

Als die MHP an die Reihe kam, erklärte er lächelnd:

"Die MHP ist unsere alte Jugendorganisation. Sie wissen, wir sind keine militante Partei. Weil wir nicht so sind, können wir der Jugend die erwartete Spannung nicht bieten und ihr Aktionsbedürfnis nicht befriedigen. Aber im Grunde sind sie von uns, sie gehören zu uns".



(Aus Milliyet)

Aus der Untersuchung von Prof. Aksoy in Cumhuriyet vom 30.4.76:

"... Manche können glauben, dass der Hauptverantwortliche für die Gewaltaktionen Türkeş und seine Partei MHP ist, wenn sie nur die Ereignisse der letzten Monate und Jahre betrachten. Aber Türkeş und seine Organisationen sind nur in der Position einer "Schlagenden Hand". Es darf nicht vergessen werden, dass die Gewaltaktionen, die seit Jahren von Türkeş und seine Leute gegen die demokratischen und progressiven Personen praktiziert wurden, nur in Zusammenarbeit mit der AP fortgeführt werden. Deswegen sind die wahren verantwortlichen Demirel und die AP-Führung".

Aus dem Buch des liberalen Journalisten Uğur Mumcu "Die Schuldigen und die Mächtigen" (Seite 405):

"Am ersten Tag des Parteitages der AP schrie Demirel lautstark: "Die AP ist die Fortsetzung der 'Demokratischen Partei'!".

Und während der Rede Demirels war der Saal beinahe von Beifall zusammengebrochen.

Zu dieser Zeit kam in den Saal ein mit 3 Halbmonden gezeichneter Kranz herein. Die Kommandos von Türkei brachten den Kranz mit "herausfordern-den" Blicken und "scharfen" Schritten zum Rednerpult, an dem Demirel redete.

Vorerst herrschte im Saal eine Stille. Auch Demirel unterbrach seine Rede. Dann aber, kam der grosse Beifalldonner.

Türkei und seinen Kommandos wurden mit grosser Begeisterung applaudiert. Wer klatschte Beifall?

Diejenigen AP Mitglieder gewiss, die den Worten Demirels, dass nämlich die AP eine Fortsetzung der 'Demokratischen Partei' sei, Beifall klatschten... Wer denn sonst?

... Dann sagte Demirel: Ich will die Freunde willkommen heissen" und kam vom Rednerpult herunter und als das nicht genug wäre, küsste er die Kommandos auch noch auf die Wange.

Können wir dies als eine Geste der "politischen Höflichkeit" betrachten? Nein....!

Im Grunde dieser Höflichkeit sind die Fingerabdrücke der jüngsten politischen Vorgänge zu finden.

Die Tatsachen sind klar wie der helle Tag. Diejenigen, die die Privilegien der bestehenden Ordnung schützen wollen, haben sich aus verschiedenen Notwendigkeiten vereinigt und der eine ist schon für den anderen "Unterstützer oder "Schlagkraft" geworden".

Die Rede Kevvits bei einer Kundgebung in Sivas am 7.7.76 (Entnommen aus der Tageszeitung Milliyet vom 8.7.76):

"... Die Verantwortung für die Ereignisse in den letzten anderthalb Jahren in der Türkei, die Verantwortung für die erschossenen Bürger, Jugendlichen und Kinder, in der Schule und auf der Strasse, und für das Patrouillieren des Faschismus auf den Strassen...

nur auf den einen kleinen Flügel der Koalition zu legen, ist unrealistisch. Es wäre unberechtigt. Für all dies ist die AP unter Führung Demirel verantwortlich. Er ist auch derjenige, der die anderen Regierungspartner ausnutzt.

Jedesmal, wenn die AP unter Führung Demirel an die Macht kam, hat sie die Türkei in den Bürgerkrieg geführt, in Blut verwandelt, unsere Demokratie in Gefahr gebracht, sie beeinträchtigt und unsere Wirtschaft zerstört".

Am Märzangabe 76 des Zentralorgans der Kommunistischen Partei der Türkei, Atılım (Vorstoss) wird unter dem Titel "Der Täter steht fest" dazu erklärt:

"... Alles geht von der AP aus. AP ist die Partei, die die Arbeiter in Kozlu erschossen liess, das Blutbad in Kizildere veranlasst hat und die Dörfer in Malatya bombardieren liess... Partei, Waffe und Geld wird von der AP zu den Händen von Türkeş gegeben. Die Zügel der reaktionären Regierung mit faschistischer Beteiligung, liegen fest in den Händen von in- und ausländischen Monopolen, Holdinggesellschaften wie Koç, Sabancı und mit denen zusammen das türkische Volk ausbeutenden Konsortiums, Weltbanks und Internationalen Geldfonds".



(Aus Milliyet)

T.B.Ö.K. TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ
Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

TURKEI HEUTE

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN



**FRIEDEN UND FREIHEIT
FÜR DIE TÜRKEI**

HERAUSGEBER: T.B.Ö.K., Badmerter Strasse 33A, 6 Frankfurt/Main

T.B.Ö.K. TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ
Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

TÜRKEI HEUTE

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

Staatssicherheits

gerichte

(DGM)

Ein Instrument

**für Dauer.
ausnahme.
zustand**

TÜRKİYE BARIS ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Committee for Peace and Freedom

Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aştiû Rîzgari Tîrkiye

OKTOBER - NOV. 1979



TÜRKİ HEUTE

Jetzt

Abrüsten!

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

INHALT

"NEIN ZU DEN TODESRAKETEN!"	1
"AUFRÜSTUNG DER NATO STOPPEN!"	2
FIDEF auf der UNESCO-Tagung	4
TÜRKEI NACH DEN WAHLEN	5
Parteitag der CHP	8
Die neue Regierung	8
TARIFVERHANDLUNGEN UNTER DEM KRIEGSRECHT	10
Monopole kontrollieren die gesamte Wirtschaft	11
Forderungen der MADEN-IS	13
IN 2 JAHREN ÜBER 2500 TOTE	14
Erschreckende Geständnisse	16
Führer der "Vergeltungsbrikaden"	18
MHP liefert die Waffen	19
"GRAUE WÖLFE" WICKELN HEROINGESCHÄFTE AB	20
500 000,- DM. für die "Grauen Wölfe"	20
Bezirksamt Kreuzberg fordert das Verbot der "Grauen Wölfe"	22
Aktivitäten aggressiver	23
In der BRD gefasst!	24
DOKUMENTATION	25

TBÖK unterstützt jede Friedensinitiative

Als NATO-Mitglied muß die Türkei für Militärausgaben im Durchschnitt mehr Geld bereitstellen, als die anderen NATO-Länder. 1976 betrugen die Ausgaben des Verteidigungsministeriums allein 6,5% des nationalen Bruttoeinkommens, während sie in den USA 5,3%, in Italien 2,5%, in Kanada 1,9% und im NATO-Durchschnitt 4,4% ausmachten.

1977 bekam das Verteidigungsministerium der Türkei 49,24 Mrd.TL, während für das Ministerium für Gesundheitswesen nur 485 Mio.TL berietgestellt wurden. Die Türkei unterhält außerdem eine 500 000-Mann starke Armee. Dies sind nur einige ganz krasse Gegenstände der Aufrüstungspolitik in der Türkei.

Unser Land, wie jedes andere, könnte ohne Zweifel die enorme Finanzquelle, die bei einer Kürzung der Rüstungsausgaben entstehen würde, für bessere, im Interesse der ganzen Bevölkerung liegende Bereiche, ausnutzen. Das wäre mehr als logisch. Das wäre menschlich.

Dies braucht natürlich eine Außenpolitik, die auf den Prinzipien der friedlichen Zusammenarbeit und gutnachbarlicher Beziehungen mit allen Ländern beruht.

Von dem Standpunkt ausgehend, nach dem der weltweite Frieden im Interesse der ganzen Menschheit liegt, begrüßt und unterstützt TBÖK (Türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit) jede Initiative, die zur Sicherung und Förderung des Friedens beiträgt.

Jede Initiative zur Verhinderung und zur völligen Beseitigung militärischer Auseinandersetzungen, und noch mehr der atomaren Katastrophen, jede Initiative zur Völkerverständigung und des friedlichen Zusammenlebens, wird nach wie vor die volle Unterstützung des TBÖK finden.

TBÖK wertet die jüngste Berliner Friedensinitiative der Sowjetunion von diesem Gesichtspunkt aus und schließt sich diesem Streben nach Sicherung des Friedens voll an.

In diesem Sinne begrüßt TBÖK auch die Initiativen, wie die von FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD), die mit einem Friedensfest am 1. Dezember 79 in Essen zur Sicherung des Friedens einen Beitrag leisten wird. Ebenfalls unterstützt TBÖK die internationale Abrüstungsdemonstration am 9. Dezember in Brüssel.

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe Auszüge aus den Erklärungen der FIDEF und der Friedensgesellschaft der Türkei.

Die Redaktion

Nein zu den Todesraketen

Die Friedensgesellschaft der Türkei leitete eine Reihe von Protestaktionen gegen die Stationierung der US-Nuklearraketen in den NATO-Ländern ein.

An dieser Kampagne, die am 24.11.79 mit einer Demonstration in Izmir unter der Losung "Nein zu den Todesraketen" begann, nahmen auch sozialistische Parteien, Gewerkschaften und 60 weitere demokratische Organisationen teil.

Wir zitieren aus der Erklärung der Friedensgesellschaft der Türkei anlässlich dieser Aktionen:

"Die USA-Führung entwickelt heute einen neuen und gefährlichen Plan, der auf die Ankurbelung des Wettrüstens abzielt. Im Monat Dezember wird in den Staaten die Stationierung der 600 Pershing 2 und Cruise Missile Raketen, die weit entfernte Gebiete der sozialistischen Länder erreichen können, nach einem USA-Vorschlag diskutiert.

Nach den Aussagen ernstzunehmender Untersuchungen - die auch westliche Quellen haben können - besteht die übereinstimmende Einsicht, daß heute zwischen den USA und der UdSSR ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte herrscht. Unter anderem durch dieses Gleichgewicht war es ja möglich, daß die Salt I und Salt II-Verträge unterschrieben wurden.

Nun wird dieses Gleichgewicht durch die neuen Vorschläge seitens der USA gestört. Eine solche Lage wird nicht nur dazu beitragen, daß das Wettrüsten vorangetrieben, sondern kann auch dazu führen, daß die Realisierung der Beschlüsse der Helsinki Schlüßakte erschwert und der Entspannungsprozeß erheblich gestört wird.

Außerdem bedeutet dieser Vorschlag der USA nichts anderes als den Versuch, die Kosten und die Gefahr des Wettrüstens auf die Schultern der europäischen Völker abzuwälzen.

Es ist vorgesehen, daß die Kosten der neuen Raketen unter den NATO-Ländern aufgeteilt werden. Über die Kontrolle der Raketen verfügen jedoch die USA.

Wenn man bedenkt, daß allein eine Pershing 2-Rakete 1 Milliarde Dollar kostet, dann fällt es nicht schwer zu erraten, wie groß die Last dieses neuen Plans für die NATO-Länder sein wird.

Der Vorschlag der USA betrifft die Türkei auch unmittelbar. Die Stationierung dieser Raketen in der Türkei steht auf der Tagesordnung. Und dies bedeutet eine untragbare finanzielle Last für unser Land, das sowieso in einer tiefen ökonomischen Krise steckt.

Die Friedensgesellschaft der Türkei verurteilt deswegen diesen Plan der USA, der vorsieht, daß wieder Milliarden Dollar, die für den Wohlstand der Menschheit ausgegeben werden könnten, für das Wettrüsten aufgebracht werden müssen. Dieser Vorschlag ist die Einleitung des Kalten Krieges..."

* * *

Aufruf des Bundesvorstandes der FIDEF vom 17. November 1979

“Aufrüstungsplan der NATO stoppen!”

Die Völker und alle Werktätigen der Welt verfolgen die bedeutenden Entwicklungen nach dem Berliner Friedensappell der Sowjetunion vom 6. Oktober 1979 mit größtem Interesse.

Der NATO-Rat wird vom 10.-14. Dezember in Brüssel tagen und über die Herstellung und Stationierung der Nuklearraketen in Westeuropa entscheiden. Um dem Wettrüsten, dieser schweren Last auf den Schultern der Völker Einhalt zu gebieten und den Frieden zu sichern, zieht die Sowjetunion einen Teil ihres Militärs und ihrer Waffen ab, während die NATO den umgekehrten Weg geht.

Die unerträglichen Lasten der neuen NATO-Aufrüstungspläne müssen wiederum die Völker der NATO-Länder, das heißt wir, die Werktätigen, tragen. Die BRD, die diesen Plänen vor allen anderen Ländern zugestimmt hat, wird den Löwenanteil der von uns und den deutschen Werktätigen gezahlten Steuergelder für Aufrüstung und für neue Raketen ausgeben, während sie unseren Kindern in der BRD keine

genügende Ausbildungsmöglichkeiten, unseren Jugendlichen keine Berufschancen sichert.

Während sich in unserem Lande Millionen Bürger, unsere Brüder, unter Arbeitslosigkeit, Bildungsnot und Armut plagen, müssen nun die Produkte ihres Fleisses in die NATO-Aufrüstung fließen. Noch dazu werden die in unserem Land stationierten atomaren Waffen die Sicherheit unserer Länder und das Leben unserer Völker eher gefährden und bedrohen, als sie zu schützen.

Also: "Nein zum neuen Aufrüstungsplan der NATO!"

Wenn sowohl die Türkei, als auch die BRD abrüsten würden, dann liegt dies im Interesse der Arbeiter aus der Türkei. Die Schritte in Richtung Abrüstung und der Verminderung der Militärausgaben werden neue Quellen in der BRD zur Lösung, auch unserer Probleme, und der unserer Kinder, schaffen.

Für unser Land, das als Folge der Bindungen an die NATO von imperialistischen Ländern an den Rand des Abgrunds getrieben wurde, hieße dies, neue Quellen für die Lösung dringendster Probleme. Daher ist es notwendig, unverzüglich dem Aufruf der Sowjetunion zu folgen und die Verhandlungen über die Abrüstung aufzunehmen.

Nur so ist die Entspannung und die Vertiefung der Sicherheit zwischen den Ländern möglich. Dies liegt im Interesse aller Werktätigen und Völker der Welt...

FIDEF erachtet als notwendig, daß unsere Arbeiter im Ausland ihre Kräfte zusammenschließen, mit Unterstützung der europäischen Friedens- und Demokratiebewegung, ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften zu verstärken. FIDEF ist bereit, ihre Aufgaben in diese Richtung zu erfüllen.

FIDEF ruft unsere Arbeiter im Ausland auf, gegen die Aufrüstungspläne der NATO, für die jüngste Friedensinitiative der Sowjetunion, gegen den Druck des Kriegsrechts und der neuen Nationalistischen-Front-Regierung von Demirel und Türkeş, gegen die Politik der NATO-Bindungen ihre Stimme zu erheben.

FIDEF ruft alle unsere Arbeiter und demokratischen Organisationen zur Teilnahme an folgenden Veranstaltungen auf:

Friedensfest am 1. Dezember 1979, 19 Uhr in Essen

Demonstration "Nein zur NATO" am 9. Dezember 1979, 14 Uhr in Brüssel/Belgien



FIDEF auf der UNESCO Tagung

Auf Einladung der UNESCO (UN-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur) nahm FIDEF an einer Expertentagung über die "Bildungssituation ausländischer Arbeiter und ihrer Familien" vom 10. bis zum 14. September 1979 in Paris teil.

Der Konferenz, an der zahlreiche Experten aus Entsende- und Anwerbeländern sowie Vertreter von internationalen Organisationen, wie Europäische Gemeinschaft, Europäischer Rat und Internationale Arbeitsorganisation (ILO) teilnahmen, legte FIDEF einen 20-seitigen Bericht vor, in dem auf die nach wie vor katastrophale Bildungssituation der ausländischen Kinder und Erwachsenen in der BRD ausführlich eingegangen wurde.

Auch die Einflußnahme der von der neofaschistischen MHP dominierten Korankurse auf die türkischen Kinder und trotz allen anders lautenden Bekenntnissen einiger Politiker deren Duldung und bei nahe Förderung (wie zuletzt durch den Regierungspräsidenten in Düsseldorf geschehen), wurde zur Sprache gebracht.

Die Konferenz endete mit der einmütigen Aufforderung der Teilnehmer an die UNESCO, ihr Programm in Bezug auf die ausländischen Arbeit in verschiedenen Regionen zu erweitern.

(Entnommen der "Information" der FIDEF)



TÜRKEI

NACH DEN WAHLEN



DIE MILITARS PASSTEN AM WAHLTAG AUF (!)

Am 14. Oktober 1979 wurden in der Türkei in 25 der 67 Provinzen ein Drittel der Senatoren in direkter Wahl neu bestimmt. Gleichzeitig fanden Wahlen für die 5 durch Todesfälle während der jetzigen Legislaturperiode freigewordene Abgeordnetensitze statt. Es versteht sich fast von selbst, daß die Zeit vor und während der Wahlen vom faschistischen Terror geprägt war. Da der faschistische Terror in einem gesonderten Teil unserer Zeitschrift ausführlich behandelt wird, gehen wir an dieser Stelle nicht näher auf ihn ein. Es muß jedoch festgestellt und unterstrichen werden, daß unter Kriegsrechtsbedingungen und verschärftem Terror von demokratisch durchgeführten Wahlen nicht gesprochen werden kann.

Bei den unter Kriegsrechtsbedingungen stattfindenden Wahlen

konnten die reaktionär-faschistischen Kräfte einen eindeutigen Sieg erringen. Während der Republikanischen Volkspartei (CHP) Ecevit's lediglich 12 Senatorensitze zufielen, gewann die großbürgerliche Gerechtigkeitspartei (AP) unter Vorsitz von Demirel 33 Senatoren und alle 5 Abgeordnetensitze. Von den restlichen fünf Senatorensitzen konnte die islamische MSP (Nationale Heilspartei) vier und die faschistische MHP eine für sich beanspruchen.

Ausgehend von diesen Ergebnissen kann man die folgende grundlegende Feststellung treffen: Die unkonsequente, dem Imperialismus angelehnte Politik der CHP-Regierung war ein wesentlicher Faktor für den Wahlsieg reaktionär-faschistischen Kräfte. Wer gehofft oder gedacht hatte, daß die CHP-Regierung den Demokratisierungsprozeß vorantreiben (so wie sie es versprochen hatte), die Gefahr des Faschismus entschloßen bekämpfen, und eine vom Imperialismus unabhängige Politik betreiben würde, sah sich auf der ganzen Linie getäuscht. Prof. Mümtaz Soysal, ein Kolumnist der bürgerlich-liberalen Tageszeitung "Milliyet" beleuchtet einen Aspekt dieser doppelzüngigen Politik mit der folgenden Frage: "Hat die Türkei sowohl auf politischem, als auch ökonomischem Gebiet nicht sehr vieles dadurch verloren, daß im Sinne einer unabhängigen Politik die US-Militärbasen nicht ein für alle mal geschlossen wurden, sondern man sich an die finanziellen Versprechungen glaubend für die Rolle des treuen NATO-Verbündeten entschied?" ("Milliyet" vom 17.10.79)

Wenn man die Ergebnisse der Wahlen rein zahlenmäßig betrachtet, dann kommt man zu weiteren Erkenntnissen. Die Parteien der Nationalistischen Front (AP-MHP-MSP) konnten ihren absoluten Stimmenanteil um nur ca. 1% erhöhen. Demgegenüber verlor die CHP ca. 1 Million Wähler. Allein daraus geht eindeutig hervor, daß die reaktionär-faschistischen Kräfte keine nennenswerten Wählerschichten für sich gewinnen konnten und ihr Wahlsieg zum größten Teil auf die den imperialistischen Zwängen nachgebende Politik der CHP Führung zurückzuführen ist. Denn gerade diese den Interessen des Volkes, der demokratischen Kräfte entgegengesetzte Politik brachte es mit sich, daß 1 Million CHP-Wähler sich von ihr abwendeten, daß die faschistische Demagogie auf Hochtouren laufen und ein altgedienter Vertreter der in- und ausländischen Monopole wie S. Demirel sich als "Retter der Nation" geben konnte.



TÜRKES UND DEMİREL ARM
IN ARM. TÜRKES FÜHLT
SICH AN DER MACHT.

Wie auch schon am Anfang angesprochen, nahmen die linken Kräfte unter verschärftem faschistischen Terror an den Wahlen teil. Allein die Tatsache, daß die Wahlen unter Kriegsrechtsbedingungen stattfanden, brachte eine Reihe von Verboten und Unterdrückungsmaßnahmen mit sich. So wurden die Rundfunkreden der Sprecher der sozialistischen Parteien kontrolliert, die Wahlbüros der fortschrittlichen Kandidaten überfallen, ihr Propagandamaterial beschlagnahmt und Veröffentlichungen verboten. Die Anwendung der faschistischen Paragraphen 141-142 (des StGB) ließ nichts zu wünschen übrig.

Die legale Teilnahme der KPdT an den Wahlen wurde auch diesmal untersagt. Trotzdem griff sie aktiv in das Wahlgeschehen ein. Bakiye Beria Onger, die Vorsitzende des kurz vor den Wahlen verbotenen "Progressiven Frauenvereins" (IKD) wurde als unabhängige Kandidatin von Istanbul von der KPdT unterstützt.

Trotz aller Einschüchterungsmaßnahmen errang sie einen erheblichen Stimmenanteil.

Ein wesentlicher Aspekt aus der Sicht der fortschrittlichen Kräfte war die Tatsache, daß die Einheitskandidaten der Demokratiekräfte relativ erfolgreich waren. Dies ist eine Erkenntnis, auf der aufgebaut werden sollte. Beim Kampf für die Zurückdrängung der reaktionär-faschistischen Kräfte gilt es deshalb, den Fortschritt in dieser Richtung auszubauen und die Einheit aller nationaldemokratischen Kräfte herzustellen.

Parteitag der CHP

Als nach der Wahlniederlage der CHP-Vorstand geschlossen zurücktrat und in der ersten Woche des Novembers ein außerordentlicher Parteitag angesetzt wurde, nahmen viele an, daß ein Wechsel in der CHP-Spitze bevorstehe. Obwohl sich die äußerst heterogene Opposition innerhalb der CHP zusammenschloß, setzte sich Ecevit's Mannschaft durch. Einleitende Worte Ecevit's auf dem Parteitag "Die CHP ist nicht sitzengeblieben, sie muß nur die Prüfung wiederholen" waren gut dazu geeignet, darzustellen, wie die CHP-Führung versuchen will, die Probleme des Landes zu meistern.
Fazit: Nichts neues bei der CHP!

Die neue Regierung

Verschärfte Unterdrückungsmassnahmen

Kurz nach den Wahlen trat die Ecevit-Regierung zurück. Nach einwöchigem Tauziehen erklärte sich Demirel bereit, die neue Regierung zu bilden. Als die Unterstützung durch die MHP und MSP, veröffentlichte der AP-Vorstand 51 Grundprinzipien für die Tätigkeiten der zu bildenden Regierung. Einige dieser Prinzipien lauten:

- Wiederherstellung der Herrschaft der Gesetz und der Ordnung
 - Die Säuberung des Staates von den Staatsfeinden
 - Engere Gestaltung der Beziehungen zu der "freien Welt" einschließlich EG, IWF und NATO
 - Sofortige Ergreifung jeglicher Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahr des Kommunismus
 - Die Gründung der Staatssicherheitsgerichte
- (Aus der Milliyet vom 31.10.79)

Wie man aus diesen wenigen Grundsätzen erkennt, ist das Hauptziel der neuen Regierung die Zerschlagung der demokratischen Kräfte der Türkei. Demirel's Minderheitsregierung, die eigentlich nichts anderes als eine verdeckte Variante der Nationalistischen Front ist (Nationalistische Front kam zwischen 31.3.75-31.12.77 zweimal an die Macht und trieb das Land in ein wirtschaftliches, politisches und soziales Chaos), wird bei diesem Vorhaben von den Unternehmern kräftig unterstützt. In einer Erklärung des Unternehmerverbandes wird von der Regierung folgendes verlangt:

- Verabschiedung der Gesetzte, die die Ordnung im Lande betreffen
- Durchgreifbare Anwendung der Paragraphen 141 und 142
- Gründung der Staatssicherheitsgerichte
- Reduzierung des staatlichen Sektors auf ein Minimum
- Belebung der Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft
- Wirksame Kontrolle der Gewerkschaften
- Ergreifen von Maßnahmen, die die durch zu hohe Löhne verursachte Inflation verhindern.

Noch bevor die Demirel-Regierung am 24. November die Vertrauensabstimmung bestand, blühte der Abgeordnetenmarkt auf. Der AP gelang es die Parlamentarier Akova, Üzer, Karaaslan, Adibelli und E-yüboğlu abzuwerben. "Noch ein Transfer für die AP", so hieß es in der Tageszeitung "Hürriyet" vom 24.11.79. An die Tatsache, daß Parlamentarier käuflich sind, hat sich die Öffentlichkeit jedoch so sehr gewöhnt, daß solche Nachrichten kaum noch beachtet werden.

Die weitere Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen ließ nicht lange auf sich warten. Nach dem Verbot des IKD (Progressive Frauenverein) wurde auch der IGD (Progressive Jugendverein) verboten. Die Zahl der Festgenommenen steigt von Tag zu Tag. So wurde der verantwortliche Redakteur der fortschrittlichen Tageszeitung "Politika" Aydin Engin verhaftet.

Mit der Begründung "der Gründung einer illegalen Organisation" wurden alle 15 führenden Funktionäre des TÖB-DER (Lehrerverband), unter ihnen der Vorsitzende Gültekin Gazioglu kurzerhand festgenommen. Die verschärfte Unterdrückung bringt zum Ausdruck, daß die Gefahr des Faschismus bedrohlicher geworden ist. Die Zurückdrängung dieser Gefahr steht auf der Tagesordnung.

Die breiten Protestaktionen gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen bleiben nicht auf nationaler Ebene. Die Arbeiter im Ausland und ihre Organisationen haben sich dieser Protestkampagne angeschlossen.

Auch die ausländischen Parteien und Organisationen solidarisieren sich mit den Verhafteten und den verbotenen Organisationen. So sandte zum Beispiel das Zentralkomitee der Französischen Kommunistischen Partei folgendes Telegramm an den Staatspräsidenten der Türkei:

Sehr geehrter Fahri Korutürk,
Staatspräsident der Türkischen Republik
Ankara/Türkei

Wir haben von dem Verbot des "Progressiven Jugendvereins" (IGD) erfahren. Wir verurteilen diese Entscheidung, die gegen grundsätzliche demokratische Forderungen gerichtet ist. Währenddessen ermorden rechtsextremistische, bewaffnete Kommandos Arbeiter, Intellektuelle und Bürger der Türkei, deren alleinige Schuld darin besteht, die demokratischen Freiheiten zu verteidigen. In dem Glauben, daß wir die Gefühle der Demokraten Frankreichs und der Mehrheit unseres Volkes zum Ausdruck bringen, fordern wir Sie, sich dafür einzusetzen, daß dieses willkürliche Verbot aufgehoben wird.

Zentralkomitee der
Französischen Kommunistischen Partei

Tarifverhandlungen unter dem Kriegsrecht

Die im Oktober 1979 in der Türkei stattgefundenen Teilwahlen und ihre Ergebnisse tragen nichts zur Lösung der politischen und ökonomischen Krise des Landes bei. Im Gegenteil - die gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen sich.

Etwa eine halbe Million Arbeiter, das sind ein Drittel der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, treten in diesem Jahr in Tarifverhandlungen unter Kriegsrechtsbedingungen, einer steigenden Inflationsrate, Arbeitslosigkeit und zunehmenden faschistischen Terrors.

Diese Tarifverhandlungen sind nicht nur für Gewerkschaftsmitglieder von Bedeutung, sondern für alle Werktätigen des Landes. Sie sind von Bedeutung sowohl für Einzelbetriebe als auch für die Großkonzerne in der Türkei.

Es ist kein Zufall, daß in Geheimdokumenten des "Internationalen Währungsfonds" (IWF) auf diese Tarifverhandlung hingewiesen wurde und deren Bedeutung hervorgehoben wurde. (Siehe Savaş Yolu, 1.11.79).

Die besondere Bedeutung der diesjährigen Tarifverhandlungen liegt darin, daß die ökonomischen Forderungen der Gewerkschaften unter den Bedingungen des Kapitalismus immer mehr politischen Charakter annehmen.

In den Jahren zwischen 1965 und 1971 trat die Entwicklung des Monopolkapitalismus in eine neue Phase ein. Rechtliche und strukturelle Institutionen der Monopole, wie Holding- und Aktiengesellschaften, bildeten sich.

In dieser Periode konnte die Monopolbourgeoisie ihre Macht in allen Zweigen der Industrie sowie im politischen Leben, merklich steigern, sodaß Kleinbetriebe nicht mehr selbständige Entscheidungsmöglichkeiten in ihren Geschäftsangelegenheiten besitzen. Dies trifft besonders für Betriebe in der Metallindustrie zu. Diese Tatsache wirkte sich besonders auf die Festsetzung der Produktpreise und bei Tarifverhandlungen aus.

Monopole kontrollieren die gesamte Wirtschaft

1977 wurde, nachdem die Tarifverhandlungen gescheitert waren, von der Metallarbeitergewerkschaft Maden-iş der Streik beschlossen. Er umfasste ca. 40 000 Metallarbeiter und löste Solidaritätsaktionen im In- und Ausland aus. Der Versuch seitens Maden-iş, mit Einzelbetrieben separate Tarifverhandlungen zu führen scheiterten an der Drohung des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie (MESS), diese Einzelbetriebe gegebenenfalls mit einem ökonomischen Embargo zu belegen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß bei Kontrolle des gesamten ökonomischen Bereichs durch die Monopole, die gewerkschaftlichen Forderungen gleichzeitig einen politischen Charakter erhalten.

Die Metallarbeitergewerkschaft Maden-iş geht davon aus, daß der Kampf um neue Tarifverträge nicht losgelöst ist von dem Kampf gegen Faschismus und Imperialismus. Von daher ist es nicht ein Kampf allein der Gewerkschaftsmitglieder.

Aus diesem Grund wurden von Maden-iş in den Betrieben "Komitees für die Tarifverhandlungen" gegründet (siehe Politika, 3.9.79). Inzwischen sind über 4 000 Arbeiter in ihnen aktiv. Diese Komitees beteiligen sich direkt an der Festlegung der Forderungen für die Tarifverhandlungen, sie mobilisieren darüber hinaus die Gewerkschaftsmitglieder und beziehen nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in diese Arbeit mit ein. Sie kämpfen für die Aktionseinheit sowohl in den Betrieben als auch in den Wohngebieten, für den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus.

In der Zeit der Tarifverhandlungen verschärfen sich die faschistischen Angriffe. Faschistische Gewerkschafter werden von MESS finanziell unterstützt. Die Kriegsrechtsbedingungen sowie die Forderungen des IWF, die einen Lohnstop beinhalten, erschweren die tariflichen Auseinandersetzungen.

Die Ergebnisse dieser Verhandlungen im Metallbereich werden auch die anstehenden Tarifverhandlungen in anderen Industriezweigen beeinflussen. Mit Hilfe des Kriegsrechts wurde - außer in Istanbul und Ankara - Streikverbot erlassen. Insgesamt wurden in den letzten 22 Monaten 27 Streiks seitens der Regierung verboten (siehe Politika, 28.9.79).

Es besteht die Gefahr, daß dieses Streikverbot bei Beginn der Tarifverhandlungen auch auf Istanbul und Ankara ausgedehnt wird.

Von Maden-iş wurde ein Forderungskatalog aufgestellt und ihren Mitgliedern zur Diskussion vorgelegt. Das durch Änderungsvorschläge modifizierte Konzept für die Tarifverhandlungen wurde inzwischen von allen Komitees einstimmig angenommen und als Forderung an MESS geleitet (siehe Politika, 27.10.79).

Der Generalsekretär der Internationalen Union der Metallarbeitergewerkschaften (Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes) Pierre Baghi, hat in einer Presseerklärung die Solidarität der 22 Millionen Mitglieder seiner Organisation mit dem Kampf von Maden-iş zugesichert (siehe Politika, 26.10.79).

Am 27.10.79 berichtete die Tageszeitung Politika:

" Die Arbeiter haben ihre Forderungen an MESS gestellt. Die Tarif-

verhandlungen betreffen 108 Betriebe und 50 000 Arbeiter. Der Vorsitzende von Maden-iş Kamal Türkler erklärte dazu: 'Die Krisenlasten werden die Arbeiter nicht tragen!'".

Forderungen der Maden-iş

Am 28.10.79 wurden die gewerkschaftlichen Forderungen in Politika veröffentlicht:

- Steigerung der Stundenlöhne im ersten Jahr um 35-45 türkische Lira (TL), im zweiten Jahr um 35-50 TL,
- Erhöhung der Sonderzuschläge auf fünf bis sieben Monatslöhne pro Jahr,
- eine jährliche Extra-Zuwendung von 15-25 000 TL,
- Arbeitszeitverkürzung auf 42 Stunden pro Woche,
- keine vorübergehende Beschäftigung, sondern Dauerbeschäftigung,
- Bildung einer "Kommission für Arbeitsschutz", in der Arbeiter und Arbeitgeber paritätisch beteiligt werden,
- das Recht inhaftierter Arbeiter, bis zu 9 Monaten Haft ihren Arbeitsplatz zu behalten,
- finanzielle Entschädigung bei Entlassungen,
- keine Nachtschicht für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.

* * *

IN 2 JAHREN ÜBER 2500 TOTE



BEI EINEM ANGRIFF AUF EIN ARBEITER-CAFEHAUS IN ISTANBUL MORDETEN DIE FASCHISTEN 6 ARBEITER

Ermutigt durch die Haltung der Ecevit-Regierung vor den Wahlen und durch den reaktionären Machtantritt Demirel nach den Wahlen eskalierte faschistischer Terror immer mehr. So wurden zahlreiche Persönlichkeiten Professoren, Gewerkschaftler, Lehrer, Ärzten, Staatsanwälte und auch Polizeipräsidenten kaltblütig ermordet. Innerhalb von zwei Jahren forderte der faschistische Terror in der Türkei über 2500 tote.

Am 11. September wurde der beliebte Demokrat, Prof. Fikret Ünsal stellvertretender Dekan der medizinischen Fakultät in Adana, laut Polizeiangaben von Aydin Telli, dem Komplizen von Ferhat Tüysüz, ermordet. Dardəfhin stellte der Vorstand der Universität in Adana die ganze Tätigkeit ausser Erste Hilfe-ein um gegen diesen Mordtat der Faschisten zu protestieren.

Am 18. September wurden 6 Lehrer -davon vier Mitglieder der Tüb-der in Adana in einem Heim Überfallen und ermordet.

Am 28. September wurde der Polizeipräsident der Provinz Adana Co-

vào Yurdakul, auf dem Weg zu seinem Amt in seinem Dienstwagen erschossen.

Cevat Yurdakul war ein Demokrat und vom Anfang an Ziel der Grauen-Wölfe. Wie Milliyet vom 30.9.79 berichtet von dem wegen 17-fachen Mordes angeklagten Yunus Uzun (siehe die Geständnis von Tüysüz) mehrmals telefonisch bedroht.

Er bedrohte ihn einmal folgendermassen "Sie haben Ferhat Tüysüz festgenommen. Er war ein netter Mensch. Verwickeln Sie in diese Ereignisse nicht den Namen unserer Partei. Wir werden im Jahre 1981 an die Macht kommen. Dann werden wir Sie und ihre Polizeidirektoren ermorden."

Yurdakul hatte seit seinem Amtsantritt, dem 24. März 1979, über mehrere "Graue Wölfe" wegen Mordes festgenommen. Yunus Uzun und Ferhat Tüysüz waren unter diesen.

Sogar die MHP-Funktionäre zielten auf seine Person ab. Am 30. August sagten die MHP-Abgeordneten, Cengiz Gökcek und Ali Gurbüz, auf einer Pressekonferenz in der Stadt Adana: "Wenn Cevat Yurdakul auch ins Ausland flüchten würde, werden wir ihm auf den Fersen bleiben."

Aufgrund dieses Mordes legten 400 Polizeibeamten in Adana aus Protest ihre Arbeit nieder und protestierten gegen die Haltung des Kriegsrechtskommandanten in Adana. Später wurden 50 von ihnen mit der Amtsentfernung seitens der Ecevit-Regierung bestraft.

Die Bewohner der Stadt demonstrierten, obwohl es vom Kriegsrecht nicht erlaubt war, auf den Straßen von Adana und forderten immer wieder den Verbot der MHP und der ÜGD.

Am 29. September überfielen die Faschisten ein Café in Bayrampasa-Istanbul. Sie stellten die Besucher erst an die Wand und feuerten danach auf sie mit MP's. 6 Menschen kamen dabei ums Leben und mehrere wurden verletzt.

Am 19. November wurde der Professor Ümit Yasar Doganay, der stellvertretende Dekan politologischer Fakultät, heimtückisch von Faschisten in seinem Wagen erschossen.

Am 16. November wurde der ehemalige Vorsitzende des Lehrerverbandes TÖB-DER in Istanbul, Talip ÖZTÜRK, ein verdienter Lehrer, von zwei Faschisten niederträchtig erschossen. Sie hielten ihn vor seiner Schule fragten nach seinem Namen und schossen dann auf ihn, gezielt auf sein Herz. Jede Hilfe kam zu spät. Gegen diesen faschistischen Mordanschlag erhoben die bravesten Schichten demokratischer Kräfte, Gewerkschaften, Parteien, bis zu Einzelpersonen, ihre Stimme. Die Jugendlichen, seine Schüler brachten ihre Protest mit Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck. Seine Beiset-

zung wurde zu einer Kampfdemonstration gegen den eskalierenden Faschismus. Zehntausende nahmen an dem Trauerzug teil.



An dem Trauerzug von Talip Öztürk nahmen zehntausende teil.

Es ist sicher, gestützt auf die reaktionären Demirel-Regierung, werden die "Grauen Wölfe" ihre Mordtaten künftig unbehelligt fortsetzen. Sogar die festgenommenen bzw. verurteilten "Grauen Wölfe" werden inoffiziell auf den freien Fuß gesetzt. Ein Zeichen dafür ist das Entkommen des Mörders des Chefredakteurs der liberalen Tageszeitung "Milliyet", Abdi İpekçi, aus dem Militärgefängnis in Istanbul. Dies geschah am 25. November; ein Tag zuvor erhielt die Demirel-Regierung das Vertrauensvotum im Parlament.

Erschreckende Geständnisse

Ferhat Tuysüz, einer der bekanntesten "Grauen Wölfe", gestand bei seiner erneuten Verhaftung am 25. August dieses Jahres in Adana vor der Staatsanwaltschaft, dem Kriegsgericht und der Polizeidirektion von Adana, seine grausamen Mordtaten sowie sei-

ne unmittelbare Verbindung zur faschistischen Partei MHP. Im folgenden veröffentlichen wir hier Zitate seiner Äußerungen, entnommen der Tageszeitung Cumhuriyet vom 28.-30. September.

"... nach zwei, drei Tagen ging ich wieder in den Bezirk, in dem wir auf ein Cafe einen Bombenanschlag verübt hatten. Zufällig traf ich dort den Lehrer Mustafa Yaşar, ein Mitglied des TÖB-DER. Aus Haß gegen die Linken gab ich acht Schüsse auf ihn ab. Aus den Zeitungen erfuhr ich dann später, das er tot war. Am selben Abend ging ich ins MHP-Bezirksbüro von Beyoğlu/Istanbul. Dort übernachtete ich mit Mahmut Çelik. Dann ging ich zum MHP-Parteibüro in Şişli und blieb dort zwei Tage lang..."

"...Immer wenn wir kein Geld hatten, gab uns die MHP 300 bis 500 TL, damit versorgten wir uns bei der ÜGD (Idealistenvereine) mit einer Schachtel Patronen für 275 TL... Nach dem Überfall auf das Cafe ging ich zur MHP-Bezirksorganisation in Şişli... Da ich seit längerer Zeit von der selben Waffe Gebrauch gemacht hatte, mußte ich sie wechseln. Dies sagte ich in Şişli, im MHP-Büro zu Şeref, der gab mir eine andere, in der Art von 9 mm-Kaliber."

"...Als wir auf das Cafe Olimpiyat schossen, wollten wir eigentlich nur unsere neu gekauften Waffen ausprobieren... Wir wußten, daß dieses Cafe von linksgerichteten Leuten besucht war..."

"Meine Freunde Saim Dalli und Ali Odak sagten mir, daß mich der Vorsitzende der ÜGD (Idealistenverein) in Istanbul, Recep Öztürk, mich sprechen möchte. Wir sind zu ihm gegangen. Er gab uns drei automatische Waffen, die 32 Geschosse abfeuern können. Am Abend sagte er mir, ich soll mit den Kameraden gehen... Etwa gegen 20 Uhr hielten wir vor einem Cafe. Ali Odak sagte: 'Genau hier ist es'. Wir feuerten auf das Cafe. Später erfuhr ich, daß zwei Gäste des Cafes ums Leben kamen..."

"...Später gab uns der 2. Vorsitzende der ÜGD, die damals wegen des Kriegsrechts geschlossen war, 8 Stück, fünf Hunderterscheinne...."

"Die vom Kriegsrecht geschlossene ÜGD arbeitete in der MHP, für sie war ein Zimmer reserviert..."

Nachdem er auf drei Schüler der Handelsschule geschossen hatte, zwei von ihnen kamen dabei ums Leben, berichtet er von einem anderen Anschlag am selben Abend auf ein Cafe wie folgt:

"Im Bezirk Meydan riefen wir ein Taxi des Taxiunternehmens "Meydan". Da wir wußten, daß die Fahrer dieses Unternehmens links stehen, wollten wir auch den Fahrer töten. Es kam ein Taxi mit einem blonden Fahrer. Wir stiegen ein... Yunus Uzun sagte zu Salih Ibis, er müsse den Taxifahrer töten, weil er bis jetzt noch niemanden getötet habe....Daraufhin gab ich meine Pistole Barette an Ibiş....Er feuerte auf den Fahrer fünf oder sechs Schüsse ab. Um sicher zu gehen, gab ich weitere Schüsse ab. Er war sofort tot. Danach nahmen wir alle zusammen das Cafe in Sinonpaşa unter Beschuß... Die Waffen gab ich Yunus Uzun...Wir sind dann zum MHP-Parteibüro gegangen und forderten von Galip Kutük Geld. Daraufhin gab er mir und Ibiş 5000 Lira..."

In Haruniye verübte er weitere Bombenanschläge. Auf die Frage, wie er sich das Dynamit besorgt hat, antwortete er: "Immer wenn wir Ali Senimli" (ein MHP-Mitglied) "sagten, wir wollen angeln , dann gab er uns Dynamit..."

Weiterhin berichtete er über zukünftige Opfer, darunter dem CHP-Bürgermeister der Stadt Urfa.

Er war Führer der „Vergeltungsbrigade“

Ein anderer "Grauer Wolf", Cengiz Ayhan, berichtet: Cengiz Ayhan wird des vielfachen Mordes und zahlreicher Terror- und Bombenanschlägen angeklagt. Laut Angaben der Polizei ist er der Führer der illegalen faschistischen "Vergeltungsbrigade". Er wurde in der Stadt Işel festgenommen.

Er gab vor der Polizeidirektion in Işel zu, jegliche Hilfe von der MHP und ÜGD erhalten zu haben und sich vor seiner Festnahme in der Wohnung des Vorsitzenden der MİSK (nationalistische Arbeitergewerkschaft), Mehmet Ali Ünlu und des Jugendvorsitzenden der MHP-Parteioorganisation in Tarsus/Işel, versteckt gehalten habe.

(Wie bereits in TÜRKIE HEUTE berichtet, explodierte in einem Gebäude der MİSK eine Bombe bei ihrer Herstellung).

Cengiz Ayhan versuchte seine Mordtaten auf andere abzuwälzen und schilderte sie wie folgt:

"Ich hatte in meiner Hand einen Hammer. Mein Komplize Abdulyahap

Kahraman hatte eine Schere in der Hand. Ich habe den Mund von Mesih Yönik fest zugebunden. Ich habe mit dem Hammer 4 bis 5 mal auf seinen Kopf geschlagen. Er blutete. Inzwischen stach Abdulyahap die Schere wie einen Dolch in verschiedene Stellen des Körpers hinein. Ich schlug noch mehr zu. Er war tot..."(Cumhuriyet, 2.10.79).

Cengiz Ayhan gab an, vom Polizeidirektor der zweiten Abteilung der Polizeidirektion, Ömar Cengiz, Zuflucht erhalten zu haben. Der Polizist wurde vor kurzem aus dem Amt entfernt.

Cengiz Ayhan schrieb an die Mitglieder der "Grauen Wölfe" in der BRD und unterzeichnete die Briefe mit seinem Namen als Vertreter der illegalen "Vergeltungsbrigade" folgendermaßen: "Der einzige Führer, Demokrat und freiheitlicher Mensch, der das türkische Volk retten wird, ist Türkeş" (Cumhuriyet, 25.9.79).

Gestützt auf das Geständnis von Ayhan wurde laut Aussagen des Gouverneurs von İçel eine vom Jugendvorsitzenden der MHP in İçel/Tarsus gegründete Zelle der "Vergeltungsbrigaden" ausgehoben. Sechs der insgesamt neun Mitglieder wurden in dem MHP-Büro in Tarsus verhaftet. Sie sind des 7-fachen Mordes angeklagt (darunter ein rechtsgerichtetes Opfer). Zu ihren Opfern gehören unter anderem der Staatsanwalt von Tarsus und der ehemalige Gemeindevorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) in Tarsus.

MHP liefert die Waffen

Der Jugendvorsitzende der MHP in Tarsus, Mahmut Tart, ist zugleich Führer dieser illegalen Organisation. Er schildert seine Tat wie folgt:

"Als wir im Jugendbüro der MHP saßen, schlug ich Süleyman Kutahli und Ibrahim Gök vor, den Staatsanwalt Süreyye Emin zu töten. Der Vorschlag wurde angenommen..."

"Als der Staatsanwalt in der Tür seiner Wohnung erschien, wurde er von Ibrahim Gök mit sechs Schüssen erschossen...Sie brachten die Waffen zum MHP-Jugendbüro..."(Cumhuriyet, 5.10.79).

Aus Platzgründen können wir nicht alle so offen geschilderten Mordtaten von Tuysiz, Ayhan und anderen abdrucken. Diese wenigen Beispiele jedoch benötigen keinen Kommentar. Die Brutalität und Grausamkeit der Faschisten tritt offen zutage.

„Graue Wölfe“ wickeln Heroingeschäfte ab

"Wir haben in letzter Zeit immer wieder Hinweise erhalten, daß auch rechtsextremistische Türken hinter dem Heroinhandel stehen", dies erklärte der für Rauschgiftfragen zuständige Leiter des Kriminalamtes Erich Strass gegenüber der Zeitschrift "Stern".

Dies müßte schon längst bekannt sein, denn bereits 1972 wurde der MHP-Senator Kudret Beyhan mit 146 Kilogramm Rohopium von der französischen Polizei festgenommen.

Laut "Stern" erhielt sein Nachfolger Izzet Sanyer eine persönliche Amnestie von den türkischen Behörden, und zwar in der Zeit der Nationalistischen-Front-Regierung im Jahre 1977. In dieser Regierung war Faschistenführer Türkeş Vizepräsident. Izzet Sanyer gilt als größter Heroin-Hersteller und Mafia-Mann. Die Beziehungen der MHP zur Mafia sind inzwischen bekannt.

Der wichtigste Mann des Westberliner Heroinhandels, der Inhaber des Nachtclubs Efes in der Hauptstr., Ismail Çakir, wurde im Juli dieses Jahres von der Polizei verhaftet. In der Juli-Ausgabe von TÜRKİ HEUTE wiesen wir bereits auf die enge Verbindung von Ismail Çakir mit den Tarnorganisationen der Grauen Wölfe, bzw. der MHP, sowie der rechtsextremistischen Zeitungen Anadolu und Tercüman hin, die mit allen Mitteln versuchen, Çakir aus seiner Verantwortung zu ziehen.

"Bei der damit verbundenen Beschlagnahmeaktion fanden die Polizisten auch einen Ordner mit Quittungen. Danach hatte Çakir in den letzten fünf Jahren rund 500 000 DM un versteuert an Geschäftspartner und ultrarechte Türkenvereine überwiesen." (Stern, Nr. 43/79)
"Mitglieder der Grauen Wölfe hatte der türkische Nachtclub-Besitzer Ismail Çakir als Leibwache, als er 1979 von Berlinern Rauschgiftfahndern hochgenommen wurde" (Stern, Nr. 43/79)

Man muß davon ausgehen, daß diese enorme Summe für den Ausbau der Organisationen der "Grauen Wölfe", für ihre Bewaffnung sowie für den Waffenschmuggel in der Türkei verwendet wird.

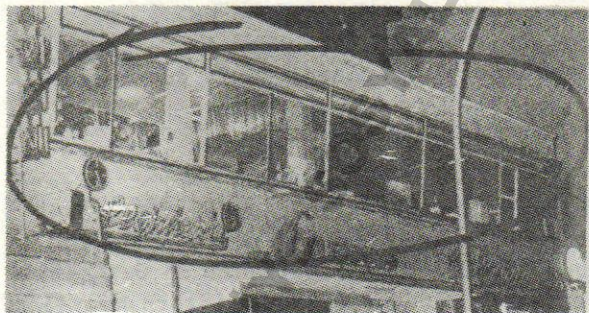
Der Stern berichtet über Äußerungen des mit 3,5 Kilogramm verhafteten ehemaligen Abgeordneten der Nationalen Heilspartei (MSP) Kahraman, der den Vorsitzenden seiner Partei der Bereitstellung von Heroin beschuldigte. Auch die MSP war Mitglied der Nationalistischen-Front-Regierung.

Doch die Zeitschrift nutzt diese Äußerungen um, ebenso wie Kahraman, die führende Rolle der MHP im Heroingeschäft zu verschleiern.

Dies ist nur ein Bruchteil der von MHP-Faschisten abgewickelten Heroingeschäfte in Westberlin. Sie betreiben dieses Geschäft seit Jahren und mit steigender Intensität. Es ist eindeutig, daß die finanziellen Mittel zur Bewaffnung und weiteren Organisation der Grauen Wölfe aus diesen schmutzigen, massenmörderischen Heroingeschäften stammen, Geschäften, denen tausende Jugendliche in der BRD zum Opfer fallen.

Angeichts dieser Tatsachen tragen die zuständigen deutschen Behörden solange daran die Mitverantwortung, ebenso an jedem Tropfen Blut, das von türkischen und deutschen Demokraten in der BRD und Westberlin vergossen wird, solange sie nicht konsequent gegen die Grauen Wölfe vorgehen.

Behauptungen der zuständigen Behörden, sie hätten keine Beweise, bleiben unter Berücksichtigung oben genannter Tatsachen absurd!



Wedding, Badstr.9 - Heroinhandel !

In vielen von MHP-Leuten betriebenen Nachtlokalen wird der Heroinhandel getrieben. Unter anderem in dem Billardsalon in der Weddinger Badstr.9, dessen Inhaber Turgut inzwischen verhaftet wurde. Ebenso in dem Lokal Santral in der Potsdamer Str., das vor kurzen von der Westberliner Polizei geschlossen wurde.

Bezirksamt Kreuzberg fordert das Verbot der „Grauen Wölfe“

Die Duldung der Grauen Wölfe seitens der deutschen Behörden, die mehrmaligen Besuche des Faschistenführers Türkeş in der BRD und Westberlin, sein Zusammentreffen mit führenden CDU/CSU-Politikern, die Bildung einer reaktionären Regierung unter Demirel in der Türkei - dies alles ermutigt die Grauen Wölfe zu aggressiven Aktivitäten auch im Ausland, bzw. in der BRD und Westberlin.

So wurde die zu begrüßende Veranstaltungsreihe der Kreuzberger Jugendfreizeitheime vom 12.11. bis 16.11.79, "Jugend gegen Rechts" mehrmals von Mitgliedern der Grauen Wölfe überfallen. Zu diesen Vorfällen gab das Bezirksamt Kreuzberg, Abteilung Jugend und Sport eine Erklärung am 20.11.79 ab:

"Diese Veranstaltungsreihe, die über 1000 Jugendliche erreichte, wurde als sehr informativ und erfolgreich von den Teilnehmern eingeschätzt. Der dritte Tag dieser Veranstaltungsreihe (Mittwoch, der 14.11.79) lief unter dem Titel 'Türkei heute'. Auf dieser Veranstaltung waren ca. 350 türkische und deutsche Jugendliche und Erwachsene anwesend. Bis 20.00 Uhr verlief die Veranstaltung ohne Zwischenfälle. Aufgrund eines Telefonanrufes eines türkischen Jugendlichen, der bei mehreren Erziehern als "Grauer Wolf" bekannt ist, in dem behauptet wurde, daß er von ca. 20 Jugendlichen überfallen und eines Notizbuches beraubt worden sei, betraten ca. 10 mit Schutzhelmen versehene und 3 grün uniformierte Polizisten das JFH Blücherstraße. Eine Verständigung Heimleiter, Erzieher-Polizisten war nicht möglich. Aus der sich ansammelnden Menge der Jugendlichen und Erzieher suchte sich der Anrufer zwei ihm bekannte Jugendliche heraus und bezeichnete sie als Täter.

Diese wurden unter heftigem Protest der Anwesenden in Handschellen abgeführt. Die beiden Jugendlichen wurden ca. 20 Stunden von der Polizei festgehalten. Sie durften weder ihren Arbeitgeber, noch ihre Familie benachrichtigen.

Dieser Vorfall ist außerordentlich zu bedauern, weil es einem "Grauen Wolf" durch einen miesen Trick gelang, eine Veranstaltung zu stören und durch die Polizei kein Kontakt zum Veranstalter

ter, dem Bezirksamt Kreuzberg, aufgenommen wurde.

Die Abschlußveranstaltung am Freitag, dem 16.11.79, im Haus der Jugend im Böcklerpark mußte unter Anwesenheit von Polizei stattfinden, um von vornherein Konfrontationen zu vermeiden.

In der Veranstaltung wurden Berichte über Überfälle und Drohungen durch die türkischen "Grauen Wölfe" und die deutsche Wiking-Jugend, als auch Informationen über die Entwicklung und Zielsetzung dieser Organisationen gegeben.

In einer anschließenden Diskussion wurde das Verbot der "Grauen Wölfe" von den ca. 400 Anwesenden gefordert.

Während die Abschlußveranstaltung ungestört verlief, zogen ca. 20 bis 30 ausländische Jugendliche unter Anführung des am Mittwoch bekannt gewordenen Denunzianten zum bezirklichen JFH Blücherstr. Dort schlugen sie einen Mitarbeiter des Hauses und zertrümmerten die Fensterscheiben. Die Polizei wurde hiervon benachrichtigt. Anschließend zog diese Gruppe der "Grauen Wölfe" in die Oranienstraße, wo sie ein Jugendtanzlokal verwüsteten. Es ist bekannt, daß viele der Jugendlichen, die das Jugendfreizeitheim besuchen, auch dort verkehren.

Diesen Gewaltaktionen muß der Boden entzogen werden. Wir fordern deshalb ein Verbot der "Grauen Wölfe".

Aktivitäten aggressiver

Am Freitag, dem 23. November, kam eine Gruppe von etwa 40 bis 50 maskierten "Grauen Wölfen" auf den Wochenmarkt am Kottbusser Damm in Neukölln.

Sie versuchten die Verkäufer der sozialistischen Arbeiterzeitung "Kurtuluş", die in ihrer jüngsten Ausgabe über die Aktivitäten und Heroingeschäfte der "Grauen Wölfe" ausführlich berichtet hatte, anzugreifen.

Sie waren mit Eisenstangen und Messern bewaffnet und riefen "Tod den Kommunisten!", "Die Grauen Wölfe kommen!".

Die Entschlossenheit der "Kurtuluş"-Verkäufer sowie der Passanten, konnte den Überfall verhindern. Gemeinsam riefen deutsche und türkische Passanten "Graue Wölfe raus aus Westberlin!".

Einen Tag später, diesmal am Wochenmarkt am Leopoldplatz, versuchten erneut maskierte und bewaffnete Faschisten, die "Kurtuluş"-Verkäufer zu überfallen.

Dank heftiger Proteste der Marktbesucher und Passanten konnten die "Grauen Wölfe" nichts schlimmeres anrichten.

Beim ersten Überfall kam die Polizei eine Stunde später, beim zweiten Überfall stellte sich die Polizei eindeutig auf die Seite der "Grauen Wölfe". Sie durchsuchte lediglich einen von ihnen, fotografierten jedoch die "Kurtuluş"-Verkäufer und nahmen zwei von ihnen zur Wache mit - ohne Begründung.

Die maskierten "Grauen Wölfe" dagegen wurden nicht von der Polizei identifiziert. Handelt es sich bei ihnen um in der Türkei steckbrieflich gesuchte "Graue Wölfe", die bereits mehrere Morde begangen haben? Warum schützt die Westberliner Polizei die "Grauen Wölfe"? In einer "freiheitlich-demokratischen" Stadt gehen 40 bis 50 maskierte und bewaffnete Graue Wölfe auf die Straße und bedrohen am helllichten Tag, in aller Öffentlichkeit Demokraten - und kein Polizist versucht ihnen den Schleier herunter-

Nach einer Meldung des Westdeutschen Rundfunks, türkische Sendung, vom 26. November, haben zwei Flugblattverteiler vor einem Kino in Frankfurt/am Main, mehrere Kinobesucher, die von ihnen verteilten Flugblätter ablehnten, mit Messerstichen verletzt. Einer von den Verletzten, Hasan Erdogan, schwebt im Lebensgefahr. Die Täter, die mit einem Wagen vom Ort flüchteten, hatten Flugblätter der "Turken Föderation", einer Organisation der "Grauen Wölfe" verteilt.

in der BRD gefaßt !

Nasibullah Türkel, einer der Massenmörder, die am 16. März 78 vor dem Universität in Istanbul auf Studenten eine Bombe warfen und dabei 6 Studenten ermordeten und mehrere verletzten, wurde in Kiel festgenommen. Nach Angaben der Tageszeitung "Hürriyet" vom 19. Oktober 79 soll er von der BRD-Polizei vernommen und dabei ausführliche Informationen gegeben und Namen seiner Helfer in der BRD genannt haben. Inzwischen wurde der Mörder in die Türkei geliefert.

Nach bisherigen Erfahrungen wäre es jedoch leichtgläubig, von der Polizei zu erwarten, daß sie nach vorliegenden Informationen gegen diese Helfer vorgehen würde. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß auch diese Leute zu den "Grauen Wölfen" gehören und den Kontakt zwischen den Faschisten in der BRD und der Türkei herstellen.

Dokumentation

Ein "abtrünniges" MHP-Mitglied bat in der BRD um Asyl.
(aus Politika vom 21. Oktober 1979)

"Verehrte Zuständige!

Ich, Ali Ihsan Karagülen, habe am 30.0.1979 aus politischen Gründen mein Land verlassen und bin nach Deutschland gekommen. Ich bitte, mir politisches Asyl zu gewähren.

Gründe:

Ich war in der Türkei als LKW-Fahrer im öffentlichen Dienst beschäftigt. Die politische Lage in der Türkei zwang mich vor Jahren, Politik zu treiben. Vor einigen Jahren trat ich in die rechte Partei MHP und ihre Nebenorganisation "Graue Wölfe" ein. Ich sympathisierte mit ihnen und unterstützte sie, da diese Partei und ihre Nebenorganisationen in ihren Gründungsjahren von einer sozialen Ordnung sprachen und die Verteidigung der islamischen Religion versprachen.

Mit der Zeit aber haben sowohl diese Partei als auch ihre Nebenorganisationen damit angefangen, ihre vermeintlichen Ziele zu verlassen und hinter den Kulissen anders zu intrigieren. Sie waren keine politische Organisationen mehr, sondern entarteten zu Mordbanden.

Da ich die gegen die Menschlichkeit und den Staat gerichteten Aktivitäten dieser Partei und ihrer Organisationen nicht billigte, mußte ich diese verlassen. Denn was sie alles trieben, war gegen meine Auffassungen von Menschlichkeit und von der Welt.

Aber nachdem ich sie verlassen hatte, verfolgten sie mich mit dem Ziel, mich zur Zielscheibe zu machen und umzubringen. Die Begründung war: ich hätte sie verraten. Mehrmals wurde ich von ihnen angehalten. Sie holten mich aus dem LKW heraus und schlugen so lange zu, bis ich ohnmächtig wurde. Jedesmal haben sie mich daran erinnert, daß ich entweder in die Partei und ihre Organisationen zurückkehren oder sterben müßte.

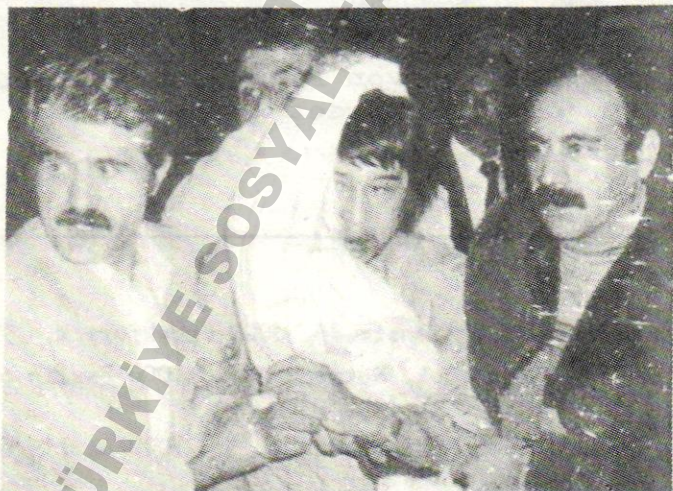
Es ist weltweit bekannt, daß es diese Partei und ihre Organisationen auf das Leben zahlreicher Menschen abgesehen haben. Da ich ständig von ihnen angehalten wurde, mußte ich meine Arbeitsstelle verlassen. Als sie mich unterwegs zur Arbeit nicht fan-

den, suchten sie mich in der Nähe meiner Wohnung. Einige Male wurde meine Wohnung beschossen. Die Fensterscheiben wurden eingeworfen, die Wände wurden durchlöchert.

Für mich war es auch keine Rettung, in einen anderen Ort zu gehen. Denn sie waren überall organisiert. Der einzige Ort, wo ich mein Leben retten konnte, war dann das Ausland. Aus diesem Grund und aus Angst, habe ich mein Land verlassen und bin in die BRD gekommen. Ich bitte Sie, meinem Antrag zu entsprechen."

Dieser Antrag wurde an die Ausländerbehörde in Mairheim in der BRD gereicht.

* * *



Nasibullah Türkel. Ein Massenmörder. Er wurde in Kiel von der BRD-Polizei festgenommen. Ein Beispiel für Mörder-"Graue Wölfe", die nach ihren Mordtaten ins Ausland flüchten. (Siehe Seite 24)



Machtvolle Trauerzug von Prof.U.Doganay, der von "Grauen Wölfe" ermordet wurde.

IMPRESSUM

Herausgeber... : TBÖK, Gärtenstr.96, 6000 Frankfurt/M.. 70

Druck : Eigendruck, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Bestellung u.

Schriftwechsel: T10, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Konto Nr. : 239 398-109 Postscheckamt Berlin - West

TÜRKEI HEUTE erscheint monatlich

TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Committee for Peace and Freedom

Comitee Européen des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşiti û Rızgari Tirkîye

mai 79



TÜRKİ HEUTE



***Kriegsrecht wurde
verschärft und
ausgeweitet***

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

INHALT:

1.MAI 1979 IN IZMIR	1
KRIEGSRECHT WURDE VERSCHÄRFT UND AUSGEWEITET	4
1.Mai 79 in Istanbul verboten	6
Das Geschrei über "Separatisten"	8
WAS BEDEUTET DAS KRIEGSRECHT?	9
DIE ANGRIFFE DER "GRAUEN WÖLFE" HALTEN AN	10
Politische Morde	12
CIA und "Graue Wölfe"	14
Die Perlen der FAZ	15
Die Regierung ergreift keine Maßnahmen	17
DEMIREL DROHT!	17
Der Aufstand des trojanischen Pferdes	18
WIRTSCHAFTLICHE LAGE	19
Kiep als Vermittler-Druck des IWF	21
Preiserhöhungen	22
3. FIDEF-KONGRESS	24
Finanzquellen der "Grauen Wölfe"	26

1. Mai 1979 in Izmir

In Istanbul und in 18 anderen Provinzen herrscht das Kriegsrecht. Obwohl die Kriegsrechtskommandantur die 1. Mai Demonstration in Istanbul für verboten erklärt hat, rief die DISK-Führung zur Mai-Kundgebung in Istanbul auf. Am 29. April verhängte die Kommandantur zum 1. Mai die totale Ausgangssperre über die Stadt (für 29 Stunden).

Kurz nachdem die 1. Mai-Demonstration in Istanbul verboten worden war, beschlossen drei fortschrittliche Gewerkschaften, an deren Spitze die Metallarbeitergewerkschaft MADEN-IS steht, zusammen mit anderen demokratischen und fortschrittlichen Organisationen, die Mai-Demonstration '79 in Izmir, der drittgrößten Stadt des Landes, in der kein Kriegsrecht herrscht, zu organisieren.

Und diese Demonstration, an der 100 000 Menschen teilnahmen, wurde zu einer massenhaften Manifestation gegen das Kriegsrecht und gegen den faschistischen Terror.

Obwohl die militär Behörden durch zahlreiche Stassensperren (auf den Landesstrassen nach Izmir) eine massenhafte Teilnahme zu verhindern versuchten, kamen tausende Demonstranten aus vielen Gebieten der Türkei nach Izmir.

Die 1. Mai-Kundgebung in Izmir zu organisieren war nach Lage der Dinge die einzige Möglichkeit, überhaupt noch eine größere Mai-Kundgebung abzuhalten. Denn die Vorbereitungen zum 1. Mai in Istanbul waren von seiten der neuen DISK-Führung, die eine "sozialpartnerschaftliche" Politik betreibt, außerordentlich lasch gehandhabt worden. Eine völlig ungenügende Vorbereitung zum 1. Mai ließ den Eindruck entstehen, daß sie im Grunde gar kein Interesse an einer machtvollen Demonstration wie in den vergangenen drei Jahren, hatte.

Eine kaum vorbereitete, nicht abgesicherte Mai-Demonstration in Istanbul hätte angesichts des Kriegsrechts bedeutet, die Demonstrierenden den Gewehren der Militärs preiszugeben. Man muß bedenken, daß an den früheren 3 Mai-Demonstrationen rund 40 000 Ordner für die Sicherheit gesorgt hatten.

Um die Verhaltensweise der neuen DISK-Führung zu verstehen, müssen wir in die Geschichte dieser Gewerkschaftsföderation ein paar Jahre zurückgreifen.

Die neue Führung der DISK wurde ende 1977 gewählt. Die Grundsatzbeschlüsse, die auf diesem Kongress angenommen worden waren, wurden nicht in die Realität umgesetzt, sie blieben auf dem Papier (z.B. die Verwirklichung einer antifaschistischen Front zusammen mit allen demokratischen Kräften des Landes, die Ausweitung der Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Organisationen, die organisierte Aktivierung der Arbeiterklasse gegen den faschistischen Terror).

Trotz dieser Beschlüsse hat die DISK-Führung gegen die Eskalation der faschistischen Angriffe nichts unternommen. Man hat sich alles in allem mit einer 5-minütigen Arbeitsniederlegung (gegen das Massaker in K. Maraş) begnügt. Dies war die einzige massenhafte Aktion, die von der DISK-Führung angeleitet wurde, seit ende 1977, wobei es an den prunkvollen Reden nie mangelte.

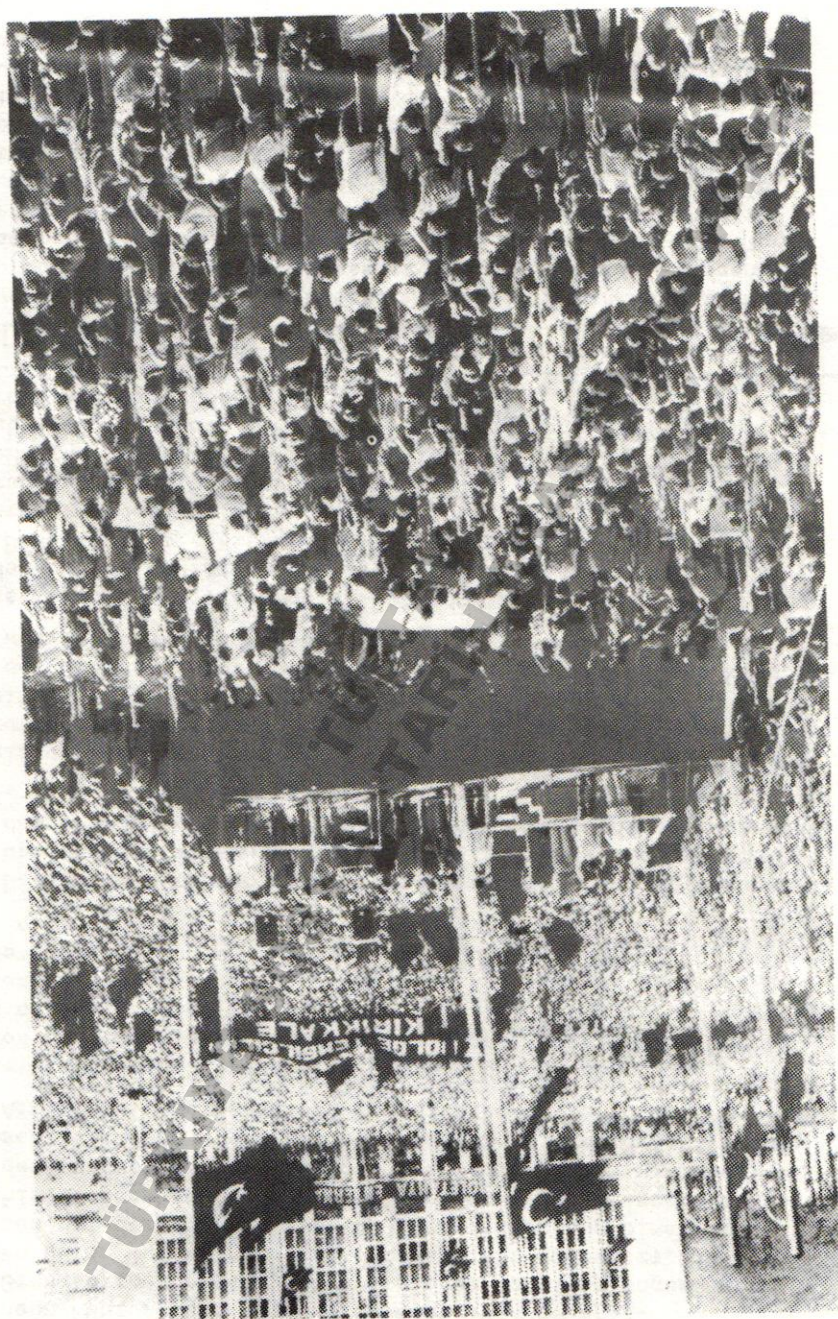
Die Beziehungen zu den anderen progressiven Organisationen wurden absichtlich verschlechtert sogar zeitweise abgebrochen (z.B. mit dem Jugendverband IGD - 35 000 Mitglieder, und Frauenverband IKD).

Mitglied-Gewerkschaften wie MADEN-İŞ (eine der ältesten, kampfgereiften Gewerkschaften der DISK, die durch ihre 8-monatigen Streikaktion auch in Europa bekannt wurde) wurden für 1 Jahr von der DISK entfernt. Auch viele fortschrittliche Gewerkschaftler wurden unter Druck gesetzt.

Diese Politik widerspiegelt sich natürlich in den Beziehungen zu der Ecevit-Regierung. Und zwar so, daß diese rechte Politik der DISK-Führung seitens Ecevit gefördert wird. Es ist also nicht verwunderlich, wenn der Regierungschef in gutem Einvernehmen mit der DISK-Führung und der TÜRK-İS (berühmte gelbe Gewerkschaftsföderation, deren Führer immer noch nicht davon abzubringen sind, den 1. Mai als "Frühlingstag" zu feiern) das unerhörte Preiserhöhungspaket durchsetzte.

MACHTVOLLE MAI-DEMONSTRATION IN IZMIR !

Es war einmalig in ihrer Geschichte. Izmir hatte das Glück den Kampftag der werktätigen Massen zum ersten Mal zu erleben. Am selben Tag hatten die Militärs in Istanbul über 1200 Menschen verhaftet und in das İnönü-Stadion geführt. In Ankara waren es 380 Menschen, die gewaltsam inhaftiert wurden. Alle fortschrittlichen Kräfte fordern die Freilassung der Verhafteten (zu denen gehört auch die Vorsitzenderin der Arbeiterpartei TIP Behice Boran). Die 1. Mai-Demonstration trug für die Entwicklung der Aktionseinheit der demokratischen Organisationen in Izmir sehr viel bei.



So wurden 4 der 7 Vorstandsgremium-Mitglieder (Rıza Güven, Kemal Nebioğlu, Tuncer Kocamanoglu und Fehmi Isiklar) auf den letzten Gewerkschaftskongressen, wegen ihrer rechten Politik, abgewählt.

Das bedeutet; in der DISK-Führung sitzen 4 Vorstandsmitglieder, die keine gewerkschaftliche Basis haben. Das heißt, die Mehrheit der DISK-Führung besteht aus abgewählten Mitgliedern, die keine Unterstützung von der Arbeiter erwarten dürfen.

Obwohl viele Gewerkschaften vor Monaten die DISK-Führung aufforderten, mit den Vorbereitungen zum 1. Mai anzufangen, geschah nichts. Sogar fortschrittlichen Gewerkschaften wie MADEN-IS, BANK-SEN, BAY-SEN wurden entsagt an den Vorbereitungskomitees teilzunehmen.

Daß die Vorbereitungen zum 1. Mai nicht unbewußt vernachlässigt wurden, bestätigte sich letztlich durch die Worte der Gewerkschaftsführer bei ihrer Verhaftung -wegen Aufruf zum 1. Mai- "Wir haben unser Ziel erreicht. Heraus zum 1. Mai 1980."

Kriegsrecht wurde verschärft und ausgeweitet

Am 25. April 1979 hat das türkische Parlament die verschärfte Ausweitung des Kriegsrechts beschlossen. In den Provinzen Adiyaman, Tunceli, Diyarbakir, Siirt, Mardin und Hakkari wurde zusätzlich Kriegsrecht verhängt. Auf diese Weise sind nun 19 der 67 Provinzen von der willkürlichen, antidemokratischen Druckmaßnahme der Militärbehörden des Kriegsrechts betroffen.

Ausweitung in Richtung Osten:

Das auffallendste bei der erneut verlängerten Kriegsrechtsperiode (es ist nun die 2. Verlängerung nach 4monatiger Praxis des Kriegsrechts) ist die planmäßige Verlagerung des Kriegsrechts in die östlichen Provinzen. Wie bekannt, ist dort vorherrschend die kurdische Bevölkerung beheimatet, die bereits seit der Gründung der türkischen Republik unter dem harten nationalen Druck und Diskriminierung leidet. Um die Unterdrückung dieses Volkes zu rechtfertigen, werden ihm "subversive und separatistische" Aktionen unterstellt. So z.B. der "Stern" vom 11.4.79:



1. MAI 1979 IN ISTANBUL: MILITÄR-BARRIKADE! "DER DURCHSCHNITTS-BÜRGER MERKT VON DEN PRAKTISCHEN AUSWIRKUNGEN DES AUSNAHME - RECHTS SEHR WENIG" (FAZ vom 7.4.79)

"Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Kurden-Unruhen auch auf die Türkei übergreifen werden, sobald der Schnee im Grenzgebirge und um den Ararat schmilzt. Kurdenführer Jalal Talabani, frisch aus Moskau zurück, wird dafür schon sorgen."

Solche Behauptungen sind der Reaktion eigen. Mit dieser Methode hat die türkische Bourgeoisie immer wieder gewußt, wie sie die für mehr demokratische Rechte kämpfende kurdische Bevölkerung gewaltsam unterdrücken kann. Sie hat ihr sogar verboten, ihre eigene Sprache zu benutzen.

Während der parlamentarischen Beratungen bezüglich des Kriegsrechts (am 25.4.79) hat der "Nationale Sicherheitsrat* folgende Erklärung veröffentlicht:

*Diesem Rat gehören außer dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten die 3 Armee-Befehlshaber (Luft, Land, Marine), die für Sicherheit zuständigen Minister und Oberbefehlshaber der türkischen Armee an. Der Nationale Sicherheitsrat ist die zivil-militärische Junta, die seit dem 12. März 1971 in immer größerem Maße die politischen Entscheidungen der Regierungen bestimmt.

"...Wegen der erhöhten, provokatorischen Gefahr, die unser Land bedroht und auch unter dem Einfluß der letzten Entwicklungen im Nahen Osten steht, ist es notwendig geworden, gegen die separatistischen Strömungen und insbesondere in Grenzgebieten neue Maßnahmen zu ergreifen und einige Besorgnisse, die das Ausmaß des Kriegsrechts betreffen, zu beseitigen.

Um Ruhe und Ordnung für unser Vaterland und unsere Mitbürger zu schaffen, hat der Nationale Sicherheitsrat beschlossen, der Regierung zu empfehlen, das in 13 Provinzen verhängte Kriegsrecht angesichts jeglicher Situationen und Eventualitäten, die im Artikel 124 der Verfassung bezeichnet werden, auf weitere 2 Monate verlängert wird, und daß aus demselben Grunde auch in den Provinzen Tunceli, Diyarbakir, Siirt, Adiyaman, Mardin und Hakkari ab 26.4.79 um 7.00 Uhr das Kriegsrecht verhängt wird."

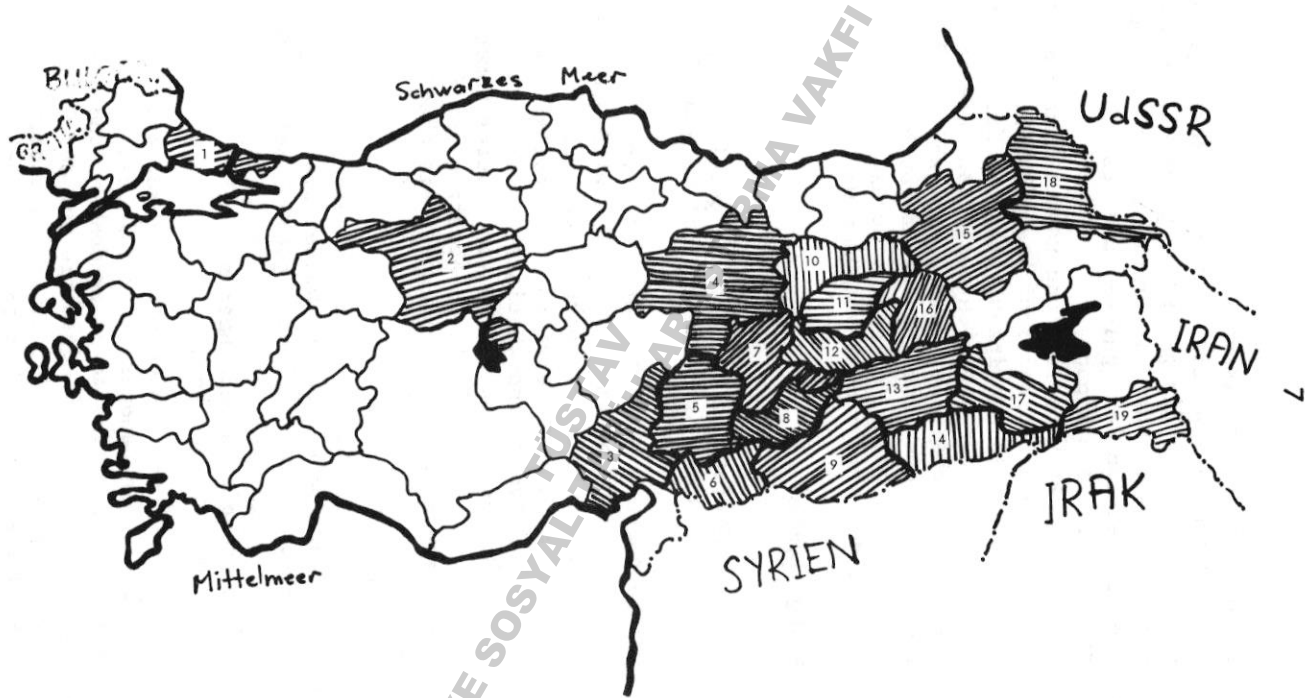
1. Mai 79 in Istanbul verboten

Und diesem "empfehlenden" Befehl wurde Gehorsam geleistet. Das Parlament hat die Ausdehnung des Kriegsrechts mit verschärften Bestimmungen beschlossen.

Gleich nach diesem Beschluß veröffentlichte die Kriegsrechtskommandatur von Istanbul eine Bekanntmachung: Darin wird u.a. das Verbot der 1. Mai Demonstration in Istanbul angekündigt. "...Die von einigen politischen Parteien, Vereinen und Arbeiterorganisationen zum 1. Mai 79 in Istanbul angekündigte Versammlung unter freiem Himmel und die Demonstration wurden von unserer Kommandatur gemäß den Bestimmungen des Artikels 3, Absatz g des Kriegsrechts verboten, da diese sonst im Hinblick auf die oben dargestellten Umstände die allgemeine Sicherheit und öffentliche Ordnung erheblich stören würden.

Sollte diese Aktion trotz der Gesetze und des Verbots der Kriegsrechtskommandatur unternommen werden, so werden die Führungen dieser Organisationen, die ihre Mitglieder gegen Gesetze ermuntern und aufhetzen, für alle möglichen Zwischenfälle, bei denen die Sicherheitskräfte energische Maßnahmen ergreifen könnten, die volle Verantwortung zu tragen haben."

Zum Schluß wird drohend auf den Schießbefehl hingewiesen: "...Zur Vorbeugung der Wiederholungen bedauerlicher Zwischenfälle wird es übrigens für nützlich gehalten, daran zu denken, daß den "Halt"-Befehlen des Militärs, der Gendarmerie und der Polizei, die dem Kriegsrecht dienen und die Autorität des Staates vertreten, Folge geleistet werden muß, so können die Situationen vermieden werden, bei denen die Sicherheitskräfte Gebrauch von ihren Waffen machen müßten."



KRIEGSRECHT-PROVINZEN:

Istanbul(1); Ankara(2); Adana(3); Sivas(4); K.Maras(5); Gaziantep(6); Malatya(7); Adiyaman(8); Urfa(9); Erzincan(10); Tunceli(11); Elazig(12); Diyarbakir(13); Mardin(14); Erzurum(15); Bingöl(16); Siirt(17); Kars(18); Hakkari(19)

Jetzt ist alles komplett. Dem steht nichts mehr im Wege, daß die Soldaten auf jede "subversive Strömung", die die unschuldigen Mitbürger "gegen den Staat und die Gesetze aufhetzen", wie z.B. die "allgemeine Sicherheit" störende 1. Mai Demonstrationen, schießen können. Die Ermordeten können ja nicht mehr bezeugen, ob sie den "Halt"-Befehl gehört oder nicht gehört haben.

Das Geschrei über „Separatisten“

Hinter dem lauten Geschrei über "subversive und separatistische Tätigkeiten" steht hauptsächlich der grausame Plan der reaktionär-faschistischen Kräfte, nach dem der gemeinsame antiimperialistische Kampf der türkischen und kurdischen Bevölkerung mit Gewalt gestoppt werden soll.

Was steckt also hinter dieser planmäßig angelegten Kampagne? Wie oben erwähnt, ist das kurdische Volk seit langem der nationalen Unterdrückung seitens der türkischen Reaktion ausgesetzt. Diese Represalien kommen in der Vertreibung, Terrorisierung und Verweigerung jeglicher fundamentalen, demokratischen Rechte und Freiheiten zum Ausdruck.

Das kurdische Volk nimmt diese Unterdrückung nicht stillschweigend hin. Es führt einen gerechten Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten, für nationale Gleichberechtigung, der die türkische Reaktion erschreckt.

Auf der einen Seite versucht die kurdische Bourgeoisie vereint mit den Feudalherren diesen Kampf für ihre eigenen Zwecke auszunutzen.

Auf der anderen Seite kollaboriert die kurdische Bourgeoisie, die ihren separatistischen Absichten nicht versteckt, mit den türkischen herrschenden Kreisen, die eng mit dem Imperialismus verbunden sind.

Opfer dieser Kollaboration war und ist das werktätige kurdische Volk.

Die Verlagerung des Kriegsrechts in die östlichen Provinzen, was man auf der Landkarte der Türkei gut erkennen kann, bedeutet nichts anderes als die verschärfte Unterdrückung des kurdischen Volkes, das seine Zukunft in gemeinsamen, antifaschistischen, antiimperialistischen Kampf Schulter an Schulter mit dem werktätigen türkischen Volk sucht.

Die Verschärfung und Ausweitung des Kriegsrechts ist ganz und gar gegen die gesamte demokratische und antiimperialistische

Bewegung des Landes gerichtet, in erster Linie gegen die Arbeiterbewegung.

Diese Absicht wird in der ersten Bekanntmachung der Kriegsrechtskommandantur von Istanbul, gleich nach der Verlängerung der Kriegsrechtsperiode, unmissverständlich verdeutlicht.

Was bedeutet das Kriegsrecht?

"Das Kriegsrecht wird die demokratischen Freiheiten schützen." Dies war die Erklärung der Ecevit-Regierung als sie die Verhängung des Kriegsrechts ankündigte.

Wessen Freiheit das Kriegsrecht schützen sollte, wurde inzwischen deutlich.

Am 5. März 1979 veröffentlichte die Tageszeitung "Günaydin" ein Inserat der Firma "Kale-Kilit". Es heißt da u.a. :

kale kilit fabrikaları'nın şükran borcu

26 Şubat 1979 gününü 27 Şubat 1979 gününe bağlayan gece, yasa dışı eylemlerle görevli dört bekçiyi de rehlin olarak fabrikamızı işgal edenlerin, gerek fabrikadan çıkışları gerekse ilgili makamlara teslimleri sırasında, herhangi bir üzücü olay meydana vermemek için fabrikamızın can ve mal güvenliğini koruyan, başta

SAYIN SIKİYÖNETİM KOMUTANLIĞI
olmak üzere

SAYIN İSTANBUL VALİLİĞİ
SAYIN İSTANBUL EMNİYET MÜDÜRLÜĞÜ
SAYIN İSTANBUL TOPLUM ZABITA MÜDÜRLÜĞÜ
SAYIN BAKIRKÖY CUMHURİYET SAVCILIĞI
SAYIN BAKIRKÖY KAYMAKAMLIĞI
MÜDÜR, AMİR VE MEMURLARINA
değin teşekkürlerimizi sunmayı borç biliriz.

Bu çok üzücü olay dolayısıyla, gerek şahsen gerekse telefon ve teletraf ile geçmiş olsun dileklerinde bulunan

SAYIN DOST VE MÜŞTERİLERİMİZE
ayrıca teşekkür eder, fabrikamızın 26 Şubat 1979 tarihinden itibaren tam kapasite ile üretime devam ettiğini saygılarımızla duyururuz.

 sadık özgür
kale madeni esya fabrikası
Atatürk Cad. Başaklı Sok. Güngören, Bakırköy-İstanbul Tel: 75 15 75

(Aus der "Günaydin"
vom 5.3.79)

"KALE-KILIT BEDANKT SICH !

Hiermit wollen wir unseren tiefsten Dank an die Kriegsrechtskommandantur von Istanbul dafür aussprechen, daß die Festnahme der Personen, die in der Nacht des 26.2.79 unsere Fabrik auf illegale

Weise besetzt hatten, ohne trauigen Zwischenfälle erfolgte und die Sicherheit unserer Fabrik gewahrt wurde. Unser Dank gilt auch dem Gouverneur von Istanbul und ...

Außerdem teilen wir mit, daß unsere Fabrik seit 28. 2. 1979 mit voller Kapazität weiter produziert.

Sadik Özgür
KALE-Metallwarenfabrik

In der Tat hat die Kriegerrechtskommandantur von Istanbul 350 Arbeiter der KALE-KILIT (darunter 120 Frauen) verhaften lassen. Sie hatten 3 Monate vorher angefangen, wegen der Aussperrung der 100 Kollegen zu streiken. Und als sie wieder von ihrem Arbeitsrecht Gebrauch machen wollten, wurden sie mit der Beschuldigung "die Fabrik zu besetzen" inhaftiert. Sie wurden alle entlassen.

Somit hat dieses Kriegerrecht in der Türkei bewiesen, daß es nur ein Schutz- und Machtinstrument der kapitalistischen Klasse ist.

Die Angriffe der „Grauen Wölfe“ halten an

Die fast viermonatige Praxis des Kriegerrechts, das nach dem Wortlaut des Ministerpräsidenten Ecevit Ruhe und Ordnung herstellen sollte, bestätigte die Sorge der demokratischen Kräfte: die faschistische Terrorwelle hält an, der Druck auf die demokratischen Kräfte und der Abbau der demokratischen Grundrechte und Freiheit geht unverändert weiter.

Das in dreizehn Provinzen verhängte Kriegerrecht brachte keine wesentlichen Veränderungen angesichts der Terroranschläge. Die faschistischen Organisationen können immer noch frei walten und schalten. Sie üben ihre Mord- und Bombenanschläge ungehindert aus. Veli Can Oduncu, einer der "Grauen Wölfe", 17 Jahre alt, brachte sieben Menschen um, beraubte Touristen. Sogar auf der Flucht vor der Polizei verübte er Mordanschläge und schmuggelte



EIN BOMBENANSCHLAG. DEM JUGENDLICHEN WURDEN BEIDE BEINE ABGERISSEN. ER STARB AUF DEM WEG INS KRANKENHAUS.

Geld. Nach seiner Wiederfestnahme erklärte er zynisch den Journalisten gegenüber: "Ich bringe die linken Leute um, da ich nur weiß, daß ich und meine Ideologie gegen links sind. Warum, daß weiß ich nicht!"

So wurde der im In- und Ausland geachtete Journalist, der Chefredakteur der bürgerlich-demokratischen Tageszeitung "Milliyet", Abdi İpekçi, grausam ermordet. Der Täter konnte entkommen.

In vielen Städten versuchten die Faschisten ein ähnliches Massaker wie in K. Maraş anzurichten, In Tokat/Zile brachten sie einen

linken Studenten um und plünderten Hunderte von Geschäften. Auch wie der Ex-Senator der MHP, Kudret Bayhan, betreiben sie Heroin-Schmuggel, plündern sie Geschäfte, erpressen die Bevölkerung und schmuggeln Waren und Gelder. (K. Bayhan wurde 1973 in Frankreich wegen Heroin-Schmuggel festgenommen)

Politische Morde

Einige Schlagzeilen der verschiedenen Tageszeitungen legen den faschistischen Terror offen zu Tage

- In Zile wurde ein Student umgebracht, 59 Geschäfte wurden verwüstet (siehe Tercüman 21.3.79)
- In Istanbul, Mardin und in Ünye ⑦ Tote (siehe Milliyet 28.3.79)
- In Istanbul, Adana und Diyarbakir ④ Tote (siehe Milliyet 6.4.79)
- In Osmaniye und Mardin wurden ④ Menschen getötet (siehe Tercüman 7.4.79)
- In Çankiri wurde ein Mann ermordet (s. Hürriyet 8.4.79)
- In Tunceli und Adana ② Menschen ermordet (s. Tercüman 9.4.79)
- In Izmit, Malatya und in Antalya ④ Tote (s. Milliyet 11.4.79)
- In Istanbul wurde ein Mittelschüler getötet (s. Hürriyet 12.4.79)
- Blutbad in Istanbul (s. Tercüman 15.4.79)
- In Gaziantep, Adana und Urfa wurden ⑥ Menschen umgebracht. (s. Milliyet vom 27.4.1979)
- In Diyarbakir ③ Menschen umgebracht. (s. Milliyet vom 28.4.79)
- In Ankara, Gaziantep, Elazığ, Urfa, Fatsa wurden ⑧ Menschen umgebracht. (s. Milliyet, 29.4.1979)

Die einzelnen Terroraktionen der anarchistischen und maoistischen Gruppen schaffen günstige Bedingungen für die "Grauen Wölfe" und erleichtern Ihnen die Arbeit. Türkeş, der Vorsitzende der faschistischen Partei MHP (Nationalistische Bewegungspartei) spekuliert auf diese Mord- und Terroraktionen seiner "Grauen Wölfe" und empfiehlt die Fortsetzung des Terrors.

Wie aus dem Bericht der Zeitschrift "Stern" vom 11.4.79 hervorgeht, besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der MHP und dem CIA seit der Geburt der MHP. Unter dem Titel "Der CIA heult mit den rechtsextremen 'Grauen Wölfen'" führt die Zeitschrift aus: "Der Tagesplan in den Lagern der 'Grauen Wölfe' könnte von der Hitler-Jugend aufgestellt worden sein, würde man 'Gebet' durch 'Gesang' ersetzen: 3.30 Uhr - Guten Morgen; 3.45 Uhr - Lagerschwur; 3.50 Uhr - Frühgebet; 4.15 Uhr - Waldlauf, Gymnastik; 5.30 Uhr - Frühstück; 6.30 Uhr - Ruhe; 7.15 Uhr - Judo, Karate, Ringen; 8.45

Ein schreckliches Resümee des politischen Terrors

- * IN DEN LETZTEN 4 MONATEN WURDEN 313 POLITISCHE MORDE VERÜBT.
- * SEIT DER VERHÄNGUNG DES KRIEGSRECHTS WURDEN :
 - BEI 1534 EREIGNISSEN 1088 MENSCHEN VERLETZT,
 - 1176 BOMBENANSCHLÄGE VERÜBT und
 - 130 BANKFILIALEN AUSGERAUBT.

(Siehe "Tercüman" vom 26.4.79)



Uhr - Waldlauf; 9.45 Uhr - Marschgesang... bis hin zur täglichen Stunde "Sabotage und Organisation von Demonstrationen"; "Gute Nacht" um 22.15 Uhr."

In drei Jahren beobachteten die Geheimdienstler 30 Camps dieser Art mit bis zu 350 Teilnehmern. Der Bericht blieb damals Verschlusssache, und die Beobachtungen wurden danach eingestellt, weil Ministerpräsident Demirel in Türkei einen Koalitionspartner witterte.

CIA und „Graue Wölfe“

"... Ziehvater der türkischen Jungnazis ist niemand anders als der US-Geheimdienst CIA. Im Rahmen eines Abkommens, mit dem die Amerikaner vorgaben, die "nationale und territoriale Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei" schützen zu wollen, hat der CIA in den türkischen Streitkräften systematisch eine "Konterguerilla-Abteilung" aufgebaut, unter deren Schutz und Anleitung die "Grauen Wölfe" heranwuchsen.

Konterguerilla ist ein Fachausdruck für den Kampf der staatlichen Unterwelt gegen die "rote Gefahr". In Brasilien, Chile und anderen Ländern hat der CIA aller Welt seine Konterguerilla-Taktik vorgeführt: Unruhe und Terror werden so lange geschürt, bis der Ruf nach einem starken Mann die Ablösung eines sozialistischen Regimes durch eine pro-amerikanische Militärdiktatur "erforderlich macht" (Stern 11.4.79)

Man muß auch bedenken, daß die Zusammenarbeit des Faschistenführers Türkeş mit Nazis bis in die 30er Jahre zurückgeht. Es wurde bereits belegt, daß er ein Naziagend war. (siehe Türkei-Heute September 1978) Er ist in den Händen imperialistischer Organisationen aufgewachsen. Auf Kosten tausender von politischen Morden durch die "Grauen Wölfe" mit direkter Unterstützung des CIA baute er seine faschistischen Organisationen aus.

"New Statesmen", die englische Wochenzeitschrift stellte in einem Bericht fest "...die MHP bildet die größte faschistische Bewegung in Europa... Türkei identifiziert die Arbeitergewerkschaften in der Türkei als türkenfeindlich, die die Türkei an der Erreichung der Atomzeit hindern werden".

Solche Berichte, die in liberalen Zeitungen und Zeitschriften der europäischen Länder erscheinen, zeigen warnend die Gefahr der türkischen faschistischen Organisationen auch in Europa, die immer

noch von den Behörden der westlichen Länder bewußt übersehen werden. Der Aufruf der Gewerkschaften und Demokraten der Türkei "Verbot der faschistischen türkischen Organisationen" ist heute aktueller denn je.

Die Perlen der FAZ

Die politische Situation in der Türkei ist mit dem Kriegsrecht noch schlimmer geworden. Die Fakten widerlegen die bewußte Verharmlosung der Folgen des Kriegsrechts in der Berichterstattung von Hugo Müller-Vogg in der FAZ vom 7.4.79. "Als hilfreiche Medizin hat sich der Ausnahmezustand erwiesen... Und der Durchschnittsbürger merkt - was innenpolitisch sehr wichtig ist - von den praktischen Auswirkungen des Ausnahmerechts sehr wenig: In den Städten gibt es keine nächtliche Ausgangssperre, die Restaurants müssen erst um 1 Uhr morgens schließen, und die Tagesbefehle des Kommandanten von Ankara, in denen die verehrten Mitbürger gebeten werden "ihre Ausweispapiere ständig mit sich zu führen", "keine sittenwidrigen Parolen" zu rufen oder die Verkehrsampeln und Verkehrszeichen zu beachten, werden von den Türken nicht als unerträgliche Auflagen empfunden." (FAZ 7.4.79) Es ist kein Wunder. Während des Besuchs des Faschistenführers Türkeş in der BRD berichtete die FAZ mehrmals von der faschistischen Partei MHP und bezeichnete seine Partei sogar als eine demokratische Partei.

Die Bewegungsfreiheit der faschistischen Terrororganisationen wurde keinerlei beschränkt. Dagegen waren und sind die demokratischen Kräfte der Türkei am meisten betroffen. Das Kriegsrecht nimmt die kleinsten Terroraktionen der anarchistischen und maoistischen Gruppen zum Anlaß, um demokratische Kräfte zu unterdrücken. Bis jetzt wurden zahlreiche demokratische, linksgerichtete Zeitschriften und Organisationen verboten. Darüber wurde im letzten Heft von "Türkei-Heute" ausführlich berichtet.

Der Druck des Kriegsrechts lastet auf allen demokratischen Kräften der Türkei. In dieser Situation lehnte das Verfassungsgericht die Klage des ÜRÜN-Verlags, die Verfassungswidrigkeit des Paragraphen 142 festzustellen, ab. Am 27.4.79 fand die letzte Gerichtsverhandlung gegen den ÜRÜN-Verlag statt, die für die demokratischen Kräfte von großer Bedeutung ist. Unter dem Druck des Kriegsrechts wird Ahmet Tastan, Verleger der demokratischen Zeitschrift "ÜRÜN", wegen Verstoß gegen die Paragraphen 141 und 142 angeklagt.

Ihm wird die Gründung einer illegalen Organisation vorgeworfen. Über den Prozess wurde schon in "Türkei-Heute" im Dezember 1978 ausführlich berichtet.

Neben den Einschränkungen durch das Kriegerrecht, das schon seit 4 Monaten andauert, wie Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes, Verbot zahlreicher fortschrittlicher Vereine, krasse Beschränkung des Streikrechtes können nun die Lasten der Wirtschaftskrise durch enorme Preiserhöhungen bis 80% auf die werktätigen Massen abgewälzt werden. Neben der Knappheit an Nahrungsmitteln, Treibstoffen und vielen anderen lebensnotwendigen Gütern erhöhte die Regierung die Preise am 17.3.79 bis zu 80%. So wurden die Preise für Zement um 60 %, für Eisen und Stahl um 40 %, für Zucker um 35% erhöht. Zigaretten wurden 30 % teurer. Benzin ist bis zu 80 % teurer geworden.

Zuletzt führen die Aufforderungen Demirels und Türkeş zur weiteren Verlängerung und Ausdehnung des Kriegerrechts auf andere Provinzen vor Augen, wer eigentlich Nutznießer des Kriegerrechts ist.



EINE RAZZIA DER MILITÄRS IN ISTANBUL. UNTER DEM VORWAND "TERRORISTEN ZU SUCHE" WIRD DIE BEVÖLKERUNG DEM TERROR DER SOLDATEN AUSGESETZT.

"In einer Situation, da sich der imperialistische Druck auf die Türkei erhöht und sich die faschistische Gefahr verstärkt, unternimmt die jetzige Regierung nichts, um die Lage der werktätigen Massen zu verbessern. Sie ist vielmehr bestrebt, die Lasten der Krise auf deren Schultern abzuwälzen. Ebenso wenig trifft die Regierung irgendwelche Maßnahmen gegen die Verschlechterung der Lage der Mittelschichten. Sie schützt auch nicht die Interessen der Kleinproduzenten in der Landwirtschaft und hat sogar die Verwirklichung der Bodenreform zurückgestellt. In den von Kurden besiedelten östlichen Bezirken des Landes sind Repressalien an der Tagesordnung.

Die Regierung ergreift keine Maßnahmen

Die Regierung ergreift keine Maßnahmen gegen die faschistische Gefahr. Insbesondere unternimmt sie auch weiterhin nichts, um den Staatsapparat von Faschisten zu säubern. Die faschistischen Organisationen sind nicht verboten. Die Regierung zeigt keine Bereitschaft zur Aktionseinheit mit den demokratischen Kräften im Kampf gegen die faschistische Gefahr. Das beraubt sie der Möglichkeit, die Krise zu überwinden, und gestattet es dem Imperialismus und der mit ihm kollaborierenden türkischen Monopolbourgeoisie, den Weg zum Faschismus offenzuhalten. Zum Unterschied von ihren Vorgängern versucht die Regierung Ecevit, die anwachsenden Klassenkonflikte mit sozialdemokratischen Methoden zu dämpfen. (Erinnert sei daran, daß die CHP gegenwärtig der Sozialistischen Internationale angehört.) Die Zielsetzung der jetzigen Regierung besteht darin, den Kampf der Arbeiterklasse zu zügeln, die Bewegung der Klassengewerkschaften zu unterdrücken und den Werktätigen die Ideologie der Klassenausöhnung aufzuzwingen." (I. Bilen, Generalsekretär des ZK der KP der Türkei; Probleme des Friedens und des Sozialismus; 2/1979)

DEMIREL DROHT !

Der Oppositionsführer Demirel, Ex-Oberst Faschist Türkeş und Vorsitzender der MSP* N. Erbakan greifen die Ecevit-Regierung tagtäglich an, indem sie sie zum Zurücktreten auffordern. Unter dessen verbreitet Demirel seine berühmten Sprüche ohne Skrupel weiter.

*MSP = Nationale Heilspartei. Eine Partei der islamischen Fanatiker mit 24 Sitzen im Parlament. Ein Ex-Abgeordneter dieser Partei, Halit Kahraman, wurde am 14.10.1978 mit 7,5 kg Heroin festgenommen (siehe Hürriyet vom 27.3.79) Er soll zu einer Bande gehören, die auch in Europa organisiert ist.



**SÜLEYMAN DEMİREL: "DIESE REGIERUNG HAT
ÜBERALL LÖCHER."**

Neuerlich schickte er sich auch an, Ecevit Allende gleichzusetzen: "Sein Weg ist der Allendes, ich weiß nicht, wie das enden soll" (Milliyet vom 21.3.79). Nach ein paar Tagen durfte er die Dosis seiner Drohungen erhöhen: "Entweder wird dieses Land uns gehören oder niemandem."

Türkeş fordert neue Wahlen. Demirel hat sogar angefangen, in verschiedenen Provinzen Wahlpropaganda zu betreiben. Ihr nächstes Ziel ist die Stürzung der Ecevit-Regierung und die Bildung der 3. Nationalen Front. "Ihre letzte Hoffnung ist noch, durch eine gigantische Eskalation der politischen Gewalt unter der Bevölkerung, den Ruf nach dem "starken Mann" auszulösen. Dies ist eigentlich das Spiel von Türkeş. Aber auch Demirel muß es mitspielen - mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe; denn einige verlängerte Arme vom "Führer" sitzen bereits seit Jahren in seiner nächsten Umgebung. Im Übrigen wäre er durch eine faschistische Diktatur selber einige ernsthafte Sorgen los, beispielsweise die parlamentarische Untersuchung einiger Nepotismus-Affären um seine enge Verwandtschaft." (zitiert aus der FR vom 6.1.79)

Der Aufstand des trojanischen Pferdes

Am 14. April 1979 gaben 6 Minister ihren Regierungschef ein Ultimatum. Diese 6 gehören der 11 Überläufer aus Demirels Partei AP an. Sie hatten in der Gründungszeit die Ecevit-Regierung unterstützt und dafür (alle 11) einen Ministerposten bekommen.

Nun drohen sie an (Man nennt sie auch "Trojanisches Pferd"). Enver Akova, Ali Rıza Septioğlu, Mustafa Kiliç, Güneş Öngüt, Orhan Alp und Ahmet Karaaslan sind der Ansicht, daß die Regie-

rung und das Kriegsrecht nicht repressiv genug eingreift, daß die Regierung alle Forderungen des IWF umgehend annehmen und realisieren soll und die Paragraphen 141-142, die das Organisationsrecht der Arbeiter somit die KP der Türkei verbieten, auf keinen Fall aufgehoben oder gar verändert werden dürfen. In ihrer gemeinsamen, ultimativen Erklärung an die Adresse des Ministerpräsidenten Ecevit fordern die 6-Vertreter der Groß-Bourgeoisie die Unantastbarkeit der Paragraphen 141-142 des StGB, die "die Türen und Tore unseres Landes gegen Kommunismus verschlossen halten".

Und Ecevit gab nach. Er versicherte, daß die parlamentarische Debatte über die verfassungsrechtliche Lage der beiden Paragraphen nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wirtschaftliche Lage

In der westlichen Presse ist der Terminus, "Der kranke Mann am Bosphorus" wieder geläufig geworden. (So bezeichneten die europäischen "Gesunden" die Lage des Osmanischen Reiches vor und nach dem 1. Weltkrieg. Das Reich befand sich damals in seiner Untergangsperiode und ging nach dem Befreiungskrieg (1919-1923) zu Grunde).

Dieser Ausdruck ist wohl inhaltlich nicht falsch, aber es muß klargestellt werden, daß "der Mann am Bosphorus" seit Jahrzehnten chronisch krank ist und nicht seit Neuem. Nur seine Lage hat sich noch mehr verschlechtert.

Mit dem "Wirtschaftskongress von Izmir (1923) hat das imperialistische Auslandskapital in der jungen Republik freie Hand bekommen. Die Ausbeutung der Türkei als billiger Arbeitskraft- und Absatzmarkt hat sie von Anfang an ruiniert.

"Tatsächlich hat die forsche Einführung der freien Wirtschaft 1945 viele Probleme nicht nur nicht gelöst, sondern darüber hinaus neue geschaffen... Für die Türkei habe sich die solchermaßen von außen ins Land gezogene Wirtschaftskraft als "Trojanisches Pferd" erwiesen..." (Südd. Zeitung vom 12.1.79)

Nun ist es so weit gekommen, daß die desolate wirtschaftliche Lage nicht mehr zu retten scheint.

"Die Türkei ist gegenüber dem Ausland mit 36 Milliarden DM verschuldet, ihre Devisenreserve auf einige Hundert Millionen DM geschrumpft, die Zentralbank bewilligt für Importe der Privatwirtschaft keine Devisen mehr. Weil das Geld für die Einfuhr von Rohstoffen, vor allem für Öl und petrochemische Produkte knapp ist, sind auch die industriellen Kapazitäten nur zur Hälfte ausgelastet..." (FAZ vom 11.4.79)

Die Abhängigkeit der türkischen Klein- und Großbetriebe vom imperialistischen Ausland verschlimmert die Lage noch mehr. Denn: "Aus Mangel an nur im Ausland erhältlichen Ersatzteilen, Rohmaterialien und Vorprodukten mußten im letzten Jahr über 2500 Betriebe allein in den Regionen Istanbul und Izmir Konkurs anmelden. Über 50.000 Arbeiter und Angestellte verloren dadurch ihren Job.

Neue Arbeitsplätze sind nicht zu finden: Die Arbeitslosenquote beträgt offiziell 20%" (Spiegel 19.2.79)

"Das Schlimmste aber sind die Auslandsschulden des Landes: "Wir sind", stöhnt ein Regierungssprecher, "bei 97 Ländern, 223 Banken und 90.000 Firmen in der Kreide". (Zitat aus der Südd.Zeitung vom 12.1.79)

Die "Vier Großen" (USA, BRD, England, Frankreich) hatten in Guadeloupe die Notwendigkeit einer "Soforthilfe" eingesehen, jedoch sie läßt auf sich warten. Denn die Ecevit-Regierung hat noch nicht alle Bedingungen des IWFs (Internationaler Währungsfond, auch bekannt unter dem Namen "Regierungskiller", "Welt-Geldsheriff" oder "Weltfinanzministerium") akzeptiert (z.B. Geldabwertung um 25 - 30 %)

"Die vier westlichen reichen Partner machen aber nun zum Erstaunen Ankaras ihr in Guadeloupe angebotenes Hilfsprogramm über eine halbe Milliarde US-Dollar von der Wiederaufnahme der türkischen Zusammenarbeit mit dem IWF und der Erfüllung von dessen Auflagen abhängig" (FR vom 21.3.79)

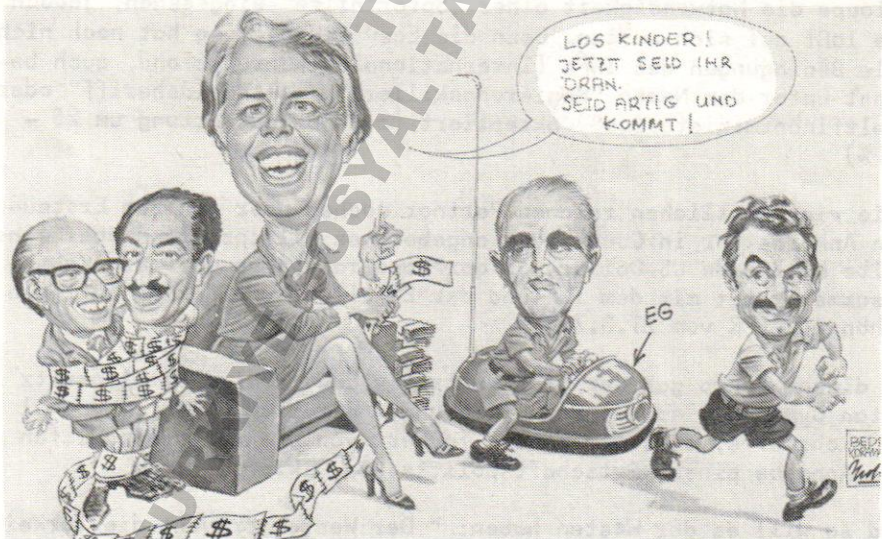
Zu diesem Thema gab der Stellvertreter Ecevit's im Parteivorsitz Altan Öymen die erzwungene Erklärung: "Wir brauchen dringend Öl und Rohstoffe, aber der Westen fordert von uns vor neuen Hilfen die Annahme eines wirtschaftspolitischen Diktats."

Und so will es der Westen haben: "Der Westen braucht die Türkei aus politischen Gründen; die Türkei ist aber auf die NATO-Staaten

ebenfalls politische und wirtschaftlich stärker angewiesen, als sie es in dem Poker um neue Milliarden-Kredite zugibt. Es ist deshalb entscheidend, daß die Industrienationen ihr Geld nicht in der türkischen Staatswirtschaft versichern lassen müssen, sondern es dort investieren können, wo die von Ecevit gepriesene Dynamik sich am ehesten entfalten kann - in der Privatwirtschaft."

Kiep als Vermittler - Druck des IWF

Nun wurde dem Union-Christen aus Niedersachsen Walter L. Kiep (Finanzminister) als "persönlicher Beauftragter" des Bundeskanzlers die Aufgabe zugeteilt, die darin besteht, dafür zu sorgen, daß die "Guten Beziehungen" zwischen der Türkei und IWF wieder hergestellt werden. Ehe Kiep, der sich gerne "alter Freund der Türkei" nennt, in die Türkei kam, trat er eine Weltreise an. Zuerst mußte er in Paris mit dem Generalsekretär von OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), van Lennep, die Lage besprechen, dann flog er in die Staaten, um sich da von den IWF-Experten beraten zu lassen. Das nächste Reiseziel war Brüssel. Da traf er mit den zuständigen EG-Kommissionen zusammen. Dann gab er in Bonn seinem Regierungschef H. Schmidt einen Lagebericht, um mit gutem Gewissen seine Vermittlungsdienste erledigen zu können.



(Aus der Tageszeitung "MILLIYET" vom 24.4.1979)

Preiserhöhungen



B.ECEVIT

Am 17.März 1979 wurden die Preiserhöhungen bekanntgegeben. Die Ecevit-Regierung hatte vorher das sogenannte "ökonomische Maßnahmenpaket" angekündigt. Dieses Paket sollte die Wirtschaft wieder beleben (!) Was aus diesem Paket 'raus kam, wird unten ohne Kommentar angeführt.

WARE

TEUERUNGSRATE in %

EISEN-STAHL	40%
ZEMENT	60%
NORMAL BENZIN	88,9%
SUPER BENZIN	90,9%
STROM	50%
ALUMINIUM PRODUKTE	22-45%
KÜHLSCHRANK	20-25%
FERNSEHEN	20-25%
WASCHMASCHINE	20-25%
TABAKWAREN	30-100%
BUTTER und MARGARINE	35%

Für Angaben siehe : Cumhuriyet (18.3.79), Milliyet (21.3.79 und 22.3.79), Tercüman (18.3.79 und 19.3.79)

Wie die Frankfurter Rundschau vom 21.3.79 berichtet, fand der US-Vizeaußenminister Christopher die Idee H. Schmidts, W.L. Kiep als Vermittler zwischen der Türkei und IWF einzustellen, "glänzend". Na also...

Daß sich auch der Oberbefehlshaber der NATO Haig um die Türkei sorgt, war zu erwarten. "Auf die strategische Bedeutung hat in diesen Tagen auch noch einmal der amerikanische General Haig, der in den nächsten Tagen wegen des Ägäis-Problem die Türkei besucht, hingewiesen. Eine unzureichende Hilfe könne die Stabilität des Landes gefährden", meinte Haig. Dazu fügt die FAZ vom 10.3.79 hinzu: "Voraussetzung dafür ist, daß sich die Türkei mit dem Währungsfond über die wirtschaftspolitischen Auflagen für das Land einigt..."

Die Lage ist deutlich genug. Es ist keine Phrase, wenn die demokratischen Kräfte in der Türkei von dem verstärkten Druck des Imperialismus reden. Und wie immer ist die angebotene "Hilfe" des Westens politisch bedingt. So lange der Westen die politisch-ökonomische Kontrolle über die Türkei nicht vollkommen gesichert sieht, wird er nicht "helfen". Diese Tatsache wird auch unverblümt zugegeben.

"Bei einer Analyse der Lage in der Türkei muß man stets im Auge haben, daß die Türkei von den großen imperialistischen Staaten abhängig ist, sich aber gleichzeitig die Monopolisierung der türkischen Wirtschaft beschleunigt. Daraus resultiert unter anderem die enge Verbindung der nationalen Monopole mit dem internationalen Kapital durch letzteres nicht nur im Bereich der Kreditierung, der Finanzierung und der Technologie, sondern auch auf dem Gebiet der Roh- und Brennstoffversorgung.

Die Abhängigkeit der türkischen Großbourgeoisie von den ausländischen Gesellschaften schränkt die Möglichkeiten für die Entwicklung der nationalen Monopole ein. Die Enge des Binnenmarktes und die geringe Konkurrenzfähigkeit der türkischen Monopole auf den Außenmärkten lösen Widersprüche zwischen beiden aus. Keine Seltenheit sind heute auch durch die gleichen Gründe verursachte Kollisionen der Interessen türkischer und internationaler Monopole, ist die Verschärfung der Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien.

Eine weitere Besonderheit sei hervorgehoben, und zwar das beschleunigte Verwachsen von Industrie- und Bankkapital, die Entstehung der Finanzoligarchie. Als charakteristische Äußerung dieses Prozesses kann insbesondere die Gründung von Holding -

gesellschaften angesehen werden; die Kontrolle über diese liegt in den Händen von 43 türkischen Banken, die Hand in Hand mit dem Auslandskapital operieren.

... Wichtig ist jedoch folgende Feststellung: Nicht nur die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen, sondern auch andere soziale Schichten, darunter militärische Kreise der Türkei, kommen zu der Einsicht, daß in unserem Land vom Nordatlantikblock aufgezogene schwere Last militärischer Verpflichtungen eine der Hauptursachen für die Wirtschaftskrise ist. Realistisch denkende bürgerliche Politiker erkennen, wie bedeutsam gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zu den sozialistischen Ländern für die Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind. Daraus erklärt sich unter anderem die Tatsache, daß Ministerpräsident Ecevit auf der letzten NATO-Ratstagung einige Erscheinungen in der Politik des USA-Imperialismus bedauerte und erklärte, die Türkei sehe keine Bedrohung durch die Sowjetunion." (I. Bilen, Generalsekretär des ZK der KP der Türkei; Probleme des Friedens und des Sozialismus; 2/1979)

3. FIDEF KONGRESS

Am 24. - 25. März 1979 kamen über 70 FIDEF-Vereine in Duisburg zusammen, um ihren 3. Kongress abzuhalten. 1.300 Delegierte und Gäste nahmen an der Versammlung teil. Unter ihnen waren Gäste aus der Türkei; Orhan Apaydin (Vorsitzender der Anwaltskammer von Istanbul), Dr. Ugur Mumcu (Jurist und Kolumnist der fortschrittlichen Tageszeitung "Cumhuriyet"), Mehmet Karaca (Generalsekretär der Metall-Gewerkschaft - DISK-Mitglied -), Sitki Coşkun (Vertreter der Bank- und Handelsgewerkschaft), aus der BRD Karl-Heinz Bleich (Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes), Karl Stieffel (Vertreter der DKP), Klaus Thüssing (SPD-Bundestagsabgeordneter), Gert Schröder (Juso-Bundesvorsitzender), Wolfram Bronner (Vertreter der Zeitschrift AIB), Prof. Dr. Küchenhof (Münsteraner Rechts- und Politikwissenschaftler, Mitglied des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen und des SPD-Landesausschusses Nordrhein-Westfalens), Jürgen Roth (Journalist) und Vertreter der griechischen und portugiesischen Arbeiter in der BRD.

Der 3. Kongress der FIDEF wurde zu einer Plattform, wo die Probleme der Gastarbeiter, insbesondere aus der Türkei, diskutiert wur-



ANTIFASCHISTISCHES PODIUM AUF DEM FIDEF-KONGRESS

den. Die Delegierten haben betont, daß die Gastarbeiterprobleme nur dann gelöst werden können, wenn die ausländischen Arbeiter im DGB gemeinsam, solidarisch mit den deutschen Kollegen für ihre Rechte kämpfen.

"Eine energische Bekämpfung der Aktivitäten, die die rechtsextreme türkische Partei MHP mit ihrer Unterorganisation "Graue Wölfe" und ihren kulturellen Nebenorganisationen in der Bundesrepublik entfalten, haben der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Gerd Schröder, und der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing am Wochenende verlangt. Auf dem 3. Kongress der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik e.V. (FIDEF) forderte Schröder die Bekämpfung der MHP zunächst mit politische Mitteln, sprach sich jedoch ebenso wie Thüsing für ein Verbot aus im Falle von Gewalttätigkeiten." (Frankfurter Rundschau vom 26.3.79)

Klaus Thüsing forderte konkret: "Wir müssen fordern ein Verbot aller faschistischen Organisationen und Tarnorganisationen einschließlich der sogenannten Ideal- und Kulturvereine der Türken... Die geschichtlichen Lehren sagen, man kann dort schlecht gegen

Faschismus kämpfen, wenn Faschisten gesiegt haben. Wir müssen jetzt den Faschismus bekämpfen... Es kommt darauf an, daß Organisationen wie die FIDEF nicht aufhören auf die faschistischen Gefahren in der Türkei und auf die Organisationen, die hier faschistisch tätig sind, aufmerksam zu machen und die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Es kommt darauf an, den türkischen demokratischen Organisationen zu helfen..."

Gerd Schröder erklärte, daß die Jusos mit FIDEF zusammenarbeiten werden.

"Prof. Dr. Erich Küchenhoff stellte fest, daß die Terroraktionen der "Grauen Wölfe" in der BRD seit dem Besuch des Chefs der faschistischen MHP-Partei Turkes im Oktober letzten Jahres zugenommen hätten." (Die Neue vom 22.3.79)

Finanzquellen der „Grauen Wölfe“

Dr. Ugur Mumcu ging in seiner Rede auf die Finanzquellen und organisationsformen der Faschisten in der Türkei ein. "Der ideologische Reflektor des Faschismus in der Türkei ist die Zeitung "Tercüman" (Sie wird auch in der BRD gedruckt T.H.). Der Inhaber dieser Zeitung Kemal Ilıcak ist auch gleichzeitig Besitzer vieler Firmen. Eine dieser Firmen heißt MIS-TAS. Diese Firma ist die türkische Agentur der LMT, die eine Tochterfirma der berühmten ITT ist.

Eine andere Firma, deren Besitzer Kemal Ilıcak ist, heißt TARIM-SAN. Diese Firma hat von der Ecevit-Regierung im Jahre 1978 eine Subvention von 60 Millionen Dollar für Reifen-Import bekommen... Soweit ich informiert bin, sind hier in der BRD einige türkische Supermärkte und Reiseagenturen als MHP-Organisationen tätig." Schließlich erklärte Dr. Mumcu, daß der Faschismus nur verhindert werden kann, wenn diese öffentlich agierenden faschistischen Organisationen entschieden bekämpft werden.

Am 2. Tag des Kongresses wurden u.a. folgende Grundsatzbeschlüsse einstimmig gefaßt

- 1979, Internationales Jahr des Kindes wird von den FIDEF-Ver-einen in der Woche vom 16. - 23.4.79 gefeiert
- Aufruf zur aktiven Organisation im DGB und Teilnahme an der 1. Mai Demonstration

- Solidarität mit Vietnam und Iran und mit den Völkern der Welt, die für ihre Freiheit kämpfen
- Solidarität mit der fortschrittlichen Jugend der Türkei
- Aktive Hilfe für die Organisation der Jugend im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit
- Kampf für die 35-Stunden-Woche
- Kampf für die Erlangung des Kommunalwahlrechts für die ausländischen Arbeiter
- Kampf für die Aufhebung der Paragraphen 141 - 142 des türkischen StGB
- Kampf für die Legalisierung der KPdT

Hasan Özcan (Vorsitzender) und Osman Okkan (Generalsekretär) wurden einstimmig wiedergewählt.



DIE TEILNAHME AN DEM FIDEF-KONGRESS WAR MASSENHAFT



1. MAI-KUNDGEBUNG IN IZMİR

Herausgeber: TBÖK

Garten str. 96 , 6000 Frankfurt/M.70

TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Committee for Peace and Freedom

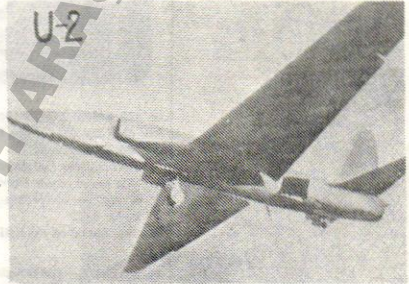
Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşiti ü Rızgari Türkiye

juni 79



TÜRKİ HEUTE

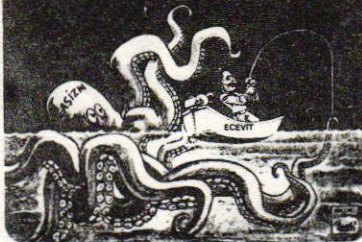


AUSSENPOLITIK

INNENPOLITIK

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

Türkei wohin?



In AIB 6/Juni 1979 werden die aktuelle Situation in der Türkei, die Lage der Türken in der BRD und die Bonner Ausländerpolitik behandelt:

- Faschistische Gefahr und Graue Wölfe
- Wie sozial ist die Ecevit-Politik?
- Kampf der türkischen Arbeiterbewegung und der Türken in der BRD
- Wie liberal ist die BRD-Ausländerpolitik?

Preis je Heft 2,— DM zuzüglich Porto, bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Sonderangebot: Alle Hefte der fünfteiligen Serie „Von Atatürk zu Ecevit“ (AIB 2—6/1979) bieten wir zusammen zum verbilligten Preis von 8,— DM zuzüglich Versandkosten an.

Jahresabo 20,— DM inklusive Porto

Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 2 46 72



Antimperialistisches Informationsbulletin

INHALT

DIE FRIEDENSGESELLSCHAFT DER TÜRKEI FÜR DEN AUSTRITT AUS DER NATO.....	1
Was kostet uns die NATO.....	2
POLITISCHE LAGE.....	4
In einem Monat 111 Menschen ermordet, über 400 verletzt.....	5
Ausweglosigkeit der Bourgeoisie.....	8
SALT II UND DIE TÜRKEI.....	10
Druck der USA.....	12
U-2 auch für China.....	14
Aus dem Kommuniqué der KPdT.....	14
DIE GESCHÄFTSTÜCHTIGEN GENERÄLE.....	15
Bilanzsumme 1977: 3,4 Mrd. TL.....	17
Militärs an der Spitze der Wirtschaft.....	18
WIRTSCHAFTLICHE LAGE.....	20
Freunde der Türkei (!).....	21
Ohnmacht der Regierung.....	22
Privatwirtschaft greift an!.....	24
ECEVIT IN STRASBOURG.....	26
FIDEF-KONZERT IN WEST-BERLIN.....	27
"GRAUE WÖLFE" FORMIEREN SICH	
Faschistenführer Türkes kam heimlich.....	28
Europäische Zusammenrottung.....	30
Messer, Ketten und Eisenstangen.....	31
Angriff auf den WDR.....	32
Demokraten protestieren.....	33
PROZESS GEGEN MASSENMÖRDER.....	34

Die Friedensgesellschaft der Türkei für den Austritt aus der NATO

Die Friedensgesellschaft der Türkei (Barış Derneği) wurde im September 1977 gegründet. In knapp zwei Jahren hat sie sehr schnell großen Einfluß in den Reihen der Friedenskräfte der Türkei gewonnen und kämpft konsequent für den Frieden in unserer Region und in der gesamten Welt.

Die Friedensgesellschaft ist Mitglied des Weltfriedensrates und setzt sich für die Sicherung des Weltfriedens ein, sie solidarisiert sich mit allen Völkern, die für ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen.

So gab der Präsident der Friedensgesellschaft, Mahmut Dikerdem, eine Presseerklärung anlässlich der "Woche der Befreiung der Völker Afrikas" am 20.5.79 heraus.

Darin wird unterstrichen, daß die Lage im Süden Afrikas den Frieden in dieser Region gefährdet, daß der Neokolonialismus in den Ländern dieser Region Scheinregierungen bilden läßt und mit reaktionären Kräften versucht, die Organisation SATO zu gründen. Es heißt weiter:

"Die Friedensbewegung der Türkei ist fest an der Seite der Völker Afrikas, die für ihre Unabhängigkeit und eine bessere Zukunft kämpfen."

Im Namen des Vorstandes rief der Präsident in einer weiteren Erklärung, die am 6. Juni 1979 veröffentlicht wurde, alle demokratischen Kräfte auf, sich für den gesellschaftlichen Fortschritt zusammenzuschließen. Daß die Türkei für eine bessere Zukunft am Scheidewege steht, wird in dieser Erklärung besonders unterstrichen. Weiter heißt es:

"Eine Bewegung, in der sich alle Kräfte zusammenschließen, die für die Verteidigung der Demokratie und der demokratischen Rechte und Freiheiten, gegen Faschismus und Imperialismus kämpfen, kann heute trotz allem die Gefahr bannen."

Die Friedensgesellschaft der Türkei gibt eine Reihe von Untersuchungen heraus, im April dieses Jahres erschien z.B. das Buch "Die chinesische Aggression und die Lage in Vietnam".

Im Mai 79 wurde eine Broschüre anlässlich des 30.Gründungstages der Nato herausgegeben. Im folgenden drucken wir Auszüge aus dieser Broschüre ab, die das wahre Gesicht der Nato, ihre 27jährige Herrschaft in unserem Lande und ihre Folgen dokumentieren.

Was kostet uns die NATO?

"Die von der Nato herrührende ökonomische Last spielt in der wirtschaftlichen Krise der Türkei eine große Rolle. Denn die Nato-Ausgaben sitzen als eine schwere Last auf den Schultern unseres Volkes.

Wenn wir heute über 20 Mrd. Dollar Auslandsverschuldung haben, wenn es heute 6 Millionen Arbeitslose in der Türkei gibt, dann müssen wir wissen, daß die Ursachen dafür aus der Abhängigkeit von der Nato entspringen.

Weil unsere Streitkräfte von der Nato vollständig abhängig sind, stiegen die Militärausgaben unseres Landes in den Jahren zwischen 1960 und 1970 jährlich um 10% und von 1971 bis 1977 jährlich um 33%...

Unter den 14 Nato-Staaten hat die Türkei die höchste Steigerungsrate der Militärkosten. In den letzten Jahren wurden die Militärausgaben in England 4 mal, in Belgien, Canada und den USA 6 mal, in Frankreich 8 mal, in Portugal 11 mal, in Griechenland 13 mal und in der Türkei 22 mal (!) erhöht...

Eine andere Feststellung legt die Dimensionen der Militärausgaben der Türkei offen:

In den Jahren von 1975 bis 1978 war der Anteil der Rüstungsausgaben der Türkei am Staatsetat durchschnittlich 25%. (USA 23%, Italien 8%).

Auch in den Jahren 1977 bis 1979, in denen die Wirtschaftslage der Türkei in eine schwere Krise geraten ist, beträgt die Prozentzahl weiterhin 20%.

Während in den USA 0,95% der gesamten Bevölkerung unter Waffen gehalten wird, sind es in der Türkei 1,15%...Seit 1974 wuchs die Zahl der Soldaten um 7% (in Holland, Dänemark, Canada und Belgien verringerte sich die Zahl der Soldaten)...

Im Zeitraum von 1975 bis 1979 wurden 6,5% des Bruttonationaleinkommens für die Rüstung ausgegeben (in den USA 5,7%, der BRD 3,5% und Italien 2,5%)...

Der Beitrag der Türkei für das Wettrüsten betrug 1977 42,5 Mrd. Türkische Lira (TL), 1978 52,9 Mrd.TL und 1979 60,8 Mrd.TL.

In denselben Jahren wurden jeweils 24 Mrd.TL, 23,5 Mrd.TL, 40 Mrd. für den staatlichen Wirtschaftssektor bereitgestellt...

Konkret heißt das:

Mit 52,9 Mrd.TL, die 1978 für die Rüstung ausgegeben wurden, hätten folgende Projekte realisiert werden können:

10 zentrale Be- und Entwässerungsanlagen (4,2 Mrd.TL)

1 Wärme- und 2 Wasserkraftwerke (13,2 Mrd.TL)

10 zentrale Trinkwasserwerke und 50 Kanalisationsanlagen (8,5 Mrd.TL)

35 verschiedene kleinere bzw. große Industriebetriebe (27 Mrd.TL).

Nur für ein Drittel der Ausgaben der Rüstung des Jahres 1978 wären möglich:

30 Krankenhäuser, komplett ausgerüstet mit 500 Betten, soziale Einrichtungen für 500 000 Kinder (Kindergärten, Spielplätze etc.),

Molkereien, deren Produkte den doppelten Pro-Kopf-Verbrauch abdecken könnten.

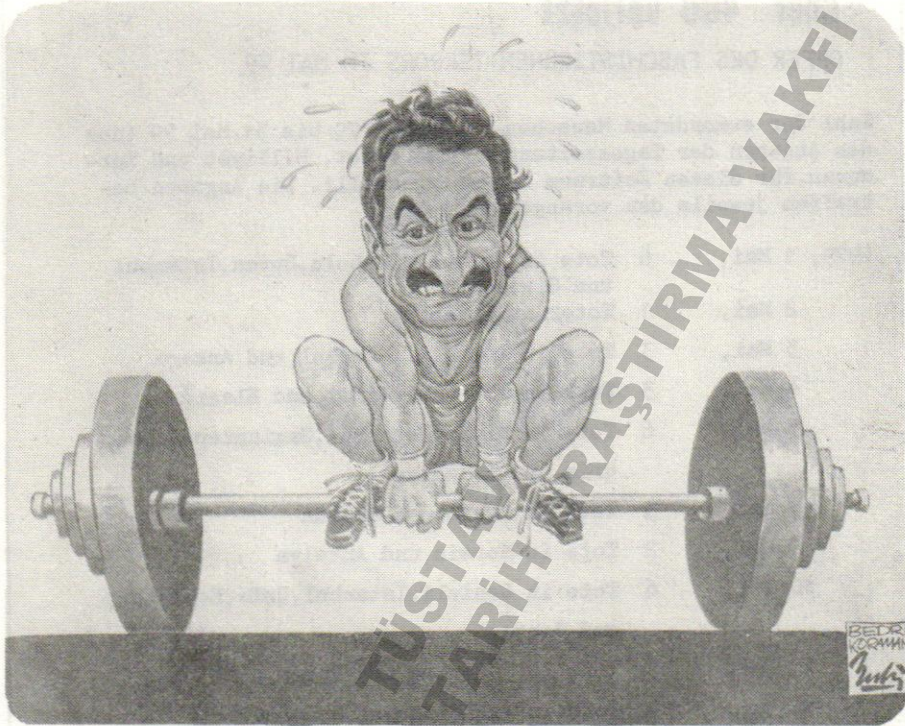
Hier muß erwähnt werden, daß die Nato die Errichtung neuer Militärbasen in der Türkei plant. Januar dieses Jahres hat der türkische Verteidigungsminister auf einer Sitzung des Rates der Verteidigungsminister der Nato-Länder den Beitritt der Türkei in das Projekt AWACS (Frühwarnsystem) erklärt und einen entsprechenden Vertrag unterschrieben.

Die Aufbringung von 16 Mio.Dollar Beitrittsbeitrag und weiteren 500 Mio.Dollar für die Wartung wurden von der türkischen Seite angenommen.

Dies stellt einen weiteren Schlag gegen die Unabhängigkeit unseres Landes dar...

Daß die Absichten der Nato mit unseren nationalen Interessen unvereinbar sind, steht somit fest. Deshalb setzt sich die Friedensgesellschaft der Türkei, im festen Glauben und bewußt dessen, daß diese Forderungen dem Wunsch unseres Volkes entsprechen, daß die Ketten der Abhängigkeit vom Imperialismus gebrochen werden, daß die Türkei aus der Nato austritt und eine friedliche, unabhängige Außenpolitik verfolgt."

POLITISCHE LAGE



(Aus "Milliyet" vom 12.4.1979)

Das laute Geschrei um "subversive und separatistische Tätigkeiten", insbesondere in Ostanatolien, klang Überraschend rapide ab, nachdem im Parlament die Verlängerung und die Ausweitung des Kriegsrechts (siehe auch TÜRKİ HEUTE vom Mai 79) verabschiedet und mit Stimmen der CHP- und MHP-Abgeordneten durchgepeitscht wurde. Demirel's Partei, die AP, stimmte aus taktischen Gründen dagegen, obwohl sie von Anfang an voll für das Kriegsrecht, sogar auf Landesebene, plädierte.

Trotz des verlängerten und ausgeweiteten Kriegsrechts hielten jedoch die politischen Terrorakte auch über den ganzen Monat Mai hindurch an. Bei Überfällen vorwiegend der faschistischen Mordbanden, der "Idealisten" bzw. "Grauen Wölfen", wurden allein im Mai über hundert Menschen ermordet und ca. 500, zum Teil schwer, verletzt. (Siehe die Zusammenstellung S.5).

In einem Monat 111 Menschen ermordet, über 400 verletzt

OPFER DES FASCHISTISCHEN TERRORS IM MAI 79

Zahl der ermordeten Menschen vom 1.Mai 79 bis 31.Mai 79 (aus den Angaben der Tageszeitungen Cumhuriyet, Milliyet und Tercuman, für diesen Zeitraum zusammengestellt. Die Angaben betreffen jeweils den vorangehenden Tag)

1979, 1 Mai,	6 Tote in Tarsus, Tirebolu, Bursa, Istanbul und Giresun.
2 Mai,	1 Toter in Istanbul
3 Mai,	3 Tote in Kocaeli, Istanbul und Ankara
4 Mai,	3 Tote in Istanbul, Izmit und Elazığ
5 Mai,	6 Tote in Nizip, Istanbul, Gaziantep, Adana, Urfa und Islahiye
7 Mai,	3 Tote in Adana und Samsun
9 Mai,	2 Tote in Mersin und Antalya
10 Mai,	6 Tote in Denizli, Istanbul, Urfa, Eskişehir und Gebze.
11 Mai,	5 Tote in Istanbul und Bursa
12 Mai,	9 Tote in verschiedenen Städten
14 Mai,	4 Tote in Birecik, Mardin, Ankara und Gaziantep
15 Mai,	6 Tote in Istanbul, Sürmene, Adana und Ankara
16 Mai,	4 Tote in Istanbul, Ankara, Samsun und Ordu
17 Mai,	1 Toter in Gaziantep
18 Mai,	16 Tote in Istanbul, Ankara, Gaziantep und Antalya
19 Mai,	4 Tote in Manisa, Adana, Istanbul
20 Mai,	3 Tote in Istanbul, Mersin und Antalya
21 Mai,	4 Tote in Istanbul und Tarsus
22 Mai,	3 Tote in Adana und Izmir
23 Mai,	3 Tote in Istanbul, Antalya und Adana
25 Mai,	3 Tote in Istanbul, Gaziantep und Suruç
26 Mai,	3 Tote in Istanbul, Urfa und Samsun

27 Mai,	2 Tote in Malatya und Tuzla
28 Mai,	2 Tote in Düzce und Edirne
29 Mai,	1 Toter in Konya
30 Mai,	2 Tote in Urfa und Adana
31 Mai,	6 Tote in Istanbul, Samsun, Kars und Erzurum

In diesem Zeitraum wurden insgesamt 111 Menschen ermordet. (Mai 78, 64 Tote). Die Zahl der zum Teil Schwerverletzten, ist schwer zu ermitteln und liegt um 400 (geschätzt nach den Angaben der o.g. Tageszeitungen). Die Zahl der Morde in den Städten, in denen das Kriegsrecht herrscht, zeugt davon, dass das Kriegsrecht die Terrorakte weder verhindern noch stoppen konnte. Im Gegenteil: die Zahl der politischen Morde stieg an!



"GRAUE WOLF" HÜSEYİN KOCABAŞ:
"UNSER ZIEL WAR ES, DIE MHP
DURCH EINEN UMSTURZ AN DIE
MACHT ZU BRINGEN."

Geständnis des "Kommandos" Hüseyin Kocabaş, der wegen Mordes an dem stellvertretenden Staatsanwalt in Ankara, Dogan Öz, verhaftet worden war:

"Wir haben Dogan Öz ermordet, da er gegen unsere Sache war. Er verlangte für unsere Idealistenfreunde, die festgenommen und vors Gericht gestellt worden sind, hohe Gefängnisstrafen. Deswegen haben wir, ich und Ibrahim Çiftçi, ihn nach unserem Plan ermordet. Unser Ziel war es, die MHP durch einen Umsturz an die Macht zu bringen und danach frei herumzulaufen. Denn, wir hatten begriffen, dass die MHP allein nicht an die Macht kommen kann."

("Cumhuriyet" vom 22.5.79).

Angesichts dieser zunehmenden Terrorakte zögert die Regierung Ecevit's, in der die CHP die Mehrheit hat, tiefgehende Maßnahmen zu ergreifen. Statt das Übel an der Wurzel zu packen, d.h. die Quelle der Terrorbanden, die MHP und ihre Jugendorganisationen ein für allemal zu schließen und deren Führer verhaften zu lassen, versucht die Regierung einzelne Terroristen zu verfolgen und in seltenen Fällen, diese vors Gericht zu stellen.

Die Hauptverantwortlichen sind jedoch immer noch auf freiem Fuß und können unbehelligt, wie z.B. der Faschistenführer Ex-Oberst Türkeş, sich auf "Ausruheisen" in die BRD-Stadt Frankfurt begeben, um von dort aus Unruhe unter den türkischen Arbeitern in Westeuropa zu stiften. (Siehe auch S.28).

Am 26. Juni läuft die dritte 2-monatige Phase des Kriegsrechts ab. Es ist zu erwarten, daß sowohl von Seiten der Regierung, wie der Oppositionsparteien - insbesondere der MHP und AP - neue Ausreden ausfindig gemacht werden, um das Kriegsrecht zum dritten Mal und auf weitere zwei Monate, wenn möglich auf Landesebene, verlängern und ausweiten zu können.

Wenn das Geschrei über "Seperatismus" diesmal nicht helfen sollte, so werden bestimmt neue Formeln gefunden, wie z.B. "Kommunistische Wühltätigkeit" u.a.m.

Um die Regierung von allen Seiten zu bedrängen und ihr eine rechte Innen- und Außenpolitik weiterhin aufzuzwingen, wird u.a. von den sogenannten "trojanischen Pferden", die offensichtlich zu galoppieren beginnen, ausreichend Gebrauch gemacht.

So unternahm z.B. der bisherige Staatsminister Enver Akova den ersten Schritt, und trat von seinem Posten zurück. Es wird vermutet, daß er der MHP beitrifft (siehe "Tercüman" vom 29.5.79) und von weiteren "unabhängigen" Ministern gefolgt wird.

(11 Überläufer der Demirel-Partei AP hatten während der Regierungsbildung Ecevit unterstützt und dafür alle einen Ministerposten erhalten. Siehe auch "Türkei heute", Mai 79.).

Diesem Rücktritt Akova's gingen die Austritte von drei CHP-Abgeordneten aus ihrer Partei voraus (Metin Musaoğlu, Eşref Cengiz und Ramazan Yıldırım).

Kurze Zeit darauf, am 7.6.79, mußte auch der Staatsminister Hilmi İsgüzar unter Druck einer von der AP gestellten parlamentarischen Anfrage, wegen Korruption zurücktreten.

In AP-Kreisen werden weiter Namen von Ministern, die zum Rücktritt gezwungen werden sollen, wie z.B. Tuncay Mataracı (Minister für Zoll- und Monopolwesen), Müezzinoğlu (Wirtschaftsminister) u.a. genannt.

Ausweglosigkeit der Bourgeoisie

In Ankara sind Gerüchte im Umlauf, wonach mehrere Abgeordnete aus der CHP austreten würden, um damit neue "Alternativen" für eine neue Regierungsbildung zu ermöglichen.

Zu diesen "Alternativen" gehören u.a. folgende drei Möglichkeiten:

1. Die Regierung wird eventuell durch einen militärischen (faschistischen natürlich) Putsch gestürzt. Von den faschistischen MHP-Führern wird sogar ein fester Termin vorausgesagt: der 10. Juni, oder Mitte Juni.

Laut britischem "The Guardian" "würde es den Westen nicht stören, wenn die sozialdemokratische Ecevit-Regierung stürzt und eine pro-westliche Militärregierung die Macht übernimmt." (Siehe "Cumhuriyet" vom 5.6.79).

2. Unter Führung der AP wird die dritte "Nationalistische Front - Regierung" gebildet. Die MHP und MSP sagten mehrmals zu, daß sie unter Umständen auch außerhalb dieser zu bildenden Regierung bleiben und sie von außen unterstützen würden.

3. Die CHP und AP bilden die sogenannte, von vielen Kreisen - insbesondere der kollaborierenden Monopolbourgeoisie - begehrte "Nationale Koalition" auf "breiter Basis".

Es ist jedoch schwer zu sagen, welche dieser "Alternativen" am wahrscheinlichsten ist. Je nach der innen- und außenpolitischen Entwicklung kann diese oder jene Möglichkeit vorgezogen werden. Demirel wird auf jeden Fall versuchen, eine Änderung der Regierung durchzusetzen: "Die Türkei gehört entweder uns oder niemandem!" wiederholte zum zweiten Mal Mitte Mai (siehe "Tercüman" vom 14.5.79).

Es ist daher verständlich, daß Demirel alles unternehmen wird, um sein Ziel zu erreichen. Stillschweigende, in der Praxis jedoch weitgehende und vielseitige Unterstützung der faschistischen Terrorbanden gehört dazu.

Es fragt sich, wie lange Ecevit's Regierung unter diesen Umständen durchhalten kann. Scheinbar ist sie den imperialistischen Kreisen, der Nato, dem IWF und der EG viel lieber, solange sie an ihrer immer rechter werdenden Politik festhält. Was sonst meint der stellvertretende Außenminister der USA, Christopher, wenn er "die türkische Oppositionsparteien beschuldigt, dieser Regierung nicht helfen zu wollen. Er rief sogar die türkischen

Parlamentsmitglieder auf, der Verwirklichung der Wünsche des IWF- genannt wirtschaftliche Reformen- Hilfe zu leisten". (Siehe "Tercüman" vom 3.6.79).

Auch der Niedersächsische Finanzminister Leisler-Kiep stand seinen Mann in diesem Punkt:

"Da sich angesichts der Wahlen die türkische konservative Opposition unter Süleyman Demirel zu den anstehenden Bemühungen der sozialistischen Regierung zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität wenig konstruktiv verhält, sieht Leisler-Kiep auch hier einen wichtigen Punkt seiner vom Kanzler aufgetragenen Sondermission: Kiep hat indes mehrere CDU-Abgeordnete für den Plan gewonnen, in die Türkei zu reisen, um seine dortigen Bemühungen zu fördern, Demirel zu einem Burgfrieden mit Ecevit zu bewegen" (aus: "Die Welt" vom 21.4.79).

Auch hier ist man berechtigt zu fragen: Wer regiert, genauer gefragt, ist an der Macht in der Türkei? Wer hilft wem? Weshalb? Die Antwort gibt die FAZ vom 26.5.79:



"...DARUM HAT KIEP MIT DER NATO STÄNDIG ENDE VERBINDUNGEN GEHALTEN..."

"Kiep betrachtet sich als Koordinator für die Türkei-Hilfe, nicht als Ratgeber in Einzelfragen. Diese Vermittlungstätigkeit ist vor dem politischen Hintergrund einer durch die fortdauernde Krise der Türkei gefährdeten südöstlichen Flanke des Nato-Bündnisses zu sehen. Darum hat Kiep mit der Nato ständig enge Verbindungen gehalten".

Wie lange hilft Ecevit, daß er die innerparteiliche Opposition der CHP, auf dem jüngsten Kongreß der CHP vom 24. - 26. Mai in Ankara einigermaßen "eingefroren" hat?

Auf diesem Parteitag ging klar hervor, daß es innerhalb der CHP eine nicht leicht zu nehmende, zahlenmäßig starke Opposition gibt, die mit der rechten Politik der Regierung nicht zufrieden ist und diese nicht lange stillschweigend hinnehmen will.

Auf jeden Fall sind die breiten Schichten der Werktätigen der Türkei nicht bereit, die von dem IWF, der EG, der Nato und ähnlichen Macht- und Druckinstrumenten des Imperialismus aufgezogene Lasten auf ihre Schultern abwälzen zu lassen.

SALT II und DIE TÜRKEI

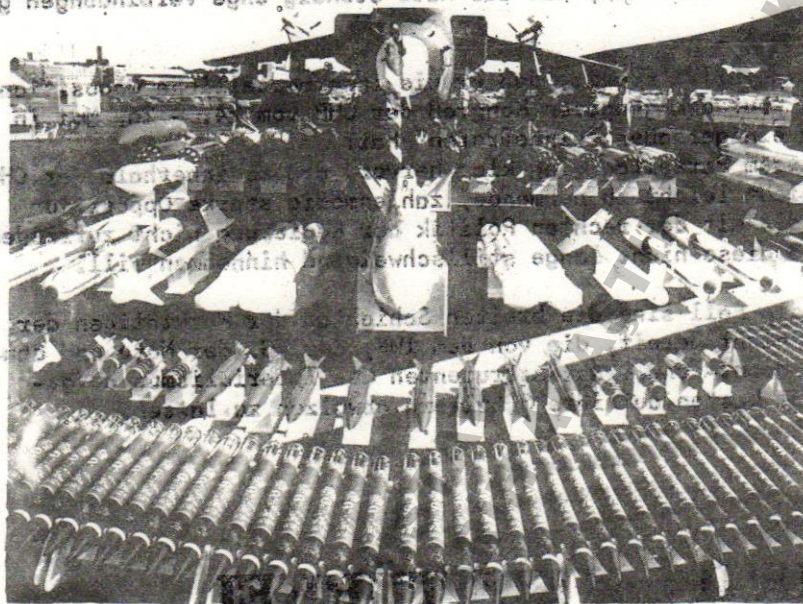
Der erfolgreiche Abschluß des SALT-II-Abkommens ist ein wesentlicher Beitrag für die Sicherung des Weltfriedens und ein Schlag gegen alle Entspannungsgener, nicht zuletzt in den USA.

Seit der Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens 1972 und den nachfolgenden Übereinkünften, verstärkten die Gegner der Entspannung und der Abrüstung vor allem in den USA, ihre Angriffe, um diesen positiven Schritt zu verzögern und sogar zu verhindern.

Die Gründe dieser Angriffe sind der Weltöffentlichkeit inzwischen hinlänglich bekannt: die Rüstungsmonopole stellten neue strategische Waffensysteme her. Folgend einige Beispiele und geschätzte Kosten:

Atom-U-Boot "Trident"	(22,2 Mrd.Dollar)
strategische Fernbombe "B1"	(24,8 Mrd.Dollar)
Flügelrakete	(5,8 Mrd.Dollar)
mobiles Raketensystem "mx"	(40,0 Mrd.Dollar)

Die friedensfeindlichen Kräfte wollen keinesfalls, daß ihre Pläne und Profite durch ein Abkommen gefährdet werden. Sie verschärfen ihren Druck auf die USA-Regierung, damit diese militärisch der UdSSR gegenüber Überlegen ist.



Ein solches Herangehen verstößt gegen das vereinbarte Prinzip der gleichen Sicherheit für beide Seiten.

Inwieweit das Ergebnis der SALT-II-Verhandlungen für die Abrüstung und den gesamten Entspannungsprozeß wirksam werden kann, das hängt wesentlich vom Ratifizierungsprozeß des USA-Senats ab. Denn die Gegner des Friedens verfügen über einen großen Einfluß auf den USA-Senat und versuchen mit allen Tricks und Vorwänden, den Vertrag zu Fall zu bringen. Dabei scheuen sie sich nicht, die Souveränität und Unabhängigkeit eines Staates aufs Spiel zu setzen, wenn sie damit ihre kriegsrischen Ziele erreichen können.

Die US-Imperialisten zwingen die UdSSR, ihre Pläne zu akzeptieren. Sie fordern die Verbreitung und Erweiterung der Militärbasen gegen unseren Nachbarn UdSSR.

Druck der USA

Sie planen z.B., den türkischen Luftraum für die Spionageflüge der "U 2" gegen die Sowjetunion auszunutzen.

Der Vize-Außenminister der USA, Christopher, sagte ausdrücklich: "Entweder akzeptiert ihr unsere Forderungen, oder ihr bekommt kein Geld".

Die Ecevit-Regierung ist nicht mehr in der Lage, die Souveränität und Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten. Denn die Antwort der Regierung in Ankara, ob die Spionageflüge der "U 2" gestattet werden oder nicht, ist nicht eindeutig.

Dazu berichtet die FAZ am 17.5.79:

"Der türkische Ministerpräsident Ecevit hatte am Dienstag vor der Parlamentsfraktion seiner Partei in Ankara zu erkennen gegeben, daß seine Regierung nichts einzuwenden hätte, wenn amerikanische Flugzeuge vom türkischen Luftraum, aus die Einhaltung der Bestimmung des SALT-II-Abkommens durch die Sowjetunion überwachen...".

"Der türkische Außenminister Ökçün erklärte einer kuweitischen Zeitung gegenüber, daß die Türkei die Rolle als Gendarm der USA und Nato im Nahen Osten ablehne..". "Er erklärte weiter: 'Wir möchten mit unseren Nachbarn auf gegenseitiges Vertrauen basierte Zusammenarbeit'..". "Wir möchten die Beziehungen zu unseren Nachbarn nicht auf einer harten Auseinandersetzung weiterführen." (siehe "Tercüman" vom 25.5.79).

Der Außenminister der Türkei Ökçün, früher stellvertretender Nato-Generalsekretär, erklärte noch 1973:

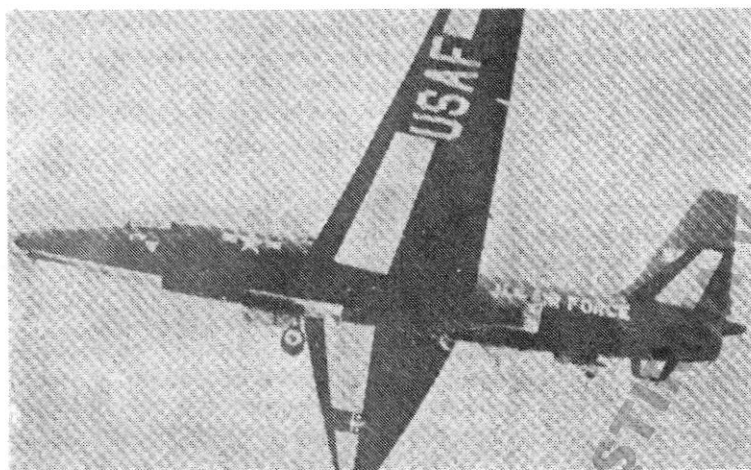
"Wir werden die Fahne der Nato auf den höchsten Verteidigungsanlagen der Türkei aufziehen..." (FAZ vom 18.5.79).

Parlamentsabgeordnete der AP (Gerechtigkeitspartei) und der CHP (Republikanische Volkspartei), Inan und Ülman, erklärten jedoch, daß die "U 2" gegen die SALT-II-Verhandlungen ausgenutzt werden sollen ("Hürriyet" vom 15.5.79).

Am 1.6.79 berichtet "Hürriyet":

"Obwohl die Verhandlungen über die "U 2"-Flugzeuge weitergeführt werden, fliegen sie schon". Dies wurde von Ecevit jedoch dementiert.

Ecevit dementierte auch Berichte, wonach die US-Militärbasen, die im Iran geschlossen wurden, in der Türkei stationiert wer-



DAS AMERIKANISCHE SPIONAGEFLUGZEUG U-2

den sollen. Von amerikanischen Regierungskreisen wurde inzwischen bestätigt, daß die US-Militärbasen in der Türkei ihre Arbeit bereits aufgenommen haben.

Von einigen Kreisen verlautet, daß das sogenannte "Shield U-2"-Projekt für die Manipulierung der Öffentlichkeit - besonders die der Türkei und Norwegens - vom CIA vorbereitet wurde. Wegen ihrer strategisch wichtigen Lage ist die Türkei in diesem Projekt bevorzugt.

In einer Militärzeitschrift berichtete der amerikanischer General der Luftstreitkräfte Siegfried Bay, der für das AWACS-Projekt verantwortlich ist, daß im Kriegsfall der Einsatz der Flugzeuge vom Typ F-3A in Norwegen und der Türkei nützlich sind.

Diese Flugzeuge des AWACS-Projektes werden im Kriegsfall für die Nordflanke der Nato in Norwegen, und für die Südflanke in der Türkei eingesetzt.

Der "Shield- U-2"-Plan sieht folgendes vor:

Nach Plan würde die türkische Regierung seinen Luftraum für die Flüge der "U 2" nicht zur Verfügung stellen und damit in der türkischen- und Weltöffentlichkeit einen positiven Eindruck hinterlassen.

Dann könnte das AWACS-Projekt, von der Nato ausgearbeitet, von der Öffentlichkeit akzeptiert werden, denn es sieht nicht die

Verletzung des sowjetischen Luftraums vor. Die von Zypern startenden E-3A-Flugzeuge würden den türkischen Luftraum im Grenzgebiet der Sowjetunion überfliegen und auf diese Weise sowjetische Flugzeuge und ihre Flotte beobachten können. (Siehe "Hürriyet" vom 29.5.79).

Wäre der Schah im Iran nicht gestürzt worden, so wäre es den USA leichter, ihre Spionagetätigkeiten vom Territorium des Iran aus zu betreiben.

Doch die revolutionären Veränderungen machten dies unmöglich: die Militärbasen der USA wurden geschlossen.

U-2 auch für China

Nun muß die USA neue Möglichkeiten für die Stationierung ihrer Abhörsysteme finden. Und diese haben sie in der Türkei und China gefunden.

Das die Verhandlungen mit der Türkei eventuell auf Schwierigkeiten stoßen werden, hat die USA einen Plan entwickelt, der auch die VR China umfaßt.

Denn bereits 1960 wurde ein US-Spionageflugzeug vom Typ "U 2", dessen Pilot Gary Powers den sowjetischen Luftraum verletzte und damit den Weltfrieden in Gefahr brachte, von der Sowjetischen Abwehr abgeschossen. Die "U 2" startete damals von türkischem Boden aus zu seinem abenteuerlichen Flug.

Die Pekingener Führung würde den Wunsch der USA, vor allem nach den letzten diplomatischen Beziehungen, nicht zurückweisen. An der sowjetisch-chinesischen Grenze, in der Stadt Sinkiang, werden die USA Militärbasen für die "U 2"- und andere Spionagetätigkeiten gegen die UdSSR einrichten. Die "U 2"-Flüge richten sich vor allem gegen die Sowjetrepublik Kasachstan. (Siehe "Hürriyet" vom 28.5.79).

Aus dem Kommuniqué der KPdT

Zu diesem Thema heißt es in einem Kommuniqué der KPdT vom 21.5.79 u.a.:

"...Die USA drücken in aller Offenheit auf Cankaya (Residenz des Präsidenten). Sie fordern das Recht auf freien Flug für ihre U-2-Spionageflugzeuge an unserem Himmel. Sie fordern neue Aggressionsstützpunkte. Sie wollen, dass unsere Beziehungen mit sozialistischen Ländern, mit unse-

ren Nachbarn gestört werden. Sie wollen, dass das politische Dokument, das kürzlich mit der Sowjetunion unterzeichnet wurde, in Vergessenheit gerät. Sie wollen unser Land gegen die arabischen Völker ausnutzen. Sie wollen einen neuen Aggressionsblock anstelle des zusammengebrochenen CENTO-Paktes zurechtzimmern und die Türkei in diesen Block hineinziehen.

Vor einer solchen Gefahr warnt die KPdT unser Volk, sie warnt alle nationalen demokratischen Kräfte und ruft sie zum geschlossenen Kampf auf.

Auf unserem Himmel, auf unseren Meeren, auf unserem Boden gibt es keinen Platz für die USA-Imperialisten! Unser Volk wird nicht erlauben, dass Spionage-Flugzeuge gegen unseren grossen Nachbarn, die Sowjetunion, das Bollwerk des Weltfriedens, auf unserem Boden Stützpunkte haben und von hier aufsteigen können. Die Regierung muss das politische Dokument, das sie mit der Sowjetunion unterzeichnet hat, verwirklichen. Die versklavenden bilateralen Verträge mit den amerikanischen Imperialisten, die den nationalen Stolz mit Füßen treten, müssen zerrissen, die NATO und die amerikanischen Stützpunkte von unserem Territorium entfernt werden.

Die Arbeiterklasse, das ganze Volk riefen diese nationalen Forderungen neulich am 1. Mai in Izmir, vor dem NATO-Quartier, dem Imperialismus ins Gesicht."

Die Ecevit-Regierung betreibt eine Politik, die in der Realität stets den Forderungen des Imperialismus und der Nato nachgibt. Sie versucht mit den USA über die Spionageflüge zu verhandeln und spekuliert über die SALT-II-Verhandlungen. Sie macht es möglich, daß die Souveränität der Türkei vom Imperialismus, vor allem der USA, mit Füßen getreten wird.

Alle fortschrittlichen Kräfte des Landes sind für eine friedliche Politik und für gute nachbarliche Beziehungen zu unseren Nachbarländern, vor allem zur Sowjetunion.

* * *

Die geschäftstüchtigen Generäle

Die hohen Offiziere, die die Spitzenstellungen der Armee beherrschen, haben seit der Gründung der Republik in dem politischen Leben der Türkei eine wichtige Rolle gespielt. Diese Rolle wird oft unterschätzt, da bis 1950 die politische Führung mit der Armeeführung so eng verbunden war, daß es kaum zu öffentlichen Auseinandersetzungen gekommen ist.



Der Vorsitzende der AP, Süleyman Demirel, traf mit 21 Ex-Generälen und 10 Ex-Offizieren, die seiner Partei angehören und Mitglieder des "Beratenden Ausschusses der Nationalen Verteidigung" der AP sind, zusammen. Während der Beratung war die Presse ausgeschlossen.

Unter der Generalität waren u.a. folgende Ex-Generäle anwesend: Memduh Ünütürk, Cemal Süer, Emin Alp-kaya, Cihat Akyol, Musa Ügün und Kenan Mortan. (Siehe "Hürriyet" vom 2. Juni 1979)

Nach dem unblutigen Staatsstreich des Militärs am 27.5.1960 wurden eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die das Verhältnis der Armeeführung gegenüber der Regierung neu regelten. Die Position der höchsten Offiziere, insbesondere des Generalstabes, wurden stark ausgebaut und die Einflußmöglichkeiten der Regierung auf die Personalentscheidungen auf ein Minimum reduziert.

Mit der Schaffung des "Nationalen Sicherheitsrates" wurde die bis dahin hinter den Kulissen stattfindende "Verständigung" zu einer verfassungsrechtlichen Institution erhoben. Es verwundert daher nicht, wenn amerikanische Politikwissenschaftler das politische System der Türkei als eine "militärisch-zivile Koalition" charakterisieren.

Die Beteiligung der höchsten Militärs an dem politischen Entscheidungsprozeß wurde ab 1961 durch weitere Maßnahmen ergänzt. Die Gehälter der Offiziere wurden drastisch erhöht, sodaß sie heute unter den Beamten die Spitzenposition innehaben.

1961 wurde unter der Bezeichnung "Unterstützungskasse der Armee" (OYAK) ein Fond gegründet, in den jeder Offizier und Unteroffizier mehr als 10% seines Soldes abführen muß.

Die OYAK, die nach ihrer Satzung als zusätzliche Alters- und Invaliditätsversicherung eine Art genossenschaftliche Organisation sein soll und auch verbilligte Baukredite, billige Einkaufsmöglichkeiten usw. bietet, entwickelte sich in wenigen Jahren zu einer der größten Unternehmensgruppen der Türkei.

Bilanzsumme 1977: 3,4 Mrd. TL

Betrug ihr Gründungskapital noch 44 Mill. TL, erreichte ihre Bilanzsumme 1969 bereits 915 Mill., 1975 schon 2,5 Mrd. und Ende 1977 über 3,4 Mrd. TL.

Ein beträchtlicher Teil dieser Mittel wird zu gemeinsamen Investitionen mit ausländischem Kapital benutzt,

Ein gutes Beispiel dafür sind die OYAK-Renault Automobilwerke in Bursa, deren Marktanteil auf dem türkischen Kfz-Markt 1977 mehr als 50% betrug und seitdem noch gestiegen ist.

Darüber hinaus hat die OYAK gemeinsame Interessen mit International Harvester, Good Year, Mobil, Shell und Hilton. Ihre Beteiligungen erstrecken sich vom Fahrzeugbau über Reifenproduktion, Zementproduktion, elektronische Industrie, Lebensmittelindustrie und Versicherungswesen bis hin zu Immobilien.

Die Gewinne aus diesen Beteiligungen betrugen für 1977 laut eigenen Angaben 335 Mill. TL und übertrafen damit die nächst große Finanzgruppe der Türkei (İş-Bank), die im gleichen Jahr aus ihren Beteiligungen lediglich 206 Mill. TL Gewinn erwirtschaftete.

Die Leitung dieses riesigen Fonds befindet sich in den Händen des Generalstabes und der Kommandanten der Hauptwaffengattungen. Die mittleren Offiziere sind kaum, die Unteroffiziere praktisch überhaupt nicht vertreten.

Auf diese Weise kann die türkische Generalität nicht nur in das politische Leben des Landes direkt eingreifen. Vermittels

der OYAK ist sie auch in der Lage, als unmittelbarer Teilhaber und Geschäftspartner der in- und ausländischen Monopole aufzutreten.

Es braucht kaum daraufhingewiesen werden, daß diese enge Interessenverquickung mit den großen Banken und Konzernen auch ihre politische Loyalität gegenüber diesen Kreisen festigt und ihre Position in den politischen Auseinandersetzungen determiniert.

Die wachsende Verfilzung der militärischen Bürokratie mit den großen Finanzgruppen kann man auch an Hand der langen Liste der Generäle verfolgen, die nach ihrer Pensionierung höchste Positionen in den Vorständen der wichtigsten Banken erhalten.

Es ist sicher kein Zufall, daß unter ihnen die Namen derjenigen sich häufen, die sich insbesondere als brutale Kriegsverweigerer (Generaloberst F. Türlü), als Organisator von Staatsstreich (Generaloberst M. Tagmaç) oder als Leiter von illegalen Terror- und Folterorganisationen (Generalleutnant M. Ünlütürk) einen zweifelhaften Ruhm erworben haben.

Militärs an der Spitze der Wirtschaft

Folgend einige Beispiele der hohen Militärs, die im "Privaten Sektor" "Aufgaben" übernommen haben, nachdem sie in den Ruhestand getreten sind.

1. Armeegeneral Memduh Tagmaç (+), Armeegeneral Nazmi Karakoç, Ex-Generalstabschef und Ex-Kommandant der Landstreitkräfte, sind als Vorstandsmitglieder der "Türkischen Industrie- und Handelsbank" (TSKB), die für die Devisenvergabe an den "Privaten Sektor" eine Schlüsselstellung hat, "gewählt" worden.
2. Generalmajor Memduh Ünlütürk, der in der Ära des Militärputsches vom 12. März 1971 als Führer der Konter-Guerilla Folterungen an Häftlingen organisiert und durchgeführt hat, wurde in den Vorstand des Eisen- und Stahlwerkes in Eregli gewählt. (Siehe Talat Turan, Aufsatzserie in der Tageszeitung "Politika", 12.5.78).
3. Nevzat Çimeci, Militärstaatsanwalt beim 3. Kriegsrechtsgesicht in der Ära des 12. März 77, bezog später einen hohen

Posten in einem Konzern. (Talat Turan, Aufsatzserie in "Politika", 12.5.78).

4. Armeegeneral Faik TÜRÜN, der ehemalige Kommandant des Kriegsrechts in Istanbul ist heute AP-Abgeordneter der Stadt Manisa und Vorstandsmitglied einer großen Handels- und Versandfirma UMAT.

5. Şadi Koçuş, Ex-Offizier, ist jetzt ein "Geschäftsmann". (Siehe U.Mumcu, "Suçlular ve Güçlüler", S.592).

6. Brigadegeneral Fuat Doğu, Sekretär der MIT (türkischer Geheimdienst) wurde nach dem Militärputsch vom 12.März 71 türkischer Botschafter in Lissabon. (U.Mumcu, ebenda).

7. Admiral Celal Eyicioglu, Kommandant der Marine in der Zeit des 12.März 71, wurde Generalbotschafter in Japan. (Siehe "Cumhuriyet" vom 25.3.79).

8. Armeegeneral Nahit Özgür wurde Botschafter in Bukarest. (Siehe "Cumhuriyet" vom 25.3.79).

9. Admiral Cemal Süer bezog einen hohen Posten in einem grossen Geschäftshaus. (U.Mumcu, ebenda, S.497).

10. Orhan Kabibay, der sich in den Zeiten der 27.März-Revolution "revolutionär" gab, wurde nach dem Putsch vom 12.März "Nationalist" und trat in die CGP (Republikanische Vertrauenspartei) ein. Zugleich wurde er Aufsichtsratsmitglied der Firma ADAŞ, die dem Ministerium für Energie und Bodenschätze gehört. Später wurde er Vertreter der Firma "Mirage" in der Türkei. (U.Mumcu, Bir Pulsuz Dilekçe, S.77).

11. Kemal Zeren, pensionierter Generalmajor, ehemaliger Kommandant der Kadettenschule der Luftwaffe, ist heute AP-Mitglied und wurde Vorstandsvorsitzender der staatlichen türkischen Fluggesellschaft (THY). Sein Name tauchte bei mehreren Affären auf. (U.Mumcu, ebenda, S.114-117, 118-121).

12. Cezmi Biren, pensionierter Admiral, Ismail Sarıkey, pensionierter Konteradmiral und Hayri Tuncel, pensionierter Konteradmiral, bezogen hohe Posten bei der staatlichen Marinebank des Verkehrsministeriums. Biren als Vorstandsvorsitzender, Sarıkey als Generaldirektor, Tuncel als stellvertretenden

der Generaldirektor. Ihre Namen tauchten im Zusammenhang mit mehreren Affären auf. (U.Mumcu, ebenda, S.129-131).

13. Hayati Savasçi, pensionierter Brigadegeneral, ehemaliger Stabschef der Landstreitkräfte, zog als AP-Abgeordneter ins Parlament.

14. Ali Elverdi, ehemaliger Richter bei dem Kriegsrechtgericht nach dem 12.März 71 in Ankara, fällte viele Todesurteile. Er wurde später AP-Abgeordneter der Stadt Bursa.

15. Ercüment Gökaydin, ehemaliger Generalmajor und Chef der Logistik der Luftwaffe, Schlüsselperson der Lockheed-Affaire in der Türkei, wurde technischer Berater der Flugzeugfirma Northrop. Er ist zugleich Berater der Monatszeitschrift "M 5", die von Haldun Simavi herausgegeben wird und das Werbeblatt der internationalen Rüstungsmonopole ist. (U.Mumcu, ebenda, S.261).

* * *

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

"Die Kredithilfe an die Türkei ist politisch brisant. Der Westen kann es sich kaum leisten, die Türkei fallenzulassen. Eine Verschlechterung der desolaten Wirtschaftslage würde die aufgestauten sozialen Spannungen zum Explosionspunkt bringen. Die Folgen wären nicht voraussehbar." ("Die Welt" vom 21.5.79).

So denkt der "freie Westen", wenn es sich um Länder wie die Türkei handelt, die eine sehr hohe politisch-strategische Relevanz in der Nato besitzen, wenn auch diese Denkweise ein wenig an die Kolonialzeit erinnert.

Um die Türkei nicht "fallenzulassen", verspricht der Westen "Hilfe". Und wenn man das Wesen dieser "Hilfe" betrachtet, erkennt man darin nur ein Druckmittel. Diese Diktat-Politik wird z.Zt. im wesentlichen durch die Direktiven des Internationalen Währungsfonds (IWF) in die Tat umgesetzt.

"Die OECD-Länder halten weiterhin die Bedingung aufrecht, daß die

Türkei nur dann von den OECD-Mitteln Gebrauch machen kann, wenn eine Einigung über ein Beistandsabkommen mit dem IWF erzielt worden ist." (FAZ vom 21.5.79).

Dabei ist es wichtig zu wissen, was der IWF für die Realisierung eines Abkommens fordert:

1. wichtiges Thema ist die vom IWF nachhaltig empfohlene Abwertung der türkischen Währung um mindestens 30%....
2. Ein Dorn im Auge ist den IWF-Experten auch die uneingeschränkte Subventionierung der seit Jahren defizitären und personell überbesetzten Staatsbetriebe durch die Staatsbank...
3. Der IWF verlangt ferner eine strikte Begrenzung der Lohnerhöhungen." ("Die Welt" vom 27.4.79).

Freunde der Türkei (!)

Eine weitere lebenswichtige Forderung des IWF wird in der FAZ vom 18.5.79 erläutert:

"Es fehlt den Türken gewiß nicht an Freunden in Europa und in Amerika, die die Bürde ihrer Verteidigungsaufwendungen erkennen und auch die Notwendigkeit, der Republik mit ihren 43 Millionen Einwohnern in ihrer katastrophalen Wirtschaftssituation zu helfen...Aber die unklare Haltung, die Ankara jetzt zwischen den Bündnispartnern im Westen und dem Ostblock deutlicher werden läßt, wird die immer nachdrücklicher geforderte Hilfe aus der freien Welt kaum beschleunigen."



BENZIN IST KNAPP UND TEUER. RÜCKKEHR ZU DEN ALTEN METHODEN. HOLZPFLUG WIRD ZUR BESTELLUNG DER FELDER EINGESETZT.

Also, um die "großzügige Hilfe" von 1,5 Mrd.Dollar zu bekommen, muß die Regierung

1. die türkische Währung (TL) drastisch abwerten, was die Preise noch mehr in die Höhe treiben würde (Siehe Tabelle 1),
2. die Investitionen nur der Privatwirtschaft zur Verfügung stellen,
3. die Lohnerhöhungen stoppen (wenn man bedenkt, daß die allgemeinen Tarifverhandlungen im September 79 beginnen: eine gezielte Forderung des IWF!) und
4. die anfänglichen guten Beziehungen zu den sozialistischen Ländern abbrechen.

Dabei geht es vor allem um die Verhinderung des Aufbaus der Schwerindustrie. Denn fast alle Schwerindustrie-Komplexe der Türkei wurden bisher mit Hilfe der Sowjetunion gegründet. So sind auch die jüngsten wirtschaftlichen Verträge zwischen der Sowjetunion und der Türkei auf die Entwicklung dieses Sektors gerichtet.

Hier muß hinzugefügt werden, daß das ausländische Finanzkapital die Türkei ausbeutet, indem es einzig und allein die Montageindustrie, und damit die absolute Abhängigkeit von den internationalen Monopolen fördert und festschreibt.

Diese Tatsache legt die politisch bedingte "Hilfeleistung" des Imperialismus offen zutage.

Die Zögerung der Ecevit-Regierung bei der Annahme dieser Direktiven verärgert (sogar) die Springer-Presse:

"Ecevit und seine linken Wirtschaftsplaner, die mit ihren dirigistischen Formeln das heutige Wirtschaftschaos maßgeblich mitverschuldet haben, halten die IWF-Empfehlungen für falsch. Sie wollen alles besser wissen." ("Die Welt" vom 21.5.79).

Denn für "Die Welt" "empfiehlt" der IWF nur, um "die türkische Wirtschaft in regelmäßigen Abständen unter die Lupe nehmen zu können."

Ohnmacht der Regierung

Die Politik der CHP-dominierten Regierung gegen den von der "Welt" zynisch geforderten wirtschaftlich-politischen Druck des Imperialismus basiert auf Konzessionen gegenüber demselben. Und so wird sie von Tag zu Tag ohnmächtiger.

Die Forderungen des IWF werden verzögernd und manchmal ge-



(Aus "Milliyet" vom 5.4.79)

TABELLE 1: Lebenshaltungskosten in Ankara und Istanbul
(1963 = 100)

Stand jeweils November

	<u>Ankara</u>		<u>Istanbul</u>	
	<u>1977</u>	<u>1978</u>	<u>1977</u>	<u>1978</u>
Generalindex	560,8	848,5	652,8	1.031,7
<u>davon</u>				
Licht und Heizung*)	534,2	991,2	695,2	1.338,5
Fleisch	683,3	1.032,9	948,1	1.579,9
Milch und Molkereiprodukte	691,2	888,9	877,6	1.265,8
Obst und Gemüse	590,6	1.031,2	625,4	1.253,8
Oberbekleidung	583,8	951,8	563,4	883,6
Schuhwerk	839,1	1.536,0	483,8	1.232,2

*) Der Mietpreis-Index wird in der amtlichen Statistik seit 6 Jahren nicht mehr geführt

(TABELLE 1 und TABELLE 2 aus "Türkei-Wirtschaftliche Entwicklung 1978, Bundesstelle für Aussenhandelinformation")

tarnt akzeptiert und durchgeführt. Verzögernd weil sie den Widerstand der demokratischen Bewegung in der Türkei fürchten muß.

Z.B. wurde die faktische Abwertung der türkischen Lira unter dem Namen "Kursänderung" oder "Kursausgleich" vollzogen.

Die offensichtliche Schwächung der Disk (Progressive Gewerkschaftsföderation) durch die spalterischen Aktivitäten der rechten CHP-Führung nutzt nur der Bourgeoisie und dem IWF. Denn diese Schwächung wird sich mit Sicherheit auf die anstehenden Tarifverhandlungen im Herbst dieses Jahres auswirken.

Die Politik der Ecevit-Regierung ist doppelzüngig und unentschieden. Mitte Mai 79 erklärte Ecevit in Strasbourg gegenüber den europäischen Parlamentariern:

"Wir haben genügend wirtschaftliche Schwierigkeiten. Der IWF soll sich nicht in unsere Angelegenheiten einmischen." ("Gündüzh" vom 12.5.79).

Diese Äußerung steht auf tönernen Füßen, denn der IWF ist und bleibt ein Instrument der Einmischung für den Imperialismus.

Privatwirtschaft greift an!

Am 23. Mai 79 erschien in den türkischen Tageszeitungen ein ganzseitiges Inserat des "Industrieverbandes der Türkei" unter dem Titel: "Die Nation wartet":

"Wir, als Mitglieder der türkischen Privatwirtschaft erklären: Die private Unternehmerinitiative ist die Hauptkraft, welche unser Land zum Wohlstand in Freiheit und Demokratie führt. Die private Unternehmerinitiative hat die Menschen zu jeder Zeit zu mehr und produktiverem Arbeiten geführt. Die entwickelten Länder unserer Ära haben den Wohlstand in Freiheit nur auf diesem Weg erreicht. Es gibt keinen anderen Weg."

Weiterhin wird von ihnen gefordert:

"Die türkische Wirtschaft muß nach außen hin geöffnet werden."

Dies war ein erstes Ultimatum an die Ecevit-Regierung. Denn die von der Regierung durchgeführten Einfuhrdrosselungen für bestimmte Rohstoffe und Halbfabrikate stand den Interessen

einiger mächtiger Monopolkreise diametral gegenüber.

Angeichts dieser Tatsache ist es nicht verwunderlich, daß sie durch dieses Ultimatum die IWF-Forderungen zur Durchsetzung verhelfen wollen (Siehe Tabelle 2).

TABELLE 2 : Entwicklung des Aussenhandels Januar-Oktober 1978
(nach Ländergruppen)

a) türkische Exporte (in Mio US \$)

	1977	%	1978	%
OECD insgesamt	1.043,6	(70,1)	1.277,1	(67,0)
<u>davon</u>				
EG-Länder (neun)	744,0	(50,0)	926,9	(48,6)
<u>davon</u>				
Bundesrepublik Deutschland	336,3	(22,6)	429,2	(22,5)
Bilaterale Abkommensländer	65,0	(4,4)	103,2	(5,4)
Sonstige	378,5	(25,5)	526,6	(27,6)
insgesamt	1.487,1	(100,0)	1.906,9	(100,0)

b) türkische Importe (in Mio US \$)

OECD insgesamt	3.569,5	(68,4)	2.410,6	(60,4)
<u>davon</u>				
EG-Länder (neun)	2.249,0	(43,1)	1.632,0	(40,9)
<u>davon</u>				
Bundesrepublik Deutschland	860,9	(16,5)	711,1	(17,8)
Bilaterale Abkommensländer	68,0	(1,3)	55,0	(1,4)
Sonstige	1.581,0	(30,3)	1.523,0	(38,2)
insgesamt	5.218,5	(100,0)	3.988,6	(100,0)
Defizit	-3.731,4		-2.081,7	

Ecevit in Strasbourg

"DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI EXISTIERT FAKTISCH."

Der türkische Ministerpräsident Ecevit hat am 10.5.79 vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strasbourg gesprochen. Nachdem er die Mitgliedsländer um dringende Finanzhilfe gebeten hatte, beantwortete er anschließend die Fragen der Parlamentarier.

U.a. stellte der portugiesische Abgeordnete, Carvalhas, folgende Frage, auf die er eine klare Antwort erhoffte:

"Frage: Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Kommunistische Partei noch illegal ist. Wie ist das möglich? Das Kriegsrecht verbietet das Erscheinen der fortschrittlichen Presse, wie 'ÜrÜn' und 'Fortschrittliche Jugend', während die extrem rechten Presseorgane tagtäglich frei erscheinen. Kann Ecevit die Verhaftung von hunderten Gewerkschaftern am 1. Mai als eine demokratische Haltung ansehen? Stimmt es, daß die Spionage-Anlagen der USA im Iran in die Türkei verlegt werden? Was denken Sie über die Forderungen des IWF und über die Hilfe seitens Libyens?"

Antwort: Es gibt in der Türkei viele marxistische Parteien. Auch die Kommunistische Partei existiert faktisch. Diese Parteien dürfen die Bezeichnung 'Kommunist' nicht gebrauchen. Wenn wir im Parlament die Mehrheit haben, so werden wir diese Lage ändern...

Gegen die Zeitschrift 'ÜrÜn' wurden Ermittlungen eingeleitet, da diese die Satzung einer illegalen Partei (gemeint ist die faktisch existierende Kommunistische Partei der Türkei! - Anm. die Redaktion) veröffentlicht hat.

Die Verhaftungen am 1. Mai sind die Folgen dessen, daß dem Demonstrationsverbot nicht gefolgt wurde.

Die amerikanischen Abhörgeräte im Iran werden nicht in die Türkei verlegt. Wir haben unsere eigene politische und wirtschaftlichen Probleme. Deshalb darf sich der IWF nicht in unsere Sachen einmischen."

(Aus: "Günaydin" vom 12. Mai 1979).

In dieser Frage ging es jedoch nicht um die Existenz oder Nichtexistenz der Kommunistischen Partei der Türkei. Wie bekannt, existiert sie bereits seit 1920. Seit 57 Jahren arbeitet sie illegal.

Es ging darum, daß die Forderung nach Legalisierung der KPdT von der breiten demokratischen Öffentlichkeit getragen wird.
Es ging darum, daß die in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens fest verankerte KPdT nicht länger mit Gesetzen verboten werden kann.

Zu dieser Frage konnte Ecevit keine andere Antwort finden, als den Kopf in den Sand zu stecken durch den Vorwand, "keine Mehrheit im Parlament zu haben."

So ließ Ecevit auch die Forderungen nach Legalisierung der KPdT, die von acht demokratischen türkischen Organisationen aus der BRD, Holland und Belgien in einem gemeinsamen offenen Brief erhoben wurden, "faktisch" unbeantwortet.

* * *

FIDEF-Konzert in West-Berlin



Am 6. Mai 1979 fand in der Westberliner "Neuen Welt" ein Konzert mit türkischen Künstlern statt. Was dieses Konzert von anderen unterschied, war, daß es unter der Losung "Kein Durchkommen dem Faschismus" ganz im Zeichen einer antifaschistischen Kundgebung stand.

In diesem FIDEF-Konzert traten u.a. der bekannte türkische Volks-

sänger Ruhi Su, der Sänger und Komponist Timur Selcuk und der Türkische Arbeiterchor Westberlin, unter der Leitung von Tahsin In-circi sowie verschiedene Volkstanzgruppen - darunter auch die der Kinder, die anlässlich des Internationalen Jahr des Kindes zum ersten Mal auftraten- auf.

Organisator war die FIDEF, "Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD", deren Vorsitzender Hasan Özcan mit seiner Rede das Konzert eröffnete.

Er forderte die unverzügliche Freilassung der am 1. Mai in der Türkei Verhafteten und die gesetzliche Verankerung des 1. Mai als Kampftag aller Werktätigen sowie die Aufhebung der berüchtigten faschistischen Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches.

Das Konzert verlief in einer belebten Atmosphäre, in der sich die 2 500 Zuschauer mit antifaschistischen Losungen am Verlauf der Veranstaltung beteiligten.

Dieses Konzert, das im Rahmen eines von FIDEF veranstalteten Kulturfestes stattfand, wurde von den Zuschauern als eine gelungene Aktion gewertet.

* * *

„Graue Wölfe“ formieren sich

Faschistenführer Türkeş kam heimlich

Der MHP-Vorsitzende Türkeş traf am 23. Mai dieses Jahres in Begleitung des Chefredakteurs der faschistischen Tageszeitung "Hergün" Enver Altaylı in Frankfurt ein. Diesmal heimlich. Er wurde von den z.Zt. im Ausland weilenden MHP-Funktionären Gün Sazak (über ihn berichtete bereits TÜRKEI HEUTE) und dem Vorsitzenden der "Föderation der türkischen, demokratischen, idealistischen Arbeitervereine in Deutschland" Serdar Çelebi in Empfang genommen.

Seinen heimlichen Besuch "entdeckte" die Tageszeitung "Hürriyet". Gegenüber dieser Zeitung begründete Türkeş seinen Besuch folgendermaßen: "Um meine Freunde zu besuchen und mich auszuruhen, bin ich für drei Tage nach Deutschland gekommen." ("Hürriyet" vom 27. Mai 79).



TÜRKEŞ WIEDER IN FRANKFURT. GÜN SAZAK, ENVER ALTAYLI, SERDAR ÇELEBI SIND BEI IHM.

Um welche Freunde es sich dabei handelt, ist hinlänglich bekannt: Strauß, Lindemann (der z.B. an der Türkeş-Veranstaltung in Westberlin teilnahm und inzwischen Bürgermeister von Charlottenburg geworden ist).

Am 28. Mai 79 berichtete "Hürriyet" unter der Schlagzeile "Sogar sein Aufenthalt wird geheim gehalten":

"In Deutschland ist das Zusammentreffen Türkeş - Sazak ein Geheimnis" und weiter schreibt sie:

"Alpaslan Türkeş traf am Samstag, dem 26.5. mit Vertretern der Organisationen außerhalb der BRD und am Sonntag mit den Vorsitzenden der Vereine und Organisationen innerhalb der BRD zusammen..." "Am 27.5. nahm Türkeş an einer Veranstaltung des "Türkischen Kulturvereins Frankfurt" teil". (Siehe "Hürriyet" vom 30. Mai 79).

Unmittelbar danach wurde bekanntgegeben, daß die MHP plant, ihre bisher größte Zusammenrottung im Münchner Olympiastadion durchzuführen. Organisator dieser "Veranstaltung" wird die o.g. Föderation der idealistischen Arbeitervereine sein. Türkeş informierte sich über die Vorbereitungen dieser "Veranstaltung" und gab weitere Befehle und Anweisungen dazu.

Der letzte Besuch von Türkeş zielte neben der Ausweitung der Organisationen und Stärkung ihrer Kampfkraft auch auf die Teilnahme einer MHP-Delegation am Brüsseler Treffen der rechtsextremistischen Parteien - an der Eurodroite - ab. Offensichtlich will Türkeş dort selbst sein Gift ablassen.

Die Gewalttaten der Grauen Wölfe und die ihrer Organisationen im Ausland weisen eine proportionale Entwicklung mit den insgesamt drei Besuchen von Türkeş innerhalb eines Jahres, auf.

Der ehemalige Hitler-Agent Türkeş legte von Anfang an großen Wert auf ausländische Kontakte. Er schrieb in einem Brief an den geschäftsführenden Vorstand der MHP im Ausland:

"Die dauerhafte positive Entwicklung unserer Partei in der Türkei erfordert es, daß dieser Fortschritt auch auf unsere in Westeuropa arbeitenden und studierenden Rassenbrüder übertragen wird. Die Aktivitäten...in Kämpfen, Berlin, Hannover, Köln, München und Stuttgart müssen verstärkt werden. Um die gesteckten Ziele erreichen zu können, muß die bestehende Zusammenarbeit zwischen unserer Partei und der NPD ausgenutzt werden. Dabei müssen die Erfahrungen und die Methoden der NPD benutzt werden" (zitiert aus: IG-Chemie, Bericht über die Aktivitäten der türkischen Faschisten im Ausland).

Am 1. Mai 1978 kam Türkeş in Begleitung von Murat Bayrak (der nach Titos Sieg in Jugoslawien zum Tode verurteilt wurde und in die Türkei geflohen war) in die BRD.

Es fand zuerst ein geheimes Treffen zwischen Strauß und Türkeş statt, das von der CSU als ein "reiner Informationsaustausch" bezeichnet wurde. Weiterhin nahm Türkeş an den Feierlichkeiten anläßlich des Todestages von Adolf Hitler teil.

Mit diesem Besuch gab er den Auftakt für die weitere Ausdehnung seiner Organisationen und verstärkten blutigen Angriffen. Um dies realisieren zu können, bemühte er sich um Rückendeckung bei den BRD-Politikern, vor allem in den Reihen der CDU/CSU.

Europäische Zusammenrottung

1 1/2 Monate später, am 17./18. Juni, kamen 64 türkische faschistische Organisationen aus der BRD, Belgien, Holland und Frankreich zusammen, um eine europäische Föderation zu gründen. Dies bedeutete die Sammlung und Stärkung der türkischen Faschisten in Europa.

Bei seinem zweiten Besuch, am 28.10.78, kam Türkeş zuerst nach Westberlin. An der Veranstaltung in der "Neuen Welt" nahm, wie o.g., auch Herr Lindemann teil.

Der Auftritt von Türkeş in der Dortmunder "Westfalenhalle" war eine Machtdemonstration der türkischen Faschisten. (Siehe auch TÜRKKEI HEUTE vom Januar 1979).

Die DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" schrieb dazu:

"Die Dortmunder Kraftprobe der Faschisten mit 8000 Leuten sollte eine ernsthafte Warnung sein für die Verantwortlichen der BRD."

Drei Monate später, am 4.2.79, kamen im hessischen Schwarzenborn rund 500 Delegierte von 108 faschistischen Organisationen zusammen. Dies war die erste Mitgliederversammlung der "Föderation der türkischen Idealistenvereine in Europa."

Messer, Ketten und Eisenstangen

Seit dem ersten Türkeş-Besuch haben die Angriffe und Gewaltakte der Grauen Wölfe erheblich zugenommen. Zur Zeit werden aktive Gewerkschafter und demokratische Türken bedroht, zusammengeschlagen und auch ermordet.

In Nordstedt/Hamburg wurde das Gewerkschaftsmitglied Neset Danis ermordet.

Vor einem Jahr wurde in Köln ein Arbeiter während einer Veranstaltung getötet.

Im Februar 1978 wurde der Arbeiter Nevzat Erkan in Recklinghausen ermordet.

Am 7.3.79 wurde in Dillenburg ein Sozialarbeiter der Arbeiterwohlfaht durch mehrere Messerstiche verletzt und mit Eisenstangen geschlagen.

In derselben Nacht wurde ein Vereinslokal von FIDEF in Hildesheim beschossen.

In Westberlin wurden die Fensterscheiben der Räume des türkischen Jugendverbandes mehrmals von Grauen Wölfen zerschlagen.

Am 4.4. wurden die Fensterscheiben des "Türkischen Vereins progressiver Volkseinheit" (HDB) in der Oranienstr. zerschlagen.

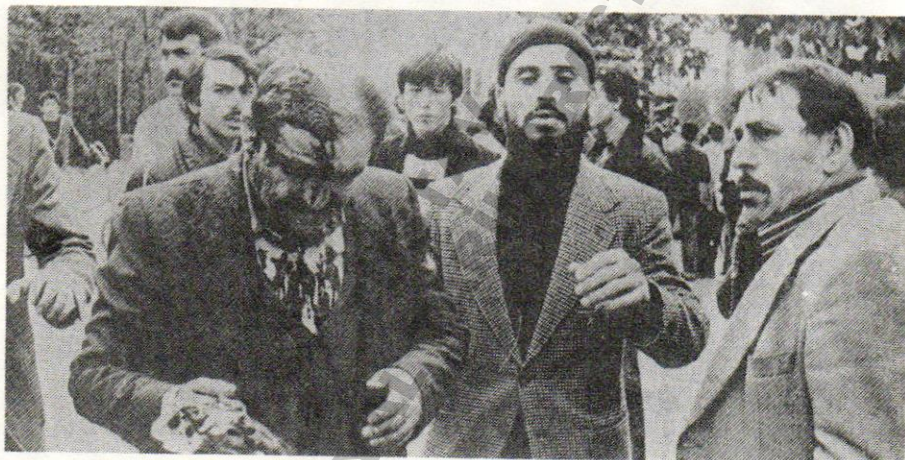
Am 3.4. wurde auf das Vereinslokal des "Arbeiter-Kultur und Solidaritätsverein" 7 mal geschossen.

Am 4.5. organisierten Graue Wölfe und fanatische islamische Gruppen einen blutigen Überfall auf türkische demokratische Flugblattverteiler am Kottbusser Damm. Ca. 80 Gewalttäter griffen mit Messern, Ketten und Eisenstangen die Flugblattverteiler

an. Viele von ihnen wurden verletzt, auch einige Passanten wurden verletzt.

Auf einer Veranstaltung am 15.5.79 in der Westberliner "Neuen Welt" hetzte der Vize-Präsident der "Gerechtigkeitspartei" AP, Ali Naili Erdem - im türkischen Parlament und in der Öffentlichkeit als Kommando Naili bekannt - die Grauen Wölfe auf. Daraufhin kam es zu einer blutigen Schlägerei zwischen fanatischen islamischen Gruppen und den Grauen Wölfen. Dabei fielen Schüsse und viele wurden verletzt. Einige wurden verhaftet.

An o.g. Veranstaltung in der "Neuen Welt" nahm auch der bereits erwähnte Herr Lindemann teil.



BLUTIGE SCHLÄGEREI DER FASCHISTEN IN DER WEST-BERLINER "NEUEN WELT".

Angriff auf den WDR

Am 20.5.79 rief die "Föderation der türkischen, demokratischen, idealistischen Arbeitervereine" zu einer Protestdemonstration gegen die Ecevit-Regierung und den Westdeutschen Rundfunk/Köln auf.

10 000 Faschisten demonstrierten in militärischer Manier, wobei ihnen auch ausdrücklich das Rauchen und Kaugummi kauen verboten wurde.

Die Losungen dieser Kölner Demonstration lauteten:
"Graue Wölfe kommen - Kommunisten raus aus dem WDR".



FASCHISTISCHE DEMONSTRATION GEGEN DEN WDR: SIE MARSCHIERTEN WIE IN EINER MILITÄR-PARADE.

Es ist bekannt, daß viele Demokraten im WDR mehrmals von Grauen Wölfen bedroht wurden.

Demokraten protestieren

Die "Frankfurter Rundschau" meldete am 20.5.79:

"Die Demonstration war zunächst, ebenso wie eine von den Jungsozialisten angemeldete Gegendemonstration, vom Kölner Polizeipräsidenten verboten worden. Das Kölner Verwaltungsgericht hob das Verbot gegen die Türkei-Demonstration auf, während das Verbot gegen die Jusos-Kundgebung bestehen blieb."

Diese Gegendemonstration hatten FIDEF (Föderation der türkischen Arbeiter in der BRD) und die Jusos gemeinsam beantragt.

Diese Haltung des Kölner Verwaltungsgerichts ist eine Fortsetzung der stillschweigenden Duldung der BRD-Verantwortlichen gegenüber den türkischen faschistischen Ausschreitungen.

Die faschistische Bedrohung, die diese Dimensionen angenommen hat, darf nicht unterschätzt und verharmlost werden. Was Faschismus bedeutet, das wissen gerade die demokratischen Kräfte dieses Landes.

Die faschistischen Ausschreitungen bilden eine unmittelbare Gefahr für alle Demokraten in der BRD.

Am 30.5.79 demonstrierten der DGB, die Jusos/Köln, FIDEF und die "Föderation der progressiven Volkseinheit" (THDF) gemeinsam in Köln. An dieser Gegendemonstration wies der FIDEF-Vorsitzende Hasan Özcan in seiner Rede auf den Zusammenhang zwischen der MHP und den Idealenvereinen in Europa hin. Er wandte sich an die Verantwortlichen der BRD:

"Wir machen die deutschen Behörden darauf aufmerksam: unser Leben ist in Gefahr. In Kahlen, Krefeld wurden unsere Frauen, Kinder und Mädchen von Faschisten angegriffen. Solange die faschistischen Organisationen nicht verboten werden und solange die Faschisten aus der BRD nicht ausgewiesen werden, kann diese Gefahr nicht gebannt werden."

Alle Redner, darunter der Juso-Vorsitzende Andreas Huseler, der Vorsitzende des DGB/Kreis Köln Dieter Blumenberg und der Generalsekretär der THDF Eran Korakas forderten das Verbot der MHP und ihrer Tarnorganisationen in der BRD und die Ausweisung aller Faschisten.

Die 4000 Teilnehmer riefen immer wieder: "Mörder Türkeş - Kein Durchkommen dem Faschismus".

* * *

Prozeß gegen Massenmörder

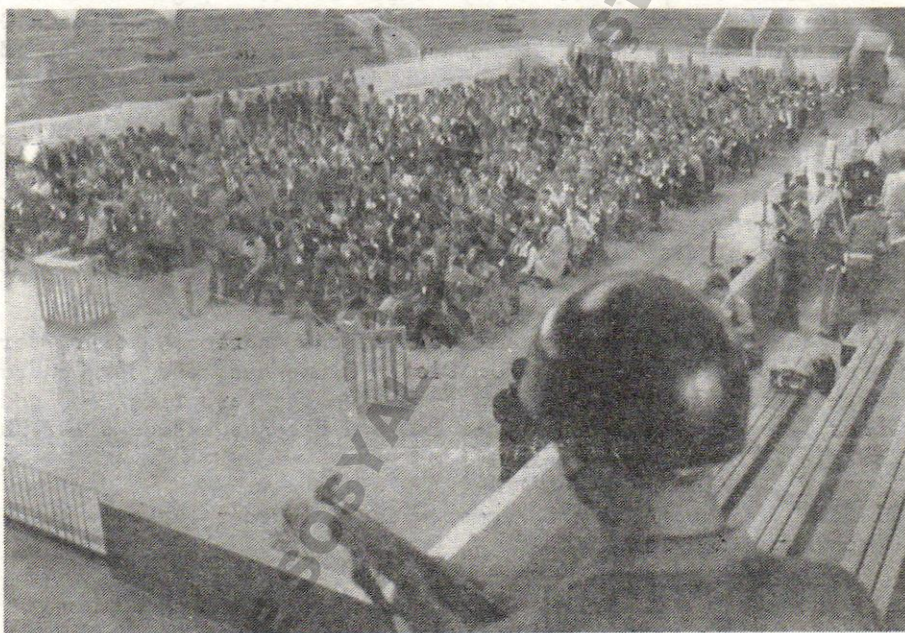
Der Prozeß gegen die Urheber des Massenmordes in Kahramanmaraş hat am 4. Juni 1979 in der südanatolischen Stadt Adana angefangen. Bei dem blutigen Massaker vom 23. bis

25. Dezember 1978 fielen 111 Kinder, Frauen, Männer den faschistischen Mordbanden zum Opfer.

(siehe TÜRKEI-HEUTE, Februar 79)

In der Anklageschrift wird als Urheber des Bombenattentates am 19.12.78 auf ein Kino, in dem ein rechtspropagandistische Film vorgeführt wurde, u.a. die 1. und 2. Vorsitzende der "Idealisten Gemeinschaft" Mehmet Leblebici bzw. Mustafa Kanlidere und Ökkes Kenger sowie Yunus Ilhan genannt.

Es wird Todesstrafe für 330 der 803 Angeklagten gefordert. (Wir berichten darüber ausführlich in der nächsten Ausgabe.)



803 ANGEKLAGTE DES K. MARAS-MASSAKERS IN EINER SPORTHALLE.
DIE EIGENTLICHEN ANSTIFTER AUF FREIEM FUß!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV



ÜBER 4000 TÜRKISCHE UND DEUTSCHE DEMOKRATEN PROTESTIERTEN
BEI EINER DEMONSTRATION IN KÖLN GEGEN ERHÖHTE AKTIVITÄTEN
DER FASCHISTISCHEN "GRAUEN WÖLFE"

IMPRESSUM

Herausgeber... : TBÖK, Gartenstr.96, 6000 Frankfurt/M, 70

Druck : Eigendruck, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Bestellung u. Schriftwechsel: TT0, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Konto Nr. : 239 398-109 Postscheckamt Berlin - West

TÜRKER HEUTE erscheint monatlich

TÜRKİYE BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Committee for Peace and Freedom

Comitee Europeen des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşiti û Rîzgari Tîrkiye

juli- august 79



TÜRKİ HEUTE



Frauen der Türkei gegen Faschismus

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

----- INHALT -----

U-2 KRISE UND DIE REALITÄT.....	1
Solidarität der Friedenskräfte.....	2
DRUCK DER GROSSBOURGEOISIE	4
Demirel's Krisenstrategie.....	6
Abgeordnetenmarkt im Parlament.....	6
Kriegsrecht verlängert.....	10
Praktiken des Kriegsrechts.....	11
Stellungnahme der KPdT.....	13
Dialog mit wem?.....	14
Bilanz des politischen Terrors.....	15
DIE FASCHISTISCHE ESKALATION HÄLT AN.....	17
"Schlagt die Abtrünnigen tot".....	17
MHP und MIT-Agenten.....	20
PROZESS GEGEN MASSENMÖRDER.....	22
Idealistenvereine als Urheber des Massakers.....	22
MHP übernimmt die Verteidigung.....	24
"GRAUE WÖLFE" IM AUSLAND AKTIVER.....	25
"Tercüman", "Anadolu" und Heroinhändler.....	26
FRIEDENSKRÄFTE DEMONSTRIERTEN.....	27
Streik der Chemie-Arbeiter.....	28
"IKD darf nicht verboten werden"	30
Protestkundgebung in Westberlin.....	31
IWF ERZWINGT DIE KAPITULATION.....	32
Neue Welle der Preiserhöhungen.....	33
Kaputtiluierende Absichtserklärung.....	35
1978 GOLDENES JAHR DER UNTERNEHMER.....	35
FESTE DER SOLIDARITÄT.....	38

„U 2-Krise und die Realität“

Von Mahmut Dikerdem, Präsident der "Friedensgesellschaft der Türkei" (Barış Dernegi), veröffentlicht in Politika, vom 21.6.79.

„Die Diskussion über die Spionageflüge der U 2 erregten in der türkischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit und machte es möglich, daß die Bevölkerung die Widersprüchlichkeit der türkischen Außenpolitik und die Dimensionen der äußeren Abhängigkeit erkennen konnte.

Die Abhängigkeit der Ratifizierung des Salt II-Abkommens durch den US-Senat von der Erlaubnis für die U 2-Flüge seitens der türkischen Regierung, stieß in der Türkei auf heftige Reaktionen.

Der offiziellen Haltung Ministerpräsident Ecevit entsprechend sollten sich die USA und die UdSSR über diesen Konflikt einigen und dann diesbezügliche Anträge an die türkische Regierung stellen. Der Ministerpräsident deutete in seiner Erklärung an, daß "die Türkei für Frieden und Entspannung die U 2-Flüge ermöglichen könnte."

Auf den ersten Blick scheint diese Haltung der Sicherung des Friedens und der Entspannung entgegenzukommen und sich nicht gegen die Prinzipien der nationalen Verteidigung zu richten, was jedoch aus verschiedenen Gesichtspunkten heraus falsch und gefährlich ist.

Wie bereits am 4.6.79 von Ayşe Dicleli und am 5.6.79 von Hüseyin Baş in "Politika" festgestellt wurde, ist die Übertragung der Entscheidung über die U 2-Flüge auf andere Staaten nicht vereinbar mit der Souveränität und Unabhängigkeit eines Staates, denn diese Entscheidung kann nur von türkischen Behörden gefällt werden.

Außerdem bringt Ecevit die U 2-Spionageflüge, die nur für die USA von Wichtigkeit sind, und das Salt II-Abkommen, das für die gesamte Menschheit große Bedeutung hat, zusammen. Kurz gesagt: Die Forderung der USA gegenüber der Türkei stellt einen außerordentlichen Druck dar und hat nichts mit Frieden und Entspannung zu tun!

Interessant war die Reaktion von Oppositionsführer Demirel. Er stellte sich gegen die U 2-Flüge und stellte fest, daß eine Erlaubnis die Türkei in eine "gefährliche Situation" bringe. Diese

Reaktion Demirels klingt so patriotisch, daß man Tränen vergießen könnte.

Aber die Antwort auf die Frage steht aus, ob die US-Militärbasen und nuklearen Waffen, die hauptsächlich in der Regierungsperiode Demirels stationiert wurden, die Türkei nicht auch in eine gefährliche Situation gebracht haben und ob es nur die U-2-Flüge tun?

Die interessanteste Haltung gegenüber der U 2 dokumentierte der Senator und Schriftsteller Metin Toker, die am 3.6.79 in der Tageszeitung "Hürriyet" veröffentlicht wurde: "Daß wir in einen Engpaß gedrängt werden, nur weil Carter das Salt II-Abkommen vom US-Senat ratifiziert durchbringen möchte, ist für uns nicht zu fassen und nicht zu akzeptieren."

Bedauerlicherweise verteidigt Herr Toker seine Meinung nicht, weil die U 2-Flüge verboten werden sollten, sondern weil dieser Konflikt bei den Verhandlungen des türkisch-amerikanischen Abkommens über Verteidigung und Zusammenarbeit ausgenutzt werden soll.

Seine Meinung dazu: "Es ist natürlich, daß die U 2-Flüge in diesem Rahmen genutzt werden können, weil die US-Militärbasen in unserem Land prinzipiell einen Beitrag zum Frieden leisten."

Hier erkennt man den Kern des Problems. Denn wenn man davon ausgeht, daß die US-Militärbasen einen Beitrag zum Frieden leisten, dann kann man auch die U 2-Flüge erlauben. Die U 2 sind nämlich Bestandteil der US-Militärbasen. Wenn man bedenkt, daß die Türkei auf der NATO-Tagung vor einigen Monaten in Brüssel, an der Stationierung der AWACS in Konya (ein Überwachungssystem aus der Luft) interessiert war, dann ist zu verstehen, daß die Gefahr durch die U 2 nicht als groß erachtet wird.

Und selbst Metin Toker empfiehlt: "Das Verhältnis der Risiken von U 2 für die Türkei zu den Vorteilen für die USA können Experten berechnen und für die türkisch-amerikanischen Verhandlungen ausnutzen. Dies kann man machen, da die Amerikaner an solche Verhandlungen gewöhnt sind. Jedoch mit einer Bedingung: nur wenn die US-Militärbasen in der Türkei eine Hilfe, einen Beitrag für den Weltfrieden und die Entspannung leisten."

Aber die Realität, die sowohl von der Ecevit-Regierung als auch von den vorherigen Regierungen vor dem Volk verschleiert wurde, ist, daß NATO und US-Militärstützpunkte nicht dem Frieden und der Entspannung dienen, sondern das sie ein Element zu dauerhaften Destabilisation im Nahen Osten sind.

In der Vergangenheit wurden diese Militärstützpunkte gegen die arabischen Länder eingesetzt. Solche Initiativen beunruhigten unsere Nachbarstaaten und die arabische Welt, sie führten zur Isolation der Türkei in dieser Region.

Der Beitrag der Türkei für Frieden und Entspannung

Seit der Helsinki-Konferenz ist die Bedeutung des Begriffs Entspannung deutlich geworden. Die Entspannungsphase ist nicht länger ein militärischer Pakt der Kalten-Kriegs-Periode, sondern ein Fortschritt zur Vertiefung und Stabilisierung der Abrüstung. Anders zu denken ist nur ein Vorwand, um die Rolle als US- und NATO-Gendarm im Nahen Osten zu übernehmen.

Die U 2-Krise verdeutlicht nochmals die Tatsache, daß NATO- und US-Militärbasen in unserem Land eine Kapitulation unserer nationalen Sicherheit und nationalen Wirtschaft gegenüber dem Imperialismus verursacht haben."

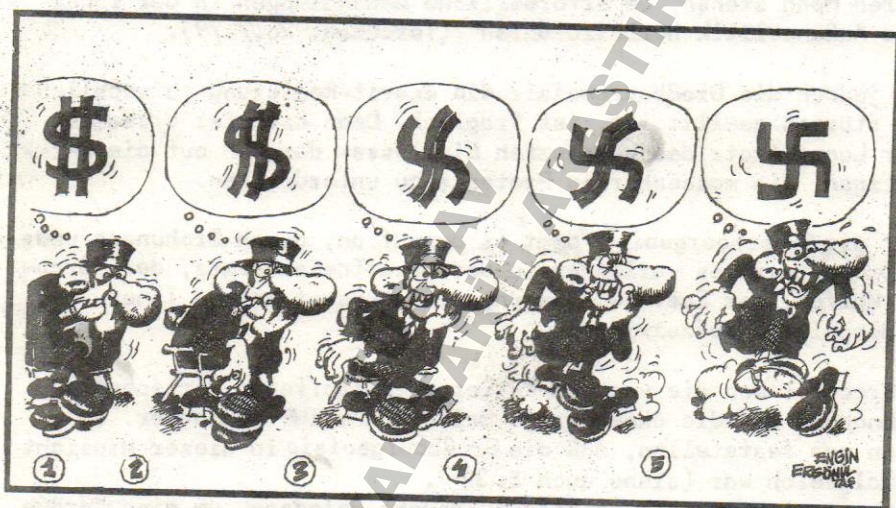
Solidarität der Friedenskräfte

Eine zehnköpfige Delegation der "Friedensgesellschaft der Türkei" unter Führung ihres Generalsekretärs Enis Coşkun, hielt sich Anfang Juli dieses Jahres auf Einladung des "Sowjetischen Komitees zur Verteidigung des Friedens" in der Sowjetunion auf.

Die Delegation tauschte Erfahrungen mit verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen aus, darunter mit dem "Komitee für Afro-Asiatische Völkersolidarität" und mit dem Institut für Orientalistik an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Die Delegation wurde auch vom Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR zu einem Gespräch empfangen.

Anlässlich dieses Besuches haben die Friedensgesellschaft der Türkei und das Sowjetische Komitee zur Verteidigung des Friedens eine Erklärung herausgegeben, in der unterstrichen wird, daß beide Seiten gleicher Meinung sind darüber, daß die Solidarität mit dem Volk Vietnams fortgesetzt, eine friedliche und gerechte Lösung für die Probleme des Nahen Ostens und Zyperns gefunden werden muß. Weiterhin wurde darin der Aufruf des Weltfriedensrates zur Solidarität mit dem Volk Afghanistans unterstützt und das Recht des nikaraguanischen Volkes auf Selbstbestimmung betont.

Druck der Großbourgeoisie



(AUS DER GEWERKSCHAFTSZEITUNG MADEN-IS, vom 15.4.79)

Die groß angelegten Angriffe seitens der AP, MSP und MSP auf die CHP- dominierte Regierung hielten auch den Monat Juni hindurch an. Die AP beschuldigte in einer Erklärung sogar den Staatspräsidenten Korutürk, "das Leben der Regierung verlängern zu wollen" (Politika, 4.6.79).

Gegen diese Beschuldigung reagierten Korutürk sowie Ministerpräsident Ecevit äußerst scharf und warfen ihrerseits der AP vor, "in Zusammenarbeit mit dem Großkapital die Regierung...stürzen" zu wollen (Politika, 4.6.79).

Dieser Vorwurf fand seine Bestätigung in einer Stellungnahme des Großunternehmers und Vorsitzenden der Sabancı-Holdinggesellschaft, Sabancı, der sich vor allem für die IWF-Forderungen stark machte

und erklärte: "Wir werden zur Besinnung kommen und eine Regierung bilden lassen, die die Probleme lösen wird" (Politika, 4.6.). Damit meint er natürlich nichts anderes als die Lösung der Probleme des Großkapitals, deren uneingeschränkte Profitinteressen durch Rohstoff- und Devisenmangel negativ beeinflusst werden.

Auch Rahmi Koç, ein Vertreter der kollaborierenden Bourgeoisie und Vorsitzender der größten Holdinggesellschaft - der Koç-Holding - schrieb in der US-Zeitschrift "Leader": "Wir Türken werden eine richtige Regierung und richtige Führer wählen und unseren Mann stehen, um erforderliche Umwandlungen in der Innen- und Außenpolitik herbeizuführen" (Tercüman, 23.7.79).

Ob jedoch die Großbourgeoisie die Ecevit-Regierung tatsächlich zu stürzen gewillt ist, ist fraglich. Denn noch ist diese in der Lage, trotz des begrenzten Einflusses der CHP auf die Werktätigen, die massenhaften Proteste zu unterdrücken.

Für die Grossbourgeoisie kommt es darauf an, durch Drohungen und Terrorakte ihres verlängerten und bewaffneten Armes, der "Grauen Wölfe", der Ecevit-Regierung eine äußerst rechte Innen- und Außenpolitik aufzuzwingen.

Betrachtet man die von der Regierung getroffenen Wirtschaftsmaßnahmen und die ohnmächtige Haltung dem IWF gegenüber, so kann man feststellen, daß die Großbourgeoisie in dieser Hinsicht erfolgreich war (siehe auch S. 32). Denn sonst hätte sie nichts unversucht gelassen, um eine "große Koalition" zwischen der CHP und AP zu erzwingen.

Gerade in diesem Punkt wären die türkischen Kollaborateure nicht allein. So setzte sich selbst der niedersächsische Finanzminister Leisler-Kiep, der nur der Türkei zuliebe (!) durch die ganze Welt reiste und sein Bestes gab für die Festigung der Bindungen der Türkei an die internationalen Finanzmächte, für eine "Große Koalition" ein:

"Wären wir mit einer solchen Lage konfrontiert, so würden wir uns ernsthafte Gedanken über eine große Koalition machen", empfahl er seinen türkischen Kollegen (Cumhuriyet, 6.6.79).

Diese und ähnliche Angriffe der reaktionär-faschistischen Kreise, nicht zuletzt auf die Regierung, verschärften sich besonders seit Mitte Juni, da das türkische Parlament ab 3. Juli in eine lange Sommerpause treten wird, in diesem Jahr sogar drei Monate.

Nachdem Staatsminister Hilmi İsguzar unter Druck einer parlamentarischen Anfrage am 8.6.79 zurücktreten mußte, kündigte Demirel den weiteren Kampf mit den Worten an: "Wir werden der Regierung den entscheidenden Schlag versetzen. Die Ohrfeige, die wir ihr versetzen, wird von Indien, von China zu hören sein" (Cumhuriyet, 7.6.79).

Der Rücktritt İsguzars war jedoch eine Enttäuschung für Demirel, denn die Parlamentsdebatte über diese Anfrage und die Abstimmung als Vertrauensabstimmung, die den Sturz der Regierung zur Folge haben sollte, zog diese Konsequenz nicht nach sich.

Demirel's „Krisenstrategie“

Über die Politik Demirels schrieb der Kolumnist Ugur Mumcu in "Cumhuriyet" am 8.6.79:

"Zunächst sei die Methode Demirels benannt: 'Krisenstrategie'. Diese Krisenstrategie verfolgt das Ziel, unter Mißbrauch strittiger Themen im politischen Leben Spannungen hervorzurufen. Demirel hält es für angebracht, für die Teilwahlen für 1/3 der Mitglieder des Senats, die im Herbst stattfinden werden, eine Atmosphäre der Spannungen zu schaffen. Wenn nämlich die AP bei diesen Wahlen gut abschneidet, dann wird sie sehr bald Forderungen nach Neuwahlen durchzusetzen versuchen."

Abgeordnetenmarkt im Parlament

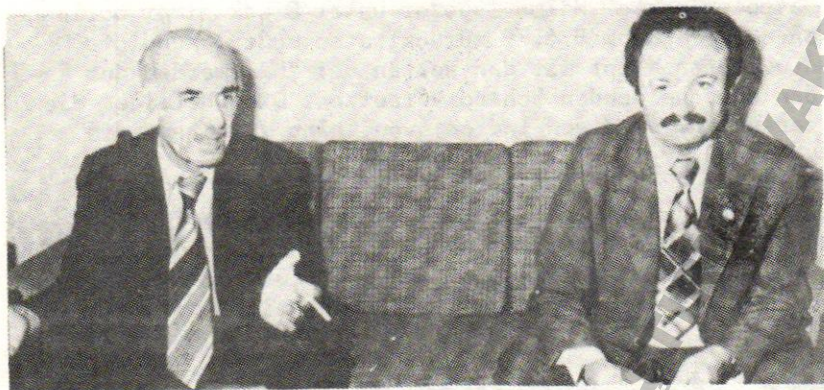
Dem Rücktritt İsguzar's folgten weitere parlamentarische Anfragen seitens der AP und MHP gegen Regierungsmitglieder, die damit zum Rücktritt gezwungen werden sollten.

Am 16.Juni erklärte der CHP-Abgeordnete Ahmet Karahan seinen Rücktritt und schloß sich der AP an.

Ihm folgte am 18.Juni der Staatsminister Ali Rıza Septioğlu.

Am 19.Juni kehrte der derzeit unabhängige Abgeordnete Yıldırım zum dritten Mal in die CHP zurück.

Am 21.Juni schlossen sich die Abgeordneten Cengiz und Musaoglu, die kürzlich aus der CHP austraten, der AP an.



CHP-ABGEORDNETEN REKİP ADİBELLİ UND KİLİC SORGUCU. IHNEN WURDE VON DEN AP-KREISEN ANGEBOten, IHR KÖRPERGEWICHT GEGEN GOLD AUFZUWIEGEN, WENN SIE IN DIE AP ÜBERWECHSELN WÜRDEN.

Dieser häufige Parteienwechsel der Abgeordneten ist typisch für bürgerliche Parlamente in der Krise, ganz besonders jedoch für das türkische.

Blickt man auf die jüngste Vergangenheit zurück, kann man zahlreiche Beispiele für diese Erscheinung innerhalb des türkischen Parlaments feststellen.

In einem Bericht der Tageszeitung "Politika" vom 17.6.79 heißt es dazu:

"Seit den Wahlen 1977 sind 21 Abgeordnete aus den Parteien ausgetreten. 5 aus der CHP, 14 aus der AP, 1 aus der CGP und 1 aus der MHP. In diesen Zahlen sind diejenigen ausgenommen, die zunächst aus ihren Parteien austraten und dann wieder zurückkehrten, mit der Begründung, sie hätten entweder die 'durchgemachte Krise' überstanden, oder sie hätten erhalten, was sie von ihren Parteien erhofft hatten."

In einem Artikel der Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 2. und 3.7. stand unter der Überschrift "91 Parlamentarier haben 1 bis 4 mal ihre Partei gewechselt":

"Es ist festgestellt worden, daß z.Zt. 74 Abgeordnete und 17 Senatoren ihr politisches Leben in einer anderen Partei führen, als in der, in der sie gewählt wurden."

Diese Praxis ist seit eh und je Merkmal des türkischen Parlaments. Demirel z.B. veranlaßte im Herbst '74 über 40 Mitglie-

der der Nationalen Heilspartei (MSP) Erbakans mittels Bestechung und Versprechungen auf Ministerposten, in seine Partei, die AP, überzuwechseln. Damit hatte er die absolute Mehrheit für die Bildung der Nationalistischen Front (MC). Besonders in den Reihen der CHP löste dies heftige Proteste hervor. CHP-Vorsitzender Ecevit wies damals daraufhin, daß im Parlament "ehrliche Männer ohne Spielschulden" schwer zu finden seien. Diese Aussage bezog sich auf einige Parlamentarier, die aufgrund ihrer hohen Spielschulden bestechlich geworden waren.



AP-VORSTZENDER DEMIREL. VON SEINER "KRISSENSTRATEGIE" HERAUS DROHT ER DIE REGIERUNG, ER WÜRDIE DIESSE "ILLEGALE" REGIERUNG SPÄTESTENS GLEICH NACH DEN TEILWAHLEN AM 14. OKTOBER d.J. STÜRZEN.

Nach vier Jahren, Anfang '78, zog nun die CHP Lehren aus dieser Praxis und zog 11 Abgeordnete der AP ab für ihre eigene Regierungsbildung. Ausnahmslos alle erhielten Ministerposten. Diesmal war es Demirel, der heftig protestierte und gleichzeitig Gegenmaßnahmen einleitete, die diese Abgeordneten schließlich bewogen, zurückzutreten.

Metin Musaoglu, der zusammen mit Eşref Cengiz am 21. Juni offiziell in die AP aufgenommen wurden, nachdem sie zwei Monate zuvor die CHP verlassen hatten, schildert seinen Fall folgendermaßen:

"Es war wie in einem Western. Cengiz hielt sich in Diyarbakır auf und wollte gestern nach Ankara zurückfliegen. Vorher rief

ermich an. Ich sollte ihn mit einem Wagen abholen. Nanu, was sehe ich dort? Gruppen von CHP und AP-Leuten waren dort. Das Flugzeug landete. Eşref Cengiz erschien am Ausgang. Die beiden Gruppen wollten ihn einkreisen. Zwischen beiden Gruppen gab ich ihm rasch meine Hand und sagte, komm Eşref, ich fahre dich. Ich nahm ihn in meinem Wagen mit. Dann fuhren wir in die Wohnung Süleymans Bey's (Demirel). Dort traten wir zeremoniell in die AP ein. Unsere Zeugen waren Cevheri und Hüseyin Özalp." (Politika, 23.6.79).

Für einige Abgeordnete waren die finanziellen Angebote offensichtlich nicht befriedigend.

Am 24.6.79 erklärten die CHP-Abgeordneten Bekir Adıbelli und Kılıç Sorgucu, daß ihnen AP-Kreise, vor allem Juwelierhändler angeboten hätten, ihr Körpergewicht gegen Gold aufzuwiegen, wenn sie in die AP überwechseln würden (Politika, 25.6.79).

Zu den Vorwürfen, sie hätten wegen materieller Vorteile übergewechselt, äußerten sich die beiden Überläufer folgendermaßen:

Eşref Cengiz: "Ich bin sehr reich. Ich besitze mindestens 10 Traktoren und 50 Wohnappartements."

Metin Musaoglu: "Ich bin Millionär." (Politika, 25.6.79)

Der Minister für Zoll- und Monopolwesen, Mataracı, verteilte an Pressevertreter ein Dokument mit der handschriftlichen Notiz Demirel's: "Die nächsten Wahlen garantiere ich" (Politika, 21.6.79).

Trotz dieser florierenden Geschäfte auf dem Abgeordnetenmarkt bleibt das labile Gleichgewicht erhalten und die Opposition konnte die Zauberzahl von 226, die absolute Mehrheit, nicht erreichen.

Die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus sah am 26. Juni 1979 so aus:

Regierung

Republikanische Volkspartei (CHP)	210
Unabhängige Minister (Überläufer der AP)	9
Demokratische Partei (DP)	1
Unabhängige, die die Regierung unterstützen	3
	<u>223</u>

Opposition

Gerechtigkeitspartei (AP)	177
Nationale Heilspartei (MSP)	23
Nationalistische Bewegungspartei (MHP)	17
Ordnungspartei (NP)	1
Nationale Vertrauenspartei (CGP)	1
Unabhängige	2

221

nicht besetzt, da verstorben

5

insgesamt

449

plus 1 (Präsident des Abgeordnetenhauses,
ohne Stimmrecht).

Aus Cumhuriyet vom 26.6.79.

Kriegsrecht verlängert

Am 19. Juni nahmen nur 211 Mitglieder des Abgeordnetenhauses an der Sitzung teil. Die Regierung blieb geschlossen der Sitzung fern und verhinderte damit die Abstimmung über eine Anfrage gegen den Minister für Zoll- und Monopolwesen, Mataracı.

Als jedoch die Verlängerung des Kriegsrechts auf der Tagesordnung stand, gleich einen Tag später, am 20. Juli, eilten 571 Mitglieder von insgesamt 632 beider Kammern herbei. Das Kriegsrecht wurde mit 319 gegen 252 Stimmen um weitere zwei Monate verlängert.



STRASSENSZENEN AUS DEM ALLTAG DES KRIEGSRECHTS

Die AP, MHP und MSP stimmten gegen die Verlängerung des Kriegsrechts, aber nicht etwa weil sie grundsätzlich gegen dieses sind, sondern weil sie gegen die Beschränkung des Kriegsrechts auf 19 Provinzen sind.

Die Partei der "Grauen Wölfe", MHP, verlangte sogar mehrmals, alle Zuständigkeiten der Regierung, der Legislative und der Exekutive, dem Kriegsrecht zu übergeben.

Nun wird das Kriegsrecht weitere zwei Monate alle verfassungsmäßig garantierten Grundrechte außer Kraft setzen und weiterhin willkürliche, antidemokratische Maßnahmen durchführen. Wie z.B. die Schließung der Büros des Progressiven Frauenvereins (IKD) (siehe auch S. 30) und das Verbot von Demonstrationen und Streiks.

Vom 20. bis 28. Juni war wieder Ebbe im Parlament. Die Fortsetzung der Tagesordnung war wiederum unmöglich, da die Regierung den Sitzungen fern blieb. Damit wollte sie verhindern, durch Abstimmungen über Anfragen der Opposition gestürzt zu werden.

Am 28. Juni schloßen beide Kammern ihre Tore und traten in die Sommerpause, bis die endgültigen Ergebnisse der Teilwahlen zum Senat am 14. Oktober offiziell bekannt gegeben werden. Knapp 4 Monate also.

Offensichtlich ist die Ecevit-Regierung durch parlamentarische Tricks dem Sturz ausgewichen und hat vorerst die Krise eingefroren.

PRAKTIKEN DES KRIEGSRECHTS

Im Gegenteil zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Ecevit, der versicherte, das Kriegsrecht würde die demokratischen Grundrechte nicht antasten, sieht die Praxis ganz anders aus. Die Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheiten werden mit Füßen getreten. So wurde "Programm der Kommunistischen Partei der Türkei" beschlagnahmt und gegen den URUN-Verlag, der es legal veröffentlichte, Verfahren eingeleitet. Die Zeitschriften URUN, Savaş Yolu und Roja Welat wurden verboten. Alle Büros des Progressiven Frauenvereins (IKD) wurden von der Kriegsrechtsverwaltung ohne jede Begründung geschlossen.



Die Unterdrückungsmassnahmen gegen die kurdische Bevölkerung erreichte unerhörte Dimensionen. Die Presseagentur ISTA meldete am 26. Juni folgendes:

Ostanatolisches Dorf, Gomatomasto: Die Gendarmerie prügelte auf dem Dorfplatz einen Jugendlichen. Seine Mutter wollte dies verhindern. Sie schrien sie und brachten zum Fall. Die hochschwängere Frau erlag später im Krankenhaus an ihren Verletzungen.

Ostanatolisches Dorf, Toraka: Alle Männer des Dorfes mussten nackt ausziehen. Von der Gendarmerie wurden ihre Geschlechtsorgane mit einer Schnur aneinander gebunden. Dann wurden ihre Frauen gezwungen, die Schnur loszubinden. Als sie sich weigerten, wurden sie mit Gewehrkolben und Holzknüppel zusammengeschlagen.

Ostanatolisches Dorf, Celle: Fusssohlen eines kurdischen Jugendlichen wurden stark verprügelt, da er ein Gewehr im Besitz hatte. Er wurde zu spät ins Krankenhaus in der Stadt Bulanik geliefert. Die beiden entzündeten Füsse mussten amputiert werden.

Ostanatolisches Dorf, Mollali: Da er ein Gewehr im Besitz hatte, wurde ein Bauer gezwungen, seinen eigenen Sohn zu prügeln.

Ostanatolisches Dorf, Beycaplun: Als Vergeltung dafür, dass sich ein Deserteur im Dorf aufhielt, wurde ein älterer Bauer ausgewählt und gezwungen zu verraten, wo dieser sich versteckte. Als der alte Mann sich weigerte, wurde er wiederum gezwungen, 3 kg Salzwasser zu trinken. Er musste ins Krankenhaus geliefert werden.

Dabei handelte es sich ausschliesslich um kurdische Dörfer.



EINE KURDISCHE FRAU WIRD VON DER GENDARMERIE VERSCHLEPPT.

Ist Demirel ein Antiimperialist geworden?

In einer Presseerklärung am 16. Juni sagte Demirel: "Die Wiedereröffnung der USA-Stützpunkte zu wollen heißt, die Verteidigungskosten um 1,5 Mrd. Dollar zu erhöhen." (Cumhuriyet, 17.6.79).

Ist Demirel etwa gegen die US-Militärbasen oder gar gegen den USA-Imperialismus überhaupt? Beileibe nicht!

Er selbst hatte mehrfach erklärt, daß die AP die Nachfolgepartei der ehemaligen Demokratischen Partei sei, deren Vorsitzender Menderes in den fünfziger Jahren die Türkei in die NATO eingliederte und die ersten bilateralen Abkommen mit der USA unterschrieb.

Die ersten Spionageflüge der U 2 vom türkischen Luftraum aus in die Sowjetunion, wurden in der Amtszeit Demirels 1960 unternommen. Auch er unterschrieb mehrere bilaterale Abkommen über Stationierung und Erweiterung der US-Militärbasen auf dem Territorium der Türkei. Seit eh und jeh setzte er sich konsequent für die Interessen der US-Firmen ein, z.B. der Fa. Morrison, deren Vertreter in der Türkei er seinerzeit persönlich war.

Zu seiner "Krisenstrategie" gehört jedoch eine scheinbare Opposition gegenüber den Militärbasen, womit er sich die Unterstützung breiterer Bevölkerungsschichten erhofft, die sich der Unterdrückung und Einmischung seitens der USA widersetzen.

Da die Ecevit-Regierung gegenüber den USA und den internationalen Monopolen eine Politik des Nachgebens praktiziert, ganz wie vorher Demirel, versucht nun Demirel seinerseits diese Politik für seine Ziel auszunutzen.

Seine Äußerung: "Die U 2 Spionageflugzeuge würden die Türkei vor Kanonen stellen" sind die Fortsetzung eben dieser Politik.

Der Generalstabschef Evren äußerte sich nach einer Rundreise durch die USA und Kanada zu diesem Problem:

"Auch für 150 Mio., geschweige denn 50 Mio. Dollars würden wir weitere Konzessionen machen. Unter den derzeitigen Bedingungen ist es für uns unmöglich, die U 2-Flüge im türkischen Luftraum zu gestatten." (Politika, 24.6.79).

Stellungnahme der KPdT

Dazu heißt es im Informationsbulletin der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) "Durum" vom 1. Juli '79:

"Der Widerstand des werktätigen Volkes der Türkei gegen den USA-

Imperialismus, gegen die NATO, hat einen Einfluß auf die patriotischen Offiziere und Soldaten in der Armee. 'Uns ist es unmöglich, die U 2-Flüge zu genehmigen'. Diese Worte des Generalstabschefs, Kenan Evren, die am 24. Juni in den Zeitungen standen, sind kein bloßes taktisches Manöver, sondern die Folgen des antiimperialistischen Drucks der patriotischen Kräfte innerhalb der Armee. Die Worte von Evren wurden mit großer Aufmerksamkeit empfangen. Vom USA-Außenministerium verlautete: 'Wir erwarten eine Erklärung, um zu erfahren, von welchen Voraussetzungen ausgehend diese Äußerung in der Türkei abgegeben worden ist'. Währenddessen begrüßte der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für Außenbeziehungen diese Äußerung und teilte die Meinung, 'daß die U 2-Flüge im türkischen Luftraum hinsichtlich unserer Sicherheit bedenklich ist'. Der Ministerpräsident Ecevit teilte mit, daß auch die Regierung dieselbe Meinung wie Generalstabschef Evren vertritt.

All diese Entwicklungen sind Beweise dafür, daß der antiimperialistische Kampf in unserem Land große Dimensionen erreicht hat und der Widerstand unseres Volkes gegen den Imperialismus die Armee- und Regierungskreise unter Druck setzt."

Dialog mit wem?

Am 2. Juli rief der Staatspräsident Korutürk alle Parteien auf, den Dialog miteinander wieder aufzunehmen. Er sagte u.a.: "Gute Beziehungen und der Dialog sind eine Frage der Existenz oder Nichtexistenz geworden...für die Sicherung der freiheitlich demokratischen Ordnung müssen alle politischen Parteien wenigstens ein allgemeines Verständnis zeigen." (Cumhuriyet, 3.7.79)

Am nächsten Tag erklärte Ecevit seine Bereitschaft zum Dialog mit anderen Parteien.

Der Führer der "Grauen Wölfe", Türkeş, war von vorn herein zu diesem Dialog bereit, erhoffte er sich doch dadurch die Rehabilitierung seiner kriminellen Partei, der MHP und der "Grauen Wölfe", die durch unzählige bewiesene Morde die berechnete Empörung der Bevölkerung ausgelöst hatten.

Demirel dagegen spielte da nicht mit, da er diese Regierung für "illegal" hält und davon ausgeht, diese durch Bestechung von Abgeordneten sowie mit Hilfe der Terrorwelle rechtsextremistischer Mordbanden stürzen kann.

Bilanz des politischen Terrors (Juni 79)

Die Anzahl und Namen der ermordeten Menschen im Monat Juni 79. Die Angaben sind nach den Meldungen der Tageszeitungen; "Hürriyet", "Politika", "Milliyet" und "Tercüman" zusammengestellt.

- 1.Juni : In Kayseri 2 irakische Studenten M.Ş.Sait und T.S.Izzettin, in Istanbul M.Çataklı und Y.Bal. In Erzurum, Nazilli, Kars, Samsun, Urfa und Bursa; I.Aytaç, A.Dinç, A.Goncu, A.Yılmaz, A.Çelikten und F.Akyıldız.
- 2.Juni : In Ankara Mehmet Ali Sav
- 3.Juni : In Ankara K.Demir, in Adana A.Karakaş
- 4.Juni : In Adana, Gaziantep und Ankara; David Goordmen, K.Ak und Vehbi Öztürk
- 5.Juni : In Balıkesir, Adana und Istanbul; E.Bıyık, M.Name und A. Dağdak, T.Onatça
- 6.Juni : In Bursa Hüseyin Kurtuluş
- 7.Juni : In Uşak Cemil Gün und Serat Tuncer
- 8.Juni : In Diyarbakır Salih Özen und Z.Öner, in Istanbul M.Güler
- 9.Juni : In Istanbul, Afyon, Malatya und Ankara; A.O.Devecioglu, M. Taşmer, N.Yıldırım und Azmi Ustaoglu
- 10.Juni : In Istanbul, Adana und Kars; S.Arsan, S.Yıldırım, A.Ünlü
- 11.Juni : In Istanbul, Manisa, Bandırma, Fatsa und Aydın; Y.Karataş, F.Özler, A.Yıldırım, H.Topal und S.Sevindik, und H.Satılmış
- 12.Juni : In Antalya, Uşak und Ankara; V.Kara, N.Tanrıöver, H.Şenyuva
- 13.Juni : In Istanbul N.Özyağlı, S.Akçan, Y.Atabakan
- 14.Juni : In Istanbul Mehmet Öztürk
- 15.Juni : In Samsun Şaban Eğli, in Bayındır Salih Kaya
- 16.Juni : In Istanbul K.Öte, E.Şeker und S.Yüksel, in Trabzon A.Keleş in Iskenderun Ali Beret
- 17.Juni : In Izmir S.Baskent und H.Aslan, in Samsun F.Özen, B.Arlın, in Mersin Ali Öge
- 18.Juni : In Istanbul Erdoğan Öztürk
- 19.Juni : In Istanbul Kamil Köse, in Ankara Yücel Gürşes
- 20.Juni : In Istanbul Irfan Şimşek und Muzaffer Candogan

- 21.Juni: In Ordu, Fatsa, Trabzon, Eskişehir, Anamur und K.Maras; R. Aksakal, M.Koçak, I.Karadağ, H.Altıngezi, H.Demirbağ und Cemal Demirtaş
- 22.Juni: In Istanbul C.Aslan, H.Sönmez und O.Önel, in Izmir E. Şavlu, in Bursa Ramazan Vatansever
- 23.Juni: In Ankara Mustafa Güneş
- 24.Juni: In Urfa ein nicht identifizierter Mann
- 25.Juni: In Istanbul A.Karaman und S.Tancel, in Çorum E.Gül
- 26.Juni: In Uşak, Ankara und Adana; I.Karagöz, M.Türküne, A.Özbey
- 27.Juni: In Manisa, Izmir, Gaziantep und Urfa; C.Çollu und M. Kuşkuca, T.Karataş, M.Saygıdeğer und R.Gökerhan
- 28.Juni: In Manisa, Ankara, Samsun; H.Çorlu, I.Başar, S.Işın
- 29.Juni: In Manisa, Adana und Istanbul; N.Gülersoy, H.Akdağ und Ayhan Hıncal
- 30.Juni: In Istanbul F.Karadağ und B.Şendilmen, in Antalya Veli Topsarı.

Insgesamt 96 Opfer des faschistischen Terrors im Juni 79.



EINE BANDE DER "GRAUEN WÖLFE", DIE IN MEHRERE WOHNUNGEN IN ISTANBUL EINBRACH UND DABEI DIE FRAUEN VERGEWALTIGTE.

Die faschistische Eskalation hält an

In den letzten zwei Monaten eskalierte einerseits der faschistische Terror, andererseits wurde eine große Panik in den Reihen der faschistischen MHP ausgelöst aufgrund ihr nachgewiesener Mordtaten.

Trotz der inkonsequenten Haltung der Regierung könnte es doch zum Verbot der MHP, oder zumindestens ihrer Tarnorganisationen wie ÜGD (Idealistenvereine) und MISK (Konföderation der nationalistischen Arbeitergewerkschaften) durch das Verfassungsgericht kommen.

„Schlagt die Abtrünnigen tot“

Die Panikstimmung innerhalb der MHP bringt diese Partei in immer größere Schwierigkeiten und der Befehl von Türkeş: "Schlagt die Abtrünnigen tot", wird immer häufiger in die Tat umgesetzt.

Am 25.6.79 wurde der Vorsitzende der MHP-Stadtorganisation in Manisa, Cemil Cöllü erschossen. Die faschistischen Mordbanden terrorisierten nach dem Mord die ganze Stadt und ermordeten die Apothekerin Neşe Gülersoy (Mitglied der IKD, des progressiven Frauenverbandes, sowie der CHP). Noch zwei weitere Menschen fielen dem Terror zum Opfer.

Wie einem Bericht der Tageszeitung "Milliyet" zu entnehmen ist, war der Stadtvorsitzende Cöllü ein "Abtrünniger" und wurde aus diesem Grund erschossen. Am 29.6.79 schrieb sie: "Cöllü hatte vor sechs Monaten versucht, aus der MHP auszutreten. Sein Rücktrittsgesuch wurde jedoch abgelehnt. Vor drei Monaten wurde er von Unbekannten angeschossen, kam jedoch mit Verletzungen davon. Am Parteitag der MHP Mitte Juni hatte er nicht teilgenommen."

Diesmal gelang es den Grauen Wölfen, ihn zu töten.

"Milliyet" schrieb am 25.7.79: "Der ehemalige MHP-Kreisvorsitzende der Provinz Karş, Celal Cilvan, wurde ermordet. Die Polizei fand bei ihm sein Rücktrittsgesuch an die MHP, das am 29.3.79 abgefaßt worden war.

Am 12.6. explodierten im Volkshaus von Bakirköy/Istanbul die Bomben der Grauen Wölfe. Drei Menschen kamen dabei ums Leben.

Der siebenfache Mörder und Mitglied der "Grauen Wölfe", Veli Can Oduncu, beging seinen achten Mord im Gefängnis: er brachte ein Komplizen um. Zuvor hatten beide ein Mitglied der Gewerkschaft Mitglied der Gewerkschaft Maden-Is im Gefängnis um und zwei weitere schwer verletzt. (Politika, 12.6.79)

Anfang Juli wurden 5 von 9 Mitgliedern einer rechtsextremen Bande, die bei ihren Einbrüchen in Istanbul auch Frauen vergewaltigten, festgenommen.

Am 4.7.79 berichtete "Milliyet": "Einer der Bandenmitglieder, Hamdi Altunezen, gab zu, daß er und seine Freunde Ilyas Ekşi (der später tot aufgefunden wurde) und Suat Belen sich als Idealisten verstanden (eine für die Grauen Wölfe übliche Bezeichnung) und beabsichtigten, die erbeuteten Gelder für die Bekämpfung politischer Gegner zu verwenden."

"Politika" berichtete am 10.7.79: "Baki Türk und sein Onkel Adem Türk wurden festgenommen. Baki Türk, der der MHP-Jugendorganisation ÜGD (Idealistenverein) angehört, hatte zusammen mit einem Komplizen einen als fortschrittlich bekannten Jungen entführt und vergewaltigt."

In Kütahya haben Mitglieder der faschistischen, illegalen Organisation "Türkisches Vergeltungsbataillon" acht fortschrittliche Menschen entführt und die ganze Nacht gefoltert. Einer der Entführer, der sich als Bruder des berüchtigten Veli Can Oduncu ausgab, stach mehrmals mit einem Messer in das Bein des Studenten Remzi und saugte mit Vergnügen das aus den Wunden fließende Blut (Politika, 17.6.79).

"Die Mörder des ermordeten Staatsanwaltes Dogan Öz, wurden verhaftet. Die beiden Idealisten - Graue Wölfe - Mehmet Yanterçelik und Hüseyin Kocabaş gaben zu, einen Mord begangen zu haben und Mitglieder der ÜGD sind und in dieser Organisation als illegale Bezirksvorsitzende in Ankara fungieren." (Milliyet, 30.6.79).

Am 10. Juli 79 wurde der Mörder des verantwortlichen Presseredakteurs der liberalen Tageszeitung "Milliyet", Abdi Ipekci, festgenommen.

Der Mörder Mehmet Ali Agva gestand die Mordtat. Am 10. Juli veröffentlichten die Tageszeitungen (außer den rechtsorientierten) sein handschriftlich abgefaßtes Geständnis:



SO SIEHT DER KARIKATURIST, KORAMAN, DEN MÖRDER VON IPEKCI, DEM CHEFREDAKTEUR DER TAGESZEITUNG "MILLİYET" IN DER SPRECHELASE: "ICH HABE EIGENMÄCHTIG GEHANDELT UND IHN GETÖTET".

"Die Pistole, von der ich für den Mord Gebrauch machte, übergab ich Mehmet Şener im Istanbul MHP-Parteibüro" (Milliyet, 13.7.79). Sein Komplize Yavuz Çaylan gestand: "Nach dem Mord fuhrn wir zum MHP-Parteibüro und parkten das Auto vor dem Gebäude. In einem Raum, in dem ein Fernsehapparat stand, saßen Mehmet Şener und Mehmet Ali Agva zusammen. Er gab mir 1.000 Lira" (Milliyet, 13.7.79).

Weiterhin fand die Polizei in der Wohnung von Agva MHP-Poster und zahlreiche Glückwunschtelegramme für den gelungenen Mord.

Dies gefiehl offensichtlich weder Türkeş noch Demirel. Türkeş erklärte: "Das Geständnis von Agva erfolgte unter Folterungen." Demirel meinte: "Wir wünschen nicht, daß die Mordtaten unaufge-

deckt bleiben, aber alles muß im Rahmen der Rechtsnormen geschehen."

Die angeblichen Folterungen wurden von Agva selbst auf einer Pressekonzferenz verneint (Milliyet, 15.7.79).

Karim Ayaydin, der Mörder des Chefredakteurs der Tageszeitung Politika, Ali Ihsan Öz, ist, wie Ministerpräsident Ecevit auf einem Meeting erklärte, Jugendvorsitzender der MHP in Istanbul (Milliyet 28. Juli 79).

MHP und MIT-Agenten

Die nacheinander aufgedeckten Mordtaten und die Beziehungen der MHP zu diesen, die nicht länger verschleiert werden können, zwingen Türkeş und seine Partei, einen neuen Weg zu beschreiten. Er spekuliert darauf, daß viele Geheimdienst (MIT)-Agenten in die Reihen der MHP von der Regierung geschleust worden sind.

Am 3. Juli gab der Parteivorstand der MHP bekannt, daß der MHP-Sekretär der Bezirksorganisation Beşiktaş/Istanbul, Ergin Ergüören, ein MIT-Agent sei.

Es ist nicht neu, daß die MHP mit MIT-Agenten zusammen arbeitet und arbeitet. Neu ist es, daß Türkeş jetzt ihnen die Mordtaten in die Schuhe zu schieben und seine Partei reinzuwaschen versucht.

Bezüglich der Tätigkeit der MIT-Agenten stellte sich jedoch bald heraus, daß Ergüören 1972, als Türkeş Vizeministerpräsident und gleichzeitig für die MIT verantwortlich war, von der MIT eingestellt worden war.

In der rechtsextremistischen Tageszeitung "Tercüman" stand am 19.7.79 folgender Bericht: "Auf die Garage des Ausbildungszentrums der MİSK (die von der MHP gegründete "Konföderation der nationalistischen Arbeitergewerkschaften, die allerdings keine Basis in der Arbeiterschaft besitzt) wurde ein Bombenanschlag verübt, bei dem ein Mensch ums Leben kam." Dieser Anschlag wurde vor allem in rechtsextremen Kreisen hochgespielt.

Nach zwei Tagen gab das Polizeidirektorium in Ankara folgende Erklärung ab: "Die Ermittlungen der Polizei und Fachleute des Militärs ergaben, daß die Explosion der Bombe während ihrer Herstellung erfolgte." Und weiter: "Aus dem bei der Hausdurchsuchung des MİSK-Kassierers beschlagnahmten Terminkalenders geht hervor, daß die MİSK mehreren Personen und Organisationen, deren Namen im

Zusammenhang verschiedener Delikte aufgetaucht sind, insgesamt 626.000 Lira gezahlt hat." (Milliyet, 21.7.79).

Acht Funktionäre dieser Banditengewerkschaft wurden festgenommen und wegen "Bildung einer bewaffneten Bande" angeklagt.

MISK- und MHP-Kreise lassen inzwischen verlauten, daß der bei der Explosion getötete Iskender Karayagdi ein linker Provokateur gewesen sei und die Polizei das Ergebnis der Untersuchungen manipuliert hätte (Milliyet, 25.7.79).

MHP-Mafia Beziehungen

Innenminister Güneş erklärte am 10.7.79: "Wir haben Beweismaterial in der Hand, daß sich einige Politiker in den Waffenschmuggel eingemischt haben" (Tercüman, 10.7.79), Und in Milliyet vom 10.7.79 steht: "Meine Erklärung" so Güneş, "ist an eine bestimmte Adresse gerichtet und wird dort auch ankommen."

Nach Angaben der ISTA-Presseagentur hat die Polizei in den Tagen, in denen der Minister oben erwähnte Erklärung abgab, mehrere Razzien in dem Fabrikgebäude der Firma YED-SEN und in der Wohnung des MHP-Mitgliedes Haci Faruk Erden in der Kleinstadt Gebze, nahe Istanbul, durchgeführt. Dabei fand sie große Mengen an Waffen und Munition, die, so die Polizei, der gleichen Bauart der Waffen waren, die bei dem Anschlag auf MHP und MISK verwandt worden waren.

Die Presseagentur ISTA stellt folgendes fest:

Unter Führung von Dündar Kiliç, dem ersten Mann der Mafia, der auch gute Beziehungen zu Türkeş unterhält, wird der Waffenschmuggel organisiert. Seine Komplizen dabei sind das MHP-Mitglied Haci Faruk Erden, YED-SAN-Boss Yaşar Yamak, sowie der Chef der Çolakoglu-Industrie Nuri Çolakoglu, der gleichzeitig Finanzier und führender Politiker der maoistischen Zeitschrift „Aydınlık“ ist.

Die Regierung jedoch setzt sich über all diese Tatsachen hinweg und legt eine inkonsequente, zwispältige Haltung der faschistischen MHP gegenüber an den Tag.

Die Forderung der demokratischen Kräfte nach einem Verbot der MHP und ihrer Tarnorganisationen sowie der Verhaftung der für die Mordtaten Verantwortlichen und ihrer Drahtzieher, ist aktueller denn je.

PROZESS GEGEN MASSENMÖRDER

Am 4.6.79 begann der Prozeß gegen die Massenmörder von Kahramanmaraş in der südanatolischen Stadt Adana.

803 Angeklagte stehen vor dem 3. Militärgericht der Kriegsverwaltung. Sie sind angeklagt des Auftritts, des Mordes, der Plünderung und des Diebstahls.

Die militärische Staatsanwaltschaft beantragte in ihrer 232-seitigen Anklageschrift Todesstrafen für 303, und Freiheitsstrafen zwischen 4 und 24 Jahren für die restlichen Angeklagten. 592 Angeklagte befinden sich in Untersuchungshaft.

Idealistenvereine als Urheber des Massakers

Die Urheber sind keine anderen als die Mitglieder der Idealistenvereine ÜGD, Jugendorganisation der faschistischen MHP (Nationalistische Bewegungspartei).

Nicht zufällig befindet sich der Provinzvorsitzende der MHP, Hasan Bakioglu, unter den Angeklagten. Gegen ihn ist die Todesstrafe beantragt.

Die Zwischenfälle in Kahramanmaraş nahmen ihren Anfang bereits am 19.12.1978, als auf ein Kino in der Stadt ein Bombenanschlag verübt wurde.



IN KAHRAMANMARAS ERMORDETEN DIE FASCHISTEN GRAUSAM

Der **extrem antikommunistische** Film "Wann wird die Sonne aufgehen" wurde am 16.12.78 von der ÜGD-Provinzorganisation in Kahramanmaraş in einem Kino vorgeführt. (Dieser Film wurde u.a. auch in der Westberliner Taverne am 14.7.79 am Lützowplatz gezeigt).

Den weiteren Verlauf der Geschehnisse lesen wir in der Anklageschrift:

"Die Funktionäre, Mitglieder und Sympathisanten der ÜGD in K.maraş setzten ab der Uraufführung eine massive Propaganda ein, sie verkauften ihre Zeitschriften vor dem Kino, zwangen die Zuschauer zum Rufen ihrer Losungen. Doch dies hielten sie nicht für ausreichend.

Wie der Angeklagte Ökkes Kenger (Mitglied der illegalen Organisation zur Rettung der versklavten Türken) offen eingestand, entschlossen sich der erste und zweite Provinzvorsitzende der ÜGD/ Maraş Mehmet Leblebici und Mustafa Kanlidere, für einen Bombenanschlag auf den Kinosaal, um die Bevölkerung gegen die Linken zu provozieren, so als wenn der Bombenanschlag von ihnen verübt worden wäre. Dann beauftragten sie Ökkes Kenger mit der Durchführung..."

"Vor der Abreise von Maraş erklärte Mustafa Kanlidere Ökkes Kenger den Plan in seinen Einzelheiten und wo sich Dynamit beschaffen ließe und befahl ihm, die Sache für den 19.12.78 zu erledigen..."

"Während der Pause um 20.50 Uhr wurde ein Pfund Dynamit (mit leichter Sprengstärke) in den Saal zur vorderen Reihe von Ökkes Kenger geworfen."

Weiter erfahren wir aus der Anklageschrift, wie unmittelbar nach der Explosion die Zuschauer, von den Faschisten provoziert, Gebäude der CHP, das Postamt und andere Häuser zerstörten.

Ferner geht aus der Anklageschrift hervor, daß der Täter Ökkes Kenger am selben Abend zweimal, um 20.40 und 22.27 Uhr die ÜGD-Kreisorganisation in Ankara telefonisch vom Verlauf der Ereignisse informierte und hinzufügte: "Die Leute sollen sofort kommen".

Am 21.Dez.78 wurden zwei fortschrittliche Lehrer auf offener Strasse in K.Maraş ermordet.

Man könnte annehmen, daß die im o.g. Telefongespräch genannten Leute erst am 21.Dez. von Ankara in K.Maraş eingetroffen sind.

Am 22.Dez. wurde der Trauerzug für die ermordeten Lehrer von Faschisten und islamischen Fanatikern überfallen. Die Losungen lau-

Doch die demokratischen Kräfte bleiben dem Prozeß nicht fern. Die Istanbuler Anwaltskammer bildete einen Sonderausschuß für den Prozeß. Viele CHP-Rechtsanwälte (u.a. Abgeordnete) nahmen an den Verhandlungen als Anwälte der Kläger teil.

Ganz gewiß werden die demokratischen Kräfte die tatsächlichen Urheber und Hintermänner des faschistischen Massakers enthüllen, wie Türkeş und Demirel.

Die Forderungen nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen wird wichtiger denn je. Doch für die Durchsetzung dieser Forderung ist der Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte unabdingbar.

* * *

„Graue Wölfe“ im Ausland aktiver

Die Grauen Wölfe veranstalteten am 14.7.79 in der Westberliner Taverne am Lützowplatz einen "Kulturabend" mit dem Namen "Abend der versklavten Türken".

Der Verlauf dieser Veranstaltung war durch Hetzpropaganda gegen die türkischen Demokraten und militanten Antikommunismus geprägt.

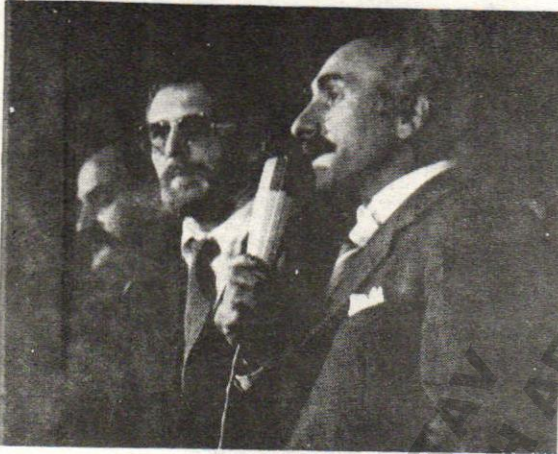
Diesmal waren die Wiking-Jugend und der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft im Christlichen Gewerkschaftsbund, Wolfgang Petrowski mit von der Partie.

Deutschen Presseorganen, wie z.B. dem Spandauer Volksblatt, wurde der Eintritt zur Taverne verwehrt.

Auf der Veranstaltung wurde der brutale antikommunistische Film "Wann geht die Sonne auf" gezeigt. Dieser Film erinnert alle Demokraten an das faschistische Massaker in Kahramanmaraş im Dezember letzten Jahres, denn er stellte den Auftakt für den Terror dar. In vielen Städten der BRD wurde der Film verboten.

Die zuständigen Behörden, die immer davon reden, sie hätten keine rechtliche Grundlage, um Veranstaltungen dieser Art oder sogar die Organisation der Grauen Wölfe zu verbieten, sollten sich einmal den Verlauf eines solchen "Kulturabends" zu Gemüte führen.

Hetztiraden gegen Demokraten und Kommunisten münden in den Aufruf zur Gewaltanwendung und Rachefeldzügen und die Frage ist, ob die Behörden diesen Verstoß gegen die Gesetze weiterhin dulden wollen oder nicht.



AN DER VERANSTALTUNG DER FASCHISTEN IN WESTBERLIN NAHM AUCH DER VERTRETER DER DAG IM CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTSBUND, PETROWSKI, TEIL.

„Tercüman“, „Anadolu“ und Heroinhändler

Der größte Heroinhändler in Westberlin, Ismail Çakıroğlu und sein Neffe Niyazi Çakıroğlu, wurden nach einer großangelegten Fahndung von der Polizei festgenommen. Darüber wurde in alles Westberliner Zeitungen ausführlich berichtet.

Kurz darauf versuchten die reaktionären rechtsextremen Zeitungen „Tercüman“ und „Anadolu“ die beiden Heroinhändler in ihren Schlagzeilen in Schutz zu nehmen und die beiden reinzuwaschen. Am 16.6.79 schrieb „Tercüman“: „Die Polizei fand doch kein Heroin im Efes Casino“. Und „Anadolu“ meldete am 29.6.79: „Çakıroğlu war Opfer einer Verleumdung“.

Diese Meldungen verstärken den Verdacht, daß diese Schmugglerbande den Heroin- bzw. Waffenhandel in Zusammenarbeit mit diesen Kreisen und insbesondere mit den MHP-Organisationen im In- und Ausland, betreiben.

teten u.a.: "Keine islamische Beisetzung für Kommunisten, Kommunisten verbrennen die Ulu Cami (Mosche)" und ähnliches mehr.

Der weitere Verlauf der Ereignisse ist bekannt. Mit Hilfe der islamischen Fanatiker wurde die massenhafte Ermordung von Demokraten und Schiiten (die meisten sind linksorientierte Islamen) begangen.

Nach offiziellen Angaben waren 111, inoffiziell jedoch 200 Tote die Folge.

Die unmittelbare Beziehung der MHP zum Massaker in K.Maraş wurde, wie üblich, auch in der Anklageschrift nur über die MHP-Jugendorganisation ÜGD (Idealistenverein) formuliert. Trotzdem konnte ihre Verantwortlichkeit nicht vollständig verschleiert werden, denn der Provinzvorsitzende Hasan Balcioglu ist einer der Angeklagten, gegen den die Todesstrafe beantragt ist.

Die faschistische MHP und reaktionäre Kreise messen diesem Prozeß ein großes Gewicht bei, da er zur völligen Demaskierung und zur Überführung der Verantwortlichen an den Terrorakten führen kann.

MHP übernimmt die Verteidigung

Viele der 80 Rechtsanwälte der 803 Angeklagten sind MHP-Mitglieder oder werden von dieser finanziert. So z.B. der MHP-Kreisvorsitzende von Adana, Rechtsanwalt Adem Eroglu, der Provinzvorsitzende der A in Adana, Metin Tolay etc.

Seit Beginn des Prozesses stehen viele Zeugen unter dem Druck der MHP. Die Rechtsanwälte versuchen seit Anfang an auf verschiedenst Weise, den Prozeß in die Länge zu ziehen, weil sie im Stillen auf einen baldigen Sturz der Regierung hoffen.

Einige Anträge der Rechtsanwälte lauten wie folgt:

- Die Angeklagten dürfen nicht fotografiert werden (abgelehnt),
- die Sunniten und Schiiten sollen getrennt plaziert werden (abgelehnt),
- Verlängerung des Presseverbots bis zum Prozeßende (abgelehnt)
- Die Zeugen sollen nicht als Zuschauer zugelassen werden (angenommen),
- mehrfache Forderung nach Vertagung des Prozesses.

Das Gericht dokumentierte bereits in den ersten Verhandlungstagen seine inkonsequente und schwankende Haltung, indem es für einige Angeklagten die Untersuchungshaft aufhob. So u.a. für Mehmet Leblebici (Ex-ÜGD-Vorsitzender in K.Maraş).

Türkeş weilt wieder im Ausland

Am 25.7.79 meldete die Tageszeitung "Milliyet", daß Türkeş mit seiner Familie ins Ausland reiste. Die Reihenfolge der Reiseziele ist England, Belgien, Holland und die BRD. Die Zeitung fügte hinzu, daß Türkeş im Ausland Gespräche auf "privater Ebene" führen werde. Sucht Türkeş nach der Entlarvung der unzähligen Mordtaten seiner "Grauen Wölfe" seine Zuflucht im Ausland?

FRIEDENSKRÄFTE DEMONSTRIERTEN

Die Diskussion über die Spionageflugzeuge der USA, die im türkischen Luftraum fliegen sollen, wird in allen Schichten der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Friedensgesellschaft der Türkei (Barış Derneği) ging zum aktiven Kampf für die Sicherung des Friedens in unserer Region über. Sie rief alle demokratischen Kräfte auf, sich aktiv gegen jegliche Versuche die den Frieden gefährden können, zu widersetzen.

Über 50 demokratische Organisationen, Gewerkschaften und politische Parteien, folgten diesem Aufruf der Friedensgesellschaft und organisierten eine Demonstration und Kundgebung am 30. Juni in der westanatolischen Stadt Izmir, wo sich das Quartier der NATO-Süd-Ost-Flanke befindet.

Zehntausende nahmen an dieser Demonstration teil. Dabei wurden folgende Transparente getragen: "Nein zur NATO", "Die U 2 darf nicht fliegen", "Für eine unabhängige Türkei", "Weg mit den Militärbasen", "Nieder mit dem US-Imperialismus", "Nein zur Neutronenbombe", "Schluß mit dem Wettrüsten", "Ein Phantom - 750 Wohnungen", "Ein Phantom - Schulen in 300 Dörfern", "Kein Phantom, sondern Brot", "Kein Phantom, sondern Milch".

Nach der Demonstration und anschließender Kundgebung die durch die Aktionseinheit unterschiedlicher Schichten der Werktätigen, Parteien und demokratischer Organisationen verwirklicht worden war, wurde eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der u.a. unterstrichen wird: "Unser friedliebendes Volk will kein Gendarm des US-Imperialismus, kein Helfer der Versuche der NATO, die den Weltfrieden stören, sein."

STREIK DER CHEMIE-ARBEITER



DIE CHEMIE-ARBETTER SIND AUF DEM MARSCH NACH ANKARA

Der Streik der Chemie-Arbeiter in der südanatolischen Stadt Mersin wurde nach 18 Monaten erfolgreich beendet! Er war einer der erbittertesten Streiks in der Türkei.

Die Chemiefirma, ein gemeinsames Unternehmen der größten Handelsbank der Türkei İş-Bank und der glasproduzierenden Privatwirtschaft, besitzt eine Monopolstellung in der Soda-Produktion innerhalb der Türkei.

Dem Unternehmen steht die zur DISK gehörende Chemiearbeiter-Gewerkschaft PET-KİM-İŞ gegenüber.
In dem Betrieb sind 800 Arbeiter beschäftigt.

Anfang 1978, als die Ecevit-Regierung an die Macht kam, nahm die Gewerkschaft die Tarifverhandlungen auf, die sehr lange dauerten und schließlich an der Hartnäckigkeit der Unternehmer scheiterten.

Die Unternehmer bestanden besonders darauf, Techniker, Meister und Ingenieure nicht als Mitglieder der Gewerkschaft zu akzeptieren.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen traten die Arbeiter in den Streik. Nach fünf Monaten setzte die Ecevit-Regierung den Streik zuerst für 30 Tage, dann für 60 Tage aus mit dem Vorwand, die Sicherheit der Türkei sei gefährdet!

Gleichzeitig hob die Regierung die Einfuhrbeschränkung für Soda auf, was die Gewinne des bestreikten Unternehmens in die Höhe trieb, denn es besaß auch für die Sodaeinfuhren die Monopolstellung.

Nachdem über hundert Arbeiter entlassen und später alle Arbeiter ausgesperrt worden waren, versuchte das Unternehmen mit Hilfe der faschistischen "Grauen Wölfe" die Produktion wieder in Gang zu setzen.

Die Sonderabteilung der Armee, als "blaue Baretts" bekannt (eine Analogie zu den "green Barretts" in den USA), wurden nach Mersin versetzt, um eventuelle Gegenmaßnahmen der Soda-Arbeiter zu unterdrücken.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaft gaben jedoch nicht auf. Sie wurden von einer breiten Solidaritätsbewegung unterstützt. Alle fortschrittlichen Organisationen bekundeten ihre Unterstützung und mehrere CHP-Abgeordnete kritisierten sogar die Haltung der Ecevit-Regierung.

Vor einem Monat beschlossen die Soda-Arbeiter einen Marsch auf Ankara, um damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

Die Kriegsrechtsverwaltung in Ankara verbot den Arbeiter den Einzug in die Hauptstadt. Daraufhin schlugen sie ihre Zelte am Stadtrand auf, wo sie von vielen Arbeitern und Bauern aus den umliegenden Dörfern, Intellektuellen und CHP-Abgeordneten besucht wurden. die sich mit ihrem Kampf solidarisierten.

Angeichts des hartnäckigen Widerstandes der Arbeiter und der breiten Solidarität, mußten schließlich die Unternehmer nach 18 Monaten nachgeben und die Forderungen der Gewerkschaft annehmen.

Danach wird der Tageslohn des vergangenen Jahres um 100 TL, für dieses Jahr um 130 TL und für das kommende Jahr um 150 TL erhöht. Weiterhin werden die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt und der 1. Mai als Feiertag der Arbeiterklasse anerkannt.



„IKD darf nicht verboten werden“

Die Tätigkeit des Progressiven Frauenvereins (IKD) wurde am 28. April dieses Jahres vom Kriegsrechtskommandanten in Ankara ohne Begründung verboten. Alle Sektionen des Vereins in der gesamten Türkei mußten ihre Aktivitäten einstellen.

Die IKD wurde 1975, im Internationalen Jahr der Frau, gegründet. Seither hat sie sich mit ihren fast 100 Sektionen zu einer gesellschaftlichen Kraft entwickelt. Ihre Ziele sind u.a.:

Organisierung von Alphabetisierungskursen für Frauen, Errichtung der gesetzlich vorgeschriebenen Kinderkrippen in den Betrieben, Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen. Die IKD setzt sich weiterhin für Frieden und Fortschritt, gegen die faschistische Gefahr, ein.



DIE FRAUEN AUF DEM MARSCH NACH ANKARA

Obwohl **Eccevit** selbst sagte, daß das Kriegsrecht nicht gegen demokratische Rechte und Freiheiten gerichtet ist, darf die IKD ihre Tätigkeit nicht fortsetzen.

Die IKD hat gegen diese willkürliche Maßnahme der Kriegsrechtskommandantur eine Klage beim Verfassungsgericht in Ankara eingereicht. Das Gericht aber schiebt bis heute die Entscheidung auf die lange Bank.

Das Verbot der IKD rief in der ganzen Türkei heftige Proteste hervor. Zahlreiche demokratische Organisationen und Gewerkschaften bekundeten ihre Solidarität.

Die Frauen aus Istanbul und Izmir organisierten einen Sternmarsch nach Ankara. Zwei Demonstrationszüge, die am 20. Juli von Istanbul und Izmir aus gebildet worden waren, trafen sich am 22. Juli in der Stadt Bursa, wo eine große Kundgebung stattfand.

Als sich der Demonstrationszug Ankara näherte, wurde ihr Einzug in die Stadt von der Kriegsrechtskommandantur verhindert und der Marsch endete an der Stadtgrenze. Lediglich eine Delegation wurde zu Gesprächen mit der Regierung zugelassen.

Der Sternmarsch gilt als eine erfolgreiche Aktion der Frauen in der Türkei im Kampf für Demokratie.

Protestkundgebung in Westberlin



Auch im Ausland wurde diese Aktion unterstützt. So hat z.B. der Türkische Frauenverein in Westberlin eine Protestkundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat durchgeführt. Unter Losungen wie "Die IKD darf nicht verboten werden", "Kein Durchkommen dem Faschismus", "Weg mit dem Kriegsrecht" haben türkische, griechische und deutsche Frauen gegen dieses Verbot protestiert und ihre Solidarität mit dem Kampf der Frauen der Türkei bekundet.

IWF erzwingt die Kapitulation

Die Ecevit-Regierung hat am 11.6.79 die devalvatorischen Maßnahmen bekanntgegeben, die - wie auch von der bürgerlichen Presse unverblümt zugegeben wird - praktisch die bedingungslose Kapitulation gegenüber dem IWF bedeuten.

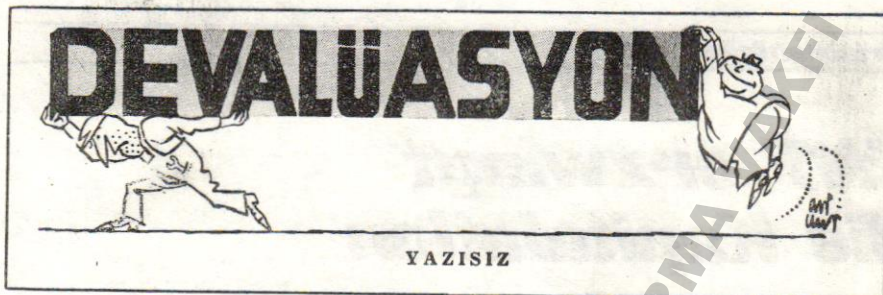
Nach langem Hin und Her wurden die Forderungen des IWF angenommen. Die Devaluation, d.h. die Abwertung der türkischen Währung (TL) gegenüber dem US-Dollar und der DM beträgt 44%. Sie bildet einen Teil der IWF-Forderungen.

Wie wir in früheren Ausgaben von **TÜRKEI HEUTE** berichteten, fordert der IWF darüberhinaus als Gegenleistung für seine Kredithilfe: Einfrierung der Löhne, Begrenzung der Grundpreise für Agrarprodukte, Begrenzung der Subventionierung der Staatsbetriebe. Abbrechung der anfänglich guten Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

"Die Türkei ist der zentralen Bedingung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die Gewährung kräftiger finanzieller Hilfe nachgekommen und hat seine Währung drastisch abgewertet. Der Abwertungssatz beträgt 44% gegenüber dem US-Dollar, nachdem dessen Parität nun auf 47,10 Türkische Pfund lautet gegenüber vorherigen 26,50 Pfund. Lediglich für Öl- und Düngemittelimporte beträgt der neue Wechselkurs 35 Pfund je Dollar (dies entspricht einer Abwertung von 24%)."
(Frankfurter Rundschau, 13.6.79).

Es ist ein Rätsel, wie die Wirtschaftsexperten der kapitalistischen Welt den Abwertungssatz (im allgemeinen) berechnen. Um den Prozentsatz niedrig zu halten, werden unzählige Tricks angewandt, in denen man völlig den Überblick verliert.

So ist z.B. der "offizielle Kurs" des türkischen Pfunds gegenüber dem US-Dollar 35 Pfund pro Dollar. Für sehr viele Ex- und



AUS "CUMHURİYET", 17. Juni 1979

Importwaren werden jedoch Zuschläge berechnet. So schwankt der Wert des Dollars zwischen 35 und 48,10. Und es ist eine Binsenweisheit, daß kaum Geschäfte mit dem "Westen" ohne "Zuschläge" abgewickelt werden. Der offizielle Wert des US-Dollars ist also praktisch wertlos.

Unter Berücksichtigung dieser "Zuschläge" und "Extras" beträgt der neue Abwertungssatz 77%! Denn sonst kann man die neue Abwertung der Türkischen Lira gegenüber dem US-Dollar von 26,50 auf 47,10 unmöglich erklären.

Nach der letzten Devaluation werden die Importwaren der Türkei um rund 40% teurer. Es stellt sich die Frage, wer wohl diese Teuerung auszugleichen hat. Die Antwort kann nicht schwer fallen. Denn die Teuerung der Importgüter zieht unaufhaltsam (unaufhaltsam, weil der Staat keine Devisenreserven hat) die Erhöhung der Innenmarktpreise nach sich. So werden die minderbemittelten Massen die Rechnung auf den Tisch bekommen.

Die neue Abwertung benachteiligt auch die Agrarproduzenten. Für ihre Waren bekommen sie nun 35 TL pro Dollar, während industrielle Unternehmer bis zu 48,10 TL hochgehen können. Damit wird belegt, daß Ecevit auch den Wunsch des IWF, "Begrenzung des Einkommens der Bauern", erfüllt hat.

Neue Welle der Preiserhöhungen

Gleich einen Tag nachdem die Abwertung der TL bekanntgegeben worden war, traten neue Preiserhöhungen in Kraft.

Hier einige Beispiele:

Für Benzin 30%, alkoholische Getränke um 31-150%, Eisen und Stahl um 50-60%, Kohle um 50%. (Siehe Cumhuriyet, 12., 13.6.79).



GRUNDNAHRUNGSMITTEL SIND KNAPP. VOR DEN LÄDEN BILDEN SICH LANGE SCHLANGEN. OBEN: SIEGER DES TAGES; ER HAT ES GESCHAFFT, 2 PACKUNG MARGARINE ZU KAUFEN.

Es ist wahrhaft schwierig, in einem Artikel die Folgen dieser Preiserhöhungen zu schildern. Was die Frankfurter Rundschau am 25.6.79 schrieb: "Ein Aufschrei ging durchs Land", ist nicht übertrieben.

Die Lebenshaltungskosten sind besonders in den Großstädten so hoch geworden, daß eine Hungersnot nicht mehr verwunderlich sein kann.

Die Preiserhöhungen für Benzin, Kohle und Eisen trieben fast alle Industrie- und Landwirtschaftsprodukte in die Höhe. Es herrscht ein verbrecherischer Preismarkt, in den die Regierung nicht nachhaltig eingreifen kann.

Nach Angaben des Ministeriums für Industrie und Technologie wurden die Preise der Industrieprodukte in den letzten fünf Jahren genau 1525 mal (!) erhöht (Cumhuriyet, 19.6.79). Und dieses (natürlich) mit der Genehmigung des Ministeriums.

Kapitulierende Absichtserklärung

Die bürgerlich-liberale Tageszeitung "Milliyet" veröffentlichte am 29.7.79 (Europa-Ausgabe) die "Absichtserklärung", mit der sich die türkische Regierung an den IWF wandte. Die "Absichtserklärungen" krisenzerrütteter kapitalistischer Staaten sind genauso alt, wie der IWF selbst (er wurde 1944 gegründet).

Die "Absichtserklärungen" der unter dem Druck des Imperialismus zerrütteten Länder an den IWF stellen eine Art "Garantieschein" dar, für die gewissenhafte Erfüllung der erpresserischen Vorbedingungen.

Die "Absichtserklärung" (am 30. Juni '79 verfaßt) der Ecevit-Regierung beinhaltet im Großen und Ganzen die wirtschaftlichen Maßnahmen, die vom IWF gefordert worden waren. Sie besteht aus 28 Punkten. Darin wird erklärt:

1. Die steigende Inflation kann nicht verhindert werden, deshalb werden Lohn- und Gehaltserhöhungen begrenzt.
2. Die Grundpreise für Agrarprodukte werden begrenzt.
3. Durch eine neue Steuerreform werden u.a. indirekte Steuern erhöht.
4. Die Export-Firmen werden unter günstigeren Bedingungen subventioniert (sie können z.B. über 50% ihrer Deviseneinkommen frei verfügen).
5. Nach Wunsch des IWF kann mehrmals abgewertet werden.
6. Die staatlichen Kredite an den staatlichen Wirtschaftssektor werden gekürzt (d.h., die Produkte werden teurer).

Die Absicht, die Werktätigen noch mehr auszubeuten, wird in diesem Beleg der Kapitulation nicht verheimlicht.

Nun erhält die Ecevit-Regierung eine Finanzspritze von insgesamt 1,45 Mrd. Dollar, davon 906 Mio. als Darlehen zur Importfinanzierung.

1978 GOLDENES JAHR DER UNTERNEHMER

1978 war ein Jahr, in dem die Privatunternehmer sehr laut über ihre angeblichen Verluste gejammert hatten: "Der privatwirtschaftliche Sektor kann sich kaum auf den Beinen halten", "wenn es so weiter geht, muß die Privatindustrie ihre Tore schließen." Oder: "Der private Unternehmergeist ist zum Sterben verurteilt."

TABELLE I

NAME DER FIRMA	PROFITE		STEIGERUNG IN %
	1977 Mio TL	1978	
Akçimento	58.0	87.4	50.6
Good Year	36.7	64.0	74.3
Çelik Halat	72.4	147.0	103.0
İzocan	33.9	39.1	17.1
Kerdsa	79.6	145.1	82.2
Koruma Tarım	59.0	105.5	78.8
Makina Takım	23.2	32.1	38.3
Sunta Sanayi	80.2	104.4	30.1
Kartosan	83.4	148.2	77.7
KAV	30.3	65.3	115.5
Sarkuysan	135.9	165.5	22.1
Çukurova Elektrik	239.0	375.6	57.1
Ege Biracılık	61.3	87.6	42.9
Hektaş	30.2	64.3	129.1
Nasaş	124.1	186.1	49.7
Sifaş	88.5	127.5	44.0
Uniroyal	38.6	94.7	144.7
Gübre Fabrikaları	38.7	63.6	64.3
Pimaş	39.2	48.1	22.7
T.Demir Döküm	61.6	132.7	154.0

Und schließlich hat sich dieses Gejammer in "Drohinserate" in den Tageszeitungen (ganzseitig versteht sich) verwandelt. (Siehe auch TÜRKİ HEUTE vom Juni 79).

Dahinter steckt offensichtlich der Versuch der Unternehmer, berücksichtigt man die Steigerung ihrer Profitraten, die Regierung zu schwächen und gegebenenfalls zu stürzen um damit die "richtige Regierung und Führer" an die Macht zu bringen.

Wegen Devisenmangel und unzureichender Rohstoffeinfuhren mussten tatsächlich viele Unternehmer ihre Produktionskapazitäten verringern.

Trotz dieser Tatsache haben die Großunternehmer im Jahre 1978 ihre Profite durchschnittlich über 60% gesteigert (im Vergleich zu 1977). Der Tabelle 1 kann man entnehmen, daß einige Firmen ihre Profite sogar bis 150% (!) steigern konnten, was auch ein Beweis für die ungesunde und unkontrollierte Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei ist.

TABELLE II

PROFITE EINIGER GRÖSSTEN MONOPOLE

NAME	EIGENKAPITAL (Mio TL)	1977 PROFITE (Mio TL)	1978 (Mio TL)	STEIGERUNG IN %
Koç Holding	300.0	412.6	566.9	37.4
Transtürk	300.0	45.9	85.5	86.2
T.Şişe Cam	200.0	178.8	247.9	38.6
Koç Yatırım	400.0	125.3	150.8	20.3
DEVA	200.0	34.0	93.3	74.4
Eczacıbaşı	180.0	32.9	48.9	48.6
Alarko	130.0	17.5	46.8	167.4

TABELLE III

MONAT	PREISSTEIGERUNGS- RATE IN %	STEIGERUNG DER LÖHNE IN %	STEIGERUNG DER REALLÖHNE IN %
Januar	4.0	9.1	5.1
Februar	5.3	-4.4	-9.7
März	1.9	4.7	2.8
April	3.0	3.0	0.0
Mai	5.2	-2.4	-7.4
Juni	4.1	1.7	-2.4
Juli	3.8	4.7	0.9
August	2.6	5.1	2.5
September	4.5	3.3	-1.2
Oktober	4.8	-1.5	-6.3
November	3.2	-0.3	-3.5
Dezember	1.7	0.8	-0.9

Quelle:

für Tabelle I und II: Zeitschrift der Wirtschaftskammer Istanbul, Jahresberichte der genannten Firmen, Bulletin der Holdinggesellschaften;
für Tabelle III: Tageszeitung "Politika" vom 13 Juni 1979.

Der Tabelle 3 ist zu entnehmen, daß sich die Reallöhne im gleichen Jahr negativ entwickelt haben, d.h., sie sind gesunken. Der horrende steigende Profit einerseits, und die sinkenden Reallöhne andererseits, sind ein Beweis für das unvorstellbare Ausmaß der Ausbeutung der Werktätigen der Türkei.

FESTE der SOLIDARITÄT

400.000 Menschen, Deutsche und Ausländer, darunter viele Arbeiter aus der Türkei, besuchten das diesjährige Pressefest der "Unsere Zeit", des Zentralorgans der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), das am 22.-24.6. in Essen stattfand.

In der Halle "Internationalismus" waren die Arbeiter aus der Türkei und ihre Organisationen mit einem Informations- und Spezialitätenstand vertreten.

Sie hatten zuvor "Komitees zur Soildarität mit der UZ" gebildet und waren bestens vorbereitet. Der Türkische Arbeiterchor aus Westberlin, die Folklore des Volkshauses Frankfurt und der türkische Sänger Timur Selçuk leisteten kulturelle Beiträge und stellten die Kultur der Türkei dem begeisterten Publikum vor.

Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, besuchte u.a. den Türkei-Stand und betonte in seiner Rede, daß die DKP eine internationalistische Partei ist und sich konsequent für die Interessen der ausländischen und deutschen Arbeiter einsetzt und auch für die Freiheit der KPdT kämpft. Seine Rede wurde mehrmals von Hochrufen wie "Hoch die internationale Solidarität", "Freiheit für die TKP", "DKP - TKP" unterbrochen.

Am 14./15. Juli fand rund um die Westberliner "Neue Welt" das Pressefest der sozialistischen Tageszeitung "Die Wahrheit", des Zentralorgans der Sozialistischen Einheitspartei Westerlins (SEW) statt.

Die ausländischen Arbeiter, unter ihnen die Arbeiter aus der Türkei, die in Westberlin leben und arbeiten, nahmen an diesem Pressefest teil.

Auch in diesem Jahr verlief das Wahrheit-Pressefest voll und ganz im Geiste des Proletarischen Internationalismus, zu dem das reichhaltige und vielseitige internationale Kulturprogramm mit über 800 Künstlern wesentlich beitrug.

Einen der größten Stände wurde von den Arbeitern aus der Türkei gestaltet. Den Besuchern wurden Informationen und Spezialitäten angeboten. Während des zweitägigen Festes wurden tausende Unterschriften für die Freiheit der Kommunistischen Partei der Türkei

gesammelt. Die roten Halstücher mit der Aufschrift "Freiheit für die TKP" waren sehr gefragt und am ersten Tag vergriffen.

Die Delegationen der Zeitschriften Prawda, Neues Deutschland, Rude Pravo, Rabotnitschesko Delo, Trybuna Ludu, Nepszabadszag, Unsere Zeit, L'Humanité, L'Unita, Land og Folk, besuchten zunächst einzeln, dann gemeinsam den Türkei-Stand und wurden von Arbeitern und Studenten aus der Türkei mit Begeisterung und Hochrufen begrüßt. "Hoch die internationale Solidarität" war groß geschrieben!

Am zweiten Tag, gegen Abend, kam es zu einer spontanen antifa-schistischen Kundgebung, nachdem die Besucher aufgrund eines Bombenalarms den Festplatz vorübergehend räumen mußten und sich an der Hasenheide versammelten.

Zwei Stunden lang protestierten Arbeiter und Studenten aus der Türkei, Iran, Griechenland und Lateinamerikaner zusammen mit den deutschen Kollegen gegen diesen Bombenanschlag und riefen Losungen wie "SEW - TKP", "SEW - Tudeh", "Nazis raus aus Westberlin".

Alle Besucher blieben, bis die polizeiliche Untersuchung beendet war und zwei Bombenattrappen ans Tageslicht förderten. Dann wurde das Pressefest lebhafter als zuvor fortgesetzt.

Am Abend besuchte der Vorsitzende der SEW, Horst Schmitt und die zweite Vorsitzende, Inge Kopp, den türkischen Stand, wo sie herzlich empfangen wurden. Horst Schmitt versicherte die Unterstützung der SEW für den Kampf der Arbeiter aus der Türkei und für den Kampf der KPdT für ihre Legalisierung.



STAND DER ARBEITER AUS DER TÜRKEI BEI DEM UZ-VOLKSFEST IN ESSEN.

IMPRESSUM

Herausgeber: TBÖK, Gartenstr.96, 6000 Frankfurt/M. 70

Druck: Eigendruck, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Bestellung u.

Schriftwechsel: TTO, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Konto Nr. : 239 398-109 Postscheckamt Berlin - West

TÜRKEI HEUTE erscheint monatlich

TÜRKEL HEUTE

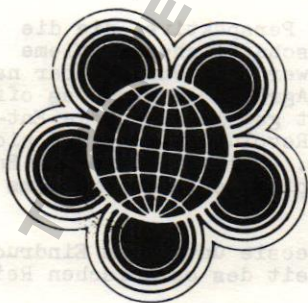
Informationsbulletin

Juli 1973

INHALT:

SEITE:

Geschichtlicher Überblick	1
Wiedererrichtung der imperialistischen Herrschaft	2
Die Folgen der Abhängigkeit vom Imperialismus: Die soziale und ökonomische Krise	3
Die sozialen Kämpfe	5
Der Putsch der faschistischen Generäle	6
Die Verfassungsänderungen und die antidemokratischen Gesetze	7
Verbot der Arbeiterpartei	8
Hinrichtungen und Todesurteile	9
Folterungen an Gefangenen	9
Terror gegen die Kurden	11
Terrorurteile der Militärgerichte	12
Aufruf des Nationalen Komitees der Türkei für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten	14



G E S C H I C H T L I C H E R Ü B E R B L I C K :

Die Geschichte der Türkei verzeichnet zwei demokratische Revolutionen: Die Erhebung gegen den absolutistischen Sultan Abdülhamid um Jahre 1908 und die nationale Revolution nach dem I. Weltkrieg in den Jahren 1919-1923.

Die Revolution von 1919-23 richtete sich einerseits gegen die Siegermächte des I. Weltkrieges, die die Türkei unter sich aufteilen wollten und andererseits gegen die osmanische Dynastie, die ihre eigene Existenz durch Zusammenarbeit mit den britischen Imperialisten retten wollte. In einem Unabhängigkeitskrieg wurden die ausländischen Besatzer vertrieben und die nationale Unabhängigkeit wurde errungen. Im Jahre 1923 wurde in Ankara die Republik ausgerufen.

In der Revolution von 1919-23 gelang es dem jungen Proletariat nicht, die Führung der Volksmassen an sich zu reißen. Die Führungsrolle übernahm die nationale Bourgeoisie. Das hatte unvermeidlich zur Folge, dass die demokratische Revolution von vorneherein durch die engen Klasseninteressen der Bourgeoisie beschränkt blieb. Es konnten zwar eine Reihe von wichtigen Reformen durchgeführt werden, aber wirklich grundlegende Umwälzungen, die die soziale Struktur des Landes verändert und die Lebensbedingungen der werktätigen Massen verbessert hätten, wie z.B. eine Landreform, wurden nicht in Angriff genommen. Die nationale Bourgeoisie suchte noch während des Unabhängigkeitskrieges die Unterstützung der Grossgrundbesitzer, um die berechtigten Forderungen der Werktätigen zu unterdrücken. Die Arbeiterklasse, die bei der Organisierung des Befreiungskrieges eine wichtige Rolle gespielt hatte, wurde mit nacktem Terror bekämpft. Die Führung der 1920 gegründeten Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) wurde 1921 in einen Hinterhalt gelockt und ermordet. Ein Jahr später wurde die TKP offiziell verboten und damit zur illegalen Arbeit gezwungen.

Eine ähnliche Haltung zeigte sich in der Politik gegenüber der starken kurdischen Minderheit, die während des Unabhängigkeitskrieges Seite an Seite mit dem türkischen Volk gekämpft hatte. Die nationale Bourgeoisie weigerte sich, die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen und versuchte die nationale Frage durch Gewalt, durch blutige Unterdrückung und Terror zu lösen.

Unter diesen Bedingungen konnte eine Perspektive, die die Lösung der grossen sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes erlaubte, nicht gefunden werden. Unmittelbar nach dem Sieg über die imperialistischen Agressoren wurde es offensichtlich, dass die Bourgeoisie nicht gewillt war, die Entwicklung der anti-imperialistischen Revolution in einer nicht-kapitalistischen Richtung zuzulassen. Sie versuchte die Entwicklung des Landes innerhalb des kapitalistischen Systems zu verwirklichen.

Gleichzeitig war die nationale Bourgeoisie unter dem Eindruck der Katastrophe, zu der die Abhängigkeit des osmanischen Reiches

von den imperialistischen Staaten geführt hatte, bemüht, die Unabhängigkeit des Landes zu wahren. Die Sonderrechte der imperialistischen Staaten wurden abgeschafft, die Zollhoheit wurde wiederhergestellt, eine Reihe von ausländischen Firmen in wichtigen Bereichen der Wirtschaft wurden nationalisiert. Die freundschaftlichen Beziehungen zur jungen Sowjetunion, die bereits während des Unabhängigkeitskrieges grosse materielle Hilfe geleistet hatte, wurden zu einem wichtigen Element der Aussenpolitik.

Nach der Weltwirtschaftskrise, Anfang der dreissiger Jahre, setzte sich die Einsicht durch, dass die Unabhängigkeit des Landes nur auf der Basis einer starken nationalen Industrie verteidigt werden kann. Die nationale Bourgeoisie forcierte mit Hilfe eines Staatskapitalismus den Aufbau von grossen staatlichen Betrieben. Dabei erhielt unser Land die grosszügige Hilfe der UdSSR. Auf diese Weise entstand der staatliche Sektor, der heute noch 40 % der Industrieproduktion der Türkei produziert.

Selbstverständlich wurde der staatliche Sektor nicht als eine Alternative zu den privaten Betrieben sondern als eine Unterstützung für diese aufgefasst. Trotzdem spielte er, da er objektiv die Position gegenüber den imperialistischen Monopolen stärkte, eine fortschrittliche Rolle.

WIEDERERRICHTUNG DER IMPERIALISTISCHEN HERRSCHAFT:

Der Prozess, der zur Wiedererrichtung der imperialistischen Herrschaft in der Türkei geführt hat, hatte zwei Haupttriebkraft.

Während des II. Weltkrieges, in der die Türkei neutral geblieben war, hatten grosse Kriegsgewinne die Kapitalakkumulation erheblich beschleunigt. Gleichzeitig verschlechterten sich die Lebensbedingungen der werktätigen Massen auf unerträgliche Weise. Unter diesen Bedingungen verschärfte sich der Klassenkampf. Die Forderung nach einer grundlegenden Änderung der politischen Verhältnisse hatte breiteste Kreise der Bevölkerung erfasst. In dieser Situation gewann der pro-imperialistische Flügel der Bourgeoisie im Bündnis mit den Grossgrundbesitzern die Oberhand. Sie betrieb eine Politik der bedingungslosen Unterwerfung unter die Interessen des Imperialismus, um seine Unterstützung im Kampf gegen das eigene Proletariat und die werktätigen Massen zu sichern.

Zweitens wurde diese Entwicklung im Inneren durch das Bestreben des Imperialismus ergänzt, seine Herrschaft über dieses strategisch äusserst wichtige Gebiet der Welt zurückzugewinnen. In den imperialistischen Angriffsplänen gegen die Sowjetunion, die unmittelbar nach dem II. Weltkrieg vorbereitet wurden, spielte die Türkei eine wichtige Rolle. So schrieb Ende 1946 Walter LIPPMAN, ein einflussreicher Journalist in den USA: "Wir werden innerhalb der nächsten zehn Jahren

einen Krieg mit den Sowjets beginnen. Eine der Schwerpunkte dieses Krieges, vielleicht der wichtigste, wird sich im Nahen Osten und im Gebiet der (türkischen) Meerengen befinden. Durch ihre Wünsche in Bezug auf die Dardanellen haben die Sowjets gezeigt, dass diese Gebiete ihre empfindlichen Stellen sind. Darum müssen in dem nächsten Krieg die amerikanischen Streitkräfte den Angriff von diesen Punkten aus führen." In einem anderen Artikel schrieb Lippmann über die Länder Deutschland, Türkei und Japan: "In einem Krieg gegen die Sowjets werden diese Punkte als Sprungbretter dienen." Diese Sätze zeigen mit seltener Offenheit die Rolle, die der Türkei im Rahmen der aggressiven Pläne des amerikanischen Imperialismus zugedacht worden ist.

Das Zusammenspiel dieser beiden Faktoren in den hierfür günstigen internationalen Bedingungen unmittelbar nach dem II. Weltkrieg führte schliesslich zur Restauration der Herrschaft des Imperialismus. 1952 wurde die Türkei Mitglied der NATO. Truman-Doktrin, Marshall-Plan, Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA und die Beteiligung der türkischen Truppen an der Aggression gegen Korea waren die Zwischenstationen dieser neuerlichen Unterwerfung.

DIE FOLGEN DER ABHÄNGIGKEIT VOM IMPERIALISMUS:

DIE SOZIALE UND ÖKONOMISCHE KRISE

Die Folgen der Abhängigkeit vom Imperialismus ist am besten durch die wirtschaftliche Entwicklung zu charakterisieren: Seit dem Beginn der sogenannten amerikanischen "Hilfe" weist die Handelsbilanz der Türkei jährlich wachsende Defizite auf, die inzwischen die Rekordhöhe von 680 Millionen Dollar erreicht haben.

Diese Defizite werden durch eine wachsende Verschuldung an die imperialistischen Staaten finanziert. Seit dem II. Weltkrieg wurden auf diese Weise etwa 6 000 Millionen Dollar Schulden gemacht. Die Zinsbelastung ist inzwischen so gross geworden, dass etwa 70 % der neuen Schulden zur Tilgung und Verzinsung der alten Schulden verwendet werden müssen. Man braucht wohl kaum zu unterstreichen, dass diese Schulden ein ausgezeichnetes Druckmittel in den Händen der imperialistischen Staaten darstellen.

Unmittelbar nach dem Beginn der amerikanischen "Hilfe" wurden die Gesetze, die die Einfuhr vom ausländischen Kapital beschränkten, aufgehoben: Internationale Monopole erhielten so die Gelegenheit, ihre alten Positionen in der türkischen Wirtschaft zurückzuerobern. Heute nach 20 Jahren, befinden sich alle Schlüsselstellungen in ihren Händen.

Neben der völligen Abhängigkeit von den Interessen der internationalen Monopole bedeutete dies auch eine verstärkte Ausbeutung der ohnehin begrenzten Ressourcen unseres Landes: Nach Angaben eines Ministers im Jahre 1971 haben die ausländischen Monopole z.B. in dem Zeitraum 1967-1970 in der Tür-

kei 112,9 Millionen Dollar investiert. Dagegen betrug die Höhe der Profite, die in dem selben Zeitraum ins Ausland transferiert wurden, 121,9 Millionen Dollar.

Die Einordnung unter die aggressiven Pläne des Imperialismus bedeutete zugleich ein Sprunghaftes Ansteigen der Militärausgaben, die mit einem Anteil von mehr als 25 % den grössten Einzelposten in dem Staatshaushalt darstellen. Obwohl die Türkei das ärmste Land der NATO ist, ist sie gezwungen, die zweitgrösste Armee (nach den USA) in der NATO zu unterhalten. Mittel, die dringend zur Entwicklung des eigenen Landes benötigt werden, werden auf diese Weise in den Rachen der imperialistischen Monopole geworfen.

Natürlich zeigt sich die Präsenz der imperialistischen Mächte nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet. Es existieren heute neben den NATO und CENTO Verträgen noch über fünfzig geheime bilaterale Abkommen mit den USA, die diesen weitgehende Rechte in jeder Beziehung einräumen, unter anderem auch das Recht, sich mit ihren Streitkräften in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen.

Es gibt in der Türkei über 100 amerikanische Stützpunkte und andere militärische Einrichtungen, die von ihnen völlig nach eigenem Gutdünken "benutzt" werden. Die Gefahr, dass die Türkei auf diese Weise ohne ihr Wissen in Konflikte mit anderen Staaten hineingezogen wird, ist ausserordentlich gross.

Amerikanische "Berater" sitzen heute in jedem Ministerium und auf jeder Ebene der Streitkräfte an entscheidenden Stellen. Fast die Gesamtheit der Streitkräfte sind einem amerikanischen NATO-General unterstellt. Die berüchtigte türkische Geheimpolizei M.I.T. befindet sich fest unter der Kontrolle des amerikanischen C.I.A.

Die Abhängigkeit vom Imperialismus hat die Entwicklung der Türkei, vor allem ihre rasche und umfassende Industrialisierung, verhindert. Immernoch arbeiten 65 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft. Die herrschenden Klassen haben bis heute eine umfassende Landreform verhindert. Nach offiziellen Schätzungen haben heute etwa 1/3 der Bauernfamilien überhaupt kein Land. Ein weiteres Drittel besitzt nur 1/40 der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, während eine winzige Minderheit von Grossgrundbesitzern, die nur 1/1000 aller Bauernfamilien ausmachen, mehr als 1/5 der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen hält. Das bedeutet, dass die grosse Masse der Bauern täglich um die nackte Existenz kämpfen muss, während eine kleine Schicht von Grossgrundbesitzern wie Märchenfürste leben.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass der Zustrom von den Dörfern in die Städte täglich grösser wird. Das führt zu unübersehbaren sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Bereits heute ist der Anteil der in den Elendsvierteln lebenden Bevölkerung in keiner grösseren Stadt geringer als 40 %, in der Hauptstadt Ankara beträgt dieser

Anteil mehr als 60 %.

Seit 1950 nahm die Arbeitslosigkeit standig zu. Nach amtlichen Aussagen gibt es heute 1,6 Millionen Arbeitslose und 800 000 Arbeiter im Ausland. Es ist jedoch sicher dass die tatsächliche Zahl erheblich höher liegt. Jedes Jahr kommen, ebenfalls nach amtlichen Schätzungen, noch etwa 160 Tausend Arbeitslose hinzu, sodass die Zahl der Arbeitslosen sich in den nächsten 15 Jahren noch erhöhen soll. In dem offiziellen 3.Fünfjahresplan ist für 1987 eine Arbeitslosenzahl von 2 Millionen und 1 Million im Ausland beschäftigte vorgesehen. Damit haben die Herrschenden in der Türkei offen erklärt, dass sie das Problem der Arbeitslosigkeit weder lösen wollen noch können.

Ein ebenso verheerendes Bild bietet sich, wenn man sich die Erziehungs- und Bildungssituation anschaut. Obwohl seit der Gründung der Republik bereits fünfzig Jahre vergangen sind, und obschon die Bekämpfung des Analphabetismus bereits sehr früh zu einem der wichtigsten Zielen der nationalen Politik erhoben wurde, gibt es in der Türkei immer noch über 13 Millionen Erwachsene, die nicht lesen und schreiben können. Diese Zahl nimmt jedes Jahr noch zu, da es immer noch nicht gelungen ist, Schulausbildung für alle Schulpflichtigen zu garantieren. Auch die Ausbildung über die Schulpflicht hinaus, insbesondere die Berufsausbildung kann den Erfordernissen nicht gerecht werden. So müssen jährlich 60 bis 70 Tausend Schüler von den Hochschulen abgewiesen werden, da nicht genügend Studienplätze zur Verfügung stehen.

Eine regelrechte Plage für die arbeitenden Menschen sind die Preissteigerungen geworden, die durch die Rüstaussgaben und die Abhängigkeit vom Ausland verursacht werden. August 1970 wurde die türkische Währung um 66,6 % abgewertet. Am Ende des selben Jahres hatten die Preise für Nahrungsmittel um 20% die der importierten Güter um 60 % zugenommen. Die Preissteigerungen setzten sich auch in den Jahren 1971 und 1972 fort, die Türkei wurde zu einem der Länder mit der höchsten Inflationsrate. Allein im Januar 1973 sind die Preise um 10 % gestiegen. Ein Arbeiter verdient heute in der Türkei durchschnittlich 20-28 türkische Lira täglich, während ein Kilogramm Fleisch von der billigsten Sorte mehr als 30 türkische Lira kostet.

D I E S O Z I A L E N K A M P F E :

Der Anfang des Jahres 1970 war Zeuge von Streiks und Demonstrationen von allen Schichten der Bevölkerung. Man verlangte höhere Löhne, bessere Lebensbedingungen und Beschäftigung. Als Beispiel seien folgende Zahlen zitiert: In den Jahren 1963-66 gab es 175 Streiks mit 26 000 beteiligten. In den Jahren 1967-69 gab es 254 Streiks mit 122 000 Beteiligten. 1970 dagegen haben etwa 2 Millionen sich an Streikaktionen beteiligt. Im Juni 1970 demonstrierten in Istanbul etwa 100 000 Arbeiter gegen ein verfassungswidriges Gewerkschafts-

gesetz, mit dem die Regierung den revolutionären Gewerkschaftsbund (DISK) auflösen wollte. Die Polizei eröffnete unprovokiert das Feuer und ermordete vier Arbeiter. Mehr als 200 wurden verwundet. Die Führer von DISK wurden verhaftet. In Istanbul und Izmit wurde das Kriegsrecht verhängt.

Auf dem Lande nahmen 1970 zehntausende von Bauern an Demonstrationen teil, auf denen sie höhere Preise für ihre Erzeugnisse verlangten und andere soziale Forderungen stellten. In mehreren Provinzen kam es zu spontanen Landbesetzungen durch landlose Bauern. Die Lehrer, organisiert in der grossen Lehrgewerkschaft TÖS, führten im ganzen Land einen dreitägigen Boykott durch. Selbst die Richter des Obersten Kassationshofes und die Professoren von den Universitäten Istanbul und Ankara demonstrierten gegen die Politik der Regierung und gegen den amerikanischen Imperialismus.

In dieser äusserst gespannten sozio-ökonomischen Situation wuchs die Jugend- und Studentenbewegung zu nie dagewesenen Dimensionen. Die Regierung schenkte den Forderungen der Arbeiter, Angestellten, Bauern und Jugendlichen kein Gehör. Im Gegenteil, sie versuchte die friedlichen Demonstrationen und Versammlungen mit Hilfe von bewaffneten Banden, deren Ausbildung, Organisation und Betätigung von der Polizei offen geduldet wurde, zu unterdrücken. Zwischen April 1968 und April 1970 wurden auf diese Weise 40 fortschrittliche Menschen ermordet. Die Täter wurden nie gefunden.

Um den Ansturm der fortschrittlichen Kräfte zu stoppen, hatte der Imperialismus vor allem auf deren Spaltung gesetzt. Entsprechende Pläne des C.I.A. wurden bereits 1967 bekannt. Im Einklang mit diesen Plänen nützten Provokateure und Polizeispitzel geschickt links- und rechtsopportunistische Tendenzen aus, um zwischen die Arbeiter- und Jugendbewegung einen Keil zu treiben. Ein Teil der fortschrittlichen Jugend, insbesondere die studentische Jugend wurde auf diese Weise von der Arbeiterbewegung zunehmend isoliert. Aktionistische Tendenzen gewannen an Einfluss. Terroristische Aktionen, die von einigen Gruppen organisiert wurden, führten zu einer Spaltung der demokratischen und anti-imperialistischen Kräfte und erleichterten das Vorgehen der Reaktion gegen sie.

DER PUTSCH

DER FASCHISTISCHEN GENERALE

Am 12. März 1971 stellten die ranghöchsten Generäle der türkischen Streitkräfte ein Ultimatum an den Staatspräsidenten Cevdet SUNAY und forderten eine "starke Regierung", die die "Anarchie" beenden würde. Der Ministerpräsident Süleyman DEMIREL, Vorsitzender der Gerechtigkeitspartei, der im Parlament eine knappe Mehrheit besass, wurde zu Rücktritt gezwungen.

Eine neue, "überparteiliche" Regierung wurde unter der direkten Kontrolle des Militärs von dem Professor Nihat ERİM ge-

bildet. Ein Monat später, am 27.4.71 wurde über 11 Provinzen der Türkei das Kriegsrecht verhängt. Damit begann in unserem Land eine Welle des Terrors und der Unterdrückung, wie man sie seit vierzig Jahren nicht mehr erlebt hatte.

In dem ganzen Land setzte eine grossangelegte Verhaftungskampagne ein. Zehntausende von fortschrittlichen Bürgern wurden von Militär und von der Geheimpolizei M.I.T. an Hand von früher angefertigten Listen verhaftet und in Kasernen und Gefängnissen zusammengezogen. Gleichzeitig wurden alle demokratischen Rechte und Freiheiten faktisch asserviert. Die Presse und der Rundfunk wurden gleichgeschaltet. Alle fortschrittlichen Verbände und Vereinigungen, insbesondere alle Jugendorganisationen wurden aufgelöst. Dutzende von linken Zeitschriften wurden verboten, ihre Herausgeber wurden verhaftet. Dabei behauptete die von dem Militär eingesetzte Regierung die ganze Zeit, nur gegen terroristische Gruppen vorzugehen. In Wirklichkeit richteten sich aber diese Massnahmen gegen die gesamte demokratische und anti-imperialistische Opposition in dem Lande. Unter dem Vorwand, die Demokratie zu retten, wurde die Demokratie abgeschafft.

DIE VERFASSUNGSÄNDERUNGEN UND DIE

ANTI-DEMOKRATISCHEN GESETZE:

Ein Monat nach der Verkündung des Kriegsrechts legte die Regierung ein umfassendes Programm zur Änderung der Verfassung vor. Die liberale Verfassung von 1961 wurde zu einem "Luxus" erklärt. Durch Änderung von mehr als vierzig Artikeln wurden die demokratischen Rechte und Freiheiten weitgehend eingeschränkt. Da diese Änderungen später ungenügend erschienen, wurde Anfang 1973 die Verfassung zum zweiten Mal geändert.

Die Verfassungsänderungen betrafen folgende Gebiete:

Unverletzlichkeit der Person
Informationsfreiheit
Pressefreiheit
Koalitionsrecht
Recht auf Gründung von Vereinen
Unabhängigkeit der Gerichte, Bildung von Sondergerichten
Erweiterung der Rechte der Regierung gegenüber der Legislative und der Gerichtsbarkeit

Aber auch andere Gesetze, wie z.B. das Gesetz über den Gebrauch von Feuerwaffen durch die Polizei, das Vereinsgesetz, das Wahlgesetz, das Hochschulgesetz, die Verfahrensordnung für zivile und militärische Gerichte wurden grundlegend verändert.

Das gemeinsame Ziel aller dieser Gesetzesänderungen war, wie der Ministerpräsident selbst den Journalisten erläuterte, die Fortdauer der ausserordentlichen Massnahmen auch nach der Aufhebung des Kriegsrechts zu gewährleisten. Mit anderen Worten:

sie sollen die rechtliche Basis der Diktatur stellen.

VERBOT

DER

ARBEITERPARTEI

Eines der Hauptziele der faschistischen Generäle war die Ausschaltung der Arbeiterpartei der Türkei (TIP). Nach ihrer Gründung im Jahre 1961 hatte sich die Arbeiterpartei durch ihr konsequentes Eintreten für die Verwirklichung der demokratischen Grundsätze der Verfassung von 1961, für die Rechte der Arbeiter und der Bauern, für die nationale Unabhängigkeit und für den Sozialismus einen besonderen Platz in dem politischen Leben der Türkei errungen.

Es ist der opfervollen Arbeit dieser Partei zu verdanken, dass die breiten Arbeiter- und Bauernmassen der Türkei sich zu einer bewussten politischen und sozialen Kraft entwickelten. Ihr Einfluss reicht jedoch über diesen Kreis hinaus. Durch ihre Arbeit innerhalb und ausserhalb des Parlaments, durch ihr Eintreten gegen NATO und die Geheimabkommen mit den USA, gegen die ausländischen Monopole und ihre Lakaien im Inland, durch ihren Kampf gegen die faschistischen Gesetzesparagrafen hatte sie die Sympathien aller demokratischen und fortschrittlicher Bürger unseres Landes gewonnen.

Mit dem Verbot der Arbeiterpartei hofften die Machthaber die wichtigste Kraft des Widerstandes gegen die Diktatur, die organisierte Arbeiterbewegung, auszuschalten. Das Verbot wurde mit "Gefährdung der nationalen Einheit" begründet: Die Arbeiterpartei habe die Nation "spalten wollen", da sie sich gegen die Verfolgung der kurdischen Bürger unseres Landes gestellt und für die demokratischen Rechte des kurdischen Volkes eingesetzt habe.

Nach dem Verbot der Arbeiterpartei wurden ihre Vorsitzende, die 63 jährige Frau Behice BORAN und der gesamte Parteivorstand vor ein Militärgericht gestellt und zu Gefängnisstrafen von 8 bis 15 Jahren verurteilt.

Die rechtswidrigkeit dieser Urteile geht schon aus der Tatsache hervor, dass in dem Prozess als Belastungsmaterial die Satzung und das Programm der Arbeiterpartei herangezogen wurden, obschon diese bereits seit mehreren Jahren in Kraft waren und von keinem zivilen Gericht je beanstandet worden sind.

Die Vertreter der Arbeiterpartei haben auch vor dem Gericht die Ideale der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Sozialismus verteidigt und die faschistische Diktatur verurteilt. Sie bewiesen so erneut, dass die Arbeiterklasse durch Terror und Unterdrückung nicht eingeschüchtert werden kann.

HINRICHTUNGEN UND TODESURTEILE

Am 6. Mai 1972 wurden in Ankara drei junge Männer (Deniz Gezmiş, 25 Jahre alt, Hüseyin İnan, 23 Jahre alt und Yusuf Aslan, 25 Jahre alt) hingerichtet. Die Hinrichtungen erfolgten auf Grund eines Urteils des Militärgerichts von Ankara trotz einer weltweiten Protestkampagne. Selbst in der Türkei, unter der ständigen Bedrohung des Kriegsrechts und der Geheimpolizei, wurden über 21 000 Unterschriften gegen die Todesurteile gesammelt. Zahlreiche Organisationen und namhafte Persönlichkeiten sprachen sich gegen die Todesurteile aus. Die Machthaber in Ankara liessen jedoch ungeachtet der Proteste die Todesurteile vollstrecken.

Den Hingerichteten legte man zur Last, eine Geheimorganisation mit dem Ziel des gewaltsamen Umsturzes gebildet zu haben. Der eigentliche Grund für ihre Hinrichtung war aber, dass diese in den letzten Jahren als Führer der anti-imperialistischen Jugend- und Studentenbewegung sehr bekannt geworden waren und die faschistischen Generäle an ihnen ein Exempel statuieren wollten. Durch ihre Hinrichtung sollte die Jugend und die fortschrittlichen Kräfte des Landes eingeschüchtert werden.

Obwohl die Militärdiktatur die drei jungen Kämpfer ermordete, konnte sie ihr Ziel nicht erreichen. Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan haben sowohl während den Gerichtsverhandlungen, wie auch später vor ihren Henkern stets gezeigt, dass sie ihre revolutionären Ideale hochhalten und vor dem Tod nicht wanken. Ihr Opfermut wurde zu einem leuchtenden Beispiel für alle.

Die faschistischen Generäle in der Türkei fordern noch mehr Menschenleben. Es soll nicht bei drei Hinrichtungen bleiben. Von den Militärgerichten werden laufend neue Todesurteile gefällt. Es sind bereits mehrere Dutzend Personen aus politischen Gründen zum Tode verurteilt worden.

Dort wo es die Gelegenheit hat, ermordet das Regime auch ohne Todesurteile. So wurden bis heute mehr als zwei Dutzend Menschen wegen "Widerstand zur Staatsgewalt" von den "Sicherheitskräften" erschossen.

FOLTERUNGEN AN GEFANGENEN

Seit dem Putsch vom 12.3.71 und insbesondere seit der Ausrufung des Kriegsrechts werden in der Türkei die politischen Häftlinge massenhaft gefoltert.

Die Folterungen werden von "Spezialisten" systematisch und

unter medizinischer Überwachung durchgeführt. Die am häufigsten benutzten Foltermethoden sind:

Physische Folterungen:

- 1.) Prügel mit Gummiknüppeln, Schlagstöcken, Gewehrkolben
- 2.) Bastonade (Schläge auf die nackten Fusssohlen mit Gummiknüppeln, Drahtpeitschen oder Holzstöcken)
- 3.) Ausreissen der Hand- und Fussnägel
- 4.) Verbrennen der Hand- und Fussnägel mit Zigarettenstummeln
- 5.) Folterung durch elektrischen Strom (meistens an Zehen oder Fingern, Ohren und Geschlechtsorganen)
- 6.) Das Einführen von Eisenstäben und Gummiknüppeln in die Vagina oder in den After.

Psychische Folterungen:

- 1.) Ständige Drohungen oder Beleidigungen
- 2.) Erpressung mit der Drohung, die Angehörigen des betreffenden Gefangenen (z.B. Kinder, Ehefrau oder Mutter) zu foltern.
- 3.) Der Häftling wird gezwungen, die Folterung von anderen Gefangenen mitanzusehen. Oder, er muss die Schreie der Gefolterten mitanhören. Oft werden diese Schreie auch auf Tonband aufgenommen und den Häftlingen ständig vorgespielt.
- 4.) Die Gefangenen bekommen nichts zum Essen und Trinken und dürfen nicht schlafen.
- 5.) Die Frauen werden den Soldaten und Offizieren nackt vorgeführt, oder sie werden vergewaltigt.

Die Folterungen werden durch eine speziell zu diesem Zweck ins Leben gerufene geheime Unterorganisation (sie nennt sich selbst "Gegen-Guerilla-Organisation") der türkischen Geheimpolizei M.I.T. vorgenommen. Diese hat in verschiedenen Grossstädten des Landes geheime Stützpunkte errichtet, die als private Villen getarnt sind und in denen die Opfer tagelang, manchmal wochenlang gefoltert werden. Nach öffentlichen Beteuerungen der Minister "arbeitet" diese Organisation ebenso wie die Geheimpolizei M.I.T. völlig unabhängig von der Regierung. Sie bildet regelrecht einen Staat im Staat. Auf diese Weise ist jede Möglichkeit einer rechtlichen Untersuchung von bekanntgewordenen Folterungen von vorneherein ausgeschlossen.

Die Folterungen werden massenhaft durchgeführt. Rechtsanwältinnen sind bis jetzt etwa 500 Fälle von Folterungen bekannt geworden. Es existieren im Ausland mehr als 100 handgeschriebene und unterschriebene Berichte von Gefolterten, die aus den Gefangnissen heraus geschmuggelt worden sind.

Die Militärbefehlshaber haben in ihrem Erlass Nr. 50 vom 4.2.73 verboten, über Folterungen zu berichten. Damit haben sie einerseits offen zugegeben, dass Folterungen tatsächlich durchgeführt werden. Gleichzeitig haben sie auch bewiesen, dass sie sich von der Reaktion der Öffentlichkeit auf ihre Schandtaten fürchten.

Es werden heute in der Türkei nicht nur "Verdächtige" die man zu einem Geständnis zwingen will, gefoltert, sondern auch

deren Bekannte und Verwandte sowie die Bekannten ihrer Bekannten und die Verwandten ihrer Verwandten. Mit dieser Politik verfolgt man augenscheinlich das Ziel, die fortschrittlichen Kräfte einzuschüchtern und zu demoralisieren.

T E R R O R G E G E N D I E K U R D E N

Das kurdische Volk, das in den östlichen und südöstlichen Gebieten der Türkei die Mehrheit bildet, hat seit der Gründung der Republik eine harte Unterdrückungspolitik ertragen müssen. Seine Sprache, seine Kultur wurden verfolgt, es wurde zur Unwissenheit verdammt. In den Jahren 1925, 1931 und 1938 wurden hundert tausende von Kurden ermordet. Hunderttausende wurden zwangsweise umgesiedelt. Die offizielle Ideologie leugnet heute die Existenz des kurdischen Volkes überhaupt.

Obwohl die Verfassung von 1961 jegliche Diskriminierung auf Grund rassistischer, religiöser oder sprachlicher Unterschiede untersagte, wurden die kurdischen Bürger unseres Landes auch nach 1961 in der Wahrnehmung ihrer elementarsten Rechte gehindert. In den Jahren nach 1965 organisierten kurdische Demokraten im kurdischen Gebiet mehrere Kundgebungen und Demonstrationen, auf denen die Unterdrückungspolitik verurteilt und die Achtung der nationalen und demokratischen Rechte verlangt wurde. Diese Kundgebungen wurden von den fortschrittlichen Kräften des Landes unterstützt. Die Regierung aber beantwortete diese berechtigten Forderungen mit neuen Verfolgungen.

Sondereinheiten der Armee, genannt "Kommandoeinheiten", wurden in dieses Gebiet geschickt, wo sie sich wie Besatzungstruppen benahmen. Die Bevölkerung wurde terrorisiert, mehrere Menschen wurden ermordet. Es wurden regelrechte Überfälle auf die kurdischen Dörfer und Städte veranstaltet. Die Männer wurden öffentlich der Bastonade unterzogen, die Frauen wurden gezwungen, sich in aller Öffentlichkeit auszuziehen und wurden nackt den Soldaten und den Dorfbewohnern vorgeführt. Man wollte auf diese Weise die Kurden zu einem bewaffneten Aufstand provozieren, um danach ein Blutbad inszenieren zu können.

Die demokratische Presse berichtete über diese Ereignisse, die kurdischen Demokraten, die demokratischen Organisationen unseres Landes protestierten bei der Regierung, beim Parlament und bei dem Staatspräsident. Doch die Proteste wurden nicht beachtet, die Regierung bezeichnete die Ausschreitungen der Kommandoeinheiten als normale Polizeiaktionen gegen Räuberbanden.

Die Gefahr eines angeblichen kurdischen Aufstandes war einer der Vorwände, die die Militärs für ihre Machtergreifung benutzten (und dabei soll es ja gar keine Kurden in der Türkei geben!). Bis heute sind sie jedoch die Beweise für diese

Behauptung schuldig geblieben. Die kurdischen Demokraten, die 1970 gegen die Kommandoeinheiten protestierten, wurden jetzt von Militärgerichten zu Gefängnisstrafen zwischen 8 und 16 Jahren verurteilt. Die Arbeiterpartei der Türkei wurde verboten, weil sie sich für die Einheit der türkischen und kurdischen Arbeiter und für die Respektierung der nationalen und demokratischen Rechte des kurdischen Volkes eingesetzt hatte. Heute müssen die kurdischen Bürger unseres Landes in einer Atmosphäre des schlimmsten Terrors, wo selbst die blosse Benutzung der kurdischen Sprache wie ein Verbrechen verfolgt wird, leben.

T E R R O R U R T E I L E

D E R

M I L I T Ä R G E R I C H T E

Ein weiteres Mittel zur Unterdrückung und Einschüchterung der demokratischen und anti-imperialistischen Kräfte sind die Militärgerichte, die unter dem Kriegsrecht gebildet worden sind. Obwohl das Zustandekommen dieser Militärgerichte durch das Verfassungsgericht in einer Entscheidung vom 16.2.72 als verfassungswidrig bezeichnet worden sind, fahren sie immernoch fort, ihre Terrorurteile zu fällen.

Neben den zahlreichen Todesurteilen, die sie bis jetzt gefällt haben, haben diese Militärgerichte durch ihre Urteile die Presse- und Informationsfreiheit praktisch völlig beseitigt. Journalisten, Schriftsteller, Publizisten und Wissenschaftler werden allein wegen einem Aufsatz oder einem Buch zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Hier einige Beispiele:

Nach dem Verbot der Lehrgewerkschaft (TÖS), die eine der grössten Gewerkschaften des Landes war, wurden ihre führenden Funktionäre vor ein Militärgericht gestellt. Die Anklage lautete auf Gründung einer Geheimorganisation zum Zwecke des Umsturzes. Obwohl diese Behauptung nicht bewiesen werden konnte, erhielten die Angeklagten Gefängnisstrafen zwischen 8 und 10 Jahren.

Professor Mümtüz SOYSAL, früherer Dekan der Fakultät für Politische Wissenschaften der Universität Ankara, der bei der Erarbeitung der Verfassung von 1961 massgeblich beteiligt war, wurde wegen seinem Lehrbuch, "Einführung in die Verfassung" zu 6 Jahren und zu 8 Monaten Gefängnis mit anschliessender Verbannung und zu lebenslänglicher Verlust seiner Bürgerrechte verurteilt. Grund: Er soll in dem 1967 geschriebenen und seitdem an allen Hochschulen benutzten Lehrbuch "kommunistisches Propaganda" gemacht haben.

Der Verteidiger von Professor Mümtüz Soysal, Professor Uğur ALACAKAPTAN, früherer Dekan der Juristischen Fakultät der

Universität Ankara, wurde zu 6 Jahren und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Publizist Muzaffer Erdost wurde wegen Übersetzung und Herausgabe von drei Büchern zu insgesamt 22 Jahren und 6 Monaten Gefängnis mit anschliessender Verbannung für insgesamt 9 Jahre verurteilt.

Der Verleger Süleyman EGE wurde wegen 4 Büchern, die er herausgegeben hatte, zu insgesamt 30 Jahren Gefängnis und 12 Jahren Verbannung verurteilt.

Çetin Altan, früherer Abgeordneter der Arbeiterpartei und ein äusserst populärer Journalist, wurde jetzt zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Grund: Ein Zeitungsartikel mit der Überschrift "Der 50. Jahrestag der Sowjetrevolution", den er 1967 geschrieben hatte.

Mete Dural, Herausgeber einer Zeitung (Öncü İşçi), wurde wegen verschiedenen Zeitungsartikeln zu 7 Jahren und 6 Monaten verurteilt.

Mit der Aufhebung des Kriegsrechts sollen neue Sondergerichte, genannt "Staatsicherheitsgerichte", an die Stelle der Militärgerichte treten. Die Richter dieser Sondergerichte werden sich aus zivilen und militärischen Richtern zusammensetzen, die die Regierung ernennen wird. Auch hier zeigt es sich, dass der Imperialismus und die herrschenden Klassen in der Türkei sich nicht auf die zivilen Gerichte verlassen können, da die grosse Masse der Richter demokratisch gesinnt ist.



AUFRUF DES NATIONALEN KOMITEES DER TÜRKEI FÜR DIE X. WELTFESTSPIELE DER JUGEND UND STUDENTEN

Vom 28. Juli bis 5. August 1973 finden in Berlin, der Hauptstadt der DDR, die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für "Anti-imperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" statt.

Der Terror des Militärregimes in unserem Land, wo über zwei Jahre das Kriegsrecht herrscht, hat die Jugend- und Studentenorganisationen der Möglichkeit beraubt, sich frei an den Weltfestspielen zu beteiligen. Trotz alledem ist unsere Jugend, die einen harten Kampf um nationale Unabhängigkeit und Demokratie führt, Teil der Weltjugend, die sich in den X. Weltfestspielen trifft. Unter diesen Bedingungen haben wir das "Nationale Komitee der Türkei für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten" konstituiert, wo junge Arbeiter, Studenten und Intelligenz aus der BRD, Westberlin, Frankreich, England, Schweden, Schweiz und Österreich, sowie junge Patrioten, die wegen politischer Repressionen die Türkei verlassen mussten, vertreten sind.

Das Nationale Komitee der Türkei ruft die arbeitende und lernende Jugend im In- und Ausland auf, entsprechend dem Aufruf des Internationalen Vorbereitungskomitees die X. Weltfestspiele vorzubereiten.

Das Ziel des Festivals ist die Durchsetzung der Aktionseinheit der Jugend und Studenten der Welt im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Freundschaft und Solidarität.

Das Nationale Komitee der Türkei ruft die junge Generation unseres Landes auf, für folgende Forderungen, die ihre heutigen und zukünftigen Interessen darstellen, ihren Kampf zu verstärken und ihre Kräfte zu vereinen:

- Für eine menschenwürdige Zukunft durch Beendigung der Abhängigkeit vom Imperialismus und Wiederherstellung der Souveränität unseres Landes,

- Schluss mit dem Militärregime - Aufhebung des Kriegsrechts,
- Für die demokratischen Rechte und Freiheiten,
- Freilassung der gefangenen Jugend und aller politischen Gefangenen, die physisch oder psychisch gefoltert werden,
- Aufhebung der Todesurteile,
- Freie Betätigung der Jugend- und Studentenorganisationen, sowie aller demokratischen und progressiven Organisationen,
- Für Wahlen unter demokratischen Voraussetzungen,
- Schluss mit jeglicher nationalen Ungleichheit, Schluss mit

Rassismus; für die Freundschaft und Solidarität des türkischen und kurdischen Volkes,

- Gleichberechtigung der Jugend,
- Schluss mit Kinderarbeit; für die Brechung der Bildungsprivilegien,
- Berufsausbildung für alle jungen Menschen,
- Für eine antiimperialistische und demokratische Bildung,
- Für den Schutz der Gesundheit der Frauen und Kinder; für eine

ausreichende Ernährung;

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit,
- Für das Wahlrecht mit 18 Jahren,
- Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen.

Das Nationale Komitee der Türkei erklärt die Solidarität unserer Jugend mit dem heldenhaften Kampf der Völker Vietnams, Laos', und Kambodschas, mit den Völkern, die für Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfen, mit den Völkern, die gegen Faschismus, für Demokratie und Freiheit kämpfen, und fordert zur Unterstützung der Europäischen Sicherheitskonferenz, sowie aller Aktivitäten, die zur Stärkung des Friedens in Europa dienen.

Unsere Jugend und Studenten, die für eine unabhängige und demokratische Türkei, für ihre ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte kämpfen, werden die X. Weltfestspiele vorbereiten, indem sie ihren Kampf verstärken, ihre Kräfte vereinen und die Ideen und Ziele des Festivals verbreitern.

VORWÄRTS FÜR ANTIIMPERIALISTISCHE SOLIDARITÄT, FRIEDEN UND FREUNDSCHAFT!

Nationales Komitee der Türkei für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

1 Berlin 21, Turmstr. 20 WESTBERLIN



Herausgeber und verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Ali Söylemezoğlu, 8000 München 19, Winthirstrasse 13 a
Verlag-Druck Westberlin, 1 Berlin 31, Pfalzburger Str. 20

A. Söylemezoglu

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Committee for Peace and Freedom

Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşti û Rizgari Tirkîye



JANUAR 1979

TÜRKKEI HEUTE



Protest in Frankfurt und Dortmund: Die deutschen Behörden nahmen die faschistischen Aktivitäten gelassen hin

Gewerkschafter demonstrieren gegen den Auftritt des Faschisten Türkeş in der Bundesrepublik

Endlich verbieten

„Wir sind keine Faschisten. Wir sind genauso gegen den Faschismus wie gegen den Kommunismus. Wir sind die freiheitlichen Demokraten. Denn wir sind die „Grauen Wölfe“. Zum Mindesten der letzte Satz war das einzige, was an der Rede von Alparslan Türkeş, seines Zeichens Führer der faschistischen „Partei der nation-

alistischen Bewegung“ und Führer der „Killerkommandos Graue Wölfe“, stimmte, als er am 30. Oktober in der Dortmunder Westfalenhalle zu 10 000 seiner Anhänger sprach. Wäre es nach Türkeş, seinen Anhängern und den deutschen Behörden gegangen, so hätte Türkeş ungehindert reden können, ob in Dort-

mund, Berlin oder Frankfurt. Erst den energischen Protesten der „Fİ-DEF“, der „Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD“, und besonders des DGB und der IG Metall, war es überhaupt zu verdanken, daß auf das Treiben der türkischen Faschisten aufmerksam gemacht wurde.

Ferdinand Koob, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte das Verbot der Veranstaltungen und äußerte seine Bedenken darüber, daß die Bundesregierung, die sonst politische Aktivitäten studentischer Gruppierungen genau überwacht, in diesem Fall die faschistischen Aktivitäten offenbar gelassen hinhinnehme.

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

A.2.ölm-e-5092

TÜRKİYE BAKI VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ



European Committee for Freedom and Peace
European Committee for Peace and Freedom
Comité Européen des Libertés pour la Paix et la Liberté
Komitey Asya Özgürlük Türkiye

YANVAR 1978

İNHALT

PROTESTAKTIONEN GEGEN DEN TÜRKES BESUCH	1
Hintergründe	2
Eine Herausforderung	3
DIE FASCHISTISCHE ESKALATION IN DER TÜRKEI HÄLT AN	6
Die schreckliche Aussage	8
DIE RECHTSOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK DER REGIERUNG	10
ANTIDEMOKRATISCHE PRAKTIKEN DER ECEVIT-REGIERUNG (I)	11
DER PROZESS GEGEN DAS PROGRAMM DER KPdT	12
141-142 sind gegen die Verfassung	13
Die Verteidigung von A.Taştan	15
Weltweite Solidarität	19
ANTIDEMOKRATISCHE PRAKTIKEN DER ECEVIT-REGIERUNG	23
AP-KONGRESS	24
Schutzherren der MHP und Türkeş	25
BERICHT ÜBER MHP	25
Vorbild ist das Nazi-Reich	26
WIDERSTAND GEGEN DIE FASCHISTISCHE ESKALATION	27
Aufruf der KPdT	29
AUSSENPOLITIK	29
Türkisch-sowjetische Beziehungen	31
Der Besuch der sowjetischen Flotte	32
WIRTSCHAFTLICHE LAGE	32
Verstärkte Druck des Imperialismus	33

Heftige Protestaktionen gegen den Türkeş-Besuch

Der Vorsitzende der "Nationalistischen Bewegungspartei" (MHP) und der Führer der faschistischen Killerkommandos Alparslan Türkeş kam am 28.10.78 nach West-Berlin. Danach erschien er am 30.10.78 in der Dortmunder Westfalenhalle. Seine beiden hetzerischen und gleichzeitig herausfordernden Auftritte stiessen auf entschlossene Protestaktionen der türkischen und deutschen progressiven Kräfte.

West-Berlin: "Der schon von der Gestapo geschätzte Türkeş, Vorsitzender der faschistischen "Partei der nationalistischen Bewegung" (MHP), liess seinen Partei-Vize Gün Sazak sich eine besondere Freude daraus machen, in der "Neuen Welt" die CDU-Abgeordneten Eckard Lindemann, Ulrich Brinsa und den Steglitzer CDU-Chef Hans Joachim Lange zu begrüßen. Türkeş schloss die Veranstaltung, wie üblich, mit dem Führer-Gruss." (ÖTV-Dialog, Dezember 1978)

An der Demonstration, zu der der Studentenverein der aufgerufen hatte, nahmen tausende von Arbeitern und Studenten teil. Diese Demonstration, die wegen der Geheimhaltung des Türkeş-Besuchs in zwei Tagen vorbereitet werden musste, hat die Entschlossenheit der fortschrittlichen Kräfte in West-Berlin, Türkeş 'raus zu jagen, tatkräftig bezeugt. Die Geheimhaltung der Türkeş-Reise deckt ausserdem die klassische Angst der Faschisten vor den breiten Massenaktionen auf.

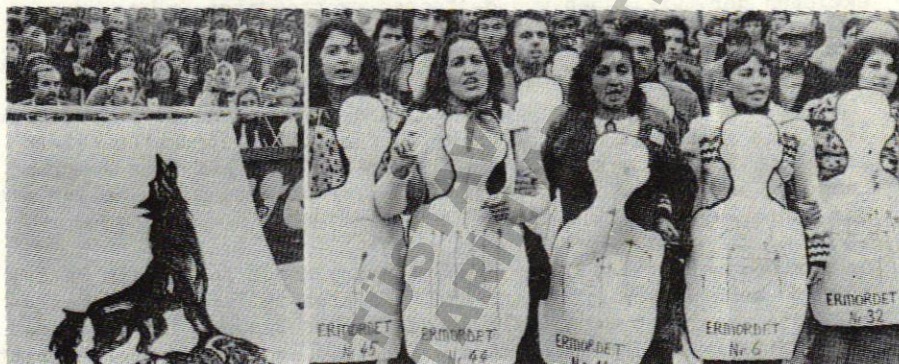
Dortmund: Zu einer massenhaften Dortmunder-Demonstration gegen den Faschisten-Führer Türkeş rief die FIDF auf (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD); der DGB Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, IG Chemie und IG Metall Landesvorstände protestierten gegen das Auftreten Türkeş.

Nach den Angaben des Verantwortlichen der Dortmunder Westfalenhalle hatten die Faschisten die Halle angeblich für einen "Kultur- und Folklorabend" zu 30.000 gemietet. Die Proteste aber der oben genannten Organisationen wurden von den zuständigen Behörden und Innenminister Hirsch übergangen.

"Herrmann Heinemann, SPD-bezirksvorsitzender und geschäftsführer der Westfalenhalle, der über "arglistige Täuschung" durch seine sonntäglichen Mieter klagt, wird angesichts massiver Proteste aus partei- und gewerkschaftswohle in Zukunft weniger blauäugig reagieren, wenn ein unbekannter "Kulturverein" die Mammuthalle für ein bisschen Folklore zu nutzen beabsichtigt." (zitiert aus "Druck und Papier" vom 20.11.78)

Der Hetzkampagne des alten Nazi-Agenten Türkeş wurde in Frankfurt ein Riegel vorgeschoben. Der DGB-Landesvorstand Hessen und die IG-Metall riefen zu einer grossen Demonstration auf, an der auch FIDEF-Vereine massenhaft teilnahmen.

"...In Dortmund demonstrierten 3000, in Frankfurt 4000 Türken und Deutsche gemeinsam gegen Alpaslan Türkeş. Sie forderten das Verbot der "MHP", der "Grauen Wölfe" und ihrer Tarnorganisationen in der Bundesrepublik; in Frankfurt musste daraufhin Türkeş seinen Auftritt absagen. Bedauernd zuckten die deutschen Behörden die Schultern und meinten, dass sie nichts über Alpaslan Türkeş und seine faschistische Partei MHP wüssten." (Entnommen der IG-Metall Zeitschrift Nr.23, 15.11.78)



IN DORTMUND DEMONSTRIERTEN TAUSENDE GEGEN DEN TÜRKEŞ AUFTRITT.

"...An die bereits geschehenen Morde in Istanbul, Ankara und Anatolien erinnerten die Demonstranten mit umgebundenen Zielscheiben auf dem Leib. Sie haben Angst, dass der Türkeş-Auftritt - vor ein Paar Wochen hatte er sich in Ulm offen zum Faschismus bekannt, am Vortag in Berlin seine fanatischen Anhänger aufgestachelt - Auftakt sein soll zu einem noch brutaleren Vorgehen der "Grauen Wölfe" gegen Gewerkschafter und Sozialisten auch in der Bundesrepublik." (zitiert aus "Welt der Arbeit" vom 9.11.78)

Hintergründe

Warum kam Türkeş in die BRD und nach West-Berlin? Was steckt dahinter?

Mit dem Frankfurter Zusammentreffen der 64 faschistischen Vereine am 17.-18.Juni dieses Jahres hat eine Sammlungs- und Stärkungs-bewegung begonnen. Der letzte Besuch von Türkeş hängt unmittelbar mit der Stärkung und Organisierung der "Grauen Wölfe" in Europa zusammen.

Die Organisierung und verschärfte Aktivierung der Faschisten wird die Übertragung der blutigen Terrorwelle in der Türkei nach Europa, insbesondere in die BRD und West-Berlin erleichtern. Denn für Türkei liegt es nahe, gegen die türkischen Arbeitern in der BRD, die eine antifaschistische Weltanschauung besitzen, kriegsartige Auseinandersetzungen und Terroraktionen zu entfachen. Es ist also nichts anderes als die bewusste Vorbereitung oder ein ernster Schritt zum Terror gegen Demokraten aus der Türkei.

"Hintergrund ist, dass nach den ersten, viel zu lauen Versuchen des "sozialdemokratischen" CHP-Regierenden Ecevit, gegen die faschistischen vorzugehen, viele verfolgte, oder sich so fühlende "Wölfe", die Türkei verlassen und die Ausbildung der Kommandos verstärkt ins Ausland verlagert wird.

Zum Hintergrund gehört auch, dass die MHP in der Türkei immer mehr isoliert ist. So sagte der Vize, der vor kurzem der MHP noch sehr nahestehenden, fanatisch-religiösen rechten "Nationalen Heilspartei" (MSP), Şevket Kazan, vor ein paar Tagen: "Die Institutionen, die hinter rechten Organisationen stehen, werden von der CIA unterstützt." "(Extra Dienst, 3.11.78).

Ein weiterer Grund dieses skandalösen Besuches sind die Bemühungen Türkei um die Aufrechterhaltung der "guten" Beziehungen zu den CDU-CSU-Spitzenpolitikern. Die grausame Politik der "Grauen Wölfe" braucht Unterstützung in der BRD und West-Berlin.

"Beim Türkei-Jubel am Samstag in der "Neuen Welt" in Westberlin waren ausser den rund 1000 türkischen Fanatikern anwesend:

- Eckard Lindemann, CDU-Abgeordneter aus Charlottenburg
- Ulrich Brinsa, CDU-Abgeordneter aus Reinickendorf, immer mal wieder um die innere Sicherheit anderer Leute bemüht,
- Hans-Joachim Lange, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz.

Lindemann und Lange sind im Anwaltsbüro des CDU-MdA Karl-Heinz Schmitz-südkoreanischer Ehrendoktor, "Es müssen mehr Polizisten auf die Berliner Strassen" beschäftigt." (Extra Dienst, Nr.88)

Eine Herausforderung

Dieser Besuch, der die Faschisten in der BRD und in West-Berlin ermunterte ist eine gewagte Herausforderung an türkische und deutsche Demokraten. Die Dortmunder Kraftprobe mit 8000 Menschen (die aus verschiedenen Orten der BRD nach Dortmund kamen) muss eine Warnung für die verantwortlichen Politiker in der BRD sein.

-Alle faschistischen Organisationen der "Grauen Wölfe", auch Tarnorganisationen wie Ideen-Vereine und Koran-Schulen, müssen verboten werden.

-Alle militanten Mitglieder dieser Organisationen müssen ausgewiesen werden.

-Asylsuchende Faschisten müssen abgewiesen werden.

"...Diese Liste (gemeint Morde der Faschisten) lässt sich fortsetzen und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch Alpaslan Türkeş endlich vor Gericht steht. Deshalb glaubt er, in der Bundesrepublik Unterstützung zu finden, insbesondere bei seinen Freunden von der CDU/CSU. Sein Ziel, so wird in Ankara erklärt, ist es, dass seine faschistischen Killer und Parteifreunde als "politisch Verfolgte" Asyl erhalten. Aber nicht nur wegen dieser Versuche gilt es, den Widerstand gegen die türkischen Faschisten von Alpaslan Türkeş zu organisieren. Alpaslan Türkeş oder seine Gesinnungsgenossen dürfen keine Chance mehr erhalten, in der Bundesrepublik aufzutreten.

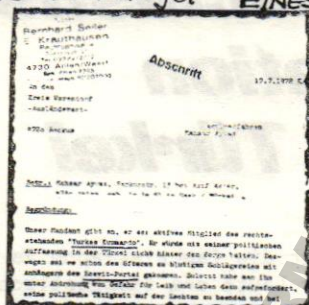
An der Zeit ist es auch, die Tarnorganisationen der MHP, die "Kulturvereine" und "Idealistenvereinigungen" in der BRD zu verbieten. Denn, so Ferdinand Koob (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall) "dieselben Leute, die in der Türkei für blutige Überfälle verantwortlich sind, wollen jetzt ihre faschistischen Aktivitäten in der Bundesrepublik fortsetzen." (zitiert aus "IG-Metall Zeitschrift" vom 15.11.78)



"FASCHIST TÜRKES 'RAUS', "GRAUE WÖLFE MÜSSEN VERBOTEN WERDEN"
SO SCHRIEN HUNDERTE VON DEMONSTRANTEN IN WEST-BERLIN GEGEN
DEN FASCHISTEN-FÜHRER TÜRKES.

AM 16.11.78 Veröffentlichte "Cumhuriyet" den ASYLANTRAG
EINES KOMMANDOS

Sığınma hakkı isteyenler "Türkesçi Komandoları" dediler



Komando Mahzar az adına Notar'in düzenlediği belge

Federal Almanya'dan sığınma hakkı isteyen komandolar, kendilerinden sağ siyasal eylemlerine son vermeleri ve sol eylemciler arasında yer almaları istendiği için Türkiye'yi terk ettiklerini ileri sürüyor.

NOTAR

Bernhard Seiler
E KRAUTHAUSEN
Rechtsanwälte
Gerichtsstr. 20
An den
Kreis Warendorf
-Ausländeramt-

ABSCHRIFT

17.7.1978

4720 Beckum

Asylverfahren
Mahzar Ayvaz

Betr.: Mahzar Ayvaz, Harkost.13 bei Akif Akyar
4730 Ahlen, geb. 10.10.1951 in Usak/Türkei

Begründung:

Unser Mandat gibt an, er sei aktives Mitglied des rechtsstehenden "Türkes Kommando". Er würde mit seiner politischen Auffassung in der Türkei nicht hinter dem Berge halten. Deswegen sie es schon des öfteren zu blutigen Schlägereien mit Anhängern der Ecevit-Partei gekommen. Zuletzt habe man ihm unter Androhung von Gefahr für Leib und Leben dazu aufgefordert, seine politische Tätigkeit auf der Rechten zu beenden und bei

Dieser Antrag auf Asyl wurde vom Notar Bernhard Seiler ausgestellt. In dieser Weise versuchen sehr viele "Graue Wölfe" in der BRD Unterkunft zu finden. Diese Kommandos werden in der Türkei steckbrieflich gesucht, wegen ihrer Teilnahme an unzähligen Mord- und Terroraktionen. Diese Realität muss für die zuständigen Behörden und für die Öffentlichkeit eine Warnung sein. Denn diese Verbrecher sind nicht nur für die Demokraten aus der Türkei gefährlich.

Die faschistische Eskalation in der Türkei hält an

In der Türkei nimmt die faschistische Eskalation zu. Tagtäglich fallen 5-7 und sogar mehr Leute dem faschistischen Terror zum Opfer. Die Graue Wölfe, MHP Faschisten, erschiessen die Leute auf offener Strasse, legen Sprengstoff an Gebäuden von CHP, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Schulen, Universitäten, Postämtern. Einige Schlagzeilen der türkischen Zeitungen verdeutlichen diesen Zustand:

- 5 Verletzte, 3 Tote in Istanbul (Cumhuriyet, 30.11.78)
- In Adana wurden ein Arbeiter, in Istanbul 2 Ingenieure und in Diyarbakır ein Lehrer getötet. (Cumhuriyet, 24.11.78)
- In vier Städten wurden 4 Menschen getötet. (Cumhuriyet, 28.11.78)
- In Urfa wurden 4, in Ankara 2 Menschen getötet, in Izmir ein Polizist schwer verletzt. (Hürriyet, 30.11.78)
- In Diyarbakır und Kilis wurden 2 Studenten, in Samsun ein Arbeiter, in Adana ein Polizist getötet. (Cumhuriyet, 2.12.78)
- In Elazığ wurden 5 Menschen getötet. (Cumhuriyet, 6.12.78)



**EIN GRAUSAMER MORD DER FASCHISTEN. DIE LEICHE WURDE AM 4.11.78
IN ISTANBUL AUFGEFUNDEN.**

Beispiele für Terror- und Mordaktionen der Grauen Wölfe

- In Ankara wurden 7 Mitglieder der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) in der Nacht vom 9.10.78 im Schlaf überfallen. Sie wurden zuerst grausam gefoltert, dann in verschiedener Weise erschossen (wie Schiessen in den Mund) oder erwürgt.
- Zahlreiche IGD-Mitglieder (Fortschrittlicher Jugendverband) wurden im November heimtückisch ermordet. Darunter die Vorsitzenden der Grundorganisationen der IGD in Adana und Trabzon Hüseyin Güzel und Yaşar Yagcı, in Düzce Önder Alkan.
- Die Büros von zahlreichen demokratischen Organisationen, darunter der CHP, IGD, Gewerkschaften wurden in Brand gesteckt oder gesprengt. Das Büro von CHP in Manisa, IGD-Büros in Istanbul/Aksaray, Siirt, TÖB-DER Konya und zahlreiche anderer Organisationen und Privatbüros von Rechtsanwälten etc. wurden angegriffen.
- Besonders in der letzten Zeit nahmen die Terroranschläge der MHP-Kommandos gegen die demokratischen Persönlichkeiten, insbesondere gegen Professoren und Journalisten zu:
 Prof. Karafakioğlu (Dekan des Institutes für Elektrotechnik an der TU-Istanbul) wurde auf offener Strasse von zwei Kommandos erschossen.
 Prof. Necdet Bulut (Direktor des Computerzentrums an der Universität am Schwarzen Meer in Trabzon) von Kommandos am 26. 11.78 erschossen.

So stieg die Zahl der von Faschisten ermordeten Lehrkräfte auf drei.

- Bedri Koraman (Karikaturist der liberalen Tageszeitung "Milliyet") am 18.11.78 und Melih Aşık von der Tageszeitung "Günaydın" wurden von faschistischen Killertruppen überfallen. Sie wurden schwer verletzt.
- In vielen Orten der Türkei besonders im Osten herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände, die von faschistischen Mörderorganisationen entfacht wurden:
 In Urfa kam es an einem Tag zu 5 Toten.
 In Elazığ kamen am 16.12.78 bei den bewaffneten politischen Zusammenstößen 5 Menschen ums Leben, 9 wurden verletzt.
- Die Leiche eines der Redakteure der progressiven Tageszeitung "Politika" Ali İhsan Özgürs wurde am 1.12.78 in einem Wagen gefunden. Er war eine Woche zuvor entführt und gefoltert worden.

Die Schreckliche Aussage

"ICH WÜRD E ALLE TÖTEN, DIE GEGEN MEINE WELTANSCHAUUNG SIND!"

So lautete die unglaubliche Aussage eines "Grauen Wolfes" am 29. November 78 vor der Presse.

Der 20 jährige M.Baki Gürcan, Deckname Mustafa Yılmaz, ist zweifacher Mörder, der 11 Menschen schwer verletzte und sich an 4 Bombenanschlägen beteiligte. Nach seiner Wiederfestnahme gestand er am 29. 11.78 vor der Presse seine verbrecherische Tätigkeit. Er beantwortete die Fragen der Journalisten wie folgt:

FRAGE :Warum hast du dich an diesen Taten beteiligt?

ANTWORT:Um das Türkentum aufrecht zu halten.

FRAGE :In welcher Schule warst du?

ANTWORT:Ich bin nach der zweiten Klasse vom Gymnasium abgegangen.

FRAGE :Warum führst du deinen Kampf nicht auf der Ebene des Meinungsstreits?

ANTWORT:Die Zeit des Meinungsstreits ist vorbei, jetzt kommt es darauf an, mit Waffen zu kämpfen.

FRAGE :Warum mordest du?

ANTWORT:Alle, die nicht meiner Meinung sind, müssen getötet werden. Es wird gegenseitig getötet.

FRAGE :Auch wenn 30 Millionen Menschen deine Meinung nicht teilen?

ANTWORT:Sie müssen alle getötet werden.

FRAGE :Dabei kommen auch Kinder und Bürger auf der Strasse ums Leben.

ANTWORT:Beide Seiten töten einige Menschen versehentlich.

FRAGE :Bereust du nichts?

ANTWORT:Nein, ich bereue nichts; gelänge mir die Flucht, dann würde ich weiter töten.

FRAGE :Hast du nicht an die Folgen gedacht?

ANTWORT:Ich habe daran gedacht. Unbedacht tötet man nicht.

FRAGE :Wo liegen nun die Grenzen?

ANTWORT:Das geht nicht ohne Waffen, wer Recht hat, soll siegen."

(Der Tageszeitung Günaydın vom 30.11.1978 entnommen.)

Mustafa Baki Gürcan war zuvor zu 10 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt, jedoch am 4.11.78 floh er mit seinen 13 Kampfgefährten aus dem Bayrampaşa-Gefängnis in Istanbul.

In seiner Aussage schilderte er die Flucht aus dem Gefängnis und dabei ungewollt seine Beziehungen zur faschistischen MHP. Er sagte:

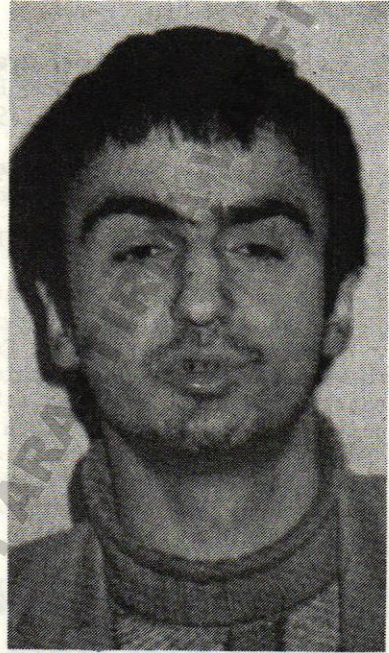
"Zur Flucht haben die Mitglieder der Bezirksorganisation der MHP in E-yüp Hüseyin Çelik und Cihat Sever verholfen." Er führte weiter aus, dass er die Waffen von der MHP bekommen habe, mehrmals den Ideen-Verein (un-offizielle Jugendorganisation von MHP) besucht, von dessen Vorsitzendem 8000TL bekommen und auf der Flucht Saadet Kazan erschossen habe.

Dies unmissverständliche Geständnis eines Grauen Wolfes stellt klar, wo die Quelle des Terrors liegt, von welchen Kräften er unterstützt wird und

ANZAHL DER POLITISCHEN MORDE

Januar	46
Februar.....	31
März	48
April	47
Mai	64
Juni	52
Juli	56
August	62
September.....	99
Oktober	89
November	86
	680

(Angaben der Tageszeitung
"Milliyet" vom 2.12.78)



Graue-Wolf M. Baki Gürcan: "Ich würde alle töten, die gegen meine Weltanschauung sind."

1-30 November 1978

6 Januar -
30 November 1978

Ermordet	101	922
Verletzt	284	5261
Überfälle	267	3318
Raub	37	389

(Angaben der Tageszeitung
"Tercüman" vom 2.12.78)

welches Ausmass dieser faschistische Terror erreicht hat und erreichen kann. Die obige Aussage macht die passive Haltung der Regierung um so unverständlicher.

-Ferhat Tiysüz, einer der Grauen Wölfe sagte in seinem Geständnis:
"WIR LANGWEILTEN UNS, DANN HABEN WIR BESCHLOSSEN, EINEN KOMMUNISTEN
ZU TÖTEN." (Milliyet 5.11.1978)

-In der letzten Zeit töten sich die Grauen Wölfe auch schon gegenseitig.
So tötete z.B. Ismail Yazman seinen Kampfgefährten Bedri Şenoglu.

Veli Can ermordete seinen Freund Erol Doğan mit der Behauptung
er sei ein Kommunist.

-In der MHP Bezirksorganisation Kocamustafapasa in Istanbul führte
die Auseinandersetzung zwischen Grauen Wölfen zum Tod. Aziz Koyonsever erschoss seinen Freund Rüstü Ergun (Milliyet 4.11.78).
So wird der Befehl des Faschisten-Führers Türkeş in die Tat umgesetzt: "Sollte ich umkehren, schlägt mich tot! Schlägt alle tot, die unsere Sache mitgemacht haben und umkehren wollen."

Parallel zu diesem faschistischen Terror forderte der Führer-Türkeş am 7.10.1978 auf einer Pressekonferenz die Machtergreifung der Armee, was ein offener Verstoß gegen die Verfassung ist. Auf dieser Weise brachte er sein eigentliches Ziel zum Ausdruck.

Die rechtssozialdemokratische Politik der Regierung

Die Passivität der Regierung ermutigt die Faschisten zu grösseren Terroraktionen. Während Demirel und Türkeş auf der einen Seite die Ecevit-Regierung beschuldigen, sie sei die Ursache der blutigen Ereignisse, verstärken sie auf der anderen Seite die faschistische Eskalation, indem sie die Grauen Wölfe zu skrupellosen und grausamen Aggressionen auffordern, um die Regierung zu schwächen und schliesslich stürzen zu können.

Das Ziel ist, die Ecevit-Regierung so weit wie möglich nach rechts zu ziehen und sie gegen die linken Kräfte vorgehen zu lassen. Diese Rechnung von Demirel und Türkeş ist bis zu einem gewissen Grad aufgegangen. Denn die CHP, die den ausschlaggebenden Teil der Regierung bildet unterscheidet sich grundlegend von der CHP vor den Wahlen 1977 in ihrer Haltung.

Zwei Tage nach den Wahlen (am 7.6.77) beantwortete Ecevit auf einer Pressekonferenz die Fragen der in- und ausländischen Journalisten. Er sagte: "Für uns ist die Meinungsäusserung kein Verbrechen." Er fügte noch hinzu, dass er die berüchtigten Paragraphen 141-142 des StGB aufheben werde (Siehe Milliyet vom 7. Juni 1977). Zu verschiedenen Zeiten vor und nach seinem Machtantritt versprach er, dass er für die Ausweitung der demokratischen Rechte, für die Meinungs- und Pressefreiheit, für das Recht der gewerkschaftlichen



(Milliyet vom 4.11.1978)

Organisierung der Beamten, Lehrer usw. eintreten und die Faschisten bestrafen werde.

Statt dessen kommt die Regierung den Wünschen von Demirel und Türkeş entgegen, indem sie durch Innenminister Özyaydınlı erklären liess: "Wir betrachten sowohl den Kommunismus als auch den Faschismus als Gefahr für unser Land." Obwohl der Faschismus eine nationale Gefahr für unser Land bildet, die KP der Türkei seit 56 Jahren verboten ist, ist die Ecevit-Regierung zu antikommunistischen Positionen übergegangen und sucht Möglichkeiten für eine Verständigung mit Demirel und Türkeş.

Antidemokratische Praktiken der Ecevit - Regierung

Der Prozess gegen den ÜRÜN-Verlag (wegen legaler Veröffentlichung des Programms der KPdT) stellt eine grobe Verletzung des Rechtes auf Meinungsfreiheit dar. Nicht die ÜRÜN-Verleger sondern die Paragraphen 141-142 des StGB müssten angeklagt werden. Die Zusicherungen Ecevits über die Aufhebung dieser Paragraphen entlarvt sich somit als bloße Wahlversprechung.

In der November-Ausgabe (nr.53,1978) der Zeitschrift URÜN erschien ein Bericht über den Gerichtsprozess,der am 17.10.78 stattfand und über die in- und ausländische Solidarität.Wie wollen diesen Artikel hier in unsere Info aufnehmen.

Der Prozess gegen das Programm der KPdT

Die erste Verhandlung wurde zu einem grossen Schlag gegen die Artikel 141 und 142.

"Die Gerichtsverhandlung gegen den Chefredakteur unserer Zeitschrift Ahmet Taştan aufgrund der Veröffentlichung des Programms der KPdT wurde am 17.Oktober bei der 2.Grossen Strafkammer begonnen.Diese erste Verhandlung wurde zu einer Plattform der Kämpfer für Demokratie gegen den Faschismus und die Reaktion.Die Verhandlung zeigte wieder Mal,dass das Verbot über die KPdT aufgehoben werden wird.

Bei dieser Klage hat die nationale und internationale Solidarität der Arbeiterklasse eine erfolgreiche Prüfung abgelegt.Vom Ausland wurden unzählige Botschaften von kommunistischen,sozialistischen und demokratischen Personen und Instituten an den Staatspräsidenten,den Ministerpräsidenten, den Minister für Justiz und an die Präsidenten des Parlaments und des Senats übersandt.In ihnen wurde die Aufhebung des Verbots über die KPdT gefordert und die Klage gegen Urün protestiert und die Solidarität mit Urün zum Ausdruck gebracht.Tausende von Arbeitern,Beamten,Bauern,Studenten und Akademiker aus allen Teilen der Türkei forderten:"Die KPdT-Programm-Klage muss gestoppt werden","Artikel 141 und 142 müssen aufgehoben werden". Aufgrund dieser Entwicklung und Stärkung der nationalen und internationalen Solidarität kamen die mit dem Ausland kooperierende Bourgeoisie,die auf Ausnahmezustand drängende,faschistische MHP,die auf eine CHP-AP-Koalition drängenden Monopolkräfte und die maoistischen Provokateure in Angst und Bedrängnis.Vor dem Massenkampf,der sich um das Motto "Freiheit für die KPdT" geschart hat,bleiben sie hilflos.

Die Protest-und Solidaritätsaktionen,die aufgrund der Verhandlung vom 17.Oktober entstanden,führte zu einer verstärkten Diskussion in der Öffentlichkeit für die Aufhebung des Verbots über die KPdT. Es mehrten sich die Stimmungen,die die Gewährung legaler Arbeitsmöglichkeiten für die KPdT befürworteten.Kolumnisten bürgerlicher Zeitungen mit grosser Auflage schlossen sich dieser demokratischen Forderung an. Sogar Nazlı Ilıcak von der Zeitung "Tercüman"war nach einer Menge anti-kommunistischen Geschwätz genötigt zu sagen:"Wenn man die KPdT der Legalität überlässt,dann sollte vorher eine Barriere in das Wahlsystem eingebaut werden".

Dass im Zusammenhang mit der Verhandlung am 17.Oktober aus den west-

europäischen Ländern eine Delegation von Journalisten, Juristen und Gewerkschaftern in unser Land und sich mit Urün solidarisierte, war von weitreichendem Einfluss.

Die Mitglieder der Delegation waren Dennis Mc Shane (Vorsitzender der Journalistengewerkschaft von Grossbritannien), George Bolton (zweiter Vorsitzender der schottischen Bergarbeitergewerkschaft), John Bowden (Vorstandsmitglied der Vereinigung Fortschrittlicher Anwälte von Grossbritannien), Charles Korman (Sekräter der Pariser Sektion der Vereinigung Demokratischer Juristen Frankreichs), François Bailly (Vertreter der belgischen Vereinigung Demokratischer Juristen und der Vereinigung Internationaler Juristen), Emil Carlebach (Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Juristen) und Heinrich Bock (Vertreter der Vereinigung Demokratischer Juristen Deutschlands und der Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen). Während ihres Aufenthalts in unserem Land zeigten die Mitglieder der Delegation bei ihren Unterredungen auf, dass die Türkei im Gegensatz zu den Bedingungen unserer Zeit und Europas steht.

141-142 sind gegen die Verfassung

Vor und nach der Verhandlung wurden in vier Städten Veranstaltungen in geschlossenen Saalen durchgeführt. Es wurden die Aufhebung der Artikel 141-142 und die Freiheit der KPdT zum Ausdruck gebracht. An der Veranstaltung vom 14. Oktober in Izmit nahmen französische Jurist Korman und unser Freund Ural Ateşer teil. Während der mit Begeisterung abgelaufenen Versammlung, hielten die Journalisten der Zeitung "Politika" Oya Baydar und Aydın Engin jeweils eine Rede. Noch vor dem Beginn der Versammlung in Izmit wurde auch eine Freiheitskundgebung mit fünf tausend Teilnehmern durchgeführt. An den Versammlungen vom 15. Oktober in Sakarya und Zonguldak nahmen sehr viele Arbeiter teil. In der Versammlung sprachen auch Oya Baydar und Aydın Ergin. Der Bürgermeister von Karabük Sabahattin Oral, der eine Botschaft an die Versammlung in Zonguldak geschickt hatte, sagte: "Euren Versuchen zur Schärfung und Bewusstmachung des fortschrittlichen, nationalen Sprungs nach vorne, wünsche ich euch Erfolg. Ich beglückwünsche euch zu eurem Vorwärts für die Freiheit". Ausserdem sagten der CHP-Senator aus Zonguldak M. Ali Pestilci und der CHP-Abgeordnete Kemal Anadol in ihren an die Versammlung übersandten Botschaft aus:

"Die Angriffe, die in den letzten Tagen gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten gerichtet sind, werden mit der Aktionseinheit der fortschrittlichen, revolutionären und demokratischen Kräfte unseres Landes eingeschüchtert werden. Die fortschrittlichen, patriotischen Kräfte, unser ganzes, arbeitendes Volk werden unser Land den dunklen Spielen des Imperialismus, den blutigen Händen des Faschismus nicht ausliefern lassen. Mit diesen Gefühlen wünschen wir, dass die Woche der Freiheit glückliche Tage bringt und beglückwünschen euch für euren Kampf für die Freiheit vom Herzen. Mit unserer Hochachtung."

Am 21. Oktober, diesmal in Izmir wurde eine Massenkundgebung durchgeführt. Ausserdem wurde in Izmir eine Unterschriftenkampagne eröffnet, um die antidemokratischen Repression gegen die Zeitschrift und Publikationen von Ürün zu protestieren und die Klage gegen unseren Chefredakteur Ahmet Taştan wegen der Veröffentlichung des Programms der KPdT zu stoppen. Dies wurde mit massenhaften Briefsendungen vor der Post in Konak am 14. Oktober 78 und zugleich mit einer Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht. Am Ende der Kampagne wurden 2000 Unterschriften der Parlamentsantragskommission übersandt. Ausserdem wurde der Text der Unterschriftenkampagne mit den Unterschriften der Leiter bzw. Vorsitzenden von 27 demokratischen Vereinigungen dem Ministerpräsidenten, den Ministern für Inneres, für Bildung und für Justiz übersandt. Folgende demokratische Vereinigungen gaben ihre Unterschriften:

Sektion Izmir der Gewerkschaft Lastik-İş, Vertretung des 5. Bereichs von BANK-SEN, Vertretung des Bereichs Izmir der Gewerkschaft T.Yeni Haber-İş, Vertretung des Bereichs 13 der Gewerkschaft der Devrimci Toprak-İş, Vertretung des Bereichs 3 der Gewerkschaft T.Maden-İş, Vertretung der Hauptzentrale Izmir der Gewerkschaft T.Maden-İş, Bereichsvertretung der Tümkä-İş, Bereichsvertretung der Aster-İş, Gewerkschaft Beton-İş, Sektion Izmir der Bauingenieurkammer, Sektion Izmir von TÖB-DER, Sektion Izmir der Architekten- und Ingenieurkammer, Sektion Izmir der Vereinigung Fortschrittlichen Juristen, Sektion Izmir der Fortschrittlichen Gymnasiasten, Sektion Izmir von Bank-Der, Sektion Izmir von Tüs-Der, Sektion Izmir (Konak) von IGD, Sektion Bornova von Tüs-Der, Sektion Bornova von IGD, Sektion Izmir von Genel-Der, Sektion Izmir von Enerji-Der, Sektion Izmir von Haber-Der, Verein der Studenten und Jugend aus Zypern in Izmir, Sektion Karabağlar von IGD und Volkshaus Izmir.

Die öffentliche Diskussion und der darauffolgende Abend der Freiheit in Istanbul nach der Verhandlung waren sehr erfolgreich. Unsere Gäste, die sich wegen der Verhandlung in unserem Land aufhielten, betonten in ihren Redebeiträgen, dass sie den "Kampf für die Freiheit KPdT" unterstützten. Während des Abends hielt der Vertreter des Friedens und Freiheitskomitees Baysal Önal eine Rede und übermittelte die Solidarität der türkischen Arbeiter und Akademiker aus Deutschland. An der öffentlichen Diskussion unter der Leitung von unserem Freund Ural Atager beteiligten sich der Anwalt Turhan Arınır, der Vorsitzende der TÖB-DER Talip Öztürk, der Generalsekretär der Gewerkschaft Bank-Sen Yücel Çubukçu und der Generalsekretär der Friedensgesellschaft. Alle Redner waren einig in der Tatsache, dass eine Demokratie ohne KPdT nicht möglich sei und befassten sich mit der Programmklage sowohl aus dem Blickwinkel des Justiz und Menschenrechte als auch aus dem Blickwinkel Internationaler Abkommen und unseres Grundgesetzes. In der Versammlung wurde noch einmal betont, dass es keine Handhabe gäbe, die KPdT zu verbieten. Dann traten ein Chor und Folkloregruppen auf und mit Dias wurde die Geschichte der KPdT vorgetragen.



AUSSER ERZREAKTIONÄREN UND FASCHISTEN IST DIE BREITESTE ÖFFENTLICHKEIT IN DER TÜRKEI FÜR DIE AUFHEBUNG DER 141-142

Folgende Vereinigungen betonten in ihren an die Veranstaltung übermittelten Botschaften ihre Solidarität. Die Schriftsteller-gewerkschaft protestierte in einer Erklärung die Klage, die gegen Ahmet Taştan eröffnet worden war und verlangte die Aufhebung der Artikel 141-142. Der Vorstand der Metallergewerkschaft, der von 17 bis 20 Oktober tagte, ging in einer nach der Tagung veröffentlichten Erklärung auf gleiche Themen ein.

Die Verteidigung von A. Taştan

Aufgrund solch intensiver Solidarität fand die erste Verhandlung ein grosses Echo in der Öffentlichkeit. Bei seiner Vernehmung, der die Presse viel Platz einräumte, sprach unser Freund Ahmet Taştan:

"Verehrte Richter,

Ich habe bereits die Anklageschrift gegen mich gelesen. Wie in der Anklageschrift betont wird, habe ich das Buch mit dem Titel "Programm der KPdT" unter dem Pseudonym Önder Sağlam für den Druck vorbereitet und im Verlag URUN veröffentlicht. Davor hatte ich auch in der Nummer 40 der Zeitschrift URUN, deren Schriftleiter ich war, in einer Reihe "Programme der Arbeiterparteien" unter dem Pseudonym Temel Saatçioğlu einen Artikel mit dem Titel "Programm der KPdT" veröffentlicht. Die Zeitschrift wurde beschlagnahmt und ich wurde wegen dieses Artikels verklagt. Indem ich diese Veröffentlichung herausgebe, glaube ich, dass ich einer demokratischen Aufgabe nachkomme. Ich bin der Meinung, dass diese Aktionen zu der Entwicklung und Verfestigung der Demokratie in der Türkei einen Beitrag leisten.

Denn, erstens ist die KPdT eine gesellschaftliche Realität. Diese Partei lässt in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens von sich hören. Sie ist von den Zeitungsblättern bis zur alltäglichen Unterhaltung unter Freunden und Bekannten ein Teil des Lebens geworden. Es war vom Blickwinkel eines Herausgebers zur Aufgabe geworden, das Programm einer solchen Partei an eine breite Leserschaft zu übermitteln. Das Programm einer Partei zu lesen und zu untersuchen, ist zur objektiven und gesellschaftlichen Realität geworden, das Programm einer Partei, für die auf dem Platz des 1. Mai Hunderttausende Freiheit gefordert haben. Das Interesse der Leser zu beantworten, ist die vorderste Aufgabe eines jeden Herausgebers.

Zweitens, über die KPdT und ihr Programm wurden in der Türkei seit Jahren ständig Veröffentlichungen gemacht. Über diese Partei sind unzählige Bücher und Artikel veröffentlicht worden. Es war nur so, dass diese Veröffentlichungen das Ziel hatten, dass die Leser durch Lügen und verfälschte Tatsachen nicht die Wahrheit über die KPdT erfahren. Es waren Veröffentlichungen von Personen wie Aclan Sayılğan, İlhan Derendelioğlu, Fethi Tevetoğlu, Nazlı Ilıcak, Zekeriya Sertel, deren Charakter bekannt sind. Es ist eine bekannte Tatsache, dass infolge dieser unzähligen Veröffentlichungen, die die den Lesern die Entstehung einer negativen Meinung über die KPdT versucht haben, keine Klage aufgrund des Artikels 142 erhoben worden ist.

Ein demokratischer Herausgeber muss die Realitäten so wie sie sind an die Leser übermitteln. Aus diesem Grund war es zu demokratischen Aufgabe geworden, das Programm einer Partei zu veröffentlichen, gegen die in Vergangenheit und heute so viele Sachen veröffentlicht worden sind.

Mein Ziel war es, für den Leser die Möglichkeit zu schaffen, eine Partei so wie sie ist kennenzulernen, eine Partei, die in die Tagtägliche Diskussion eingreift. Der beste Weg dafür war die Vermittlung des Programms, was als ein von der KPdT selbst vorbereitetes Dokument anzusehen ist und was den Einblick ermöglicht, für welche Ziele sie kämpft und was sie ist. Worum es hier geht, ist nicht etwas zu loben oder zu verfluchen, sondern ein objektives und wissenschaftliches Herausgeberverständnis, eine demokratische Aktion. Obendrein, dass eine Partei verboten ist, heisst nicht, dass die Öffentlichkeit nicht die Freiheit hat, ein objektives Wissen über diese Partei anzueignen.

Drittens, ich bin der Meinung, dass die Paragraphen 141 und 142 nicht demokratisch sind und gegen unser Grundgesetz verstossen, Paragraphen also, die verhindern, dass die KPdT legal arbeitet, ihren Kampf und ihre Ziele den Massen bekanntmacht. Ich fordere, dass diese Paragraphen und das Verbot über die KPdT, die älteste Partei unserer Türkei, aufgehoben werden. Das ist die Pflicht eines jeden Demokraten.

Im ganzen Europa ist die Türkei das einzige Land, in dem die Kommunistische Partei nicht legal ist. Auf der ganzen Welt kann man Anzahl der Länder mit den Fingern einer Hand aufzählen, wo die kommunistische Parteien verboten sind. Es handelt um Länder wie Iran, Chile, Pakistan, Nikaragua, bei denen man von einer Demokratie nicht sprechen kann. Dass die kommunistische Partei die Voraussetzungen für legale Arbeit besitzt, ist eine Vorbedingung der Demokratie. Paragraphen 141 und 142, die vom faschistischen Italien Mussolinis übernommen wurden, sind heute Schandflecke für unser Land.

Aus all diesen Gründen darf diese Klage nicht eine Klage wegen des Verstosses gegen Paragraphen 141 und 142 sein, sondern sie muss eine Klage gegen die Paragraphen 141 und 142 sein. Nicht, ob die Veröffentlichung des Programms der KPdT eine Schuld darstellt, sollte untersucht werden, sondern ob diese Paragraphen gegen die Demokratie, gegen unsere Demokratie verstossen.

Verehrte Richter,

Die Urteile in dieser Klage werden für die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes von Einfluss sein. Es geht um die Frage, ob in unserem Land die Demokratie oder der kalte Krieg, die Reaktion, der Fanatismus herrschen werden. Aus diesem Grunde geht es nicht darum, ob die Handlung mit den Paragraphen vom faschistischen Italiens der dreissiger Jahre in Übereinstimmung zu bringen ist, sondern darum, ob diese Paragraphen mit unserer Zeit, mit den Notwendigkeiten unseres Landes und mit den gesellschaftlichen Realitäten übereinstimmen.

Meine Anwälte werden erläutern, dass der Paragraph 142 des türkischen Strafgesetzbuches nicht dem Grundgesetz entspricht."

Dass 48 Anwälte an der Verhandlung teilnahmen, bedeutete einen ein-drucksvollen Protest gegen die Paragraphen 141 und 142 seitens der Juristen. Orhan Apaydin, der nach der Vernehmung von Taştan als Vorsitzender der Istanbuler Anwaltskammer eine beherzte Rede hielt, erläuterte die rechtsstaatlichen Grundlagen, warum diese Paragraphen nicht dem Grundgesetz entsprechen. Dann wurde dem Gericht ein Antrag mit 48 Unterschriften der Anwälte übergeben. In dem Antrag wurde die Grundgesetzwidrigkeit der Paragraphen 141 und 142 aufgezeigt und gefordert, dass die Klage an das Verfassungsgericht weitergeleitet wird. Der Schlussteil und die Forderungen des 15-seitigen Antrages waren wie folgt:

"Aus den o.g. Gründen ist der für den Angeklagten zur Anwendung geforderte Paragraph 142 des türkischen Strafgesetzbuches mit den Grundsätzen eines sich an Menschenrechte stützenden Demokratie, mit den allgemeinen Rechtsbestimmungen und mit Paragraph 19 der Internationalen Deklaration der Menschenrechte vom 10. Dezember

1948 und mit Paragraph 9-10 des Europäischen Abkommens zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und mit dem Grundsatz 7 des 1. Abschnitts der 'Grundsätze der gegenseitigen Beziehungen beteiligter Staaten' von der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit vom 1. September 1975 nicht in Einklang zu bringen.

Dieser Paragraph verstösst gegen Paragraph 20 und 21 des Grundgesetzes, weil er die Freiheit der Meinungsäusserung und -verbreitung verletzt, er verstösst gegen Paragraphen 2, 4 und 12 des Preambels vom Grundgesetz, weil er jeden zwingt, im Einklang mit einem Schema zu denken, und er verstösst gegen Paragraph 33 des Grundgesetzes, weil er mit dem Grundsatz von 'Gesetzlichkeit der Schuld' überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist.

Unser Einspruch, dass Paragraph 142 grundgesetzwidrig ist, ist äusserst ernst. Wir bitten und fordern, dass mit unserem Einspruch die Akten zur Aufhebung des für den Angeklagten geforderten Paragraphen 142 an das Verfassungsgericht geschickt wird."

Der Staatsanwalt erläuterte, dass er die Forderung der Weiterleitung an das Verfassungsgericht gemeinsam mit dem letzten, abschlägigen Bescheid des Verfassungsgerichts und mit den veränderten Voraussetzungen berücksichtigen und seine Ansicht darlegen wird. Die Verhandlung wurde auf 28. Dezember vertagt. Die Verhandlung, an der viele Zuhörer und Journalisten teilnahmen, wurde vom Fernsehen der BBC aufgenommen.

Die Zeitungen vom 18. Oktober räumten der Verhandlung sehr viel Platz ein. In den darauffolgenden Tagen brachten viele Zeitungskolumnisten ihre Meinung über die Legalität der KPdT zum Ausdruck.

Juristen, Journalisten und Gewerkschafter der Delegation, die wegen der Verhandlung in unser Land kamen, haben während ihres Aufenthaltes Verbindungen aufgenommen. Bei ihren Unterredungen mit dem Leiter unserer Zeitschrift Ural Ataşer und unserem Freund Ahmet Taştan betonten sie, dass das Verbot über die KPdT in den fortschrittlichen und demokratischen Kreisen ihrer Länder Reaktionen hervorriefen. An den Pressekonferenzen vom 15. Oktober in Istanbul und vom 16. Oktober in Ankara nahmen die ausländischen Gäste auch teil. Unser Freund Ural Ataşer und die sieben Gäste hatten in Ankara zuerst mit Mümtaz Soysal, Professor für Verfassungsrecht an der Fakultät für Politische Wissenschaften. Dann fand ein Gespräch mit dem stellvertretenden Generalsekretär der CHP Prof. Uğur Alacakaptan statt. Sowohl Soysal als auch Alacakaptan verteidigten die Notwendigkeit der Aufhebung der Paragraphen 141-142. Der stellvertretende Generalsekretär sagte, dass das Zahlenverhältnis im Parlament und der Aufbau der Regierung dies z.Z. nicht erlaubten. Dieses sei ein Thema im Programm der CHP. Sie würden dies verwirklichen, wenn CHP allein an die Regierung käme.

Später wurden im Parlament mit den CHP-Abgeordneten Ismail Hakkı Öztörün, Süleyman Genç, Azimet Köylüoğlu und Erol Saraçoğlu durchgeführt. Die CHP-Abgeordneten betonten, dass die Legalität der KPdT eine Notwendigkeit der Demokratie ist. Die Gäste hatten im Versammlungssaal der Grundgesetzkommision des Parlaments ein Gespräch mit Muammer Aksoy, dem Vorsitzender dieser Kommission und dem Vorsitzenden der türkischen Juristenvereinigung.

Am selben Tag wurde im Anwaltskammer mit dem Vorsitzenden der Türkischen Anwaltskammer Prof. Faruk Erem gesprochen. Erem bezeichnete die Existenz der Paragraphen 141-142 als ein Menschen-unrecht. Abschliessend hatten die Gäste in Ankara mit dem Sektionsvorsitzenden der Journalistengewerkschaft und dem weiteren Vorstand eine Unterhaltung. Am 17.10.78 hatten sie dann mit dem Vorsitzenden der Istanbul Anwaltskammer Orhan Apaydın und mit dem Generalsekretär der Friedensgesellschaft Enis Coşkun Unterredungen.

Alle diese Unterredungen haben gezeigt, dass Paragraphen 141-142 aus dem Blickwinkel der Öffentlichkeit und des Rechts nicht gültig sein können.

Weltweite Solidarität

Beim Abschied von unserem Land gaben die Juristen in der Delegation eine gemeinsame Erklärung ab. In der Erklärung heisst es:

"Wir waren in die Türkei gekommen, um die Verhandlung von Ahmet Taştan zu verfolgen. Die Anklage gegen ihn aufgrund der Paragraphen 141-142 des türkischen Strafgesetzbuches wegen der Veröffentlichung des Programms der KPdT haben in unseren Ländern grosse Aufmerksamkeit erregt.

Paragraphen 141-142, die die Freiheit der Meinung und Vereinigungen beschränkt, verstösst gegen die vordersten Grundsätze einer Demokratie. Nunmehr ist es die Aufgabe der türkischen Justiz festzu-



DIE AUSLÄNDISCHEN GÄSTE BEI DEM VORSITZENDEN DER TÜRKISCHEN ANWALTSKAMMER PROF. FARUK EREM.

stellen, dass diese Paragraphen anti-demokratisch und gegen das Grundgesetz sind.

In der zweiten Strafkammer von Istanbul werden in der Verhandlung von 28. Dezember Urteile gefällt werden, dass zur Feststellung der Grundgesetzwidrigkeit dieser Paragraphen das Verfassungsgericht angerufen wird.

Eins ist klar, die Demokraten aller Länder einschliesslich der Türkei erwarten von 2. grossen Strafkammer Urteile, die mit den Paragraphen 9, 10 und 11 der auch von der Türkei unterzeichneten Europäischen Menschenrechtsdeklaration in Einklang zu bringen sind."

Während der Verhandlung erreichten URÜN unzählige Solidaritäts-telegramme. Zugleich wurden Tausende von Telegrammen an den Ministerpräsidenten, den Justizminister geschickt, mit der Forderung das Verfahren zu stoppen. Überall in der Türkei wurden für URÜN Solidaritätskomitees gegründet. Die Solidarität war so gross, dass wir die Anzahl der Botschaften zur Unterstützung für URÜN nicht feststellen konnten.

Die Art und der Inhalt der Solidaritätsaktionen im Ausland war sehr verschieden. Der Generalsekretär der kommunistischen Partei Grossbritanniens McLennan übermittelte in seiner Botschaft an unsere Zeitschrift seine Solidarität, beglückwünschte URÜN für diesen Kampf und betonte, dass sie in der englischen Öffentlichkeit versuchen würden, dieses Ereignis publik zu machen.

Der nationale Sekretär der kommunistischen Partei Belgiens Albert De Coninck forderte in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten, das Verfahren zu stoppen.

In den Presseorganen der Kommunistischen Partei Belgiens Le Drapeau Rouge vom 5. Oktober und im Presseorgan der KPF L'Humanité vom 14. Oktober wurden über die Programmklage Artikel veröffentlicht.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Schwedens und der Abgeordnete Lars Werner protestierte in Botschaften an den Ministerpräsidenten und an URÜN die Programmklage und das Verbot über die KPdT.

Der Arbeiterverein der Türkei in Belgien schaffte in sehr kurzer Zeit ein Protesttelegramm an den Ministerpräsidenten mit 1100 Unterschriften. Unter den Unterschriften gab es neben belgischen und ausländischen Arbeitern angesehene Persönlichkeiten und Intellektuelle: Vorsitzender der Kommunistischen Partei Belgiens Lovis van Geyt, die zweiten Vorsitzenden Jef Turf und Claude Renard, Mitglied von Politbüros Rosine Lewine, Vorsitzender der Jungkommunisten Marc Somville, die Berater des Aussenministers Van Hemeldenck und M. Wachtergale, sehr viele Professoren, Jour-

nalisten, Künstler u.s.w. Ausserdem wurde das Telegramm von der Zentrale der Belgischen Christlichen Friedensbewegung und vom Komitee Nationale Aktion für Frieden und Aufbau unterschrieben.

Die Abgeordneten der Kommunistischen Partei Frankreichs im Europäischen Parlament (Ansard, Eberhard, Porcu, Soury und Bordu, der der stellvertretender Parlamentspräsident ist) schickten jeweils an den Ministerpräsidenten Ecevit und an die 2. Grosse Strafkammer Telegramme. Der Abgeordnete Porcu unter ihnen hat ausserdem eine schriftliche Anfrage an die Kommission der EG und an die Ministerrunde bezüglich der anti-demokratischen Situation gerichtet.

Nach einem Aufruf der Kommunistischen Partei Frankreichs versammelten sich Studenten und Arbeiter aus der Türkei am 15. Oktober in Paris. In der Versammlung wurde ein gemeinsamer Text erarbeitet, abgestimmt und an den Ministerpräsidenten übersandt.

Acht angesehene französische Intellektuelle protestierten in einer gemeinsamen Erklärung die Verhandlung: Maler Cueco, Philosoph Lucien Seve, der Physiker Pierre Saegle, Dirigent Diego Masson, Filmemacher Louis Paquien und Bertrand Favarnier, der Fernsehleiter Maurice Failerve und Rechtsanwalt Nicole Dreyfus.

In London wurde am 17. Oktober eine vom Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei Protestdemonstration durchgeführt. An der Demonstration beteiligten sich viele türkische, englische, portugiesische, griechische, irakische, zypriotische Vereine. Sie führte unter Fackeln zur türkischen Botschaft und dort wurde eine Rede gehalten.

In Holland wurde als Abschluss einer von der Vereinen der Arbeiter, Lehrer und Frauen aus der Türkei organisierten Kampagne ein Protestschreiben mit 73 Unterschriften von Vertretern fortschrittlicher Vereinigungen aus vielen Ländern übersandt.

In einer vom Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei organisierten Kampagne in East Midlands wurde ein Telegramm an Ecevit übersandt, mit 41 Unterschriften von Vertretern unterschiedlicher Vereinigungen. In Yorkshire gaben 34 Vereine ihre Unterschriften.

Am 29. September gaben im Europäischen Parlament die Abgeordneten von Kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Portugals und Spaniens (Boucheny, Depietri, Deschamps, Rossi, Benini, Carvalhos, Coralla, Lopez, Marques) eine gemeinsame Erklärung ab und kritisierten die Programmklage und forderten Freiheit für die KPdT. Unter ihnen Carvalhos aus Portugal ergriff in der Generalversammlung das Wort und sprach über dieses Thema.

In West-Berlin schickte das Solidaritätskomitee für ÜRÜN eine Botschaft an den Ministerpräsidenten mit 2533 Unterschriften.

Zusätzlich zu den in unseren letzten Nummern genannten schickten an URÜN folgende Vereinigungen Solidaritätsbotschaften: FIDEF, Komitee der Frauenrechte West-Berlins, 23 URÜN-Leser in Mainz, Verein Demokratischer Frauen in Berlin, URÜN-Leser aus Mannheim und Umgebung, Verein zur Wahrung der Menschenrechte Belgiens, Türkische Arbeiter in Lausanne, die Arbeiter BMW aus München, Demokratischer Arbeiterverein in West-Berlin, Türkische Frauenföderation in Europa, Vereinigung der Frauen aus der Türkei in West-Berlin, Türkische Sozialistengemeinschaft, Vereinigung der Lehrer aus der Türkei, Türkische Akademiker und Künstlerverein, Verein der Arbeiter aus der Türkei in Hildesheim, Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei in Yorkshire, URÜN-Leser aus Essen, Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei in Sussex, Arbeiter-Jugend Verein der Türkei in Düsseldorf, Verein der Arbeiter und Studenten aus der Türkei in Münster, 15 Arbeiter und Intellektuelle einer Solidaritätsversammlung für URÜN, Verein der Antifaschisten in der BRD, Vereinigung Demokratischer Juristen Griechenlands, Verein der Frauen aus der Türkei Weinheim, Siemensarbeiter aus München, Sektion Strassburg des Vereins der Studenten aus der Türkei, Verein der Fortschrittlichen aus der Türkei in Schweden, Komitee für Frieden und Freiheit der Türkei, Verein der Studenten aus der Türkei in Birmingham, Arbeiterverein Willingen-Schweningen, Arbeiterverein in München, Arbeiterverein zur gegenseitigen Unterstützung in Duisburg, Verein der Studenten aus der Türkei in Stuttgart und Solidaritätskomitees für URÜN in Dortmund, Bochum, Nordrhein-Westfalen, Köln, Leverkusen, Düsseldorf, Siegen, Herne-W-Eickel, Duisburg, Münster, Hamm, Essen, Bergkamen, Recklinghausen, Gelsenkirchen.

Also hat die nationale und internationale Solidarität schon bei der ersten Verhandlung solche Dimensionen erreicht.

Die im Inland und Ausland wachsende Solidaritäts- und Aktionseinheit ist die einzige Hoffnung unseres Volkes gegen den Faschismus und die faschistische Gefahr. Die Solidaritäts- und Aktionseinheit wird die faschistische Gefahr und die, die sich an sie stützen, stürzen.

DIE ZWEITE VERHANDLUNG IST AM 28.DEZEMBER!
LASST UNS DIE SOLIDARITÄT NICHT VERGESSEN!"

ANTIDEMOKRATISCHE PRAKTIKEN DER ECEVIT-REGIERUNG

Obwohl der faschistische Terror zunimmt und die Quelle dieser Mord-Maschinerie wohl bekannt ist, greift die Regierung progressive Organisationen und Personen mit der Begründung an, sie sei gegen Rechts- und Linksextremismus. So wird den fortschrittlichen Kräften vorgeworfen, sie seien an diesem Terror Schuld (Der wohl unverbesserliche Fehler der Sozialdemokratie).

- Die Büros der Grundorganisationen des fortschrittlichen Jugendverbandes (IGD) in Izmir und Gaziantep werden geschlossen. Die Vorstandsmitglieder werden bis zu 1,5 Jahren eingekerkert.

- Der Antrag des fortschrittlichen Frauenverbandes (IKD) auf Mitgliedschaft in der IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation) wird abgelehnt.

- Die, die Interessen der Bauern vertretenden Vorstandsmitglieder der Köy-Koop werden ausgesiebt.

- Der progressive Verein der Polizeibeamten wird verboten.

- Subversive Gewerkschaften werden von rechtssozialdemokratischen Parlamentariern der CHP offen (mit Maoisten zusammen) gegründet und gefördert.

-Als ob der Terror mit den vorhandenen Gesetzen nicht aufzuhalten wäre, werden neue Gesetzenentwürfe gegen die "Anarchie" vorbereitet, die eher links schlagen werden. Bei den Gesetzenentwürfen werden den Sicherheitsorganen neue Unterdrückungsrechte eingeräumt. Versammlungen und Demonstrationen können nach diesem Gesetz zeitlich verschoben oder verboten werden. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation wird den Polizei- und Staatsbeamten völlig abgesprochen.

Mit dem neuen Vereinsgesetzentwurf könnte man fast alle heute existierenden demokratischen Vereine und Gewerkschaften verbieten. (Paragraph 35 Absatz d: "Die Vereine dürfen sich in keiner Weise und Richtung politisch betätigen") Der Vorsitzende der Anwaltskammer von Istanbul Orhan Apaydın kommentiert: "Was in der Türkei abgesagt werden muss, ist nicht die Einschränkung der Organisationsfreiheit. Die Organisationsfreiheit muss ohne Begrenzung anerkannt und die politische Organisation der Arbeiterklasse ermöglicht werden. Das ist der einzig wirkungsvolle Weg zur Beseitigung des faschistischen Terrors... Unter dem Vorwand, man werde die faschistische Organisation beschränken, wird die Teilnahme der Massen an der Demokratisierung verhindert." (Cumhuriyet, 28.11.78)

Es muss hier noch hinzugefügt werden, dass ähnliche Gesetzenentwürfe in der Amtszeit der MC-Regierungen (Demirel-Türkeş-Erbakan) nicht durchgesetzt werden konnten. Damals hatte die Oppositionspartei-CHP gegen solche Gesetzenentwürfe entschieden protestiert.

-Die Gebiete Ost- und Südanatolien der Türkei werden zum grössten Teil von Kurden bewohnt. Die Verweigerung der elementaren Menschenrechte der Kurden hat eine alte Tradition. Nicht einmal dürfen die Kurden ihre eigene Sprache benutzen. Diskriminierung, Terrorüberfälle von Gendarmerieeinheiten sind kein neues Bild in Ostanatolien.



Auch unter der Ecevit-Regierung wird die Existenz der Kurden als Nation nicht anerkannt, die Assimilationspolitik vorangetrieben. Die Unterdrückung der Kurden wird zusätzlich durch militärische Manöver verstärkt. (Bei einem Manöver der Gendarmerie in Ostanatolien wurde ein Dorf "vernichtet". Dies soll eine Übung gegen einen angeblichen Kurden-Aufstand sein).

Dieses Vorgehen ist gegen jegliche internationale Vereinbarungen, wie UNO und Helsinki Beschlüsse. Die türkische Regierung hat die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet. Die 8. Absatz dieser Schlussakte lautet:

"Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker alle Völker jeder Zeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äusseren politischen Status ohne äussere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen."

AP Kongress

Zwischen 21.10-24.10.1978 fand der ordentliche Kongress der AP (Gerechtigkeitspartei) statt. Süleyman Demirel wurde wieder zum Parteipräsidenten gewählt.

Aus dem Kongress geht hervor, dass die AP weiterhin mit der faschistischen Partei MHP zusammenarbeiten werde. Der wiedergewählte Demirel sicherte der MHP jeglichen Schutz und Unterstützung ihrer Partei zu.

Auf dem Kongress bekamen die rechtsradikalen Politiker innerhalb der AP die Führungspositionen. Einer von ihnen ist der Faik Türe, der berüchtigte ehemalige Kommandeur von Istanbul in der Zeit nach dem faschistischen Putsch am 12. März 1971. Er wurde mit grosser Mehrheit zum Vorstandsmitglied gewählt.

Das Telegramm von Ecevit an den Kongress wurde schweigend aufgenommen, während das Telegramm von Türkeş begeistert und mit Beifall entgegen genommen wurde.

Schutzherren der MHP und Türkeş

Demirel wusste schon von Anfang an, dass die MHP eine faschistische Partei ist und sich das Nazi-Reich als Vorbild nimmt.

Dies geht aus dem Bericht des türkischen Generaldirektoriums für Sicherheit hervor, der während der Amtszeit Demirels im Jahre 1970 verfasst wurde und als geheime Akte der Regierung (dem ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel) zugestellt wurde. Trotzdem hat er die MHP unter seinem Schutz genommen und liess sie grosszüchten.

Dieser Bericht wurde von Ministerpräsident Ecevit auf dem ausserordentlichen Kongress der CHP am 7.11.78 erklärt.

Bericht über MHP

Im Bericht heisst es über die Grauen Wölfe-Ausbildungslager der MHP und ihrer nahestehenden Organisationen:

"von den MHP-Jugendverbänden, den Idealistenverbänden, der Jungenidealistenvverbänden und von National-Türkische-Studentenverbänden organisierte, geführte, finanziell und moralisch unterstützte Ausbildungslager für Kommandos, vollzieht die ideologische und physische Erziehung und Ausbildung der Jugend nach der turanischen Ideologie. Sie wurden ab 1968 in vielen grossen und kleinen Städten gegründet."

".....nach dem Muster von SS und SA in Hitlers Deutschland gegründete Ausbildungslager für Kommandos....."

Dann befasst sich der Bericht mit der Lage einzelner Ausbildungslager. In diesem Teil werden die Beziehungen der MHP-Spitzen zu diesen Lagern deutlich. Alle wurden von MHP geführt und gegründet.

Im Bericht heisst es über die Ausbildungslager in Bursa/Mudanya Nr. 24 "....MHP Vorsitzender Türkeş traf in Bursa ein, besichtigte den für ein Ausbildungslager vorgesehenen Platz und befahl den Zuständigen für die Gründung...." "....die Bedürfnisse der Lager

wurden vom Vorstandsmitglied der MHP Kamil Koç und der MHP Grundorganisation in Bursa gedeckt...."

Nr.26 zu Lager in Bursa "....Im Lager werden Schiessübungen mit 2 Pistolen und 3 Gewehren durchgeführt, die der MHP Stadtvorsitzende in Gaziantep Cengiz Gökçek und Abdullah Özsimiçi von Schiessclub versorgt hatten." (Cengiz Gökçek ist heute MHP-Abgeordnete und war Zollminister während 2.MC-Regierung.)

Dann werden die Taten der Grauenwölfe, die Namen der Turanisten, mit Türkeş an erster Stelle mit ihren Lebenslauf und Kontakten zu Nazi aufgezählt.

Vorbild ist das Nazi-Reich

Am Schluss fasst man zusammen ".... unter der Maske des türkischen Nationalismus erhöhen sie ihre Aktivitäten für eine Durchsetzung der national-sozialistischen Ideologie in der Türkei...."

"Die Ziele der Turanischen können unter 3 Punkten zusammengefasst werden. a) Mit Hilfe der Kommandos-Ausbildungslager und der Jugendverbände vielfältiger Propaganda streben sie den Sturz der Regierung und der Machtergreifung an. b) Nach der Machtergreifung die Durchsetzung der national-sozialistische Ideologie mit verschiedenen Unterdrückungsmethoden. c)dann die Zusammenschliessung aller Türken in der Welt auf dem sogenannten Turan-Territorium und die Verwirklichung des Prinzips eine Nation ist ein Staat....danach bezielen sie die Ausrottung der Minderheiten ausserhalb der türkischen Rasse..."

Heute leugnet Demirel unverschämt die Echtheit dieses Berichtes, denn er hat die MHP in seinem Schoss gezüchtet.

Widerstand gegen die faschistische Eskalation



MACHTVOLLER TRAUERZUG IN DÜZCE FÜR ÖNDER ALKAN, DER VON
MAOISTEN ERSCHOSSEN WURDE.

Es werden täglich 3-5 Menschen durch den faschistischen Terror ermordet. Die Opfer sind nicht mehr nur Arbeiter, Studenten und Lehrer sondern auch Schriftsteller, Journalisten und Hochschulprofessoren. In fast jeder Stadt gibt es täglich mindestens einen Trauerzug. Und diese Trauerzüge gestalten sich zu grossen Protestdemonstrationen, in denen das Volk zum organisierten Kampf gegen den Anstifter dieses Terrors aufgerufen wird.

Ein Beispiel dafür war der Trauerzug am 26.11.78 in Istanbul für den ermordeten Dip. Ing. Kenan Öztürk (Mitglied des Fortschrittlichen Jugendverbandes, IGD). Genauso massenhaft war die Trauerzug-Demonstration, die wegen der Ermordung des fortschrittlichen Dozenten Necdet Buluts in Istanbul am 10.12.78 stattfand. An diesem Trauerzug hatten auch Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei teilgenommen.

Ausserdem nahmen alle demokratischen Organisationen am Trauerzug der 7 bestialisch ermordeten TIP-Mitglieder (Türkische Arbeiterpartei) teil. Der Trauerzug für den ermordeten Ali Ihsan Özgür (einer der Redakteure der progressiven Tageszeitung Politika) wurde zu einer machtvollen antifaschistischen Demonstration, an der zehntausende Menschen teilnahmen.

In einer Vertreterversammlung der DISK vom 20.11.78 wurde eine Resolution verabschiedet, in der wichtige Aussagen zum antiimperialistischen Kampf getroffen wurden:

"Die Vertreterversammlung bekräftigt noch einmal die Grundsatzbeschlüsse der DISK-Vollversammlungen, die beinhalten, dass die Türkei aus den militärischen Organisationen NATO und CENTO und aus den wirtschaftlichen Organisationen wie OECD, IMF, EWG austreten solle. Ausserdem sollen die bilateralen Verträge zwischen Türkei und USA, aufgekündigt werden.

Stattdessen ist eine Aussenpolitik zu verfolgen, die sich für die Erhaltung des Friedens und die Abrüstung eintritt. Auf der Grundlage dieser Grundsatzbeschlüsse wendet sich die Vertreterversammlung gegen die Wiederöffnung von US-Militärbasen". (Milliyet, von 21.11.78)

In dieser Resolution wird die Regierung weiterhin aufgefordert, wirkungsvollere Massnahmen gegen die faschistische Eskalation zu ergreifen.

Ein wichtiges Ereignis für die Stärkung der demokratischen Kräfte in der Türkei sind die Bemühungen der DISK, die eine Zusammenarbeit mit 33 anderen demokratischen Organisationen anstrebt. Gemeinsam wird eine Plattform erarbeitet, die die Grundlage bieten für einen aktiven Kampf gegen faschistischen Terror und Aggression.

"Der Verband Revolutionärer Gewerkschaften (DISK) hat alle demokratischen Kräfte des Landes aufgerufen, sich auf einer antifaschistischen Plattform zu vereinigen. In Ankara trafen sich 4200 Mitglieder der DISK zu einer Diskussion über den "Kampf gegen Faschismus und Terrorismus". In seiner Rede vor der Delegiertenversammlung verurteilte der DISK-Vorsitzende Abdullah Baştürk die faschistischen Kräfte in der Türkei, "auf einen Staatsstreich hinzuwirken, indem sie die Bevölkerung einschüchtern, separatistische Bewegungen in einzelnen Regionen fördern und bürgerkriegsähnliche Zustände anstreben." (zitiert aus "Extra Dienst" vom 15.12.78)

Selbst in der CHP verstärken sich die Meinungsverschiedenheiten über die Politik der Ecevit-Regierung. So gibt es starken Protest seitens vieler Abgeordnete der CHP gegen die Gesetzentwürfe der Regierung, die zutiefst antidemokratisch sind.

Am 22.11.78 fand eine Zusammenkunft der CHP-Abgeordneten statt, in der der Abgeordnete Hasan Yıldırım aus Kars sagte:

"Mit diesen Gesetzentwürfen wird versucht, einen Polizeistaat zu gründen. Machen wir jetzt das, was wir, als wir in der Opposition waren, abgelehnt haben?" (Milliyet, von 23.11.78)

Auf der Zusammenkunft am 6.12.78 warnte der Senator Selahattin Cizrelioglu aus Diyarbakır Ecevit davor, einen diktatorischen Weg ein-

zuschlagen. Auch der CHP-Abgeordnete Ünsal kritisierte die Regierung:

"Was die Regierung als Quelle des Terrors ansieht, ist nicht die tatsächliche Quelle der Ereignisse. Deren wirkliche Urheber besitzen parlamentarische Immunität und diese Immunität hat die Regierung bisher noch nicht angerührt."

Diese Äußerung spielt auf die üble Rolle der MHP und deren Vertreter Türkei an.

Da von der Regierung keine ausreichende Massnahmen zum Schutz der Menschenleben gegen den Terror zu erwarten sind, sieht sich die Bevölkerung gezwungen, selbst ihr Leben zu verteidigen. In Stadtbezirken und anderen Gebieten gründen sich Volkskomitees, die die Familienangehörigen von Ermordeten unterstützen, indem sie eine breite Kampagne der moralischen und ökonomischen Hilfe organisieren.

So rufen sie zur massenhaften Teilnahme an der Trauerzügen für die Ermordeten auf und sammeln Geld.

Auflauf der KPdZ vom 5.10.78

"...Die faschistische MHP fordert den Ausnahmezustand. Auf dieser Weise wird die Absicht nach der Intensivierung ihrer blutigen Angriffe offenkundig. Der terroristische Schlagstock des US-Imperialismus und der kollaborierenden Bourgeoisie zwingt die Regierung zum Ausnahmezustand. Dabei wird die Absicht verfolgt, die Armee auf die fortschrittlichen Kräfte, auf die Arbeiterbewegung durch die Regierung zu hetzen, von diesem Zustand zu profitieren und an die Macht zu kommen... Die Kraft, die dem Faschismus den Weg versperrt, ist die organisierte, massenhafte Kampfeinheit des Volkes. Die Kämpfe und Aktionen der Arbeiterklasse, der Werktätigen und ihrer Organisationen werden den imperialistischen Druck und die faschistische Eskalation zum Rückzug zwingen und besiegen. In solch einem Zustand müssen die Arbeiterklasse und das Volk die Aufgabe der Rettung der Menschenleben und der Verteidigung der demokratischen Rechte übernehmen, es werden neue Kampforganisationen gegründet."

Aussenpolitik

Die Wiedereröffnung von US-Militärbasen:

Die nachgiebige Politik der Ecevit-Regierung gegen den verstärkten Druck des Imperialismus hat seine Früchte. Als eine der Gegenleistungen für die Aufhebung des "Waffenembargos" wurden 4 Militärbasen wiedereröffnet (d.h. ihre Funktionen wurden intensiviert).

Es handelt sich um folgenden Basen:

2) Sinop: Diese Basis hat vor allem die Aufgabe, die sowjetische Flotte im Schwarzen Meer nachzuspüren.

3) Incirlik: Amerikanische Spionageflugzeuge und Nuklearraketen sind hier deponiert.

4) Pirinçlik: Alle Radar- und Abhörinformationen werden auf dieser Basis gesammelt, die in Süd-Ost Anatolien liegt.

Die Wiedereröffnung der amerikanischen Militärstützpunkte, die im Dienste der aggressiven US-Imperialismus stehen und unsere Sozialistischen Nachbarn (an der Spitze die SU) ständig bedrohen, bedeutet die wiedermalige Preisgabe unserer nationalen Souverenität.

Die progressiven Kräfte in der Türkei führen einen entschlossenen Kampf gegen diese (insgesamt über 30) US-amerikanischen und die 61 NATO Agressionsbasen.



US-AMERIKANISCHE AGGSSIONSBASEN IN DER TÜRKEI



NATO-Frühwarnbasis



USA-Nachrichtenbasis



 USA-Basis für nukleare
Raketenversuche



USA-Nukleare Waffenarsenal

ZYPERN:

Der letzte einstimmige Beschluss (29.11.78) des UNO-Sicherheitsrates über die Zypernfrage hat die politischen Kreise in Ankara

sehr beunruhigt. Der Beschluss fordert die türkische Regierung auf, bis zum Ende Mai 1979 alle Besetzungstruppen zurückzuziehen. Der Vertreter der Türkei in der NATO Orhan Eralp erklärte daraufhin: "Mit diesen Bedingungen kann dieser Beschluss für die türkische Regierung nicht verbindlich sein." Die 33 Vollversammlung der UNO hatte Anfang November 78 eine ähnliche Resolution verabschiedet.

Die jetzige Haltung der türkischen Regierung gegen diese Beschlüsse dient der aggressiven Spalterpolitik der NATO und CENTO.

Zypern muss von allen fremden Truppen gesäubert werden. Vor allem die britischen Basen bilden eine grosse Gefahr auf dieser Insel. Beide Völkergruppen der Mittelmeerinsel werden der imperialistischen Spalterpolitik ein Ende setzen. Der Wunsch der Bewohner dieser Insel ist ein friedliches Zusammenleben.

Türkisch-Sowjetische Beziehungen

Am 1.12.78 wurde das türkisch-sowjetische Handelsabkommen unterzeichnet. Dieses Abkommen sieht eine Erweiterung der Handelsbeziehungen und der wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit vor.

- a) Die Kapazität des türkisch-sowjetischen Handels wird um 150% erweitert.
- b) Der Rohölbedarf der Türkei wird zum grössten Teil von der UdSSR gedeckt. (3 Million tonnen Öl)
- c) Am Euphrat wird ein Kraftwerk (50 Milliar m³) gebaut. (Karababa-Staudamm)
- d) Ab 1.1.79 wird die Türkei mit elek.Energie versorgt. (1 Milliar kwh)
- e) Die Produktion der Iskenderun-Eisen-Stahl und Seydişehir Aluminium Betriebe werden verdoppelt. (Diese Komplexe wurden mit sowjetischer Hilfe gegründet).

Wie wir diesen Angaben entnehmen können, sind die Handelsverträge für die türkische Wirtschaft von grösster Bedeutung. Die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern trägt für die Türkei stets einen vorteilhaften Charakter. Besonders die Schwerindustrie wird mit der sowjetischen Hilfe gefördert.

Besuch der Sowjetischen Flotte

Zum ersten Mal seit 40 Jahren haben 2 sowjetische Kriegsschiffe am 16.11.78 in Istanbul einen offiziellen Besuch abgestattet. Dieser Besuch ist für die Entwicklung der freundschaftlichen türkisch-sowjetischen Beziehungen von grösster Bedeutung. Anlässlich dieses Besuches gaben 25 demokratische Organisationen in Istanbul eine gemeinsame Erklärung ab. Wir zitieren: "Wir wissen, dass der Kampf für die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Türkei und dem Verteidiger des Weltfriedens, der Sowjet Union, identisch ist mit den Interessen unseres werktätigen Volkes."

Es lebe die Freundschaft und Solidarität der Völker der Türkei und der UdSSR."

Der Gegenbesuch der türkischen Kriegsschiffe wurde in Odessa abgestattet.

Wirtschaftliche Lage

Einige Zahlen zu der katastrophalen Lage:

- Nach den Angaben des türk. Finanzministeriums beträgt das Defizit des Haushaltes von 1977 47,700 Milliarden TL. (= 3,18 Milliarden DM) (Das grösste Haushaltsdefizit in der Geschichte der türk. Republik.)
- Die Auslandsverschuldung (mit Zinsen) beträgt 19 Milliarden Dollar (September 1978). 1967 betrug diese Verschuldung 1,34 Milliarden Dollar.
- Der Aussenhandelsdefizit von 1977 beträgt 4,3 Milliarden Dollar.
- Nach 7maliger Devaluation wurde der Türkische Lira (TL.) um 60% abgewertet (seit März 78). Nur wegen dieser Abwertung muss die Türkei für die Industrie-Importe 2,25 Milliarden Dollar mehr zahlen.
- In den ersten 8 Monaten dieses Jahres wurde die Emissionsvolumen des TL zu 25 Milliarden TL ohne Gegenwert vergrössert.
- Nach den Angaben der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind die Preise in der Türkei seit einem Jahr um 67% gestiegen. In derselben Zeit ist nur eine 7,2 prozentige Erhöhung der Arbeitslöhne zu verzeichnen. (Angabe der sozialen Versicherungsanstalt der Türkei)
- Arbeitslosenzahl 5,71 Millionen. (nach offiziellen Angaben)

Verstärkte Druck des Imperialismus

Mit diesen Zahlen wird der verstärkte Druck des Imperialismus unmissverständlich deutlich. Der Imperialismus benutzt alle Möglichkeiten (z.B. durch IWF, Weltbank, OECD, EWG), um die türkische Wirtschaft immer mehr von sich abhängig zu machen.

Die Zange der IWF zwingt der Türkei ihre politischen Forderungen auf. So musste die Ecevit-Regierung z.B. für den ersten Teil des IWF-Kredits das Geld um 35% abwerten und die Lohnerhöhungen der öffentlichen Angestellten stoppen. Für den zweiten Teil musste die Regierung die Preise der Grundnahrungsmitteln, die in Staatseigenen Betrieben erzeugt werden, erhöhen und für den dritten Teil des IWF-Kredits musste im Parlament ein neues Steuergesetz im Interesse der Grossbourgeoisie verabschiedet werden. Die Stärke dieses Druckes der imperialistischen Finanzkreise zwang Ecevit in seiner Rede auf dem ausserordentlichen Parteitag der CHP zu der Aussage:

"In einer annehmbaren Zeit wird die Türkei ihre Schulden aus Ausland zurückzahlen. Aber wenn es Kräfte gibt, die die Türkei in die Ecke stellen wollen, indem sie politische Ziele verfolgen oder uns für uns unannehbare Rezepte vor die Nase halten, die würden sich umsonst bemühen." (Milliyet vom 6.11.78)

Das sind drohende Worte Ecevits. Wir würden hoffen, dass seine Taten diesen Worten entsprechen. Es ist aber nicht der Fall. Seine Regierung gibt den Forderungen der imperialistischen Organisationen jeden Tag mehr nach.

Ende November 78 wurde der 4. Fünfjahresplan im Parlament verabschiedet. Der Plan hat jedoch einen Haken! Er kann nicht in die Tat umgesetzt werden, wenn nicht ein neuer Kredit aus dem Ausland über 15 Milliarden Dollar gewährleistet wird.

"..Ausser dem Terrorismus wachsen der Regierung von Ankara auch andere Probleme über den Kopf. Die galoppierende Inflation ist kaum mehr zu stoppen. Die Inflationsrate liegt heute nach offiziellen Angaben bei 79 Prozent. Dies hat sich an erster Stelle verheerend auf den Wohnungsmarkt ausgewirkt. Wer eine Eigentumswohnung in einer grösseren Stadt kaufen will, muss für ein 70 qm grosses Ein-Zimmer-Appartement mindestens eine halbe Million Liras (15 Lira sind zur Zeit eine Mark Wert) aufbringen. Grössere Wohnungen (140 bis 200 qm) kosten je nach Stadtteil bis zu 25 Millionen Liras. Die Mieten sind auch dementsprechend. Zweizimmerwohnungen sind nicht unter 6000 Liras zu finden. Für einen einfachen Angestellten oder Arbeiter kaum erschwinglich: Im Durchschnitt liegt ihr Verdienst bei 128 Liras täglich." (Zitiert aus Frankfurter Rundschau vom 1.12.78)



Freiheit für die KP der Türkei!

Herausgeber: TBÖK

Garten str. 96, 6000 Frankfurt/M. 70

TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Committee for Peace and Freedom

Comitee Europeén des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşti û Rîzgari Tîrkîye

FEBRUAR 1979



TÜRKİ HEUTE



KRIEGSRECHT !

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

INHALT

MASSAKER IN K.MARAŞ	1
Die führende Rolle der MHP	3
DIE HALTUNG DER REGIERUNG UND DAS KRIEGSRECHT	5
WIDERSTAND GEGEN DAS KRIEGSRECHT	6
Massenhafte Demonstrationen in Europa	7
63 CHP-Abgeordneter gegen das Kriegsrecht	8
Schiessbefehl erlassen	9
DEMOKRATISCHE PRESSE VERBOTEN	9
DEMIREL UND TÜRKER FORDERN DIE AUSDEHNUNG DES KRIEGSRECHTS	10
PLÄNE DES IMPERIALISMUS	12
AUFRUF DER KP DER TÜRKEI	15
Das eigentliche Ziel	16
Die Gefahr ist nicht unüberwinder	17
FASCHISTISCHER TERROR GEHT WEITER	18
2 Minister zurückgetreten	19
FASCHISTENTREFFEN IN DER BRD	20
Gerichtsverkündung: Türkeş ist ein Faschist	20

Massaker in K.Maraş

In Kahramanmaraş (K.Maraş), eine Stadt in Südost-Anatolien, die bereits seit Monaten ein Schauplatz des politischen Terrors ist, wurden am 22.12.1978 2 Lehrer auf dem Heimweg erschossen. Sie waren Mitglieder des fortschrittlichen Lehrerverbands (TÖB-DER).

Am folgenden Tag griff eine bewaffnete, gehetzte Menge den Trauerzug der beiden Ermordeten an. Sie schossen 3 Menschen nieder und verletzten mehrere. "Keine islamische Beisetzung für die Kommunisten", "Tod den Kommunisten" riefen die faschistischen Angreifer während des Überfalls.

"In den Nebenstrassen näherten sich unterdessen mehrere tausend aufgebrachte Moslems dem Trauerzug... Die rechten Militanten nutzten die Gelegenheit zur grossen Abrechnung. Alle linken Geschäfte, Büros und Wohnhäuser wurden niedergebrannt, deren Bewohner niedergeschlagen oder erschossen." (F.Rundschau vom 28.12.78)

So begann der drei Tage dauernde, von der MHP (Nationalistische Bewegungspartei) und faschistischen Kräften in der Armee und Stadtverwaltung geplante und organisierte, vorsätzliche Massenmord in K.Maraş. Nach den ersten "Schlag" auf den Trauerzug formierten sich schwerbewaffnete Gruppierungen ("mit M-1 Infanteriegewehren" so die DVZ) und verwüsteten viele Bezirke der Stadt auf brutalste Weise.

Dass dabei religiöse Gegensätze von Rechtsradikalen ausgenutzt wurden, steht fest. Es ist jedoch eine abgefeimte Verfälschung, den



AM ZWEITEN TAG GRIFF DIE MILITÄR EIN

Ursprung dieses blutigen Massakers, das nur einen Teil des faschistischen Terrors in der gesamten Türkei darstellt, auf "Glaubensstreitigkeiten" zurückzuführen. Seit der antiimperialistischen Entwicklung in Iran ist diese Art von Nachrichtenmanipulation stark in Mode gekommen. Die Hilfslosigkeit solcher Berichterstattung zeigte sich jedoch neben der "Sensationsnachricht aus K. Maraş" bei der erzwungenen Feststellung, dass in der Türkei seit einem Jahr über 1000 politische Morde zu verzeichnen sind. Die schweigsame bürgerliche Presse musste also eine neue Entdeckung machen. Es ist ein altes Spiel: 2 Jahre lang fast völlige Nachrichtensperre und dann solche verdrehte Darstellungen über politisch-gesellschaftliche Ereignisse, die nun nicht mehr zu "sperren" sind. Plötzlich wird man empfindlich: "Die Krise bricht zu einem Zeitpunkt aus, da der Westen aufs tiefste über das Abgleiten des Irans ins Chaos besorgt ist. Die Türkei ist für die freie Welt jedoch nicht weniger wichtig als der Iran. Zwar besitzt sie kein Öl, hat aber strategisch eine noch lebenswichtigere Funktion als das Reich des Schahs." (Süddeutsche Zeitung vom 28.12.78)

So sieht es die "freie Welt". Es muss Ruhe herrschen in einem für die NATO so strategisch wichtigen Land. Und wenn es diese Ruhe nicht gibt, darf darüber nicht zu oft gesprochen werden: also Nachrichtensperre.

Nach den anfänglichen mörderischen Angriffen verhängte die Gendarmerie am 23.12. eine Ausgangssperre über K. Maraş. Dies konnte aber die Herrschaft der "Grauen Wölfe" nicht brechen. Sie mordeten und plünderten weiter.

"Ganze Familien wurden erschossen, Mädchen und Frauen vergewaltigt und dann ermordet, Kinder aus linksverdächtigen Familien zu Tode gefoltert, Säuglinge mit Benzin übergossen und verbrannt, überall lagen verstümmelte Leichen. Fahrer von Ambulanzen wurden erschossen und am 24. versuchten die Faschisten sogar, in das Krankenhaus zu kommen, um auch noch die Verletzten zu ermorden. Ebenfalls an diesem "Heiligabend" zogen rund 200 "Graue Wölfe" bewaffnet zum neuen Rathaus. Hunderte nach dort geflüchtete Bürger entgingen nur knapp ihrer Massakrierung. Zwei Soldaten der zur Verstärkung der Polizei gerufenen Armeeeinheiten wurden vor dem Rathaus bei der Abwehr der Terroristen getötet. Im Rathaus umarmten die Kinder des Direktors für Schulwesen einen Polizisten: "Sie töten unsere Eltern! Bitte retten sie!" Der Polizist weinte hilflos, auch seine Kinder waren tot. Später berichtete der türkische Innenminister Özalp (inzwischen zurückgetreten), der am 24. nach K. Maraş gekommen war, vor dem Parlament in Ankara: "Während der Ereignisse in Kahramanmaraş näherte sich ein 10 jähriges Kind einem Oberst und sagte zu ihm: 'Onkel, wir haben dort zwei Ungläubige getötet'". Nach offiziellen Angaben starben 143, nach inoffiziellen Schätzungen

über 600. Es gab mehr als 1200 Verletzte, mehr als 1000 Menschen werden noch vermisst. Mehr als 500 Häuser und Geschäfte wurden zerstört." (Extra Dienst vom 5.1.79)

Die führende Rolle der MHP

An einer planmässigen Vorbereitung und der führenden Rolle der MHP ist nicht zu zweifeln.

-Alle Häuser und Geschäfte, die mit dem Partei-Embleme der MHP gekennzeichnet waren, blieben verschont.

-Mehmet Enyürek, Vorstandsmitglied des Stadtbezirks der CHP in K. Maras erklärte: "Es handelte sich um einen organisierten Fall. Es ist jedem bekannt, dass die Ausschreitungen vom MHP-Abgeordneten der Stadt K. Maras, Mehmet Yusuf Özbaş und von 50 maskierten Militanten, die aus Ankara gekommen sind, organisiert und angeleitet worden sind."

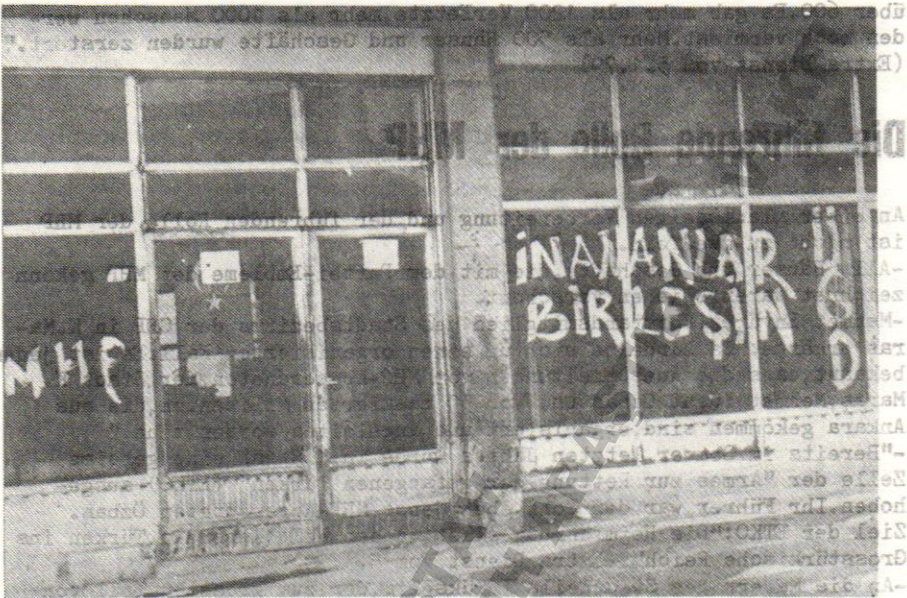
- "Bereits im Sommer letzten Jahres wurde in K. Maras eine geheime Zelle der "Armee zur Rettung der gefangenen Türken" (ETKO) ausgehoben. Ihr Führer war der Sohn eben jenes MHP-Abgeordneten Özbaş. Ziel der ETKO: "Die Heimführung aller in der Welt lebenden Türken ins Grosstürkische Reich" (Extra Dienst vom 5.1.79)

-An die Mauern des Stadtteils Yörükselim, der zum grössten Teil von Kurden bedroht wird, wurden etwa 10 Tage vor dem Massaker von MHP-Leuten Parolen wie "Tod den Kurden" gemalt. In diesem Bezirk gab es dann die meisten Toten.



ZWEI FESTGENOMMENE MÖRDER: ALI NURULLAH, MESUT ELEK

Die planmässige Vorbereitung des Massakers konnte bei den nach dem Massaker durchgeführten Ermittlungen, die Auswertung abgehörter Telefongespräche, die ein MHP-Faschist aus K. Maras einem Büro der Fluggesellschaft "Middle East Airlines" geführt hatte, enthüllt werden. Telefongesprächen, die unmittelbar vor und nach einem Bombenanschlag in einem Kino von K. Maras geführt werden soll der Faschist "den planmässigen Ablauf" gemeldet haben. Dieser Bombenanschlag wird als der eigentliche Anfang des Massenmordes gewertet. (Diese Tatsachen wurden vom neuen Innenminister Hasan F. Güneş bestätigt.)



VERSCHÖNTE LÄDEN IN K.MARAS MIT GUTEM GRUND; DIE BESITZER HABEN DIE SCHAUFENSTER EINDEUTIG GEKENNZEICHNET: MHP (Nationalistische Bewegungspartei von Türkei), INANANLAR BIRLESİN (Gläubigen vereinigt euch!), ÜGD (Idealistenverein der Jugend - Jugendorganisation der MHP).

In seinem Buch "CIA, Konter-Guerilla und die Türkei" hatte der Ex-Rechtsberater im türkischen Verteidigungsministerium Emin Deger solche Massakern wie in K. Maras vorausgesagt. Er berief sich damals (1977) auf ein Buch, das unter Armeeoffizieren verteilt wurde. In diesem von der CIA ausgearbeiteten Buch wird den Offizieren erklärt, wie sie sich bei politisch motivierten Ereignissen verhalten oder wie sie blutige Provokationen durchführen sollen. Es wird geraten bei solche Aktionen "vor Grausamkeiten nicht zurückzuschrecken". E. Deger verwies in seinem Buch auch auf die Zusammenarbeit der "Grauen Wölfe" mit CIA, Konter-Guerilla und MIT (türk. Geheimdienst).

Aber nicht zu Unrecht verwies die Regierung Ecevit auf andere als religiöse Fanatiker, die diese seit langem blutigsten politischen Unruhen verursacht haben: auf die legendäre Konter-Guerilla und die "Grauen Wölfe", die Jugend-Killer-Gang des Faschisten Alparslan Türkeş.

"Zum einen leben dort überwiegend Kurden. Die etwa acht Millionen Kurden aber, so der Frankfurter Schriftsteller Jürgen Roth in seinem Buch "Geographie der Unterdrückten - die Kurden", "erlebten in der Vergangenheit bis heute die türkische Zentralregierung nur als Besatzungsarmee". Zudem ist Ostanatolien die unterentwickelste Region der Gesamttürkei, in der weitgehend noch feudalistische Verhältnisse herrschen." (Der Spiegel vom 1.1.79)

Die Haltung der Regierung und das Kriegsrecht

Die erste Reaktion der Ecevit-Regierung auf das Massaker in K. Maraş war die Verhängung des Kriegsrechts (am 26.12.78) in 13 Provinzen: Istanbul, Ankara, Adana, Bingöl, Elazığ, Erzincan, Erzurum, Gaziantep, K. Maraş, Kars, Malatya, Sivas und Urfa. Diese Haltung zeigt die Schwäche der Regierung, deren Politik von Anfang an von Konzessionen an die reaktionären Kräfte determiniert ist.

"Schon vor einem Jahr stand das Militär auch in Kahramanmaraş bereit in der Erwartung blutiger Auseinandersetzungen. Mehrmals in den Tagen vor Weihnachten waren der Provinzgouverneur und der Polizeipräsident in der Stadt auf bevorstehende Aktionen der Grauen Wölfe hingewiesen worden." (Der Spiegel vom 1.1.79)

Süleyman Demirel (Vorsitzender der AP) und Alpaslan Türkeş (MHP) riefen schon mehrmals zur Machtergreifung durch die Armee auf. Auf diese Weise wollten sie die Ohnmacht der Ecevit-Regierung zur Schau stellen. So hat Ecevit sich durch die Verhängung des Kriegsrechts letztlich selbst entmachtet.

Um die wirtschaftliche Misere verdecken zu können, brachte die herrschende Bourgeoisie den Terror auf die politische Bühne schon während der Amtszeit der MC-Regierungen. Das Kriegsrecht bedeutet nichts anderes als den Anfang des Entmachtungsprozesses der Ecevit-Regierung. Mit dem Druck des Kriegsrechts kann die Bourgeoisie wieder die ökonomischen Probleme in den Vordergrund stellen. So ist es nicht verwunderlich, dass der Unternehmerverband die Kriegsrechtskommandanten aufforderte, die Arbeiterbewegung in Hinblick auf die nächsten Tarifverhandlung unter Kontrolle zu halten.

Der Vorstandsvorsitzende des Unternehmerverbands Feyyaz Berker behauptete auf einer Pressekonferenz am 27.1.79:

"Die Defizite des Staatshaushalts und der staatlichen Betriebe, die hohen Grundpreise für die Agrarproduktion und radikale Tarifaussensetzungen haben zu einer unerträglichen Inflationsrate im Jahre 1978 geführt... Die Inflation ist der grösste Feind des freiheitlich

demokratischen Regimes." (Milliyet vom 29.1.79)

Mit dieser Behauptung versucht Feyyaz Berker die Schuld an der wirtschaftlichen Misere den Bauern und Arbeitern in die Schuhe zu schieben.

Diese Demagogie täuscht jedoch nicht über die Tatsache hinweg, dass das Kriegerrecht einzig und allein die Profitinteressen der Unternehmer schützen soll.

Die Verhängung des Kriegerrechts beweist das Scheitern der Ecevit-Regierung. Die Ursachen dafür müssen in der sich immer weiter nach rechts bewegenden Politik gesucht werden.

Widerstand gegen das Kriegerrecht

Die Verhängung des Kriegerrechts stieß von Anfang an auf den massiven Widerstand der demokratischen Kräfte der Türkei.

-Um gegen die von der Armee veranstalteten Razzien in Büros der demokratischen Organisationen wie IGD, IKD und Dev-Genç, sowie die Beschlagnahme von Büchern, die in den ersten Tagen nach der Verhängung des Kriegerrechts erfolgte, zu protestieren, gaben 47 demokratische Organisationen eine gemeinsame Erklärung heraus. Sie betonten, dass die Behauptung, "Das Kriegerrecht werde die demokratischen Freiheiten wahren" durch die Praxis als Lüge entlarvt wurde und dieses Vorgehen mit Demokratie unvereinbar ist.



NACH DER VERHÄNGUNG DES KRIEGERSRECHTS BESETZT DIE ARMEE DIE UNIVERSITÄT VON ISTANBUL. TÜRKES (Rechts) PLANT NEUE MASSAKER.

-DISK protestierte am 5.1.79 um 11 Uhr mit einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung gegen das Massaker in K.Maraş. Zahlreiche Berufsorganisationen wie TMMOB (Ingenieur und Architekturkammer der Türkei), TÖB-DER (Lehrerverband), TÜTED (Technikerverein), TUMAS (Assistentenverein), allein in Izmir 71 demokratische Massenorganisationen und Mitglieder anderen Gewerkschaften folgten diesen Aufruf und nahmen an der Aktion teil.

-Der Friedensverein der Türkei wandte sich mit einem Brief an den Ministerpräsidenten Ecevit, in der er die Aufhebung des Kriegsrechts forderte.

-Die Anwaltskammer der Türkei forderte die sofortige Inhaftierung und Verurteilung der faschistischen Mörder von K.Maraş. In einer öffentlichen Erklärung wiesen sie darauf hin, dass das Massaker in K.Maraş keine Auseinandersetzung zwischen links- und rechtsextremen Gruppen war, sondern die Urheber in den Reihen der Faschisten zu finden sind.

Massenhafte Demonstrationen in Europa

Zahlreiche Arbeiter- und Studentenorganisationen verschiedener politischen Richtungen haben gemeinsam das faschistische Massaker in K.Maraş auf Demonstrationen und Veranstaltungen verurteilt. Unter den Losungen "Kein Durchkommen dem Faschismus", "Verbot der MHP und Verhaftung von Türkeş", "Mörder Türkeş", "Demirel und Türkeş müssen zur Rechenschaft gezogen werden", "Aufhebung der Paragraphen 141-142", "Aufhebung des Kriegsrechts", "Türken und Kurden sind Brüder" marschierten in verschiedenen Städten der BRD und Westberlin, türkische und kurdische Werktätige und Studenten.

-In Köln riefen 14 Arbeitervereine von FIDEF (Föderation von türkischen Arbeiter in der BRD) und von HDF (Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa) zu einer Demonstration auf, an der sich über 3500 Menschen beteiligten.

-In Stuttgart veranstalteten 8 türkische Arbeitervereine am 30.12. eine massenhafte Kundgebung, auf der die Teilnehmer, das faschistische Massaker auf das Schärfste verurteilten.

-Am 30.12. demonstrierten 11 Arbeitervereine gemeinsam auf den Strassen Bremens bei -15 Grad Kälte.

-In Westberlin hatten 8 demokratische Vereine eine Demonstration für den 6.1.79 beschlossen, auf der über 2600 Arbeiter gegen das faschistische Massaker ihre Stimme erhoben und die Aufhebung des Kriegsrechts forderten. In der gemeinsamen Erklärung hiess es: "Die Regierung darf den Ausweg nicht im Kriegsrecht suchen, sondern muss gestützt auf das Volk und gemeinsam mit demokratischen und fortschrittlichen Kräften energisch gegen die faschistische MHP und ihre Unterorganisationen vorgehen."

Auf Pressekonferenzen und in Presseerklärungen haben diese Vereine die deutsche Öffentlichkeit davon ins Kenntnis gesetzt, dass es sich bei den Ereignissen in K.Maras weder um einen Konfessionsstreit noch um Wirrnis (siehe FAZ vom 3.1.79) oder einen Bürgerkrieg sondern sich ausschliesslich um eine faschistische Aggression handelt.



IN WESTBERLIN DEMONSTRIERTEN ÜBER 2600 MENSCHEN GEGEN DAS FASCHISTISCHE MASSAKER IN K.MARAS UND FORDERTEN DIE AUFHEBUNG DES KRIEGSRECHTS.

63 CHP-Abgeordneter gegen das Kriegsrecht

Die Haltung der CHP zur Verlängerung des Kriegsrechts über 13 Provinzen des Landes war von Anfang an keine einheitliche.

"Die lauteste Opposition gegen den Beschluss der Regierung kam vom linken Flügel der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei Ecevit's. Wie verlautete, hatten in einer Fraktionssitzung 63 der 290 Abgeordneten gegen die Verhängung des Kriegsrechts gestimmt. Für die Abstimmung im Parlament wurde aber Fraktionszwang beschlossen. Bei der Abstimmung kam es zu Tumulten." (Süddeutsche Zeitung vom 28.12.78)

Viele CHP Parlamentsabgeordnete beginnen die Werte ihrer Parteiführer an seinen Taten zu messen. In verschiedenen Fraktionssitzungen weisen sie ihn auf seine frühere ablehnende Haltung gegenüber dem Kriegsrecht hin.

"Bei der Abstimmung im Parlament fehlten 87 Abgeordnete, 19 davon aus der CHP. Nach Ausrufung des Kriegsrechts wurde die Rechte lauter: Türkei meinte, die Regierung solle der Truppe die Ausgestaltung des Kriegsrechts überlassen. Er forderte den Rücktritt Ecevit's und, wenn schon keine Armee-Regierung, wenigstens die Ausweitung des Kriegsrechts auf weitere Ostprovinzen." (Extra Dienst vom 5.1.79)

Schießbefehl erlassen

Das Wesen des Kriegsrechts ist der Bevölkerung der Türkei nicht fremd. Seit der Gründung der türkischen Republik (29.10.1923) hat man auf der Grundlage des Kriegsrechts insgesamt 28 Jahre frei geschaltet und gewaltet.

Auch diesmal liess das Kriegsrecht schnell seine demokratische Maske fallen:

- Das Demonstrationsrecht und Versammlungsrecht wurde aufgehoben. Unter anderem wurde die geplante Protestaktion aller demokratischen Organisationen in Istanbul gegen das faschistische Massaker in K. Maras verboten.

- Zahlreiche Grundorganisationen der Jugend- und Frauenverbände und der POL-DER (Progressiver Verein der Polizeibeamten) wurden verboten.

- Schießbefehl wurde erlassen, d.h. dass jeder Schuss aus dem amerikanischen Soldaten-MG von vornherein gerechtfertigt ist. Diesen Schießbefehl fielen bereits 2 Menschen zu Opfer.

- Das Versammlungsrecht der Gewerkschaften wurde aufgehoben, das Streikrecht eingeschränkt und damit die gewerkschaftliche Aktivitäten unter Druck gesetzt.

- Die politischen Verhaftungen nehmen von Tag zu Tag zu. Seit der Verhängung des Kriegsrechts wurden bereits über 1000 Menschen verhaftet. z.B. 2 Mitarbeiter der Nachrichtenredaktion des türkischen Fernsehens und Rundfunks wurden verhaftet, weil sie die Bekanntmachung der Kriegsrechtskommandanten verspätet sendeten.

- Es ist verboten, politische Plakate herzustellen, zu verbreiten und zu besitzen. Selbst wenn man nichts gegen die Herstellung, Verbreitung und den Besitz politischer Plakate unternimmt, macht man sich strafbar. Was ein politisches Plakat ist, das entscheiden natürlich die Militärbehörden.

- Hausdurchsuchungen können ohne Hausdurchsuchungsbefehl vorgenommen werden.

Demokratische Presse verboten

Um das Mass der undemokratischen Massnahmen voll zu machen, wurden Ende Januar mehrere progressive Zeitschriften verboten. So z.B. die teilweise in kurdischer Sprache erscheinenden Zeitungen "Özgürlük Yolu" und "RojaWelat" sowie die erst 7mal erschienene Wochenzeit-

schrift "Savaş Yolu". Auch der weltbekannte "Ürün" Verlag, der neben der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" auch der Monatszeitschrift "Ürün" herausbringt, ist durch das Verbot betroffen. Wie bekannt, hatte der Ürün-Verlag das Programm der Kommunistischen Partei der Türkei (die einzige noch verbotene KP in Europa) legal veröffentlicht und war deswegen gegen ihn ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden. Die Regierung berief sich in ihrer Klage auf die berüchtigten Artikel 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, die die TKP und jede revolutionäre und demokratische Propaganda verbieten. Danach sollte Ahmet Taştan, der Herausgeber des "Ürün" eine Haftstrafe von über 11 Jahren bekommen. Dieser Prozess löste von Anfang an im In- und Ausland heftige Proteste aus. Dieser weltweiten Solidaritätswegung ist es zu verdanken, dass der Prozess bisher zweimal vertagt werden musste und Ahmet Taştan noch nicht verurteilt worden ist. Am 26.1.79 war die 3. Verhandlung des Prozesses. Das Gericht beschloss, den §14a, der die kommunistische Propaganda verbietet, dem Obersten Verfassungsgericht vorzulegen und zu überprüfen, inwieweit er verfassungsmässig gerechtfertigt ist. Bereits seit Oktober letzten Jahres riefen die Anwälte von Taştan das Gericht auf, die Vereinbarkeit der beiden Paragraphen mit der türkischen Verfassung überprüfen zu lassen, da sie dieser widersprechen. Und sie widersprechen nicht nur der Verfassung, sondern auch der Menschenrechtskonvention der UNO und der Schlussakte von Helsinki. Somit ist der Beschluss des Gerichts ein Erfolg der demokratischen Kräfte. Auf der anderen Seite ist offensichtlich, dass mit der getrennten Behandlung der eng zusammenhängenden Paragraphen eine Verzögerung des Urteils beabsichtigt ist. Denn einerseits wagt man es nicht, Taştan zu verurteilen, andererseits aber wäre eine Freisprechung eine zu grosse Niederlage für die Regierung und die reaktionären Kräfte. Da es nun auf dem zivilen Rechtsweg bisher nicht gelungen ist, den Ürün-Verlag und damit die demokratische Bewegung mundtot zu machen, nutzt jetzt die Regierung das bestehende Kriegsrecht und liess den Verlag von den Militärbehörden verbieten. Damit ist jedoch weder die Verfassungsfeindlichkeit der §141 und 142 aufgehoben, noch kann damit die Forderung nach ihrer Abschaffung und die Legalisierung der TKP unterdrückt werden.

Demirel und Türkeş fordern die Ausdehnung des Kriegsrechts

Süleyman Demirel billigte die Verhängung des Kriegsrechts mit folgenden Worten: "Wir haben kein Vertrauen in die Regierung. Aber wir haben grosses Vertrauen in die türkische Armee, die die Pflicht hat, dieses Land zu verteidigen und zu erhalten." (Süddeutsche Zeitung, 28.12.78). Demirels tollwütiger Komplize Alparslan Türkeş forderte die sofortige Ausdehnung des Kriegsrechts auf weitere, im Osten der

Die Regierung unternimmt nichts, um den planmässig operierenden reaktionär-faschistischen Kräften Einhalt zu gebieten, und auch das bestehende Kriegerrecht ist kein geeignetes Mittel dafür. Demirel und Türkeş sehen gerade im Kriegerrecht die Chance, sich wieder an die Macht zu katapultieren.

Das Kriegerrecht ist jedoch nicht die einzige Möglichkeit der reaktionär-faschistischen Kräfte, um an die Macht zu kommen. Demirel wartet schon lange auf einen weiteren Rechtsrutsch der Republikanischen Volkspartei Ecevit's, um mit ihr eine Koalition einzugehen und auf diese Weise wieder an die Macht zu kommen.

"Als eine Übergangslösung wird immer mehr eine Grosse Koalition zwischen CHP (Republikanische Volkspartei) und AP (Gerechtigkeitspartei Demirel's) propagiert. Die Vertreter der Monopolbourgeoisie, der reaktionären Generalität und des Imperialismus, die diese Variante verlangen, erhoffen von ihr die Verabschiedung der bereits vorliegenden Gesetzesentwürfen zum weiteren Abbau der demokratischen Rechte und Freiheiten. Gleichzeitig soll damit ein Zusammengehen der CHP mit den anderen demokratischen Kräften verhindert werden." (DVZ, 11.1.79).

Neben dieser parlamentarisch verbräunten Form des Faschismus besteht für die Monopolbourgeoisie die weitere Möglichkeit des offenen Faschismus, der nur mit Hilfe der Armee realisiert werden kann und praktisch die Machtergreifung von Türkeş bedeuten würde.

"Die Entscheidung liegt heute schon eher bei der Armee als bei dem entscheidungslosen Ecevit. Wird die Armee die Bildung einer Notstandsregierung unter Türkeş empfehlen? Oder besteht in Ankara vielleicht doch noch eine letzte Chance für die Bildung einer Grossen Koalition?" (FAZ, 3.1.79).

Diese geradezu zynisch anmutende Spekulation der FAZ bedarf wohl keines weiteren Kommentars.

Pläne des Imperialismus

Nachdem die imperialistischen Kräfte im Iran so gut wie matt gesetzt sind, berieten sie auf einem hastig einberufenen Gipfeltreffen in Guadeloupe die Situation in der Türkei.

Auf diesem Treffen beschlossen die Herren Carter, Schmidt, Giscard d'Estaing und Callaghan, sich gegenüber der Türkei in Zukunft "grosszügiger" zu verhalten.

Die "grosszügige Hilfe" in Form des vorgesehenen Kredits von 1,5 Mrd. Dollar dürfte jedoch weniger dazu dienen, der Türkei aus der wirtschaftlichen Misere herauszuhelfen, als vielmehr erneute Waffenkäufe von den USA und der BRD zu ermöglichen.

"Die Türkei sollte sich...auf eine schlagfertige Infanteriearmee, die über neueste Panzerabwehrwaffen verfügte, konzentrieren." (FAZ, 19.1.79).

Die Dauerkrise, in der sich die Türkei seit Jahren befindet, hat ihre Ursache in der Abhängigkeit vom Imperialismus. Mit einer Auslandsverschuldung von 19 Mrd.Dollar, mit einem Aussenhandelsdefizit von 4,3 Mrd.Dollar, mit einer Inflationsrate von 79%, mit einer Arbeitslosenzahl von 5,71 Mio. (laut offiziellen Angaben) und einem chronischen Devisenmangel ist die Türkei wirtschaftlich zerrüttet.

Hinzu kommt die immense Verschuldung der Türkei durch die schweren Rüstungslasten, die ihr im Rahmen der Nato aufgezungen wurden.

"Zu Beratungen über ein Hilfsprogramm der westlichen Industrienationen für die Türkei sind am Donnerstag in Bonn hohe Beamte aus den Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik zusammengetroffen. Die Aktion war zu Jahresbeginn beim Vierergipfel auf Guadeloupe mit der Massgabe verabredet worden, dass sich möglichst viele Nationen an der Unterstützung der in einer tiefen Wirtschaftskrise steckenden Türkei beteiligen, weder über den Umfang noch über den Zeitraum oder die Bedingungen einer solchen Hilfe wurde am Donnerstag in Bonn Einzelheiten bekannt. Aus der von Staatssekretär Hermes vom Auswärtigen Amt geleiteten Verhandlungsrunde verlautete lediglich, dass die Aktion nur in Zusammenhang mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) erfolgsversprechend sei." (FAZ, 19.1.79).

Das der Imperialismus nie aus karitativen Beweggründen heraus "Hilfe" leistet, wird durch die Bedingungen, die der IWF an die Kreditvergabe knüpft, erneut bewiesen.

Die Hilfe "soll durch Bildung eines internationalen Konsortiums geschehen, dass an die türkische Zentralbank einen Beistandskredit gibt und Garantien für neue Privatkredite übernimmt. Aber nur wenn Ministerpräsident Ecevit mit dem IWF einig wird, sind die internationalen Banken zu neuen Krediten bereit...Wenn der IWF neue Finanzspritzen geben soll, werden also sehr unpopuläre Sparmassnahmen erforderlich sein." (so die Frankfurter Rundschau vom 31.1.79).

So lauten die im oben angeführten Zitat als "unpopuläre Sparmassnahmen" bezeichneten Bedingungen des IWF:

- Abwertung des türkischen Lira um 25-30%
- Einfrierung der Löhne
- Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel, die in staatseigenen Betrieben erzeugt werden.
- Keine weitere Erhöhung der Grundpreise für Agrarproduzenten von Seiten des Staates
- Verabschiedung neuer Steuergesetze, die die Konzerne begünstigen
- Schaffung günstigerer Bedingungen für die Investitionen ausländischer Kapitalien
- keine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR.



Die obige Karte wurde von der Frankfurter Allgemeine (vom 19.1.79) unter dem Titel "Verhandlungen über Militärhilfe für Ankara" veröffentlicht.

Obwohl nicht alle NATO oder US-Militärbasen darauf stehen (es sind insgesamt 61 NATO, über 30 US-Basen), zeigt sie unmissverständlich, wie das Territorium der türkischen Republik in einen Pulverfass der NATO und des aggressiven US-Imperialismus verwandelt worden ist. Rechts unten wird die Lage der Türkei bezogen auf die Sowjet Union verdeutlicht, um wohl die starke Anzahl der in Nord-Anatolien liegenden Aggressionsbasen, die die nichtexistierende "Gefahr aus dem Norden"(!) bekämpfen sollen, zu rechtfertigen.

Diese Karte beweist: In der Türkei sind Atombomben stationiert und zwar sehr viele. Eine Tatsache, die stets von der einheimischen Bourgeoisie verschwiegen oder verleugnet wurde.

Noch eine grausame Tatsache: Nach den staatlichen Statistiken von 1977 entfällt pro Einwohner der Türkei an Ausgaben für Militär 1062 TL (Türkische Lira), soziale Versorgungseinrichtungen 1 TL.

Und nun die FAZ: "Die Modernisierung (gemeint der Armee) wird darum nicht nur von den Amerikanern bezahlt werden können. Dem türkischen Partner wird von der ganzen NATO geholfen werden. Die Bundeswehr hat mit ihrer Unterstützung bereits begonnen."

Die demokratischen Kräfte und die Arbeiterbewegung der Türkei kämpfen für die völlige Abschaffung dieser Militärbasen. Das Volk der Türkei will nicht die Rolle der Gendarmerie des Imperialismus im Nahen Osten spielen.

Die Erfüllung dieser Bedingungen würde ein uneingeschränktes Schalten und Walten der internationalen Monopole und der mit ihnen liierten einheimischen Bourgeoisie, sowie einen verstärkten Ausverkauf der Türkei bedeuten. Die Krisenlasten sollen also auch in der Türkei auf die Werktätigen abgewälzt werden.

Der Hintergrund für das verstärkte Interesse imperialistischer Kreise für die Türkei ist die Verteidigung der in Gefahr geratenen internationalen Kapitalinteressen im Nahen Osten. Das Land am Bosphorus soll als Sprungbrett für Aggressionsakte gegen die arabischen Länder und den ganzen Nahen Osten benutzt werden.

So wurden die Waffen aus den Militärstützpunkten in Iran ohne Benachrichtigung der türkischen Regierung, in die Militärbasen auf türkischem Territorium verlagert, um die Stellung Irans als Wachposten des Westens verstärkt der Türkei zu übertragen.

"...dass angesichts der unsicheren Lage im Iran der Stabilisierung der Lage in der Türkei an der ohnehin schwachen Süd-Ost-Flanke des Nato-Bündnisses jetzt noch grössere Bedeutung beigemessen wird als zuvor." (FAZ, 19.1.79).

Und so forderte der Kontingentssenator Hilmi Fırat in der Haushaltsdebatte des Innenministeriums am 6.2.79 pflichtbewusst die Armee auf, "...sich bereit zu halten, nicht nur gegen eventuelle Angriffe seitens der Warschauer Pakt Staaten, sondern auch gegen Syrien und den Iran." (Hürriyet, 8.2.79).

Aufruf der KP der Türkei

Durch die Ausrufung des Kriegsrechts hat die Monopol-Bourgeoisie das militärische Clique dem Volke aufgezwungen. Dieser Vorfall zeigt, dass die Krisen im Lande sich verschärft, die Widersprüche zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Imperialismus, der kollaborierenden Monopol-Bourgeoisie und unserem Volk sich erhärtet, die inneren Streitigkeiten der Bourgeoisie zugenommen haben und dass die herrschenden Kräfte nicht mehr in der Lage sind mit parlamentarischen Mitteln zu regieren. Das Kriegsrecht hat die Gefahr des Faschismus zunehmen lassen und das Volk vor die Schwelle einer militärischen Diktatur gebracht. Auf diese Weise ist ein Teil der reaktionär-faschistischen Kräfte direkter Teilhaber der Regierung geworden. Unter den verantwortlichen Generälen des Ausnahmezustandes befinden sich auch solche, die MHP (Nationalistische Bewegungspartei) orientiert sind. Das Parlament hat seine bereits begrenzten Befugnisse in grossem und ganzen verloren. Durch die Verhängung des Ausnahmezustandes hat die Regierung, in der der rechte Flügel der CHP (Republikanische Volkspartei) am stärksten vertreten ist, dem Zwang der imperialistischen

Kreise, der AP (Gerechtigkeitspartei) und der faschistischen MHP nachgegeben.

Das eigentliche Ziel

Das eigentliche Ziel des Ausnahmezustandes ist es, die Last der kapitalistischen Krise auf die Schultern der werktätigen Massen zuwälzen und die sich entwickelnde Arbeiterbewegung und den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Demokratie zu verhindern. Das Ziel ist es, den Friedens- und Entspannungsprozess, die Entwicklung der Beziehungen der Türkei mit den sozialistischen Ländern zu sabotieren und die in unserer Region schwankenden Positionen des Imperialismus, der NATO und der CENTO wieder zu stärken. Der Ausnahmezustand ist gegen unser Volk, vor allem gegen die Arbeiterklasse, gegen die Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, gegen den sich nach links öffnenden Flügel der CHP und gegen die kurdischen Demokraten gerichtet.

Die Vorfälle in Iran, das Ankara-Zusammentreffen der NATO und CENTO Generalsekretäre, auf der die politische Entwicklung in der Türkei besprochen wurde und die Aufrufe der reaktionär-faschistischen Parteien an die obere Führung der Armee zeigen, dass für die Ausrufung des Ausnahmezustandes eine planmäßige Vorbereitung stattfand. Die Tatsachen, dass der faschistische Terror sich erweitert hat, dass die Provokationen der Peking orientierten und anderen maoistischen Gruppen zugenommen haben und dass der faschistische Terror durch das auf barbarische Weise durchgeführte blutige Massaker in K. Maraş Ausmasse des Bürgerkrieges angenommen hat, sind Teile des die Ausrufung des Ausnahmezustandes diktierenden Plans.

Die Politik der Führung des rechten Flügels der CHP hat die Ausrufung des Ausnahmezustandes in der Türkei verursacht. Der Imperialismus und die reaktionären Kräfte benutzten diese Politik, um zu ihrer Absicht, der Ausrufung des Ausnahmezustandes zu gelangen. Mit ihrer Wirtschaftspolitik, die zum Vorteil der imperialistischen Konzerne, der kollaborierenden Monopol-Bourgeoisie war, ist es der Regierung nicht gelungen, die kapitalistische Krise zu besiegen. Mit einer Politik des "klassenversöhnlerischen Standpunktes" wählte sie den Weg der Wälzung der Last der Krise auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung. Da es ihr nicht möglich war, den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen, ging sie daran, die auf dem Klassenstandpunkt beharrenden Gewerkschaften zu unterdrücken und sie zu spalten. Die "sowohl gegen rechts, als auch gegen links"-Politik, die Tatsache, dass die Regierung gegen die faschistischen Quellen nichts unternahm, die Polizei, die Armee und MIT (Geheimdienst) von faschistischen Elementen nicht säuberte führte zu einem verstärkten Terror auf den Strassen. Diese Politik der Regierung führte zum Schluss dazu, dass alle fortschrittlichen Kräfte unter Druck gesetzt wurden. Gegenüber der Forderung nach "Freiheit für die KPdT" verstärkte die Regierung den Anti-Kommunismus. Zudem wurden neue anti-demokratische Gesetze

vorbereitet. Der rechte Flügel der CHP, der von Anfang an die Zusammenarbeit mit den nationaldemokratischen Kräften abgelehnt hat und dagegen eine feindliche Haltung nahm, machte den faschistischen Kräften unentwegt Zugeständnisse. Die Innenpolitik der Regierung, die das Gegenteil der dem Volke abgegebenen Versprechungen praktizierte, ging total pleite. Die Regierung, die sich mit der inländischen Reaktion einigte und auf die Mitgliedschaft in der NATO verharrete, gab gegenüber dem gegen ihre als "vielseitig" bezeichnete Aussenpolitik gerichteten imperialistischen Druck klein bei. Zum Schluss nahmen die US-Militärbasen ihre Arbeit verstärkt auf. Die Regierung bestätigte die Aufrüstungspolitik der NATO und versprach einen neuen NATO-Agentenstützpunkt zu eröffnen.

Die herrschenden Klassen benutzten bei der Ausrufung des Ausnahmezustandes das Nichtzustandekommen der von der KPdT unermüdlich verteidigten Fronteinheit der nationaldemokratischen Kräfte. Zudem diente der Terrorismus der abenteuerlichen Kräfte als Vorwand. Die Pleite der CHP-Politik bestätigte erneut, dass zur Überwindung der Krisen, zur Verhinderung des faschistischen Aufstiegsmanövers und des Terrors und zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit, des Friedens und der Sicherheit eine klare und konsequente anti-imperialistische, anti-faschistische, anti-monopolistische Politik notwendig ist. Nur der revolutionäre Kampf des Volkes für eine fortschrittlich-demokratische Regierung, deren Schwerpunkt die Arbeiterklasse bildet, kann das Land aus diesen Engpässen herausführen. Unter dem Vorwand "die Freiheiten zu schützen" verteidigt die Regierung den Ausnahmezustand. Genauso wie sie erhofft hat, von dem Aufstieg des Terrors gegen die fortschrittlichen Kräfte Nutzen zu ziehen, so baut sie heute auf den Ausnahmezustand. Aber genauso wie das Nichtsunternehmen gegen die faschistischen Quellen zu einem verstärkten Terror geführt hat, so wird auch das Zulassen einer Anwendung des Ausnahmezustandes gegen die fortschrittlichen Kräfte zu einem Erstarken der reaktionär-faschistischen Kreise führen, die die Regierung stürzen wollen. Das Beharren der Regierung auf dieser Politik kommt den Kreisen zugute, die eine faschistische Diktatur errichten wollen.

Die Gefahr ist nicht unüberwindbar

Die Gefahr ist nicht unüberwindbar. Es existieren Kräfte, die die faschistische Eskalation verhindern und die Gefahr bewältigen können. DISK, Gewerkschaften, die an TÜRK-İŞ gebunden sind, fortschrittliche Parteien, Vereine und Parlamentarier sind gegen den Ausnahmezustand. In den Reihen der Armee und im Volke werden Proteste laut. In dieser Situation ist die Aufgabe der KPdT, TIP, TSIP, der Sozialisten, Sozialdemokraten, des linken Flügels der CHP, der kurdischen Demokraten, der Gewerkschaften, aller demokratischen Vereine, der fortschrittlichen revolutionären Jugendorganisationen, der patriotischen Kräfte in der Armee, aller, die gegen den Ausnahmezustand, gegen die

Beschränkung der demokratischen Rechte, gegen das Zertreten der Menschenrechte, gegen rassistisch-chauvinistischen Unterdrückungen sind, die Aktionseinheit zu realisieren, um die unaufschiebbaren Forderungen durchzusetzen.

- Der Ausnahmezustand muss aufgehoben werden!
- MHP und alle faschistischen Vereine müssen verboten werden!
- Türkei muss verhaftet und wegen der blutigen Massaker zur Rechenschaft gezogen werden!

Unter heutigen Bedingungen schaden jegliche Einwände, die gegen die Aktionseinheit erhoben sind, dem demokratischen Kampf. Alle fortschrittlichen Kräfte müssen auch die kleinsten demokratischen Rechte und Gewinne aktiv, bis zum Schluss gemeinsam verteidigen. Ohne in Panik zu geraten, ohne den abenteuerlichen Weg einzuschlagen, müssen sie alle Aktionsmethoden gemeinsam den Bedingungen entsprechend festlegen und praktizieren. Die Sicherung der Lebenssicherheit des Volkes und der fortschrittlichen Kader steht immer noch auf der Tagesordnung. Die Kommunisten laufen in den vordersten Reihen des Widerstandes des Volkes und sie werden weiter laufen. Keine Art von Unterdrückung kann den Kampf der Arbeiterklasse, unseres Volkes für nationale Unabhängigkeit, für Frieden, Demokratie und Sozialismus aufhalten.

28.12.1978

Zentral Komitee der
Kommunistischen Partei der Türkei

Faschistischer Terror geht weiter

"Milliyet" vom 7.2.1979 meldet: "41 Tote seit Beginn des neuen Jahres. Im Januar 1978 waren es 46."

Einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts behauptete der neue Innenminister Güneş, die Ruhe sei wieder hergestellt. Er verwies stolz darauf, dass "nur" 19 Menschen seit dem 27. Dez. 78 ermordet worden sind.

Obwohl es den Anschein hat, als hätten die "Grauen Wölfe" ihr blutiges Handwerk vorübergehend etwas reduziert, eskaliert der faschistische Terror weiterhin auch unter dem Kriegsrecht.

So wurde am 1.2.79 der Chefredakteur der bürgerlich-liberalen Tageszeitung "Milliyet", Abdi İpekçi ermordet.

Das Attentat, dessen Vollstrecker entkommen konnte, wurde vor den Augen hunderter von Menschen verübt.

Dies zeigt eindeutig, dass der Ex-Oberst Türkeş seine Machtpläne auch weiterhin mit physischer Gewalt durchzusetzen versucht.

"Seit über dreizehn der 67 Provinzen der Ausnahmezustand verhängt wurde, darunter auch in Istanbul und Ankara, sind die täglichen Morde und Terrorakte kaum noch Gesprächsstoff. Kenner bezweifeln, dass ihre Zahl zurückging. Aber nach dem entsetzlichen Weihnachtsmassaker von Kahramanmaraş, bei dem über hundert Personen hingemetzelt wurden, regt ein einzelner Mord nicht mehr besonders auf, es sei denn, es träfe einen Prominenten, wie den angesehenen und einflussreichen Chefredakteur der liberalen Zeitung Milliyet, Abdi İpekçi, der am vergangenen Freitag getötet wurde. In Istanbul wird ein Mordauftrag mit 30 000 Lira bezahlt - rund 2000 Mark." (Zitiert aus der "Zeit" vom 9.2.1979)

2 Minister zurückgetreten

Am 2.1.79 nahm Ministerpräsident Ecevit den Rücktritt seines Innenministers Özaydınlı an. Die rechtssozialdemokratische Position Özaydınlıs innerhalb der CHP kam nach dem faschistischen Massaker in K. Maraş immer mehr ins Wanken.

Der Widerstand innerhalb der CHP und der demokratischen Öffentlichkeit gegen seine rechte Politik, zwang ihn zum Rücktritt.



VOM KRIEGSRECHT WIRD DIE KURDISCHE BEVÖLKERUNG IN OST-ANATOLIEN AM HÄRTESTEN BETROFFEN. HEUTE MUSS DIESES VOLK, DAS NICHT EINMAL SEINE EIGENE SPRACHE BENUTZEN DARF, UNTER WILLKÜRLICHEN REPRESSIONEN DER SOLDATEN UND GENDARMERIE MEHR LEIDEN.

Aufgrund seines Nichteinschreitens gegen die ihm bekannten faschistischen Aktionspläne, gilt er als einer der Verantwortlichen für das Blutbad in K.Maraş.

Der zweite Rücktritt erfolgte durch den Verteidigungsminister Işık am 14.2.79. Sein Rücktritt ist auf Meinungsverschiedenheiten mit Ecevit bezüglich aussenpolitischer Fragen zurückzuführen, die bereits vor der Verhängung des Kriegsrechts offen zutage getreten waren.

Faschistentreffen in der BRD

Ungeachtet der zunehmenden neofaschistischen Gefahr in der Bundesrepublik durften sich am 4.2.79 im hessischen Schwarzenborn rund 500 Delegierte von insgesamt 108 Vereinen der faschistischen "Föderation der türkischen Idealistenvereine in Europa" zusammenrotten. Trotz energischer Proteste aus den Reihen der Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen wurden die Faschisten von einem starken Polizeiaufgebot geschützt.

Die Kulturhalle in Schwarzenborn wurde von einem gewissen Dr. Horst-Eckhard Kannapien aus Schwalmstadt für einen "Kulturabend" gemietet. Obwohl vor dieser Veranstaltung Bundeskanzler Helmut Schmidt, Innenminister G. Baum, SPD-Fraktionsführer Herbert Wehner und SPD-Vorsitzender Willi Brandt, sowie andere zuständige Behörden von FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD) über den Charakter dieses Treffens schriftlich informiert hatte. Und auch nach der Veranstaltung wurde diese vom Bürgermeister Schwarzenborns als sogenannte "Kulturveranstaltung" verharmlost.

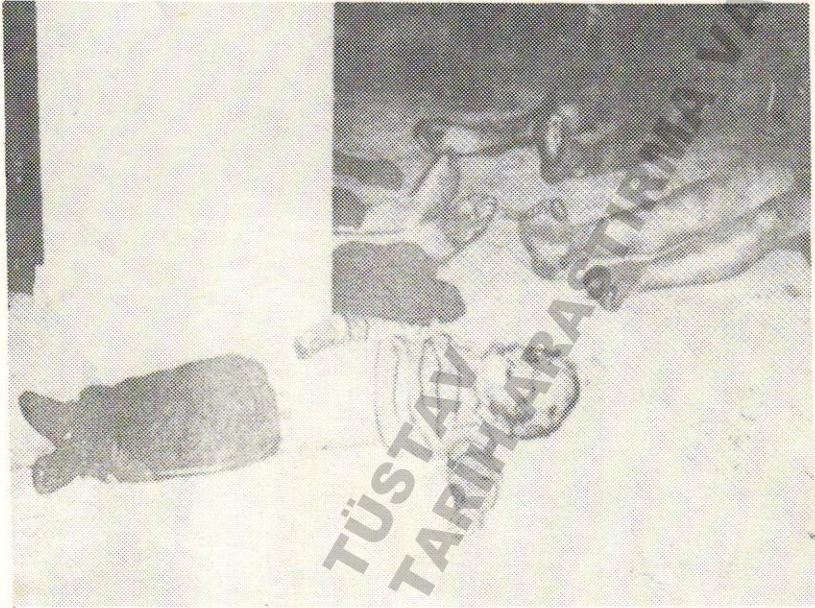
Gerichtsverkündung: Türkeş ist ein Faschist

Bei diesem Faschistentreffen nahmen u.a. der Vizepräsident der MHP Dr. Agah Oktay Güner und der Parteisekretär der MHP in Adana, Orhan Ürgenç teil. Führende Funktionäre einer Partei also, dessen Führer Alparslan Türkeş nach einer Entscheidung der 3. Kammer des Landesgerichts Frankfurt in einer mündlichen Verhandlung als ein Faschist bezeichnet werden darf. Das Gericht bestätigte ebenfalls, dass die MHP in der Bundesrepublik Tarnorganisationen unterhält.

Ausserdem durfte einer der Chefideologen der MHP, der Chefredakteur der faschistischen Tageszeitung "Hergün", Enver Altaylı diese Versammlung leiten.

Nach mehreren Besuchen der BRD von Türkeş und seinen Beratungen mit CSU-Vorsitzendem Franz Josef Strauss, wurde am 17. und 18. Juni letzten Jahres von 64 rechtsextremistischen Vereinen o.g. Föderation gegründet.

Sie ist dazu berufen, nicht nur die demokratische türkische Bewegung in der BRD, sondern in ganz Europa zu zerschlagen.



DAS GRAUSAME GESICHT DES FASCHISMUS! IN K.MARAŞ MORDETEN SIE
GANZE FAMILIEN MIT FRAUEN UND KINDER.

Herausgeber: TBÖK

Garten str. 96 , 6000 Frankfurt/M.70

T.B.Ö.K. TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ
Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

TÜRKEI HEUTE

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

Staatssicherheits

gerichte

(DGM)

Ein Instrument

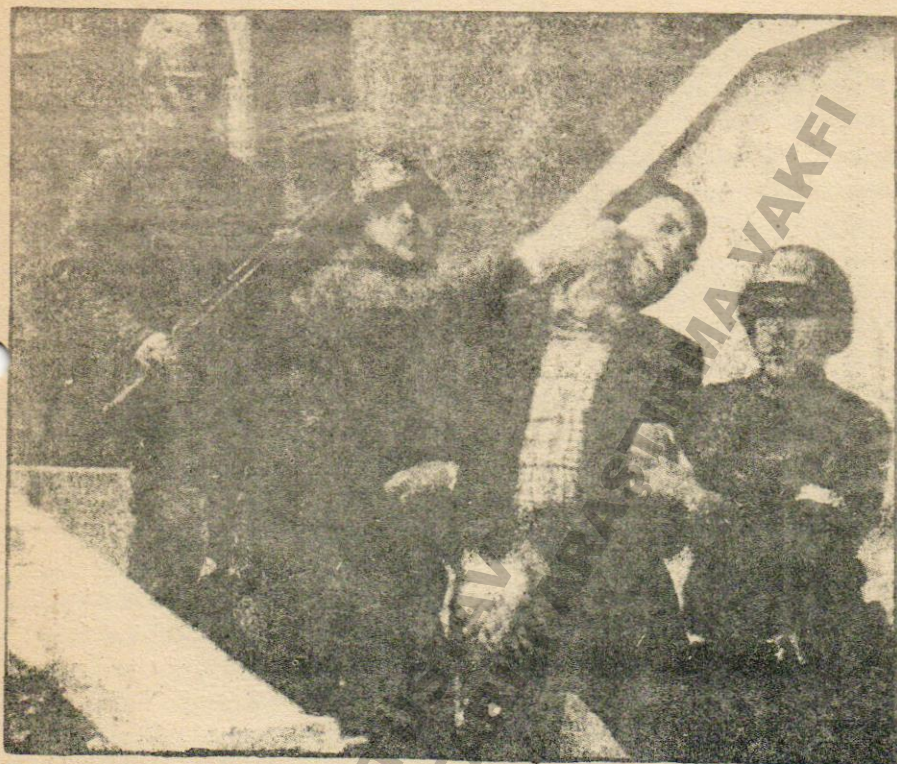
**für Dauer.
ausnahme.
zustand**

**DEVLET GÜVENLİK
MAHKEMELERİNE
HAYIR !**



" Nein zu den Staatssicherheitsgerichten ! "

Ein Plakat der DISK gegen die
Staatssicherheitsgerichten .



So werden die Angeklagten von DGM-Istanbul
abgeführt (Foto : aus der Zeitung "Milliyet")

Seit fast einem Jahr versucht die Regierung Demirels die Verabschiedung eines Gesetzes , das sogenannte "Gesetz über die Gründung der Staatssicherheitsgerichte " , von dem Parlament. Dieses Gesetz ermöglicht das Weiterbestehen der Staatssicherheitsgerichte (DGM). Das ehemalige Gesetz wurde in der Zeit der Militärs nach dem Putsch am 12.3.71 erlassen. Viele Paragraphen der Verfassung wurden nach dem Putsch geändert, darunter auch Paragraph 136, der die Bildung der DGMs möglich machte. Am 26.6.73 trat das Gesetz über die Bildung der Staatssicherheitsgerichte (DGMs) in Kraft. Nach diesem Gesetz wurden die Richter der DGMs von der Regierung gewählt. Diese Richter, die oft aus den Reihen der Militärs gewählt wurden, durften jeden einsperren, ohne Beweismaterial zu haben. Dadurch tragen sie den Charakter eines Militärtribunals.

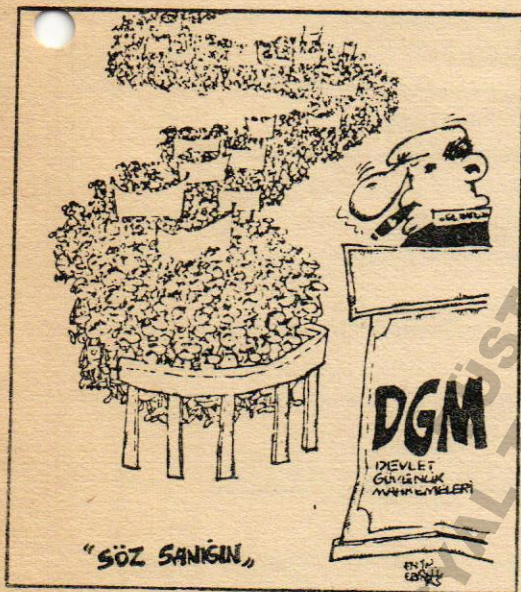
Nach diesem Gesetz sollten die "die Staatssicherheit gefährdende" Fälle von diesen Sondergerichten, den Staatssicherheitsgerichten

behandelt werden. In Praxis richtet sich dieses Gesetz aber gegen alle demokratischen Bewegungen. Zum Beispiel: Der Kampf der Arbeiter um ihre lebenswichtigen Bedürfnisse, die Demonstrationen und Versammlungen für die Erweiterung und Verteidigung der demokratischen Rechte, die kritische Meinungsäußerungen der Vereinigungen und der bekannten Persönlichkeiten gegen den faschistischen Terror und über die politische Lage des Landes werden als die Staatssicherheit gefährdende Fälle bezeichnet und vor diese Sondergerichte (DGM) gebracht. Seit ihrem Bestehen verhafteten und verurteilten diese Sondergerichte (DGM) hunderte von Arbeitern, Gewerkschaftern, Künstlern, Professoren, Journalisten, Lehrer u.a. Dieses Gesetz wurde am 11.10.75 auf Antrag der Parlamentarier der Republikanischen Volkspartei CHP vom Verfassungsgericht aufgehoben. Die DGMs bekamen vom Verfassungsgericht eine Frist von einem Jahr für die Einstellung ihrer Tätigkeit, obwohl alle bekannten Juristen, die demokratischen Kräfte dagegen protestierten. Diese Frist läuft Oktober 76 ab. Vor den Parlamentsferien (vom August bis Oktober) wollte die Regierung Demirel ein neues Gesetz über DGMs vorlegen und im Parlament durchpeitschen. Aber der Widerstand der Republikanischen Volkspartei im Parlament und der Widerstand der Gewerkschaften und anderer demokratischen Kräfte, die inneren Widersprüche unter den Koalitionspartnern der Regierung haben die Verabschiedung dieses Gesetzes verhindert. Demirel versucht jetzt dieses Gesetz mit einer ausserordentlichen Parlamentssitzung am 1. September durchzusetzen. Er will die Streitigkeiten mit Griechenland über Agdis ausnutzen und dadurch das Parlament zu einer Sondersitzung zwingen.

Die herrschenden Kreise der Türkei, die Regierung Demirel, die nicht mehr in der Lage sind, den Kampf des Volkes für die demokratischen Rechte mit normalen Mitteln aufzuhalten, wollen diesen Kampf mit den DGMs, die einen wichtigen Teil des Faschisierungsprozesses in der Türkei bilden, verhindern. Die Arbeit der DGMs konzentriert sich auf die Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzes, die die Kommunistische Partei der Türkei TKP verbieten. Aber von diesen Paragraphen sind nicht nur die Kommunisten, sondern alle Demokraten betroffen. Zum Beispiel wurden nach dem 2. März 1971 die sozialdemokratischen Juraprofessoren Soysal, Ksoy und Alacakaptan, die die Verfassung von 1961 mitgeschrieben hatten, von den Militärgerichten aufgrund der Paragraphen 141-142 verhaftet, "weil sie in ihren Vorlesungen und Vorträgen, wie in dem Buch "Einführung in die Verfassung", kommunistisch

istische Propaganda betrieben hätten". Die reaktionären Kreise wollen mit den DGMs einen Dauerausnahmезustand schaffen.

Gegen diesen Angriff der Regierung Demirels, der einen weiteren Schritt im Faschisierungsprozess darstellt, treten alle demokratischen Kräfte auf. Die stärkste Gewerkschaftsföderation der Türkei, Progressive Gewerkschaftsföderation DISK, hat mit einer Erklärung am 5.7.76 gegen das geplante Gesetz protestiert und die fortschrittlichen Kräfte zum Protest gegen dieses Gesetz aufgerufen.



"Das Wort hat
jetzt der An-
geklagte ! "

(Aus der
Zeitung der
Metallgewerk-
schaft der
Türkei-Mitglied
der DISK)

der Erklärung der DISK heisst es :

"Das bedeutet einen Ausnahmezustand ohne offizielle Ausnahmezustandserklärung. Das wird die extrem hohen Profite und die Unterdrückung durch das Grosskapital festigen. Dadurch werden die Arbeiterbewegung, DISK, alle progressive Organisationen und Personen vor ausserordentlichen Gerichten verurteilt, zum Schweigen gebracht."

Die ausserordentliche Vertrauensleuteversammlung der DISK, die am 9.7.76 stattfand, hat beschlossen, mit allen Mitteln gegen dieses Gesetz zu kämpfen. Am 10.7.76 fand eine Demonstration der DISK in Bursa gegen den faschistischen Terror und das geplante Gesetz, an der über 50 000 Menschen teilnahmen. Später hat die DISK erklärt, dass sie, falls dieses Gesetz verabschiedet wird, zum Generalstreik aufrufen wird.

Der Protest der DISK hat breite Unterstützung gefunden. Alle demokratischen Parteien, von der Kommunistischen Partei der Türkei bis zur Republikanischen Volkspartei, alle progressive Organisationen haben ihre Solidarität mit DISK erklärt. Die grössten 19 Gewerkschaften der Türkischen Gewerkschaftsföderation TÜRK-İŞ haben erklärt, dass sie jede Kampfmassnahme der DISK unterstützen werden, obwohl die reaktionäre Führung der TÜRK-İŞ nicht gegen dieses Gesetz aufgetreten ist. Der Lehrerverband TÖB-DER, alle Ingenieur- und Architektenverbände, Verband der Ökonomen, Verband des technischen Personals, Verband des Gesundheitspersonals, Ärztekammer, Anwaltskammer, und andere Organisationen, die auf Landesebene organisiert sind, haben auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 13.7.76 in Ankara erklärt, dass sie den Aufruf der DISK zum Generalstreik voll unterstützen.

Auch die demokratischen Organisationen im Ausland wie Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit TBÜK, Föderation türkischer Sozialisten in Europa ATTF, u.a. haben ihre Solidarität mit DISK und anderen demokratischen Organisationen zum Ausdruck gebracht.

Wir rufen alle Demokraten und demokratische Organisationen auf, Protesttelegramme an den Staatspräsidenten der Türkei zu senden und sich mit dem Kampf der DISK zu solidarisieren.*

JURISTEN GEGEN DAS DGM-GESETZ

Auf einer Podiumsdiskussion, die von der Zeitung "Cumhuriyet" (Republik) am 5.7.76 veranstaltet wurde, und an der der Vorsitzende der DISK (Progressive Gewerkschaftsföderation) Kemal Türkler, der Vertreter des TÖB-DER (der 120 000 Lehrer umfassende Lehrerverband) Talip Öztürk, Vertreter der Anwaltskammer Istanbul Orhan Apaydın, Juraprofessor Nevzak Gürelli und Juraprofessor Öztekin Tosun teilnahmen, sagte Prof. Gürelli über die DGMs:

"Die DGMs werden, um die Interessen der Herrschenden zu sichern, gebildet. Nach dem Paragraph 142 ist die Verbreitung von kommunistischen Propaganda verboten."

* Bitte senden Sie eine Kopie Ihres Telegramms an DISK wegen Veröffentlichung. Die Adressen der DISK und des Staatspräsidenten sind auf der letzten Seite dieser Broschüre angegeben.

istischer Propaganda kein Verbrechen. Aber viele Personen werden verurteilt, weil sie kommunistische Propaganda betreiben. Es gibt keinen einzigen Fall, in dem jemand verurteilt wurde, weil er faschistische Propaganda betreibt. Wenn wir uns die Schuldenscheine, die in den Urteilsbereich der DGMS fallen, ansehen, können wir feststellen, dass die Staatsautorität in eine bestimmte Richtung gerichtet wird. Die DGMS wurden in die Verfassung eingegliedert, obwohl ihre juristische Grundlage der Verfassung widersprechen. Die DGMS sind gegen die Prinzipien der Menschenrechte in der Verfassung und in internationalen Bestimmungen gerichtet."

Auch die Anwaltskammer der Türkei hat mit einer speziellen Analyse die juristische Unhaltbarkeit dieses Gesetzes gezeigt. Dieser Bericht war an den Staatspräsidenten, die Regierung, das Verfassungsgericht, an den Vorsitzenden des Parlaments und andere Staatsorgane gerichtet. (s. Veröffentlichungen der Anwaltskammer der Türkei - Nr. 22, 1976)

WIE HABEN DIE DGMS BIS JETZT GEARBEITET ?

Die DGMS haben seit ihrer Gründung tausende Urteile gegen demokratische, fortschrittliche Kräfte gefällt. Die Staatsanwälte der DGMS haben für viele Menschen Todesstrafe oder lebenslange Gefängnisstrafe gefordert. Von den antidemokratischen Angriffen der DGMS sind tausende Demokraten, Sozialisten, Kommunisten betroffen. Hier sind einige Beispiele von den Praktiken der DGMS :

PROTEST DES BÜRGERMEISTERS VON ANKARA GEGEN FRANCO SOLLTE IHM

8 JAHRE KOSTEN

Der Bürgermeister der Hauptstadt Ankara, Vedat Dalokay hatte gegen die 5 Todesurteile in Spanien protestiert. Er liess die Strom- und Wasserversorgung der spanischen Botschaft unterbrechen. Dieser Fall wurde vor das DGM-Ankara gebracht. Der Staatsanwalt des DGM-Ankara forderte 8 Jahre Zuchthausstrafe für Dalokay.

SCHAUSPIELER ZUM VERHÖR - VOLKSSÄNGER INS GEFÄNGNIS

Genco Erkal, ein bekannter Schauspieler, wurde bei DGM-Izmir verhört, weil er während einer Veranstaltung am 21.7.75 das Gedicht "Wie Kerem" von Nazım Hikmet gelesen hatte. Ein Volksänger, Mustafa Sarı, und 2 weitere Personen wurden nach den Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzes verhaftet, weil sie während der selben Veranstaltung mit ihren Liedern gegen den

faschistischen Terror, die Regierung Demirels protestierten. Sie wurden am 15.9.75 von DGM-Izmir eingesperrt, und traten am 2.11.75 in Hungerstreik, weil sie immer noch nicht vor das Gericht gestellt worden waren.

12 LEHRER IN OSTANATOLIEN INS GEFÄNGNIS

In Ostanatolischen Städten Van, Hilvan, Siverek, Muş und Bismil wurden 12 Lehrer, die Mitglieder des TÖB-DER sind, vom DGM-Diyarbakir eingesperrt, weil sie gegen die chauvenistische Unterdrückung gegen die Kurden waren.

FLUGBLATT VERTEILT : 2 JAHRE GEFANGNIS und 1 JAHR POLIZEIAUFSICHT

7 Personen wurden in Izmir zu je 2 Jahren Gefängnis und 1 Jahr Polizeiaufsicht verurteilt, weil sie ein Flugblatt verteilt haben.

STAATSANWALT FORDERT TODESSTRAFE FÜR 18 MENSCHEN

Der Staatsanwalt vom DGM-Adana forderte für 18 Menschen Todesstrafe, weil sie angeblich mit der Ermordung von 2 Polizisten in Malatya in Verbindung stünden.

13 VEREINIGUNGEN VERBOTEN - "SIE HABEN POLITIK GEMACHT"

Das DGM-Izmir hat am 16. Juli. 76 13 Vereinigungen in verschiedenen Bezirken von Izmir verboten. Diese Vereinigungen hatten vor 6 Monaten mit 2 Gewerkschaften und dem Verband der Bauingenieure ein Flugblatt veröffentlicht, in dem sie die Freilassung von Yusuf Küpeli forderten, der unter einer schweren Herzkrankheit leidet und zu 24 Jahren Gefängnisstrafe verurteilt wurde, und ^{für} die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung in Gefängnissen sich einsetzten. Sie wurden verboten, "da sie mit diesen Forderungen Politik gemacht hatten und in Widerspruch mit dem Gesetz über Vereine gerieten."

STAATSANWALT VERHINDERT DIE FREILASSUNG

Das DGM-Istanbul beschloss, dass ein Angeklagter, Nizamettin Karakoç, am 13.10.75 freigelassen wird. Der Staatsanwalt des DGM-Istanbul, Major Taylan Erimer, befahl den Gefängnisdirektor Hasan Aras, dass er den Angeklagten nicht freilassen soll. Nizamettin Karakoç konnte erst am 17.10.75 das Gefängnis verlassen.

VERHAFTUNGSLISTEN MIT ÜBER 400 NAMEN AN DIE GRENZEN GESCHICKT

Vom Staatsanwalt des DGM-Ankara wurde am 10.7.76 erklärt, dass die Organisationen im Ausland wie TBÖK, ATTF und viele andere Arbeiter- und Studentenvereine verfolgt werden, dass ihre Zeitungen in der Türkei verboten sind, dass Verhaftungslisten für mehr als 400 Mitglieder dieser Vereine an die Grenzen geschickt worden sind, usw.

SIE WOLLTEN BLUT SPENDEN - SIE WURDEN VERHAFTET

Am 9.1.76 wurde eine Studentin, Nuray Erenler, bei einem Überfall der faschistischen Schlägertrupps der MHP (Nationalistische Bewegungspartei-Regierungspartner Demirels) niedergeschossen. Sie wurde ins Krankenhaus Hacettepe geliefert. Das Personal des Krankenhauses, das jeden Tag solche Verletzte sieht und über die Überfälle der Kommandos empört ist, trat in einen Proteststreik, als die niedergeschossene Studentin kurz vor dem Tod stand. Die Polizei überfiel das streikende Personal, viele Krankenschwestern und Pfleger wurden verletzt. 20 Personen, die für die Verletzten Blut spenden wollten, wurden von dem DGM-Ankara verhaftet.

VOLKSSÄNGERIN INS GEFÄNGNIS

Die berühmte Volksängerin Şah Turna wurde von DGM zu mehr als 5 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie mit ihren Liedern gegen den faschistischen Terror aufgetreten ist.

STAATSANWALT VON DGM-IZMIR FORDERT TODESSTRAFE

Der Staatsanwalt von DGM-Izmir fordert am 21.7.76 für 20 Personen Todesstrafe. Die Begründung: Sie seien Mitglieder einer illegalen Organisation.

STAATSANWALT VON DGM-ISTANBUL FORDERT TODESSTRAFE

Am 18. Januar hat die Polizei eine Wohnung in Zeytinburnu-Istanbul überfallen und den Arbeiter Atilla Özkan getötet, 5 Weitere Personen wurden von DGM-Istanbul verhaftet. Die rechts-extreme Zeitungen und die Regierung haben diese Personen als "gefährliche marxistisch-leninistische Anarchisten!" bezeichnet. Die Regierung, die in diesen Tagen wieder einen Ausnahmezustand vorsehen wollte, hat versucht, diesen Fall dafür auszunutzen. Der Staatsanwalt des DGM-Istanbul fordert am 13.7.76 für 2 von 5 verhafteten Personen, Ali Naki Özkan und Hasan Aksu, Todesstrafe, für die anderen Personen, Burhan Gülseven, Seyfi Cansu und Hasan Tosun, 15 Jahre Gefängnisstrafe mit der Begründung "Sie seien Mitglieder einer illegalen Organisation".

STREIKENDE ARBEITER VOR DGM-IZMIR

Am 16. Juni 75 haben 70 000 Arbeiter in Izmir die Angriffe der Regierung Demirels auf die Arbeiterrechte mit einem Generalstreik protestiert. Hunderte von Arbeitern wurden von DGM-Izmir verhaftet. Der Gouverneur von Izmir wurde entlassen, weil er den Streik nicht mit Polizeigewalt verhinderte.

SOLIDARITÄTSAUFRUF DER DISK AN DIE

WELTÖFFENTLICHKEIT

DISK

TÜRKİYE DEVRİMCİ İŞÇİ SENDİKALARI KONFEDERASYONU
CONFEDERATION OF PROGRESSIVE TRADE UNIONS OF TURKEY
CONFEDERATION DES SYNDICATS OUVRIERS PROGRESSISTES DE TURQUIE

KURULUŞ : 13 ŞUBAT 1967

TELGRAF : DISKTÜRK

TELEFON : 25 89 68 (Direkt)
25 42 70 (Santral)

TARİH : July 6, 1976

SAYI : 976/812

DISK CALLS TO DEMOCRATIC AND TRADE UNION ORGANIZATIONS OF ALL COUNTRIES

The coalition parties in power under the name of "Nationalistic Front"(NF) has prepared a draft Bill called "State Security Tribunals"(SST). In a few days, the Parliament and the Senate will decide on this draft Bill.

As you will see from the written information we have given to the working class and the public, the SST draft Bill is openly in contradiction with the Articles 7 and 32 of the Turkish Constitution, Article 10 of the Universal Declaration of Human Rights and Article 6 of the European Agreement on Human Rights.

1. In spite of the presence of Civilian Courts, NF, urgently wants the establishment of these tribunals. By doing so, NF aims at liquidating the organized workers' and peoples' movement progressing in the direction of the defense and development of trade union, democratic and political rights and freedoms.

When these tribunals are established, those who enter into or support orally or in writing, even the smallest worker or democratic action for the aim of defending or developing the working and living conditions of the labourers against the immediate or long-term interests of the employers or against the NF, will be taken to these tribunals on the pretext that they act "contrary to state security".

2. "Supreme Judges Committee" will have no more power than just appointing to the tribunals the judges elected by the NF in power.

Due to the fact that the establishment of the tribunals were desired by the NF in power, and that there are military judges in the tribunals, SST will be dependant on the NF in power and literally they will try only those who are against the NF in power and are for democracy and freedom.

Adresse der DISK :

ADRES : Londra Asfaltı Marmar Sitesi Ahmet Kutsal Tecer Caddesi No.10 Kat 8

Aksaray-İSTANBUL

3. In spite of the fact that the struggle of the working class and their democratic organization is the basic objective of these tribunals, NF in power aims also to prohibit the freedom of expression (oral or written, individual or collective) by establishing them.
4. All the representative organizations of teachers, writers, artists, journalists, civil servants, women, youth and specially the "National Organization of Lawyers" have clearly stated their opposition to the establishment of these tribunals.

When these tribunals are established:

- The attacks of the armed fascists, which have practically put an end to security of life, will be transformed at once into a hunt for democrats and progressives.
- There will be no more trade union "freedoms" because all the worker actions aimed at the defense of these freedoms will be declared illegal.

Thus the anti-democratic and fascist forces wish to liquidate DİSK, which is the largest democratic trade-union mass organization, from the point of view of effective force and dynamism.

When the SST are established, Turkey will be a big prison full of intellectuals, trade unionists and progressive politicians.

The aim of the establishment of SST is to have Martial Law practice without officially declaring Martial Law.

We demand from you most urgently,

- to send telegrams expressing your solidarity with our organization and the people of Turkey struggling to prevent the establishment of SST,
- to send telegrams to those concerned declaring to have the draft Bill cancelled.

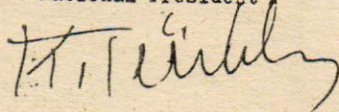
We believe that you will do this for DİSK and the working class of Turkey which represent those struggling for democracy and a humane life.

Dear Friend,

With my sincere greetings, I salute you.

- Fahri KORUTÜRK
President of the Republic
ANKARA/TURKEY
 - Kemal GÜVEN
President of the National Assembly
ANKARA/TURKEY
 - Kani VRANA
President of the Constitutional Court
ANKARA/TURKEY

Kemal TURKLER
National President



- Süleyman DEMİREL
Prime Minister
ANKARA/TURKEY
- Bülent ECEVİT
President of the Republican Party (CHP)
The National Assembly
ANKARA/TURKEY



An der Protestdemonstration der DISK
am 10.7.76 in Bursa gegen den faschist-
ischen Terror und das DGM-Gesetz haben
mehr als 50 000 Menschen teilgenommen.

HERAUSGEBER : T B Ö K

Rossdorfer Strasse 33/a,6 Frankfurt/Main

T.B.ÖK. TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

TÜRKEI HEUTE

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN



FRIEDEN UND FREIHEIT
FÜR DIE TÜRKEI

HERAUSGEBER: TBÖK, Roßdorfer Strasse 33/a. 6 Frankfurt / Main

I N H A L T

- 1) T B Ü K: Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit
- 2) Einleitung
- 3) Faschisierung des Staatsapparates
- 4) Verfassungs- und Gesetzwidrige Handlungen der Demirel Regierung
- 5) Faschistische Morde, Terror- und Unterdrückungsmassnahmen
- 6) Widerstand des Volkes gegen die faschistische Gefahr

E R L Ä U T E R U N G E N Z U M I N H A L T

NATIONALISTISCHE FRONT: Im März 1975 gegründet. Sie besteht aus 4 Parteien:

- 1) Adalet Partisi AP (Gerechtigkeitspartei): Hauptvertreterin des ausländischen (vor allem amerikanischen) und des türkischen Monopolkapital und des Grossgrundbesitzertums. Vorsitzende der AP ist der jetzige Ministerpräsident Demirel. 159 Sitze.
- 2) Milli Selamet Partisi MSP (Nationale Heilspartei): Eine reaktionäre, fanatisch-islamische Partei. Sie vertritt bestimmte der Grossbourgeoisie. Der Parteivorsitzende Erbakan ist zugleich stellvertretende Ministerpräsident. 48 Sitze.
- 3) Cumhuriyetçi Güven Partisi CGP (Republikanische Vertrauenspartei): Eine reaktionäre Partei. Eine rechte Abspaltung von der CHP. Sie steht der AP sehr nahe. Der Parteivorsitzende Fevzioglu ist auch stellvertretende Ministerpräsident. 10 Sitze.
- 4) Milliyetçi Hareket Partisi MHP (Nationalistische Bewegungspartei): Eine faschistische Partei. Diese Partei und deren militante Mitglieder sind die Schlägertrupps der Nationalistischen Front gegen die demokratische und fortschrittliche Kräfte. Deswegen wurde sie in diese Koalition hineingezogen, obwohl sie nur 3 Sitze hat. Der Parteivorsitzende Türkeş ist auch stellvertretende Ministerpräsident.

Cumhuriyet Halk Partisi CHP (Republikanische Volkspartei): Vertreterin der nationalen und mittleren Bourgeoisie. Mit 190 Sitze ist die CHP die stärkste Partei im Parlament. Sie ist, wie der sozialdemokratisch orientierte Parteivorsitzende Ecevit erklärte, auch für den Sturz der Regierung der Nationalistischen Front.

Türkiye Komünist Partisi TKP (Kommunistische Partei der Türkei): Partei der Arbeiterklasse. Schon während des Unabhängigkeitskampfes der Türkei gegen die imperialistische Okkupation im Jahre 1920 gegründet. Kurz danach wurden die 15 Begründer und führende Mitglieder von der Reaktion heimtückisch ermordet. Seit dem Bestehen - nur 2 Jahre legal - setzt sie den Kampf für Frieden, Freiheit, Nationale Unabhängigkeit und für eine fortschrittliche, demokratische Ordnung illegal fort. Sie kämpft um den Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte gegen den Imperialismus.

Demokratik Parti DP (Demokratische Partei): Eine reaktionäre Partei. Sie ist eine Abspaltung von der AP. Vertreterin einiger Teile der Grossgrundbesitzer und Banken. Parteivorsitzende ist Bozbeyl. Sie hat 26 Sitze im Parlament.

Zeitung Cumhuriyet (Republik): Eine liberale Zeitung aus den Zeiten Atatürks, die das Geschehen auf dem Lande objektiv betrachtet und wiedergibt.

Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu DISK (progressive Gewerkschaftskonföderation):

Im Jahre 1967 gegründet. Eine fortschrittliche Gewerkschaftskonföderation, die die Interessen der Arbeiter konsequent vertritt. Sie umfasst ca. 500.000 Mitglieder.

Türk-İş (Türkische Gewerkschaftskonföderation): In den fünfzigsten Jahren gegründet.

Ihre Führer sind in den USA ausgebildet und verfolgen für die Unternehmer angenehme Gewerkschaftspolitik. Sie umfasst ebenfalls ca. 500.000 Mitglieder.

Ulku Ocakları (Nationalistische Gemeinschaften): Inoffizielle Jugend- und Massenorganisation der MHP. Ihre Mitglieder erhalten militärische Ausbildung. Deshalb werden sie als "Kommando" genannt.

1- Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit (TBÖK)

Unter den Entwicklungen in unserem Lande haben sich die demokratischen Organisationen der in Westeuropäischen Ländern lebenden türkischen Arbeiter, Lehrer, Studenten, Schüler und Intellektuellen zu dem "Türkischen Europakomitee für Frieden und Freiheit" zusammengeschlossen, um die Öffentlichkeit über die faschistischen Mord- und Terroranschlägen zu informieren, den faschistischen Charakter der Demirel Regierung zu zeigen und die Solidarität der Öffentlichkeit und der demokratischen Kräfte zu gewinnen. Mit der Solidarität der demokratischen Öffentlichkeit können die demokratischen Errungenschaften unseres Volkes verteidigt und die faschistischen Angriffe zum Stehen gebracht werden.

Deswegen hat das Komitee den Zeitraum vom 8 Mai bis 27 Mai Solidaritätswoche für die Türkei erklärt und veranstaltete Informations- und Pressekonferenzen über die Türkei. In Köln und in Westberlin wurden am 15 Mai Demonstrationen durchgeführt. Am 29. Mai wird in Frankfurt eine zentrale DEMONSTRATION gemacht.

Das Türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit war aus dem Türkischen Amnestykomitee entstanden, das sich aktiv für die Verwirklichung einer Generalamnesty für politischen Gefangenen in der Türkei eingesetzt hatte.

Während des Militärregimes nach dem 12. März 1971 waren über zwanzigtausend türkische Patrioten verhaftet, und zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Bei den Wahlen im Oktober 1973 brachte das Volk den Wunsch zur Amnesty zum Ausdruck.

Nach den Wahlen waren die reaktionären Kräfte gegen die Erlassung einer Amnesty. Für die Freilassung der politischen Gefangenen musste gekämpft werden.

Im Lande und im Ausland haben die demokratischen Organisationen eine grosse Kampagne gestartet. Im Ausland kamen viele Organisationen zusammen, um ihre Aktionen für eine breite Amnesty gemeinsam zu organisieren. So riefen sie das türkische Amnestykomitee in Europa ins Leben.

Das Komitee veranstaltete Konferenzen, Vorträgen, Ausstellungen, Kundgebungen und Demonstrationen und forderte die Freilassung aller politischen Gefangenen und verurteilte die religiös-fanatische Nationale Heilspartei MSP, die als Partner der Republikanischen Volkspartei in der Regierung, das Amnestygesetz zum Fall brachte. Diese Aktionen in der europäischen Öffentlichkeit und die Solidarität der demokratischen Kräfte, trugen massgeblich dazu bei, dass später eine breite Amnesty durch das Verfassungsgericht möglich wurde..

Nach der Amnesty löste sich das Komitee nicht auf und haben die im Komitee vertretenen Organisationen beschlossen, noch weiter zusammenzuarbeiten, um ihre Aktionen gemeinsam zu koordinieren. Das war auch deshalb notwendig, da in der Türkei noch viele demokratische Rechte und Freiheiten eingeschränkt oder aufgehoben waren, und der Frieden in Gefahr war. Die Abhängigkeit des Landes von imperialistischen Mächten wurde von Tag zu Tag noch enger. So entstand das türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit aus der Amnestykomitee.

Das Komitee bewährte sich bald. Besonders gewann es nach dem Machtantritt der Demirel Regierung mehr an Bedeutung, und wurde ein Zusammenkunft aller demokratischen Kräfte. Das Komitee umfasst heute über 40 Organisationen und tritt gemeinsam mit anderen fortschrittlichen und Friedliebenden Kräften der Welt für Frieden, Freiheit, Völkerfreundschaft und für sozialen Fortschritt ein. Es ist eine Mitgliedschaft bei dem Weltfriedensrat beantragt. Das Komitee gibt ein Informationsbulletin heraus und koordiniert Pressekonferenzen, Kundgebungen und Demonstrationen.

Die Aktionen des Komitees waren von Anfang an ein Dorn im Auge der Demirel Regierung. Nach einer Meldung der reaktionären Zeitung Tercüman vom 18. Mai 1976, hat die Regierung Demirel ein Verbot auf den Einzugs des Bulletins des Komitees in die Türkei verhängt. Mit diesem Verbot tritt das friedens- und freiheitsfeindliche Gesicht der Regierung Demirel noch offener zutage. Doch diese Massnahmen werden den Kampf des Komitees für Frieden und Freiheit nicht abhalten können.

Aus dem Aktionsgrundsatz von TBÖK:

"Um die Schaffung einer friedlichen und freien Türkei, sind wir im nationalen Masstab für die Zusammenarbeit und für die gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, der TKP (Kommunistische Partei der Türkei), der CHP (Republikanische Volkspartei), der verschiedenen Berufsverbänden, der verschiedenen Vereinen und Föderationen im In- und Ausland, der Studenten- und Jugendorganisationen, der patriotischen Soldaten und Offizieren, der Parlamentarier, der Frauenorganisationen, der allen friedliebenden Kräften und für Frieden und Freiheit wirkenden Persönlichkeiten, ohne Berücksichtigung ihre Religion, Sprache, Konfession, Rasse und ihres Glaubens".

2) EINLEITUNG

Seitdem 1. April 1975, also seit über 13 Monaten, ist Demirel wieder Ministerpräsident in der Türkei, der schon am 12. März 1971 durch das Memorandum des Militärs sein Amt niederlegen musste und die Parlamentswahlen im Oktober 1973 verloren hatte.

Anfang des Jahres 1971 waren Demirel und seine Regierung nicht in der Lage, den wachsenden Widerstand des Volkes, die Streiks und Fabrikbesetzungen der Arbeiter, die Landbesetzungen der Bauern, Demonstrationen der Studenten und aller Schichten der Bevölkerung zu brechen. Die Forderungen nach "Austritt aus der NATO", "Nichteinmischung des amerikanischen Imperialismus in die inneren Angelegenheiten", "einer unabhängigen, demokratischen Türkei" usw., umfassten die breite Masse so, dass die Regierung Demirel gezwungen war, den Besuch der 6. Flotte in den türkischen Häfen zu verbieten.

Die kollaborierende türkische Bourgeoisie und auch der amerikanische Imperialismus sahen, dass ihre Interessen und ihre Herrschaft in Gefahr gerieten. Zu dieser Situation kam auch laufende Kritik aus den Reihen der türkischen Grossunternehmer wie Vehbi Koç, der der Demirel-Regierung "Ungeschicklichkeit und Unfähigkeit" vorwarf.

Ausserdem die Korruption der Familienangehörigen von Demirel, trugen immer mehr dazu bei, dass er von Tag zu Tag an Prestige verlor. Die türkische Grossbourgeoisie verlangte eine starke Regierung. Es war die Zeit herangereift, Demirel von seinem Amt zu entfernen. Aber eine starke Regierung war nur mit der Unterstützung des reaktionären Kreises des Militärs möglich.

Am 12. März 1971 stellten der damalige Stabschef und die 3 Kommandanten der Waffengattungen ein Memorandum und zwangen die Demirel-Regierung zum Rücktritt und setzten eine Marionetten-Regierung ein.

2 1/2 Jahre herrschten sie mit Panzern und Bajonetten, peitschten durchs Parlaments antidemokratische Gesetze durch. Eine Regierung ging, die andere kam. 20 tausend Arbeiter, Gewerkschaftler, Professoren, Lehrer, Intellektuelle wurden verhaftet. Viele Jugendliche wurden im Sondermilitärgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet, viele Hinterhältig ermordet.

Das Streiken wurde verboten. Die Dörfer, besonders die von der kurdischen Bevölkerung bewohnten Gebiete, wurden überfallen. Eine Terrorwelle ging durch das Land.

Es stellte sich gleich heraus, dass das Memorandum nicht gegen Demirel gerichtet war, ganz im Gegenteil hatte es das Ziel, ihn vor seinem Untergang zu retten. Er wurde für bestimmte Zeit zur Seite genommen. Demirel spielte aber eine immer entscheidendere Rolle

bei der Bildung einer neuen Regierung und Bestimmung der Politik unter den Militärs.

Dieser Plan war in Pentagon entworfen. Der heutige Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei, Ecevit, sagte damals, "die Türkei hat das griechische Modell imitiert, nur ein bisschen raffinierter" (Stern, 4.7.1971). Die Kommunistische Partei der Türkei erklärte, dass es sich hier um ein CIA-Modell handelt.

Diese Tatsachen werden heute zugegeben. Der damalige (vor 12. März 1971) und heutige Aussenminister Çağlayangil sagte vor Journalisten: "Der 12. März 1971 wurde von CIA und MIT (Türkischer Geheimdienst) gemeinsam organisiert und durchgeführt".

Diese 2 1/2 Jahre Herrschaft des Militärregimes brachten unserem Volk und Land nichts. Der wirtschaftliche Ruin, die Inflation erreichte 28%. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Das Handelsdefizit wurde immer grösser.

Mit dem breitangelegten, faschistischen Terror, konnten die Militärs das Volk weder Unterdrücken noch einschüchtern. Der Protest des Volkes kam bei den Wahlen im Oktober 1973 zum Ausdruck. Das Volk hat seine Stimme nicht den reaktionären Parteien und Politiker gegeben. Die grösste Verlierer waren Demirel und seine Partei AP (Gerechtigkeitspartei). Die Republikanische Volkspartei, unter Führung Ecevits, die eine unbeschränkte politische Amnesty, Unabhängigkeit des Landes vom Imperialismus gefordert hatte, bekam die meisten Stimmen und wurde die grösste Partei. Sie erreichte aber nicht die absolute Mehrheit im Parlament. Die Bildung einer Regierung stiess auf ernste Schwierigkeiten. Die kleineren reaktionären Parteien waren nicht bereit, mit Demirel eine Regierung zu bilden. Hier wurde der Wunsch nach Neuwahlen laut, weil sie einen Erfolg der fortschrittlichen Kräfte hätten bedeuten können. Nach langen Tauziehen kam eine Koalitionsregierung von Republikanischer Volkspartei CHP und Nationaler Heilspartei MSP zustande, die eine Amnesty für alle politische Gefangenen vereinbarten. Gegen die Amnesty setzten die reaktionären Kräfte grossen Widerstand, an erster Stelle Demirel. Als das Amnestygesetz vom Parlament verabschiedet werden sollte, kaufte Demirel die 20 Abgeordneten der religiös-fanatistischen Heilspartei MSP mit 40 Millionen Lira und verhinderte die Freilassung der Gefangenen, die nach Paragraphen 141-142 verurteilt worden waren (Diese Paragraphen verboten jede freie Meinungsäusserung und die Kommunistische Partei der Türkei). Erst nach einem Beschluss des Verfassungsgerichts konnten die politische Gefangenen freigelassen werden. Heute sind noch viele von dieser Zeit im

Gefängnis. Einer von diesen Gefangenen ist Yusuf Küpeli, da die Amnesty trotz die meisten politischen Gefangenen erfasste, jedoch nicht unbeschränkt war.

Das Leben der Regierung Ecevit's war nicht lang. Die wirtschaftlichen Probleme konnte er nicht bewältigen. Der Vorsitzende der MSP und der Koalitionspartner Erbakan verhinderte immer wieder die Regierungsgeschäfte mit seinen religiös-fanatischen Vorschlägen. Und der Einmarsch der türkischen Truppen auf Zypern und der Unterhalts der Soldaten brachte Ecevit-Regierung in eine wirtschaftliche Sackgasse. Die Schwierigkeiten bei der Lösung des Zypernproblems, der Druck der reaktionären Kräfte die ganze Insel zu besetzen, führte die Regierung in eine tiefe Krise.

Als Folge dieser Schwierigkeiten löste Ecevit die Koalition auf und versuchte Neuwahlen anzusetzen. Aber Demirel sagte "Nein" und suchte nach Möglichkeiten für eine Regierung mit anderen Parteien. Aber diese Parteien waren nicht bereit, mit Demirel zu arbeiten.

Als Übergangsregierung wurde Prof. İsmail Kibritçi Kabinett gebildet. Erst mit Hilfe des USA Außenminister Kissinger war es möglich, die 4 reaktionären Parteien unter Demirel's Leitung zu vereinigen. Sie haben dann die "Nationalistische Front" und später die Regierung gebildet. Die Parteien der Nationalistischen Front sind AP, MSP, CGP, MHP. Die Zahl der Abgeordneten der 4 Parteien reichte nicht für die absolute Mehrheit. Daher wurden 10 Abgeordnete der Demokratischen Partei gekauft.

Die Regierung der Nationalistischen Front übte Terror und Druck auf das Volk aus. Die demokratischen Rechte wurden mit Füßen getreten. Seitdem Machtantritt wurden über 70 Studenten, Arbeiter und Lehrer ermordet, über 2000 verletzt. Beiliegend geben wir einige Beispiele von den Praktiken der Regierung der Nationalistischen Front.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH DEMIREL'S MACHTANTRIT

Mit dem Machtantritt der Demirel Regierung war wieder ein konsequenter Interessenvertreter der In- und Ausländischen Monopolen an der Macht.

Als erster ist Demirel dem Verlangen der ausländischen Ölgesellschaften nach Zuschuss auf Rohöl nachgekommen, und garantierte ihnen 10.50 Dollar pro Tonne, obwohl die vorherige Regierung einen Preis von 10.39 Dollar vereinbart hatte. So verursachte er einen Devisenverlust von 80 Millionen Lira im Jahr.

Die Regierung verteilte die vorhandenen Devisen grosszügig an den Grosshändler und verbrauchte in kurzer Zeit die Devisenreserven. Jetzt sucht Demirel bei ausländischen Banken Devisen mit einem Zinssatz bis zu 11 %.

Mit seiner Wirtschaftspolitik brachte Demirel das Land am Rande des völligen Ruins. Die Krise in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern, wirkte in einem Land wie der Türkei am stärksten und hinterliess schwere Folgen. Unter der Regierungszeit von Demirel ging der Export um 10 % zurück, dagegen stieg der Import um 34.6 % zu. Das Aussenhandelsdefizit erhöhte sich auf 3.134 Millionen (Cumhuriyet, 7.1.1976). Allein im April 1976 wurde die türkische Lira innerhalb von 15 Tagen zwei Mal abgewertet. Die Auslandsschulden der Türkei betragen 3 Milliarden Dollar, und deren Zinsen betragen 1.2 Milliarden Dollar. In dieser Lage muss die Türkei bis zum Jahre

2000 Schulden zahlen. Die Verteuerungen sind in unerträglichen Masse zugenommen. Im Jahr 1975 stiegen die Preise für Konsumgüter um 18 %. (Cumhuriyet, 3.1.1976). Die Preise für Kohle wurden um 40-60 %, für Papier um 30 %, für Zement um 35 % und für Strom um 60 % erhöht. Viele Waren sind nur auf dem Schwarzmarkt zu erhalten. (Cumhuriyet, 22.1.1976). Demgegenüber sind die Löhne und Gehälter unverändert geblieben. Das mittlere Tageslohn eines Arbeiters beträgt 42 Lira (ca. 6,5 DM.). (Cumhuriyet, 1.1.1976). Im diesjährigen Budget hat die Regierung für Beamten keine Gehaltserhöhung vorgesehen. Von offiziellen Stellen werden zugegeben, dass die Arbeitslosenzahl über 3 Millionen liegt. Die Zahl der Saisonarbeitslosen geht bis auf 8 Millionen über. Tausende Dörfer haben keine Schulen, Wasser, Strassen und Licht. Trotz dieser Wirtschaftslage kauft die Regierung nach dem Waffenembargo der USA, von der BRD Waffen in grösseren Mengen. 40 % des Budgets sind für Militärausgaben ausgeworfen. Hierfür werden die Kosten der NATO, der 600.000 Mann umfassender Armee, der Invasionstruppen auf Zypern und der 700 Generalen bezahlt. Die Korruptions- und Bestechungen sind bis zu allen Stellen des Staats- und Regierungsapparates eingedrungen. Ohne Bestechung leisten die Ämter keinen Dienst. Die grösste Korruptionaffäre in diesem Jahr geht wieder auf das Konto der Demirel Familie. Der Neffe von Demirel Yahya Demirel kassierte vom Staat durch einen Scheinexport von Möbeln über 20 Millionen Lira als Steuerrückerstattung.

DEMIREL MUSS WEG

Gegen die Regierung Demirel wächst einen grossen Widerstand aus allen Schichten der Bevölkerung. Das Volk erwartet tiefgreifende Reformen, eine Demokratisierung in allen Bereichen des Lebens und keine äussere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei. Unter solchen schwierigen Wirtschaftslage und wachsenden Widerstand des Volkes ist es wieder für Demirel schwierig geworden, zu regieren. Deshalb verlangte er die Verhängung des Ausnahmezustandes vom Nationalen Sicherheitsrat, der einmal im Monat unter Vorsitz des Staatspräsidenten und unter Beteiligung des Stabschefs, der Kommandanten der drei Waffengattungen, des Ministerpräsidenten, der Verteidigung- und Innenminister, tagt und Vorschläge der Regierung verbreitet. Die Beschlüsse dieses Rates aber sind immer gegen das Volk gerichtet und umfassen die Massnahmen, den Widerstand des Volkes zu unterdrücken.

Um den Ausnahmezustand rechtfertigen, waren die Zwischenfälle unter den Studenten ein willkommener Anlass. Viele von diesen Zwischenfällen werden von dem Geheimdienst der Regierung verursacht. (Cumhuriyet 14.1.1976). Die Handlungen der linksextremisten, der Pseudorevolutionäre und der Maoisten und ihre Zusammenstösse mit der Polizei, ermöglichen Demirel, Terror massnahmen gegen das ganze Volk zu ergreifen.

Der Protest gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes war gross. Die Republikanische Volkspartei, die Kommunistische Partei der Türkei, die Gewerkschaften und Berufsverbände haben entschieden dagegen aufgetreten. Daraufhin stellten die Generale, wie die Wochenzeitschrift "Yanki" enthüllte, ein Memorandum an Demirel, in dem sie Demirel aufforderten, das Land ohne Ausnahmezustand zu regieren, doch ihm sei jedes Mittel erlaubt, gegen das Volk vorzugehen. Heute gibt es in der Türkei keine Ausnahmezustand, aber ein Zustand mit faschistischen Druck und Terror ohne gleichen.

Die demokratische Rechte werden mit Füssen getreten. Über den faschistischen Terror sagte Ecevit: "Heute ist durch die Regierung in die Türkei Faschismus gekommen. Aber diejenigen, die den Faschismus gebracht haben, werden vor der Kraft des Volkes niedergeschmettert". (Cumhuriyet 19.4.1976).

Die Forderungen und Losungen wie, "Nieder mit der Demirel Regierung", "Nieder mit der Nationalistischen Front!", "Für Frieden und Freiheit!" umfassten alle Schichten der Bevölkerung.

In dieser Periode machten die türkischen Monopolen den Vorschlag: Eine Koalitionsregierung der AP mit der CHP. Dieser Vorschlag fand unter einigen Führer der CHP Zustimmung. Doch die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder und Anhänger der CHP wandtensich gegen eine solche Regierung und sagten: "Keine Regierung mit den Mördern!". Sie forderten eine Aktionseinheit mit allen demokratischen Kräften.

3) Faschisierung des Staatsapparates

Sofort nach dem Machtantritt begann die Regierung der Nationalistischen Front damit, den Staatsapparat zu "säubern" und ihn mit den militärischen Vertretern der Parteien der Koalition zu besetzen. Tausende Beamten, angefangen von Nachtwächtern bis zu Generaldirektoren, wurden versetzt, vertrieben oder entlassen.

Der erste Angriff galt der TRT, der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt. Der Rundfunk und das Fernsehen haben in einem Land wie die Türkei -mit über 45% Analphabeten- eine große Bedeutung nicht nur als Informationsmedium, sondern gerade auch als unmittelbarer Meinungsmacher. Der Generaldirektor der TRT, Ismail Cem, der von der Regierung Ecevit in das Amt berufen worden war, wurde Anfang Mai 1975 unter der Anschuldigung der Gefährdung der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und der äußeren Sicherheit durch eine verfassungswidrige Verordnung aus dem Amt entfernt. Als Nachfolger von I. Cem wurde Prof. Nevzat Yalçintas von der Regierung der Nationalistischen Front (M.C.) zum Generaldirektor der TRT ernannt. Prof. Yalçintas war nach Cumhuriyet (19.5.1975) Berater der Arbeitgeberverbände und nach dem 12. März 1971 einer der Gutachter der. Aber infolge der heftigen Proteste musste Yalçintas den von ihm widerrechtlich besetzten Posten aufgeben, er trat zurück. An seiner Stelle wurde wiederum widerrechtlich ein anderer profilierter Reaktionsär, Şaban Karataş ernannt, der Professor für Zoologie und Tierzüchtung ist.

Seine Ernennung löste große Kritik aus. Er ist ein offener Feind von Atatürk und steht der Nationalistischen Bewegungspartei von Türkeş, MHP, nahe. Der Senator der CHP, Ünsal, forderte die Staatsanwaltschaft auf, gegen Karataş wegen seiner Atatürk-feindlichen Äußerungen ein Verfahren einzuleiten (Cumhuriyet vom 25.1.1976).

Mit der Bemerkung: "Ich werde die Rundfunk- und Fernsehanstalt TRT von den Linken säubern" begann Karataş zu arbeiten. Zuerst entfernte er den Leiter des Fernsehens, Zeki Sözer, von seinem Amt und ernannte an seiner Stelle den Fernsehgroßhändler Fahrettin İşık. Als Leiter des Fernsehprogramms ernannte er einen alten reaktionären Abgeordneten der Gerechtigkeitspartei (AP), Hami Tezhan (Cumhuriyet vom 20.1.1976). Der Publizist der faschistischen Zeitung "Orta Dogu", Sadettin Elgin, wurde auf den Beraterposten für den Bereich Programme und Planung der Sendungen berufen (Cumhuriyet vom 15.3.1976). Die Zeitung "Orta Dogu" ist das inoffizielle Organ der faschistischen Partei MHP. Über seine Beziehungen zu Türkeş (MHP) erklärte Karataş: "Sein Vertrauen wird für mich die Quelle der Kraft sein" (Cumhuriyet vom 26.1.1976).

Die Entlassungen und die Neubesetzungen mit militanten Vertretern der Parteien der nationalistischen Koalition im gesamten Staatsapparat wurden fortgesetzt. Hier einige Beispiele:

Der Generaldirektor für Wasserwirtschaft, Haluk Ceyhan; der Staatssekretär für Agrarreform, Prof. Saim Kendir; der leitende Schulrat von Istanbul Halis Kurtaca; der Generaldirektor von Etibank Atila Aybay und viele andere wurden von ihren Ämtern entlassen oder abberufen.

Der abgesetzte Staatssekretär beim Ministerium für Wohnungswesen, Prof. Cevat Geray gab eine Presseerklärung ab: "Der Hauptgrund meiner Absetzung ist meine Bemühung für die Einengung der Profite der Bodenspekulanten und der Spekulanten an der Küste und eine Arbeit für die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten." Cumhuriyet, 13.5.1975.

Aus Protest gegen die zügellosen Praktiken und Umbesetzungen trat der Generaldirektor für Bauwesen beim Ministerium des Bauwesens überhaupt als Beamter von seinem Amt zurück. Cumhuriyet vom 30.4.1975. Und auch Haldun Özen, Fachberater des Ministeriums für Wohnungswesen trat aus Protest gegen wegen widerrechtlichen Entlassungen der Bediensteten zurück.

Die Stellvertreter des Generaldirektors der nationalen Ölgesellschaft Petrol Ofisi, Mustafa Özyürek und Fikret Büyükbucur, wurden auf Anweisung des Ministers für Energie und Bodenschätze, Selahattin Kilic, aus ihren Ämtern entfernt.... Nach Informationen war der Anlaß, daß sie widerrechtliche Förderung mancher Vertreter, die der Gerechtigkeitspartei von Demirel angehören, verhindert haben. Durch ihr Eingreifen konnte die Gesellschaft 30 Millionen einsparen."

AUCH DIE POLIZEIBEAMTEN WURDEN ENTLASSEN, DIE IHREN PFLICHTEN NACHKOMMEN UND SICH NICHT MISSBRAUCHEN LASSEN !

Beispiel: (Cumh. 8.5.75) "...Am Abend des 5. Mai 75 sieht eine Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei in der Nähe der technischen pädagogischen Hochschule (Ankara) die Kommandos die fortschrittlichen Studenten unter der Losung "nationalistische Türkei" angreifen.

Die Beamten stiegen aus dem Polizeiwagen aus und fingen an, die von den Kommandos angegriffenen Studenten zu verprügeln. Eine fünf- bis sechsköpfige Gruppe von Polizisten machte mit Schlagstock und Fußtritt einen Studenten nieder. Da rief einer der anwesenden Kommissare, Mustafa Daymus: "Kollegen, so kann man den Dienst nicht ausführen. Unsere Aufgabe ist, die Streitenden zu trennen."

Daraufhin wurde er selbst angegriffen, und ein Polizist schlug mit dem Schlagstock auf seinen Kopf. Ein zuständiger Beamter rief: "Du bekommst keinen Auftrag. Gib deinen Revolver her!" Er wurde in den Wagen eingewiesen. Auch ein stellvertretender Kommissar, Ömer Coban, wurde in den Polizeiwagen hineingesteckt, da er meinte: "So kann man keinen Dienst tun." Einem Polizeibeamten rief ein zuständiger Beamter zu: "Komm mit! Du sollst dich dagegen ausgesprochen haben, die Studenten zu ver-

prügeln. Um Menschen zu schlagen, brauchen wir keine Anweisung von dir. Gib deinen Revolver her!"

Der Kommisar, der stellvertretende Kommisar und der Polizeibeamte wurden am selben Abend im Polizeipräsidium vorgeführt und in Haft genommen. Vorgestern bekamen sie den Bescheid, daß sie von ihren Ämtern abberufen und freigestellt wurden...!

Diejenigen Polizeibeamten, die gut schlagen oder töten, werden gelobt, gelohnt und gefördert.

Aus Cumhuriyet vom 10. Februar 1976

" Die 25 Polizisten, die am 11. Oktober 1975 eine Wahlkundgebung der Republikanischen Volkspartei CHP aufgelöst und in die Menge geschossen hatten, wurden nach einem Beschluss des Innenministeriums vom 18.12.1975 wegen ihres geleisteten hohen Dienstes mit doppelten Gehalt belohnt.

An die 30 Polizeibeamten, die am 26.1.1976 in Malatya 3 Studenten in ihrem Versteck mit Bomben und Handgranaten vernichtet hatten, wurden vom Innenministerium aus als Belohnung 200 tausend Lira verteilt".

Der Publizist Ugur Mumcu veröffentlichte in Cumhuriyet von 12.2.1976 viele Beispiele, wie die Polizisten zum Schlagen, Töten und zur faschistischen, unmenschlichen Handlungen angehalten werden. Die faschistische Kommandos werden in allen Ministerien als Beamter eingestellt. So im Wohnungsbauministerium, im Amt für Statistik usw. Der Innenminister Asiltürk und der stellvertretende Ministerpräsident Türkeş, wollten die Kommandos und die Absolventen der Schule für islamischen Geistlicher als Polizisten einsetzen. So berichtet Cumhuriyet von 7.2.1976, dass Asiltürk die Ernennung von 1900 Absolventen der Polizeischule verweigert hat. Er habe diese Stellen für islamischen Geistlichen und Kommandos vorgesehen. Der Generaldirektor für Sicherheit, Celalettin Tüfekçi, hat daraufhin seinen Rücktritt angereicht. (Cumhuriyet von 27.2.1976). An seine Stelle wurde ein alter Freund von Asiltürk, der Pilger Oktay Başer ernannt, der die Faschisten und die Religionfanatiker als Polizisten einstellen wird.

Auch in der Armee werden die fortschrittlichen Offiziere nicht befördert. Sie werden vertrieben oder entlassen. Ein typisches Beispiel stellt die Ernennung der neuen Kommandanten der Luftwaffe dar. Dieses Amt wurde durch den Rücktritt von General Alp-kaya frei, dem wegen der Lockheedaffäre Bestechung und Unterschla-

gung vorgeworfen worden war. An Stelle Alpkayas sollte der ranghöchste, Vier-Sterne-General der Luftwaffe, İrfan Özyaydınlı ernannt werden. Obwohl Özyaydınlı vom Stabschef als Kommandant für die Luftwaffe vorgeschlagen wurde, hatte Demirel dies abgelehnt und seinen Freund, den Drei-Sterne-General Cemal Engin, als Kommandanten ernannt.

So entlarvte der publizist Uğur Mumcu, in der Zeitung Cumhuriyet von 30. und 24.4.76 die Hintergründe der Ablehnung von Özyaydınlı und stellte fest:

"... Nachdem 12. März 1971 konnte sich Demirel mit zwei Kommandanten des Ausnahmezustandes nicht verständigen. Einer war der General Necmettin Sönmez, der inzwischen in Pension geschoben wurde und der andere İrfan Özyaydınlı. İrfan Özyaydınlı liess in seinem Bereich, Eskişehir, keine Folterung durchführen. Er erlaubte auch Demirel nicht, mit einer Autokolonne in die Stadt einzufahren und dort eine Kundgebung abzuhalten. In seinem Bereich liess er auch einen bekannten Religionsfanatiker und Atatürk-Feind, Kadir Mısırlıoğlu, verhaften".

Nach einer Meldung der Zeitung Cumhuriyet vom 16. Mai 1976 hat der Generalstab einen Gesetzesentwurf über die Beförderung von Generälen vorbereitet und mit "dringlichkeit" an das Verteidigungsministerium geleitet. Dieses Gesetzesentwurf sieht vor, dem Drei-Sterne-General Engin die Möglichkeit zu geben, zum Vier-Sterne-General befördert zu werden.

So wollen jetzt mit Hass und Zorn gefüllter Demirel, Türkeş und Erbakan mit General Özyaydınlı abrechnen.



Aus Miliyet vom 4.2.1976

4) Verfassungs- und Gesetzeswidrige Handlungen der Regierung Demirel

Seit ihrem Machtantritt hat sich die Regierung Demirel nur selten an die Gesetze gehalten. Mit ihren Handlungen hat sie Gesetze und Gerichtsbeschlüsse missachtet. Die Rechtmässigkeit der Demirel-Regierung wurde öfter in Frage gestellt. Dass Demirel selbst auch nicht vorhat, sich im Rahmen der Gesetze zu bewegen, zeigen seine Angriffe auf die Verfassung. Er sagte: Er und seine Partei seien von Anfang an gegen die Verfassung gewesen. Wenn er die Mehrheit finden könnte, würde er sofort die Verfassung ändern (Cumhuriyet, 24.1.1976). Da ihm die Mehrheit für eine weitgehende Verfassungsänderung fehlt, hat seine Regierung beschlossen, dem Parlament vorzuschlagen, mindestens die Paragraphen 15, 16 und 20 zu ändern, um die Exekutivkraft der Regierung stärken zu können. Diese Paragraphen beinhalten: Schutz des persönlichen Lebens, Unverletzlichkeit des Hausfriedens und Meinungsfreiheit (Cumhuriyet, 26.1.1976).

Die Regierung Demirel hat sich geweigert Beschlüsse des Verwaltungsgerichts durchzuführen. Besonders bei dem Fall von İsmail Cem beging die Regierung einen offenen Rechtsbruch. İsmail Cem war Generaldirektor der Rundfunk- und Fernsehanstalt der Türkei (TRT) und wurde von Demirel abberufen. An seine Stelle wurde Prof. Yalçınas ernannt. Das oberste Verwaltungsgericht hat den Beschluss, İsmail Cem abzusetzen für rechtswidrig erklärt, den Ernennungsbeschluss von Prof. Yalçınas aufgehoben und İ. Cem als rechtmässigen Generaldirektor bestätigt. Trotzdem blieb Prof. Yalçınas lange Zeit im Dienst. Später musste er auf Druck der Öffentlichkeit zurücktreten. In seiner Rücktrittserklärung musste er angeben, dass die Ursache seines Rücktritts die Entscheidung des Verwaltungsgerichts sei (Cumhuriyet, 4.12.1975).

Die Regierung Demirel hat nach dem Rücktritt von Prof. Nevzat Yalçınas erneut gesetzwidrig - die Ernennung von Şaban Karataş für das Amt des Generaldirektors angeordnet. Das oberste Verwaltungsgericht hat auch diesen Ernennungsbeschluss aufgehoben.

Unterdessen wurde in Bursa zu diesem Thema ein Symposium durchgeführt, Diskussion sagte der 3. Vorsitzende des obersten Gerichtshofes Orhan Özdeş: "Die Nicht-Ausführung der Beschlüsse des obersten Gerichtshofes ist eine strafbare Handlung gegen die Verfassung. Die Nicht-Durchführung der Beschlüsse des obersten Gerichtshofes, die die Einstellung von verfassungswidrigen Praktiken fordern, ist völlig ein Verstoss gegen die Verfassung und für diejenigen, die wegen dieses Verfassungsverstosses verurteilt werden, muss der § 146 des türkischen Strafgesetzbuches zur Anwendung kommen." Und dieser Paragraph des Strafgesetzbuches fordert die Todesstrafe.

Viele hohe Beamte und Generaldirektoren wurden aus ihren Aemtern entlassen. Das Verwaltungsgericht hat in den meisten Fällen den Beschluss der Regierung aufgehoben. Aber Demirel hat die Urteile des Gerichtes nie befolgt und deren Durchführung immer verweigert. Daraufhin sagte Ecevit, der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei CHP: "Eine Regierung, die die Urteile der obersten Gerichte ablehnt, fördert den Anarchismus und ist selbst anarchistisch."

Hierzu stellte der Präsident des obersten Verwaltungsgerichtes, İsmail Hakkı Ülgen, bei der Feier, bei der auch der Staatspräsident Korutürk teilnahm, zum 108. jährigen Bestehen des obersten Verwaltungsgerichtes:

"...Insbesondere halte ich für wichtig, die Führer der politischen Machthaber, die über die Ausführung der Entscheide der Gerichtsbarkeit in erster Linie die Pflicht und Verantwortung tragen, daran zu erinnern, dass die Nichtausführung dieser Entscheide dem Verfassungsbruch gleichkommen kann".

Ülgen gab verschiedene Beispiele über die verstärkten Angriffe seitens der Regierung auf die Gerichtsbarkeit und sagte weiter:

"Die Situation, wo die Verstösse gegen die Rechtsstaatlichkeit derartig gestiegen sind, deutet den Verfassungsbruch an".

Er erinnerte dann an die Worte Demirel, wo er sagte, dass es kein Verfassungsgericht über das Parlament und kein Verwaltungsgericht über die Regierung geben könne. Dann sagte er:

"Die Erklärungen des Ministerpräsidenten zielen auf einen neuen Eingriff in die verfassungsmässige Verwaltungsgerichtsbarkeit...". (Aus Cumhuriyet vom 11.5.76)

Im übrigen wurde der neue Generaldirektor der staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt TRT, Şaban Karataş, zu dieser Feier nicht eingeladen, da er rechtswidrig auf diesen Posten berufen und seine Berufung vom obersten Verwaltungsgericht aufgehoben wurde.

Wie Cumhuriyet vom 26.1.1976 berichtet, möchte die Regierung noch in dieser Legislaturperiode folgende Gesetze erneut dem Parlament vorlegen:

1. Gesetz über die Sicherheitsgerichte:

Dieses Gesetz wird unverändert dem Parlament zugeleitet, obwohl das Verfassungsgericht es für verfassungswidrig erklärt hat.

2. Universitätsgesetz:

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Regierung in notwendigen Fällen den Universitätsbetrieb für 2 Monate in die Hand nehmen

men und die Studenten für diese Zeit vom Lehrbetrieb aussperren kann.

3. Vereinsgesetz:

Nach diesem Gesetz bekommen die Gouverneure das Recht, die Vere durchsuchen zu lassen. Den Vereinen wird verboten, Demonstrationen zu veranstalten und Flugblätter politischen Inhalts herauszugeben.

4. Provinz-Verwaltungsgesetz:

Nach diesem Gesetz erhalten die Gouverneure das Recht, in ihrem Gebiet Ausnahmezustand und Ausgehverbot von 2 - 7 Tagen zu verhängen.

Die Sicherheitsgerichte wurden gegründet, um in Friedenszeiten die Aufgaben der Sondermilitärgerichte auszuüben. Alle politischen Fälle, die sich angeblich gegen das "Interesse des Staates" und gegen die "Staats- und Verfassungsordnung" gerichtet haben, sollen diesen Gerichten vorgeführt werden. Die Mehrheit der Gerichtsmitglieder sind Berufsoffiziere und haben keine juristische Ausbildung. Viele Akten von Sondermilitärgerichten wurden diesen Gerichten übergeben. Neben den Staatssicherheitsgerichten sind heute in der Türkei noch immer einige Sondermilitärgerichte tätig.

Trotzdem fällen die staatlichen Sicherheitsgerichte schwere Urteile, wie Todesstrafe und langjährige Gefängnisstrafen.

Aus Cumhuriyet vom 14. Mai 1976:

"Der Staatsanwalt des staatlichen Sicherheitsgerichtes in Ankara, Hauptman Atila Ülkü, hat im Prozess gegen den verantwortlichen Redakteur einer Wochenzeitung, Taner Akçam, insgesamt 429 Jahre Gefängnisstrafe beantragt.

Er wird beschuldigt, "kommunistische Propaganda betrieben, dem Ansehen der Regierung geschadet und schriftliche Propaganda für die Abschaffung und Schwächung der nationalen Gefühle" gemacht zu haben, usw...

Die Strafgerichte machen bei ihren Urteilsverkündungen immer noch von den Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches Gebrauch. Diese Paragraphen wurden im Jahre 1930 von dem damaligen faschistischen italienischen StGB direkt übernommen. 1952 wurden diese Paragraphen noch verschärft, sodass die Strafen bis zum Todesurteil gesteigert werden können. Diese Paragraphen verbieten auch immer noch die legale Arbeit der Kommunistischen Partei der Türkei. So ist die Türkei nach Spanien einziges Land, in dem die Kommunistische Partei noch verboten ist.

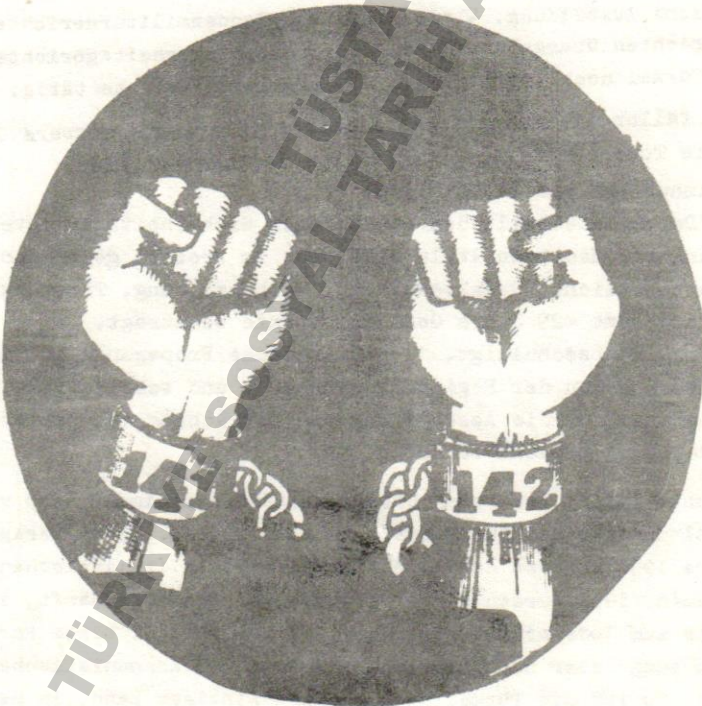
Wortlaut der Paragraphen 141 und 142 (von 1930)

§ 141, Abs. 1 StGB:

Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgend einem Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen oder tatsächlich gründen, oder ihre Tätigkeiten ordnen oder leiten oder beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse zu begründen, oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen, werden zu 8 bis 15 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.

§ 142, Abs. 1 StGB:

Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere soziale Klasse zu begründen oder eine soziale Klasse zu beseitigen oder irgendwelche bestehenden sozialen oder wirtschaftlichen Grundordnungen im Lande zu stürzen oder die politischen und rechtlichen Ordnungen total zu zerstören, wird zu 5 bis 10 Jahren schwerer Gefängnisstrafe verurteilt.



5- Faschistische Morde, Terror- und Unterdrückungsmaßnahmen

Die Namen der Ermordeten

Die Namen der von faschistischen Kommandos, von Polizei, Armee- und Gendarmerieeinheiten Ermordeten Patrioten nach dem Machtantritt der Demirel Regierung innerhalb eines Jahres (Hier sind nicht alle Namen enthalten, wie z.B. die von der Armeeeinheiten ermordeten kurdischen Bürger in Mardin und viele unbekannte Morde):

- 1) Veli Yıldırım, Student, ermordet am 30.3.1975 in Ankara am Vorabend des Machtantritts der Regierung Demirel. Als es fest stand, dass die Parteien der Nationalistischen Front unter Demirel die Regierung bilden, haben die Kommandos damit angefangen, zügellose Überfälle zu inszenieren. Der Mord an Veli Yıldırım, signalisierte schon die kommende Mordüberfälle unter der Regierung Demirel.
- 2) Abdi Gönel, Arbeiter, ermordet am 24.4.1975 bei einem Überfall von Kommandos auf das Studentenwohnheim Site in Istanbul. Er war im Wohnheim beschäftigt.
- 3) Burçin Öztürk, zweijähriges Kind. Ermordet am 24.4.1975 in Ankara durch die Schüsse von Kommandos
- 4) Mehmet Toprak, Jugendliche, ermordet am 24.4.1975 in Kars durch Messerstiche
- 5) Kamil Karakul, Soldat, Beide ermordet am 23.6.1975
- 6) Mehmet Aytekin, Jugendliche bei der Protestdemonstration gegen den Besuch von Türkeş in Diyarbakır, durch die Schüsse von Kommandos. Diyarbakır ist eine Grenzstadt, die meist von Kurden bewohnt wird. Der Besuch von Nationalisten und den faschisten Türkeş, war eine Provokation gegen die Kurden.
- 7) Ahmet Kırkbulak, Schüler, ermordet am 10.7.1975 in Bursa. Als mutmasslicher Mörder, wurde gegen den Vorsitzenden der Nationalistischen Gemeinschaften in Bursa, Efendi Barutçu, Haftbefehl erlassen.
- 8) Ahmet Deveci, Student, ermordet am 25.8.1975 in Kırşehir, bei einer von Kommandos provozierte Unruhe

- 9) Yusuf Vehbi Yılmaz, Jugendliche, ermordet am 24.9.1975 in Kırık-
kale von Kommandos, da er verweigert hatte,
in den Nationalistischen Gemeinschaften beizutreten
- 10) Ibrahim Kocakarin, Jugendliche, ermordet am 25.9.1975 in Muğ-
la mit Schlagstöcken
- 11) Ekrem Söğüt, Student, ermordet am 29.9.1975 in Ankara bei ei-
nem Überfall der Kommandos in die Wirtschafts-
hochschule
- 12) Ayhan Alkan Beide Kundgebungsteilnehmer der CHP.
am 11.10.1975 durch den Angriff der Poli-
zei mit den Panzern auf eine Kundgebung
von CHP in Ankara ermordet.
- 13) Zühtü Pehlivanlı
- 14) İsmet Yücel, Ein Leiter der Ortsorganisation von CHP in Ulu-
kıla, ermordet am 2.11.1975 durch einen Spiess-
stich ins Herz. Die Mörder sind unbekannt!
- 15) Alpaslan Gümüş, Student, ermordet am 4.11.1975 bei einem fasc-
histischen Überfall in die Pädagogische Hoch-
schule von Ankara
- 16) Yaşar Özcivelek, Student, ermordet am 7.11.1975 durch den Ü-
berfall der Faschisten in die TU von Istanbul
- 17) Münir Çetinkaya, Schüler, ermordet am 17.11.1975 bei einem Ü-
berfall der Kommandos in die Schule in Malat-
ya
- 18) Muharrem Çivikıran, student, ermordet am 23.11.1975 und in
seiner Wohnung Tot aufgefunden.
- 19) Cezmi Yılmaz beide Student, ermordet am 1.12.1975 durch die
von einem fahrenden Autos abgegebenen Schüssen
- 20) Halit Pelitözü am offenen Tag in Şişli-Istanbul, als die beiden
Studenten für die Überquerung der Strasse bei
der roten Ampel gewartet hatten. Ein Verkehrs-
polizist beobachtete diesen Mord. Das Auto wurde
festgestellt, doch die Mörder unbekannt!
- 21) Kazım Gökteş, Gymnasium-Schüler, ermordet am 5.12.1975 von
Kommandos durch das Herunterwerfen vom 3. Stock
in der Schule
- 22) Cengiz Baş, Schüler, ermordet am 12.12.1975 von Kommandos
durch Messerstiche in Elazığ
- 23) Kenan Dayıoğlu, Jugendliche, ermordet am 24.12.1975 in Ankara
und wurde in einer Garten Tot aufgefunden

- 24) Şükrü Bulut, Student, ermordet am 7.1.1976 von vier kommandos offen in der Uni-Kantine von Hacettepe in Ankara
- 25) Yunus Ceylan, Student, ermordet bei einer Schlägerei in der Techniker Hochschule in Ankara
- 26) Nuray Erenler, Studentin, gestorben am 14.1.1976 in Folge der Verletzung, die durch die Polizei am 8.1.1976 abgegebenen Schüsse auf die Menge der Studenten
- 27) Atila Özkan, Student, ermordet am 19.1.1976 bei einem Polizeiüberfall in seine Wohnung in Istanbul
- 28) Mustafa Şenpınar, Bauer, ermordet am 20.1.1976 in Pazarcık, bei einer von Kommandos angestifteten Unruhe in der Stadt. Mit Fahnen von Grauenwölfen gaben die Kommandos Schüsse auf die Menge
- 29) Zeki Yılmaz, Student, ermordet, am 21.1.1976 von Kommandos. Er war Anhänger von Kommandos. Später jedoch verweigerte er sich an Aktionen von Kommandos Teilzunehmen. Er wollte nicht mehr mitmachen. Deshalb wurde er in Ankara getötet.
- 30) Bekir Altındağ, Student, ermordet am 23.1.1976 bei einem Zusammenstoß mit der Polizei. Dabei sind auch ein Polizist und ein Nachtwächter gestorben. Drei weitere Studenten entkamen. In Malatya
- 31) Hasan Basri Temizel, Alle Drei sind aus dem Zusammenstoß am 23.1.1976 entkommenen. Sie wurden am
- 32) İlker Akman, 26.1.1976 durch die Bombardierung ihres
- 33) Yusuf Ziya Güneş, Versteck in Malatya vernichtet. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass sie lebendig festgenommen und vor Gericht gestellt werden könnten.
- 34) Özer Elmas, Student, ermordet von Kommandos. Er war am 12.1.1976 in Istanbul schwer verletzt. Er starb am 27.1.1976
- 35) Metin Arıkan, Student, ermordet am 27.1.1976 in Istanbul durch den Überfall der Polizei auf den Trauerzug von Özer Elmas an. Die Polizei griff mit Panzer an. Durch die Schüsse der Polizei starb Arıkan.

Cihan Şenyüz, Student, ermordet am 30.1.1976 von der Polizei durch die Folterung im Polizeirevier in Samatya-Istanbul. Er war am 26.1.1976 von der Polizei in Revier genommen und von dort zum Krankenhaus geliefert, wo er starb. Die Polizei behauptet, er sei aus Alkohol gestorben

Semih Erbek, Student, ermordet vom Kommandos. Er war einer von Hunderten Studenten, die am 3.1.1976 in dem Uni-Bus saßen, der an der Haltestelle auf die Abfahrzeit wartete. Plötzlich kamen die Kommandos, und gaben Schüsse auf den Studenten. Dabei wurde Erbek schwer getroffen und am 11.2.1976 gestorben. Dieser Überfall ereignete sich vor dem Gebäude des Generalstabes in Ankara!

Müntaz Akaya, Schüler, ermordet am 26.2.1976 in Nazilli.

Hüseyin Güzel, Arbeiter, ermordet von Kommandos in Izmir. Er war am 1.3.1976 durch den Kommandoüberfall verletzt. Er starb am 8.3.1976

Ata Yıldırım, Schüler, ermordet am 13.3.1976 in Ankara von Kommandos (S. unten)

Orhan Aydın, Student, ermordet am 29.3.1976 im Uni-Wohnheim in Trabzon. Er wurde in seinem Zimmer Tot aufgefunden

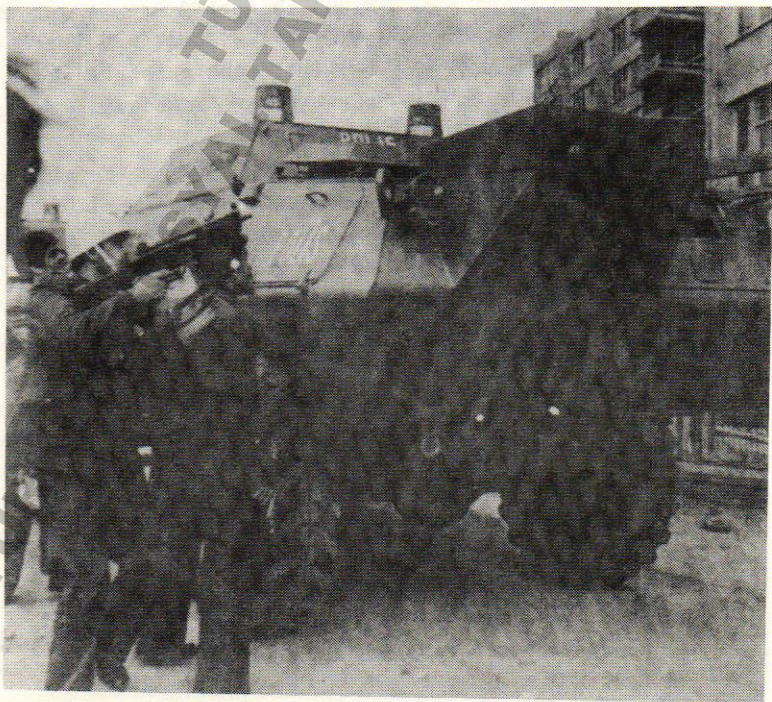
Sami Ovalloğlu, Student, ermordet am 30.3.1976 vor der Ingenieurakademie von Ankara durch den Überfall der Kommandos auf die Studenten

Muhtad Karazehir, Schüler, ermordet am 30.3.1976 in Kayseri in seiner Wohnung. Sein Kopf wurde mit Beil gequascht.

Hakan Yurdakuler, Student, Sohn von Senator Muzaffer Yurdakuler. Er wurde am 8.4.1976 bei einem Überfall der Kommandos auf die Fakultät der Politischen Wissenschaften erschossen

Orhan Esari, Student, Bei einem Polizeiüberfall auf die Uni Hacettepe am 8.4.1976 durch die Schüsse der Polizei ermordet

- 46) Burhan Esin, Student, ermordet am 8.4.1976 von der Polizei.
Durch die Schüsse der Polizei auf die demonstrierende Studenten wird Esin erschossen. In Ankara
- 47) Hüseyin Hatipoğlu, Student, am 31.3.1976 durch Folter
in Isparta von Kommandos ermordet
- 48) Mehmet Dağbaşı, Student, ermordet am 1. Mai 1976 in Istanbul
Als er die erlaubten Maiplakate der DISK klebte, wurde er von Kommandos überfallen und erschossen.
- 49) Ali Fuat Okan, Student, ermordet am 1. Mai 1976 in Istanbul
Er kam aus Ankara um an der Mai-Kundgebung teilzunehmen. Abends unterhielten sich die Studenten vor dem Wohnheim. Plötzlich überfielen die Kommandos die Studenten und erschossen dabei Ali Okan.
- 50) Mehmet Kocadağ, Arbeiter, ermordet am 2. Mai 1976 in Istanbul
Er wurde abgeköpft und mit Messer niedergestochen. Kocadağ war aktiv an der Vorbereitung des 1. Mai beteiligt, und er wurde mehrere Male von den Faschisten bedroht.



MORD NACH SS - MUSTER

Die Morde werden meistens von den Faschisten nach SS-Muster durchgeführt, wie die folgende zwei typische Beispiele beweisen: Anfang März 76 haben die Schlägertrupps der faschistischen MHP in Ankara einen Mordanschlag auf den 17 jährigen Schüler Ata Yıldırım verübt, der nur mit den Taten der Hitlerfaschisten zu vergleichen ist.

Diesen Mordfall hat der bekannte Journalist Örsan Öymen am 18.3.76 in der liberalen Zeitung Milliyet mit Beweismaterialien aufgeklärt. Im folgenden ist die Zusammenfassung des Artikels von Örsan Öymen zu lesen.

"Der Schüler Ata Yıldırım, dessen Vater ein langjähriger Parteifunktionär der MHP ist (4 Jahre Kreisleiter der MHP in Çankaya-Ankara, bei den Wahlen 2 mal Abgeordneten-kandidat der MHP zum Parlament, Delegierte der MHP beim letzten Parteitag usw...), wurde am helllichten Tage auf offener Strasse von den Schlägertrupps der MHP überfallen und erschossen.

Der Junge ist zwar politisch untätig, jedoch ist er -wie seine 5 älteren Brüdern- mit der politischen Tätigkeit seines Vaters in der MHP nicht einverstanden. Deshalb gab es manchmal Streit in der Familie.

Eine Woche vor dem Überfall wird der Junge von den Schlägertrupps auf der Strasse umstellt und verhört, ob er Anhänger von Linken oder Rechten ist. Nachdem die Schlägertrupps erfahren, dass der Junge kein Rechtsanhänger ist, wird er verprügelt.

In der Familie gibt es wegen dieses Vorfalles wieder Streit. Der Vater wird von seinen Kindern beschuldigt: "Warum bist du immer noch Mitglied der MHP? Du zahlst doch durch deine Spenden und Mitgliedsbeiträge Kugelgeld für die MHP". Der Vater ist in einer schwierigen Lage. Hilflos sagt er: "Was kann ich dafür? Guck doch mal an, diejenigen werden erschossen, die die Partei verlassen wollen".

Offenbar wussten die Faschisten schon von der schwankenden Haltung des Vaters und der klaren Stellung seiner Söhne gegenüber der MHP.

Nach einer Woche wird der Junge auf dem Heimweg von der Schule von Schlägertrupps der MHP überfallen und erschossen. Die Familie ist durcheinander.

Die Brüder des Jungen sind auf der Suche nach Zeugen, die den Mordfall gesehen haben. Doch jeder hat Angst, ob er den Mordfall gesehen hat oder nicht, will niemand damit

zu tun haben. Und die Polizei will nicht nach den Tätern fahnden. Stattdessen versucht sie die Leiche des Ermordeten nicht an seine Familie zu übergeben, um die Beisetzung zu verhindern, die sich zu einer mächtigen Protestkundgebung gegen den Faschismus entwickeln wird.

Doch die Familie ist entschlossen, die Leiche zu behalten. Aber die Polizei, die schon ein Werkzeug in den Händen der Faschisten geworden ist, verprügelt die ganze Familie mit Schlagstöcken und entführt die Leiche.

Der Vater ist machtlos. Er schreibt an den Vorsitzenden der Nationalistischen Bewegungspartei, Türkeş, den folgenden Brief:

"Sehr geehrte Alpaslan Türkeş, Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident, Ich schreibe Ihnen diesen Brief nicht als einen Mitglied der MHP, der alle seine Jahre für die Partei geopfert hat, sondern als einen Vater, der von Leid gequält wird.

Mein 17 jähriger Lieblingssohn Ata Yıldırım wurde am Freitag auf dem Heimweg von der Schule von den Nationalistischen Gemeinschaften überfallen und erschossen. Als ob wäre dieses Leid für einen 60 jährigen Vater nicht genug, wurde die ganze Familie von der Polizei verprügelt und die Leiche meines Sohnes entführt, ohne dass eine Beisetzungsfeier stattfand.

Ich bitte um das Verbot der Nationalistischen Gemeinschaften, bevor andere Familien von solchem Leid betroffen werden und um die Verhaftung der Mörder meines Sohnes und die Übergabe von dessen Leiche.

Nusret Yıldırım"

Ein ähnlicher Fall ereignete sich am Ende März 1976. Dieser Foltermord ist später durch die Untersuchung des Vaters des Ermordeten bekanntgeworden.

Am 31. März 76 wird der Student Hüseyin Hatipoğlu im Sitz der Nationalistischen Gemeinschaften in Isparta gefoltert und danach aus dem Fenster geworfen. Die Polizei, die den Studenten tot aufgefunden hatte, wollte diesen Foltermord vertuschen. Im Bericht der Polizei stand, dass der Student H. Hatipoğlu die Nationalistischen Gemeinschaften überfallen hatte und danach Selbstmord beging. Doch der Vater von H. Hatipoğlu beklagt sich bei der Gerichtmedizin. Nach der Untersuchung wird festgestellt, dass der Student Hatipoğlu in Folge der Folterungen gestorben und danach aus dem Fenster geworfen worden ist.

Der Vater von Hatipoğlu, ein Mitglied der AP (Gerechtigkeitspartei), schickt einen Brief an Türkeş, in dem es hiess:

"Mein Sohn war in den Jahren 1971-72 Mitglied der Nationalistischen Gemeinschaften. Später hat er diese Gemeinschaften verlassen. Und wurde er wegen Ihres Befehls 'diejenigen sind zu erschliessen, die unsere Sache verlassen wollen' getötet. Jetzt wird alles vertuscht und dieser Fall als Selbstmord hingestellt."

Man könnte noch mehrere Beispiele aufzählen. Doch sind es typische Beispiele, die die Grausamkeit und Brutalität der Faschisten zeigen, die ihren Terror nicht nur gegen die fortschrittlichen Kräfte richten, sondern auch gegen diejenigen, die einmal ihre Kampfgefährten waren.

Aus Cumhuriyet vom 11. April 1976

"Wie erfahren wurde, hat der Vorsitzende der CHP, Ecevit, bei seinem Besuch beim Staatspräsidenten Korkut vorgestelt eine Liste vorgelegt, die die Namen beinhaltet, die die Kommandos ermorden wollen".

Aus Cumhuriyet vom 11. April 1976

"Demirel hat gestern auf der Pressekonferenz gesagt: 'Nicht alle Morde haben ideologischen Charakter, ein Teil davon entstehen durch Verkehrsunfälle'".

Und Türkeş sagte auf der Pressekonferenz am 11.4.76 über die Ulku Ocakları (Nationalistische Gemeinschaften), genannt Kommandos: "Wir sind stolz auf sie. Auch wenn wir keine organischen Bindungen (!) zu ihnen haben, so fühlen wir doch mit ihnen".

Hierzu schrieb der Journalist Altan Öymen am 13.4.76 in der Zeitung Cumhuriyet u.a.

"....In einem anderen Teil seiner Presseerklärung sagte Türkeş: 'Sie (gemeint sind die Kommandos) töten niemanden, sie haben niemanden getötet'".

Sie wurden aber durch die türkische Gerichte als Mörder verurteilt. Zum Beispiel, der Vorsitzende der MHP-Jugendorganisation, Ali Güngör, der Vorsitzende der Kommandos İbrahim Doğan, wurden als Mörder von Dr. Necdet Güllü abgeurteilt. Der Vorsitzende der Kommandos (zu einem anderen Zeitpunkt) Sami Bal, wegen des Mordes an Nail Karaçam, abgeurteilt.

Wir zählen hier diejenigen leitenden Kommandos nicht auf, die des Mordes angeklagt sind und die Urteile noch nicht gefällt sind". (Die genannten Mörder sind aufgrund der Amnesty wieder frei)

Demirel empfing in seinem Amt einen Mörder

Anfang Mai 1976 hat der Ministerpräsident Demirel, den Vorsitzenden der "Nationalistischen Gemeinschaften", Ali Batman, gegen den ein Haftbefehl erlassen ist, zu einem intimen Gespräch in seinem Amtssitz empfangen.

Aus Cumhuriyet vom 9. Mai 1976:

"Ali Batman, gegen den ein Haftbefehl vom Amtsgericht in Eskişehir erlassen war, der jedoch seit einem Monat nicht in Haft genommen war, wurde von Demirel zu einem Gespräch empfangen.

Dieser Empfang löste sich in der Öffentlichkeit und unter den Oppositionsparteien heftige Proteste".

Und 2 Tage nach diesem Gespräch erklärte Demirel nicht zufällig:

Aus Cumhuriyet vom 11. Mai 1976:

"Eine Gruppe von Jugendlichen wurde mobilisiert, um die Regime zu schützen".

gegenüber dem Korrespondenten der Associated Press.

Und diese mobilisierte Jugendliche sind die Kommandos

UNTERDRÜCKUNG UND TERROR GEGEN DIE LEHRER

Ein Ziel der faschistischen Angriffe und Massnahmen der Regierung waren die Lehrer und deren Verband (TÖB-DER). Der neue Erziehungsminister war von der Gerechtigkeitspartei (AP), aber stand der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) nahe. Nach TÖB-DER Zeitung vom 1.2.1976, hat er unter der Regierungszeit der Nationalistischen Front über fünftausend Lehrer strafversetzt, über 200 Lehrerfamilien durch die Versetzungen getrennt. Ausserdem liess er Tausende von Lehrern wegen ihrer Meinungen verhaften.

Hier sind einige Beispiele:

UNTERDRÜCKUNG UND TERROR GEGEN DIE KURDEN

Die Gebiete Ost- und Südostanatolien der Türkei werden zum grössten Teil von Kurden bewohnt. Seit langen Jahren wird gegen die Kurden eine chauvinistische Politik betrieben. Ihre demokratische und elementarsten Menschenrechte werden verweigert. Selbst die kurdische Sprache ist verboten. Diskriminierung, Unterdrückung, Terrorüberfälle auf die kurdische Dörfer und grausame Verfolgung von Kurden sind ein gewohntes Bild in diesen Gebieten.

Die Unterdrückungs- und Terrorpolitik gegen die kurdische Bevölkerung wurde seit dem Machtantritt von Demirel Regierung noch verschärft. Die Einsätze von Kommando- und Gendarmerieeinheiten auf die kurdische Dörfer haben zugenommen. Hier sind zwei Beispiele: Anfang Oktober 1975 hat die Regierung den Zwischenfall zwischen einem kurdischen Stammesführer und der Gendarmerieeinheiten zum Anlass genommen, auf die Stadt Beytüşebap (Südostanatolien) und auf die umliegende Gebiete militärische Kommandoeinheiten einzusetzen. Die Kommandoeinheiten besetzten die Stadt wie eine Okkupationsarmee. Es wühlte eine grausame Terror- und Unterdrückungswelle gegen die kurdische Bevölkerung. Diese Gebiete wurden für "Verbotene Zone" erklärt. Zutritt von Journalisten in diesen Gebieten wurde untersagt. Gegen 500 Personen wurde "Schleppbefehl" erlassen. Tausende von Kurden flohen aus Angst in den Bergen. Über diese Aktion sprach man damals im Parlament von einem Massenmord.

Am 28.1.1976 haben die Gendarmerieeinheiten in Mardin (Grenzstadt zu Irak in Südost-anatolien) 5 Menschen erschossen. Wie der Gouverneur von Mardin erklärte, die Gendarmerieeinheiten seien auf der Jagd nach "Terroristen" gewesen. Aber die Erschossenen hätten damit nicht zu tun gehabt. Doch sie wären ja Schmuggler gewesen. Dazu schrieb der Journalist Ugur Mumcu in der Zeitung Cumhuriyet vom 30.1.1976: "...die Methode, die Erschiessung von Personen auf der Strasse, wurde durch die Regime des 12. März in das Staatswesen integriert und hat eine Art "Rechtmässige" und "Offizielle" Charakter gewonnen. Auf den Nurhak Bergen wurden Menschen erschossen. Niemand sagte etwas. In Kizildere wurden Mahir Çayan und seine Freunde durch Artilleriebeschuss ermordet. Niemand sagte etwas. Jetzt wird in Malatya und Mardin die "Jagd nach Menschen" in einer am Skrupellosesten Art durchgeführt..... Weil auf der Staatsebene ein neues Rechtsverständnis ihre Geltung gefunden hat".

UNTERDRÜCKUNG UND TEROR GEGEN DIE ARBEITER

Die faschistische Terror-und Unterdrückungsmassnahmen richten sich in erster Linie gegen die Arbeiter und Werktätigen.

Die Nationalistische Frontparteien haben die grössten staatlichen Betriebe unter sich geteilt. Jede Partei kontrolliert mit allen Mitteln ihr gehörende Betriebe. So wird als Generaldirektor ein Mitglied dieser Parteien ernannt, die alten, gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden entlassen und an ihrer Stelle werden die Mitglieder der jeweiligen Partei eingestellt.

z.B. der Stahlwerk in Ereğli wird von der Partei Demirel, AP, der Stahlwerk in Karabük von der Partei Erbakan MSP, die Textilfabrik in Izmir und die Waffenfabrik in Kirikkale werden von der Partei Türkiye MHP kontrolliert. Die Autowerke in Bursa werden gemeinsam von allen Parteien kontrolliert. In diesen Fabriken darf niemand ohne die Erlaubnis des Generaldirektors eingestellt werden.

Aus Cumhuriyet vom 26. Januar 1976

"Die Ortsleitung der Nationalistischen Gemeinschaften (Ülkü Ocakları) in Yenisehir hat über den Lautsprecher der Gemeinde bekanntgegeben, wer in Fabriken in Bursa arbeiten will, möge sich umgehend an sie wenden".

Was kann man dazu sagen? In einem Land mit mehreren Millionen Arbeitslosen ist es ein grosses Glück, eine Arbeitsstelle zu finden. Das ist ja die Existenzfrage. Und liegt in den Händen der Faschisten. Der Weg zum Arbeitsplatz führt erst zu einer Mitgliedschaft bei der MHP oder Ülkü Ocakları.

Aus der Zeitschrift der Textilgewerkschaft, Ausgabe April 1976:

"Die Arbeiter der Firma Tariş in Izmir kämpfen um die Mitgliedschaft in der progressiven Gewerkschaft Textil, die der DISK angehört. Um die Arbeiter daran zu hindern, tut der Arbeitgeber alles. Es werden 200 als Arbeiter getarnete Kommando-Angehörige eingestellt, die von ausserhalb von Izmir hergeholt wurden. Bei der Arbeit greifen sie

mit Messern, Schusswaffen die Arbeiter an und verletzen dabei 30 Arbeiter, davon drei schwer. Die ins Krankenhaus gebrachten verletzten Arbeiter werden noch einmal von den Kommando-Angehörigen überfallen. Sie versuchen die Arbeiter aus den Fenstern hinauszuerwerfen. Die in der Nähe Anwesenden verhinderten die Morde."

Trotz solcher Drohungen führten die Arbeiter entschlossen ihren Kampf, in DISK einzutreten, und es gelingt dem Unternehmer nicht, den Kampf der Arbeiter zu brechen.

Die Führer von Türk-İş und Kommandos Hand in Hand

Die in der von MHP kontrollierte Waffenfabrik Kırıkkale ausgebildete Kommandos, werden zu anderen Grossbetrieben geschickt, um die fortschrittliche Arbeiter dort zu terrorisieren. So waren die Stahlwerke in Iskenderun und die Aluminiumwerke in Seydişehir Angriffsobjekte von Kommandos. Hier helfen ihnen die Führer der Gewerkschaftskonföderation Türk-İş. Die Kommandos werden in den Betrieben als Arbeiter eingestellt, sie gründen dann eine Betriebsgruppe von Türk-İş. Ende des Jahres 1975 haben die Kommandos ihre Tätigkeit in Aluminiumwerke in Seydişehir intensiviert. Aus Kırıkkale kam einer der Führer von Kommandos Erdoğan Asilyüce nach Seydişehir und wurde sofort Organisationsleiter von Türk-Metal-İş, die der Türk-İş angehört. Mit Morddrohungen und Schlägereien liess er die Arbeiter von der Gewerkschaft Özgür Alüminyum-İş, die der Gewerkschaftskonföderation DISK angehört, zurücktreten und in Metal-İş eintreten. So forderte er die Arbeiter in einer Erklärung vom 23.12.1975 auf, bis zum Monatsende in Türk-Metal-İş einzutreten und bis dahin würden sie den Fall Seydişehir erledigen (Aus Cumhuriyet vom 12.1.1976). Am 26.12.1975 haben die Kommandos mit Abzeichen Grauenwolf die Eingänge der Werke besetzt und forderten die Arbeiter auf, in Metal-İş einzutreten. Als die Arbeiter sich geweigert hatten dies zu folgen, griffen dann die Kommandos die Arbeiter mit Waffen an. Hunderte Arbeiter wurden verletzt. An diesem Tag waren auch die Polizei- und Gendarmerieeinheiten zufällig dabei. Sie haben offen die Kommandos unterstützt. Die Besitzer der Autos mit den Kennzeichen 06 KA 598, 06 KC 817 und 06 LS 338 haben den Kommandos Waffen gebracht, verteilt und schrien "Schlagt tot den gottlosen Kommunisten!". Gegen diese Autobesitzer wurde bis jetzt kein Strafverfahren eingeleitet. Tagelang dauerten die Zwischenfälle. Die DISK-Arbeiter verteidigten Tapfer das Werk und ihre Gewerkschaft. Der Fall von Seydişehir ist vor Gericht. Aber kein Richter wagt sich den Fall zu behandeln. Ein Rechtsanspruch gegen die Kommandos würde dem Tod des Richters gleichkommen. Am Verhandlungstag ist der zuständige Richter entweder krank oder in Urlaub.

Aus Cumhuriyet vom 11.1.1976:

"In Seydişehir setzt eine Bande die Staatsgewalt ausser Betrieb!".

Aus Cumhuriyet vom 30.9.1976:

Auch in Stahlwerke in Iskenderun haben die Kommandos öfter die Arbeiter in den Wohnheimen angegriffen, die fortschrittliche Zeitungen und Bücher lesen und Mitglieder der progressiven Gewerkschaftskonföderation DISK sind. Bei einem Zwischenfall am Ende September 1975 wurden hunderte von Arbeitern verletzt.

Aus Cumhuriyet vom 22. Dezember 1975:

"In Ankara haben die Arbeiter im öffentlichen Dienst, die mit einem Beschluss von oben alle zu Beamten erklärt worden waren, sich zur Wehr gesetzt. Ihre berechtigten Forderungen wurden von 20 Gewerkschaften unterstützt."

Das ist eine von den typischen Massnahmen der Regierung:

Die Arbeiter werden zu Beamten erklärt und ihnen somit das Recht auf Streik und Widerstand entzogen und verboten.

c) WIDERSTAND DES VOLKES GEGEN DEN FASCHISTISCHEN TEROR

Lehrer, Ingenieure, Anwälte sind gegen den Teror

Aus Cumhuriyet vom 21. Februar 1976:

"Zehntausende Lehrer haben mit einer Demonstration in Izmir gegen die Regierung Demirel protestiert und die Aufhebung der Artikel 141 und 142 des Strafgesetzes sowie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation gefordert."

Aus Cumhuriyet vom 13. März 1976:

"Die TMMOB und der Lehrerverband TÖB-DER haben zusammen mit zehn anderen Organisationen in Ankara eine Protestdemonstration veranstaltet, an der über fünfzigtausend Lehrer, Studenten und Werktätige teilnahmen. Sie protestierten gegen den Faschismus und gegen die antidemokratischen Unterdrückungsmassnahmen."

Cumhuriyet vom 9. Dezember 1975

Die Anwaltskammer hat die Rechtsanwälte aufgerufen, die Gerichtsverhandlungen einen Tag lang zu boykottieren, um gegen die Mordanschläge zu protestieren.

Cumhuriyet vom 17. April 1976

In Istanbul haben Rechtsanwälte einen Protestmarsch unter den Losungen "Schluss mit dem Blutgiessen und Rücksicht auf die Gesetze" veranstaltet.

DIE BAUER SIND GEGEN DIE KOMANDOS

Aus Cumhuriyet vom 15. April 1975:

"Als eine Gruppe von 50 faschistischen Kommando-Angehörigen die Studenten auf offener Strasse in Eskişehir zu überfallen versuchte, empörte sich die Bevölkerung so, dass sie den Studenten zur Hilfe kam, und die Kommando-Angehörigen mit Schlagstöcken davon jagte."

In der Nähe der Stadt Sivas wurde ein für Kommandos bestimmter Zug von den Bauern auf offener Strecke angehalten. Die Kommandos wurden verprügelt. "Schluss mit dem Mord!" und "Ihr sollt bestraft werden!", riefen die Bauern empört.

Türkeş wurde von Diyarbakır verjagt

Am 23. Juni 1975 wollte Türkeş eine Kundgebung in meisten von Kurden bewohnten Stadt Diyarbakır veranstalten. Die gesamte Stadtbevölkerung protestierte gegen dieses provokatorische Auftreten und liess Türkeş nicht in die Stadt reinkommen. Bei den Zwischenfällen wurden 2 Personen getötet, 26 verletzt.

Protest der Lice-Bewohner

Lice ist die von schweren Erdbeben betroffene Stadt in Südostanatolien. Die Hilfsleistungen für die Bewohner aus aller Welt, darunter auch aus der BRD, wurden nicht an die Bevölkerung verteilt, sondern von hohen Beamten ausgeplündert. Die unfertigen Wohnungen wurden von Demirel als fertig in ihre Bestimmungen gegeben. Die Zeremonie konnte Demirel nur unter Militärschutz zu Ende führen. Daraufhin veranstalteten die Bewohner von Lice bis Diyarbakır eine Demonstration, die 10 Tage dauerte. Sie protestierten gegen die Regierung.

VON TRAUERZÜGEN WURDEN PROTESTDEMENTRATIONEN

Am 10. April 1976 hatte sich die Beisetzung Hakan Yurdekülers, der von Kommandos erschossen worden war, in eine mächtige Protestdemonstration verwandelt, an der über fünfzigtausend Menschen teilnahmen, darunter Parlamentarier der CHP, Vertreter der Gewerkschaften und anderer Organisationen, Mitglieder des Verfassungsgerichts, Professoren, Journalisten usw.

DIE MÜTTER VERLANGEN : SCHLUSS MIT KINDERSCHMERZ

In fast allen Universitäten und Hochschulen ist es unmöglich geworden, den normalen Unterrichtsverlauf zu sichern, weil die sogenannten Kommandos die Gebäude besetzt halten und die anderen Studenten nicht einlassen. Grösstenteils konnte im ganzen Studienjahr nur 1 bis 3 Wochen unterrichtet werden.

Die Mütter der Studenten waren immer um das Leben ihrer Kinder besorgt. Sie gründeten den "Elternverein" und gehen gemeinsam mit ihren Kindern zur Universität. (Cumhuriyet, 27.4.1976)

Am 30.1.1976 veranstalteten etwa 5 tausend Mütter eine Kundgebung unter der Losung "Schluss mit dem Kinderschmerz!" in Ankara. Sie haben den Rücktritt der Regierung und die Bestrafung der Mörder ihrer Kinder Verlangt (Politika, 31.1.76). Am 21. Mai 1976 kamen etwa 20 Mütter vor dem Parlament. Als Demirel aus dem Parlament kam, stellten sie ihn um und riefen ihm vor Gesicht: "Schluss mit der Ermordung unserer Kinder!" "Bestrafung der Mörder!". Trotz Eingreifen der Schutzpolizisten protestierten sie weiter. Demirel entfernte sofort von dieser Stelle.

IN CHP-KUNDGEBUNG DIE HINRICHTUNG VON DEMIREL VERLANGT

X Aus Cumhuriyet vom 19. April 1976:

"An der Demonstration der Republikanischen Volkspartei haben über fünfzigtausend teilgenommen. Unter der Losung 'Frieden und Freiheit!' sind die Versammelten gegen den Faschismus aufgetreten und haben gegen die Regierung Demirel heftig protestiert."

Bei dieser Demonstration haben sich die Versammelten auch dagegen geäußert, dass eine Koalition zwischen der Republikanischen Volkspartei und der Gerechtigkeitspartei (AP) gebildet wird. Heftige Rufe, wie "Keine Koalition mit den Mördern!" oder "Keine Einigung mit den Verrätern!" waren bei der Demonstration zu vernehmen. Daraufhin hat die CHP solch eine Koalition mit der AP in Frage gestellt.

An dieser Kundgebung nahmen auch die Eltern der Ermordeten Studenten teil. Auf der Kundgebung sprach auch die Mutter von Esari, der dem faschistischen Überfall am 8. April zum Opfer fiel. Sie sagte: "Die Mörder meines Sohnes sind Demirel und Türkeş. Die Mörder müssen bestraft werden. Demirel und Türkeş müssen hingerichtet werden".

1 MAI WAR EIN TAG GEGEN DEN FASCHISMUS UND FÜR DEMOKRATIE

Die progressive Gewerkschaftskonföderation DISK, hat dieses Jahr alle Arbeiter und Werktätigen aufgerufen, den 1. Mai mit einer Demonstration und Kundgebung als Tag der Arbeiterklasse zu begehen. Diese Demonstration der Arbeiter und der Werktätigen war eine Antwort gegen die Praktiken der Regierung Demirel und ein Ausdruckschrei für Frieden und Freiheit.

In der Türkei ist der 1. Mai seit 53 Jahren als Kampftag, als Tag der Einheit und internationalen Solidarität der Arbeiterklasse verboten. In diesen Jahren feierte die Kommunistische Partei unter schweren Bedingungen und Terror den 1. Mai in ihrem Sinn und hielt die Traditionen des 1. Mai unter den Arbeitern lebendig. Trotz des Verbots hat in diesem Jahr die progressive Gewerkschaftskonföderation DISK, verkündet, dass sie den 1. Mai als internationalen Kampftag der Arbeiterklasse begehen wird.

Am 1. Mai waren in Istanbul die Strassen voll von Arbeitern, Werktätigen, Studenten, Intellektuellen, Lehrern und von Menschen aller Schichten der Bevölkerung.

Aus Cumhuriyet vom 2. Mai 1976:

"Die 1. Mai-Demonstration, die von DISK durchgeführt wurde, war so grossartig, dass sie sogar die besten Optimisten sich irren liess....

Diejenigen, die über die zahlenmässige Stärke der Massengruppen viel reden, schwiegen gestern zum ersten Mal. Was öfter gesagt wurde, war, dass der Taksim Platz und Istanbul, bisher noch nie eine solche massenhafte Demonstration erlebten. Die Vermutungen über die Teilnehmerzahl lagen zwischen 300- und 500 tausend. Tatsache war, dass Taksim Platz wirklich noch nie eine solche Demonstration erlebte. Und was er gestern erlebte, war noch nicht mal die Ganze. Alle Strassen, die zum Taksim Platz führen, waren zur Hälfte voll".

An der Demonstration und Kundgebung nahmen über 50 demokratische und fortschrittliche Organisationen teil. Auf der Ehrentribüne hatten der Generalkonsul der UdSSR in Istanbul, Michail Orlov, und der Generalkonsul der CSSR Vraclav Hlavac, sowie der Generalkonsul Bulgariens Platz genommen. Hauptlosungen der Arbeiter waren: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Frieden gegen Krieg! Freiheit gegen Unterdrückung! Kindergärten statt Phantoms! Arbeitsplätze statt Panzer! Schluss mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen! die Mütter gebären und die Faschisten töten!



Der Generalsekretär des Weltfriedensrates Dr. Boman Chandra auf der Pressekonferenz am 30. Januar 1976 mit Vertretern von TBCK in Frankfurt/M.

Eine Gesellschaftsordnung für die Werktätigen! Verstaatlichung der Bodenschätze! Faschismus ist Unterdrückung, Hunger und Tod! Eine Welt ohne Krieg! Die Arbeiter stehen im Kampf gegen den Faschismus in den ersten Reihen- sowie viele weitere Losungen, die den Kampf gegen die Beschränkung der demokratischen Rechte zum Ausdruck brachten. Darunter war auch die Forderung nach Aufhebung der Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches, worin die Kommunistische Partei verboten wird.

Am Anfang der Kundgebung las der bekannte Schauspieler Erkal, revolutionäre Gedichte von unserem grossen Dichter Nazım Hikmet.

Auf der Kundgebung sprach der Vorsitzende der DISK, Türkler und sagte: "Heute feiern wir zum ersten Mal nach langen Jahren den 1. Mai als Feiertag der Massen, als Kampftag für Einheit und Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt."

Die Bourgeoisie hatte bisher stets ohne Grund die Arbeiterführer am Vorabend des 1. Mai verhaftet und schuf damit ausserordentliche Terrormassnahmen und eine Atmosphäre von Angst und Einschüchterung. Türkler unterstrich in seiner Rede besonders, dass der 1. Mai eine Waffe der internationalen Arbeiterklasse ist und dass sich deshalb die Unternehmer vor dem 1. Mai fürchten. Er betonte die Bedeutung der Einheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen für die Bildung einer antiimperialistischen, nationalen und demokratischen Regierung in der Türkei und forderte den Austritt aus der NATO und CENTO.



Von der Demonstration am 15. Mai 1976
gegen die Demirel Regierung in Westberlin

Der Polizeiterrör gegen die für ihre
Rechte kämpfende Arbeiter (Bild links)

Eine Szene aus der machtvollen Kundgebung
am 1. Mai 1976 in Istanbul



TÜRKIE HEUTE:2

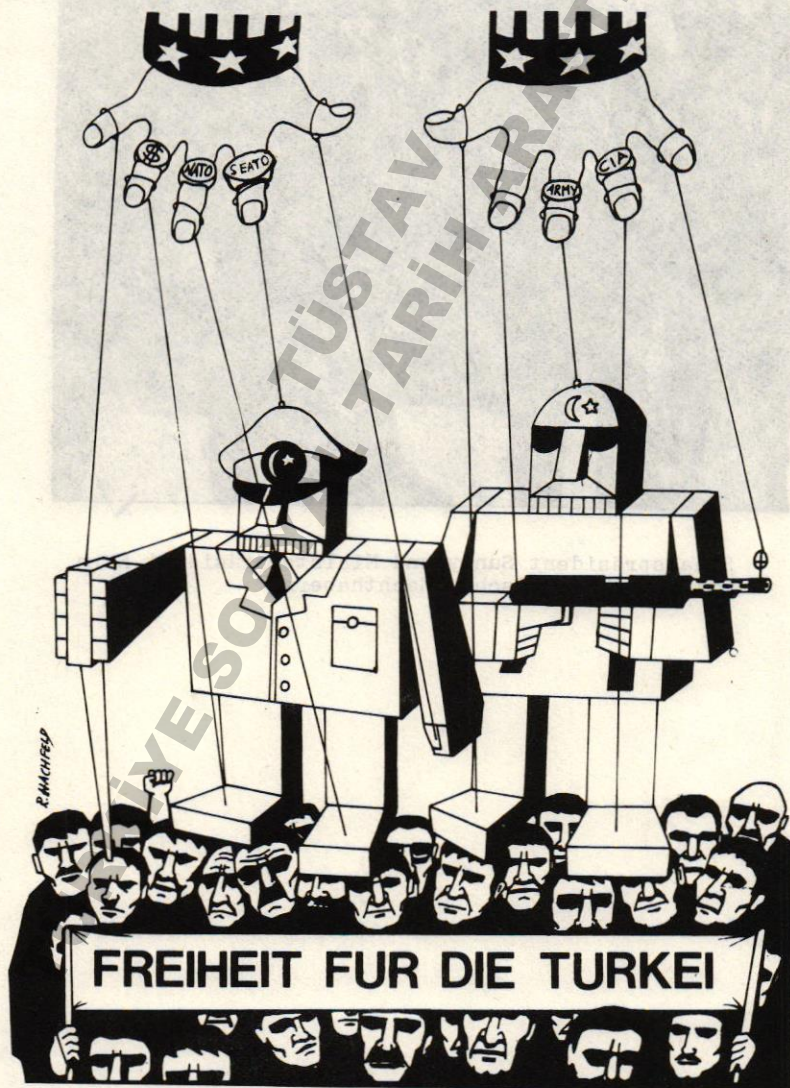
INFORMATIONEN DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

HERAUSGEBER:

UNION FÜR
EINE DEMOKRATISCHE
UND FREIE TÜRKEI

OKTOBER 71

1 Berlin 21, Bandelstr. 1



INHALT

1. Die Entwicklung unter dem Militärregime
2. Die Prozesse
3. Die Aussenpolitik des faschistischen Regimes
4. Die veränderte Verfassung
5. Die Arbeiterpartei der Türkei (TIP)
6. Der Widerstand der Bevölkerung gegen das faschistische Regime
7. Der Widerstand im Ausland



Staatspräsident Sunay und Ministerpräsident Erim
mit den militärischen Machthabern

Die Entwicklung unter dem Militärregime

Nachdem die faschistische Erim-Regierung und Generäle am 27.4.71 den Ausnahmezustand erklärt hatten, ging eine große, massenhafte Verhaftungswelle durchs Land. Wie wir in unserer ersten Ausgabe "Türkei heute" berichtet haben, wurden innerhalb weniger Tage alle demokratischen, fortschrittlichen Kräfte, Professoren, Schriftsteller, Lehrer, Gewerkschaftler, und Arbeiter verhaftet. Nachdem alle Kräfte, die Widerstand leisten konnten, ausgeschaltet waren, schritten die faschistische Regierung und die Generäle zu einer Verfassungsänderung, um ihr Regime zu legalisieren. Mit der Verfassungsänderung wurden alle grundlegenden Freiheiten angetastet. Exekutive und Legislative wurden zu einer Gewalt vereint, und so bekam die Regierung die Gewalt in die Hand, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu verabschieden. (siehe Verfassungsänderung)

Als weiteren Schritt für die Festigung ihres Regimes sahen sie vor, die Satzungen aller öffentlichen Institutionen zu ändern, um sie ihrer Kontrolle zu unterwerfen. So wurde die Unabhängigkeit der Rundfunk- und Fernsehanstalten (TRT) aufgehoben, und der Generaldirektor A. Öztrak zum Rücktritt gezwungen. An seiner Stelle wurde der General N. Ogun ernannt. Dasselbe geschah mit der Autonomie der Universitäten. Nach der jetzt fertiggestellten Satzung wird die Regierung den Universitätsbetrieb kontrollieren und jederzeit die ganze Verwaltung übernehmen können. Schon jetzt wird dieses praktiziert: Ein pensionierter General wurde Rektor der TU Ankara. Die pensionierten Generäle und Obersten übernehmen auch in anderen öffentlichen Einrichtungen und offiziellen Dienststellen Schlüsselfunktionen. So ist der Polizeipräsident von Ankara ein Oberst und der von Istanbul ein pensionierter General. Die Generalkonsule wurden vom Militär ernannt.

Eines der Ziele der faschistischen Regierung war die Zerschlagung der Arbeiterpartei. Zuerst wurde der größte Teil des Zentralkomitees der Arbeiterpartei verhaftet und dann die Partei selbst verboten. Nach der Verfassungsänderung wurden die Gewerkschaften der Beamten, Lehrer und Angestellten im öffentlichen Dienst aufgelöst, und fast alle Streika der Arbeiter mit der Begründung niedergeschlagen, daß sie gegen die nationale Sicherheit seien. Um den Einfluß unter der Bevölkerung zu verstärken, wird der Widerstand vonseiten der Bevölkerung verschleiert, sowie die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände vertuscht. Aufgrund dessen verstärkte die Regierung die nationalistischen Umtriebe unter der Bevölkerung. Sie veranstaltet zu jeder Zeit nationale Feste und Militärparaden. Am 26. August 1971 wurden in Malazgirt in Ostanatolien, wo 1071 eine Schlacht gegen die Römer gewonnen wurde, Feierlichkeiten durchgeführt, an denen fast alle Regierungsmitglieder teilnahmen. Dieses sollte chauvenistische Gefühle stärken und gleichzeitig gegen den demokratischen Kampf für das kurdische Volk gerichtet sein.

Die Erim-Regierung genießt das volle Vertrauen eines Teiles der türki-

schen Großbourgeoisie. Um ihre gegenseitigen Verhältnisse aufeinander abzustimmen, gründete dieser Teil eine Gesellschaft mit dem Namen "Verein der türkischen Industriellen und Unternehmer". In einer Erklärung unter dem Titel "Unsere Ziele und Meinungen", deren Wortlaut die ganze türkische Presse brachte (cagimiz Nr.3), erklärten sie: "Wir wollen unserem Land bei seinem demokratischen und planmäßigen Entwicklungsweg dienen... In diesen Tagen, da unser Land in eine neue Epoche tritt, glauben wir, daß dieser Eintritt die Generationen unseres Landes jahrelang beeinflussen wird." Erim, der die Vertreter der Industriellen und Unternehmer zu einer Versammlung eingeladen hat, versicherte ihnen, daß die Regierung alles tun würde, um zu ihren Gunsten Gesetze zu erlassen oder aber Verordnungen mit Gesetzeskraft. Weiter wünschte Erim, daß dieses Zusammenkommen zu einer offiziellen Institution entwickelt wird (T. Kurtulus Nr.41).

Aber der Widerspruch unter der Großbourgeoisie verschärfte sich zunehmend. Die Gruppe der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer in der Umgebung des früheren Ministerpräsidenten Demirel fühlte sich immer mehr benachteiligt. Unter deren Druck stellte Demirel dem Ministerpräsidenten Erim das Ultimatum, daß er die Minister seiner Partei aus der Regierung zurückziehen werde. Diese Krise wurde aber mit dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Agnew am 10.10.71 in Ankara beigelegt. Wieder zeigte sich, wie sie die Marionetten des amerikanischen Imperialismus sind. Der Besuch Agnews war kein Zufall. Die Repräsentanten der USA besuchen regelmäßig die Türkei. So besuchte am 2.7.71 CIA-Chef Richard Helm und am 20.10.71 der Kommandeur der 6. Flotte Ankara und Istanbul.

In der heutigen politischen und wirtschaftlichen Krisensituation tritt das Militärregime zu einem Kraftakt an, wodurch es die Bevölkerung einschüchtern und seine Stärke dokumentieren will. Die Todesurteile gegen 18 junge Leute bieten nur einen Anfang. Für weitere 63 Offiziere und Studenten verlangt der Staatsanwalt ebenfalls Todesurteile. Hunderte von neuen Verfahren wurden und werden eingeleitet.



Erim erhält Anweisungen
von US - Vizepräsident
Agnew

Die Prozesse

Nachdem der Ausnahmezustand verhängt worden war, wurden die Sondermilitärgerichte in Ankara, Istanbul, Izmir errichtet, und man begann sofort damit, die Oppositionellen einzeln oder massenhaft zu verhaften und abzuurteilen. Bei der Errichtung dieser Militärgerichte wurde die Unabhängigkeit der Gerichte und die Souveränität der Richter außer Acht gelassen, obwohl dies in dem Grundgesetz von 1961 (Artikel 132-133) ausdrücklich gesichert ist. Die Vorsitzenden dieser Gerichte sind Oberste, die mit Rechtsangelegenheiten nichts zu tun haben. Außerdem ist es eine Tatsache, daß die Angeklagten während der Verhöre gefoltert wurden.

Aus "Ortam", Nr. 15. 13. 9. 71:

"Während des Cayan-Prozesses kamen die Folterungen der Angeklagten zur Sprache."

Durch das Militärgericht III in der Garnison Selimiye wurde der Prozeß mit den Verhören von Kadriye Denizözen, Rüchan Anas, Julide Zaim eröffnet, für die die Todesstrafe beantragt wird.

Frl. Özen sagte:

"Ich widerrufe meine Aussagen vor der Staatsanwaltschaft und der Polizei.

Diese habe ich unter schweren Folterungen abgegeben."

und weiter:

"Am Abend des 17. Mai wurde ich aufgrund einer unwahren Untersuchungsakte über meine Person in der I. Abteilung der Polizei elektrischer Folterung unterworfen. Da bei diesem Akt meine Augen verbunden waren, konnte ich nicht sehen, wer anwesend war.

Wie ich aber später der Stimme nach erkannte, waren es der Leiter der I. Abteilung Ilgaz Aykutlu, der Kommissar aus der I. Abteilung Fahrettin, einige Angehörige vom Geheimdienst (MIT) und Militärangehörige. Dieser Akt wurde mit erhöhter Intensität zweimal ausgeführt.

Der Strom wurde zunächst auf meine Beine, Arme und dann auf den Kopf konzentriert... Währenddessen kam ein großgebauter Mann herein und gab mir eine blitzartige Ohrfeige. (Später war meine betroffene Wange für lange Zeit geschwollen). Das Schimpfen dauerte an... Mehrmals drohte man mir, mich zu vergewaltigen... Dann wurde ich wieder einer Bastonnade unterzogen. Diesmal waren sie in hellen Zorn geraten, sie prügelten mit voller Wucht auf meine Fußsohlen. Meine Füße bluteten stark. Aber sie schlugen weiter... Dann bildeten sie einen Kreis um mich herum.

Auf meine verletzte Füße schlugen sie mit Knüppeln, sie traten mich mit Füßen und dabei schleuderten sie unverschämte Schimpfworte um sich. Das ging soweit, daß ich, infolge der Fußtritte auf meinen Rücken, kaum stehen konnte. So wurde ich in ein anderes Zimmer geschleppt. Sie steckten meine Füße in eine Salzwasserlösung hinein. Dort blieb ich bis zum Morgen.

Folterungen, Prozesse, die demokratische Maske des Regimes und die Menschenrechte

Die Folterungen werden von den Gerichten stillschweigend toleriert

Sonnabend, den 14. August, aus "Cumhuriyet"

Der in der Anklageschrift wegen Teilnahme an einem Banküberfall, an Sprengstofflegung, an geheimen Versammlungen und der linken Propaganda und Agitation in Anatolien beschuldigte Hasan Cetin lehnt die Beschuldigung wie alle anderen Angeklagten ab.

Hasan Cetin sagte: "Ich habe diese Aussagen unter dem Druck der Folterungen der Istanbuler Polizei gemacht und überreichte dem Militärgericht zugleich die Hautstücke, die ihm bei der Folterung abgerissen worden waren."

Dienstag, den 24. August aus "Cumhuriyet"

Irfan Ucer behauptete, daß die Richter und der Staatsanwalt von den Folterungen der Polizei wußten. Auf die Frage, ob er dem Gericht vertraut, gab er keine Antwort, sondern verlangte, das Gericht solle zurücktreten. Die Begründung lautete, daß die Gerichtsverhandlung eine Farce sei.

Der Richter machte alle Angeklagten, die diese Folterungsbehauptungen aufstellten, darauf aufmerksam, daß es andere rechtliche Institutionen gäbe, an die sie sich wenden könnten. Außerdem sagte er, daß die Beschuldigungen mit dem laufenden Prozeß nichts zu tun hätten, und fügte hinzu:

"In einem Prozeß, der einen geschichtlichen Charakter hat, ist es nicht nötig, daß die Angeklagten und ihre Anwälte immer wieder von den Folterungen der Polizei reden."

("Ortam", Nr. 13, 23.-30. August 1971)

Omer Güren ,einer der Angeklagten,sagte aus:

"Viele unserer Freunde sehen sich in dieser Situation einem Komplott der Richter und des Staatsanwalts gegenüber. In Wahrheit werden wir nicht hier verurteilt,sie haben ihre Urteile schon längst gefällt. Wir berichten über die Folterungen der Polizei nicht deswegen, um von ihnen Gnade zu erbitten oder weil wir vor ihnen Angst haben,sondern deswegen, um dem jetzigen Regime die demokratische Maske herunterzureißen.

"Ortam",Nr.13, 23. - 30. August 1971

Interessanter Beschluß

"Es wurde ein sehr interessanter Beschluß des Gerichts verlesen.Das Gericht hat über die Behauptungen,daß die Angeklagten in den Gefängnissen gefoltert und geprügelt worden sind,beschlossen:

Die Prüfung der Behauptungen bringt im Endeffekt nichts, weil es nicht möglich ist, festzustellen, ob die Angeklagten mit der Absicht gefoltert wurden,die Wahrheit herauszubekommen, oder aber um sie zu falschen Aussagen zu zwingen. "

Sarp Kuray sagte zum Schluß:"Ich habe nicht resigniert. Ich habe keine Angst vor dem Tod, Angst sollen diejenigen haben,die dieses Land verkaufen. Ich bin stolz darauf,daß ich um die Unabhängigkeit dieses Landes kämpfe."

Über die Ausübung des Drucks auf die Anwälte im Prozeß:

Aus Cumhuriyet,Sonntag,den 28.August 1971

"Der Einspruch von Cayan und anderen 13 Mitangeklagten,das Gericht solle zurücktreten,wurde von einem neuen Gericht abgelehnt. Das Gericht hat außerdem Cayan und die 13 anderen zu einer Geldstrafe von je 250 TL verurteilt,mit der Begründung,daß sie mit ihrem Einspruch den Prozess verzögern und in der Öffentlichkeit falsche Gedanken erwecken wollten. Das Gericht erklärte,daß Faik Muzaffer Amai und 3 seiner Freunde (alle Anwälte von Cayan) immer wieder versuchten,die Gerichtsverhandlungen zu stören,und beschloß, die Istanbuler Rechtsanwaltskammer und das Justizministerium davon zu unterrichten."



Der Verhandlungssaal des Militärgerichts

Die Rechtsprechung unter dem Schatten der Maschinengewehre

Dazu aus der Wochenzeitschrift Ortam, Nr. 13, vom 23. August:
Arbeiterpartei auf der Anklagebank (TIP) :

....aber vorher haben manche Anwälte der Angeklagten und selbst die Angeklagten gegen das Dasein der bewaffneten Militärs im Gerichtssaal Einspruch erhoben. Die Anwälte: "Bevor der Prozeß beginnt, wollen wir, daß die Maschinengewehre über uns weggenommen werden. Wir bitten darum, daß unter dem Gewehr keine Rechtsprechung stattfindet... Gerade da, wo über Recht diskutiert wird, kann man nicht auf die meinungsäußernden Menschen Gewehre halten. Die Geschichte wird schreiben, daß dieses Gericht unter dem Schatten der Gewehre geführt wurde. Das ist ein politischer Prozeß. Wir wollen nicht, daß ein Schatten auf das türkische Recht fällt."

Dann meldete sich Frau Prof. Behice Boran, Vorsitzende der verbotenen Arbeiterpartei (TIP) zu Wort und sagte: " Falls man fürchtet, daß wir, die Verhafteten, flüchten würden, so wären sicherlich die Gewehre auf die Verhafteten zu halten, keine Vorsichtsmaßnahme. Man trifft Maßnahmen außerhalb des Gerichtssaales. Man hält keine Gewehre im Gerichtssaal auf die Verhafteten." Daraufhin sagte der Staatsanwalt, daß die bewaffneten Soldaten aufgrund der Vorsichtsmaßnahmen sich im Saal befänden, daß auch bei anderen Prozessen diese Maßnahmen getroffen würden und infolgedessen Einspruch erhob. Darüberhinaus beschloß das Gericht, daß es keinen Grund gäbe, die bewaffneten

Militärs aus dem Saal auszuweisen, und übergang somit die Verhandlung. An diesem repräsentativen Beispiel erkennt man, wie demokratisch die von den Militärs errichteten Sondergerichte arbeiten, wie die berechtigten Einsprüche der Angeklagten ohne Begründung zurückgewiesen werden. Die Militärs wollen nach außen hin die Rechtsstaatlichkeit demonstrieren, aber scheinen nicht zu wissen, daß die Rechtsstaatlichkeit mehr als formelle Gerichtsverhandlungen erfordert.



So wird vom Gerichtssaal abgeführt

Kann man sich heute in der Türkei auf die freie Rechtssprechung verlassen ?

Aus "Ortam" Nr.13,Seite 8

Zur Frage des Vertrauens zum Gericht sagte die angeklagte Vorsitzende der Arbeiterpartei B.Boran:

"Die Türkei befindet sich in einer außergewöhnlichen Lage. Es wird gegen die Linke eine über jedes Maß hinausgehende Kampagne geführt. Unter diesen Umständen haben wir ernsthaften Zweifel an der unabhängigen Führung von Gerichtsverhandlungen. Unter Vorbehalt dieser Tatsache vertraue ich jedem Mitglied des Gerichtes."

Nationalsozialistisch gesinnte Staatsanwälte:

ebenfalls "Ortam" Nr.13

....Währenddessen sagte Oral Calislar gegen den Staatsanwalt Einspruch erhebend:

"Der Staatsanwalt ist nicht unabhängig.Er hat die Anklageschrift mit nationalsozialistischer Weltanschauung vorbereitet.Infolgedessen müsste er als Staatsanwalt zurücktreten."

Dagegen sagte der Staatsanwalt:

"Die nationalsozialistische Ordnung ist die Atatürksche Ordnung. Sie ist nicht,wie Sie behaupten, eine faschistische Ordnung. Damit Sie das verstehen,empfehle ich Ihnen das Buch "Die Revolution vonAtatürk"von Mahmut Bozkurt."

Die deutliche Nichtzuständigkeit der Sondermilitärgerichte:

dazu aus "Ortam" Nr.13,S.8 und Cumhuriyet vom 20.Aug.

Yunus Kocak,einer der Verteidiger der Angeklagten,sagte:

"Die Anschuldigung des Staatsanwalts ist nicht der Akt,der den Ausnahmezustand heraufbeschworen hat. Die Anklageakte war vorher beim Vernehmungsrichter von Ankara. Auf Wunsch des Stabes der Landstreitkräfte und der Staatsanwaltschaft wurde die Akte dem Sondermilitärgericht überwiesen. Dies widerspricht der allgemeinen Rechtsordnung. Dieses Gericht müßte durch einen Zwischenbeschluß sich für diese Verhandlung als nicht zuständig erklären. "

Zum gleichen Thema die Anwältin Necla Ferzan:

"In der Anklageschrift sind die Zeitpunkte der vorgeworfenen Anschuldigungen nicht aufgeführt worden. Aber die von dem Staatsanwalt zur Last gelegten Ereignisse geschahen schon lange vor der Verhängung des Ausnahmezustands. Zum Beispiel:die angeblich gesetzwidrige Satzung und das Programm sind 10 Jahre alt. Und die Partei hat mit derselben Satzung und dem Programm zweimal,1963 und 1970, Ausnahmezustände erlebt und bei keinem von diesen Ausnahmezuständen wurden die Satzung und das Programm so interpretiert,wie in der Anklageschrift; und es wurde keine Anklage gegen die Partei erhoben. Die Publikationen und die Beschlüsse des 4. Parteitages ,die dauernd als Beweise vorgeführt

werden, dies alles liegt weit vor der Verhängung des Ausnahmezustands. Also ist damit die Anwendung des Artikel 15 des Gesetzes 1402 unmöglich. Wir bitten Sie, Hohes Gericht, einen Beschluß über Nichtzuständigkeit zu fassen, und die Anklageakte dem zuständigen Gericht zuzuweisen. Die Rechtsanwälte der Rechtsanwaltskammer der Türkei fordern Sie im Namen des Rechtes auf, die Anklageakte dem zuständigen Gericht zuzuweisen und mit Aufmerksamkeit und Achtung auf Ihren Beschluß zu warten.

"Darüber hinaus wurde der Beschluß hierüber auf den nächsten Tag verlagert, und am nächsten Tag gab das Gericht die Ablehnung des Einspruchs bekannt und begann mit der Verhandlung."

Wie die berechtigten Einsprüche der Angeklagten, d.h. die Gesetze selbst, umgangen werden, sieht man. Auch beim besten Willen ist es unmöglich, die Spur einer rechtmäßigen Rechtssprechung zu erkennen.

Die bisher gefällten wichtigsten Urteile (nicht vollständig)

Die 18 Todesurteile

aus Cumhuriyet v.10.10.71

Gezmis und seine 17 Freunde wurden zum Tode verurteilt:

Die seit 16. Juli 71 unter Anklage des aktiven Versuchs zur ganzen oder teilweisen Veränderung oder Aufhebung der Verfassung, und zur Annulierung oder Verhinderung der Pflichtausübung der türkischen Nationalversammlung belasteten Deniz Gezmis und 17 seiner 23 Freunde wurden zum Tode verurteilt.

Die vom 1. Sondermilitärgericht, deren Vorsitzender Brigadegeneral Ali Elverdi ist, zum Tode verurteilten sind:

- 1 - Deniz Gezmis
- 2 - Yusuf Aslan
- 3 - Atilla Keskin
- 4 - Hüseyin Inan
- 5 - Metin Yildirimtürk
- 6 - Ahmet Erdogan
- 7 - Mehmet Nakipoglu
- 8 - Recep Sakin
- 9 - Ercan Öztürk
- 10 - Osman Arkis
- 11 - Hacı Tonak
- 12 - Semih Orcan
- 13 - Mustafa Yalciner
- 14 - Cengiz Baltacı
- 15 - Metin Güngörmüş
- 16 - Mete Ertekin
- 17 - Mustafa Cubuk
- 18 - Mehmet Asal



Faschistische Generäle brechen den Stab über 18 Patrioten

Im gleichen Prozeß:

Kor Kocalak 5 Jahre Zuchthaus, 20 Monate Verbannung

Irfan Ucar 5 Jahre Zuchthaus, 20 Monate Verbannung

Sevim Onursal 5 Jahre Zuchthaus, 20 Monate Verbannung

Der ehemalige Sekretär der DEV- GENÇ Ruhi Koc und der sich im Ruhestand befindende Leutnant Sarp Kuray wurden beschuldigt, Sprengstoffe in das Haus des Generals der Infanterie Atif Ercik geworfen zu haben und wurden zu 15 Jahre 4 Monate bzw. 8 Jahre 8 Monate Gefängnis vom Militärgericht verurteilt.

Yasar Kemal 10. Juli :

Der weltberühmte Literat und Schriftsteller Yasar Kemal wurde vom Schwurgericht in Istanbul zu 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus verurteilt. Yasar Kemal wurde weiterhin beschuldigt, das Buch "Grundlagen des Marxismus" von Emile Bulns ins Türkische übersetzt und damit Propaganda für den Kommunismus gemacht zu haben, und wurde zu 4 Monaten Verbannung verurteilt.

6. Juli Cumhuriyet

Wegen des am 27.4.71 in unserer Zeitung "Cumhuriyet" erschienenen Artikels "Willkommen der Geist der politischen Reform von 1839" wurden der Schriftsteller des oben genannten Artikels und der Redakteur unserer Zeitung Oktay Kurtböke zu jeweils 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

9. Juli

Cetin Altan, Schriftsteller und ehemaliger Abgeordneter der Arbeiterpartei, wurde beschuldigt, am 5. Januar 1967 in Ankara auf dem Parteitag der Arbeiter Partei den Staatspräsidenten beleidigt zu haben, und wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Die unten aufgeführten Personen wurden beschuldigt, den drei Gesuchten Unterschlupf geleistet und Propaganda für Kommunismus betrieben zu haben, und wurden zu folgenden Strafen verurteilt:

Leutnant der Luftwaffe Kamil Aslantürk zu 3 Jahren Gefängnis

Leutnant der Luftwaffe Cengiz Polat zu 5 Monaten Ausweisung aus der

Armee

Leutnant der Luftwaffe Seyfi Akanan zu 6 Monaten Ausweisung

Student Aysel Ogur zu 3 Jahren Gefängnis

Student Senay Seyman zu 2 Jahren Gefängnis

Student Eray Dogan zu 2 Jahren Gefängnis

3. September

Der Schneider Muhterem Bengi Ödemis wurde vom Militärgericht beschuldigt, Propaganda für Kommunismus gemacht zu haben, und wurde zu 9 Jahren Gefängnis verurteilt.

AUSSENPOLITIK DES FASCHISTISCHEN REGIMES:

Aus "Cumhuriyet" vom 22. Juni 1971:

"Der von den türkischen und griechischen Regierungen gemeinsam erarbeitete Plan, der für Griechen und Türken, in einem föderativ-unabhängigen Zypern, gleiche Rechte zum Ziel hatte, wurde von Makarios abgelehnt.

Wie das Blatt "Patrios" meldete, hat Athen Makarios gewahnt, daß bei einer Ablehnung des Plans die Türkei zu intervenieren entschlossen sei. Das Blatt teilte weiter mit, die Athener Regierung sei entschlossen, sich in diesem Falle neutral zu verhalten."

Aus "Stern" vom 4.7.1971, Nr. 28:

Auszüge aus dem Interview eines Sternreporters mit dem Ministerpräsidenten Erim:

Stern: Nachdem sie die Regierung gebildet haben, scheinen sich die Beziehungen der Türkei zu ihrem vermeintlichen Erzfeind Griechenland zu verbessern. Glauben Sie daran, die Militärs würden sich besser verteidigen als durch legale demokratische gewählte Politiker?

Erim: Als ich die Regierungsgewalt übertragen bekam, ließ einen Brief an Papadopoulos überbringen. Papadopoulos beantwortete den Brief freundlich. Wir werden in Kürze mit der Zusammenarbeit beginnen.

Stern: Papadopoulos hat eine türkisch-griechische Konföderation vorgeschlagen. Wird es zwischen der Türkei, Griechenland, dem Iran, und Pakistan zu einem Bündis kommen?

Erim: Das ist Logisch. Trotz aller gegebenen Vorbehalte werden wir diesen Vorschlag ernsthaft überprüfen."

Aus "Der Spiegel" Nr. 29:

"Nachdem Papadopoulos in seinem Drohbrief vom 18. Juni an Makarios unterstrichen hatte, daß die Mitarbeit eines türkischen Ministers für regionale Fragen die Arbeit des zyprischen Kabinetts nicht erschweren, sondern die Einheit des zyprischen Staates festigen würde, fuhr er fort:

"Wenn sie dieser Tatsache widersprechen, ist es eine Pflicht für mich, Sie auf die Verantwortung aufmerksam zu machen, die Sie gegenüber den zyprischen Griechen, der Nation und der Geschichte übernehmen."

Aus "Der Spiegel" Nr. 37:

Makarios in seinem Antwortschreiben an Papadopoulos zu dessen Drohbrief:

"...Wenn dies eine Drohung ist, dann bin ich gezwungen als Repräsentant der zyprischen Griechen mit Bedauern zu sagen, daß dieser unmögliche Plan von mir nicht akzeptiert werden wird."

Aus "Frankfurter Allgemeine" vom 22. Juli 1971:

"Die Türkei möchte im griechischen Teil der Insel eine Flugbasis für NATO Flugzeuge unterhalten.

"Der NATO-Plan dagegen, der einen föderativen Staat voraussetzt, sieht die Basis im türkischen Teil vor... Makarios steht diesen Plänen ablehnend gegenüber.

Aus "Le Monde" vom 4.7.1971:

"Bei der letzten Tagung des Atlantischen Bündnisses führten die Aussemmenminister der Türkei und Griechenland ein Gespräch. Kurz darauf gab Papadopoulos eine Pressekonferenz und erklärte"...daß die Zypernkriese, durch primitiv- psychologische Gegebenheiten zwischen beiden Volksgruppen entstehe und beide Volksgruppen die Autorität und Entscheidungen ihrer Väterländer, Griechenland und die Türkei, akzeptieren müßten."

Aus "Ortam" vom 23. August 1971 Nr. 13

"In der letzten Zeit machten die Bemühungen um Annäherung der türkisch - griechischen Kapitalkreise große Fortschritte. Die aus türkischen und griechischen Kapitalvertretern gebildete Vereinigung "President Council" beschloß unlängst die Zusammenarbeit türkisch-griechischer Industrieller. So geht der langjährige Wunschtraum der Führungskreise der USA und der NATO in Erfüllung."

Tatsächlich wurden die Bemühungen, die Süd-Ost Flanke der NATO zu festigen, seit 1960 verstärkt, und die durch den Krisenherd Zypern auftauchende Kriegsgefahr verursachte bei den NATO-Mitgliedern im Krisengebiet Nahost - Mittelmeer und den Führungskreisen der USA und der NATO schlaflose Nächte.

In den Jahren 1963 - 1964 versuchte Senator Jacob Javits aus New York die Bourgeoisie Griechenlands und der Türkei zur Zusammenarbeit zu bewegen. So beabsichtigte man die Streitigkeiten der beiden Länder zu beseitigen. Nachdem die Junta im April 1967 die Macht ergriff und der 6 - Tage Krieg ausbrach, setzte Javits seine Bemühungen fort. Auch der Präsident des amerikanischen Rotary - Clubs Conway arbeitete in dieser Richtung. Die USA, fest entschlossen ihr Ziel, auf Zypern eine Basis zu errichten, zu erreichen, scheinen mit Hilfe der nach dem Ultimatum vom 12. März gebildeten türkischen Regierung den Sieg davonzutragen.

Seitdem die durch das Ultimatum vom 12. März an die Macht gekommenen Erim - Regierung die Gewalt ausübt, steht die griechische Junta der Türkei wohlwollend gegenüber. Tatsächlich erklärte Papadopoulos bei einer Pressekonferenz " Er sei der Auffassung, daß alles für eine Konföderation zwischen Griechenland und der Türkei spreche. Die gegebene Situation zwingt sie zu diesem Schritt.

In "Ortam" vom 23.8. 1971 Nr. 13 empfiehlt die mit der griechischen Junta auf einer Linie stehenden Regierung Erims die Gründung einer Konföderation.

Zuletzt sprach der türkische Außenminister Osman Olcay mit dem griechischen Außenminister Palamas in Lissabon. Die von den USA und der NATO beschlossenen Richtlinien werden von der Türkei akzeptiert, und die Junta versucht, Makarios unter Druck zu setzen. Die Planer der NATO - Strategie versuchen, dem unabhängigen zyprischen Staat seine Unabhängigkeit zu rauben und ihn für ihre aggressiven Ziele zu mißbrauchen. Die letzten NATO - Manöver bedeuten in dieser Hinsicht einen Komplott gegen Zypern.



NATO-Manöver Hurricane 71 am 17.10.71



Die Generäle schauen dem Manöver zu

DIE VERÄNDERTE VERFASSUNGEinleitung:

Die Verfassung vom Jahre 1961 wurde am 27. Mai von der Nationalversammlung verabschiedet und zur Volksabstimmung vorgelegt. Sie fand die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung und wurde in Kraft gesetzt. Die Verfassung von 1961 garantiert die Grundrechte- und -freiheiten. Das Grundgesetz beginnt:

"... Die türkische Nation proklamiert diese Grundgesetze für die Verwirklichung und Garantie der Rechte und Freiheiten des Menschen, der sozialen Gerechtigkeit, der Sicherheit und dem Wohlstand der Person und Gemeinschaft... und für die Errichtung eines demokratischen Staates ... Sie vertraut es der Freiheits- und Gerechtigkeitsliebe und der Wachsamkeit des Volkes an."

Wie das Zitat zeigt, sieht das Grundgesetz den Widerstand des türkischen Volkes im Falle einer Gefährdung der Grundrechte und -freiheiten vor.

Das jetzt veränderte Grundgesetz überläßt manche Kompetenzen der gesetzgebenden und rechtsprechenden Gewalt der Exekutive und schränkt damit die Funktion des Parlaments und der Gerichte stark ein. Durch die Übergabe dieser Kompetenzen an die Regierung sind die Rechte und Freiheiten der Person äußerst gefährdet. Durch die Beschließung eines für ein faschistisches Regime geltenden Prinzips "die Rechtsprechung ist ein Organ der vollziehenden Gewalt, die Gesetze folgen den Geschehnissen", trägt das Grundgesetz faschistische Züge.

Angetastet wurden folgende Rechte und Freiheiten:

- die Unantastbarkeit der Person, der Wohnung und der privaten Sphäre
- die Meinungsfreiheit
- die Versammlungsfreiheit
- die Freiheit der Gründung von Verbänden und Gewerkschaften
- das Streikrecht

Außerdem ist es möglich, jemanden ohne Gerichtsbeschuß zu verhaften. Es ist z.B. nicht mehr möglich, daß die Handlungen und Akte der Verwaltung durch Gerichtsbehörden einer Kontrolle unterzogen werden, was mit keinem Rechtsprinzip zu vereinbaren ist.

Das Ausnahmerecht gehört heute zum normalen Leben. Die türkischen Rundfunk- und Fernsehanstalten und die Universitäten besitzen keine Autonomie mehr. Im Prinzip existiert keine gesetzgebende und rechtsprechende Gewalt mehr. Die Gesetzgebung, Rechtssprechung und Exekutive sind in einer Hand vereint, sodaß das Militärregime offen sein faschistisches Gesicht zeigt.

Änderungen im einzelnen:Artikel 11 Kern der Grundrechte

"Die Grundrechte und -freiheiten können nur durch Gesetz und nur nach Maßgabe des Wortlautes und Sinnes der Verfassung eingeschränkt werden.

Das Gesetz darf ein Recht oder eine Freiheit in ihrem Kern nicht antasten, selbst nicht im Hinblick auf das öffentliche Wohl, die allgemeinen Sitten, die öffentliche Ordnung, die soziale Sicherheit oder aus ähnlichen Gründen."

Änderung:

"Die Beschränkung der Grundrechte und -freiheiten:

Die Grundrechte und -freiheiten dürfen allein durch Gesetz eingeschränkt werden, um die Einheit des Staates mit seinem Gebiet und seiner Nation, die Republik, die nationale Sicherheit, die allgemeinen Sitten und Volksgesundheit zu schützen, oder aus anderen Gründen, die in anderen Artikeln der Verfassung vorgeschrieben sind.

Von den Rechten und Freiheiten in dieser Verfassung darf nicht in der Art und Weise Gebrauch gemacht werden, daß sie zum Sprachen-, Rassen-, Klassen-, Religions-, oder Sektenkampf führen, oder den Grundsatz, daß der türkische Staat mit seinem Territorium und seiner Nation eine Einheit bildet, beeinträchtigen könnten. Keine dieser Rechte und Freiheiten können im Sinne der Beseitigung der Menschenrechte und durch Umsturz oder Beeinträchtigung der darauf beruhenden demokratischen laizistischen Republik ausgelegt werden. Die Bestrafung der Zuwiderhandlungen wird durch Gesetze geregelt."

Artikel 14 Unverletzlichkeit der Person

"Jeder hat das Recht auf Leben und freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in materieller und geistiger Hinsicht sowie auf persönliche Freiheiten.

Die Unverletzlichkeit und Freiheit der Person kann nur in den durch Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen, mit ordnungsgemäßen richterlichem Urteil eingeschränkt werden. Es dürfen keine Strafen auferlegt werden, die mit der Würde des Menschen unvereinbar sind."

Änderung:

...

Die Unverletzlichkeit und Freiheit der Person kann nur in den durch das Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen eingeschränkt werden. Niemand darf gepeinigt oder gefoltert werden. Es dürfen keine Strafen bestimmt werden, die mit der Würde des Menschen unvereinbar sind."

Kommentar:

Damit wird es möglich, die persönlichen Freiheiten auch ohne Gerichtsurteil einzuschränken.

Artikel 17 Informationsfreiheit

"Jeder hat das Recht auf freien Austausch von Informationen. Das Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnis wird grundsätzlich gewahrt. Das Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnis kann nur in den durch Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen mit ordnungsgemäßem richterlichen Urteil eingeschränkt werden."

Änderung:

"Jeder hat das Recht auf freien Austausch von Informationen. Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis wird grundsätzlich gewahrt. Nur in den durch Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen mit ordnungsgemäßem richterlichen Beschluß und in den Fällen, in denen eine Verzögerung im Hinblick auf den Schutz der Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation, und zur Wahrung der nationalen Sicherheit und Ordnung nachteilig ist, kann auf Anordnung einer gesetzlich bestimmten Instanz eingegriffen werden."

Kommentar:

Auch hier wird die Einschränkung dieser Freiheit ohne gerichtliches Urteil ermöglicht.

Artikel 20 Meinungsfreiheit

"Jeder Mensch hat Meinungs- und Überzeugungsfreiheit. Jeder Mensch kann seine Meinungen und Überzeugungen durch Wort, Schrift, Bild oder andere Mittel einzeln oder vereinigt mit anderen Menschen erklären. Niemand kann gezwungen werden, seine Meinung und Überzeugung zu äußern."

Es wird deutlich, daß die Verfassung von 1961 keine Einschränkung der Grundrechte und der Meinungsfreiheit vorsieht. Die neuen Artikel aber ermöglichen jede Einschränkung, ja sogar die Aufhebung. Die verwendeten Ausdrücke, die man unterschiedlich interpretieren kann, verwandeln die Gesetze zu Gummiparagraphen. Was ist eine allgemeine Gefahr für das öffentliche Wohl? Was ist eine allgemeine Gefahr für die allgemeinen Sitten?

Der Artikel 20 schränkt die Meinungsfreiheit und darüber hinaus den Klassenkampf ein. Damit wurde ein Boden für die Verwirklichung der Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches vorbereitet. Es ist bekannt, daß die beiden Paragraphen von dem Strafgesetzbuch des italienischen faschistischen Regimes von 1936 übernommen wurden. Es scheint immer deutlicher, daß die Erim-Regierung ihre Terrormaßnahmen durch die veränderte Verfassung zu legitimieren versucht.

Artikel 22 Pressefreiheit

"Die Presse ist frei. Eine Zensur findet nicht statt. Der Staat trifft die notwendigen Vorkehrungen, die die Pressefreiheit und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis gewährleisten. Die Freiheit der Presse und des Nachrichtenaustausches können nur zur

Wahrung der nationalen Sicherheit und der allgemeinen Moral, zur Verhinderung von Übergriffen auf die Würde, Ehre und Rechte der Personen, der Anstiftung zu Straftaten und zur Gewährleistung einer zielgemäßen Rechtsprechung durch Gesetz eingeschränkt werden. Berichterstattung darf nicht verboten werden. Dieses Recht kann nur zur Gewährleistung einer zielgemäßen Rechtsprechung durch richterliches Urteil im Rahmen der Gesetze eingeschränkt werden.

Die in der Türkei herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften können nur durch richterliches Urteil und in Fällen, in denen das Gesetz diese Maßnahme vorsieht, beschlagnahmt werden.

Die in der Türkei herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften können nur aufgrund einer Verurteilung wegen der in Artikel 57 aufgezählten Vergehen verboten werden."

Änderung:

"Die Presse ist frei. Eine Zensur findet nicht statt. Der Staat trifft die notwendigen Vorkehrungen, die die Pressefreiheit und das Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnis gewährleisten. Die Freiheit der Presse und des Nachrichtenaustausches können nur zum Schutze der Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation und zur Wahrung der öffentlichen Ordnung, der nationalen Sicherheit und der allgemeinen Moral und zur Verhinderung der Übergriffe in die Würde, Ehre und Rechte der Personen, der Anstiftung zu Straftaten und zur Gewährleistung einer zielgemäßen Rechtsprechung durch Gesetz eingeschränkt werden.

Berichterstattung darf nicht verboten werden. Dieses Recht kann nur zur Gewährleistung einer zielgemäßen Rechtsprechung durch richterliches Urteil im Rahmen der Gesetze eingeschränkt werden.

Die in der Türkei herausgegebenen Zeitungen können durch richterliches Urteil und in Fällen, in denen das Gesetz diese Maßnahme vorsieht, und wenn eine Verzögerung im Hinblick auf den Schutz der Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation, Wahrung der nationalen Sicherheit und Ordnung, der allgemeinen Moral, nachteilig ist, auf Anordnung der gesetzlich bestimmten Instanz, beschlagnahmt werden.

Die in der Türkei herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften können aufgrund von Veröffentlichungen, die der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der allgemeinen Moral, dem Grundsatz der demokratischen und laizistischen Republik und Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation zuwiderlaufen, verboten werden.

Artikel 29 Recht auf Gründung von Vereinen

"Jeder hat das Recht, ohne vorherige Genehmigung Vereine zu bilden. Dieses Recht kann zum Schutze der Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation und zur Wahrung der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Moral durch Gesetz eingeschränkt werden. Niemand kann zum Beitritt zu einem Verein gezwungen werden.

Vereine können in den durch Gesetz bestimmten Fällen durch Gerichtsurteil und in den Fällen, in denen eine Verzögerung im Hinblick auf den Schutz der Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation und Wahrung der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der allgemeinen Moral nachteilig ist, durch Anordnung einer gesetzlich bestimmten Instanz verboten werden."

Kommentar:

Neben der sehr weit gehenden Einschränkung dieses Rechts durch äußerst vage und dehnbare Begriffe wird noch die Gründung von Vereinen an eine vorherige Genehmigung gebunden. Außerdem können die Vereine auch ohne Gerichtsurteil verboten werden. Damit ist dieses Recht praktisch aufgehoben.

Artikel 32 Grundsatz des gesetzlichen Richters

"Niemand darf vor eine andere Instanz als seinen gesetzlichen Richter gestellt werden. Es dürfen keine außerordentlichen Instanzen mit rechtsprechender Gewalt mit der Folge gegründet werden, daß eine Person vor eine andere Instanz als ihren gesetzlichen Richter gestellt wird."

Änderung:

"Niemand kann vor ein anderes Gericht als das durch Gesetz bestimmte gestellt werden."

Kommentar:

Damit wird es ermöglicht, beliebig außerordentliche Gerichte einzusetzen, wenn die Urteile der ordentlichen Gerichte der Regierung mißfallen. Insbesondere in Verbindung mit der Änderung des Artikel 107 (siehe unten) bedeutet dies, daß die Regierung die Rechtsprechung an sich gerissen hat.

Artikel 46

"Arbeitnehmer und Arbeitgeber besitzen das Recht, ohne vorherige Erlaubnis Verbände und Zentralverbände zu gründen..."

Änderung:

"Das Recht hängt von vorheriger Erlaubnis ab."

Artikel 47

"Um ihre wirtschaftliche und soziale Lage in ihren Beziehungen mit dem Arbeitgeber zu schützen oder zu ordnen, besitzen die Arbeitnehmer das Recht zu Gesamtverträgen und zum Streik."

Änderung:

In der neuen Änderung wird der Gebrauch des Streikrechtes von der Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht.

Artikel 107 Rechtsverordnungen

"Der Ministerrat kann zur Anwendung der Gesetze oder zur Ausfüllung gesetzlicher Ermächtigungen Rechtsverordnungen erlassen, die gegen die Gesetze verstoßen dürfen und der Vorprüfung durch den Staatsrat unterliegen."

Änderung:

"Die türkische große Nationalversammlung kann durch Gesetz den Ministerrat ermächtigen, über bestimmte Sachgebiete Verordnungen zu erlassen, die Gesetzeskraft haben. Sie unterliegen der Vorprüfung des Staatsrates."

Artikel 114 Richterliche Kontrolle

"Handlungen und Akte der Verwaltung können in gar keinem Fall von der Kontrolle durch Gerichtsbehörden ausgenommen werden..."

Änderung:

Es handelt sich um die Sicherheit des Staates und der allgemeinen Sitten. Es ist nicht mehr möglich, die Handlungen und Akte der Ver-

Artikel 17 Informationsfreiheit

"Jeder hat das Recht auf freien Austausch von Informationen. Das Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnis wird grundsätzlich gewahrt. Das Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnis kann nur in den durch Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen mit ordnungsgemäßen richterlichen Urteil eingeschränkt werden."

Änderung:

"Jeder hat das Recht auf freien Austausch von Informationen. Das Brief-, Post-, und Fernmeldegeheimnis wird grundsätzlich gewahrt. Nur in den durch Gesetz ausdrücklich bestimmten Fällen mit ordnungsgemäßen richterlichen Beschluß und in den Fällen, in denen eine Verzögerung im Hinblick auf den Schutz der Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation, und zur Wahrung der nationalen Sicherheit und Ordnung nachteilig ist, kann auf Anordnung einer gesetzlich bestimmten Instanz ein egriffen werden."

Kommentar:

Auch hier wird die Einschränkung dieser Freiheit ohne gerichtliches Urteil ermöglicht.

Artikel 20 Meinungsfreiheit

"Jeder Mensch hat Meinungs- und Überzeugungsfreiheit. Jeder Mensch kann seine Meinungen und Überzeugungen durch Wort, Schrift, Bild oder andere Mittel einzeln oder vereinigt mit anderen Menschen erklären. Niemand kann gezwungen werden, seine Meinung und Überzeugung zu äußern."

Es wird deutlich, daß die Verfassung von 1961 keine Einschränkung der Grundrechte und der Meinungsfreiheit vorsieht. Die neuen Artikel aber ermöglichen jede Einschränkung, ja sogar die Aufhebung. Die verwendeten Ausdrücke, die man unterschiedlich interpretieren kann, verwandeln die Gesetze zu Gummiparagraphen. Was ist eine allgemeine Gefahr für das öffentliche Wohl? Was ist eine allgemeine Gefahr für die allgemeinen Sitten?

Der Artikel 20 schränkt die Meinungsfreiheit und darüber hinaus den Klassenkampf ein. Damit wurde ein Boden für die Verwirklichung der Paragraphen 141 und 142 des Strafgesetzbuches vorbereitet. Es ist bekannt, daß die beiden Paragraphen von dem Strafgesetzbuch des italienischen faschistischen Regimes von 1936 übernommen wurden. Es scheint immer deutlicher, daß die Erim-Regierung ihre Terrormaßnahmen durch die veränderte Verfassung zu legitimieren versucht.

Artikel 22 Pressefreiheit

"Die Presse ist frei. Eine Zensur findet nicht statt. Der Staat trifft die notwendigen Vorkehrungen, die die Pressefreiheit und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis gewährleisten. Die Freiheit der Presse und des Nachrichtenaustausches können nur zur

DIE ARBEITERPARTEI DER TÜRKEI (TIP)

Die türkische Arbeiterpartei (TIP) wurde am 13. Februar 1961 von 12 fortschrittlichen Gewerkschaftlern gegründet. Im Jahre 1964 am 1. Parteitag wurde das Parteiprogramm angenommen. Es waren radikale demokratische Umwälzungen in der türkischen Gesellschaft vorgesehen.

Das Programm ging von einer grundlegenden Analyse der türkischen Gesellschaft aus. Im Programm war als treibende Kraft die ökonomische Entwicklung vorgesehen: "Die geplante staatliche Wirtschaft, die von dem werktätigen Volk mitverwaltet und kontrolliert wird". (Programm der TIP - Seite 70)

"Zu diesem Zweck werden die großen Produktions- und Transportmittel, der Außenhandel, das Bank- und Versicherungswesen verstaatlicht werden, ausgehend von den Unternehmen, die eine Schlüsselposition in der Nationalwirtschaft haben und in einer Reihenfolge, die den Erfordernissen der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft Rechnung trägt." (Ebda. - S.70)

"Es wird auf jeden Fall verhindert werden, daß die Privatunternehmen sich zu Trusts und Kartellen entwickeln, oder auf irgendeine Weise den Nationalmarkt in ihr Monopol nehmen..."

"Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg sieht eine Wirtschaft vor, in der sowohl Privatunternehmen als auch staatliche Unternehmen vertreten sind... In der Planung der Wirtschaft werden die wirtschaftlichen Aktivitätsbereiche die nicht zu dem staatlichen Sektor gehören, den Privatunternehmern überlassen werden. Jedoch wird die Planung sowohl für Staatswirtschaft als auch für Privatwirtschaft verbindlich sein. Die Verbindlichkeit der Wirtschaft für die Privatwirtschaft wird durch demokratische Mittel erreicht werden." (Ebda. - 22)

"Die TIP setzt sich zum Ziel, die schädliche Hegemonie der Überbleibsel des Feudalismus auf dem Land und der Großkapitalisten in der Stadt, die die Realisierung und Praktizierung der demokratischen Ordnung verhindern, aufzuheben, und dabei den Respekt vor den Grundrechten der Menschen immer zu bewahren. Andererseits setzt sie sich zum Ziel, die Privatwirtschaft zu einem nützlichen Teil der Nationalwirtschaft und der allgemeinen Planung zu entwickeln." (Ebda S.68)

Die Partei bekannte sich zu der parlamentarischen Ordnung.

Außerdem verlangte sie die Erweiterung und Entwicklung der organisierten Mitbestimmung der Volksmassen im Staat:

"Nach der Auffassung der TIP über die Demokratie sind die führenden und treibenden Kräfte der Gesellschaft in der demokratischen Ordnung der türkischen Arbeiterklasse und der werktätigen Volksmasse. TIP, die politische Organisation dieser Klassen und Schichten, bekommt die Macht durch demokratische Wahlen. Sie bleibt an der Macht, indem sie die Grundrechte und -freiheiten der Menschen achtet und die Ausbeutung der Menschen durch Menschen ablehnt. Sie kann die Macht durch Wahlen wieder verlieren..."

"Damit der Staat die Interessen der Werktätigen vertritt, damit die Reformen im Interesse des Volkes durchgeführt werden, muß erreicht werden, daß die Volksmassen überall im gesellschaftlichen Leben mitreden und mitbestimmen können." "TIP wird dem Volk die Möglichkeit geben, sich in der demokratischen Ordnung für verschiedene gemeinsame Ziele zu organisieren. Sie wird eine solche Ordnung schaffen, in der das ganze Volk an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen wird." (Ebda. S.69)

Einer der nächsten Ziele der TIP war die Durchführung einer radikalen und demokratischen Agrar- und Bodenreform im Interesse der werktätigen Bauern;

"TIP will mit der Bodenreform den Bauern, die keinen Boden haben, oder deren Boden nicht ausreicht, Boden geben und die Ausbeutung im Dorf einschränken." (Ebda. S.88)

Die TIP weist in ihrem Programm auch darauf hin, daß das Grundgesetz den Staat verpflichtet, die Bodenreform durchzuführen.

"Der Boden, der nach der Vorschrift des Grundgesetzes vergesellschaftlicht wird wird in erster Linie an die bodenlosen Bauern, oder an die Bauern, die viel zu wenig Boden haben, verteilt werden... Die Verteilung des Bodens an die Bauern wird unentgeltlich erfolgen. (Ebda. S.88f)

Die außenpolitischen Prinzipien der Partei betonen die Wiederherstellung und Unabhängigkeit der Türkei, die Unterstützung der antiimperialistischen Bewegungen und den Kampf für Frieden in der Welt: "TIP betrachtet es als ihre heiligste Pflicht, die Integrität des Vaterlandes, die durch den Unabhängigkeits-

krieg von der feindlichen Besetzung erkämpft worden ist, zu schützen." Sie ist ausdrücklich gegen den Imperialismus und Kolonialismus. Sie ist gegen die Unterjochung der Nationen und gegen jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen. Sie ist auf der Seite des Friedens. Sie ist der Auffassung, daß ein Kampf nur im Falle der Selbstverteidigung gerechtfertigt ist. Ein Agressionskrieg ist für sie eines der größten "erbrechen gegenüber der Menschheit..."

"Sie setzt sich dafür ein, daß die Militärblöcke in der Welt und die Militärstützpunkte in fremden Ländern, die die Welt mit einem Atomkrieg bedrohen, abgebaut werden. Auf jeden Fall sieht sie es als unerlässlich, daß die Türkei sich schon jetzt diese Ziele setzt und eine unabhängige und friedliche Außenpolitik praktiziert." (Ebda. S. 163f)

Bei den allgemeinen Wahlen 1965 hat TIP 15 Sitze im Parlament gewonnen. Das hat die großbürgerlichen Parteien dazu bewogen, das Wahlgesetz zu verändern. Aus diesem Grund konnte TIP bei allgemeinen Wahlen 1969 nur zwei Sitze im Parlament gewinnen, obwohl die Anzahl der Stimmen für TIP wuchs. Das hat jedoch den Aufstieg ihres Ansehens unter den Werktätigen und den fortschrittlichen demokratischen Kreisen nicht aufhalten können.

Frau Prof. Behice Boran, die Vorsitzende der TIP, hielt auf der 10. Jubiläumsfeier der Partei vor 5000 Delegierten folgende Rede:

"TIP führt einen Kampf an drei Fronten, die miteinander eng verbunden sind: Gegen den Imperialismus für eine vollständige Unabhängigkeit, gegen den Faschismus und gegen den faschistischen Terror für eine Demokratie und das Grundgesetz gegen den Kapitalismus für den Sozialismus..." "Die Frage über den Imperialismus hat die TIP zum ersten Male aufgeworfen. TIP hat dem Imperialismus den Kampf erklärt und diesen Kampf weitergeführt, dabei hat sie vom ersten Tage an gezeigt, daß der amerikanische Imperialismus der Hauptfeind ist. Fragen über NATO, über die fremden Militärstützpunkte, über die bilateralen Militärverträge über das ausländische Kapital, über die EWG hat sie als ein Teil dieses Kampfes analysiert und in die Öffentlichkeit getragen..."

"TIP hat auch große Beiträge dazu geleistet, daß sich die Bevölkerungsmassen das Grundgesetz angeeignet haben, und daß die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten nicht völlig eingeschränkt werden konnten. Das Grundgesetz einer Gesellschaft wird nur durch Kräfte und Organisationen der Gesellschaft gestützt die sich die verfassungsmäßigen und demokratischen Rechte und Freiheiten zu eigen machen und den Mut aufbringen, von diesen Gebrauch zu machen. Unsere Partei hat das Grundgesetz konsequent und systematisch interpretiert und bewiesen, daß der Kampf gegen den Imperialismus und den Faschismus für die Demokratie und den Sozialismus und die Entwicklung und Weiterführung dieses Kampfes innerhalb der Schranken des Grundgesetzes möglich ist. Dadurch hat unsere Partei seit 1961 für die Erweiterung der demokratischen Ordnung große Dienste erwiesen ... Die Lösungen und Anschauungen der Partei finden großen Wiederhall und Einverständnis in der Arbeiterklasse und in der gewerkschaftlichen Bewegung, insbesondere unter den Organisationen der Konföderation der progressiven Gewerkschaften. Die Lösungen und Anschauungen der Partei sind unter fortschrittlichen Kreisen außerhalb der Partei weitgehend verbreitet..."

Der Imperialismus und die türkische Bourgeoisie sind gegen die Organisierung und das Bewußtwerden der Arbeiterklasse und der Werktätigen; sie sind gegen die fortschrittlichen Aktivitäten der Intellektuellen und der Studenten; sie sind geneigt, die demokratischen Rechte und Freiheiten einzuschränken und eine faschistische Ordnung einzuführen. Daher enthält der antimperialistische-antikapitalistische Kampf auch den Kampf für die Demokratie, für die Praktizierung des Grundgesetzes, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten... Die Entwicklung und Stärkung der demokratischen Ordnung im Interesse der Arbeiterklasse und aller werktätigen Massen kann nur das Werk aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte unter der Führung der Arbeiterklasse sein. Die Umwandlung der "formellen Demokratie" in eine "wahre Demokratie, der Übergang von der kapitalistischen Ordnung zum Aufbau der sozialistischen Ordnung, die Erlangung der vollständigen Unabhängigkeit sind abhängig davon, daß die Arbeiterklasse und die Werktätigen im politischen Leben ihr Gewicht spüren lassen und im Laufe der Zeit die politische Macht erlangen. Solange die Arbeiterklasse und die "erkätigen keine bewußte und organisierte politische Kraft bilden, können sie auf keinen Fall die Macht von der Bourgeoisie übernehmen, und solange ein solcher Machtwechsel nicht erfolgt ist, ist keine dauerhafte und radikale Lösung der Probleme möglich. Die potentielle Macht der demokratischen Kräfte in der Türkei ist hoch. Die Gewerkschaftsbewe-

gung der Arbeiterklasse entwickelt sich rapide, und sie gewinnt immer mehr an politischem Bewußtsein. Auch unter den armen Bauern, unter den Kleinproduzenten ist eine wachsende Aktivität zu beobachten. Die jungen Leute und die Lehrer kämpfen mutig. Auch die anderen Beamten werden aktiver. Unter den Werktätigen in der Stadt wächst die Unzufriedenheit und der Widerstand. Unsere Staatsbürger von der Konfession Alevi oder auch das kurdische Volk kämpfen gegen ihre Diskriminierung und Unterdrückung, die seit Generationen andauert; in diesem Kampf machen sie Gebrauch von ihren demokratischen Rechten und Freiheiten. Die Aufgabe der TIP in diesen Tagen ist die Einigung aller dieser demokratischen Massenaktionen gegen den Faschismus und den Imperialismus für die Demokratie und die Unabhängigkeit in einer einheitlichen Front; diese revolutionären Massen schützen die unabhängige Existenz der sozialistischen Partei der Arbeiterklasse und stärken ihre führende Rolle." (Emek Februar 71 - S.17f)

Am Vorabend des faschistischen Regierungssturzes durch das Militär, versuchte die Großbourgeoisie gezielt, die ganze linke Bewegung in bewaffnete Kämpfe zu verwickeln, um sie als Terroristen abzustampeln und als Freiwild zu betrachten. Sie schleuste Spitzel in die linken Organisationen ein. Diese versuchten in erster Linie die unerfahrenen patriotischen Studenten zu unüberlegten vom Volk isolierten Aktionen hineinzuziehen. Durch den bewaffneten Terror der Faschisten horden und der Polizei wollte man die fortschrittlichen Kräfte zwingen, sich mit denselben Mitteln zu verteidigen. Die Haltung der TIP zu dieser Politik der Großbourgeoisie war klar definiert:

"Offensichtlich beabsichtigen die Herrschenden, die Studentenbewegung durch Spitzel von ihren wahren Zielsetzungen abzulenken, und in der Anarchie, die sie selbst schaffen, die demokratische Ordnung aufzuheben... Was aber die Jugendlichen betrifft: Es ist das Recht und die Pflicht der Jugendlichen, für den gesellschaftlichen Fortschritt zu kämpfen. Jedoch müssen sich die Jugendlichen vor den Provokateuren hüten, die sie in falsche Bahnen zu lenken versuchen. Ebenso müssen sie dazu fähig sein, falsche, nicht durchdachte Ideen zu erkennen und dagegen zu kämpfen. Auf jeden Fall ist es die Aufgabe der Jugendlichen, sich die Mobilisierung der Volksmassen für den Kampf für Fortschritt und Demokratie zum Ziel zu setzen und für dieses Ziel ernsthaft und verantwortungsbewußt durch durchdachte Aktionen in Zusammenarbeit mit der Partei der Arbeiterklasse durchzuführen." (Aus der Presseerklärung des Generalsekretärs der TIP Saban Erik - November 1970)

Man terrorisierte die Mitglieder und Anhänger der TIP. Die Parteizentren wurden von bewaffneten Schlägertruppen geplündert, die auch von der Polizei unterstützt wurden. Führende Persönlichkeiten der Partei wurden hinterhältig ermordet. Einen Studenten, der ein aktives Mitglied der Partei war, ermordete die Polizei indem sie ihn vom 2. Stockwerk eines Studentenheimes herunterwarf und dann hundert Meter über den Boden schleifte. Da es aber trotzdem nicht gelang, die Parteimitglieder in isolierte Verzweiflungsakte zu verwickeln und die Partei dadurch vor dem Volk zu diskreditieren, bediente man sich eines anderen Mittels: Die Partei bekämpfte den Terror und die Folterungen der Gendarmen und der Kommandoeinheiten gegen das kurdische Volk entschieden. Sie war der Feind des Rassismus jeder Art. Sie verteidigte auch die demokratischen Rechte der kurdischen Werktätigen, die wegen ihrer Rasse verstärkt unterdrückt wurden. Sie trat aber auch für den gemeinsamen, einheitlichen Kampf aller Völker in der Türkei gegen den Faschismus und Imperialismus ein. Auf dem 4. Parteitag der TIP war folgender Beschluß angenommen worden: "§8: Der 4. Parteitag der TIP beschließt und erklärt:

"Im Osten der Türkei lebt das kurdische Volk. Die faschistischen Regierungen der herrschenden Klasse haben für das kurdische Volk von Anfang an eine Politik der Unterdrückung, des Terrors und der Assimilation praktiziert, die von Zeit zu Zeit die Form von blutigen Brutalitäten bekam. Das Gebiet, auf dem das kurdische Volk lebt, ist weniger entwickelt als die anderen Gebiete der Türkei. Dieses ist neben der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus auch eine Folge der ökonomischen und sozialen Politik der Regierungen der herrschenden Klasse, die der Existenz des kurdischen Volkes nicht Rechnung tragen. Deswegen ist es nichts als eine Verschleierung der chauvenistisch-nationalistischen Anschauungen und Praktiken der herrschenden Klassen, an "den Problemen des Ostens als Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung eines Gebietes heranzugehen. Die Unterstützung des Kampfes des kurdischen Volkes durch unsere Partei, die für ihre verfassungsmäßigen Rechte als Staatsbürger und ihre weiteren demokratischen Rechte und Wünsche kämpfen, ist eine natürliche und unablässige Aufgabe. Den Kampf des kurdischen Volkes um ihren demokratischen Wünschen Ausdruck zu

geben und sie zu verwirklichen, und den Kampf der Arbeiterklasse und unserer Partei als ihre Avantgarde für den Sozialismus als eine einheitliche Front zu vereinen, macht es notwendig, daß die kurdischen und türkischen Sozialisten in der Partei Schulter an Schulter kämpfen. (von uns hervorgehoben - Red.)

Es ist ein fundamentales Ziel des ideologischen Kampfes unserer Partei, die rassistisch-nationalistisch-chauvenistische bürgerliche Ideologie, die gegen das kurdische Volk praktiziert wird, mit Hilfe der Parteimitglieder, der Sozialisten und aller Arbeiter und Werktätigen zu zerschlagen.

Die Partei sieht das Problem der Kurden als einen Punkt für die Erfordernisse des Kampfes der Arbeiterklasse für den Sozialismus. (Emek Juli 70 S.7f)

Wegen dieser Beschlüsse wurde der Partei vorgeworfen, "Kurdismus" zu betreiben, "die Kultur und Sprache einer anderen Nation als der türkischen zu propagieren" und dadurch "die Einheit der Nation zu gefährden." Unmittelbar nach der Erklärung des Ausnahmezustandes wurde die Partei angeklagt, und alle führenden Persönlichkeiten sofort verhaftet. Frau Prof. Behice Boran, die Vorsitzende der Partei, wies in ihrer Verteidigungsrede diese Beschuldigungen zurück. Sie sagte

"Nach den offiziellen Statistiken des Staates leben in der Osttürkei Millionen Staatsbürger, die kurdisch sprechen. Diese Millionen, die kurdisch sprechen, als Volk zu bezeichnen, ist zweifellos nicht falsch.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, daß auch diesen Staatsbürgern ihre verfassungsmäßigen Rechte anerkannt werden."

(Kurtulus 37-, f.7)

Die Partei wurde unter Mißachtung der internationalen demokratischen Rechtsauffassung verboten. Die Prozesse der einzelnen Vorstandsmitglieder der Partei wurden militärischen Sondergerichten übertragen. Die Prozesse fanden im Schatten von MG's statt. Der Staatsanwalt bezeichnete sich selber als "einen Nationalsozialisten." Er meinte, daß der Nationalsozialismus die einzige der türkischen Nation würdige Ideologie sei, und klagte die Partei an, durch "Kurdismus" und durch "wissenschaftlichen Sozialismus d.h. Kommunismus" die "ureigene Ideologie der Nation, den Nationalsozialismus", verraten zu haben. Behice Boran beantwortete diese Beschuldigungen in ihrer Verteidigungsrede auf folgende Weise:

"In den Anfangssätzen der Anklage wird der Nationalsozialismus als die einzige Philosophie, als die einzige Weltanschauung und somit als der einzige Charakter und als das einzige Bewußtsein des Türkischen Volkes beschrieben. Wir werden beschuldigt, das Ziel zu verfolgen, das Volk von der ureigenen Philosophie, Weltanschauung, Bewußtsein und Charakter zu entreißen. Man kann daraus ersehen, mit welcher Geisteshaltung diese Anklageschrift verfaßt worden ist.

Wir sind gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus, der nur eine besondere Art des Faschismus ist. Wir protestieren entschieden, daß der Faschismus und seine besondere Abart, der Nationalismus, als die eigene Philosophie und die eigene Weltanschauung, das eigene Bewußtsein und der eigene Charakter des türkischen Volkes gezeigt wird. Zu der Behauptung, daß wir gewaltsam die Macht ergreifen und behalten wollen und zu diesem Zweck tätig sind, konnte kein konkreter und glaubhafter Beweis erbracht werden. Das ist auch gar nicht möglich, denn solche Beweise existieren nicht. Sogar die Anklage mußte, als sie die Statuten und das Programm der Partei studierte, stellenweise zugeben, daß diese das Gegenteil der Behauptung beweisen. Sie konnte es nicht verbergen, daß das Programm der Partei vorschreibt, nur auf legalen Wege an die Macht zu kommen und bereit zu sein, durch Wahlen die Macht wieder zu verlieren. Auch während der 10jährigen Praxis der Partei konnten keinerlei Beweise für die Beschuldigungen der Anklage angeführt werden. Der Herr Staatsanwalt bemüht sich in den vielen Seiten seiner Anklageschrift um den Beweis, daß die türkische Arbeiterpartei eine Klassenpartei ist. Wie man ersehen kann, sieht er die Klassenpartei als strafbar an. Er hat damit jedoch nichts erreicht, denn die türkische Arbeiterpartei ist eine Klassenpartei. Das haben wir jeder Zeit offen gesagt.

Wir sind stolz darauf, die Partei der Arbeiter und Werktätigen, die Partei aller Unterdrückten und ausgebeuteten Staatsbürger zu sein.

Dabei sind alle Parteien Klassen-Parteien. Das geben die bürgerlichen Parteien bloß nicht zu.

Die politischen Parteien sind Organisationen der sozialen Klassen und Schichten auf politischer Ebene. Eben deswegen sind sie unablässige Elemente des demokratischen politischen Lebens ..."

Im Zusammenhang mit "Kurdismus" wird in der Anklage festgestellt, daß in dem Parteitagebeschuß folgender Ausdruck steht: "Der Parteitag beschließt und erklärt, daß im Osten der Türkei das kurdische Volk lebt." Daraus folgert man: "Hier werden Menschen, die nach unserem Grundgesetz Türken sind und dem türkischen Vaterland treu ergeben sind, als Material für den wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. den Marxismus-Leninismus und für die sozialistische Revolution, d.h. die kommunistische Rebellion mißbraucht." Es ist unverständlich, wie eine Anklageschrift ernsthaft behaupten kann, aus der Feststellung, daß Kurden im Osten der Türkei leben, folgern zu können, daß wir diese Leute als Material für kommunistische Rebellion mißbrauchen wollen. Es wird überhaupt nichts gesagt, was wir unternommen haben, um "die ethnischen Verschiedenheiten auszunutzen und Aufstände und Spaltungen in der Nation zu fördern." (wie es in der Anklageschrift behauptet wird. - Red.)...

"Die Existenz verschiedener (ethnischer.-Red.) Gruppen in der Nation ist kein Hindernis gegen ihre Einigung in ihrem Schicksal, in ihrer Freude und ihrer Trauer als Bürger desselben Staates, als eine einheitliche Nation ..."

Trotz dieser Terrormaßnahmen hat man die Sympathie der fortschrittlichen Kräfte gegenüber der Partei nicht zurückdrängen können. Ismail Cem, ein parteiloser fortschrittlicher Schriftsteller der liberalen Zeitung Milliyet, die zu den meist gelesenen Blättern der Türkei gehört, schrieb am nächsten Tag, als der Parteivorstand verhaftet wurde, folgenden Artikel:

"Die TIP ist die erste sozialistische Partei in der türkischen politischen Geschichte, die im täglichen Leben des Landes wesentlich mitgewirkt hat. Durch ihre parlamentarische Opposition und durch ihre außerparlamentarische Arbeit hat sie auf die Machthaber einen indirekten Zwang ausgeübt. Die Beschlüsse der Regierungen, die nicht die Interessen der Arbeiter und Bauern vertraten, wurden durch die Existenz einer neuen politischen Atmosphäre, die von der TIP mitgeformt wurde, gezwungen, die Arbeiter und Bauern mehr zu berücksichtigen als früher. Der Kampf der TIP für ihre Ziele, die neuen Anschauungen und Standpunkte, die durch diesen Kampf in die Massen getragen wurden, schufen neue Bedingungen, die die Machthaber in der Türkei nicht unbeachtet lassen konnten. Neben diesen allgemeinen Aufgaben leistete die Partei vorbildliche Arbeit in der Sache der Rechtsordnung. Sie hat die Aufhebung verschiedener arbeiter- und bauernfeindlicher Gesetze durch das Verfassungsgericht eingeleitet, und hat in dieser Richtung eine systematische und andauernde Arbeit geleistet. Trotz aller Terrormaßnahmen der Machthaber und aller ungerechten Beschuldigungen genießt heute die TIP die Anerkennung der Öffentlichkeit als eine Partei, die sich die Er kämpfung der Rechte der Werktätigen zum größten Ziel gesetzt hat und ihre ganze Tätigkeit in diesem Sinne weiterführt."

Metin Gür, der Vorsitzende der Föderation der türkischen Sozialisten in Europa erklärt:

"Man kann die Partei der Arbeiterklasse nicht verbieten. Man hat der TIP nur die Äste abgeschnitten; sie wird stärker als je zuvor wieder wachsen."

Der Widerstand der Bevölkerung gegen das faschistische Militärregime

1. Der Widerstand der Lehrer

Gegen die legalisierung der faschistischen Maßnahmen der Regierung treten besonders die Gewerkschaften der Lehrer TÖS und ILK-SEN auf.

Aus Cumhuriyet vom 19. 6. 71

" Die 137.000 Mitglieder zählende Gewerkschaft der Lehrer der Grundschulen ILK-SEN erklärte, daß es keine Rechtfertigung zur Änderung der Verfassung gäbe, und daß dies kein Fortschritt sondern ein Rückschritt bedeute."

Aus Cumhuriyet vom 17. 6. 71

" Die Lehrergewerkschaft TÖS sprach sich gegen die Änderung der Verfassung aus."

Nachdem die veränderte Verfassung den Beamten und Angestellten das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren abgesprochen hatte, gründeten die Lehrer einen Verein. Hierzu aus Cumhuriyet vom 13. 9. 71

"Die Gründung der Vereinigung der fortschrittlichen Lehrer der Türkei.

Es wurde eine neue Vereinigung unter dem Namen 'Vereinigung der fortschrittlichen Lehrer der Türkei' gegründet. In der durch den Vorstand gestern herausgegebenen Erklärung heißt es: 'Nach der neuen Situation, die durch die Änderung der Verfassung entstand, sind wir gezwungen, aus der gewerkschaftlichen Organisationsform zurückzukehren. Alle unseren Lehrergewerkschaften wie TÖS und ILK-SEN, werden geschlossen. In dieser neuen Situation und unter den neuen Bedingungen müssen wir vereinigt jedes Opfer bringen.'

2. Der Widerstand der Hochschullehrer

Gegen die Aufhebung der Autonomie der Universitäten treten die Angehörigen der Universität auf.

Aus Cumhuriyet vom 24. 6. 71

"Die Vollversammlung der juristischen Fakultät Ankara hat sich entschieden gegen die Verfassungsänderung bezüglich der Universität ausgesprochen. Weiter heißt es: Bei einer Universität ohne Verwaltungsautonomie oder gar wirtschaftliche Autonomie von wissenschaftlicher Autonomie zu sprechen, würde heißen, sich der Willkür des Regimes zu unterwerfen."

Aus Cumhuriyet vom 7. 7. 71

"Eine Demonstration der Professoren in Ankara wurde durch den Kommandanten des Ausnahmezustandes verhindert. Der Kommandant des Ausnahmezustandes, General S. Sancar erklärte gestern: Wir haben erfahren, daß manche Professoren gegen die Verhaftung ihrer Kollegen demonstrieren wollten, und dies unterbunden. Wir haben außerdem die Professoren, die gegen die Kommandanten Flugblätter verteilten, gehindert und sie verhaftet."

Aus Cumhuriyet vom 22. 7. 71

" Die Universität Hacattepe hat sich gegen die Aufhebung der Autonomie der Universität ausgesprochen".

Aus Cumhuriyet vom 11. 10. 71

"Die Universität Istanbul gab gestern bekannt, daß der Kommission zum Entwurf des Universitätsgesetzes verfassungswidrig sei."

Der Widerstand der Journalisten

aus Cumhuriyet vom 6. Juli

"Der Schriftstellerverband der Türkei erklärte, daß durch die Verfassungsänderung die Pressefreiheit angetastet werde. Aus der durch die Vollversammlung herausgegebenen Erklärung geht hervor, daß durch die Verfassungsänderung die öffentliche Meinung stark eingeschränkt werde."

aus Tercüman vom 2. August

"Aus der Erklärung, die vom Schriftstellerverband infolge der massenhaften Entlassungen der Kollomnisten abgegeben wurde, geht hervor: "Wir befinden uns in einer bis jetzt nicht dagewesenen Krisensituation. Die Verbote vieler Zeitungen, die über 50 Entlassungen der Schriftsteller innerhalb einer Woche, fügen unserem kulturellen Leben unerhörten Schaden zu."

Hier einige Namen von den Entlassenen:

Nadir Nadi aus Cumhuriyet, (ehemaliger Senator)

Ilhan Selcuk aus Cumhuriyet

Oktay Akbal aus Cumhuriyet

Mehmet Barlas Cumhuriyet

Cetin Altan aus Aksam (ehemalige Abgeordnete der Arbeiterpartei)

Ali Sirmen aus Aksam

Ilhami Soysal aus Aksam

Der Widerstand der Beamten und Angestellten

Aus Cumhuriyet vom 21. Juni 71

"Die Beamten und Angestelltengewerkschaft der Türkei (Türk-Persen), die 800.000 Mitglieder zählt, hat gegen die Aufhebung des Rechtes, sich in Gewerkschaften zu organisieren, protestiert."



Sunay nimmt Anweisungen entgegen von Herrn Agnew, dem U S- Vizepräsidenten



■ BAŞBAKAN
Yardımcısı
Sadı Koças
tarafından
acile
kaydıye
bilgi
istenmesi
üzerine
Akşam
gazetesi
karikatüristi
Turhan
Selçuk
Toplum
Follisi
tarafından
tartaklanması
olayı
ile ilgili
olarak
aldığı
raporlarını
Ankara'ya
göndermiştir.



Eigendarstellung des Karikaturisten Turhan Selçuk
nach seiner Folterung bei der Untersuchungshaft

Başbakan, karikatürist Turhan Selçuk'un toplum polisi tarafından tartaklanması olayını İçişleri Bakanlığına inceletiyor. — Basın —
YEDİ KAT EL...



Rechtssprechung unter Maschinengewehren:
Schriftsteller Cetin Altan

5. Der Kampf der Arbeiter und Werktätigen

Die Arbeiterklasse führt ihren Kampf gegen die Preiserhöhungen und für bessere Lebensbedingungen und politische Forderungen weiter unter den starken Repressalien des Militärregimes. Die Mehrzahl der angekündigten Streiks wurden vom Kommandanten in den ausnahmezustandsverhängten Gebieten verboten. Die Führer der Gewerkschaften wurden verhaftet. Trotzdem wächst die Zahl der Streiks von Tag zu Tag. Die verbotenen Streiks wurden in anderer Art und Weise weitergeführt.

Aus Cumhuriyet vom 26. 7. 71

"Aus Protest lassen 3.000 Arbeiter ihren Bart wachsen. 36.000 Arbeiter der staatlichen Eisenbahnen haben Streiks angekündigt."

Aus Cumhuriyet vom 27. 7. 71

"In vier Lagern der staatlichen Eisenbahnen sind die Arbeiter in Streik getreten. Die Anzahl der in Streik getretenen Arbeiter beträgt 1.800."

Aus Cumhuriyet vom 9. Juli 71

"Obwohl die Regierung den Eisenbahnerstreik verboten und in Streik getretene Arbeiter mit Aussperrung bedroht hatte, hat ein Lokführer, dessen Name nicht bekannt gegeben wurde, aus Protest den Zug nach 8 Stunden Arbeitstag seinen Zug auf freier Strecke stehenlassen und keine Überstunde geleistet. Der Streikende wurde von den Militärbehörden verhaftet."

Ortam, 12.-19. Juli

"Die Gewerkschaft der Zementarbeiter hat in 13 Zementfabriken einen Streik angekündigt."

Ortam, 19.-26. Juli

"YSE Arbeiter haben beschlossen, in 6 Provinzen in Streik zu treten."

Cumhuriyet, 16. Juli 71

"2.000 Metzger haben sich geweigert, Fleisch zu den von den Behörden festgesetzten Preisen zu verkaufen, da die Großhändler das Fleisch zu überhöhten Preisen liefern, somit der angesetzte Preis dem Kleinhändler keinen Verdienst bringt."

Der Widerstand des Volkes

Der Widerstand des Volkes gegen den Terror der Polizei- und Kommandoeinheiten der faschistischen Regierung wird mit zunehmenden Maße verstärkt. Die Armee und die Polizei sind trotz verstärktem Einsatz nicht immer Herr der Lage.

Cumhuriyet vom 19. 10. 71

"In Urfa starb Ibrahim Bagci, nachdem er ins Krankenhaus gebracht wurde. Später hat man erfahren, daß Bagci im Polizeirevier gefoltert und danach ins Krankenhaus gebracht wurde. Daraufhin versammelten sich spontan tausende Bürger vor dem Stadtverwaltungsgebäude. Sie sangen erst die Nationalhymne, warfen dann Steine auf das Gebäude, wodurch alle Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Polizei konnte die empörte Masse nicht vertreiben, es kam zu schweren Kämpfen mit der Polizei. Gendarmerieeinheiten, die von Schußwaffen Gebrauch machten wurden eingesetzt."

Als Teil dieses demokratischen Widerstandes in der Türkei haben türkische Arbeiter, Studenten, Lehrer, Assistenten, Sozialisten und Demokraten in Westberlin die "Union für eine demokratische und freie Türkei" gegründet, um ihre antifaschistische Kampagne gemeinsam zu führen und die Weltöffentlichkeit über die politische Entwicklung in der Türkei zu informieren. Auch in anderen europäischen bildeten sich Gruppen gegen die faschistischen Umtriebe in der Türkei. Die ATTF hat alle diese demokratischen Kräfte eingeladen, um gemeinsam ein Programm zu erörtern, in dem die Forderungen aller für die demokratischen Rechte kämpfenden Demokraten vereint werden sollen. Es soll verschärft dafür eingetreten werden, die zum Tode verurteilten Gefangenen zu retten und die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren, gegen die Maßnahmen der Militärdiktatur zu protestieren.

Als Beispiel für Proteste zitieren wir zwei Telegramme der Internationalen Liga für Menschenrechte/Sektion Berlin, die sich an die Bundesregierung und an den türkischen Staatspräsidenten Sunay richten:

'An den Präsidenten der Türkei-Exz. Cevdet Sunay/Cankaya/Ankara.
Wir sind betroffen über die Verhängung von 18 Todesurteilen über junge Bürger Ihres Landes wegen oppositioneller Aktivität. Wir bitten Sie, alles in Ihrer Macht stehende zur Verhinderung der Vollstreckung der Todesurteile, die mit der internationalen Rechtsordnung unvereinbar sind, zu unternehmen. I.L.f.M./Berlin.'

'An die Bundesregierung Bonn/Rh. - Bundeshaus
Die Militärgerichte des gegenwärtigen Regimes in der Türkei haben in einer Weise, die der internationalen demokratischen Rechtsauffassung widerspricht, 18 junge Bürger des Landes wegen ihrer oppositionellen Aktivität zum Tode verurteilt. Wir bitten Sie, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten den türkischen Staatspräsidenten Sunay wissen zu lassen, wie wünschenswert es für das Ansehen seines Landes wäre, wenn er zumindestens von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machte. I.L.f.M./Berlin

Auch Amnesty International hat in einem Flugblatt in Berlin schärfstens gegen die Todesurteile von Ankara protestiert und fordert ein Berufungsverfahren für die 18 zum Tode verurteilten vor einem ordentlichen Gericht und die Wiederherstellung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Die ATTF und die Union für eine demokratische und freie Türkei und alle demokratischen Organisationen rufen alle Demokraten auf, durch wirksame Protestaktionen die Vollstreckung der Todesurteile der Militärdiktatur zu verhindern!



Union für eine demokratische und freie Türkei bei der Protestdemonstration am 9.7.1971 gegen das faschistische Militärregime



Kuleli'nın 125. kuruluş yıldönümü

oben: Feierlichkeit wegen des 125. Jahrestag der Militärschule Kuleli
links: Feierlichkeit wegen des 608. Jahrestag der Streitkräfte
unten: Feierlichkeit wegen des 132. Jahrestag der Jandarmerie



Jandarmerie Teşkilâtının kuruluş yıldönümü münasebetiyle Taksim'de düzenlenen tören.

JANDARMANIN 132. YILI KUTLANDI

Um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von lebenswichtigen ökonomischen Problemen abzulenken, werden die nationalen Gefühle zum Chauvinismus getrieben. Dazu ist den Militärs jeder Anlass willkommen.

Das 18. zum Tode Verurteilten während der Verhandlung



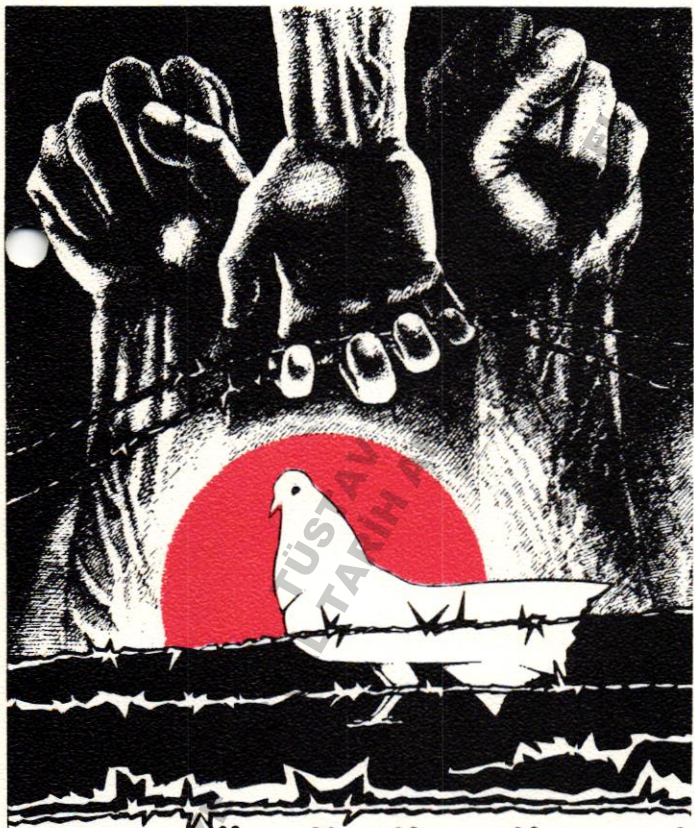
Frau Prof. Behice Boran, Vorsitzende der Arbeiterpartei, wird unter den Bajonetten zum Militärgericht geführt.



Streik trotz des Militärregimes



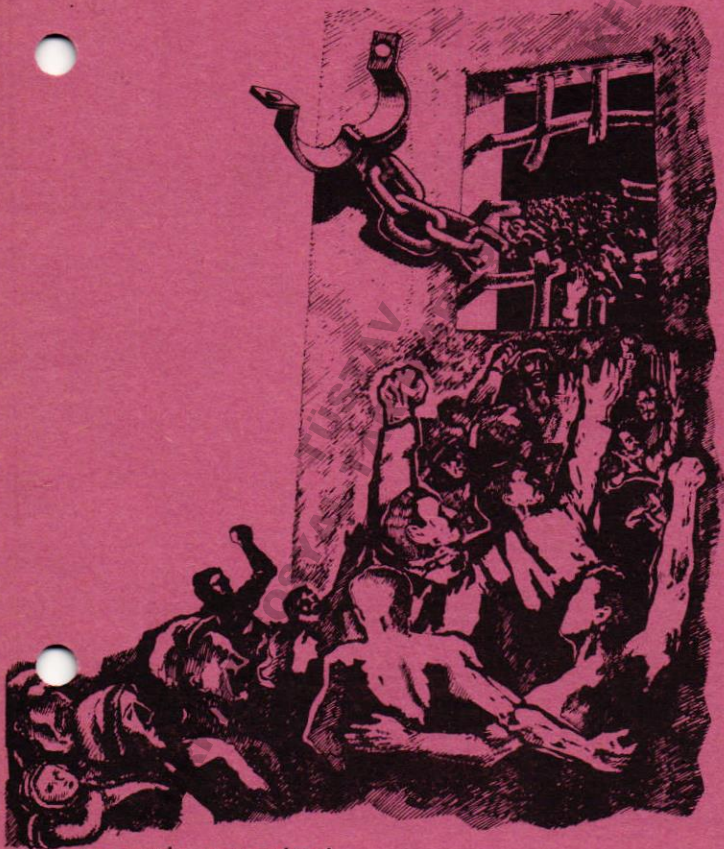
Die 18 zum Tode Verurteilten während der Verhandlung



BARİŞ VE ÖZGÜRLÜK GÜNLERİ ELLERİMİZDEDİR

_ ABÖK _ Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi

TÜRKİYE'DE TÜM POLİTİK TUTUKLULARA ÖZGÜRLÜK



BATI BERLİN AF KOMİTESİ

T.Akademikerler derneği, Türkiye öğrenci birliği, Türk toplumcular ocağı,
Türkiyeli öğretmenler derneği, Türkiyelidemokratik işçi derneği

S a y ı n

Demokratik hukuk kurallarına ve insan haklarına ters düşen, dışı bir anlayışla özgürlükleri ellerinden alınan, tüm politik tutukluların serbest bırakılmasını, siyasi ve kamu haklarının geri verilmesini,

Devlet güvenlik mahkemeleri ve özel sıkı yönetim mahkemelerinin derhal kaldırılması, 12 Mart-çılardan hesap sorulmasını,

Yurt dışındaki yurtseverlere uygulanan kovuşturmaların kaldırılması ve kamu haklarının geri verilmesini, TALEP EDERİM!..

Sehr geehrter.....

Ich fordere,
die Freilassung aller politischen Gefangenen,
die entgegen jeder demokratischen Rechtsauf-
fassung und unter der Mißachtung der Menschen-
rechte eingekerkert sind, und die Rückgabe Ih-
rer entzogenen Bürgerrechte;

die Verurteilung aller Verantwortlichen des
Militär Regimes seit dem 12. März, 1971;

die Aufhebung aller Staatssicherheitsgerichte
und Sondermilitärgerichte;

Schluß mit der Verfolgung der im Ausland für
eine demokratische Türkei kämpfenden Patrioten,
und Rückgabe Ihrer Bürgerrechte.

Name :

Adresse :

S a y ı n ,

Sehr geehrter

.....

.....

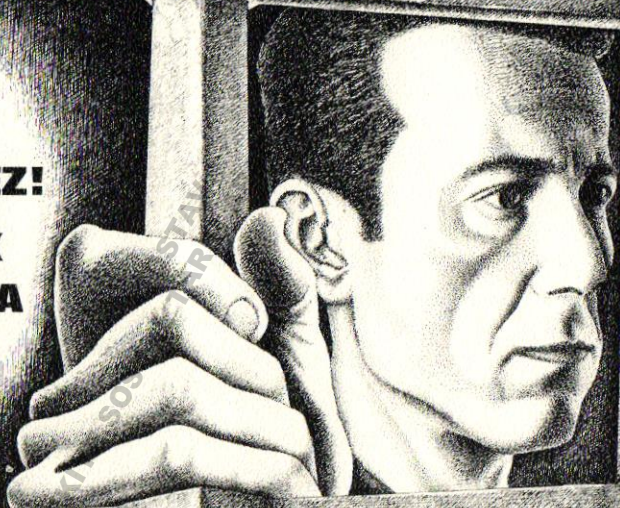
.....

T Ü R K E İ

**Y.KÜPELİ
ÖLÜME
TERKEDİLEMEZ!**

**TÜM POLİTİK
TUTUKLULARA
ÖZGÜRLÜK**

- ABOK - Avrupa Baro, Hukukluk Kurumu
Raßdorfer Str. 33a
6 Frankfurt



**LASST Y.KÜPELİ NICHT STERBEN!
DON'T LET Y.KÜPELİ DIE !**

**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHE GEFANGENE IN DER TÜRKEI!
FREEDOM FOR ALL THE POLITICAL PRISONERS IN TURKEY!**

Ağır ciğer ve kalp hastası Y.Küpe-
li tedavi ettirilmemekte,hapiste ölü-
me terkedilmektedir.İnsanlık dışı bu
tutuma son verilmeli,Y.Küpeli serbest
bırakılarak tedavisinin sağlanması ve
tüm politik tutukluların serbest bı-
rakılması için yetkinizi kullanmanızı
saygılarımızla rica ederiz.

Der schwere Lungen und Herzkrankte
politische Gefangene Y.Küpeli wird
nicht arztlich betreut,zum Tode über-
lassen.

Wir bitten Sie,mit Ihrer Autorität
dafür zu sorgen,dass mit solchen un-
menschlichen Handlungen Schluss ge-
macht wird,und Y.Küpeli sowie alle po-
litische Gefangenen freigelassen wer-
den.

Y.Küpeli, who is consumptive and
has heart trouble,isn't cured; he is
put to death in prison.

We beg you use your authority to
stop this inhuman act and to ensure
all the political prisoners and Y.Kü-
peli's freedom and his medical treat-
ment.

Sayın
Fahri Korutürk
Cumhurbaşkanı
Çankaya-ANKARA
TÜRKİYE

FAŞİZME KARŞI DEMOKRASİ YÜRÜYÜŞÜ

İŞÇİLER, GENÇLER, ANALAR, BACILAR, KARDEŞLER !..

MC İktidarı iki yılda memleketimizi kana buladı. İşçi, öğretmen, genç 250'den fazla insanı -mız öldürüldü. Hiçbirinin suçlusu bulunmuyor. Niksar, Şirvan, Erzincan'da Ecevit'e yapılan saldırılar ve tertipler, 1 Mayıs Katliamı ile doruğuna ulaştı. MC Partileri seçimlerin kendi sonları olacağını biliyorlar. Parababaları, uluslararası gericiilik, seçimleri engellemeye, faşist bir darbeyi gerçekleştirmeye çalışıyor. Kan ve terörle halkımızı korkutarak, sandık başına gitmesini önlemeyi tek kurtuluş yolu sayıyor, demokrasiye ihanet ediyorlar...

MC PARTİLERİNE OY YOK !

Vatani zorbalara terketmeyeceğiz !

Ecevit'e saldırılar, 1 Mayıs Katliamı demokrasi mücadelesini durduramaz !

Saldırıların amacı seçimlerde demokratik güçlerin başarısına engel olmaktır !

Kadın, Erkek, Genç, Yaşlı Emekçi Arkadaş !

Analar, Babalar, Bacılar, Kardeşler !

SEÇİMLERDE CHP'ne OY VERELİM !

DISK'le DAYANIŞMA, CHP'ni DESTEKLEMELİK İÇİN

BÜYÜK İŞÇİ YÜRÜYÜŞÜNE KATILALIM !

Başlangıç Yeri: **Düsseldorf Hauptbahnhof önü**

Zamanı.....: **14 Mayıs Cumartesi**
Saat 12.00'de

Miting.....: **Schauspielhaus önü Saat 13.30**

FİDEF

FEDERAL ALMANYA İŞÇİ DERNEKLERİ FEDERASYONU

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Postfach 32 03 04 · 4000 Düsseldorf 30 · BRD tel. 0201 / 62 22 90

SOLIDARITÄT MIT DEM TÜRKISCHEN VOLK !

SOLIDARITÄT MIT DEM PROGRESSIVEN GEWERKSCHAFTSBUND DER TÜRKEI - DISK - !

NEIN ZU DEN FASCHISTISCHEN "STAATSSICHERHEITSGERICHTEN" (DGM) !

Liebe Freunde !

Seit 18 Monaten regiert in der Türkei eine Koalition der "Nationalistischen Front", bestehend aus vier rechtsextremen Parteien: unter ihnen die neofaschistische "Partei der nationalistischen Bewegung", MHP, die in letzter Zeit auch die türkischen Demokraten in der BRD terrorisiert.

Seit der Machtübernahme dieser Parteien nahm die Verfolgung von Demokraten und die Einschüchterung der Bevölkerung ungeahnte Ausmaße an: die SS- und SA-ähnlichen Schlägertrupps der "Partei der nationalistischen Bewegung", die sich "Kommandos" oder "Graue Wölfe" nennen, verüben Mordanschläge auf Arbeiter, Gewerkschaftler, Bauern, fortschrittliche Studenten und Lehrer. Die Zahl der in diesem Raum auf offener Straße ermordeten Demokraten übersteigt bereits ein hundert. Hunderte wurden verhaftet, vor den Sondergerichten zu hohen Strafen verurteilt und in die Gefängnisse gesteckt.

Die Regierung der "Nationalistischen Front" unter dem mit unzähligen Korruptionsaffären belasteten Premier Demirel erhofft sich von diesen Gewaltmaßnahmen, die Bevölkerung von ihrem Kampf gegen die ständige Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Lage abzuhalten: die Türkei ist eines der ärmsten Länder der Welt. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt 10 Mark; ein Bauer verdient im ganzen Jahr durchschn. 150 Mark. Ca. 20 % der erwerbsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos; 50 % sind Analphabeten. Die Inflation hat eine Jahresrate von 30 % erreicht. Dieses "Entwicklungsland" ist NATO- und assoziiertes EWG-Mitglied. In dem ständig defizitären Außenhandel der Türkei nimmt die BRD den ersten Platz ein. Rüstungsausgaben fressen ein Drittel des Nationalbudgets, während die BRD und die USA die Hauptwaffenlieferanten sind. Über eine Million Türken müssen im Ausland einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Auch unter den in der BRD lebenden Türken greift die Angst und Unsicherheit um sich: auch hier terrorisieren die "grauen Wölfe" der MHP die hier lebenden Arbeiter und ihre Angehörigen. Hinzu kommt, daß auch die im Ausland lebenden Türken der türkischen Sondergerichtbarkeit unterliegen und wegen "staatsschädigenden Tätigkeiten" in Abwesenheit verurteilt werden können.

Diese Sondergerichte (DGM) wurden in der Zeit des Militärputsches im Jahre 1971 gegründet. Seit ihrem Bestehen verhafteten und verurteilten sie Tausende von Arbeitern, Gewerkschaftlern, Künstlern, Wissenschaftlern, Journalisten u.a. Die Richter dieser Gerichte werden von der Regierung ernannt. Sie haben den Charakter der Militärtribunale, die jede Person ohne irgendwelche Beweismaterial einsperren dürfen. Das Gesetz zur Gründung dieser Gerichte wurde 1975 vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Gleichzeitig beschloß das Verfassungsgericht die Auflösung dieser

Tausende Arbeiter verhört

ANKARA, 25. September (dpa). Gegen rund 19 000 türkische Arbeiter und Gewerkschaftler haben die Behörden nach einem Bericht der türkischen Zeitung „Hurriyet“ Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren eingeleitet. Die Maßnahmen folgten nach vier Tage andauernden Protesten türkischer Arbeiter und Gewerkschaftler gegen türkische politische Sondergerichte, deren Existenz auch im Parlament zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hat.

In der türkischen Hauptstadt Ankara sollen gerichtliche Maßnahmen gegen 9500 Arbeiter laufen, heißt es in dem Bericht. Der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer hatte bereits vergangene Woche gegen die Verhaftung „Tausender von Arbeitern und Gewerkschaftlern“ in der Türkei protestiert. Es sei zu befürchten, daß die jüngsten Maßnahmen der konservativen Demirel-Regierung zu einer weitgehenden Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Türkei führen werden, meinte Loderer.

Samstag, 25. September 1976

b.w.

Sondergerichte bis zum 11. Oktober 1976. Nun will die Regierung der "Nationalistischen Front" mit allen Mitteln die Verabschiedung eines Gesetzes durch das Parlament betreiben, das das Weiterbestehen dieser Gerichte ermöglichen soll.

Alle demokratischen Organisationen in der Türkei leisten gemeinsam den entschiedensten Widerstand gegen dieses Gesetz, das nicht nur einen klaren Verstoß gegen die Verfassung darstellt, sondern auch die grundlegendsten Menschenrechte mit Füßen tritt.

Der progressive Gewerkschaftsbund der Türkei, DISK, rief zur Widerstandsaktion gegen die Staatssicherheitsgerichte auf, dem alle demokratischen Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Berufsverbände sich angeschlossen haben. In vielen Industriegebieten und in größeren Orten werden bereits Arbeitsniederlegungen in erheblichem Umfange praktiziert, an denen über 500.000 Arbeiter teilnahmen.

Gegen 19.000 Arbeiter wurden bereits in diesem Zusammenhang Ermittlungsverfahren eingeleitet. Tausende von Arbeitern wurden fristlos entlassen. Das TÜRKISCHE EUROPAKOMITEE FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT ruft die demokratische Öffentlichkeit und alle demokratischen Kräfte und Organisationen auf, das türkische Volk in seinem Kampf für Demokratie, Freiheit und sozialen Fortschritt zu unterstützen!

UNTERSTÜTZT DIE AKTIONEN DES DISK GEGEN DIE STAATSSICHERHEITSGERICHTE FÜR DIE DEMOKRATIE UND FREIHEIT!

BETEILIGT EUCH AN DER PROTEST-DEMONSTRATION DER IN DER BUNDESREPUBLIK LEBENDEN TÜRKEN GEGEN DIESE SONDERGERICHTE!

Protest-Demonstration

am Samstag, 9. Oktober 1976, um 12.30 Uhr, in Köln, Ebertplatz

Protest gegen Massenverhaftungen in der Türkei

F.A.Z. FRANKFURT, 24. September. Gegen die Verhaftungen Tausender von Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären in der Türkei hat der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) protestiert. Der Präsident des IMB und Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Loderer, sagte, es sei zu befürchten, daß die jüngsten Maßnahmen der Demirel-Regierung zu einer erheblichen Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Türkei führen würden. Loderer appellierte an die Bundesregierung und an die anderen westlichen Regierungen, sich bei der Regierung des assoziierten EG-Mitglieds und Nato-Partners Türkei für demokratische Verhältnisse in diesem Lande mit Nachdruck einzusetzen.

Von „Massenverhaftungen in der Türkei“ hat in Frankfurt ein in der SPD organisierter „Arbeitskreis Ausländischer Arbeiter“ berichtet. Außer den Vorstandsmitgliedern des „Progressiven Gewerkschaftsbundes (DISK)“, sagte der Vorsitzende des Arbeitskreises, Yilmaz Karahasan, unter Berufung auf türkische Rundfunknachrichten, seien in verschiedenen Städten des Landes insgesamt rund fünftausend Arbeiter und 150 Gewerkschaftler festgenommen worden. Über 350 000 Arbeitnehmer, so Karahasan, hätten in allen Industriezentren der Türkei aus Protest gegen eine seitens der Regierung geplante Wiedereinführung von „Staatssicherheitsgerichten“ spontan die Arbeit niedergelegt. Die „Staatssicherheitsgerichte“ bezeichnete der Arbeitskreis als „verfassungswidrig“.

Spendenkonto des TBÖK: "Sonderkonto DISK" 1610751000, BfG, Wilhelm-Leuschner-Str., 6 Ffm.

T.B.Ö.K.

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi
Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

Anschrift:
Augustastr. 14
465 Gelsenkirchen

Türkisches Europakomitee für
Frieden und Freiheit (TBÖK)
Roßdorfer Straße 33 a

Frankfurt, im September 1976

6000 Frankfurt

GENERALSTREIK IN DER TÜRKEI

SOLIDARITÄT MIT DEM TÜRKISCHEN VOLK !

SOLIDARITÄT MIT DEM PROGRESSIVEN GEWERKSCHAFTSBUND DER TÜRKEI - DISK !

"NEIN" ZU DEN FASCHISTISCHEN STAATSSICHERHEITSGERICHTEN !

Liebe Freunde,

seit einem Jahr regiert in der Türkei eine Koalition von vier rechts-extremen Parteien unter dem Namen "Nationalistische Front" mit Demirel an der Spitze.

Eine dieser vier Parteien ist die faschistische "Nationalistische Bewegungspartei".

Seit der Machtübernahme dieser Parteien nahm die Verfolgung von Demokraten und die gesteuerte Terrorwelle gegen die Bevölkerung gewaltige Ausmaße an.

Die faschistischen SS- und SA-ähnlichen Schlägertrupps der Nationalistischen Bewegungspartei, die sich "Graue Wölfe" und "Commandos" nennen, verüben Mordanschläge auf Arbeiter, Gewerkschafter, Bauern, fortschrittliche Studenten, Schüler und Lehrer.

Demokraten werden verhaftet, von Sondergerichten verurteilt und in Gefängnisse gesteckt.

Bei der Verfolgung und Aburteilung von Demokraten bedienen sich die Herrschenden der sogenannten "Staatssicherheitsgerichte" (DGM). Diese Sondergerichte wurden in der Zeit des Militärputsches im Jahre 1971 gegründet. Seit ihrem Bestehen verhafteten und verurteilten sie Hunderte von Arbeitern, Gewerkschaftern, Künstlern, Wissenschaftlern, Journalisten u.a.

Die Richter dieser Gerichte werden von der Regierung ernannt. Deshalb

haben diese Gerichte den Charakter von Militärtribunalen, die jede Person ohne irgendwelches Beweismaterial einsperren dürfen.

Das "Gesetz zur Gründung von Staatssicherheitsgerichten" wurde 1975 vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Gleichzeitig beschloß das Verfassungsgericht die Auflösung der Staatssicherheitsgerichte (DGM) bis zum 11. Oktober 1976.

Nun will die Regierung Demirel mit allen möglichen Mitteln die Verabschiedung eines Gesetzes durch das Parlament betreiben, das das Weiterbestehen der faschistischen Staatssicherheitsgerichte ermöglichen soll.

Alle Demokraten und demokratischen Organisationen leisten gemeinsam den entschiedensten Widerstand gegen dieses Gesetz, das nicht nur einen klaren Verstoß gegen die Verfassung darstellt, sondern auch die grundlegendsten Menschenrechte mit Füßen tritt.

Der progressive Gewerkschaftsbund der Türkei, DISK, rief zum Generalstreik gegen die Staatssicherheitsgerichte auf, dem alle demokratischen Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Berufsverbände sich angeschlossen haben.

In vielen Industriegebieten und in größeren Orten werden bereits Arbeitsniederlegungen in erheblichem Umfange praktiziert.

Die Industrieproduktion, städtische Verkehrsmittel und die Müllabfuhr brachen an verschiedenen Orten zusammen.

Das Türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit ruft die demokratische Öffentlichkeit und alle demokratischen Kräfte und Organisationen auf, das türkische Volk in seinem Kampf für Demokratie, Freiheit und sozialen Fortschritt zu unterstützen.

UNTERSTÜTZT DIE AKTIONEN DES DISK GEGEN DIE STAATSSICHERHEITSGERICHTE FÜR DEMOKRATIE UND FREIHEIT!

SPENDET AUF DAS KONTO *"Spendenkonto DISK 16 10 75 10 00
Bei. B.G. - Wilhelm-Leuschner-Str. 6. Ffm."*
"AKTION ZUR VERTEIDIGUNG DEMOKRATISCHER RECHTE IN DER TÜRKEI".

TÜRKISCHES EUROPA KOMITEE FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

Seit 18 Monaten regiert in der Türkei eine Koalition der "Nationalistischen Front", bestehend aus vier rechtsextremen Parteien: unter ihnen die neofaschistische "Partei der national-istischen Bewegung", MHP, die in letzter Zeit auch die türkischen Demokraten in der BRD terrorisiert.

Seit der Machtübernahme dieser Parteien nahm die Verfolgung von Demokraten und die Einschüchterung der Bevölkerung ungeahnte Ausmasse an: die SS- und SA- ähnlichen Schlägertrupps der Partei der nationalistischen Bewegung, die sich "Kommandos" oder "Graue Wölfe" nennen, verüben Mordanschläge auf Arbeiter, Gewerkschaftler, Bauern, fortschrittliche Studenten und Lehrer. Die Zahl der in diesem Zeitraum auf offener Strasse ermordeten Demokraten übersteigt bereits ein hundert. Hunderte wurden verhaftet, vor Sondergerichten zu hohen Strafen verurteilt und in die Gefängnisse gesteckt.

Diese Sondergerichte (kurz: DGM) wurden in der Zeit des Militärputsches im Jahre 1971 gegründet. Seit ihrem Bestehen verhafteten und verurteilten sie Tausende von Arbeitern, Gewerkschaftlern, Künstlern, Wissenschaftlern, Journalisten u.a. Die Richter dieser Gerichte werden von der Regierung ernannt. Sie haben den Charakter der Militärtribunale, die jede Person ohne irgendwelche Beweise einsperren dürfen. Das Gesetz zur Gründung dieser Gerichte wurde 1975 vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Gleichzeitig beschloss das Verfassungsgericht die Auflösung dieser Sondergerichte bis zum 11.10.1976. Nun will die Regierung der "Nationalistischen Front" mit allen Mitteln die Verabschiedung eines neuen Gesetzes durch das Parlament betreiben, das das Weiterbestehen dieser Gerichte ermöglichen soll.

Alle demokratischen Organisationen in der Türkei leisten gemeinsam den entschiedensten Widerstand gegen dieses Gesetz, das nicht nur einen klaren Verstoss gegen die Verfassung darstellt, sondern auch die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Der progressive Gewerkschaftsbund der Türkei, DİSK, rief zum Widerstand gegen die Staatssicherheitsgerichte (DGM) auf, dem alle demokratischen Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und Berufsverbände sich angeschlossen haben. In vielen Industriegebieten und grösseren Orten wurde die Arbeit niedergelegt. Insgesamt beteiligten sich mehr als 500 000 Arbeiter an den Streiks. Gegen 19 000 Arbeiter wurden bereits in diesem Zusammenhang Ermittlungsverfahren eingeleitet. Tausende von Arbeitern wurden fristlos entlassen.

Der IG-Metall Vorsitzende Loderer hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes gegen die Verhaftung Tausender von Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären protestiert. Er sagte, dass die jüngsten Massnahmen der Demirel Regierung zu einer erheblichen Einschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Türkei führen würden. Er appellierte an die Bundesregierung und an die anderen westlichen Regierungen, sich bei der Regierung des assoziierten EG-Mitglieds und NATO-Mitglieds Türkei für demokratische Verhältnisse mit Nachdruck einzusetzen (FAZ).

Das Türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit ruft die demokratische Öffentlichkeit und alle demokratischen Kräfte und Organisationen auf, das türkische Volk in seinem Kampf für Demokratie, Freiheit und sozialen Fortschritt zu unterstützen.

SPENDENKONTO: "Sonderkonto DİSK" 1610751000 BfG, Frankfurt/M.

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

T.B.Ö.K.

KOORDİNASYON KURULU

Roßdorfer Strasse 33/a
6 Frankfurt / Main

Genelge No: 76/12

Genelge Ta: 6.9.1976

Dağıtım : Örgütlere ve bilgi için DİSK

Konu : DGM hk.

Değerli Dostlar,

Devlet Güvenlik Mahkemeleri (DGM) yasa tasarısının görüşülmesi için Meclis'in olağanüstü toplantıya çağırılması nedeniyle bu konu daha da güncellik kazandı.

Egemen güçler ve MC Hükümeti, gelişmekte olan barış, özgürlük, demokrasi, sosyal ilerleme mücadelesini yavaşlatabilmek için böylesi anti-demokratik yöntemlere başvuruyorlar.

TBÖK, yabancı kamuoyunu oluşturabilmek için "Türkei Heute" broşürünü ve almanca bültenini DGM konusuna ayırdı. Bunlardan sizlere gönderiyoruz. Derhal demokratik kuruluşlarla, basınla ilişki kurar, DİSK'le dayanışmalarını sağlarsanız seviniriz.

Ayrıca; Cumhurbaşkanına, Meclis Başkanı Kemal Güven'e, CHP Genel Başkanı Ecevit'e, bu yasa tasarısının engellenmesini isteyen, Başbakan'a MC hükümetini protesto eden, DİSK'e dayanışmamızı bildiren mektuplar, telgraflar postalatın ve postalayın.

Almanya dışındaki örgütlerimiz, aynı zamanda basın bildirileri çıkarmalı, İngilizce Fransızca bültenlerde DGM anlatılmalı ve bu bulundukları ülkelerde DGM'ye karşı dayanışmayı sağlamalıdır.

Genelgeyi alır almaz harekete geçeceğinize inanıyor, çalışmalarınızda başarılar diliyor, en içten selamlarımızı yolluyoruz.

KOORDİNASYON KURULU

KÖLN'DE Yürüyüşe Çağrı

15 Mayıs 1976'da, SAAT: 12.30
EBERTPLATZ'DA

Demirel Hükümeti, halkın, ulusun hiç bir sorununa çözüm getirmemiştir. Bu hükümet, pahallılık, işsizlik, zam üstüne zam bindiren ve yasal olmayan bir hükümettir. Yeğenlerine, kardeşlerine, komandolarına, parababalarına, halkın temiz dini inançlarını sömüren din tüccarlarına, devlet hazinesini yağma ettirenler bugün devleti yönetiyorlar.

Egemen çevrelerin, Amerikan ve diğer yabancı sömürücü güçlerle işbirliği, kader birliğini sürdüren Demirel Hükümeti, işbaşında kaldıkça, halkımızın, ulusun hiçbir sorunu çözülmemeyecektir. Tersine daha da kötüleşecektir. Güzelim Türkiyemizde hayat ateşten gömlek olmuştur. Yurtsever kırım, genç kıyımı, yurdun bağımsızlık ve egemenlik haklarını isteyenlere karşı baskı ve terör, kıran kırana gidiyor. Faşist karması Demirel hükümeti, işçiye, köylüye, gençliğe, halka, ulusa karşı harp açmıştır. Halkımıza karşı ihanet cephesini açanlar çeyrek yüzyıldır, emperyalizme, harp kışkırtıcılarına, yabancı kumpanyalara, onların gizli açık örgütlerine, üs ve tesislerine ihanet döşediğini serili tutmaktadırlar. Gençecik yavrularımızın esas katilleri bunlardır. Bunların politikaları, bir yılı aşkın icraatları, 50 yi aşan insanın öldürülmesi pahasına sürüyor. Yurt topraklarını yabancı kuvvetlere parselleyenler, el kapılarında çalışanlara döviz makinası gözüyle bakanlar yine bunlardır. Yurt dışındaki faşist MHP şubeleri, Avrupanın muhtelif kentlerinde, özellikle Ruhr bölgesindeki faaliyetleri yoğunlaştı, kanlı, bıçaklı biçimler aldı. Essen konsolosluğu faşistlerle elele bu eylemleri yürütüyor.

Kuzey Ren Vestfalya Eyaletinde çalışan ve oturan tüm yurttaşlarımızı Sesleniyoruz !

Demirel, Türkeş, Erbakan ve Fevzioglu'nun dini imanı yoktur. Elleri kanlı, vicdanı kara bu hükümetin yakasını bırakmayalım. Bu hükümete hep birlikte hayır diyelim. Bu hükümete karşı savaş, ulusun ezici çoğunluğunu sarmış, İstanbul'da, muhtelif kentlerimizde yarım milyonluk yürüyüş ve mitinglere ulaşmıştır.

İşçi, öğrenci, çırak, çalışan, çalışmayan, işsiz, örgütlü örgütsüz, partili, partisiz, dili dini, mezhebi, ırkı inancı ne olursa olsun, Türkiyenin bağımsızlığını, egemenlik haklarını savunan, barıştan yana her demokratik, anti faşist kişi ve kuruluşun, Demirel Hükümetine Hayır kampanyasına katılması zorunluluktur. Bu nedenle, Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi'nin, 8-27 Mayıs tarihleri arasında sürdüreceği "D EMİREL HÜKÜMETİNE HAYIR" kampanyasına, Ruhr Bölgesi Barış ve Özgürlük Komitesi, 15 MAYIS 1976 GÜNÜ SAAT 12.30 DA KÖLN DE EBERTPLATZ'dan başlamak üzere yapılacak olan DEMİREL HÜKÜMETİNE HAYIR YÜRÜYÜŞÜNE KATILMAKTAIR. Bu yürüyüşe, Demirel Hükümetine karşı açılan bu mücadele alanına sen de katıl !

6.5.1976

Ruhr Bölgesi Barış ve Özgürlük Komitesi
Koordinasyon Kurulu

Bergisch-Gladbach İşçi Birliği, Türkiyeli İşçiler Derneği Dortmund (ATTF üye)
Türk İşçileri Derneği Duisburg (TDF üyesi), Düsseldorf İşçi Birliği (ATTF üye)
Türk İşçileri Kültür Derneği Düsseldorf (TDF üye), Türkiyeli İşçiler Derneği Essen (TDF üye), Türk İşçi Derneği Gelsenkirchen (TDF üye), Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (ATKF), Gelsenkirchen İşçi Birliği (ATTF üye), Herne İşçi Birliği (ATTF üye), Türk İşçileri Dayanışma Derneği Krefeld (TDF üye), Türkiyeli İşçiler Dayanışma Birliği Köln (ATTF üye), Leverkusen İşçi Birliği, Türkiyeli İşçi-Öğrenci Derneği Münster (TDF üye).

Yazışma Adresi: Augusta Str.14/ 465 Gelsenkirchen

YÜRÜYÜŞTE KULLANILACAK
SLOGANLAR

Beser defa tekrarlanacak

- 1 - Kahrolsun faşistler,
- 2 - Nato'ya hayır, bağımsız Türkiye,
- 3 - Nato'dan çıkılsın, fabrikalar açılsın,
- 4 - Vatanda iş isteriz,
- 5 - İşçiye iş, köylüye toprak,
- 6 - İşçiyiz güçlüyüz, devrimlerde öncüyüz,
- 7 - Demirel'in yuları, Amerikan doları,
- 8 - Amerikan uşağı, halk düşmanı Demirel,
- 9 - Gençleri vuranlar, Hükümette duranlar,
- 10 - Yahya, Yahya dediler, Hazineyi yediler,
- 11 - Süleyman bey Başvekil, işçi köylü aç sefil,
- 12 - Demireller, kanlı eller,
- 13 - Kahrolsun faşizm, özgür Türkiye,
- 14 - Emeklilik hakkımız, söke,söke alırız,
- 15 - Fantom değil, fabrika,

Almanca sloganlar

- 1 - Zolidariziren - Mit Marşiren,
- 2 - Nato raus aus der Türkay,
- 3 - Vek mit Demirel, Frayhayt für di Türkay,
- 4 - Em-Ha-Pe ferbiten, Faşisten auswayzen,
- 5 - Stoppt dem Faschismus, Arbeit-Brot-Freiheit,

Kürtçe sloganlar

- 1 - Kırdo Tırk bîrane, düjey faşistane,
- 2 - Bmre faşizm,

HEP BİRLİKTE SÖYLENECEK

İşçi yürüyor baştan
Fabrika dağdan taştan
Galiptir her savaştan

Nakarat

Geliyoruz zincirleri kıra kıra hey
Burjuvanın kafasına vura vura hey

Tekrar

Geliyoruz zincirleri kıra kıra hey
Faşistlerin kafasına vura vura hey

İşçi köylü el ele
Engel boğtur bu sele
Amele ırgat köle

Nakarat

Geliyoruz zincirleri kıra kıra hey
Burjuvanın kafasına vura vura hey

Tekrar

Geliyoruz zincirleri kıra kıra hey
Faşistlerin kafasına vura vura hey

Emekçiyiz güçlüyüz
Kavgada bilinçliyiz
Faşizme hep hınçlıyız

Nakarat:

29-30 Mayıs 1976, TBÖK Temsilciler Kurulu Toplantısı

Gündem Taslağı

1. Açılış

- a) Yoklama
- b) Saygı duruşu
- c) Gözlemci ve konuk delegelerin toplantıya katılmalarının onaylanması

2. Raporların okunması

- a) Koordinasyon Kurulu çalışma ve mali raporu
- b) TBÖK'ü oluşturan örgüt ve kuruluş raporları

3. Raporlar üzerine tartışma

4. Yayınlar üzerine

- a) İçeriği
- b) Maddi yönü

5. Yeni başvuruların görüşülmesi

6. Öneriler ve Kapanış

* * *

29-30 Mayıs 1976, TBÖK Temsilciler Kurulu Toplantısı
İç Tüzük Taslağı

1. Temsilciler Kurulu toplantısına örgüt temsilcilerinden başka davetli konuk gözlemciler katılabilir
2. Temsilciler Kurulu toplantısında sadece örgüt delegelerinin söz ve oy hakkı vardır.
3. Örgüt delegelerinin ilk konuşmalarından sonrakikonusmaları 5 dakika ile sınırlıdır.
4. Kararlar basit çoğunlukla alınır.

✖ ✖ ✖

TBÖK, Temsilciler Kurulu Toplantısı zaman planlaması
taslağı (29 Mayıs 1976 Cumartesi günü.....)

1. Toplantı başlangıcı..... Saat: 15.30
2. Geceleme için organizasyon..... Saat: 18.00-18.30
3. Yemek..... Saat: 18.30-19.30
4. Faşizme karşı Dayanışma gecesi.. Saat: 19.30-22.30
5. Uyku saati..... Saat: 23.00- 6.30

(30 Mayıs 1976 Pazar Günü)

1. Kalkış..... Saat: 6.30
2. Kahvaltı..... Saat: 7.00- 8.00
3. Toplantı..... Saat: 8.00- 10.30
4. Ara (dinlenme)..... Saat: 10.30-10.45
5. Toplantı..... Saat: 10.45-12.30
6. Yemek..... Saat: 12.30-13.15
7. Toplantı..... Saat: 13.15-15.00
8. Kapanış..... Saat: 15.00

✖ ✖ ✖

SİZLERİ YÜRÜYÜŞE ÇAĞIRIYORUZ.

Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi (TBÖK), 8 Mayıs'da açmış olduğu

«DEMİREL HÜKÜMETİNE HAYIR!..»

*kampanyasının en büyük ve merkezî yürüyüşünü FRANKFURT'da yapacaktır.
29 MAYIS CUMARTESİ GÜNÜ, SAAT 11,30'da OPERNPLATZ'da başlayacak yürüyüşe
Avrupanın çeşitli yerlerinden işçiler katılacaklardır.*

NEDEN Demirel Hükümetine Hayır ?

- Demirel Hükümeti halkımızın hiç bir problemini halletmedi ve en acil isteklerini yerine getirmedi. Üstelik açlık arttı, sefalet büyüdü, acı, dert çoğaldı.
- Namuslu yurtsever gençliğin üzerine komandoları saldı. Öğretmenler öldürüldü, yerlerinden sürüldü.
- Sokaklarda, köşe başlarında faşist komandolar ölüm saçıyor. Korkudan halk gece sokağa çıkamıyor. Evlat acısıyla bağı yanan anaların sayısı yükseliyor.
- Demirel başbakanlık yetkisini kullanarak yakınlarına hırsızlık yaptırdı, devlet hazinesinden milyonları kaldırdılar.
- Demirel Hükümeti ülkede can mal emniyeti diye birşey bırakmadı. Türkiye en zor ve en kara günlerini yaşıyor. Göstermelik demokrasi bile ortadan kalktı.
- Yurtdışında bizler kaderimizle baş başa bırakıldık. Yarınımızın ne olacağını kimse bilmemekte. Emeklilik, çocuk, işsizlik problemlerimiz aynı ciddiliğini muhafaza etmekte.

YÜRÜYELİM, SESİMİZİ YÜKSELTELİM

- Dert, problem hepimizin ortakıdır. TBÖK 'ün düzenlemiş olduğu bu yürüyüş hepimizin çıkarları içindir. Ailelerimizle, çocuklarımızla buna katılmalı, içinde bulunduğumuz zorlukları dile getirmeliyiz. Unutmayalım birlikten kuvvet doğar.

**29 Mayıs Cumartesi, saat 11.30'da
OPERNPLATZ'da buluşalım...**

TBÖK MERKEZİ YÜRÜYÜŞ KOMİTESİ

(FTIB) Gartenstr. 96, 6 Ffm.

AVRUPA
KOORDINASYON KURULU BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Türkisches Europakomitee
für Frieden und Freiheit

NACHRICHTEN

Jahrgang 1

Nummer 2

12.3.1976

Inhalt

1. Presseerklärung des Türkischen Europakomitees für Frieden und Freiheit aus Anlass des fünften Jahrestages des 12. März 1971.
2. Erklärung des Generalsekretärs des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, Ibrahim Güzelce.
3. Aktivitäten der türkischen rechtsextremen Parteien in Europa.

Adresse: ABÖK, Rossdorfer Str. 33a, 6000 Frankfurt/M.

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

PRESSEERKLÄRUNG

Am heutigen 12.3.1976 ist der fünfte Jahrestag des Regierungssturzes durch das Militär in der Türkei. Am 12. März 1971 stürzte das Militär die reaktionäre Regierung Demirel mit der Begründung, dass diese die in der Verfassung vorgesehenen sozialen Reformen nicht durchführe und das Land in einen Bruderkrieg treibe. Diese Begründung schien auch durchaus einleuchtend, da die Regierung Demirel tatsächlich in ihrer 6 Jahre währenden Regierungszeit keinen Versuch unternommen hatte, die notwendigen Reformen - Landreform, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und des Analphabetismus - durchzuführen und gleichzeitig einen militanten Rechtsradikalismus hochgepöppelt hatte.

Die Notwendigkeit solcher Reformen war unübersehbar. Die Arbeitslosigkeit erreichte 1971 im nichtagrarischen Bereich über 12% im Jahresdurchschnitt. In der Landwirtschaft lag die Arbeitslosigkeit zwischen 10% in den Erntemonaten Juli und August und 70% in den Wintermonaten Dezember und Januar.

Die Konzentration des Bodenbesitzes in den Händen einiger Weniger setzte sich fort. So besaßen um 1971 2,8 Millionen Bauernfamilien weniger als 2 Hektar Boden - bei pro-Hektar-Erträgen, die um $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ niedriger liegen als die der Bundesrepublik. Weitere 1,3 Millionen Bauernfamilien besaßen überhaupt keinen Boden, während 3 800 Familien - das ist weniger als 0,1% der agrarischen Bevölkerung - über Grossgrundbesitz von mehr als 20 ha verfügten.

Auch die Bildungssituation war katastrophal. Der Analphabetismus lag bei über 40%, und noch immer gab es für fast 15% der Kinder im schulpflichtigen Alter keine Möglichkeit, eine Schule zu besuchen.

Das Militär hat jedoch seine Versprechen vom März 1971 nicht gehalten. Die von den Generalen eingesetzten Regierungen haben nichts unternommen, um die versprochenen Reformen in Angriff zu nehmen. Die wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung verschlechterten sich zusehends. Anstatt für die Durchsetzung der demokratisch-rechtsstaatlichen Normen der Verfassung von 1961 zu sorgen, liessen die Generale grosse Teile dieser Verfassung durch Verfassungsänderungen ausser Kraft setzen. So wurden im Sommer 1971 über 40 und im Winter 1973 weitere 7 Artikel geändert.

Zahlreiche fortschrittlich-demokratische Organisationen wurden ver-

boten. Alle demokratischen Kräfte, die sich dem von den Generalen oktroyierten Kurs widersetzten, wurden von Polizei und Justiz mit Mitteln des physischen und psychischen Terrors unterdrückt und verfolgt. Handhabe hierzu boten die Art §§ 141 Abs.1 und 142 Abs. 1 des türkischen Strafgesetzbuchs. Sie wurden 1936 wortwörtlich aus dem faschistischen Strafgesetzbuch Italiens übernommen. Um ihre Anwendung sicherzustellen, wurden Militär- und Sondergerichte eingeführt.

Die von den Generalen gestützten Regierungen blieben jedoch auf fast allen Gebieten so erfolglos, dass sie auch die letzten Reste von Wohlwollen und Unterstützung selbst seitens der rechten Kräfte in Politik und Gesellschaft verloren. So wurden im Oktober 1973 Neuwahlen ausgeschrieben.

Sieger der Wahlen war die sozialdemokratisch orientierte Republikanische Volkspartei CHP unter Bülent Ecevit, die 35,2% der Stimmen erhielt. Die Partei des am 12. März 1971 abgesetzten Ministerpräsidenten Demirel, die reaktionäre Gerechtigkeitspartei AP, erhielt 30,8%; weitere 30% entfielen auf die übrigen vier Rechtsparteien.

Da die Rechtsparteien untereinander stark verfeindet waren, andererseits aber für eine Koalition zwischen der CHP von Ecevit und irgendeiner Rechtspartei so gut wie keine programmatische Basis bestand, folgte den Wahlen eine mehrmonatige Regierungskrise. Sie fand ihre Lösung im Januar 1974 in einer Koalition zwischen der sozialdemokratischen CHP und der konservativen, religiös-islamisch orientierten Nationalen Heilspartei MSP, die sich auf ein Sachprogramm geeinigt hatten.

Die gegensätzliche Grif Orientierung der Koalitionspartner sowie die Tatsache, dass die Bremserrolle der MSP in einer sozialdemokratisch geführten Regierung von der Bevölkerung negativ aufgenommen wurde, führte schon bald zu einem Bruch der Koalition.

Nach einer wiederum mehrmonatigen Regierungskrise übernahm im April 1975 eine Koalition unter der Führung von Demirel die Regierung. An dieser Regierung beteiligten sich ausser Demirels eigener Partei AP die zu Demirel übergelaufene MSP, die erklärtermaßen faschistische Partei der Nationale Bewegung MHP und eine weitere Rechtspartei. Diese Regierungskoalition, die sich "Nationalistische Front" nennt, konnte nur mit Mühe eine knappe Mehrheit im Parlament erreichen. Ihr Regierungsprogramm reduziert sich auf den Antikommunismus, wobei die Koalitionsparteien alle, die für Fortschritt und Demokratie eintreten, zu Kommunisten erklären.

Seit April 1975 regiert nun die "Nationalistische Front" die Türkei. Die Bilanz:

52 Menschen wurden bisher auf offener Strasse ermordet - Arbeiter
Gewerkschafter, Jugendliche, Lehrer, Studenten, Sozialisten, Sozialdemokraten;

1570 Menschen wurden bei solchen Mordanschlägen zum Teil schwer verletzt;

7320 fortschrittliche Beamte und Lehrer wurden zwangsversetzt;

2094 Menschen wurden aus politischen Gründen verhaftet - nicht die rechtsextremistischen Attentäter, sondern ihre davongekommenen Opfer.

Die Attentäter wurden von Polizei und Justiz nicht bestraft.

Kein Wunder - denn die Mörder sind faschistische Kommandos, nach dem Muster der SS organisiert. Ihr oberster Kommandant ist Alpaslan Türkeş, Führer der faschistischen MHP und stellvertretender Ministerpräsident. Türkeş verheimlicht seine Absichten nicht; er sagt ganz offen, dass streikende Arbeiter "wissen müssen, dass sie vernichtet werden". Die religiös-orientierte MSP ist inzwischen zum besten Verbündeten der Faschisten geworden. Tagtäglich wird die Kanzel zur Hetzpropaganda gegen Kommunisten und alle, die dazu ernannt werden, missbraucht. Da tauchen Parolen auf wie: "Wer einen Kommunisten tötet, kommt ins Paradies." Aber auch Ministerpräsident Demirel und seine AP feiern die faschistischen Kräfte als Helden und Vaterlandsverteidiger.

Diese Aktivitäten machen an der Grenze der Türkei nicht halt. Wie das Magazin "Monitor" des ARD belegte, arbeiten auch in der BRD Gruppen der MHP und anderer rechtsradikaler Organisationen daran, alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte einzuschüchtern und den "Heiligen Krieg" gegen diese Kräfte und gegen ~~die~~ die sozialistischen Länder zu propagieren.

Gleichzeitig mit dieser antidemokratischen Hetzkampagne, die jede Woche aufs Neue Todesopfer unter den demokratischen Kräften fordert, nimmt die Korruption und die Bereicherung auf Staatskosten bisher ungekannte Ausmasse an. Dass sich der Oberkommandierende der Luftwaffe mit "nur" 30 000 Dollar bestechen liess, wie es durch den Lockheed - Skandal ruchbar wurde, nimmt sich noch bescheiden aus angesichts der Tatsache, dass sich der Neffe des Ministerpräsidenten Demirel mittels gefälschter Exportquittungen in betrügerischer Weise 20 Millionen türkische Lira, das sind mehr als 3,3 Millionen DM, an Exportsubventionen erschlichen hat.

Wenn die rechten Kräfte der "Nationalistischen Front" jedoch damit gerechnet haben, den Widerstand gegen ihre Politik, in der sich verschärfte Ausbeutung und offener Betrug überschneiden, durch faschistischen Terror zu brechen, so stellt sich dies als Fehlkalkulation heraus. Täglich wächst der Widerstand der demokratischen Kräfte. Im Parlament rief Oppositionsführer Ecevit am 17. Februar 1976 dem Ministerpräsidenten Demirel zu: "An Ihren Händen, an der Hand Ihrer Partei, Ihrer Regierung klebt das Blut der ermordeten Jugendlichen. Reinigen Sie sich davon!... Wir haben Ministerpräsident Demirel oftmals die Hand ausgestreckt, um die Demokratie zu schützen, er aber hat es vorgezogen, mit dem Teufel zusammenzuarbeiten. So hat er das Vaterland in eine Hölle verwandelt."

Eines der stärksten Anzeichen des demokratischen Widerstands ist das massive Anwachsen des demokratisch-progressiv orientierten Revolutionären Gewerkschaftsbundes DISK. Der DISK ist heute mit über 400 000 Mitgliedern in 25 Einzelgewerkschaften die kampfkraftigste gewerkschaftliche Organisation der Türkei. Auf einer Veranstaltung anlässlich des neunten Jahrestags der Gründung des DISK erklärte deren Generalsekretär:

"Sie (die Faschisten, Anm. d. Red.) überfallen uns, sie inszenieren Attentate gegen die Arbeiterklasse, gegen alle arbeitenden Menschen, gegen deren demokratische Organisationen, gegen den DISK... Wer dem Anarchismus Vorschubleistet, wer die Morde auf offener Strasse aus-

führt und inszeniert, das ist die monopolkapitalistische Regierung der "Nationalistischen Front" und die von ihr geförderten faschistischen Kräfte... Unsere Forderungen sind daher:

- Durchsetzung sämtlicher demokratischen Rechte und Freiheiten;
- allen Werktätigen das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation, einschliesslich Streikrecht und Tariffähigkeit;
- freie Wahl der Gewerkschaftsvertretung im Betrieb;
- Meinungs- und Gedankenfreiheit!"

Diese Forderungen, die die Forderung nach Beendigung des faschistischen Terrors in sich tragen, umschreiben die Hauptziele des demokratischen Widerstands. Zu ihrer Durchsetzung wird auch die Solidarität aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte ~~da~~ auch der Bundesrepublik gebraucht. Es kann diesen Kräften nicht gleichgültig sein, dass der Faschismus, diese Geissel der Menschheit, in der Türkei sein Haupt erhebt.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ANKARA

Erklärung des Generalsekretärs der Revolutionären Gewerkschaftsbundes (DISK)

Am 6.1.1976 sendete das türkische Programm des WDR eine Rede des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Türk-Is. In dieser Rede wurden unwahre Zahlen über die gewerkschaftlichen Verhältnisse angegeben, in der Absicht, die öffentliche Meinung Europas irrezuführen. Der Generalsekretär der DISK, Ibrahim Güzelce, sandte daraufhin dem WDR eine Richtigstellung zu, die auch gesendet wurde. Dem Türkischen Europakomitee für Frieden und Freiheit wurde der Text der Richtigstellung ebenfalls zugesandt. Wir veröffentlichen sie im Folgenden auszugsweise:

"... Unser Kampf zur Herstellung der revolutionären Gewerkschaftseinheit unserer Arbeiterklasse im organisatorischen Rahmen der DISK wird auf immer neuen Wegenvorangetragen. Überall in unserem Vaterland fasst der DISK in mehr grossen und kleinen Fabriken, Betrieben und Werkstätten Fuß, während der Türk-Is sich überall auf dem Rückzug befindet. Während die Anzahl der dem DISK angeschlossenen Gewerkschaften sprunghaft steigt, nimmt gleichzeitig auch die Mitgliederzahl jeden unserer Einzelgewerkschaften zu. Das Dreigespann aus grossen Unternehmern, Führern der Nationalistischen Front (Koalition der Rechtsparteien einschliesslich der Faschisten, die derzeit die Regierung stellt) und Türk-Is Führung, ist von dieser Entwicklung entsetzt. Deshalb wird auch das Gesetz, das den Arbeitern das Recht gibt, ihre betriebliche Gewerkschaftsvertretung frei zu wählen, nicht verabschiedet. Hunderttausenden Arbeitern wird der Beamtenstatus aufgezwungen, um das Fortschreiten des DISK aufzuhalten. Vielerorts werden faschistische Überfälle auf Arbeiter durchgeführt, die den DISK wählten, es wurden Arbeiter ermordet, andere verletzt: so zumbeispiel in der Spinnerei Taris, in Seydisehir, in Sungurlar, in Ambarli und an zahlreichen anderen Orten.

Aus diesen Gründen gibt Halil Tunc unwahre Erklärungen ab. Er will die öffentliche Meinung Europas und unsere fern der Heimat schaffenden Arbeiter irreleiten. Die Zahlen nämlich, die er hier im Radio angegeben hat, hätte er in der Türkei nicht behaupten können.

Der DISK, die Dachorganisation der nationalen und demokratischen gewerkschaftlichen Massenbewegung der türkischen Arbeiterklasse, wurde 1967 von 30.000 Arbeitern gegründet. Heute hat die Zahl der in den Reihen des DISK organisierten Arbeiter 400.000 nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten. Bestand der DISK 1967 aus fünf Gewerkschaften, so umfaßt er heute fünfundzwanzig Einzelgewerkschaften und ist somit die aktiv-kampfkraftigste Konföderation unseres Landes.

Die Angabe von Tunc in der o.e. Rundfunkansprache, daß nämlich der Türk-İş von den 1,6 Millionen türkischen Arbeitern 1,35 Millionen vertrete, hat in unserem Land großes Gelächter ausgelöst. Diese Behauptung ist nämlich nur ein Teil der Bemühungen, den Türk-İş weiter aufrechtzuerhalten. Das unaufhörliche Anwachsen des DISK ist jedoch mit solchen Lügen und Vertuschungen nicht aufzuhalten. Abdullah Baştürk, damaliges Vorstandsmitglied von Türk-İş, gab am Tage, nachdem seine Gewerkschaft beschlossen hatte, aus dem Türk-İş auszutreten, und sich dem DISK anzuschließen, die damalige numerische Stärke des Türk-İş mit 489.000 an.

So sehen die wahren Tatsachen aus. Es ist erforderlich, diese Fakten zu kennen um jedem gegen den DISK gerichteten Angriff die passende Antwort zu geben. Denn der DISK kämpft für die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes gegen Faschismus, für Demokratie und Freiheit. Es ist zwingend notwendig, daß wir wachsam jeden Angriff des Dreigespanns aus rechter politischer Führung, Großkapital und gelben Gewerkschaften entgegentreten, daß wir den grundsätzlichen Kampf um Menschlichkeit, den die fried- und freiheitsliebenden Kräfte führen, unterstützen und vorantreiben.

Diese Tatsachen allen jenen unserer proletarischen Brüder mitzuteilen, die gezwungen sind, fern der Heimat, in den Ländern Westeuropas ihr Brot zu verdienen, war meine Pflicht. Gleichzeitig möchte ich ihnen allen im Namen der Mitglieder des DISK, die derzeit den 9. Geburtstag ihrer Organisation feiern und im Namen aller Patrioten die herzlichsten Glückwünsche aussprechen und ihnen in ihrem Kampf die besten Erfolge wünschen.

Ibrahim Güzelce
Generalsekretär des DISK

AVRUPA KOORDINASYON KURULU BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Frankfurt, 12. März 1976

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

AKTIVITÄTEN DER TÜRKISCHEN RECHTSEXTREMEN PARTEIEN IN EUROPA

Über die Aktivitäten der Vertreter der in der Türkei gegründeten rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik wurde neulich in der Sendung "Monitor" des ARD-Fernsehprogramms berichtet.

Die Aktivitäten dieser Kreise beschränken sich nicht allein auf die Bundesrepublik. Auch im sonstigen europäischen Ausland hetzen sie ihre paramilitärischen Faschistenkommandos gegen Menschen und Organisationen, die für die Herstellung demokratischer Verhältnisse in der Türkei eintreten.

Am 26. Februar 1976, um 18³⁰ Uhr stürmten die Kommandos die Räume der "Vereinigung der Studenten und Schüler aus der Türkei" in der französischen Stadt Tours.

Sie überfielen mit Pistolen, Eisenstangen, Schlagstöcken und Ketten die anwesenden Mitglieder und Gäste dieser Organisation, wobei sie drei Personen erheblich verletzt haben.

Hier in der Bundesrepublik lief vor einiger Zeit in dem Organ der rechtsextremen und faschistischen Parteien, "Tercüman", der aus der Türkei gesteuert wird, wochenlang eine Hetzkampagne gegen die demokratischen Massenmedien in der BRD, zu der der WDR-Film "Schirin's Hochzeit" als Anlass dienen sollte. Die Filme-Macherin Helga Sanders, die Redaktion und die Darsteller des Films erhielten Morddrohungen. Hierbei versuchten die Funktionäre der rechtsextremen Parteien, die in der Bundesrepublik lebenden Arbeiter aus der Türkei emotional zu beeinflussen und mit ultra-religiösen, rassistisch-chovinistischen Parolen gegen die demokratischen Massenmedien und gegen alle Demokraten Stimmung zu erzeugen.

Diese Kreise bedienen sich auch der von ihnen eigens zu solchen Zwecken gegründeten und als religiöse Vereine verkleideten Agitationsstätten. Sie vermengen rassistische Hetzparolen mit Koranversen und Prophetensprüchen und versuchen, damit und mit einer

2/.

Weltuntergangsstimmung Menschen anzulocken, die sie dann zu eigenen Zwecken misbrauchen möchten.

Die herrlichsten Phantasieblüten der Rechtsextremen-Funktionäre sind in den Aufrufen solcher pseudo-religiösen Vereine beinhaltet. Im folgenden geben wir den Inhalt eines solchen Aufrufs auszugsweise wieder:

"... Gegrüsst seien alle, die sich dem Willen des Allah unterwerfen! ... Dieser Aufruf ist weder eine politische noch eine gewerbliche Reklame ... Er bringt zum Ausdruck das schmerzvolle Geschrei über die Zerstörung von Seelen über lange Jahre hindurch, über die Sehnsucht der Seele unserer Nation nach der Vergangenheit, über die fürchterliche Szene, die sich insbesondere vor den Augen der Jugend ausbreitet. Er bringt zum Ausdruck das schmerzvolle Geschrei einer verzweifelten Mutter, vor deren Augen ihr leibliches Kind in den Flammen der Hölle verschwindet.

... die Existenz einer Nation (stützt)sich auf drei Grundsäulen..., nämlich auf Religion, Sprache und Rasse. Nationen, die ihre Existenz aus diesen drei Hauptquellen speisen, bestehen ewig. Das Fehlen einer dieser Grundstützen kommt der Vertilgung der Nation gleich ... Weil wir dem wichtigsten dieser Grundelemente, der Religion, nicht treu sind und die Gebote des Allah nicht erfüllen, herrscht in der ganzen Welt, am meisten aber in unserem Vaterland, Anarchie ...

Alle, die sich Muslims nennen, ... sind eingeladen zu einer Versammlung, bei der wir all diese lebenswichtigen Fragen besprechen werden. Kommt zu der Hamidiye-Moschee, Töngesgasse 32, 6 Frankfurt/M.
30. Januar 1976

VEREIN "GUTE SITTEN"

Leitung der Koran-Kurse
an der Hamidiye-Moschee
i.A."

TÜRKEL REPORT

April/Mai 1977

Verschärfter Terror vor den
Wahlen

Bewaffnete Angriffe auf
Oppositionelle

Repressionen gegen Gewerkschaftler,
Lehrer und Arbeiter

Aktivitäten der MHP
in der Bundesrepublik

Aufruf des TBÖK zum 1. Mai

Initiative "Menschenrechte
für ausländische Arbeiter

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

T.B.Ö.K.

TÜRKEI :

VORGEZOGENE PARLAMENTSWAHLEN AM 5. JUNI

Angesichts ihrer sich ständig verringernden Wahlchancen haben die regierenden Koalitionsparteien der "Nationalistischen Front" die Parlamentswahlen, die im Oktober 1977 durchgeführt werden sollten, auf den 5. Juni vorverlegt. Die Hauptursache für den sich abzeichnenden Niedergang der "Nationalistischen Front" unter der Leitung des Premierministers Demirel ist neben dem sich eskalierenden Terror der faschistischen Kommandos und der sich verschärfenden Unterdrückung die galloppierende Inflation, eine Folge der auf den "Privatsektor" orientierten Wirtschaftspolitik. Aus den letzten Wahlen im Oktober 1973 war die sozialdemokratisch orientierte Republikanische Volkspartei als die stärkste Partei hervorgegangen. Die mit der religiös-konservativen "Nationalen Heilspartei" eingegangene Koalition brach jedoch schon nach einigen Monaten als innenpolitische Folge der Zypernkrise und türkischen Invasion auseinander.

Durch mehrere in der türkischen Presse ausführlich dokumentierte "Abgeordnetenkäufe" gelang es Demirel Anfang 1975, die Mehrheit im Parlament hinter seine "Nationalistische Front" zu stellen, die aus vier Parteien bestand: Neben der "Gerechtigkeitspartei" unter Demirels Vorsitz gehörten ihr die religiös-konservative "Nationale Heilspartei", die kleinere konservative "Republikanische Vertrauenspartei" und die neofaschistische "Partei der nationalistischen Bewegung", MHP, an. Die MHP, die von den 450 Parlamentssitzen nur 3 erringen konnte, ist dennoch mit 2 Ministern in der Regierung vertreten und ihr Vorsitzender wurde sogar stellvertretender Ministerpräsident. Die d MHP konnte somit ihren Einfluß auf die Staats- und Polizeiorgane ständig erweitern. Ihre Teilnahme an der Regierung bildete nicht nur für die demokratischen Kräfte in der Türkei eine große Gefahr sondern auch für den Frieden im Mittelmeerraum. Sie gefährdet durch ihre erklärte Zielsetzung, ein "Türkisches Großreich" wie das einstige ottomannische zu errichten, direkt den Frieden im Nahen Osten. Die in "Kommando-Ausbildungslagern" paramilitärisch gedrillten "Grauen Wölfe" der MHP terrorisieren die gesamte Opposition.

BEWAFFNETE ANGRIFFE AUF ECEVIT ÜBERSCHATTEN DIE WAHLKAMPAGNE

Schon zu Beginn der Wahlkampagne überschatteten die blutigen Ereignisse in der Türkei die demokratische Durchführung der vorgezogenen Wahlen.

Während Premier Demirel einerseits mit der MHP über mögliche Wahlabgespräche verhandelt, erklärte der Führer der MHP, Türkeş, es sei "mit Sicherheit davon auszugehen, dass bei den Wahlen viel Blut fließen werde". Er forderte provokativ seine "Grauen Wölfe" auf, die Wahlurnen zu 'bewachen'.

Die mit der Einleitung des Wahlkampfes ständig zunehmenden Überfälle und Mordanschläge, Erpressungen und Drohungen machen deutlich, dass es der Reaktion daran liegt, die breiten Wählerschichten einzuschüchtern und vom Gang zu den Wahlurnen abzubringen.

Knapp zwei Jahre nach dem ersten Mordanschlag, wurde Ecevit in der letzten April-Woche zweimal von den "Grauen Wölfen" mit Maschinenpistolen beschossen. Er und seine Begleiter konnten beide Male sich nur dadurch retten, dass sie im "Wahlbus", mit dem sie Anatolien bereisen, sofort zu Boden gingen. Die Kugeln schlugen nur 15 cm höher über die Köpfe der Bussinsassen in die Karosserie. Mehrere Jugendliche wurden bereits beim Plakatkleben, Flugblattverteilen etc. getötet. Die die CHP-Politiker begleitende Journalisten wurden mit Schüssen, Schlagstöcken und Steinwürfen verletzt. Ecevit selbst erklärte, die Ordnungsbehörden signalisierten durch ihre Gleichschaltung ihre weitgehende Zusammenarbeit mit der Nationalistischen Front". Sie seien mit Schuld daran dass bereits über 200 politische Morde begangen seien. "Die Täter werden nicht gefasst", sagte er, "denn die Mörder sind an der Macht."

KERN DES TERRORS:

"GRAUE WÖLFE"

Bereits seit zwei Jahren wurden aus der Türkei täglich politisch motivierte Morde und Folterungen bekannt, die in der europäischen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt blieben. Bei ihren bewaffneten Provokationen gegen Arbeiter und Studenten wird den "Grauen Wölfen" von der Polizei und Gendarmerie assistiert.

Nicht nur Mitglieder sozialistischer Organisationen und der verbotenen TKP, mit zunehmender Häufigkeit fielen auch Mitglieder der sozialdemokratisch orientierten Republikanischen Volkspartei Ecevits, CHP, den Terroranschlägen zum Opfer.

Die bewaffneten Überfälle werden von den nach SA-Muster organisierten Hilfstruppen der "Nationalistischen Front"

Front" ausgeführt. Sie beschränken sich längst nicht mehr auf die Arbeiter, Gewerkschaftler, Lehrer und Studenten in den Grosstädten und Industriezentren. Täglich werden aus allen Teilen Anatoliens Tote und Verletzte in Folge der Überfälle und Folterungen gemeldet. Über den südostanatolischen Dörfern, in denen meist Kurden wohnen, hat sich der Terror weiter verschärft.

An den Tagen 17.-18. März kamen in der Provinzstadt Usak mehrere Menschen ums Leben. Dabei wurde eine der Studentinnen, gefürchtete Zeugin eines Polit-Mordes von den 'Grauen Wölfen' als Geisel genommen und tagelang in einem Keller gefoltert. Sie wurde nach etlichen Tagen mit einem Herzschuss tot aufgefunden. Nachbarn berichteten von den furchterregenden Schreien der Mädchen als sie gefoltert wurden.

Polizei und Gendarmerie wurden erst eingesetzt, als sich die oppositionellen Studenten und Arbeiter zu einer Protestversammlung gegen die Vorgänge eingefunden hatten. Bei den Auseinandersetzungen wurden über hundert Menschen verletzt. Neben den schon aufgefundenen Opfern des Kommando-Terrors wurden weitere "vermisst" gemeldet, die mit grosser Wahrscheinlichkeit ebenfalls auf diesem Wege zum Schweigen gebracht worden sind.

JOURNALIST WURDE ZU TODE GEFOLTERT

Mitte Februar wurde der Chefredakteur des Zentralorgans der Ingenieur- und Technikerverbände, Z. Erginbay, in einem Strassengraben tot aufgefunden. Wie viele andere Arbeiter, Lehrer und Studenten vor ihm, erlag er unbeschreiblichen Folterungen, wie dies anschliessend gerichtsmedizinisch festgestellt wurde. Angriffe auf als liberal geltende Zeitungen und Journalisten reissen nicht ab: Kürzlich wurde O. Kurtböke, der verantwortliche Redakteur der angesehenen Tageszeitung 'Cumhuriyet' am helllichten Tag vor seinem Büro geprügelt. In verschiedenen Städten wurden an den Privatwohnungen der Korrespondenten dieser Zeitung Sprengstoffanschläge verübt.

Die 'Grauen Wölfe' der MHP bekennen sich in den meisten Fällen als verantwortlich; bisher musste jedoch keiner von ihnen, auch bei nachgewiesenen Verbrechen, eine Gefängnisstrafe büssen.

Der Führer der MHP, Oberst a.D. Türkesch, verfügt als stellvertretender Ministerpräsident über erhebliche Teile des Staatsapparates und den berüchtigten Geheimdienst MIT. Eine Reihe von Ministerien wurden durch die gleich 'massenweise' erfolgten Einstellungen der MHP-Mitglieder total unterwandert. Am deutlichsten kommt diese Entwicklung im Bildungsministerium zum Ausdruck, dessen obligatorische Schulbücher zu Propagandamitteln aggressiv-faschistoider Inhalte degradiert wurden. Fast alle Einrichtungen der Hochschulbildung stehen unter Kommando-Besetzung. Fortschrittliche Lehrer werden mit Waffengewalt am Eingang zu den Lehrveranstaltungen behindert.

NATIONALISTISCHE FRONT SUCHT UNTERSTÜTZUNG BEI WESTLICHEN PARTNERN

Das wirtschaftliche Desaster, in dem sich das Land befindet, zwingt die Herrschenden zu immer gewaltsameren Mitteln gegenüber den Werktätigen, die für ihre ökonomischen und demokratischen Rechte eintreten. Der im Oktober vergangenen Jahres wegen Widerstandes gegen die Errichtung von Sondergerichten für mehrere Tage verhaftete Vorstand des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK mit über 600.000 Mitgliedern, muss sich immer wieder vor Gerichten verantworten, weil ihm der Vorwurf einer kriminellen Vereinigung gemacht wird.

Die gallopiierende Inflation bedeutet für Arbeiter und Angestellte, aber auch für Lehrer und Beamten ein Leben unter dem Existenzminimum. Die Arbeitslosigkeit beträgt nach halboffiziellen Schätzungen saisonal 20% der erwerbstätigen Bevölkerung.

Nationalistische Front ist daher auf günstige Kredite aus den westlichen Industrieländern angewiesen. Im Aussenhandel des Landes hat die BRD die USA längst überflügelt. Den bedeutsamsten Beitrag aus der Bundesrepublik bilden die Transferzahlungen der hier tätigen Türken. Diese Zahlungen weisen jedoch einen abnehmenden Trend auf, der Anlass zu einigen Ministerbesuchen aus Ankara in Bonn lieferte.

Die türkischen Arbeiter im Ausland entlasteten einerseits vorübergehend den einheimischen Arbeitsmarkt, während sie auch nur zeitweilig den Arbeitskräftemangel der Industriestaaten während der Hochkonjunktur kompensieren sollten. Ihr solidarischer Kampf in den Betrieben und in ihren Gewerkschaften mit ihren einheimischen und anderen ausländischen Kollegen macht sie zu klassenbewussten, gefürchteten Gegnern der reaktionären Kräfte in der Türkei. So wird ihnen auch bis heute das Wahlrecht verwehrt, obwohl mittlerweile mehr als einer halben Million Türken im Wahlalter im Ausland arbeiten müssen! Auch die Aktivitäten der angeblich nun geschlossenen, in Wirklichkeit unter phantasiereichen Bezeichnungen weiter operierenden MHP-Filialen in der BRD gestalten sich immer konspirativer, aber auch gewaltsamer.

Daher folgende Forderungen der im TBÖK zusammengeschlossenen Organisationen aus der Bundesrepublik, Holland, England, Frankreich, Belgien und Skandinavien:

- o Schluss mit faschistischen Morden und Folterungen! Sofortiger Rücktritt der "Nationalistischen Front"!
- o Verbot aller faschistischen, gewerkschaftsfeindlichen Organisationen, vor allem der MHP, im In- und Ausland!
- o Gewährleistung der demokratischen Durchführung bevorstehender Wahlen ohne den Kommando-Terror!
- o Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung!

MAIAUFRUF DES TBÖK :

"SCHULTER AN SCHULTER FÜR EINE WELT
OHNE AUSBEUTUNG UND KRIEG"

Der Koordinierungsausschuß des TBÖK hat seine Mitgliedsorganisationen in der BRD und in West-Berlin aufgerufen, sich aktiv an den DGB-Kundgebungen zu beteiligen. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

"Am 1. Mai 1977 gilt es vor allem, die Verwirklichung der Menschenrechte in der Bundesrepublik zu fordern. Die elementaren Menschenrechte auf Arbeit, auf Bildung und berufliche Ausbildung müssen verwirklicht werden. So ist es für die ausländischen Kollegen selbstverständlich, daß sie gemeinsam mit ihren einheimischen Kollegen für die Verwirklichung dieser Rechte eintreten, insbesondere für das Recht auf Familienzusammenführung, wie es im Grundgesetz verbrieft ist; seine praktische Durchführung wird aber bewußt verhindert.

"Ein konsequenter Kampf gegen die Ausbeutung bedeutet auch den Kampf für den Frieden und die Beendigung des Wettrüstens in der Welt. Denn alle Völker der Erde kämpfen gemeinsam für dieses Ziel: "Schulter an Schulter für eine Welt ohne Ausbeutung und Krieg".

"ILLEGALE TÜRKISCHE ARBEITER EINBETONIERT?"

TÜRKISCHE ORGANISATIONEN DRÄNGEN AUF AUFKLÄRUNG

Aufgrund mehrerer Morde an illegal beschäftigten Türken, die jüngster Meldungen zufolge von bundesdeutschen Unternehmen verübt worden sind, hat das Türkische Europa-Komitee die Bundesregierung erneut aufgefordert, die verzweifelte Situation dieser Menschen endlich zu beenden. Da das im Grundgesetz verbrieftete Recht auf Familienzusammenführung durch die herrschende Praxis hintertrieben wird, werden immer mehr Türken zur "illegalen Arbeit" (d.h. ohne Arbeitserlaubnis) gezwungen, obwohl sie legal in die BRD einreisen können. An der deutsch-österreichischen Grenze wurden schon mehrere Male auf Türken, die zum Besuch ihrer Verwandten in die BRD einreisen wollte, das Feuer eröffnet, weil sie die Auffor-

derungen auf Deutsch nicht verstehen und somit nicht befolgen konnten. Nach offizieller Darstellung nahmen die Grenzsoldaten an, es handele sich um "Illegale".

Die Unternehmer haben ein sehr großes Interesse an billigen Arbeitskräften, weil sie diese ohne jegliche Sozialabgaben beschäftigen können. So hat auch der "Menschenhändler"

Karlheinz W., der in der letzten Woche ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, zum Ausdruck gebracht, daß es wahrscheinlich sei, daß neben den bekannt gewordenen zwei Morden an türkischen Arbeitern noch weitere Morde begangen wurden. Weiteren Presseberichten zufolge wird zur Zeit aufgrund eingegangener Hinweise durch den Staatsanwalt München untersucht, ob bei der Errichtung der Olympiabauwerke, wo überdurchschnittlich viele "illegale" Ausländer beschäftigt wurden, Türken, die unliebsam geworden waren, einbetoniert worden sind. Die türkischen Arbeiterorganisationen sowie zahlreiche Gewerkschafter forderten die Öffentlichkeit angesichts dieser alarmierenden Meldungen auf, verstärkt für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten.

Umso dringlicher erscheint es uns, daß der an den Bundeskanzler gerichtete Brief eine öffentliche Beachtung findet, den 107 türkische Organisationen Ende Februar auf dem Türkischen Arbeiterkongreß in Düsseldorf einstimmig verabschiedet haben. Der Koordinierungsausschuß des TBÖK ruft die Öffentlichkeit auf, diesen Brief zu unterschreiben und an den "Nachrichten-Verlag" zurückzuschicken, der diesen Aufruf ebenfalls veröffentlicht hat.

Initiative Menschenrechte für ausländische Arbeiter

In der Bundesrepublik Deutschland leben und arbeiten 1,9 Millionen ausländische Arbeiter — mit ihren Familien 4 Millionen — unter schwierigen Bedingungen. Am 25. und 26. Februar 1977 tagte in Düsseldorf der Türkische Arbeiterkongreß. Auf ihm waren 530 Delegierte vertreten, die 107 regionale Arbeitervereine repräsentierten. Des weiteren waren über 500 Arbeiter, Lehrer, Betriebsräte und Sozialbetreuer anwesend. Einstimmig wurde ein offener Brief an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet. In ihm wird die Verwirklichung der Menschenrechte gefordert, zu der

sich die Bundesregierung als Signatarstaat der UN-Charta für Menschenrechte und der Schlußakte von Helsinki verpflichtet hat. Aus Solidarität und wegen der großen Bedeutung dieser Initiative für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten aller Arbeiter, Angestellten und Beamten schließt sich das Redaktionskollegium der Zeitschrift „NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ den Forderungen der ausländischen Arbeiter an. Gleichzeitig appellieren wir an Leser und Freunde, an Organisationen und Vertretungsorgane, diesen offenen Brief zu unterstützen.

Offener Brief

An die Regierung der Bundesrepublik Deutschland z. H. des Bundeskanzlers Herrn Helmut Schmidt

In tiefer Sorge um die demokratischen Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik Deutschland protestieren wir gegen die unwürdigen Bedingungen, unter denen in diesem Lande Millionen ausländische Arbeiter leben müssen. Uns ausländischen Arbeitern und unseren Familienangehörigen, die wir ein erheblicher Teil der arbeitenden Bevölkerung der Bundesrepublik sind, werden wesentliche Menschenrechte vorenthalten.

Wir fordern:

Einräumung des Menschenrechts auf Freizügigkeit innerhalb der Bundesrepublik. Die „Zuzugsbeschränkung für ausländische Arbeitnehmer in Ballungsgebiete“ vom 1. April 1975 bedeutet eine wesentliche Einschränkung dieses Grundrechts.

Wir fordern:

Gewährung des Menschenrechts auf Familienzusammenführung. Unter dem Vorwand des Anwerbestopps wird Angehörigen ausländischer Arbeiter, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben, die Ausbildung und Arbeitsaufnahme verweigert. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteile bedeuten eine drastische Einschränkung des Grundrechts auf Zusammenleben der Familien.

Wir fordern:

Gewährung des Menschenrechts auf Gleichheit vor dem Gesetz und Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung. Auf Anweisung der Bundesregierung werden ausländische Arbeiter bei der Arbeitsvermittlung benachteiligt. Sie stehen unter der ständigen Drohung, daß ihnen die Arbeitserlaubnis entzogen oder nicht verlängert wird. Diese Praxis bedeutet eine erhebliche Einschränkung wesentlicher Grundrechte.

Wir fordern:

Gewährung des Menschenrechts auf soziale Sicherung und Gleichbehandlung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, im Alter und bei Notfällen. Dieses Grundrecht wird durch das Ausländergesetz und eine reaktionäre Rechtsprechung erheblich eingeschränkt. Es ist ein Gebot der Humanität und der Demokratie, daß die Bundesregierung, die sich feierlich zu den Prinzipien der UN-Charta der Menschenrechte und der Schlußakte von Helsinki bekannt hat, diesen wichtigen Bürgerrechten in der Bundesrepublik Deutschland endlich volle Geltung verschafft.

(Hier abtrennen und schicken an: Redaktion NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Postfach 18 03 72, Glauburg-
straße 64, 6000 Frankfurt/Main 1)

Ich schließe mich der Initiative „Menschenrechte für ausländische Arbeiter“ an:

Name _____ Vorname _____

Anschrift _____

Funktion/Organisation _____
(dient nur der Kennzeichnung der Person)

Datum/Unterschrift _____

PARLAMENTARIER AUF PRESSEKONFERENZ IN BONN :
ÜBER 2000 POLITISCHE GEFANGENE IN DER TÜRKEI

Auf einer Pressekonferenz Ende April in Bonn erklärte der Generalsekretär von Amnesty International in der Bundesrepublik, H. Frenz, daß nach Schätzungen seiner Organisation in der Türkei mindestens 2000 Menschen aus politischen Gründen gefangen gehalten werden. An der Pressekonferenz nahmen auch der SPD-Abgeordnete D. Sperling und der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten M. Müller, teil. H. Frenz erklärte, daß nach vorliegenden Berichten mindestens 200 politische Gefangene auch Folterungen erlitten haben. Der holländische Parlamentsabgeordnete D. Dankert hat bekannt gegeben, daß er noch in dieser Legislaturperiode im Europäischen Parlament in Straßburg Anfragen zur Situation der politischen Gefangenen in der Türkei stellen werde.

Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik brachten auch ihre Sorge zum Ausdruck, daß türkische rechtsextreme Gruppen die bewaffneten politischen Auseinandersetzungen in die BRD hereintragen wollen. Die Angriffe der MHP-Auslandsorganisationen auf oppositionelle türkische Landsleute in der BRD häuften sich.

KOMMANDO - TERROR
IN DER BUNDESREPUBLIK UND WEST-BERLIN

Bei den seit Ende Februar von den Schläger-Kommandos der MHP provozierten bewaffneten Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik kam ein Arbeiter ums Leben; mehrere wurden verletzt.

- Anfang März kam es auf einer von den CHP-Politikern organisierten Versammlung zu Auseinandersetzungen zwischen den Kommandos und den Anwesenden. Bei den Tumulten, die vor dem Saal weitergingen, kam ein Arbeiter ums Leben, mehrere wurden durch Messerstiche verletzt.
- Ende März wurde die Mitgliederversammlung des türkischen Vereins in Velbert ebenfalls von den MHP-Kommandos gestürmt. Angeführt von vom Konsulat eingesetzten Lehrern und Beamten

erstachen sie zwei Arbeiter. Am nächsten Tag verwüsteten sie das Vereinslokal und schlugen den hereinkommenden Vereinsvorsitzenden bewußtlos. Die Gleichgültigkeit der herbeigerufenen Polizei war für sie so ermutigend, daß sie nach zwei Wochen das Inventar des Lokals erneut demolierten.

• Anfang April brachen die "Grauen Wölfe" der MHP in das Lokal des Türkischen Jugendbundes in Westberlin ein. Das Lokal wurde verwüstet; die Vereinskasse sowie sämtliche Mitgliedskarteen wurden gestohlen. In einem mit dem Emblem der "Grauen Wölfe" unterzeichneten Brief kündigten die Einbrecher weitere Schritte an. 2 Tage danach versuchten "Unbekannte" die Ehefrau eines der Vorstandsmitglieder mit einem Auto zu überfahren.

ZUSAMMENSPIEL TÜRKISCHER MAOISTEN

MIT DEN RECHTSEXTREMISTEN:

SCHÜSSE AUF DAS "INTERNATIONALE FRIEDENSFEST" IN DORTMUND

Einen Beweis ihres Zusammenwirkens mit den Rechtsextremisten lieferten kürzlich auch die türkischen Maoisten in der Bundesrepublik. Während ihre Gesinnungsgenossen in der Türkei neben antifaschistischen Demonstrationen des DISK, und des Lehrerverbandes TÖB-DER, vor einigen Wochen auch die in der Geschichte der Türkei wohl erstmalige antifaschistische Demonstration von über 25.000 Frauen mit Waffen und Schlagstöcken anzugreifen versuchten, wurden in den letzten Wochen die türkischen Gewerkschaftler und Journalisten in der Bundesrepublik zunehmend Zielscheibe der Angriffe nicht nur der rechtsextremistischen Terroristen, sondern auch der vermeintlich "links" operierenden Terror-Grüppchen. So versuchte am 2. April eine Gruppe die Besucher des "Internationalen Friedensfestes", das vom TBÖK in Zusammenarbeit mit dem Dortmunder Arbeiterverein organisiert war, am Saaleingang zu behindern. Auf die am Eingang stehenden vier Ordner droschen etwa 15 bis 20 mit Messern und Eisenstangen gerüsteten "maoistischen Graue Wölfe" mit unbeschreiblicher Brutalität ein. Als weitere Saalordner zu ihren blutig geschlagenen Kollegen zur Hilfe eilten, ergriffen die Störer die Flucht. Sie versäumten dabei jedoch nicht, von ca. 30 m

Entfernung auf die Arbeiter zu schiessen, die gerade in Sprechhören "Nieder mit dem Faschismus" riefen. Die Kugeln schlugen in Kopfhöhe in die Wände ein und töteten nur rein zufällig keinen der zahlreichen Arbeiter.

Das Fest, das anlässlich einer Delegiertenkonferenz des TBÖK stattfand, wurde durch Beteiligung chilenischer, deutscher, griechischer und türkischer Gruppen zu einem vollen Erfolg. Über 700 Besucher der Solidaritätsveranstaltung riefen immer wieder in Sprechhören: "Schluss mit den faschistischen Morden! Es lebe der DISK! Hoch die internationale Solidarität!"

Die Vertreter des DGB und der SPD zeigten in ihren Grussbotschaften ihre Freude über das Gelingen eines solchen Festes und verurteilten in aller Schärfe den Angriff der Maoisten, der wie auf Bestellung nur den Geschäften der Reaktion diene. Sie baten das Türkische Europakomitee, den in der Türkei für Frieden und Freiheit kämpfenden Demokraten ihre solidarischen Grüsse zu überbringen. Wie in einer abschliessend herausgegebenen Presse-Info betont wird, hatte das TBÖK erst zwei Tage vor dem Fest auf einer auf breites Echo gestossenen Pressekonferenz die Öffentlichkeit über die Tätigkeiten der Rechtsextremisten in der BRD informiert. An der Pressekonferenz nahmen auch Augenzeugen teil. Der daraufhin erfolgte bewaffnete Angriff lasse einen tieferen Zusammenhang erahnen.

Nach Angaben der Dortmunder Polizei sind alle Angreifer, die nach dem Überfall festgenommen werden konnten, mittlerweile auf freien Fuss gesetzt worden. Anwälte der verletzten Arbeiter haben die Eröffnung von Strafverfahren gegen die Angreifer mit der Anklage auf Mord und schwerer Körperverletzung beantragt.

TÜRKISCHE ARBEITERFÖDERATION IN DER BRD:
AM 1. MAI GEMEINSAM MIT DEM DGB

Die türkische Arbeiterföderation in der BRD, FIDEF, fordert in ihrem Mai-Aufruf die türkischen Kollegen in der BRD und West-Berlin auf, sich massenhaft an den DGB-Kundgebungen am 1. Mai zu beteiligen. Als dringende Forderungen werden

aufgestellt:

- o Das Wahlrecht auf kommunaler Ebene,
- o Das Menschenrecht auf Freizügigkeit innerhalb der BRD,
- o Das Menschenrecht auf Familienzusammenführung,
- o Das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und die Demokratisierung des Ausländerrechts,
- o Das Recht auf Chancengleichheit in Arbeit und Ausbildung,
- o Eine gerechte Lösung der miserablen Schulprobleme unserer Kinder,
- o Das Verbot der faschistischen Organisationen sowie der "Partei der nationalistischen Bewegung", MHP, in der BRD.

Die Föderation Türkischer Arbeitervereine in der BRD e.V. wurde Ende Februar auf dem Türkischen Arbeiterkongress gegründet, an dem 107 Vereine teilnahmen. Republikanische Volkspartei CHP und Progræssiver Gewerkschaftsbund der Türkei DISK hatten zu dem Kongress Vorstandsvertreter entsendet. Obwohl die gewerkschaftliche Orientierung des Kongresses und der Vereine immer wieder betont wurde, gab es anfänglich einige Distanzierungsversuche seitens des DGB-Bundesvorstandes, die auf offensichtlichen Fehlinformationen beruhten. In einer Stellungnahme der FIDEF hierzu heisst es:

"Weder der Türkische Arbeiterkongress, noch FIDEF haben eine Tendenz, die im Widerspruch zu den Gewerkschaften des DGB stehen würde. Im Gegenteil ist es so, wie auch in der Satzung des FIDEF verbindlich festgestellt wird: "Die Föderation erkennt den Detuschen Gewerkschaftsbund -DGB- und die in ihm vereinigten Gewerkschaften als ökonomische, soziale und berufliche Interessenvertretung aller Werktätigen, auch der ausländischen Arbeiter an. In diesem Sinne unterstützt sie die Organisation der Arbeiter aus der Türkei in den DGB-Gewerkschaften und wendet sich gegen jede gewerkschaftsfeindliche Strömung und Tätigkeit" (Par.2)"

DISK ZUM 1. MAI :

AUF ZUM INTERNATIONALEN SOLIDARITÄTSTAG

Nachdem der Progressive Gewerkschaftsbund der Türkei, DISK, im letzten Jahr den 1. Mai zum ersten Mal seit über 50 Jahren trotz des bestehenden Verbotes jeder politisch-gewerkschaftlicher Aktivität als Tag der internationalen Solidarität mit einer machtvollen Demonstration beging, rief sie ebenso in diesem Jahr zu einer zentralen Demonstration in Istanbul auf.

Der staatlich protegierte Türk-İş hält währenddessen an dem offiziellen "Frühlings- und Blumenfest" fest. Wegen seiner immer deutlicher zur Tage tretenden Versöhnungspolitik mit den Unternehmern und Rechtskräften verliert der Türk-İş immer mehr Mitglieder an den DISK; allein in den letzten zwei Jahren traten über 200.000 Arbeiter in den DISK ein.

DISK sprach sich auch deutlich für die CHP bei der bevorstehenden Wahlen aus, da nur sie eine antifaschistische Alternative darstelle und für die Aufhebung der Gesetzesparagraphen eintrete, die u.a. das Verbot der kommunistischen Partei der Türkei begründen.

Die Auflösungserscheinungen im Türk-İş beschleunigten sich, als der Vorstand trotz eindeutigen Bestimmungen der Satzung sich über eine Empfehlung an die Mitglieder bezüglich der bevorstehenden Wahlen nicht einigen konnte. Es wurde bekannt, dass mehrere Vorstandsmitglieder von den Parteien der "Nationalistischen Front", zwei sogar von der neofaschistischen MHP als Kandidaten aufgestellt werden. Ein weiteres Vorstandsmitglied wurde Ende April wegen Unterschlagung verhaftet.

Am 28. April erklärte eine der grössten Gewerkschaften im Türk-İş, OLEYİS mit 55.000 Mitgliedern, in der vor allem Arbeiter und Angestellte aus dem öffentlichen Dienst organisiert sind, ihren Austritt aus dem Türk-İş. Der geschäftsführende Ausschuss rief zur Teilnahme an der Mai-Demonstration des DISK und zur Unterstützung der CHP bei den Wahlen auf.

LEHRERVERBAND DER TÜRKEI :

37.000 LEHRER STRAFVERSETZT

Nach Angaben des TÖB-DER, des 100.000 mitgliederstarken Lehrerverbandes der Türkei, sind seit der Machtübernahme der Nationalistischen Front 37.000 Lehrer wegen ihrer politischen Gesinnung strafversetzt, entlassen oder Verfolgungen ausgesetzt worden.

In den letzten zwei Jahren seien gegen den TÖB-DER 300 % mehr Strafverfahren wegen politischer "Vergehen" eingeleitet worden als im vergleichbaren Zeitraum vorher. So wurde der TÖB-DER gleichzeitig mit der Angestelltengewerkschaft TÜM-DER und dem Verband technischer Fachkräfte TÜTED zweimal ohne Gerichtsbeschluss verboten; sie konnten erst durch Beschwerden beim türkischen Verfassungsgreicht wieder eröffnet werden.

-Wie der Vorsitzende des TÖB-DER jetzt auf einer Pressekonferenz bekanntgab, hat sich die Zahl der von den Kommandos der MHP ermordeten Lehrer auf zehn erhöht. Die faschistoiden Inhalte der obligatorischen Lehrbücher seien trotz anhaltender Proteste der Eltern und der Lehrer nicht geändert worden. So müssen die schulpflichtigen Kinder die Heroisierung der türkischen Rasse und die Identifizierung der Nachbarvölker als "feindliche, den Türken nicht ebenbürtige Nationen" lernen.

TÜRKISCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT GEGRÜNDET

Am 3. April 1977 wurde auf einer Versammlung, zu der die Anwaltskammer Istanbul eingeladen hatte, die Gründung der Türkischen Friedensgesellschaft beschlossen. Unter den Gründungsmitgliedern befinden sich neben einer Reihe Juristen über hundert Gewerkschaftler, Autoren, Künstler und Wissenschaftler.

In dem Gründungsauftrag der Friedensgesellschaft werden alle friedliebenden Kräfte in der Türkei aufgerufen, sich an den Aktionen der Friedensbewegung zu beteiligen. Der Vorstand erklärte, die Zielsetzung der Gesellschaft sei in erster Linie die organisatorische Einheit der türkischen Friedensbewegung herzustellen, um effektiver an der Festigung des Weltfriedens und an der Beendigung des Wettrüstens zu arbeiten.

Der Koordinierungsausschuss des TBÖK hat in einem Schreiben die Gründung der Türkischen Friedensgesellschaft wärmstens begrüsst und ihr ein erfolgreiches Wirken für den Frieden in der Welt gewünscht.

WACHSENDER DRUCK AUF FRAUEN- UND JUGENDVERBÄNDE

Nachdem der IGD (Verband der progressiven Jugend) zum Hauptangriffsziel der Grauen Wölfe in der Jugendbewegung wurde, und schon mehrere Mitglieder des Verbandes, vor allem jugendliche Arbeiter Terroranschlägen zum Opfer fielen, geriet nun auch der IKD, Verband progressiver Frauen, in

die Schusslinie der Nationalistischen Front. Der IKD hatte auch Ende Februar in Istanbul eine Demonstration unter dem Spruch "Schluss mit der Ermordung unserer Kinder!" organisiert, an der über 25.000 Frauen und Mütter teilnahmen.

Die Angriffe der Kommandos richteten sich insbesondere gegen die aktiven Mitglieder beider Organisationen. In den letzten Wochen wurde in verschiedenen Städten auf die Versammlungen ziellos das Feuer eröffnet. Die Zentrale des Progressiven Jugendverbandes, IGD, wurde Ende April total demoliert.

TÜRKISCHE WÄHLERINITIATIVE IN EUROPA GEGRÜNDET

In Anwesenheit vom Senator Prof. Alacakaptan, CHP, wurde am 16. April in Bonn die "Türkische Wählerinitiative in Europa" gegründet, in der türkische Arbeiter, Gewerkschaftler, Journalisten, Lehrer und Sozialarbeiter wirken. In ihrer ersten Stellungnahme verurteilte die Türkische Wählerinitiative die herrschenden Wahlbestimmungen in der Türkei scharf, da sie den im Ausland lebenden Türken im Wahlalter (ca. 600.000) weder die Möglichkeit einer Briefwahl noch der Wahlbeteiligung im Ausland einräumten.

Die Beteiligung an der Wahl sei vielmehr mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die Wähler müssen, Monate vor der Wahl, bei den Konsulaten die Eintragung in die Wahllisten beantragen, was von den Konsulaten oft genug aus nebensächlichen Gründen verweigert werde. Sie müssen von den Firmen Urlaub bekommen können, um an ihrem Heimatort zur Urne zu gehen.

Trotzdem rief die Türkische Wählerinitiative zu einer breiten Beteiligung an den Wahlen und zur Unterstützung der CHP auf. Auf der Gründungsversammlung wurde auch der Aufruf des TBÖK der Öffentlichkeit übergeben, in dem "trotz einiger Verzögerungen der CHP in der Wahrung der demokratischen Grundrechte mit gebührender Entschlossenheit," bei den bevorstehenden Wahlen zu ihrer Unterstützung aufgerufen wurde, da sie als einzige zugelassene antifaschistische Partei und mit der Möglichkeit einer Regierungsalternative in die Wahl gehe. Es käme jetzt auf die Sicherung der ordentlichen, demokratischen Durchführung der Wahlen. Danach werde die CHP an ihrer Haltung gegenüber den Werktätigen zu messen sein, mit deren Unterstützung sie jetzt in die Wahl gehe.

Schulische und berufliche Ausbildung

AUSLÄNDISCHE KINDER IN DER BRD

Die desolate Schulsituation türkischer Kinder, realistisch dargestellt in dem Dokumentarfilm "DesORIENTIert?" von Aysim und Yağmur Atsız, erweist sich immer mehr als ein Dauerzustand. Die Verbesserung der schulischen und beruflichen Ausbildung ihrer Kinder steht bei den Forderungen ausländischer Familien an erster Stelle mit der Aufhebung der Zuzugssperren und der Verwirklichung der Familienzusammenführung.

Die erschreckende Konzeptionslosigkeit der Länder in diesem Bereich wurde Mitte März auf einer GEW-Landestagung in Dortmund erneut scharf kritisiert, wobei die Feststellung, 80% der türkischen Schüler erreichten den Hauptschulabschluss nicht, eher als "beschönigend" bezeichnet werden kann.

Zugleich häuften sich die Bemühungen der Nationalistischen Front, ihren Einfluss auf türkische Kinder und Lehrer durch eingeflogene Lehrer und sogenannte Bildungsräte zu vergrößern.

Diese Bemühungen stossen jedoch auf zunehmenden Widerstand der Eltern und der türkischen und deutschen Lehrer. Als der Frankfurter Bildungsrat an die Schulkinder 'kostenlose' Zeitschriften verteilte, in denen die Griechen als "Erzfeinde" bezeichnet und die Entstehungsgeschichte der "Grauen Wölfe" in einer herdisierenden Form widergegeben wurde, forderte die GEW Frankfurt die Schulleiter auf, diesen 'Bildungsrat' nicht mehr in die Schulen hineinzulassen.

Der GEW-Stadtverband Frankfurt machte auch auf einen Trick des kürzlich zu Besuch in der Bundesrepublik weilenden, als "Kommando Nail" berüchtigten türkischen Erziehungsministers, A. Nail Erdem, aufmerksam: mit erheblichem Propaganda-Aufwand bot er von den deutschen Schulbehörden eingestellten türkischen Lehrern, die er bis jetzt nicht unter seiner Kontrolle hatte, "Übernahme-Verträge", nach denen diese türkische Lehrer gleichzeitig (um angeblich in der Zukunft die Rentenansprüche zu vereinfachen) in den türkischen Staatsdienst eintreten sollten. Auf dem Fragebogen stehen auch eindeutig politische Fragen. GEW-Frankfurt warnte die türkischen Lehrer vor der Unterschreibung dieser Verträge.

Die Misere in der beruflichen Ausbildung der ausl. Jugendlichen stand im Mittelpunkt einer Diskussion am 23.4. in Münster, auf der der Vorsitzende des DGB Kreises J. Wildemann und der Sekretär des FIDEF anwesend waren. Sie forderten übereinstimmend Aufhebung des Stichtages für die Jugendlichen und gezielte Berufsberatung sowie effektiven Sprachunterricht. Auch das Recht auf berufliche Ausbildung sei ein zu verwirklichendes Menschenrecht in der Bundesrepublik, betonten die Diskussionsteilnehmer.

F.Almanya ve Batı Berlindeki
Türkiyeli Öğretmenler Derneği
1 Berlin 21 Emdenerstr. 39

9.Mart.1974

Sayın Öğretmen Arkadaş ,

Derneğimizin teklifi üzerine, Öğretmenler Sendikası (GEW) Berlin şubesi 28 Subat ve 1 Mart tarihlerinde "yabancı işçi çocuklarının ve gençlerinin e eğitim ve öğretim sorunlarıyla" ilgili bir seminer düzenlemiştir.

Bu seminere, yine teklifimiz üzerine, Türkiye'deki öğretmenlerin tek örgütü TÖB-DER Genel Başkanı Ali Bozkurt' da davet edilmiş ve katılmıştır. 130, yabancı işçi çocuğu okutan, yerli ve yabancı öğretmen, sendikacı ve eğitim yetkililerinin katıldığı seminerde dört çalışma grubu tarafından, şu konular işlenmiştir:

- İlk ve orta öğretimde yabancı işçi çocuklarının ders sorunları
- Yabancı gençlerin meslek eğitim sorunları
- Yabancı öğretmenlerin durumu
- Eğitime etki eden okul dışı faktörler

Bu konularla ilgili olarak şu önemli talepler kamuoyuna açıklanmıştır.

- Yabancı çocuklarının alman okullarına intibakları sorunu, ancak onların eşit haklara sahip olmaları prensibinden çıkarak çözüm bulabilir.
- Okul çağındaki tüm yabancı işçi çocuklarının okula devam haklarının sağlanması
- Çocukların özel durumlarını gözeten özel metotlarla almanca dersi verilmesi,
- Gençleri meslek öğrenimine hazırlayan kursların açılması,
- Yabancı gençlerin tümüne öğrenim yardımı yapılması ,
- Yabancı öğretmenler yerli öğretmenlerle eşit duruma getirilmelidir.

Yayın organımızın bu sayısı, özel olarak bu konulara değinmektedir.

Sayın Arkadaş,

Yayın organımız, özellikle F.Almanya ve B.Berlin'deki çocuklarımızın okul sorunlarını ve öğretmenlerimizin durumlarını dile getirmektedir. Bu bakımdan öğretmen arkadaşların, yayın organımızla bağ kurması kendi yararlarıdır.

Mali olanaklarımız sınırlı olduğundan, gelecek sayılarımızı, abone olmayan arkadaşlara gönderebilmemiz mümkün olamayacaktır.

Arkadaşlarımızı, gazetemize abone olmaya çağırıyoruz.

Yıllık abone ücreti 10.- DM. tır.

Abone ücretlerini,

ATÖD

Mehmet Çakır

1 Berlin 21, Emdenerstr. 39

adresine postalayınız veya mektupla gönderiniz.

Arkadaşlarımızın ayrıca, Tüm Öğretmenler Birleşme ve Dayanışma Derneği (TÖB-DER) yayın organına, Derneğimiz üzerinden abone olma imkanları vardır. TÖB-DER Dergisi yıllık abone ücreti de 10.- DM tır.

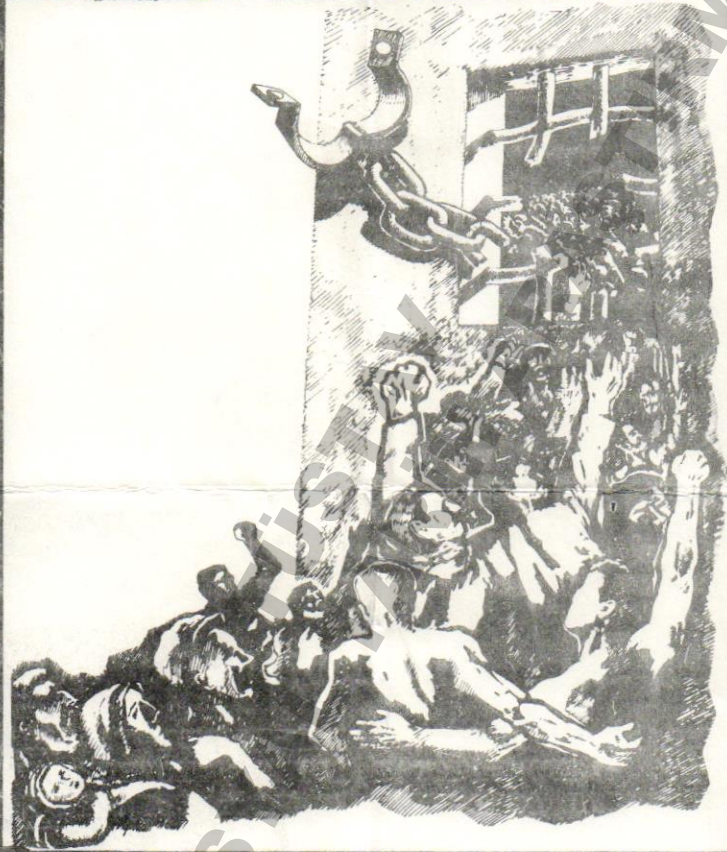
Selamlarımızla.

Af komitesi gecesi

TÜRKİYE'DE TÜM POLİTİK TUTUKLULARA ÖZGÜRLÜK

BATI BERLİN AF KOMİTESİNİ OLUŞTURAN-T.AKADEMİKERLER DERNEĞİ, T.ÖĞRENCİ BİRLİĞİ, T.TOPLUMCULAR OCAGI, T.ÖĞRETMENLER DERNEĞİ, T.DEMOKRATİK İŞÇİ DERNEĞİ-ÖRGÜTLERİ TÜRKİYE'DEKİ TÜM POLİTİK TUTUKLULARIN SERBEST BIRAKILMASI VE 12 MARTI YERME AMACIYLA BİR GECE DÜZENLEMİŞTİR ,

BU GECEYE OKUYAN, ÇALIŞAN TÜM YURTTAŞLARIMIZI ÇAĞIRIRIZ.



GECEİN KÜLTÜR PROGRAMI:

AŞIK FERMANİ - RAHİMİ SALTUK

İŞÇİ KOROSU T.T.O. FOLKLOR EKİBİ T.A.D.

16.MART. CUMARTESİ , SAAT: 19⁰⁰

ADRES: ALTE MENSA , I BERLIN 12 , HARDENBERG STR. 35

U-BAHN: ZOOLOGISCHER GARTEN-ERNST REUTER PLATZ

BUS: 54,55,62,90,23

(Platform)

AVRUPA

KOORDINASYON KURULU BARİŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Frankfurt/Main, 6.7.1975

Türkisches Europakomitee
für Frieden und Freiheit

B İ L D İ R İ

Hitler Faşizminin yenilgisinden buyana 30 yıl geçti. Avrupa Kıtası, İkinci Dünya Harbinin bitmesinden sonra, tarihinin en uzun barış devresini yaşadı. Emperyalizm yeni bir dünya harbi çıkaramadı. Bölgesel harpler açma, yeni harp ocakları alevlendirme politikası iflas ediyor. Vietnam ve Kamboçyada ulusal kurtuluş savaşı veren halklar özgürlüğe ve barışa kavuştu. Emperyalizmin harpçilik politikasının kolunu bükme ve gerginliği giderme savaşında, sosyalist ülkeler topluluğu ve diğer ülkelerdeki barışçı güçlerin ortak girişimleri, belirleyici rol oynuyor. Bu süreç içinde, önümüzdeki günlerde Helsinki'de toplanacak olan Avrupa Güvenlik ve İşbirliği Konferansı tarihi bir önem taşıyor. Türk Hükümeti, bu konferansta barışa ve yumuşamaya doğru askeri alanda atılacak adımlara karşı çıktı. Oysa halkımız ve bütün barışsever güçler, Türk Hükümetinin bu tavrından vazgeçmesini ve konferansın alacağı kararları hayata geçirmesini istiyor.

Bölgemizde barışın ve güvenliğin sağlanması için, Kıbrıs Cumhuriyetinin bağımsızlığı, toprak bütünlüğü, egemenliği, yabancı askeri üs ve birliklerden arınması, her iki toplumun temel haklarının gözetilmesi gerekiyor.

Dünya Barış Konseyinin girişimi sonucu ilan edilen "Kıbrıs'la Dayanışma Haftası" nedeniyle bir kere daha Kıbrıs sorununa NATO kışkacında değil, ancak Birleşmiş Milletler çerçevesinde çözüm bulunabileceğini tekrarlarız.

Ülkemizde, emperyalizmin ve işbirlikçi güçlerin çatıştırdığı Demirel hükümeti, dünyada ve Avrupadaki yumuşama sürecine ters düştü. Ve yurdu-muzda halkımıza karşı harp açtı. Gün geçmiyorki, ülkemizin bir bölgesinde işçilere, köylülere, öğrencilere, öğretmenlere, yurtsever subay ve erlere saldırılmasın, Kürt yurttaşlarımıza baskı yapılmasın. İhanet Cephesi Hükümeti, faşist komandolar, yalnızca komünistleri, sosyalistleri değil,

barış ve özgürlükten yana bütün güçleri ateş altına alıyor. Gerde'de CHP Mitingine saldırdı. Diyarbakır'da kan döktü.

Hırsız Demirel, Faşist Türkes, Toprak Ağası Feyzioğlu, Dintüccarı Erbakan MİT ajanlarından, faşist komandalardan, Anadolu Ajansına kadar her türlü araçtan yararlanıyorlar. Saldırılarından provokasyonlara kadar her yöntemi kullanıyorlar.

Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi'nin imzası ile düzmece bildiriler piyasaya sürüyor. MİT eliyle Demirel'e yumruk attırarak faşist teröre ortam hazırlıyor. Fakat halkımız, ilericiler oyuna gelmiyor. Tertipler, yurtiçinde ve dışındaki barış ve özgürlük mücadelesi veren güçleri ayıramıyor, yıldırıyor.

Faşist karması hükümet İzmir'de genel greve giden işçilerin üzerine polis sürüp kan dökmediği için İzmir Valisini görevinden aldı. Emniyet Müdürünü istifaya zorladı. Polis teşkilatına ve Silahlı Kuvvetlere kendi adamlarını yerleştirme çabaları, bu kadrolarda tepkilere yolaçıyor.

Bu hükümet danıştay kararlarını çiğniyerek bir kere daha yasa dışına düştü. İsmail Cem'in TRT Genel Müdürlüğü görevine devam etmesine zorbalıkla engel olundu.

Halkımız Amerikan emperyalizmine, İkili Antlaşmalara, NATO'culuğa, silahlanma yarışına karşı sesini yükseltirken, Demirel Brüksel'de NATO'ya el çekti. Çeşitli oyunlarla Amerikanın askeri üslerinin varlığını korumaya çalıştı. Halkın belini büken işsizliğin, pahalılığın provokasyon ve saldırıların asıl kaynağı emperyalizme olan bağımlılıktır. Demirel hükümeti emperyalizmin, memleketimizdeki politik üssüdür.

Bu halk düşmanı hükümeti alaşağı etmek, halktan yana bir hükümeti işbaşına getirmek için bütün barıştan ve özgürlükten yana güçlerin iş ve eylem birliği zorunluluktur.

Yurtdışında çalışan ve okuyan yurttaşlarımızın yer aldığı 37 örgütten oluşan ABÖK bu uğurdaki mücadeleyi vargüçüyle destekliyor.

Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi aşağıdaki taleplerini bir kez daha tekrarlıyor:

-Ülkemizdeki faşist saldırılara son verilmeli, MHP ve Ulkü Ocakları kapatılmalıdır. Sıkıyönetim kaldırılmalı, Devlet Güvenlik Mahkemeleri kapatılmalı, çağ dışı işkencelere son verilmelidir.

-TCK'nundaki 141, 142, 146 ve benzer faşist maddeler kaldırılmalıdır.

-Emekçilerin, gençliğin, memur ve subayların, özgürce örgütlenme, ve sendikalaşmasına konan yasaklar, 52 yıldan beri illegal çalışmak zorunda bırakılan Türkiye Komünist Partisine konan yasak kaldırılmalıdır.

-NATO'dan çıkılmalı, İkili Anlaşmalar feshedilmeli, yurdumuzdaki Amerikan üsleri kaldırılmalı, bağımsız, barışçı bir politika izlenmelidir.

-Bu taleplerin gerçekleşebilmesi için,bütün ilericileri,yurtseverleri,sosyaldemokratları,sosyalistleri,komünistleri birliğe ve dayanışmaya çağırıyoruz.

AVRUPA BARIŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİNİ OLUŞTURAN ÖRGÜTLER:

- 1.Avrupa Türkiyeli Toplumcular Federasyonu (ATTF)
- 2.İngiltere Türkiyeli İlericiler Birliği
- 3.İngiltere Türk Öğrenci Federasyonu -Kıbrıs.
- 4.Türkiyeli İşçiler Sendika Komitesi
- 5.B.Berlin Türkiyeli Akademisyenler Derneği
- 6.B.Berlin Türkiyeli Öğretmenler Derneği
- 7.B.Berlin Türkiye Kadınlar Birliği
- 8.B.Berlin Türkiye Gençler Birliği
- 9.B.Berlin Demokratik İşçi Derneği
- 10.İngiltere Kadınlar Birliği
- 11.Türkiyeli İşçiler Dayanışma Birliği-Köln.
- 12.ATTF Fransa Çalışma Grubu
- 13.Fransa Türkiyeli Öğrenciler Birliği
- 14.Fransa Türkiyeli İlericiler Birliği
- 15.~~Hollanda~~ Türkiyeli İşçiler Birliği
- 16.Fransa Türkiyeli Genç Ressamlar Grubu.
- 17.Federal Almanya Türk Gazetecileri,Sendikacıları,
Sosyal Danışmanları Koordinasyon Komisyonu
- 18.Türkiyeli İşçiler Kültürel-Siyasal Çalışma Grubu-Stuttgart
- 19.Kıbrıs Türk Demokrasi Derneği
- 20.İngiltere Türk Öğrenci Federasyonu
- 21.Türk Güzel Sanatlar Derneği
- 22.Münih Türkiyeli Toplumcular Ocağı
- 23.B.Berlin Türk Toplumcular Ocağı
- 24.Frankfurt Türkiyeli İşçiler Birliği
- 25.Frankfurt Türk Halkevi
- 26.Frankfurt Türkiyeli Öğretmenler Birliği
- 27.İşçi Dayanışma Derneği-Frankfurt
- 28.Mannheim Türk Toplumcular Ocağı
- 29.Stuttgart Türkiyeli Toplumcular Ocağı
- 30.Wanne Eicken İşçi Birliği
- 31.İsveç Türk Toplumcular Ocağı
- 32.Belçika Türkiyeli İşçiler Birliği
- 33.Kassel Türkiyeli Toplumcular Birliği
- 34.Dortmunt ATTF Çalışma Grubu
- 35.Gelsenkirchen ATTF Çalışma Grubu
- 36.Stuttgart Kadınlar Birliği
- 37.Willingen-Schwenningen Çalışma Grubu

(22)

AVRUPA KOORDİNASYON KURULU BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

6 Frankfurt/M, Bockenheimer - Adalbert Strasse 29

Yurdumuzda işsizlik, pahalılık, zamlar aldı yürüdü. Halkımızın yaşama şartları günbegün ağırlaşıyor. 6 aydan beri hükümet kurulamıyor. Emperyalizme bağımlı işbirlikçi burjuvazi, ülkemizi sürüklediği bunalımdan terörle, baskıyla çıkmak istiyor. Halkımızın yükselen ekmek, özgürlük, barış ve demokrasi savaşını kırmak istiyor. Grev yapan işçinin, toprak isteyen köylünün üzerine polisi, jandarmayı sürüyor. Hakkını isteyen asubayları, ordudan çıkarıyor, hapsediyor.

Emperyalizmin, NATO'nun, yerli-yabancı büyük sermayenin, toprak ağalarının temsilcisi AP, CGP, MHP, MSP gibi partiler halkımıza karşı ihanet cephesi kuruyor. Ülkü Ocaklarını, faşist komandoları halkın, gençliğin, öğrencilerin, öğretmenlerin üzerine saldırtıyor. Fakat halkımız faşist saldırılara boyun eğmiyor. Bunlara yığinsal eylemlerle karşı çıkıyor. Komandoların vurduğu Kerim Yaman'ın cenaze törenine 50 binin üzerinde işçi, köylü, memur, öğrenci, öğretmen ve subay katıldı. Yurtsever, ilerici, demokratik güçler, CHP'liler, sosyalistler, komünistler omuz omuza yürüdü. TÖB - DER'in 52 ilimizde düzenlediği pahalılığa ve faşizme karşı yürüyüş, miting ve toplantılara 250.000'den fazla yurttaşımız katıldı. CIA'nın akıl verdiği ihanet cephesi, faşist komandoları, öğretmenlerin, işçilerin, köylülerin üzerine sürdü, ateş açtırdı. 5 yurttaşımız öldürüldü, 200'den fazlası yaralandı. İlerici gazete ve kitapçılar, CHP büroları yakıldı, yıkıldı. Irmak Hükümetinin polisi saldırılara destek çıktı...

Bu durumda faşizme ve emperyalizme karşı çıkan güçlerin, işçilerin, köylülerin, sendikaların, ilerici gençliğin, öğretmenlerin, yurtsever subayların, demokratik solun, sosyalistlerin, komünistlerin güçbirliği zorunludur ve yığinsal mücadele içerisinde fiilen oluşmaktadır.

Yurtdışında çalışan ve okuyan yurttaşlarımızın kurduğu 28 örgütten oluşan Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi 22/23 Şubat 1975 tarihlerinde F. Almanya'nın Frankfurt şehrinde toplandı. Frankfurt Başkonsolosluğuna faşist saldırıları protesto eden siyah bir çelenk konuldu. 22 Şubat akşamı Alman Sendikalar Birliği DGB salonlarında düzenlenen gecede 700'den fazla işçimiz faşist saldırılara karşı çıktı, yurttan iş ve özgürlük istedi... Aynı gün de F. Almanya sosyal danışmanlar toplantısında (Türk - Danış Memurları) TÖB - DER'e faşist saldırılara karşı dayanışma mesajı gönderilmesi kabul edildi. Merkezi Frankfurt'a taşınan Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesi önümüzdeki mücadele hedefleri olarak şu kararları aldı:

- Ülkemizdeki faşist saldırılara son verilmeli, MHP ve Ülkü Ocakları kapatılmalıdır,
- Sıkıyönetim kaldırılmalı-Devlet Güvenlik Mahkemeleri kapatılmalıdır
- TCK'nundaki 141, 142, 146 ve benzer faşist maddeler kaldırılmalıdır
- Demokratik bir ortamda erken seçimlere gidilmeli, bunun için demokratik bir seçim hükümeti kurulmalı, seçmen yaşı 18'e indirilmeli, yurtdışındaki işçilere seçim hakkı tanınmalıdır.

İNGİLTERE BARIŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ
(Avrupa Barış ve Özgürlük Komitesine Bağlıdır)

10.Haziran.1975

H A L K I N I Z A

Eli kanlı ihanet cephesi hükûmeti hergün yeni cinayetler işliyor. Faşist sürüler hergün yurtseverlerin, ilericilerin kanına giriyor. En son TÖB-DER Sakarya Şubesi saymanını öldürdüler. Şube başkanını yaraladılar.

İhanet cephesi hükûmeti Ankara'da 19 Mayıs gösterilerini iptal etti. Kamuoyunun baskılarıyla gösteri ve törenler 31 Mayıs'ta yapıldı. Gösteriler sırasında halk, "Süleyman başvekil, işçi-köylü aç sefil." diye bağırdı. "Demokrasi", "Özgürlük", "Özerk Üniversite", "Faşizme Hayır" yazılı pankartlar gösterilerden sonra yerlere çakıldı.

Polis bunun üzerine 80 kadar ilerici, yurtsever genci tutukladı. Tutuklananlara, Ankara Emniyet Müdürlüğü'nün işkence odalarında günlerdir insanlık dışı işkenceler yapılıyor. Bu arkadaşlar bir kibrit kutusu içinde basına ulaştırdıkları mektupta, günlerdir falaka dayığı yediklerini, yaralarına, tuz basılarak yürümeye zorlandıklarını bildirdiler. Aynı mektupta aralarından 8 kişinin bilinmeyen bir yere götürüldüğünü açıkladılar.

Bu baskılar, bu işkenceler ne ilk, ne de sondur. Amerikancı, eli kanlı ihanet cephesi baskı ve yıldırı yöntemleriyle iktidara yerleşmek istiyor.

Bütün bu baskılara karşı çıkmak, Ankara Emniyet Müdürlüğü'nde işkence gören devrimcileri kurtarmak, bunun için eylemler yapmak, tüm ilericilerin, sosyal demokratların, sosyalistlerin, komünistlerin görevidir.

Yurt dışında okuyan ve çalışan bizler işkence altındaki kardeşlerimizi var gücümüzle desteklediğimizi, bu çağ dışı, insanlık dışı işkenceleri şiddetle kınadığımızı duyururuz.

Kahrolsun Faşizm .

Yaşasın Demokrasi ve Bağımsızlık savaşımız .

İNGİLTERE BARIŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

İngiltere Türkiyeli İlericiler Birliği	(İTİB)
İngiltere Türk Öğrenci Federasyonu	(İTÖF)
London Eating Houses İşçiler Komitesi	(LİK)
Kıbrıs Türk Demokrasi Derneği	(KTDD)
Ulaşım ve Genel İşçiler Sendika Şubesi	(T.GWU)
İngiltere Kıbrıslı Türk Öğr. Federasyonu	(İKTÖF)
Türk Güzel Sanatlar Derneği	(TGSD)

AVRUPA BARIŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİNİ OLUŞTURAN ÖRGÜTLER:

- 1. FRANKFURT TÜRKİYELİ İŞÇİLER BİRLİĞİ
2. HOLLANDA TÜRKİYELİ İŞÇİLER BİRLİĞİ
- 3. FRANKFURT TÜRK HALKEVİ
- 4. İŞÇİ DAYANIŞMA DERNEĞİ-FRANKFURT
- 5. FRANKFURT TÜRKİYELİ ÖĞRETMENLER BİRLİĞİ
6. BELÇİKA TÜRKİYELİ İŞÇİLER BİRLİĞİ
7. İSVEÇ TÜRK TOPLUMCULAR OCAĞI
- △ 8. İNGİLTERE TÜRKİYELİ İLERİCİLER BİRLİĞİ
- △ 9. İNGİLTERE TÜRK ÖĞRENCİ FEDERASYONU-KIBRIS
- △ 10. TÜRKİYELİ İŞÇİLER SENDİKA KOMİTESİ-İNGİLTERE
- + 11. BATİBERLİN TÜRKİYELİ AKADEMİSYENLER VE SANATÇILAR DERNEĞİ
- + 12. BATİBERLİN TÜRKİYELİ ÖĞRETMENLER DERNEĞİ
- △ 13. İNGİLTERE TÜRKİYELİ KADINLAR BİRLİĞİ
- + 14. BATİBERLİN TÜRKİYE KADINLAR BİRLİĞİ
- + 15. BATİBERLİN TÜRK TOPLUMCULAR OCAĞI
16. MÜNİH TÜRKİYELİ TOPLUMCULAR OCAĞI
17. AVRUPA TÜRKİYELİ TOPLUMCULAR FEDERASYONU (ATTF)
- + 18. BATİBERLİN DEMOKRATİK İŞÇİ DERNEĞİ
- + 19. BATİBERLİN TÜRKİYE GENÇLER BİRLİĞİ
20. FRANSA TÜRKİYELİ ÖĞRENCİLER BİRLİĞİ
21. FRANSA TÜRKİYELİ İLERİCİLER BİRLİĞİ
22. ATTF FRANSA ÇALIŞMA GRUBU
23. TÜRKİYELİ İŞÇİLER DAYANIŞMA BİRLİĞİ-KÖLN
24. FRANSA TÜRKİYELİ GENÇ RESSAMLAR GRUBU
25. MANNHEİM TÜRK TOPLUMCULAR OCAĞI
26. STUTTGART TÜRKİYELİ TOPLUMCULAR OCAĞI
27. WANNE EICKEL İŞÇİ BİRLİĞİ
28. KASSEL TÜRKİYELİ TOPLUMCULAR BİRLİĞİ
29. TÜRK GÜZEL SANATLAR DERNEĞİ-FRANSA
30. STUTTGART TÜRKİYELİ KADINLAR BİRLİĞİ
31. ATTF DORTMUND ÇALIŞMA GRUBU
32. ATTF GELSENKIRCHEN ÇALIŞMA GRUBU
33. ATTF WILLINGEN-SCHWENINGEN ÇALIŞMA GRUBU
- △ 34. İNGİLTERE TÜRK ÖĞRENCİ FEDERASYONU
- △ 35. KIBRIS TÜRK DEMOKRASİ DERNEĞİ-İNGİLTERE
36. TÜRKİYELİ İŞÇİLER KÜLTÜREL-SİYASAL ÇALIŞMA GRUBU-STUTTGART
37. FEDERAL ALMANYA TÜRK GAZETECİLERİ-SENDİKACILARI-SOSYAL DANIŞMANLARI KOORDİNASYON KOMİSYONU

AVRUPA KOORDİNASYON KURULU BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

K A M U O Y U N A

Frankfurt, 19.10.1975

12 Ekim Kısmi Senato ve milletvekili ara seçimleri yapıldı. Bu seçimler, işçi sınıfımız ve halkımız için eşit olmayan koşullar altında geçti. Seçim alanları yer yer kanlı bıçaklı biçimler aldı. İnsanlar ölürüldü.

MIT'in, CIA'nin, Maocuların provakasyonları, NATO manevraları, Kürt yurttaşlarımıza karşı uygulanan baskı ve sindirme eylemleri, bu arada sosyalist geçinen bazı çevrelerin seçimleri boykot etme niteliğindeki girişimleri, halkımızın seçimlere katılma oranını düşüren nedenler arasındadır.

Bu seçimler: Barıştan ve özgürlükten yana güçlerle; emperyalistlerin, gerici-faşist karması MC iktidarının arasındaki karşılıklı yeralma sürecini daha belirginleştirdi, daha da yoğunlaştırdı.

AP ve gerici güçler 1973 seçimlerinde kaybedilmiş mevzilerini tekrar ele geçirebilmek için her yola baş vurdular. AP, Demirel ve takımı ve takımı bütün bunlara rağmen istedikleri sonucu elde edemediler. Türün gibi faşist cellatlar, MSP'nin şeyhleri, derebeyleri, ağaları, nurcuları halkımızın oyları ile reddedildi.

İlerici güçler bu savaş alanında bir daha güç kazandı. Fakat bu yeterli değildir. Faşist karması hükümet, Demireller, Erbakanlar, Türkeşler, Feyzioğulları hâlâ iş başındadır.

Emperyalizm, NATO'suyla, CENTO'su, Dünya Bankasıyla bunların arkasındadır. Bunlar, ülkemizdeki üsler, tesisler, atom başlıklı yığınaklar ile Orta-Doğu halklarının, halkımızın, komşularımızın, barıştan ve özgürlükten yana tüm halkların güvenliğini tehdit etmektedirler.

Bu aşamada, işçi sınıfımızın, halkımızın, onun gerçek sendikal ve politik örgütlerinin, Demirel hükümetini alaşağı etmek, ilerici güçlerin kazanımlarını gereği gibi korumak ve ileriye götürmek için verdikleri savaşta, ABÖK üstüne düşen görevi yapacaktır.

Bu mücadelede en büyük yengisel güç, işçi sınıfımızın, halkımızın, bütün ilerici ve barışsever güçlerin birliğidir.

AVRUPA BARIŞ VE ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

AVRUPA KOORDİNASYON KURULU BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit

Değerli Dostlar,

Frankfurt, 27.10.75

20.10.75 tarihli mektubumuzla, Temsilciler Kurulu toplantısının 22-23 Kasım 1975 tarihlerinde yapılabileceğini bildirmiş-tik. Ne varki bazı teknik nedenlerden ötürü toplantı tarihini bir hafta geriye (29-30 Kasım 1975) ertelemek zorunda kaldık. Toplantı yine aynı yerde yapılacaktır. (HAUS DER YUGEND)

Toplantı ile ilgili önerilerinizi ve yatacak yer ayırtabilme-miz için de kaç kişi ile katılmak istediğinizi en kısa zaman-da bize bildirmenizi rica ediyoruz.

ABÖK'e olan aidat borcunuzu göndermenizi veya toplantıya ge-lirken birlikte getirmenizi bekliyoruz.

Ayrıca çıkaracağımız ABÖK Haber Bülteni için, yetenekli arkadaş-lara bir amblem çizdirmenizi ve ad düşünmenizi de rica ediy-o-ruz.

Toplantıda görüşmek üzere, işlerinizde başarılar diler, selamla-rımızı yollarız.

KOORDİNASYON KURULU

Gündem Taslağı:

1. Raporların okunması ve tartışılması
2. ABÖK'e başvuru dilekçelerinin görüşülmesi
3. Haber Bülteni
4. Somut eylem önerileri
5. Kararlar ve kapanış

Not: Toplantı 29. Kasım Cumartesi saat 14.00de, Frankfurt'ta "Haus der Jugend"te yapılacaktır.

BÜYÜK GENEL AF TOPLANTISI

İŞÇİ KARDEŞLER, ÖĞRENCİ ARKADAŞLAR !

12 Mart 1971 askeri müdahalesinin üzerinden üç yıl geçti. 12 Mart öncesinde, halkımız yabancı sömürücülerle işbirliği yapan büyük patronlar ve toprak ağalarına karşı büyük bir mücadele veriyordu. İşçilerin, köylülerin, öğrencilerin, esnafın, memurun her geçen gün daha da yükselen mücadelesinden korkan sömürücüler, yüksek rütbeli subaylarla işbirliği ederek 12 Mart askeri müdahalesini yaptılar.

12 Mart askeri müdahalesiyle birlikte ülkemizde ağır baskılar dönemi başladı. Binlerce işçi, köylü, öğrenci, aydın zindanlara atıldı. İşkencelere uğradı. İşçilerin, emekçilerin haklarını savunan örgütler kapatıldı. İdam cezaları verildi ve uygulandı.

Ne var ki, bu baskı düzenini kuranlar, yani bir avuç çıkarıcı, hedeflerine ulaşamadılar. Halkın mücadelesi tüm baskılara rağmen kırılmadı. Başta işçiler olmak üzere halkımızın yılmadan verdiği mücadele zalimleri gerilettiler. Hiç de istemedikleri halde seçim yapmak zorunda kaldılar.

Seçimlere kendi partilerinden yoksun olarak giren işçiler, ilerici vaatlerle gelen partileri desteklediler. İşkencelere muhalefet eden, af çıkarmağa söz veren partilere oylarını verdiler. Ve 14 Ekim seçimleriyle halktan yana işler yapabilecek bir iktidar kuruldu ülkemizde.

Şimdi halkımız verilen vaatlerin yerine getirilmesini istiyor. Gerçek bir GENEL AF çıkarılmasını, SİYASİ TUTUKLULARIN SERBEST bırakılmasını istiyor. Aç kaldığı için ekmek çalan çocuğun, toprağı olmadığı için toprak işgal eden köylünün, ülkesinde Amerikan varlığına tahammül edemeyen öğrencinin, haklarını almak için savaşıyor işçinin hapisanelerden salıverilmesini istiyor.

ARKADAŞLAR !

İngiltere'de bulunan bizler halkımızın ayrılmaz bir parçasıyız. Ezilen, sömürülen halkımızın mücadelesine omuz vermek, katılmak bizim için borçtur.

17 MART BÜYÜK GENEL AF TOPLANTISINA KATILALIM !

Halkımızın insanca yaşamak uğruna yürüttüğü mücadeleden ayrı durmayalım !

İNGİLTERE AF KOMİTESİ

İNGİLTERE TÜRKİYELİ İLERİCİLER BİRLİĞİ - (İTİB)

TÜRKİYELİ İŞÇİLER KOMİTESİ - (TİK)

KIBRIS TÜRK DEMOKRASİ DERNEĞİ - (KTDD)

İNGİLTERE TÜRK ÖĞRENCİ FEDERASYONU - (İTÖF)

TÜRK GÜZEL SANATLAR DERNEĞİ - (TGSD)

ABÖK TOPLANTISI

57.75

①

Frankfurt

Tartışma:
Haberleşme:

B. Önal,
6. Ffm, Hansenweg 27
Tel: 0611-651127
72 7146
06196-33 34

- İkili antlaşmalar iç gücü bizzat
- "Ülke Olaklarının iç gücünü anlatan broşür"
- Sosyalist Birliğin kuruluşu Savın'daki yordamı hakkında bizzat
halkın eldeki bilgi ve deneyimleri,
Bunlar (Bach-Bedin örgütüne yollarıdır. Onlar bizzatını çıkararak.
Ekremden bizzat getirmesi istenmiştir.

Gündem:

- 1) Çalışma Raporu, teminliklerin raporları
- 2) Platform
- 3) Yeni üyelikler
- 4) Öneriler ve kararlar
- 5) Kapanış

Münih: a) 15 ~~teminlik~~ toplantılar ~~teminlik~~ Bildiri dağıtıldı.
b) Münih'te komite oluşturulmuş. Çalışmalar sürdürülmüştür.
c) 1 Mayıs ABÖK'nin belgeleri ile miting yapıldı.

ABÖK Toplantılarının katılımcıları: (Rapor Okuyanlar)
İTİB, İngiltere BÖK, Stuttgart TTO, Stuttgart Kültürel ve ~~Siyasal~~ Çalışma Komisyonu,
Hollanda Türkçe İşleri Birliği, Bach-Bedin BÖK, Sosyal ve Sendikalar Çalışma Komisyonu,
Mannheim TTO, Wanne-Eickel İşleri Birliği, Münih TTO, Frankfurt Türkçe İşleri
Birliği. Ayrıca: Bedin İşleri Yardımcıları Derneği (TDF'de) Prusya'da Kassel TTO'da
TÖB-DEK'den nektir geldi! in kişi katıldı.

ABÖK eylemi: Akhbedide: 100 000 bildiri dağıtıldı (28 ayrı bildiri).
Türkiye'den 1200,- DM gelir sağlandı.
Genişletilmiş yamalı iktidarı komünizmi tel'in mitingine katılan yoğun
eylem. Mitinge sadece 400 kişi katıldı. Yanı sıra dağıtıldı.

Tartışma

Öğrenci dernekleri ve onların solcu dernekleri ABÖK'inde çalışmaya
yabancılaşmış.

[Yüksek fiyatlar karşı değildir! Asık İhsaniye Fakir Bayraktar'a protestolar verilmiştir.
Bakımı ele alınmış. Bildiriler dağıtılmış.

Eleştiri:

Başın ile, enternasyonal demokratik örgütlerde ve Türkiye'deki örgütlerde
ilişkiler zayıf.

Diger örgütlerin ABÖK'e katılmasını için ne yapılmalı? Raporlara
hale getirilmeli.

Elestin: her bildiris altına örgütlenmiş AÖK üyesi olduğu yazılmış. A

3.) Mirasçılar ve eyle birliği

- 3.) Muratsaklar k. ayg.
- a) Bath Besh Türkçe Kodunlar Birliği kabul edildi. { 54 üye ile kurulmuş 60 kişiye üyedir.
- b) Frankfurt Türk Halk evi: 1964'e kurulmuştur. } kabul
- c) Frankfurt Türkçe Öğretmenler Birliği:
- d) Stuttgart Türk Kodunlar Birliği: ay-birliği ile kabul
- e) ATTF Schweriger çalışma grubu: " " "
- f) ATTF Geleneklerini Çalışma Grubu: ay birliği ile kabul
- g) Bath Besh ^{Türkçe} Gençlik Birliği: " " " (57 üye) (Lokal yola)
- h) ^{ATTF} Dortmund Çalışma grubu: 10 kişiyle birlikte dernek kurulmuş. ay birliği ile kabul
- i) Bath Besh Türk İşçi Yardımlaşma Birliği (10 ay önce kuruldu, TOF üyesi, Bath Besh Derneği ve Özgürlük Komitesi üyesi). Platformun katılımcısına katıldık, Platform bizim için de geçerlidir. Derneğin kuruluşlarında biri birde "bölgesel özyönetim" uygun bir çözüm (Millî meselede) olurdu" dedi. Bu tutum elverişli.
Ay-birliği ile kabul.
- k) Frankfurt İşçi Dayanışma Derneği: Maoizmin önemini düşünen ay birliği ile kabul

ABÖK üje sayın bürles 37'yi buldu. (DGB)

Demokratik giriş Birliği ADBK ile birleşme önerisi

7.) Hollanda Türkiye İşleri Bakanlığı ve Şirketler Sosyal Kültürel Çalışanlar Derneği DİTİB ile birleşim önerdi.

ATTF Yönetim Kurulu: Dış iktidarın marifetli de var: Bielefeld, Hannover, denekleri! Kurulumun demokrasiyi göğüslemiyor: çok parti varsa demokrasidir, tek parti varsa tiranidir! Biz bu görüşlerle uzlaşamayız! ATTF varken TDP kurulmaz. AÖÖK varken DİP kurulmaz.

Türk İşçi Dayanışma Birliği Belir: Bitim platformunun kahl edilece
onlar da tutulm. Eylem içinde her şey açıklığa kavuşur. Eylem içinde
maistete geçmeli.

4) Model İBÖK : 1) Dünya Barış Konseyine ABÖK olarak katılalım. 2) Dünya Barış Konseyi Genel Sekreteri Rames Gandra Nobel Barış Ödülünü için önerilmeli. Osloya nehtiler yazılmalı (Nobel Barış Ödülü kurulu) ABÖK'e öğrenci örgütleri üye kazanılmalı! Aylık bülten çıkartılmalı. Aidatlar ödenmeli! Aidatlar 60 DM Koordinasyon Komisyonu isterse daha fazla yollanarak.

7 Subat 1974

İNGİLTERE TÜRKİYELİ İLERİCİLER BİRLİĞİ - İTİB
KIBRIS TÜRK DEMOKRASİ DERNEĞİ - KTDD
İNGİLTERE TÜRK ÖĞRENCİ FEDERASYONU - İTÖF

ORTAK BİLDİRİ

İngiltere Türkiyeli İlericiler Birliği (İTİB),
Kıbrıs Türk Demokrasi Derneği (KTDD) ve İngil-
tere Türk Öğrenci Federasyonu (İTÖF) ortak bir
toplantı yaptılar. Bu toplantıda aşağıdaki or-
tak bildirinin yayınlanması kararlaştırıldı.

Türkiyeli Emekçi ve Öğrencilere,
Kıbrıslı Türk Emekçi ve Öğrencilere,

Gerek Türkiye'de gerekse Kıbrıs'ta anti-demokratik düzene, emperyalizme
karşı halk yığınlarının, ilerici güçlerin yürüttüğü mücadele yeni bir aşamaya yük-
selmiş bulunuyor.

Türkiye'de yapılan 14 Ekim seçimlerinde işbirlikçi büyük burjuva-ağa iki-
lisi, bunların sözcüsü olan partiler ağır yenilgiye uğradılar. Halk yığınları her a-
landa köklü reformların yapılmasını ve sosyal ilerlemenin gerçekleşmesini istiyor.
Halk yığınları ülkede ileri demokratik bir düzenin kurulmasını istiyor, bunun ger-
çekleşmesi için mücadele ediyor.

Kıbrıs'ta ise Türk kesiminin yönetimini elinde tutan küçük bir azınlık
yıllardan beri halk üzerinde kurduğu baskıya, zorbalığa devam ediyor. Bu yönetici klik
en büyük desteğini emperyalizmden ve Türkiye'deki gerici güçlerden alıyor. Kıbrıs'ta
da halk demokratik, bağımsız, ilerici ve barışçı bir düzenin kurulması için mücadele
ediyor. Türkiye'de halk yığınlarının mücadelesi, Kıbrıs'taki devrimci mücadeleyi
yakından etkilemekte, bu mücadeleye güç katmaktadır.

İngiltere'de bulunan Türkiyeli emekçi ve öğrencilerin ve Kıbrıslı Türk
emekçi ve öğrencilerin örgütleri olarak bizler ortak hedefler uğrunda omuz omuza ver-
meye karar verdik. Görevimiz ülkelerimizde demokratik haklar, bağımsızlık ve her a-
landa ilerlemek için verilen mücadeleye destek olmaktır. Ortak hedefler etrafında
toplanarak eylem birliğini sağlamamız ve geliştirmemiz çalışmalarımıza güç katacaktır.

Kendi bağımsız gelişmesini ve örgütsel varlığını sürdürecektir olan İTİB,
KTDD ve İTÖF, somut hedefler için işbirliği ve dayanışma fikrini savunacak, ortak ey-
lem ve çalışmalara tüm gücüyle katılacaktır. Her üç örgüt ortak hedefler çerçevesinde
sürekli olarak karşılıklı yardımlaşma ve dayanışma içinde bulunacaktır.

YAŞASIN BAĞIMSIZ VE DEMOKRATİK TÜRKİYE!

YAŞASIN BAĞIMSIZ VE DEMOKRATİK KIBRIS!

YAŞASIN İLERİCİ GÜÇLERİN BİRLİĞİ!

İTİB [56 Mansfield Rd.
Ilford, ESSEX.]
KTDD [BM- 4664
LONDON, W.C.1]
İTÖF [240/3 Camden Rd.
LONDON, N.W.1]

SINIRSIZ GENEL AF KOMİTESİ

SINIRSIZ GENEL AF KOMİTESİ
-----n. gemrik-25 avenue karl marx-93 bobigny

Sayın Cumhurbaşkanı Fahri KORUTÜRK

Sayın Başbakan Bülent ECEVİT

Haberin var mı ?

Görüşmecim, yeşil soğan göndermiş,

Karanfil kokuyor cigaram

Daglarına bahar gelmiş memleketimin...

Ahmed Arif

Türkiye'de 70 bin tutuklu af'ın çıkarılmasını beklemekte. Yüzbinlerce ananın, bacının, kardeşin, hısımin, akrabanın gözleri yollarda. Günüler Geceler uzadıkça uzuyor. Genel Af çıkmıyor bir türlü. Genel Af kısıtlanıyor. Ya kardeşim, oğlum, akrabam Af'tan yararlanamazsa kuşkusu büyüyor. Uyku girmiyor gözlere. Voltalar hızlanıyor, dar gelen mapushane avlularında.

Genel Af sınırsız olmalıdır. Düşünce ve eylem suçu diye bir ayırım, çağımızın insanlık ve hukuk anlayışına kesinlikle aykırıdır.

Biz Yurt dışındaki Türk işçileri, ülkemizde SENSİZ GENEL AF'ın bir an önce çıkarılmasını istiyoruz. Söz verdiğiniz iç barış ve kardeşlik havasının esmesi, bütün tutukluların, düşünce ve eylem suçu diye bir ayırım yapılmaksızın serbest bırakılmasına bağlıdır.

Saygılarımızla

İMZA :

İMZA :

İMZA :

TÜRKİYE SOSYALİST

not: İmzalanın bildirileri, topluca gönderilmek üzere yukarıdaki adresimize yollayınız.

Voici quelques précisions sur la campagne des forces démocratiques pour l'amnistie générale complète :

12 JANVIER

Pendant la 7ème assemblée générale de la chambre des avocats : " le problème d'amnistie est l'un des problèmes les plus brûlants de la Turquie. L'amnistie générale est large ..."

22 JANVIER

Les familles des détenus ont envoyé une lettre au président de la République M. KORUTURK, premier Ministre M. ECEVIT, et au vice premier ministre M. ERBANKAN pour que l'amnistie générale soit complète. Dans cette lettre on lit : " Un grand nombre de peines ont été données aux détenus seulement en se basant sur les interrogatoires faits sous la torture. Pour pouvoir accepter les sentences prononcées, il faut qu'une enquête soit ouverte à propos des tortures. C'est pourquoi nous demandons que l'amnistie générale soit complète ".

23 JANVIER

Des milliers de familles de détenus mènent depuis un certain temps, une large campagne pour l'amnistie générale complète, surtout dans les grandes villes comme Istanbul et Ankara. Des affiches sont collées, une large diffusion de tracts est réalisée. Dans le télégramme qu'ils ont envoyé au Premier Ministre, au Vice Premier Ministre, et au Président de l'Assemblée Nationale, les familles des détenus leur ont fait part de leur désir de voir sortir le plus tôt possible, l'amnistie générale demandée par le peuple.

Les commissions exécutives du Syndicat des journalistes de Turquie et de l'Association des journalistes ont fait une déclaration commune dans laquelle elles se prononcent pour une amnistie complète.

Le Président, Chef du parti de l'Unité déclare : " il faut que l'amnistie générale complète soit sortie. Nous ne reconnaissons ni délit d'opinion, ni délit politique.

24 JANVIER

Les familles et les proches des détenus (notamment des détenus politiques) ont envoyé un télégramme au Premier Ministre et au Vice-Premier Ministre. Ils demandent que les prisonniers condamnés par la loi 141 du code turc (la loi qui condamne à de très lourdes peines de prison ceux qui font la propagande communiste) soient pris en considération dans l'amnistie générale.

Ils écrivent : " aujourd'hui les actes des politiciens qui ont demandé les voix des citoyens pendant les élections législatives en promettant une amnistie générale large et en disant qu'il ne peut y avoir de délit d'opinion nous déçoivent. Nous vous appelons à tenir vos promesses. "

28 JANVIER

Les chambres des Ingénieurs de Chimie et d'Electricité ont envoyé un télégramme commun au Premier Ministre et au Vice Premier Ministre pour que l'amnistie générale soit complète. On précise dans le télégramme que " la différenciation de délit d'opinion, de délit d'action subversive est en contradiction avec la science de droit et avec le but de l'amnistie déclarée comme la paix sociale . "

En outre dans ce télégramme on met en cause la justice des tribunaux militaires étant donné que beaucoup d'interrogatoires ont été faits sous la torture ce qui constitue un délit d'humanité.

30 JANVIER

Le président de l'Union des Chambres d'Architectes et d'Ingénieurs de Turquie

a demandé " l'amnistie générale complète pour la liberté; la paix et la fraternité. Dans un télégramme adressé au Premier Ministre et au Vice Premier Ministre.

1er FEVRIER

La déclaration du Président du Barreau d'Izmir : " Plutôt qu'au politicien c'est au juriste que vient le devoir de définir l'amnistie générale large ".
" le fait qu'il y ait une différence de réduction des peines et qu'il existe des délits que l'amnistie ne couvre pas, ne peut pas être conforme aux principes de la justice, du droit et de l'égalité. "

2 FEVRIER

L'organisation nationale de la jeunesse de Turquie déclare qu'elle est pour l'amnistie générale complète.

Le Président du syndicat Petkim-Is, M.KILIMC et le Président général du syndicat Sosyal Is, O. KESGEC ont envoyé un télégramme à M. ECEVIT et M. ERBAKAN pour donner leur avis sur l'amnistie : " Nous croyons qu'il est utile et nécessaire pour le développement de la démocratie et le bonheur de notre peuple que l'amnistie générale soit sans limite, sans la distinction de délit d'action subversive. Il est difficile de définir cette notion."

9 FEVRIER

20 étudiants qui collaient des affiches pour l'amnistie générale complète, sorties par l'Association de Culture et d'Education Universitaire d'Istanbul sont arrêtés par les forces de l'ordre et maltraités au commissariat.

7 FEVRIER

Le syndicat Basin Is (Syndicat des ouvriers de presse) se prononce pour l'amnistie générale complète .

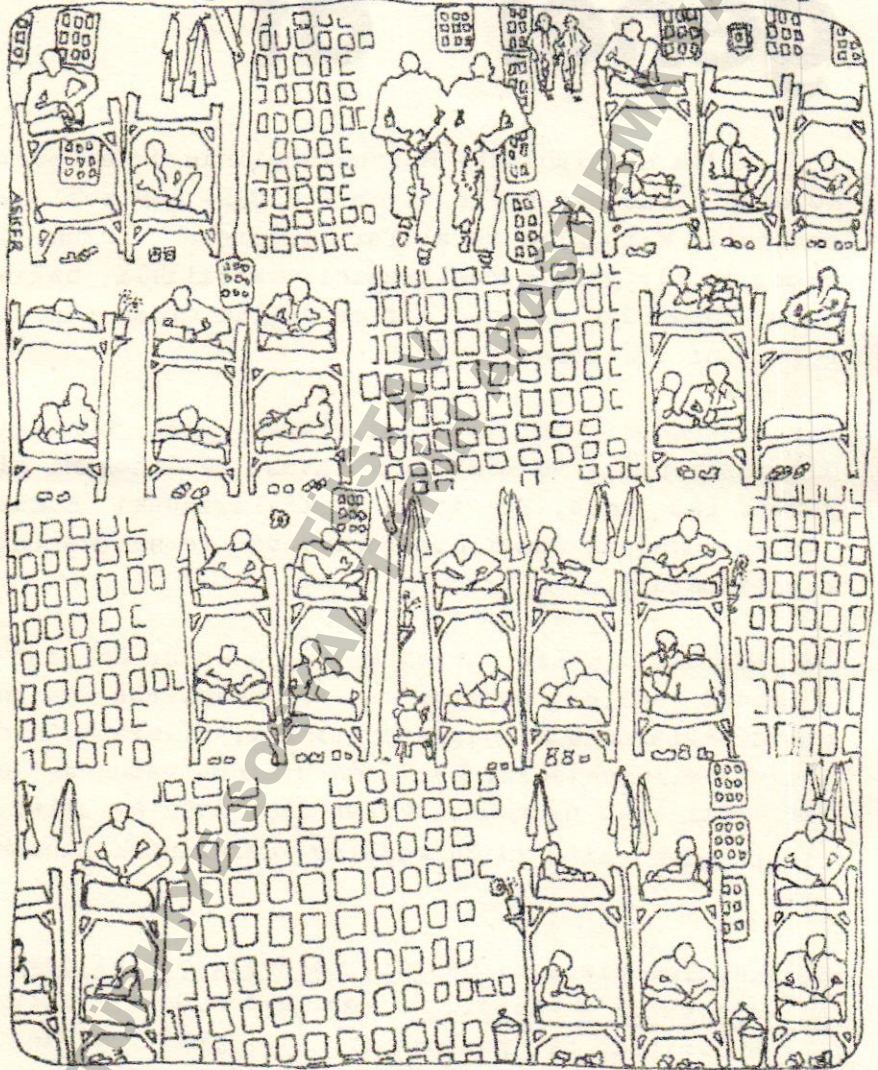
10 FEVRIER

Le bureau exécutif de la Chambre des Médecins d'Ankara a envoyé une lettre au Premier Ministre pour exiger l'amnistie générale complète.

14 FEVRIER

A Gaziantep, les syndicats Maden Is, Gida Is, Lastik Is, Basin Is, l'Association de Défense des Droits de la Femme et l'Association des Instituteurs TOB DER ont ouvert une campagne de pétition pour l'amnistie générale complète.

AKSAM ERKEN İNER MARIPOŞÂNEYE.
EJDERHA OLSAN KÂR ETMEZ.
NEM KAVGADA USTALIĞIN,
NE DE ÇATAL YÜREK CİVAN OLUŞUN



KÂR ETMEZ, İNCEDEN İÇİNE DOLAN,
ALIP GÖTÜREN HASRETE. Ahmed Arif

SINIRSIZ genel af

25 Ocak'ta kurulan CHP- MSP hükümetinin ortak protokolünün 3.maddesi şöyle diyor : " CHP- MSP koalisyon hükümeti, kargaşa ve acıları gidererek, bütün bir geçmişin bir yana bırakılmasını, karşılıklı bağışlama ve hoşgörüye dayanan bir kardeşlik ortamının kurulmasını ilk görev sayar."

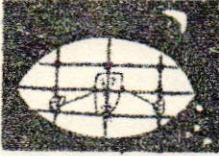
Yurt dışındaki Türk işçileri olarak, yeni hükümetin ülkemizde barış ve kardeşlik havası estirmesini diliyoruz. İsteğimiz, Ecevit'in başkanlığındaki hükümetin bu mukaddes amacı hiç çekinmeden ve sonuna kadar uygulamasıdır.

Ne yazık ki ülkemiz hapisaneleri o kadar doludur ki durmadan yenileri yapılmaktadır. Onbinlerce vatandaşımız yıllarca gün ışığından mahrum, çilelerinin dolmasını beklemektedir. Hapisten çıkınca vatandaş olarak değil ama, uğursuz, toplum dışı üvey evlatlar gibi görülmektedir. Bütün kapılar yüzlerine kapanmaktadır.

Bu insanlar bizlerin babası, kardeşi, bacası, arkadaşı veya yakın akrabasıdır. Her şeyden önce toplumumuzun ayrılmaz bir parçasıdır. Biz yurt dışındaki Türk işçileri, kendimizin ve ülkemizin mutlu gelece-

gini, onların kaderinden ayrı görmüyoruz.

CHP- MSP koalisyon hükümetinin hazırladığı " AF KANUN TASARISI", cezalar ve hükümlüler arasında bir takım ayrımlar yapmaktadır. Bir bölümüne öncelik vermekte, bir bölümü göstermelik kalmakta, diğer kısmıysa hepten af dışı tutulmaktadır.



Gerçek bir kardeşlik ortamı, çalışan vatandaşlarımız arasında hiç bir ayırım yapılmadığı takdirde gerçekleştirilir.

Bu yüzden, hükümetin çıkarmayı düşündüğü " AF KANUNU", sınırlı ve yetersizdir. Yurt dışındaki Türk işçilerinin ve halkımızın istegine tam cevap vermemektedir.

Yurdumuzdaki gerçek işçi, memur, öğrenci, hukukçu, mühendis, doktor, gazeteci kuruluşları, binlerce tutuklu ailesi SINIRSIZ GENEL AF için yurt çapında kampanya açmışlardır. Bu kuruluşların arasında : Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (DISK), Elektrik, Gemi, İnşaat, Makine mühendisleri ve Mimarlar odaları, Türkiye Birlik Partisi, İstanbul Yüksek Öğrenim Kültür Derneği TÖB-DEK, TMOT, Türkiye Barolar Birliği... bulunmaktadır.

Sınırsız Genel Af, siyasi düşünce ve eylemlerinden dolayı mahkum olmuş vatandaşlarımızı hürriyete kavuşturacaktır.

Hürriyet sınırlı bir şey değil bütün çalışan namuslu insanların malı olduğunda gerçek anlam kazanır.

Biz yurt dışındaki Türk işçileri, ülkemizde SINIRSIZ GENEL AF çıkarılması amacıyla, SINIRSIZ GENEL AF

KOMİTESİ'ni kurduk.

Bu komite, siyasi düşüncesi ne olursa olsun SİNİRSİZ GENEL AF'tan yana olan bütün vatandaşlarımıza açıktır. Sınırsız Genel Af'la siyasi düşünce ve eylemlerinden dolayı insanları mahkum eden çağ dışı hukuk anlayışı kalkacaktır.

Sınırsız Genel Af'ın bir an önce çıkarılması için imza kampanyası açtık. Yurt dışındaki bütün vatandaşlarımızı ve Türk kuruluşlarını aramıza katılmaya ve hazırladığımız duyuruyu İMZALAMAYA, İMZALATMAYA çağırıyoruz.

SİNİRSİZ GENEL AF KOMİTESİ böylece yurt dışındaki bizlerin sesini ülkemizdeki çalışanların sesine katmaktadır.

Ne kadar çok imza toplarsak sesimiz o kadar güçlü olacaktır.

SİNİRSİZ GENEL AF için duyurumuzu İMZALAYALIM. ELDEN ELE DOLAŞTIRIP İ M Z A L A T A L I M.

SİNİRSİZ GENEL AF KOMİTESİ

not: Her türlü ilişki ve imzalanan bildirilerin bildirilmesi için adresimiz:

N.Gemrik

25 Av. Karl Marx

93 Bobigny- France

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARASTIRMA VAKFI

K A M U O Y U N A

Ülkemizde 12 Mart 1971 de Oligarşik Yönetim (emperyalizm,işbirlikçi burjuva büyük toprak ağaları,büyük bürokrat ve Amerikancı generaller) iktidarda yıpranmış olan AP Hükümetini geri çektiler ve askeri faşist diktalarını oturttular.

Oligarşik dikta,polis,jandarma ve orduya dayanarak 3 yıldır tüm halk, sınıf vetabakaları üzerine görülmedik bir baskı ve terör rejimi uyguladı.

Tüm demokratik ve ilerici örgütler kapatıldı,yönetici ve üyeleri hapishanelere,kişilere dolduruldu ve mahkum edildi.

1961 Anayasası "Lükstür" deyip değiştirildi ve rafa kaldırıldı.Anayasa teminatı altında olan "temel hak ve özgürlükler" açıkça ayaklar altına alınarak çiğnendi.

Basına yayına sansür kondu.Gazeteler kapatıldı.Kitaplar toplatılıp yakıldı.TRT ve üniversite özerkliği kaldırıldı.İlerici profesör,aydın,yazar ve gençler kitle halinde tutuklandı.Yüzlercesi mahkum edildi.Kamu hizmetlerinden yoksun bırakıldılar.

Kontr-gerilla geliştirildi.Faşist komandolar sağa sola saldırtıldı.

Doğu Anadolu'da Kürt köylerine komando baskınları yapılarak,yoksul Kürt köylülerine işkence edildi,açıkça kurşunlandı.

Yurtsever,devrimci ve sosyalistler sokaklarda kurşunlandı,"ordu" kullanılarak bunlar kitle halinde katledildi ve özel sıkıyönetim mahkemelerinde idam edildi.

12 Mart sonrası sıkıyönetim ilan edilerek işçi sınıfı,emekçi ve yoksul köylülerin ekonomik ve demokratik mücadeleleri bastırılmaya çalışıldı.Bilinçli işçiler işten atılarak sıkıyönetim mahkemelerince mahkum edildiler.

Türkiyede 3 yıldır oligarşik diktanın halkımız üzerinde yürüttüğü yoğun tenkil politikasının yanı sıra ilerici,demokrat,yurtsever,devrimci ve sosyalist güçleri ise terör, idam, katliam ve işkencelerle bastırarak yok etmeyi denemişlerdir.

Anayasaya aykırı özel sıkıyönetim mahkemelerinde binlerce ilerici,yurtsever devrimci ve sosyalistler ağır cezalara çarptırılmışlardır.Özel sıkıyönetim mahkemelerinin yargıç ve savcılarını evrensel hukuk kurallarına taban tabana zıt,"emir-kumanda zinciri" ne bağlı olarak, oligarşik dikta tarafından atanmış ve duruşmaları bu bağlılığa sadık kalarak yürütmüşlerdir.

En ilkel hukuk kurallarını bile hiçe sayan sıkıyönetim savcıları,oligarşik diktanın sadık emir kulları olduklarından,duruşmalarda daima "suça göre ceza"istemek değil,"ceza suçu uydurmak" çabası içinde görülmüşlerdir. Bu nedenle savcılar kişi ve örgütler hakkında daha önceden oligarşik dikta tarafından peşin verilmiş cezalara suç uydurmak için, tutukluları çeşitli provakasyon,tertiple işkencelerle suçlu duruma sokmak için özel bir çaba sarfetmişlerdir.

12 Mart 1971 sonrası, ister parlamento dışından partiler üstü,isterse parlamentodaki gerici partilerden oluşturulmuş olsun tüm hükümetler yukarıda değindiğimiz oligarşinin halk düşmanı politikasının gönüllü uygulayıcıları olmuşlardır. Bu nedenle,politika arenasındaki oligarşinin çeşitli fraksiyonlarını temsil eden ve emperyalizmin doğal müttefikleri olan,gerici partiler ve oluşturdukları hükümetler;12 Mart sonrası insanlık dışı terör,katliam,idam ve işkence uygulamalarının baş sorumlusudurlar.

14 Ekim 1973 Genel Parlamento Seçimlerinde halkımızın oy kullanan kitlesi, oligarşik diktanın suç ortağı gerici partilerin geniş teşkilat ve bol maddi olanakları ile iftira ve yalana dayanan seçim propagandalarına bu kez kanmamıştır.

İnönünün çevresindeki gerici güçlerin büyük bir kısmını içinden atan CHP'nin temsil ettiği orta tabakaların, emperyalizm,işbirlikçi burjuvazi,toprak ağaları arasındaki çelişkisi gün geçtikçe derinleşmekteydi. Genel seçimlerde CHP ve Ecevit, halkımıza "GENEL AF" ve reform vaatleriyle çıktı. Bu vaatlerinden dolayı CHP, 14 Ekim seçimlerinde diğer partilerin karşısında alternatif olarak halkımız tarafından,4 yıl için tasvib edildi. CHP en güçlü parti olarak parlamentoya girdi.

Şu anda CHP parlamentoya partiler yelpazesinde tutucu, dinci, bağınaz bir parti olan MSP ile koalisyon hükümeti oluşturmuştur.

Bu koalisyon hükümetinin önünde duran acil görevlerden en başta geleni :

12 Mart 1971 den bu yana oligarşik diktanın tüm halk, sınıf ve tabakaları üstünde sürdürdükleri baskı ve terör politikasına son vermek ve bütün özel, askeri sıkıyönetim mahkemelerinin verdiği kararları geçersiz sayıp, tüm siyasi tutukluları serbest bırakmaktır.

İlerici dünya kamuoyu tarafından nefretle karşılanan, faşist ülkeler dışın da hiç bir yerde rastlanmayan fikir suçlusu ve politik tutukluların binlercesinin ül kemizde varlığı acı bir gerçektir.

Yukarıda kısaca niteliğine ve 3 yıldır uygulamalarına değindiğimiz oligarşik dikta, proleteryanın mücadelesini engellemeye kalkışmış, halk çocuklarını devrimci ve sosyalistleri "anarşist" olarak göstermeye çalışmış ve en büyük darbeyi de onlara vurmuştur. Halen bu gün özel sıkıyönetim mahkemeleri tarafından idam, müebbet hapis ve ağır hapis cezalarına çarptırılmakta olanlar bunlardır.

Türkiye'de demokratik özgürlük ortamından bahsetmek istiyorsak, şu anda koalisyon yapan partilerin seçim sloganı olarak kullandıkları ve halka vaadettikleri, " GENEL AF" ın tüm politik tutukluları içerir şekilde derhal yapılması gereklidir. Bu nu yapmamak, sınırlamak, içinden şu ya da bu şekilde ayırım yapmak CHP Koalisyon Hükümetinin de başta seçmenlerine karşı ihaneti olmak üzere, en önemlisi 12 Mart sonrası hükümetlerinin yaptıklarına ortak olmak ve aynı ölçüde haksız uygulamaların suçuna iş tirak etmek demektir.

Batı Berlin'de bu bildiriye çıkaran ilerici örgütler olarak aşağıdaki talep lerimizin gerçekleştirilmesini halkımızın en acil sorunu olarak görüyoruz:

- SINIRSIZ GENEL SİYASİ AFFIN DERHAL ÇIKARILMASI
- SERBEST BIRAKILANLARIN SİYASİ VE KAMU HAKLARININ GERİ VERİLMESİ
- DEVLET GÜVENLİK MAHKEMELERİ VE HALEN İŞLEYEN ÖZEL SIKIYÖNETİM MAHKEMELERİ- NİN DERHAL KALDIRILMASI
- ANTI DEMOKRATİK YASALARIN VE 141 - 142 , 146 ncı MADDEDELERİN İPTAL EDİLME- SI
- 12 MART ÖNCESİ VE SONRASI SORUMLU VE İSKENCE UYGULAYICILARINDAN HEMEN HE- SAP SORULMASI
- YURT DIŞINDAKİ DEVRİMCİLERİN İLERİCİLERİN HAKKINDAKİ KOVUŞTURMALARIN KALDI- RILMASI VE KAMU HAKLARININ İADE EDİLMESİ !

Berlin Af Komitesini oluşturan örgütler :

Türkiye Öğrenci Birliği- Batı Berlin
Türkiye Akademisyenler Derneği Batı Berlin
Batı Berlin ve Federal Almanyadaki Türkiyeli Öğretmenler Derneği
Batı Berlin Türk Toplumcular Ocağı
Türkiyeli Demokratik İşçi Derneği Batı Berlin

15. Şubat, 1974

COMITE POUR UNE AMNISTIE GENERALE EN TURQUIE

M. N. Gemrik
25 avenue Karl Marx
93 BOBIGNY

QUELQUES DONNEES SUR L'AMNISTIE EN TURQUIE

1 - Projet d'amnistie du gouvernement

Le projet d'amnistie préparé par le gouvernement de coalition - Parti Républicain du Peuple, Parti du Salut National - contient une notion très vague : " délit d'action subversive ".

D'après ce projet les prisonniers politiques qui ont participé aux actions dites subversives ou anarchistes ne pourront pas profiter de l'amnistie.

Ces prisonniers politiques sont presque tous condamnés d'après les articles 141, 142 et 146 du code pénal turc.

2 - Les articles 141 - 142 - 146 du C.P.T.

Les deux premiers articles sont pris du code pénal fasciste mussolinien.

Article 141 :

Tous ceux qui créent, dirigent ou inspirent des associations ayant pour but, sous quelque nom que ce soit d'assurer la domination d'une classe sociale sur une autre ou de supprimer une classe sociale, ou de renverser une institution fondamentale, économique ou sociale existant dans le pays sont passibles de 8 à 15 ans de prison.

Ceux qui dirigent quelques unes de ces associations ou toutes ces associations sont passibles de la peine de mort.

Article 142 :

Tous ceux qui, sous quelque forme que ce soit, feraient de la propagande en vue d'assurer la domination d'une classe sociale sur une autre ou la suppression d'une classe sociale, ou en vue de renverser une ou plusieurs institutions fondamentales économiques et sociales existant dans le pays, ou viseraient à détruire l'ordre politique et légal de l'état, seraient passibles de 5 à 10 ans de prison.

Article 146 :

Seront condamnés à la peine capitale ceux qui auront, par la force, tenté de modifier, détourner de son but ou abolir la totalité ou une partie seulement de la Constitution de la République Turque ou de supprimer ou d'empêcher le fonctionnement de l'Assemblée Nationale émanant de cette même constitution.

Actuellement presque 2100 personnes se trouvent accusées d'après l'article 141 devant les Tribunaux militaires de l'Etat de Siège. Depuis un certain temps, pendant que le gouvernement préparait son projet d'amnistie, les familles et les proches des détenus politiques, les organisations démocratiques de profession, les syndicats ont entamé une campagne pour l'amnistie générale complète couvrant tous les prisonniers politiques.

Les deux partis politiques qui ont formé le gouvernement de coalition après les élections législatives du 14 octobre 1973 avaient promis une amnistie générale large.

Le projet d'amnistie qu'ils préparent aujourd'hui n'est pas aussi large qu'on croit.

Demokratik Kamuoyuna

12 Mart 1971'i izleyen günlerde yurdumuz tarihin çarkını geri çevirmek isteyen gericiliğin kanlı saldırısına sahne oldu. Büyük sermayedarlar, kendi dar sınıf çıkarlarını, iktidarlarını, halkın iç ve dış sömürüne karşı yükselen mücadelesine karşı süngülerin arkasına saklanarak sürdürmek istediler. 20 bin insanın hapse atılması, grev yasaklamaları, gençlerin sokaklarda kurşunlanması, en hunhar işkencelerin yapılması dahi emellerini gerçekleştiremedi.

14 Ekim seçimleriyle halk barıştan, toplumsal ilerlemeden, özgürlükten, demokrasiden yana, anti-emperyalist özlemlerini bir kere daha dile getirdi. Gericilik her geçen gün biraz daha geriliyerek kendi karanlığına doğru çekilmekte. İlerleyen aydınlık bu baskı yönetiminin bütün barbar uygulamalarını, arkasında bıraktığı trajedileri bir, bir gözler önüne sermekte.

Fakat mücadele henüz bitmedi. Ne gericiliğin sırtı tamamen duvara yaslandı, ne de süngüler tamamen geri çekildi. Ve olayların akışı çok somut bir görevi getirip ilerici güçlerin önüne koydu. Bu, kitlelerin mücadelesinde en ön saflarda yer alıp mağdur edilmiş insanların, ülkemizin bozuk düzeni içinde "suç" işlemiş insanların tekrar topluma kazanılması görevidir: SİYASİ TUTUKLULARIN SERBEST BIRAKILMASI VE GENEL AF için çalışmaktır.

Bunu bütün halk istiyordu ve bu şiarı savunan partilerin iktidara gelmesini istiyordu. Çünkü, halk bu şiarla 12 Mart sonrası yönetimin demokrasiye açtığı yaraların sarılması, insanı, insana düşüren bozuk düzenin değişmesi için olan isteklerini dile getiriyordu.

İngiltere Türk Öğrenci Federasyonu'nun 11. Genel Kurulu'nda siyasi tutukluların da serbest bırakılmasını ön gören bir genel afın çıkarılması için yurdumuzda ilerici güçlerin yürüttüğü kampanyaları sonuna kadar destekleme kararı alınmıştı. Bu kararlar ışığında biz çeşitli siyasi partilerin af önerilerinin kapsamını yeterince geniş bulmadığımızı, özellikle fikir suçu diye bir suçun varlığını kabul etmediğimizi kamuoyuna duyurmuş-tuk.

Bugün iktidara gelen koalisyon hükümetinin programında koalisyon partilerinin seçim programlarında öngördükleri af kapsamından tavizler verdiği görülmektedir. İkibinden fazla siyasi tutuklu af kapsamının dışında bırakılmaktadır. Ayrıca Türk Ceza Kanunu'nun 141 ve 142. maddelerine dokunulmavacağı, yani vaadedilen fikir özgürlüğünün sağlanmavacağı anlaşılmaktadır.

Türkiye'den İngiltere'ye öğrenime gelmiş bulunan bizler bütün ilerici öğrenci kitlesini ve demokratik kamuoyunu genel afın sınırlarının genişletilmesi ve hükümetin gericilere taviz vermemesini sağlamak için mücadeleye çağırırız.

Bizler, sıkı yönetim altında, askeri mahkemelerde, savunma hakkı kısıtlanarak, en ağır işkenceler altında toplanmış sözde delilleri kimin af kapsamı dışında kalacağına kıstas olarak alma çabasını ancak verilen tavizlere bir gerekçe olarak görmekteyiz.

Bizler, siyasi tutukluların serbest bırakılmasını bir merhamet meselesi olarak değil, demokratik hayatta açılan yaraların sarılması için bir gereklilik olarak görüyoruz. Siyasi tutukluların serbest bırakılmasını isterken anti-demokratik kanunları, askeri mahkemeleri, Devlet Güvenlik mahkemelerini, binlerce yurtsevere yapılan işkenceleri lanetliyoruz; demokratik bir Türkiye için olan isteklerimizi dile getiriyoruz.

Bizler genel af isterken toplumda insanları suça teşvik eden adaletsizliklerin kaldırılması, köklü dönüşümlere olan özlemlerimizi dile getiriyoruz.

SİYASİ TUTUKLULAR SERBEST BIRAKILSIN !

GENEL AF ÇIKARILSIN !

İNGİLTERE TÜRK ÖĞRENCİ FEDERASYONU

TÜRKİYE SOSYAL TUSTAY TARİH ARAŞTIRMA

- Aufhebung aller Staatssicherheitsgerichte und Sondermilitärgerichte
- Aufhebung der antidemokratischen Gesetze wie die Paragraphen 141, 142, 146 des Strafgesetzbuches
- Verurteilung der Verantwortlichen der Terrormaßnahmen, Folterungen vor und nach dem 12. März 1971
- Schluß mit der Verfolgung der Fortschrittlichen und Revolutionären im Ausland und Rückgabe ihrer entzogenen Bürgerrechte.

Wir fordern alle Demokraten und Fortschrittliche auf, für eine allgemeine Amnestie in der Türkei aufzutreten und unsere Aktionen zu unterstützen.

Schickt bitte an die türkische Regierung die Postkarten, die von uns herausgegeben worden sind!

KOMITEE FÜR DIE AMNESTIE WEST-BERLIN

**TÜRKİYE'DE TÜM POLİTİK TUTUKLULARA
ÖZGÜRLÜK**

Türkischer Akademikerverein e.V.
West-Berlin

Türkischer Lehrerverband e.V. in
West-Berlin und BRD

Türkische Sozialistengemeinschaft
e.V. in West-Berlin

Demokratische Arbeiterverein aus
der Türkei e.V. in West-Berlin



FREIHEIT

FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENE i. d. TÜRKEI

BATI BERLIN AF KOMİTESİ

Türk Akademikerler derneği, Türkiye öğrenci birliği, Türk toplumcular birliği,
Türkiye öğretmenler derneği, Türkiye demokratik işçi derneği

Der Prograsive Gewerkschaftsbund DISK, die Unabhängigen und Sozialdemokratischen Gewerkschaften, die Nationale Jugendorganisation TMGT, der Lehrerverband TÖB-DER, der Prograsive Mütterverband, Verband der Architekten und Ingenieure, Berufsverbände und die fortschrittliche Presse führen eine Kampagne für eine allgemeine Amnestie durch.

Tausende von Gefangenen treten in vielen Gefängnissen in Hungerstreik ein.

DIE REGIERUNG MUSS DAS VERSPRECHEN EINHALTEN !

Der Entwurf der Regierung entspricht nicht dem Versprechen der Regierungsparteien vor den Wahlen. Die vorgesehene Amnestie ist begrenzt. Trotz der Erklärungen der Regierungsmitglieder, daß sie keine Gedanken- und Meinungsverbrechen anerkennen; die wahren Verbrecher nicht die patriotische Jugend sondern die Verteidiger und Verhüter des verdorbenen Systems; der Nationale Sicherheitsdienst MIT und die politische Abteilung des Polizeipräsidiums seien, werden sie jetzt das Militärregime legalisieren, indem sie die Strafen nur verringern. Der Entwurf sieht vor, daß die Todesstrafen zu 30 Jahre Gefängnisstrafe verwandelt werden; lebenslange Gefängnisstrafen auf 25 Jahre verringert und von den anderen Strafen 12 Jahre abgezogen werden.

Nur eine Verringerung der hohen Strafen der politischen Gefangenen bedeutet jedoch, daß das Gedanken- und Meinungsverbrechen doch offiziell anerkannt wird, wenn auch die Regierungsparteien das Gegenteil proklamierten. In dem Entwurf der Regierung sind von den entzogenen politischen Rechten keine Rede. Nach Erklärungen des Regierungssprechers werden 5 000 Häftlinge nach der Amnestie in Gefängnissen bleiben. Zweifellos werden die politischen Häftlinge die Mehrheit bilden.

Die Wahlen vom 14. Oktober zeichnete sich als ein Protest des Volkes gegen die Unterdrückung und den Terror des Militärregimes vom 12. März. 5 Monate nach den Wahlen und 1,5 Monate nach der Regierungsbildung sind vergangen. Die Staatssicherheitsgerichte setzen ihre Arbeit fort und verurteilen die Patrioten. Es wird immer noch gefoltert.

Wir (Türkischer Akademikerverband, Türkischer Studentenverein, Türkischer Lehrerverband, Türkische Sozialistengemeinschaft und der Demokratische Arbeiterverein aus der Türkei) haben ein Komitee gegründet, um die Kampagne für eine allgemeine Amnestie in der Türkei zu unterstützen.

WIR FORDERN :

- Aufhebung aller Urteile des Militärregimes vom 12. März
- Eine allgemeine Amnestie ohne Beschränkung
- Rückgabe der Bürgerrechte der politischen Gefangenen

FREIHEIT

**FÜR ALLE POLITISCHEN
GEFANGENE i. d. TÜRKEI**

Heute warten 26 000 politische Gefangene in der Türkei auf Amnestie. Sie sind Arbeiter, Bauern, patriotische Jugend, Lehrer, Professoren, Führer der Türkischen Arbeiterpartei TIP, Jugendvertreter, patriotische Offiziere, die gegen die imperialistische Ausbeutung und für eine unabhängige Türkei gekämpft haben. Sie wurden gegen jede demokratische Rechtsauffassung und unter der Mißachtung der Menschenrechte von den Sondermilitär- und Staatssicherheitsgerichten eingekerkert und verurteilt.

Das wichtigste Thema, das die Bevölkerung heute umfaßt, ist zweifellos die allgemeine Amnestie, d.h. die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Am 14 Oktober 1973 fanden die allgemeinen Wahlen unter der Unterdrückung und dem Terror des Militärregimes statt. Trotz der Unterdrückungsmaßnahmen gab der größte Teil der Bevölkerung seine Stimme an die Parteien und Kandidaten, die demokratische Reformen und allgemeine Amnestie versprochen hatten. Die Parteien jetziger Koalitionsregierung bekamen wegen ihrer Versprechen die Unterstützung der breiten Volksmassen. Die imperialistischen Kräfte, die reaktionäre Generale wollten den Volkssentscheid nicht akzeptieren. Sie setzten die Unterdrückung der Bevölkerung fort und zeigten ihr Unbehagen in Bezug auf die Amnestie. Drei Monate konnte keine Regierung gebildet werden.

Die Volksmassen gaben der Ecevit-Regierung den Wählerauftrag, die Amnestie zu erlassen.